This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

[illegible]

(Ru[illegible])
GLM

ASTOR LIBRARY
NEW-YORK.

Rußland

unter

Alexander II. Nikolajewitsch.

Zur innern Geschichte und äußern Politik

vom Thronwechsel bis auf die Gegenwart.

1855—1860.

NEW YORK
PUBLIC
LIBRARY

Leipzig:
F. A. Brockhaus.
1860.

Rufman Harlan

(Ru[illegible])

GLM

Rußland

unter

Alexander II. Nikolajewitsch.

ASTOR LIBRARY
NEW-YORK.

Rußland

unter

Alexander II. Nikolajewitsch.

Zur innern Geschichte und äußern Politik

vom Thronwechsel bis auf die Gegenwart.

1855—1860.

NEW YORK
PUBLIC
LIBRARY

Leipzig:
F. A. Brockhaus.

1860.

NEW YORK
PUBLIC
LIBRARY

Inhalt.

Seite

Das Kriegsjahr (1855—1856) ..... 1—83

Verhängniß der Zarenpolitik. Kaiser Nikolaus I. und sein Nachfolger; der Thronwechsel 1825 und 1855; Analogien und Gegensätze. Das Reichserbe, die Lage, die Kriegserbschaft.... 1

Der Kaiser Alexander II. und Rußland. Der unbekannte Thronfolger; seine Erziehung; Urtheile über ihn. Das Thronbesteigungsmanifest; Redeweise des verstorbenen und des regierenden Kaisers; die Orthodoxie und die Politik. Die Forderung des Augenblicks 9

Die altrussische Partei, ihre Agitationen und die russische Völkerbewegung. Die Gegenstellung des dynastischen Princips; der Regentschaftsukas; die Brüder Alexander und Konstantin: Kaiser Alexanders Entschließungen. Rußland ein Kriegslager. Das Volksheer und sein letzter Zweck 21

Diplomatische Kriegsgänge. Der angebliche und der wirkliche Zustand des Reichs. Bauernaufstände; Grundadel; Kriegspartei. Die persönliche Zurückhaltung des Kaisers; Aufhören der Hofcorrespondenzen; Einheit der diplomatischen Actionen. Ausländische und altrussische Unsicherheit im Urtheil über den Kaiser. Die Reformplane und überkommenen Zustände. Benutzung der Gegner, abgebrauchte und neue Staatsmänner; Lanskoy, Minister des Innern 32

Der Krieg und die Armee. Sebastopols Fall und der Kaiser. Reminiscenzen an Nikolaus, die kaiserliche Familie in Moskau. Die nationale Partei und ihre auswärtigen Bündner; kaiserliche Schweigsamkeit und Ueberraschung 45

Der Kaiser in Odessa und Nikolajew. Kinburns und Otschakows Fall, neue Anstrengungen, taurische Erfahrungen. Gortschakow und Lüders. Hochgeschwellte und enttäuschte Hoffnungen der aristo-

Seite

kratischen Kriegspartei; ihre Oppositions- und ihre Existenzfrage im Dilemma. Waffenruhe überall 52

Diplomatische und kriegerische Wechselwirkungen seit den wiener Conferenzen. Folgen des Falls von Sebastopol; Stellung der Westmächte zueinander und zu Oesterreich; russische Lockungen in Paris, österreichische Vorsichtsmaßregeln, Fürst Gortschakows Friedensmahnung; das petersburger Cabinet. Veränderte Situationen, der petersburger Kriegsrath und der Kaiser. Oesterreichisches Ultimatum, russische Fechterstriche, unbedingte Annahme der Präliminarpunkte durch Rußland 61

Unenträthselte Momente; russische Erläuterungen. Bis zur pariser Conferenz; Rußland, Orlow und Frankreich; Aufkeimen der russisch-französischen Verständigung. Die Altrussen und die Friedensaussicht, Zukunftsträumereien. Der rasche Friede, seine Nothwendigkeit und Bedeutung für Rußland. Der Kaiser, sein Programm und die nationale Aristokratie. Schlußsätze .. 68

Das Krönungsjahr (1856—1857) ..... 84—172

Die Rückkehr des Friedens und die russische Staatsgewalt. Tiefbewegtes Schweigen der Erwartung. Rußlands auswärtige Politik; Graf Orlow Präsident des Reichsraths; Fürst Gortschakow Minister des Aeußern, Bedeutung beider Ernennungen. Suchozanet II. Kriegsminister. — Die Armee und der Friede, neue Formationen. Das Volksheer und seine Heimkehr; Adel, Eigenhörige und Tschinowniks, materielle und sociale Nothstände. Ein Ministerialrescript, seine Absicht und Kritik. Literarische Vorspiele der Emancipation und deren Wirkung. Die industrielle Welt und das Eisenbahnproject 84

Eisenbahnen. Umfang und Bedingungen des Bahnnetzes. Ursprünge des Eisenbahnplans, frühere Hinderungen, spätere und verspätete Anläufe. Die Staats- und Privatlinien. Strategische Grundlagen und Consequenzen; culturliche und volkswirthschaftliche Bedeutung. Der Eisenbahnbau als inneres Machtmittel der Regierung und als sociale Bedingung der Zukunft 104

Polen, Herrnhuter und Russen, Wechselverhältniß beider seit der Revolution, nationale Parteien und ihr Vereinigungspunkt. Ueberwundenes Elend und neue Erwartungen. Besuch und Anrede des Kaisers in Warschau. Keine Träumereien, aber Amnestie 116

Erster Kaiserbesuch in Berlin; Umstände und Urtheile, Zuströmen der Fürsten. Kein Fürstencongreß, sondern ein Verwandtschaftsverein, keine Demonstration und dennoch eine 122

Seite

Die neuen asiatischen Erwerbungen. Katenin, Generalgouverneur von Orenburg und Samarah. Das Lehnreich Khiwa und der Entscheidungskampf mit England um Mittelasien. Die Zerstörung von Kars, Murawiews Belohnung. Putjatins Erfolge in Japan, seine neue Sendung nach China. Hochgeschwellter Nationalstolz und die Krönungsgesandtschaften 126

Am Vorabend der Krönung. Moskauer Manifest der auswärtigen Politik (Circular vom 2. Sept.). Umstände seines Erscheinens, seine Erörterungen, sein Hauptgewicht. Russische Urtheile darüber, europäisches Verhalten dazu. — Die Krönung. Das Gnadenmanifest: die Kriegsmedaille, die suspendirten Rekrutirungen, Volkszählung und Steuerschenkungen, die aufgehobene Paßsteuer, besondere Rechte, die politischen Amnestien. Eindruck im Volke, Purificationen im Staatsdienst, Beschäftigungen des öffentlichen Interesses, die Preßfreiheit am Gängelband.... 137

Russische Realpolitik. Verständigungen mit dem Papstthum; Anknüpfungen in Sardinien und Mittelitalien. Nähere Bezüge zu Frankreich und die Napoleonische Revision der Karte Europas. Graf Morays petersburger Mission; noch keine Allianz; doch innere Nothwendigkeiten dazu; Escomptirung der aufgedrungenen Freundschaft, die Grande société des chemins de fer russes 162

Das Jahr der Anbahnungen (1857—1858)..... 173—233

Abschlüsse des Krönungsjahres. Der praktische Industrialismus, die Voraussetzungen der Cultur, Volksarbeit und bureaukratisches Ermessen, der unfähige Verwaltungsmechanismus, Palliative. Centralisation und Initiative. Die leitenden Ideen und die Ausführungsorgane. Ein Ministerialbericht, seine praktische Bedeutung, seine moralische Wirkung. Entmündigung des materiellen Lebens als Princip 173

Beweglichmachung des Verkehrs. Die Revision des Zolltarifs; sein Princip, volkswirthschaftliche Stellung zu den Nachbarstaaten und Frankreich. Der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Frankreich, sein internationaler und politischer Charakter. Russische Kritik und ihre Berechtigung; commerzielle und industrielle Statistik; gouvernementale Rechtfertigungen und Absichten. Verkehrsfreiheit im Innern, Abänderung des Paßwesens Entfernung der Thorwachen und Schlagbäume. — Die Beweglichmachung des Kapitals und der Staat als monopolisirter Bankier. Zinsreductionen der Reichscreditanstalten, Gestattung der Communalbanken. Die private Kapital- und Creditspeculation 181

Seite

unter Nikolaus I., die Reichscreditbillets. Vorbereitungen zum orientalischen Krieg; Unbegrenztheit der Papiergeldausgabe. Alexanders II. finanzielle Erbschaft. Die Reichscreditbanken, ihre Billets und der Krieg. Stieglitzsche Anleihe von 1855. Die Reformanbahnungen, die Creditbillets und ihre Werthverminderung. Palliative. Finanzminister Kniajewitsch. Die innere und die Bonarsche Anleihe, die „Reichsbillets". Der italienische Krieg und die drohende Krisis. Wiederaufnahme der Bonarschen Anleihe, Beschlagnahme der Bankkapitale, das heutige und das Cancrinsche System. Reorganisation der Reichscreditinstitute, Petersburger Bank- und Handelsgesellschaft, Moskau-Saratowbahn. — Wer soll Rußlands Zukunft bezahlen? Die Creditgesetze. Heutige Finanzzustände; Rückschläge auf die innere und äußere Politik, Vortheile der europäisch-asiatischen Machtstellung..... 367

Der asiatische Machterwerb. Ignatiew nach Peking, Friedenstractat von Tientsin. Die Khalkatataren, Erwerbung der Mandschurischen Küste, Murawiew-Amurski in Japan. Rußland in Asien und das Gleichgewicht in Europa. Großfürst Konstantin und die orientalischen Christen. Die Unterwerfung Kaukasiens und die russisch-türkische Frage. Die Machtstellung in Asien... 387

Nach dem Frieden von Villafranca. Das apokryphe Vermittelungsproject und die Neutralen. Die Fortdauer der russischen Rüstungen. Das System der Agitationen für einen europäischen Congreß. Der deutsche Hader und Preußen; Weg der preußisch-russischen Allianz. Russische Erkaltung gegen Frankreich, ihr Grund, der Napoleonismus und Italien, Rußlands Stellung dazu und das Project eines Leuchtenbergschen Königreichs Etrurien. Freie Conferenzen und russische Lockungen. Die breslauer Conferenz; Vertrag oder Uebereinkunft? Rußland, Abendland und erneuerte Allianz der Westmächte. Ein Kaiserwort..... 397

Das Kriegsjahr.

(1855—1856.)

Wie ein unabwendbares Verhängniß wiederholt es sich bei allen Herrschern Rußlands seit Katharina II., daß der thatsächliche Ausgang ihrer Regierungen den grellsten Widerspruch zu denjenigen Ideen, Principien und Tendenzen bildet, von denen deren Beginn geleitet ward. Katharina II. hatte recht eigentlich damit angefangen, in einer straff gespannten Centralisation Rußland durch petersburger Normen zu europäisiren, um an dieses System des „philosophischen Zeitalters" jenes ganze Geflecht bedingender Einflüsse zu knüpfen, mit denen sie Europa mehr oder minder überherrschte. Allein im Angesicht der Französischen Revolution, deren geistige Strömungen allenthalben über die neu vorgeschobenen Westgrenzen des Reichs hereinbrandeten, vergaß der erschreckte Zarenabsolutismus seine bisherigen Plane im Innern desselben, wie die daran geknüpften Tendenzen der äußern Politik. Die gesetzlichen Feststellungen, welche im ganzen und großen die Idee verfolgt hatten, mit einer einheitlichen Form der Gemeindeorganisation die Staatseinheit zu festigen, wurden zurückgedrängt von der augenblicklichen Nothwendigkeit einer voll-

kommen unbeschränkten Herrschaftswillkür; die versuchte Vermittelung ausländischer Culturelemente mit dem nationalen Leben ward fallen gelassen aus Scheu vor ihren Folgerungen; die Verflechtung russischer mit allgemeineuropäischen Interessen endlich wurde durchschnitten. Katharina starb, indem die geistige Isolirung ihres Reichs von Europa wieder angebahnt, die politische bereits vollzogen war. Kein Gedanke überherrschte nachher Pauls I. launenvolles Regiment mit Consequenz, außer dem einen der Vergötterung legitimer Machtvollkommenheit des Zaren von Gottes Gnaden. Durch eine Offensivallianz mit halb Europa gegen die vom Revolutionsgeiste fanatisirte Waffenkraft Frankreichs weihte er seine Thronbesteigung ein; als aber der furchtbarste Gegensatz zur Vergötterung des Zaren, als der Verschwörungsmord sein Leben endete, da hatte Paul I. bereits auch wieder auf dem Punkte gestanden, durch eine nordische Neutralität nur noch für den nächsten Augenblick die Waffen seiner frühern Alliirten von sich fern zu halten. Alexander I. eilte im Anfange seiner Regierung nicht blos den Erwartungen seines Reichs, sondern auch den Zuständen des ganzen monarchischen Europa mit freisinnigen Entwürfen zur Reform des Staatslebens voran. Am Ende seiner Herrschaft sehen wir dagegen die Gesammtkraft seines Geistes, seiner materiellen Macht und seines Einflusses ausschließlich in dem Bestreben zusammengedrängt, die aufgekeimten Saaten seiner eigensten Gedanken im russischen Reiche wie in ganz Europa zu ersticken und ihr Wiedererstehen unmöglich zu machen.

Nikolaus I. ererbt trotzdem den europäischen Machteinfluß seines Bruders ungeschmälert. Eine Militärrevolution, deren rasche Unterdrückung gelingt, befreit ihn überdies sofort von den mindestens formellen Rücksichten Alexanders für seine eigene Vergangenheit. Das Geschick verleiht ihm die Gunst einer dreißigjährigen Herrschaft zur Durchführung seiner Grund-

sätze und Plane. Ferner erhielt das Zusammentreffen äußerer Umstände nicht blos, sondern erweiterte die Kraft seiner persönlichen Einwirkungen auf die Machthaber Europas; die Unwandelbarkeit der Ordnung im Innern des Reichs, während Europa in Anarchie unterzugehen drohte, ließ seine Herrschaftsführung dem absoluten Monarchismus als Musterbild und Hort erscheinen; die legitime Staatskunst ganz Europas beugte sich vor seinem Rath und Beispiel, die Verehrung vor seiner Persönlichkeit gestand seinem Willen selbst in Fragen der europäischen Gleichberechtigung und der collidirenden Interessen fast unbegrenzte Rücksichten zu. Wie schließt trotzdem sein Leben und seine Herrschaft ab? Diese Zeit liegt unserer Gegenwart zu nahe, als daß man auf die thatsächliche Zertrümmerung seiner Herrscherziele einzugehen brauchte, welche er selbst im Innern des Reichs, wie im Wechselverhältniß zu Europa durch den orientalischen Krieg heraufbeschworen hatte. Es war die Generalbeichte eines verfehlten Regentenlebens, als er in der letzten Nacht vor seinem Tode, mit der Sicherheit des Sterbens, dem Thronfolger das Geständniß ablegte: „All meine Sorgfalt, all meine Anstrengungen waren auf Rußlands Wohl gerichtet, ich wollte fortfahren so zu arbeiten, daß ich dir das Reich in fester Ordnung, geschützt gegen äußere Gefahren, vollkommen glücklich und ruhig hinterließe; aber du siehst, zu welch einer Zeit, unter welchen Umständen ich sterbe! Gott hat es so gewollt, du wirst es schwer haben."

Ungefähr acht Stunden später war der Thronfolger Selbstherrscher aller Reußen, Kaiser des ungeheuern Reichs, dessen Flächeninhalt Europa zweimal übertrifft und den sechsten Theil des Festlandes der ganzen Erde umspannt. Noch nicht im wirklichen Greisenalter war sein Vater von dieser Herrschaft abberufen, welche ihm, dem drittgeborenen Sohne und vorjüngsten unter zehn Kindern des Kaisers Paul, ohne außerge-

wöhnliche Umstände niemals zugefallen wäre und die er nun dennoch ein ganzes Menschenalter lang besessen hatte. Kaiser Alexander II. selbst war allerdings ebenfalls ohne Wahrscheinlichkeit auf den dereinstigen Besitz des russischen Throns geboren (17/29. April 1818), doch schon beim Erwachen seines Bewußtseins in den Huldigungseid für seinen Kaiser gewordenen Vater eingeschlossen, sowie mit den Erbschaftstiteln „Cäsarewitsch" und „Nasledník" (Nachfolger) belehnt. Aufgewachsen ist er ferner mit dem unzweifelhaften Bewußtsein seiner dereinstigen Stellung an der Spitze des Reichs, erzogen und gebildet ward er im Hinblick auf diese Aufgabe, auch mehrmals schon für kurze Zeit im Auftrage und Namen des Vaters mit der Regentschaft betraut. Als nun aber der Kaiser mit jenem Bekenntniß vom Leben geschieden war, fielen ihm die fünf Kronen Rußlands dennoch erst zu, da er, nach menschlicher Voraussicht, kein volles Menschenalter mehr vor sich hat, um diejenigen Ziele eines Herrschaftsabschlusses zu erreichen, von denen unter und durch Kaiser Nikolaus das Reich wieder weiter als jemals abgelenkt war.

Gewisse Aehnlichkeiten herrschten jedoch zwischen den Reichszuständen bei der Thronbesteigung des Vaters und des Sohnes, wennschon die Schwerpunkte der Zerrüttungen von 1825 auf ganz andern Voraussetzungen ruhten, als 1855. War 1825 das Reich „gegen äußere Gefahren geschützt", so starb doch Alexander I. und erbte Nikolaus I. die Herrschaft mit dem Bewußtsein, daß verderbenschwangere Anschläge in der eigenen Armee den Staatsbestand und die Krone bedrohten. „Glücklich und ruhig" hinterließ keiner von beiden Brüdern die Nation; keiner von beiden war sich selber treu geblieben, „Rußlands Wohl" hatte keiner herangeführt. Entbehrte vor dreißig Jahren das Staatsleben einer „festen Ordnung", weil der Regent mit seinen eigenen Principien gebrochen und darum verlangt hatte, daß das Volk alle Verheißungen und

Hoffnungen auf socialpolitische Reformen wieder vergesse, welche es in einem beispiellos opferreichen Nationalkampfe verdient und gesichert zu haben wähnte, so war jetzt die „feste Ordnung", in welche Nikolaus' eisernes Scepter Rußland gezwungen hatte, im größern Theile des Reichs durch des Kaisers eigene Hand gelockert, um die Massenkräfte für einen Kampf zu entfesseln, dessen innerstes Wesen dem Nationalbewußtsein fremd blieb, während eine falsche Oriflamme umhergetragen ward, welche die fehlende Begeisterung des Patriotismus durch Religionsfanatismus ersetzen mußte.

Noch von seinem Sterbelager hatte Nikolaus I. jenen Aufruf zur Volksbewaffnung hinausgeschleudert, mit welchem er die von immer wiederholten Rekrutirungen übrig gelassenen Männer nicht blos von ihren heimischen Herden, sondern auch von den Arbeiten rief, welche den unmittelbarsten Bedürfnissen des Lebens und der Armee dienen sollten. Es war seine letzte Herrscherthat gewesen. Stand auch bei seinem Tode noch nicht das ganze Reich in der Reichswehr, so doch zahlreiche Provinzen, während die Bevölkerung anderer in der Vorbereitung dafür den gewöhnlichen Gang ihres Lebens verließ und der Rest sich unter Kriegszustand, also unter der Herrschaft von Verhältnissen befand, die ihn den productiven Staatszwecken entzogen. Außerdem war auch die bürgerliche Rechtsordnung in allen Bevölkerungsschichten schon seit einem Jahre durchlöchert, nachdem der Kaiser der activen Armee und allen freiwillig Eintretenden die Einstellung aller civilgerichtlichen Proceduren in ihren Angelegenheiten bis zum dereinstigen Frieden gestattet hatte. Bereits begann man selbst die Milizen als 3. und 4. Bataillon in die reguläre Armee einzureihen. Gewerbe, Handel, Ackerbau, Viehzucht verkamen im Innern des Reichs in tiefster Vernachlässigung, alle Lebensbedürfnisse standen enorm hoch im Preis und für die Einfuhr wie Ausfuhr blieben blos ganz schmale Pforten der

Landgrenzen offen. Abgeschlossen, zurückgedrängt, auf sich selbst gewiesen, ohne Wechselverkehr nach und von außen lag das Reich dreier Welttheile überall, wo das Meer an seine Küsten brandet, im Norden, im fernen Osten, im Süden; gleichzeitig war es überall bedroht. Die Ostsee, den Rigaischen, Finnischen, Bottnischen Busen blokirten die Flotten der Westmächte in einer Weise, daß kaum ein Fischerboot seinem kärglichen Erwerbe nachgehen konnte. Selbst im Weißen Meere versperrten feindliche Kreuzer jene schmale Straße, welche das Polareis dem russischen Verkehr mit Europa offen läßt. Der Busen von Kamtschatka, Ostsibiriens Verbindungsweg nach Amerika, war von englischen Fregatten geschlossen; den Amur und Ochotskischen Busen besetzten sie an seinem Ausgange. Vom Westrande des Kaspischen Sees bis zum Ostende des Schwarzen Meeres herrschte zwar nicht westmächtliche Waffengewalt, aber der französisch-englische Einfluß wußte den russisch-persischen Wechselverkehr zu lähmen. Auf dem Schwarzen Meere endlich — es bedarf kaum der Erwähnung — gab es keine russische Schiffahrt mehr, und in den Donauländern standen Oesterreichs Armeen.

Dazu waren die Russen, die wenig rühmliche Katastrophe von Sinope ausgenommen, seit dem Beginne des Kriegs bei allen Begegnungen mit den Feinden im Nachtheil geblieben; die Nachricht von der demüthigenden Niederlage bei Eupatoria hatte dem schon kranken Kaiser Nikolaus den Todesstoß gegeben. Verbleicht war in ganz Europa jener einschüchternde Nimbus russischer Kriegsmacht, in dessen Strahlen der hingeschiedene Zar geherrscht und den Cabineten seinen Willen octroyirt hatte. Verschwunden war auch mit seinem Tode, dies konnte sich sein Nachfolger sicherlich nicht verleugnen, die ganze Fülle persönlicher Rücksichten, welche die Souveräne Europas dem Manne gezollt hatten, welcher noch vor wenigen Jahren, allein unerschüttert im Schwanken einer Welt,

hier durch bloße militärische Aufstellungen, dort durch kriegerisches Eingreifen die Niederwerfung der Revolution gefördert und dann ein Schiedsrichteramt über Mitteleuropa geübt hatte, als dessen geringste Nachwirkung es wahrlich nicht anzusehen war, daß Preußen und die deutschen Mittelstaaten, ob auch im Princip gegen die russische Politik des Orientkriegs einverstanden, dennoch jene Neutralität festhielten, welche den Decemberalliirten bis zu seinem Tode eine bezwingende Kriegführung unmöglich machte.

Auf die Fortdauer solcher Gunst traditioneller Verhältnisse durfte nach menschlichem Ermessen der neue Zar nicht rechnen. Noch unter ihrer ungeschmälerten Einwirkung war dagegen von den Gegnern die Hand zu den neuen Friedensunterhandlungen geboten worden, zu deren Grundlagen Fürst Gortschakow in Wien beim Jahresbeginne sein bekanntes J'y adhère erklärte. Für die Mitte des März war noch bei Nikolaus' Lebzeiten der Zusammentritt der wiener Conferenz bestimmt worden. Sollte Alexander II. seinen Regierungsbeginn mit einer Entscheidung des „Allerhöchsten Willens" für den unbedingten Frieden bezeichnen? Wenn er diesen Entschluß gefaßt hätte, so wären damit wahrscheinlich nach und nach die gewohnten Zustände des Lebens im russischen Reiche zurückgekehrt. Aeußerlich wohl, ob aber auch innerlich? Und wenn auch, vermochten sie das Reich wieder aus seiner innern Zerrüttung emporzuarbeiten? Boten sie eine wahrhaftige Garantie für seine Existenz? Gerade Alexander, welcher dem verstorbenen Kaiser seit Jahren unmittelbar zur Seite gestanden, mußte sich am deutlichsten davon überzeugt haben, wie an dessen Persönlichkeit alles geknüpft war, an seine Principien, Grundsätze, Maximen eigentlich nichts. Denn er hatte nicht blos den Krieg, sondern den ganzen Staat wie eine Persönlichkeitssache angesehen und gehandhabt. War doch während des ganzen orientalischen Kriegs selbst Rußlands

diplomatisches Verhalten ein Zeugniß dafür geworden, daß das Cabinet fast immer nur dahin hatte streben müssen, übel und bös des Kaisers persönliche, oft launenhafte, von augenblicklichen Wallungen überherrschte Willensmeinungen wie den Ausdruck principieller Consequenzen zu drapiren, mit staatsmännischer Würde zu umkleiden, oder auch, wo sie rücksichtslos über die Häupter des Kronrathes hindonnerten, fein angelegte Plane durchkreuzten, vorzeitig enthüllten, in schroffer Nacktheit vordrängten, sie wenigstens der Form nach zu mildern und ihren herausfordernd verletzenden Sinn wegzudisputiren.

Gerade dieses Wesen hatte auf der andern Seite der altrussischen Partei die Möglichkeit gegeben, sich des Kaisers vollkommen zu bemächtigen. Er hatte im Laufe der Dinge vergessen, daß der Krieg selbst nur ein Staatsmittel sei. Der Staat mit seinen Menschenkräften und seinen Machtmitteln war ihm herabgesunken zum Kriegsmittel; seine Vergangenheit wurde einfach zum Kriege verwendet, seine Zukunft dem Kriegszweck anheimgegeben. Keime einer andern Möglichkeit lagen nicht vor in dem Momente, da Kaiser Nikolaus starb. Ein „allerhöchster Wille", welcher unter den damaligen Verhältnissen mit dem Befehle zum Frieden debutirt hätte, wäre Europa gegenüber das Eingeständniß vom „Koloß auf thönernen Füßen gewesen", und der russischen Nation, namentlich der altrussischen Partei gegenüber eine persönliche Tollkühnheit des Zaren, welche ihn möglicherweise noch mehr als den Thron gekostet hätte. Denn die Stimmung der Massen war noch vollkommen dazu angethan, in einem friedebietenden Zaren einen Verächter der nationalen Ehre und Würde, einen Spötter des heiligen Rußland, einen Verleugner des orthodoxen Glaubens zu hassen. Der Nationaladel hätte eine solche Entschließung, ohne von seinen Ansprüchen den geringsten aufzugeben, schlechthin als Schachzug des Herrschers aufge-

faßt, um mit der Zurückweisung weiterer Nationalopfer die Macht zu lähmen, welche das altrussische Element zuerst schleichend und kriechend, dann schmeichelnd und gefällig, in den letzten Jahren jedoch trotzig und mitherrschend errungen hatte. Die Art, wie diese Partei schon immer den soldatischen Großfürsten Konstantin als eigentlichen Vertreter des echtnationalen Geistes im Kaiserhause verherrlichend aufs Schild gehoben, ließ keinen Zweifel darüber, wessen sie fähig sein würde, wenn Alexander sofort mit einer Aenderung der Politik hervorgetreten wäre. So blieb im Momente des Thronwechsels die einfache Uebernahme der Regierung, scheinbar ohne jeden Gedanken an Aenderungen nach irgendwelcher Seite, eine nüchterne Nothwendigkeit der Selbsterhaltung des Zaren, kein freier Entschluß.

Was erwartete Rußland von Alexander II? Lag in dem Vorzuge, mit welchem bei des verstorbenen Kaisers Lebzeiten der Großfürst Konstantin von der altrussischen Partei bedacht war, bereits das Anzeichen einer systematischen Opposition gegen den nunmehrigen Herrscher? Solche Fragen sind nicht müßig. Denn wenn auch für die großen Massen Rußlands, wie für die außerrussische Welt der Tod des Kaisers Nikolaus vollkommen unerwartet eintrat — in allen dem Hofe und den leitenden Personen nahestehenden Kreisen war man seit Jahren auf das Bevorstehen einer solchen Plötzlichkeit gefaßt. Schon 1853 hatte Dr. Granville dem Kaiser nur noch ein kurzes Lebensziel gesteckt und den schon lange vor seinem Tode auch an befreundeten Höfen wohlbekannten Ausspruch gethan: „Ein paar unglückvolle Nachrichten können hinreichen, daß er eines raschen Todes stirbt wie seine Brüder.“ Mit der Besorgniß um seine Körperzustände hatte man es während

des orientalischen Kriegs sogar schon bei verschiedenen Gelegenheiten motivirt, wenn seinen Aufwallungen und seinem Eigenwillen von den dazu Berufenen nicht diejenige Energie entgegengesetzt wurde, welche das europäische, ja Rußlands eigenstes Interesse forderte. Mit dem Abschlusse des Decembervertrags zeigte sich des Kaisers Geist tief verdüstert und war die Entkräftung selbst auch körperlich geworden. Hatte nun dasjenige Rußland, welches sich und seine Interessen so unbedingt mit seiner Persönlichkeit verflocht, unter dem Drange der Ereignisse wirklich nicht an eine mögliche Aenderung der Verhältnisse gedacht? Hatten die in der Macht befindlichen Elemente keine Berechnung der Zukunft gemacht?

Ueberall gilt freilich die Wahrheit: nur wer lebt hat recht. Nicht überall gilt jedoch in gleicher Allgemeinheit wie in Rußland, daß alles Leben nur dem Augenblicke gehört. Es ist im russischen Naturell begründet und durch den Autokratismus ausgebildet. Nur wer in der Macht lebt, dem sind die Blicke zugewendet; nur wer im Sonnenschein der Gunst des Zaren steht, ist ein Gegenstand allgemeinerer Beachtung. Und selbst dies kaum als Persönlichkeit, sondern weit höhern Maßes als Theilnehmer an der Zarenmacht oder als deren bedingender Vermittler. Soviel nun auch bei Nikolaus' Lebzeiten von dem schönen Familienverhältniß im Winterpalaste geschrieben wurde, so patriarchalische Geschichten vom Wechselverkehr zwischen der kaiserlichen Familie und dem Publikum überall in Petersburg und Moskau erklangen, so sparsam blieb doch stets jegliche Ausbeute, wenn man ein zusammenfassendes Urtheil über eines oder das andere der jüngern Familienglieder erwartete. Dies nicht etwa wegen einer gewissen Scheu, sich zu äußern; Anekdoten und Cancans von den Höchstgestellten laufen in Rußland fast noch mit größerer Unbefangenheit herum, als in den westeuropäischen Residenzen. Allein niemand fragt darüber hinaus nach einer Zukunft und

Eventualitäten, unter denen dieſes oder jenes Mitglied der Herrſcherfamilie handelnd hervortreten könnte. Ganz namentlich geſchah dies nicht, ſolange Kaiſer Nikolaus regierte und mit ſeiner gewaltigen Perſönlichkeit ſeine nächſten Umgebungen faſt eiferſüchtig in den Schatten drängte. So ausſchließlich concentrirte ſich vielmehr alles Intereſſe in ihm, daß von den Mitgliedern des Kaiſerhauſes nur auf diejenigen eine Art von öffentlicher Theilnahme überging, von denen man wußte oder zu wiſſen glaubte, daß ſich ihnen ſeine beſondere Vorliebe zuwendete. Bis zur Verheirathung mit dem Herzog von Leuchtenberg war die Großfürſtin Marie ſozuſagen populär; nachher die Großfürſtin Alexandra (geſt. 1844), ſpäter Großfürſt Konſtantin. Der Thronfolger war es dagegen niemals geweſen. Einige umlaufende Anekdoten ſchienen auf eine gewiſſe Engigkeit des Charakters hinzudeuten. Sein früher ziemlich unbedeutendes Geſicht, ſein wenig prägnantes Auftreten in den Hofkreiſen wurden als Beſtätigung dieſes Urtheils hingenommen, ſeine Freundſchaft mit dem Herzog von Leuchtenberg galt wie eine faſt ſchwächliche Gutmüthigkeit gegen den mehr oder minder Zurückgeſetzten. Die unbedingten Nikolaiten vermißten an ihm die perſönlichen Eigenſchaften eines Zaren, die ſtrenge Nationalpartei ignorirte ihn namentlich ſeit dem orientaliſchen Krieg zu Gunſten des Großfürſten Konſtantin, andere wollten ſeinen Geſichtskreis nicht umfaſſend genug finden; die meiſten Ausländer, welche mit ihm in Berührung gekommen waren, lobten die aufrichtige Humanität ſeiner Umgangsformen. Von ſeinen nähern Umgebungen ward ſeine Herzensgüte durch viele Beiſpiele belegt, ſeine faſt bis zur Pedanterie gehende Ordnungsliebe bewundert, doch zugleich auch mancherlei Befürchtung wegen ſeiner Geſundheit ausgeſprochen, welche durch anſtrengende Reiſen in ſehr jugendlichem Alter mit dem Vater, ſpäter

ohne ihn und theilweise in seinem Auftrage, gelitten haben sollte.*)

---

*) Friedrich von Gagern schreibt in seinem Tagebuch aus Petersburg 1839 („Das Leben des Generals Friedrich von Gagern", III, 353): „Der Großfürst-Thronfolger soll sehr gutmüthig sein; sein Gesicht ist unbedeutend, wie auch seine Conversation. Manche halten ihn für beschränkt und nicht energisch genug, um die Zügel der Regierung mit so fester Hand zu führen, wie der Vater." Custine sagt in seiner „Russie en 1839": „Die Gesichtszüge drücken Güte aus, seine Bewegungen sind graziös, leicht gehoben und edel, er ist in der That ein Fürst, erscheint bescheiden ohne Schüchternheit, was den Verkehr mit ihm leicht und angenehm macht. Er sticht unter seinen Altersgenossen hauptsächlich durch die vollkommene Anmuth hervor und Anmuth ist stets das Kennzeichen einer wohlwollenden Gesinnung." Leruzieu le Duc bestätigt diese Angaben, fügt jedoch hinzu, daß die Anmuth des Jünglings später einer mehr würdevollen Männlichkeit gewichen sei. Ein neuerer Reisender bemerkt: „Der Thronerbe hat die majestätische Persönlichkeit seines Vaters und etwas von dessen regelmäßigen Gesichtszügen, aber nichts von seiner herzlosen Erhabenheit. Der Sohn hat im Gegentheil viel Gefühl und Gemüth, volle Lippen, nachdenkliche Augenlider und mehr Friedlichkeit als Charakter in seiner Miene." Der Krönungscorrespondent der „Times" schildert den Kaiser (während des Festzugs nach dem Kreml): „Se. Majestät ist groß und wohlgebaut, obgleich er an Statur und Körpergröße seinem Vater nicht gleichkommt. Sein Gesicht zeigt große Aehnlichkeit mit den Porträts des Kaisers Nikolaus (?), allein die Verehrer des Verstorbenen behaupten, daß ihm die wundervolle Macht des Auges, die Würde und Schärfe des Worts mangele, welche den Vater kennzeichneten." Sehr bemerkenswerth erscheint es außerdem, daß die ganze theils vom Panslawismus, theils vom Altrussenthum inspirirte Oppositionsliteratur, welche bei Nikolaus' Lebzeiten im Auslande Rußlands Gegenwart und Zukunft besprach, den Thronfolger fast niemals, oder höchstens ganz beiläufig ins Auge faßte. Der Mann der dynastischen Zukunft war ihr überall der Großfürst Konstantin und zwar bereits zu einer Zeit, da derselbe fast noch im Knabenalter stand. Die Wortführer dieser Parteien hatten aber zu jener Zeit wenigstens so hoch hinaufreichende Beziehungen, daß aus ihrem literarischen Verhalten wol auch auf die damals am Hofe herrschende Strömung der Ansichten und Erwartungen geschlossen werden darf.

Selbst über den geistigen Bildungsgang des nunmehrigen Kaisers war im größern Publikum kaum mehr bekannt, als über den seines Vaters, als dieser einst aus dem Stillleben des Anitschkowpalastes so überraschend auf den Thron berufen ward. Unmittelbar nach dessen Thronbesteigung wurde der damalige Oberst Kavelin (kaiserlicher Adjutant, später General der Infanterie, Reichsrath, Generalgouverneur von Petersburg, irrsinnig gestorben) mit der Erziehung der Thronfolgers beauftragt. Director seiner Studien wurde General Moerder, nach ihm der Dichter Basil Schukowskij, der Begründer der romantischen Schule in Rußland und als Vorleser der Kaiserin-Mutter an den Hof gekommen. Auch stand der Weltumsegler Admiral Lütke (Erzieher Konstantins) dem Thronfolger in seinen Jünglingsjahren nahe; außerdem schien er sein lebhaftestes Vertrauen dem feingebildeten Baron Grimm zuzuwenden, welches er auch später durch dessen Berufung als Gouverneur des Cäsarewitsch Nikolaus Alexandrowitsch bewährte (1858). Unter den eigentlichen Lehrmeistern nennt man Lipmann für Geschichte, Ed. Collins für die mathematischen Wissenschaften, Arsenjef für Geographie und Geschichte, Florenz Gilles (nachher Director der kaiserlichen Kunstanstalten) für französische Sprache u. s. w. Noch später folgten die gewohnten Ausbildungsreisen, wobei der obenerwähnte Baron Grimm, der aus seiner diplomatischen Thätigkeit in Serbien bekannte General Lieven, der Bildhauer Schmidt von der Launitz u. a. unter den Begleitern am häufigsten aufgeführt werden. Im ganzen genommen will man allerdings behaupten, daß die Erziehung und Bildung des Thronfolgers, dem Befehle des Vaters zufolge, eine vorwiegend militärische Richtung gehabt habe, indessen wurde derselbe später wenigstens durch die Stellung als Hetman aller Kosacken und Chef der gesammten Garde vom Specialdienst nicht gleichermaßen in Anspruch genommen wie seine Brüder. Im letzten Jahr-

alle mit einem ebenso unerwarteten als schrecklichen Schlage zu treffen. Unser geliebtester Vater, der Herr und Kaiser, Nikolai Pawlowitsch, ist nach einer kurzen, aber schweren Krankheit, die sich in den letzten Tagen mit unglaublicher Schnelligkeit entwickelte, am heutigen Tage, den 18. Febr. (2. März n. St.) verschieden. Keine Worte sind im Stande, Unsern Schmerz, der auch der Schmerz aller Unserer getreuen Unterthanen ist, auszudrücken. Indem wir Uns vor den geheimnißvollen Schickungen der göttlichen Vorsehung beugen, suchen wir bei ihr allein Trost für Uns und erwarten von ihr allein, daß sie Uns die Kraft verleihe, die durch ihren Willen Uns auferlegte Bürde zu tragen. — Gleichwie Unser von Uns beweinter Vater alle Seine Anstrengungen, alle Stunden seines Lebens den Mühen und Sorgen seiner Unterthanen widmete, so legen auch Wir in dieser traurigen, aber ernsten und feierlichen Stunde, indem Wir den Uns angestammten Thron des russischen Reiches und des von demselben unzertrennlichen Königreichs Polen und Großfürstenthums Finnland besteigen, vor dem Angesichte des unsichtbaren, allgegenwärtigen Gottes das heilige Gelübde ab, die Wohlfahrt Unsers Vaterlandes stets als Unser einziges Ziel vor Augen zu haben. Und so möge die Vorsehung, die Uns zu diesem großen Beruf ersehen hat, Uns leiten und schirmen, daß Wir Rußland auf der höchsten Stufe der Macht und des Ruhmes erhalten und sich durch Uns erfüllen die unablässigen Wünsche und Absichten unserer erhabensten Vorfahren, Peters, Katharinas, Alexanders des Gesegneten und Unsers unvergeßlichen Vaters. — Der bewährte Eifer Unserer geliebten Unterthanen, ihre mit den Unserigen vereinten heißen Gebete vor den Altären des Höchsten werden Unser Beistand sein. Wir fordern dieselben dazu auf, indem Wir ihnen hiermit zugleich befehlen, Uns und Unserm Thronerben, Sr. kaiserlichen Hoheit dem Cäsarewitsch

Großfürsten Nikolai Alexandrowitsch den Eid der Treue zu leisten. Gegeben u. s. w."

In Petersburg ward dieses Manifest am Nachmittag des 2. März verkündet. Im außerrussischen Europa lernte man seinen Wortlaut unmittelbar nach jenem des Volksbewaffnungsaufrufs (vom 20. Febr.) kennen, dessen Anordnung und Unterzeichnung die letzte auf den Krieg bezügliche Regierungshandlung des bereits schwer erkrankten Kaisers Nikolaus gewesen war. Dieser Aufruf trug in jedem Worte das ganze Gepräge der leidenschaftlichen Erbitterung des Verstorbenen, wie gegen das Unterfangen, so namentlich über die Fähigkeit seiner Gegner, an Rußlands Unverfehrbarkeit und Siegessicherheit zu tasten. Er concentrirte alle erdenklichen Drohungen, als ob der Schrecken über Worte die wiener Conferenzmächte vor dem Beginn der Verhandlung einschüchtern solle. Diejenigen Organe des Auslandes aber, welche derartige Documente im russischen Interesse zu veröffentlichen pflegten, hatten vielleicht geglaubt, dem neuen Zaren einen besondern Dienst zu leisten, indem sie diesmal die Uebersetzung so lange zurückhielten, daß sie als unmittelbarster Vorläufer des Thronbesteigungsmanifestes in die Oeffentlichkeit trat. Anstatt des erwarteten, trat jedoch gerade der entgegengesetzte Erfolg ein. Unter dem Eindrucke des Volksbewaffnungsmanifestes wurden auch Kaiser Alexanders erste Worte und namentlich die Auswahl der Vorbilder für seine Regierung als neue Herausforderungen empfunden. Selbst die ruhiger Urtheilenden sahen darin das übelste Prognostikon für die bevorstehenden wiener Conferenzen, und ein neues ungeschicktes Manöver der neupreußischen wie der Neutralitätspartei verstärkte vollends den abermals emporgerüttelten Mismuth gegen Rußlands Haltung. Ihre Organe versuchten nämlich in plötzlicher Schwenkung und angesichts solcher Erscheinung den Tod des Kaisers Nikolaus zu benutzen, um eine empfind-

same Versöhnungsseligkeit um jeden Preis der öffentlichen Meinung wie eine kosmopolitische oder gar patriotische Pflichterfüllung zu octroyiren. Principien, Documente, Thatsachen, das ganze Bewußtsein der europäischen Welt sollten plötzlich wegescamotirt und der ganze Kampf wie ein kolossales Misverständniß über die erhabensten Absichten des Verstorbenen drapirt werden. Als handle es sich um einen Privatzank, wurde vom Auslöschen der Zornesflammen geredet und der große Vermittler Tod angerufen. Kurz, die eifrigen Freunde Rußlands im Auslande durften sich des Erfolgs rühmen, dem Thronbesteigungsmanifest des neuen Zaren einen so verstimmten Empfang bereitet zu haben, und zwar keineswegs blos im Publikum, sondern auch in den Regionen der praktischen Politik, daß man russischerseits, nachdem bereits am 5. März die frühern Instructionen des Fürsten Gortschakow zur wiener Conferenz bestätigt worden waren, eine beschwichtigende Erläuterung der kaiserlichen Worte (Circular vom 10. März) an die Gesandten gelangen ließ. Ihr wesentlichster Gedanke concentrirte sich in der Beweisführung, daß der Kaiser „mit kindlicher Frömmigkeit" aus „seiner Erbschaft" zwei gleichermaßen „heilige Verpflichtungen" übernommen habe. „Die erste verlangt von Sr. Majestät die Entfaltung der gesammten Macht, welche der Wille Gottes in seine Hände behufs der Vertheidigung der Integrität und Ehre Rußlands gelegt hat; die zweite legt Sr. Majestät die Pflicht auf, seine Fürsorge beharrlich der Vollbringung des Friedenswerks zu widmen, dessen Grundlagen der Kaiser Nikolaus bereits sanctionirt hat."

Eine Verschiedenheit von ähnlichen frühern Kundgebungen des Kaisers Nikolaus blieb jedoch bei jenen ersten Erlassen des Kaisers Alexander ebenfalls nicht unbemerkt, weil sie, obschon blos negativer Natur, dennoch für die praktische Behandlung der Streitfragen von wesentlicher Bedeutung werden konnte.

Nämlich weder das Thronbesteigungsmanifest, noch das diplomatische Rundschreiben beanspruchte für Rußland den Beruf, in seinem Kampfe das wahre Christenthum gegen Europas Unglauben vertheidigen zu müssen. Entweder erkannte das petersburger Cabinet, daß diese falsche Oriflamme auch in den russischen Völkern keinen Glauben mehr fand, oder das Aufgeben des frivolen Spiels mit dem religiösen Fanatismus war eine absichtliche Vereinfachung der Streitfrage, um die Möglichkeit dereinstiger Verständigungen zu erleichtern. Allerdings schlug später noch eine Ansprache des heiligen Synod (vom 20. März), welche sich zur Unterstützung des Volksbewaffnungsmanifestes an die rechtgläubige Nation wendete, die alten Tonarten an; allein das kirchenslawonische Actenstück adressirte sich eben blos an die großen Massen und konnte schon nach seinem kirchlichen Ursprunge nicht plötzlich die Motive verleugnen, in deren Namen der verstorbene Zar seinen Aufruf erlassen hatte. Dagegen griff keine der Ansprachen, mit denen der Kaiser persönlich in den ersten Tagen nach Nikolaus' Tode vor den Würdenträgern des Reichs seine Stellung und die des Reichs präcisirte, auf das religiöse Moment zurück. Dabei war jedoch vorzugsweise die Anrede an den Senat unmittelbar darauf gerichtet, die strenge Continuität zwischen der Vergangenheit und Gegenwart der innern Politik unzweifelhaft zu machen. Der Kaiser versicherte nämlich den versammelten Senatoren, daß er „bereits seit zehn Jahren sowol an der Regierung, wie an allen Planen und Entwürfen" seines verewigten Vaters „vollständig theilgenommen" habe, sodaß vorerst von Aenderungen im Princip oder in der Praxis der innern Verwaltung keine Rede sein könne. Damit erfuhren sehr weite Kreise eigentlich erst, daß der verstorbene Zar es über sich gewonnen hatte, dem Nachfolger die Motive seiner Regierungsweise zu erläutern. Die Anrede an die condolirenden Mitglieder des diplomatischen

Corps verband mit den Versicherungen des aufrichtigsten Willens zur Verständigung ebenfalls die Berufung auf eine vollständige Uebereinstimmung mit den Ueberzeugungen, Absichten und Wünschen des verstorbenen Kaisers. Die Principien desselben — sagte Alexander II. — seien als die der Heiligen Allianz bekannt; daß die Allianz selbst nicht mehr bestehe, sei sicherlich nicht seines Vaters Schuld; Gott und die Geschichte werde seinen stets wohlgemeinten, in letzter Zeit verkannten Absichten Gerechtigkeit widerfahren lassen. „Ich bin bereit — fuhr er fort —, ohne Rückhalt die Hand zur Verständigung unter denjenigen Bedingungen zu bieten, welche mein Vater genehmigt hat. Wenn aber die Conferenzen, welche in Wien beginnen werden, zu einem für uns ehrenhaften Resultate nicht führen, dann, meine Herren, werde ich mit meinem getreuen Rußland kämpfen und eher untergehen, als nachgeben."

Solche Erklärungen und Kundgebungen konnten in ihrer Gesammtheit durchaus nichts anderes bedeuten, als daß Kaiser Alexander selbst, unter den gegebenen Verhältnissen, den Tod seines Vaters und seine eigene Thronbesteigung nur als Zwischenfälle auffaßte, welche im praktischen Gange der Dinge nichts zu ändern hätten. In diesem Sinne konnte auch die Ankunft des Prinzen Karl von Preußen, des Erzherzogs Wilhelm von Oesterreich, des Kronprinzen Karl von Würtemberg und anderer Prinzen von Geblüt zum Begräbniß des Kaisers Nikolaus (11. März), sowie selbst die militärischen Trauerfeierlichkeiten in Berlin, oder die Benennung eines österreichischen Regiments mit seinem Namen keine andere Bedeutung haben, als die rein persönlicher oder verwandtschaftlicher Ehrenbezeigungen für den Hinterbliebenen. Gaben doch selbst die unabhängige Presse und die officiellen Organe der mit Rußland im Kriege befindlichen Staaten ihrer Achtung vor den persönlichen Eigenschaften des Hingeschiedenen den vollsten

Ausdruck, ohne daran irgendwie die Erwartung zu knüpfen, daß das Ereigniß ändernd auf die politische Lage wirken werde. Man erwartete vom Kaiser Alexander II. nichts anderes, als daß er die Haltung seines Vaters bis zur noch unabsehbaren Austragung des orientalischen Kriegs fortsetzen werde. Es lagen keine veränderten Bedingungen vor und der neue Kaiser war seiner Persönlichkeit nach zu wenig bekannt, um von vornherein annehmen zu lassen, daß er bereits unter den Eindrücken und Nöthigungen des Augenblicks bestimmte Plane zu durchgreifenden Umgestaltungen im Staatsleben entworfen haben möge.

Minder einfach lagen die Verhältnisse in Rußland selbst. Die altnationale Aristokratenpartei, welche Kaiser Nikolaus in der ersten Hälfte seiner Regierung mit entschiedenem Mistrauen behandelt hatte, war allmählich und verstohlen wieder eine Potenz geworden und seit dem Beginne des orientalischen Kriegs zu einem Machteinflusse gelangt, welcher den Zaren selbst, freilich ohne daß er sich dessen bewußt sein mochte, ihren Parteizwecken dienstbar machte. Bei seinem Tode besetzten ihre Angehörigen die wichtigsten Stellen der Verwaltung und Armee; überall waren die Wege gebahnt, um ausnahmlos die gesammte Staatsleitung in ihre Hände zu bringen. Mit wirklich großartigen Opfern hatten sie den Krieg unterstützt; auch die Oberbefehlshaberstellen der Volksbewaffnung waren in den wichtigsten Gouvernements den populärsten unter ihren Führern zugewiesen. Ihre Macht ignoriren wollen, wäre beim jungen Zaren, wie schon angedeutet wurde, sträfliche Gedankenlosigkeit gewesen. Hatte doch auch Kaiser Nikolaus seinen frühern Argwohn nach dieser Seite völlig vergessen oder die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß er dieser Elemente unter außergewöhnlichen Verhältnissen nicht entbehren

könne. Als einen ihrer wichtigsten Siege aus dem Ende seines Regiments bezeichnete man noch die Abberufung des unzugänglichen Fürsten Mentschikow vom Generalcommando in der Krim und seine Ersetzung durch der Fürsten Michael Gortschakow, dem auf diese Weise Gelegenheit verschafft werden sollte, die Scharte auszuwetzen, welche sein kriegerischer Ruhm durch den vorjährigen Donaufeldzug erlitten hatte. Auch diese Erbschaft mußte mit ihren Consequenzen übernommen werden. Indem die altrussische Partei Wunderthaten prophezeite und damit die Kriegslust der Nation immer heller entzündete, schob sie unvermerkt von neuem den Großfürsten Konstantin in die erste Reihe.

Wie eine feststehende Thatsache wurde es behandelt, daß dieser zweite Sohn der eigentliche Vertreter des nationalen Elements sei, während der nunmehrige Kaiser in seiner Neigung für fremdländische Bildungsformen, in milder Gesinnung, in Friedensliebe, kurz in allen weichen Eigenschaften, welche unter den bestehenden Verhältnissen gerade nicht zeitgemäß erschienen, als Abbild Alexanders I. geschildert ward. Daran knüpfte man Gerüchte von tief einschneidenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den kaiserlichen Brüdern, ja selbst davon, daß der Kaiser Alexander II., erschreckt von der Kriegserbschaft und gedrückt von der Aufgabe, welche ihm Kaiser Nikolaus hinterlassen, zur baldigen Verzichtleistung auf die Krone entschlossen sei. Sogar einzelne Sätze des Thronbesteigungsmanifestes wurden in solchem Sinne ausgedeutet. Es war der zweite Theil des alten Märchens, wonach Kaiser Nikolaus selbst dem Großfürsten Konstantin die Krone zu übertragen beabsichtigt hatte.

Unter regelmäßigen Verhältnissen wären solche Aussprengungen bedeutungslos geblieben und hätten sogar wahrscheinlich kaum die engsten Gesellschaftskreise Petersburgs und Moskaus überschritten; noch weniger wären sie populär ge-

worden. Jetzt dagegen lagen die Dinge anders. Ueber ganz Rußland hatte der Kaiserbefehl die kriegerische Völkerbewegung verbreitet, selbst ehe noch das Volksbewaffnungsmanifest erschienen war. Alle Gewohnheiten und materiellen Sicherheiten des Friedens hatte die Nation aufgeben müssen, um für die angeblich geschändeten Altäre und die angeblich bedrohte Integrität des Reichs das Schwert zu ergreifen; aus dem fernsten asiatischen Osten und vom höchsten Norden hatten sich die Streitbaren aufgemacht, um für den Zaren zu kämpfen. Der Zar aber, welcher sie gerufen, war nun todt, und von seinem Nachfolger kam ihnen die Nachricht entgegen, daß er die Güter für nichts achte, in deren Namen sein Vater die Grundelemente aller bestehenden Ordnung aufgewühlt! Man braucht nur wenige Jahre in der mitteleuropäischen Geschichte zurückzugehen, um sich des moralisch zerrüttenden Eindrucks zu erinnern, welchen es hinterließ, als eine deutsche Großmacht ihre Bevölkerung für Vertheidigung der angeblich gleichfalls bedrohten nationalen Güter zu den Waffen gerufen hatte, um sie dann mit dem Bescheide nach Hause zu schicken, sie habe sich geirrt, um nationale Güter handle es sich so eigentlich nicht, die Begeisterung dafür sei ein irrthümliches Echauffement gewesen, und wenn auch wirklich die Würde und das Recht des Staats einige Einbuße erleide, so zeige sich doch eben die wahre Stärke einer Großmacht darin, daß sie einen Schritt zurückweiche. Jene Großmacht trat seit diesem Tage im öffentlichen Urtheile Europas wieder auf den Standpunkt einer Mittelmacht zurück und hat das Stärkebewußtsein ihrer eigenen Bevölkerung auf Jahrzehnde hinaus an sich selbst irre gemacht, so vollständig auch seitdem erwiesen ist, daß sie in jenem Momente den Kampf mit ganz Europa zur Durchführung ihrer Politik hätte eingehen müssen. Nun aber denke man sich eine ähnliche Entschließung politisch völlig rohen, im religiösen Glauben an die gottähnliche All-

ſtantin eventuell die Regentſchaft des Reichs übertrug, während der regierenden Kaiſerin Marie Alexandrowna die Vormundſchaft über die kaiſerlichen Kinder zugeſprochen ward. Zugleich wies dieſer Ukas auch jene Ausſtreuungen zurück, welche einen baldigen Rücktritt des Kaiſers prophezeit hatten. Denn er traf alle ſeine Anordnungen ausdrücklich blos „für den Fall Unſers Ablebens, bevor Unſer innigſtgeliebter Sohn und Thronfolger das für die Volljährigkeit der Kaiſer geſetzlich beſtimmte Alter erreicht hat". Dieſer Moment ſtand im Jahr 1859 bevor.

Es iſt heute nicht zu unterſuchen und wird auch ſchwerlich von der Zukunft authentiſch feſtgeſtellt werden können, ob wirklich bei Alexanders Thronbeſteigung ebenſo weſentliche Meinungsdifferenzen mit dem Großfürſten Konſtantin über die augenblicklich einzuhaltende Politik, wie über das Syſtem der ruſſiſchen Zukunft beſtanden. Hatte der nunmehrige Kaiſer wirklich ſeit einem Jahrzehnd an den Planen und der Regierung ſeines Vaters theilgenommen, ſo war dies ſicherlich mehr beobachtend als eingreifend geſchehen. Namentlich die keinen leiſeſten Widerſpruch duldende Gereiztheit des Vaters, wie ſie ſich ſeit 1848 bis zur Krankhaftigkeit geſteigert hatte, erlaubt die Annahme nicht, daß er dem Sohne in irgendeiner Branche der Regierung eine verfügende Macht eingeräumt haben ſollte. Selbſt die temporäre Regentſchaft, welche ihm während einiger Reiſen des Kaiſers übertragen war, hatte ihm ſchwerlich ein factiſches Entſcheidungsrecht in weſentlichen Dingen gegeben. Um ſo klarer hatte aber der Thronfolger während dieſer langen Zeit ſich überzeugen können, wie des Vaters Abſicht, alles und auch das Geringſte perſönlich anordnen zu wollen, einestheils eine Menge der wichtigſten Herrſcheraufgaben unerledigt ließ, anderntheils in den regelmäßigen Geſchäftsgang fortwährende Störungen hineintrug, welche den Verwaltungsorganen ihre Thätigkeit aufs äußerſte erſchwerten

und namentlich in die mittlern Regionen der Regierung die Willkürlichkeit nothwendig hineinzwangen. Ohne sie wäre in tausend und abertausend Dingen ein Stocken der Regierungsmaschine geradezu unvermeidlich geworden. Denn da dem Kaiser das Organisationstalent fast gänzlich abging, verlor er durch solche Einzelheiten den Ueberblick des Ganzen immer von neuem und vergaß in der fast krankhaften Hast nach Abmachungen nur allzuleicht die Berücksichtigung der Voraussetzungen, wie die Berechnung der Consequenzen. Im verstärktesten Maße hatten sich nun diese Mängel eines wirklichen Regententalents immer in den auswärtigen Beziehungen und namentlich im orientalischen Kriege geltend gemacht. Indem dieser seine ganze Thätigkeit ausschließlich in Anspruch nahm und dessen ungünstige Gänge für ihn zu einer persönlichen Ehrensache wurden, hatte er sich fast alle Fäden der innern Verwaltung entschlüpfen lassen. Diese jetzt zu fassen, mußte dem jungen Kaiser unmöglich erscheinen. Während er jedoch, wie wir gesehen haben, noch mit der Befestigung seiner persönlichen Stellung beschäftigt war, hatten die wiener Conferenzen bereits einen Verlauf genommen, welcher ihr resultatloses Ende voraussehen ließ. Wenn überhaupt die Diplomatie noch auf Vermittelungen denken konnte, so mußte der Zar seinen persönlichen Willen den Mitteln und Nothwendigkeiten vollkommen unterordnen, welche sich den Staatsmännern aus der geschäftlichen Einlebung in die Conjuncturen ergaben. Den vollen Nachdruck konnten indessen freilich die Gänge des Cabinets eben blos dadurch gewinnen, daß das Staatsoberhaupt die kriegerischen Machtentfaltungen fortwährend mit der höchsten Energie betrieb, als ob die innern Zustände und Stimmungen des Reichs für dessen äußere Politik eine unwiderstehliche Nothwendigkeit bildeten.

In gewisser Art lag darin auch eine Wahrheit, nur eine andere, als man das Ausland glauben lassen wollte und

durfte. Rußland mußte eine Entscheidung haben, wenn nicht aus der fortdauernden Lockerung aller gewohnten Bestände eine sociale Auflösung emporwuchern sollte, deren dereinstige Wiederzusammenfassung selbst für die absolute Zarenmacht zur Unmöglichkeit würde. Es gab nur eine einzige Möglichkeit dieses Chaos zu überherrschen, und dies, indem auch diejenigen Reichstheile, welche der Krieg mit seinen Ausnahmezuständen noch nicht berührt hatte, in den allgemeinen Wirbel der Bewegung gezwungen, aus ihren Ordnungen gerissen, dem kriegerischen Zwecke dienstbar gemacht wurden. Dem Kaiser Nikolaus war, um so zu sagen, der Krieg über den Kopf gewachsen. Je mehr dessen Anforderungen an die materiellen Kräfte, je weiter seine räumlichen Dimensionen sich ausgedehnt hatten, desto unvermerkter war bald hier bald da das Festhalten an der formellen Ordnung unmöglich geworden. Dennoch wurde den übriggebliebenen Resten, welche der Krieg nicht unmittelbar berührte, kein einschränkendes Band gelockert und keine Bewegungsfreiheit gestattet, um ihr Leben den außergewöhnlichen Verhältnissen der Nachbarn anpassen zu können. So war eine Ungleichartigkeit entstanden, welche nach allen Richtungen hin verderblich und hinderlich wirkte. Nicht die Ausnahmezustände als solche verschlangen die letzte Productivkraft des Landes, sondern daß sie hier herrschten und dort nicht, daß morgen nicht mehr galt, was heute. Daß hier der Friede sich waffnen mußte und dem Kriegsgesetz unterlag, dort der Krieg in Herrschaft stand, während das Volk von keiner leisesten Ordnung des Friedens weichen sollte — dies hatte zugleich eine moralische Zerrüttung hergestellt, gegen welche die allgemeine und gleichmäßige Ablösung der Regelmäßigkeiten und Gesetzlichkeiten des Lebens durch Kriegszustand und Militärgewalt beinahe eine Organisation erscheinen mußte. Unter Kaiser Nikolaus hatte die bestehende Ordnung, die eingelebte Gewohnheit, das herkömm-

liche Leben in jedem einzelnen Falle dem momentanen Bedürfnisse des Kriegs weichen müssen, sobald der Befehl dazu erging. Aber wenn und wo sich die Rückwirkungen dieser Zustände in Landeskreisen und Bevölkerungsschichten kundgaben, welchen dieser Befehl noch nicht erklungen war, da wurden sie wie absichtliche und misliebige Abweichungen von der „Ordnung", fast wie Auflehnungen und Widersetzlichkeiten behandelt. Kaiser Alexanders Verfahren während des Sommers 1855 ging dagegen von dem Principe aus: der Krieg ist der herrschende Zustand, die Fortdauer des friedlichen Lebens ist in keinem Theile des Reichs, in keiner Richtung der Production möglich; die theilweise Forterhaltung friedlicher Ordnungen ist dem Kriegszwecke geradezu hinderlich, außer dem Kriege gibt es vorläufig keinen Staatszweck; tritt dereinst der Friede ein, so hat er sein Leben nicht an die Reste der frühern Gewohnheiten und Ordnungen anzuknüpfen, sondern auf ganz neuen Grundlagen zu erschaffen. Waren also unter Nikolaus die erschütterten Ordnungen des Staats und der Gesellschaft gleichsam blos nach dem Gesetze der Schwere immer weiter aus ihren Fugen gewichen, indem ihre Klammern und Stützen nachgaben, so setzte jetzt das Herrschaftsprincip selbst die Hebel ein, um ein blos militärisch überwachtes, überall wurzelloses Ausnahmeleben herzustellen, eine Gegenwart ohne bedingende Vergangenheit und ohne selbsteigene Zukunft, in der augenblicklichen Kriegsanstrengung vollkommen aufgehend. Folgte später der Friede, so hielt die Regierung die Initiative des neuen Lebens jedenfalls desto unbedingter in ihrer Hand, je überraschender sie ihn zu geben vermochte.

Die Herzählung der einzelnen Maßregeln zur Durchführung dieser bewußten Auflösung aller Lebensgewohnheiten würde ermüden, ohne zu orientiren. Man braucht blos einige Thatsachen zu nennen, um an die Verwandlung ganz Rußlands in ein

Kriegslager zu erinnern. Kaiser Nikolaus hatte allerdings den Aufruf zur allgemeinen Volksbewaffnung erlassen, aber dennoch deren sofortige Ausführung blos für einige Gouvernements angeordnet. Kaiser Alexander fügte dazu Gouvernement auf Gouvernement, sodaß im October 1855 überhaupt blos im fernsten Nordosten noch einige Landstriche übrig waren, in denen nicht jedermann das Kreuz an die Mütze geheftet und seine bürgerlichen Arbeiten verlassen hatte. Außerdem schritten noch die Rekrutirungen durch die Provinzen und griffen rücksichtslos über das dienstpflichtige Alter hinauf, wie in die noch nicht dienstpflichtige Jugend hinab. Dabei ward allerdings den Leibherren als Vergünstigung gewährt, daß ihnen diejenigen Leute an der pflichtigen Rekrutenzahl abgerechnet wurden, welche sich freiwillig zur Druschina gestellt hatten. Aber da mit der Bildung der Druschinen zugleich das Civilgesetz außer Geltung kam, so hatten die Grund- und Leibherren sehr bald selbst keine Möglichkeit, für ihre Feld- oder Industriearbeiten die nöthigen Menschen zu behalten. Der gemeine Russe fand es seinem Naturell nach viel angenehmer — und vielfach trieb auch der Haß gegen Leibherren und Beamten dazu — in ein Lagerleben zu treten und den Kaiser für sich, den Leibherrn für die zurückgelassene Familie sorgen zu lassen, als die alte schwere Arbeit fortzusetzen und schließlich noch für einen schlechten Patrioten zu gelten. Selbst die Juden, von denen viele durch den Uebertritt zum Christenthum sich bisher vom Militärdienst frei erhalten hatten, verloren diesen Vortheil, welcher ihnen vom Kaiser Nikolaus als Lohn ihrer Renegation zugestanden gewesen war. Ebenso unterlagen jetzt auch jene Söhne der Adelichen und des Bürgerstandes in den westlichen Provinzen, welche bisher dienstfrei gewesen waren, den allgemeinen Rekrutirungsgesetzen. Gleichzeitig wurde der Uebergang von den Universitäten und Gymnasien in die Offizier-

corps noch mehr erleichtert, als es schon unter Nikolaus geschah. Endlich aber dehnte Alexander jene Vergünstigung des Justitiums für Privatangelegenheiten bis nach wiederhergestelltem Frieden, welche Nikolaus blos der eigentlichen Operationsarmee verliehen hatte, auf alle aus, welche überhaupt als Soldaten, Reservisten, Milizen u. s. w. unter den Waffen standen. Damit wurde jede rechtliche Sicherung des Geschäftsverkehrs, ja man darf sagen jede Möglichkeit einer Fortsetzung des bürgerlichen Lebens suspendirt.

Daß auf diese Weise und mit solchen Mitteln keine kriegstüchtige Waffenkraft emporgezaubert werden könne, welche etwa die bereits kämpfenden Feinde in glänzenden Siegen zu vernichten oder das noch unschlüssige Europa einzuschüchtern vermöchte, wußte man in Petersburg sicherlich ganz genau. Auch in der Armee selbst machte man sich darüber durchaus keine Illusionen; im Gegentheil gestanden die Berichte der Inspectionsoffiziere ganz offen ein, daß die bewaffneten Massen für den wirklichen Kriegsdienst ebenso untüchtig seien, als die ungeschulten Studenten und Gymnasiasten, mit denen die vom Kriege gerissenen Lücken in den Reihen des Offiziercorps ausgefüllt wurden. Das eingeschlagene System erreichte höchstens den Zweck, durch die Massenhaftigkeit der Waffenträger dem einzelnen jene Zuversicht einzuflößen, welche mit ihrer moralischen Wirkung auf den Geist der Krieger in vielen Fällen und Beziehungen die wahrhaft kriegerische Begeisterung zu ersetzen vermag. Man kann nun allerdings nach westeuropäischer Anschauung ein solches Va banque, welches die ganze bürgerliche Grundlage des Staats aufs Spiel setzt, ehe noch die äußerste Nöthigung eines persönlichen Kampfes jedes einzelnen für seinen Herd vorhanden ist, unbegreiflich und sogar frivol erachten. Aber der westeuropäische Standpunkt, dessen unausweichliche Voraussetzung eben die wesentliche Begründung der Staatsexistenz auf dem bürgerlichen Element

ist, war niemals maßgebend für die russische Politik. Wie vollends der Krieg schon bis zu Alexanders Regierungsbeginn die materiellen Zustände des Reichs gestaltet hatte, ward mit einer vollständigen Rücksichtslosigkeit gegen ihre Interessen in Wahrheit nicht eben viel aufs Spiel gesetzt. Man durfte sagen, die vollständige Auflösung des innern Lebens hatte für den Augenblick nichts mehr zu verlieren, dagegen konnte der Staat mit ihrer Ausbeutung für das Kriegsbedürfniß alles gewinnen. Eine zähe Defensive, welche hinter sich nur die Stätte der Heimat, aber kein heimisches Leben wußte und den Feinden immer neue Menschenmassen entgegenschleuderte, mußte endlich den Angriff ermatten und für ganz Europa das Bedürfniß nach dem Ende eines unabsehbaren Kriegs wol sogar fühlbarer machen, als für Rußland selbst. Wäre Rußland bereits ein Culturstaat gewesen, es hätte seine Defensive nicht auf solchen Grundlagen ausführen können; der Mangel einer bürgerlichen Lebensgrundlage gewährte ihm diese Möglichkeit.

Von allen Schwierigkeiten die unmittelbarste, die fraglose Feststellung des neuen Herrschers auf dem ererbten und mit allen Erbschaftsübeln übernommenen Zarenthrone, war das nächste Ergebniß der Maßregeln, womit Alexander II. die Monate seit der Regierungsübernahme erfüllte. Indem er das ganze Reich in den Wirbel der Bewegung zog, alle Kräfte ausnahmslos in Anspruch nahm, kein Friedensleben übrig ließ und allen Bevölkerungsschichten nur den Weg durch den Waffendienst zur Zukunft öffnete, versanken die Agitationen der gegnerischen Elemente, verhallten die verbreiteten Zweifel an seiner Willenskraft und seinen Herrscherfähigkeiten, verflüchtigte sich der Argwohn gegen die Innigkeit seiner patriotischen Orthodoxie. Die innern Feinde waren zwar noch nicht geschlagen, jedoch theils entmuthigt, theils entwaffnet, theils moralisch gelähmt. Allein damit waren doch auch

nur die innern und nächsten Ziele erreicht. Vor allem sollte jedoch das Ausland keine Ahnung von dem gewagten Spiel bekommen; es sollte nicht den leisesten Glauben an Rußlands dringendes Friedensbedürfniß fassen; es sollte um keinen Preis wissen, daß bereits die besten Kapitale an Menschen, Kräften und Mitteln angebrochen werden mußten, um dem unmittelbarsten Bedürfnisse zu genügen.

Ganz verhehlen ließ es sich freilich nicht. Dagegen blieb vor allem zu verhindern, daß sich um die Allianz der Gegner nicht neue Verstärkungen gruppirten. Die russische Diplomatie hatte in dieser Beziehung auf der wiener Conferenz meisterhaft operirt und war von der deutschen Uneinigkeitspolitik dienstfertig unterstützt worden. Nach dem Abbruche der Diplomatenversammlung (Juli) stand namentlich Oesterreich in der bedenklichsten Situation. Preußen an der Spitze des Bundestags hatte Deutschlands Neutralitätserklärung so gestaltet, daß der Kaiserstaat beinahe befahren mußte (woran der Bundesbeschluß vom 26. Juli 1855 nichts änderte), er werde fürderhin selbst für seine principielle Erklärung zu den vier Garantiepunkten keinerlei moralische Unterstützung aus Berlin und Frankfurt erhalten; geschweige denn daß er auf irgendeine materielle Hülfe rechnen durfte. Gleichzeitig ward er dagegen von den Decemberalliirten zur activen Theilnahme am Kampfe, zur Eröffnung der Offensive gegen Rußland gedrängt. Das wiener Cabinet stand am Schlusse der wiener Conferenzen mit seinem Verständnisse der Friedensgarantien der petersburger Auslegung gewissermaßen näher, als der pariser und londoner. Die Spaltung ging tief genug, um mit geschickter Nachhülfe selbst einen Zerfall der Decemberallianz nicht zu den Unmöglichkeiten zu verweisen. Auf Bundesdeutschlands Haltung fußend, trat Rußland eilig in die Lücke, um Oesterreich seine Uebereinstimmung mit dessen Friedensprincipien zu erklären und namentlich gegen die franzö-

sisch-englische Unterschiebung feierlich zu protestiren, als könne es einen Angriff auf die österreichische Aufstellung in den Donauländern beabsichtigen. Ein solcher Krieg, hieß es in der russischen Note (vom 5. Juli) sei unmöglich. Dagegen wurde unverhohlen zu einer Separatverständigung gewinkt, selbst zu einem Bündniß; „Rußlands Armeen waren und können noch zu Oesterreichs Diensten sein, bekämpfen werden sie es niemals" — so lautete die Lockung.

Diese Erklärung, welche in kluger Berechnung auf die Spaltung der Gegner auch den übrigen deutschen Höfen communicirt wurde, sah sich nach wenigen Wochen von einem ostensibeln Rundschreiben und Promemoria an sämmtliche Vertreter Rußlands im Auslande gefolgt, worin eine Vergleichung der Zustände des Reichs mit denen Frankreichs, Englands und der Türkei angestellt war, welche gleichfalls für die damalige Taktik des petersburger Cabinets zu bezeichnend ist, um hier nicht wenigstens ihre Hauptsätze folgen zu lassen. „Vor etwa einem Jahre — heißt es darin — konnte Rußland, unvermuthet überfallen, noch nicht vollständig über seine Kräfte verfügen. Seine Truppen hatten nicht Zeit gehabt, sich auf allen seinen Grenzen, von Archangel bis zum Schwarzen Meer und Asien, zu vertheidigen. Noch weniger hatte es im Innern alle die Maßregeln ergreifen können, die da nothwendig sind, um einem furchtbaren Angriff auf allen seinen Grenzen begegnen zu können, und doch hat es Widerstand geleistet. Heute verfügt Rußland über alle seine Truppen; eine Nationalerhebung hat wie durch Zauberei eine vollständig bewaffnete und organisirte Armee geschaffen, um die regulären Regimenter an den Punkten zu ersetzen, wo dieselben von minderer Wichtigkeit waren. Der Aufschwung des Volks ist der Regierung zu Hülfe gekommen, sowol bei der Uniformirung dieses neuen und zahlreichen Contingents, als auch bei den Transportmitteln für die Truppen. Die Anleihe,

die Rußland im vergangenen Jahre gemacht hat, ist vollständig geglückt und gedeckt, trotzdem daß sich die Gegner Rußlands erlaubt hatten, dieselbe nicht nur bei sich, sondern auch auf den Hauptplätzen neutraler Länder zu verbieten. Rußlands Finanzcredit, dieser Thermometer der Erschöpfung oder der Hülfsquellen eines Landes, ist unerschütterlich auf demselben Punkt geblieben, selbst an der Börse der Länder, die ihm den Krieg machen. Bei Beginn des Kriegs konnte Rußland einige Befürchtungen in Bezug auf seinen Handel hegen; heute weiß es, daß es seinen Bedürfnissen selbst genügen kann. Nicht nur hat die Blokade seiner Häfen für Rußland nicht die Folgen gehabt, die man im Augenblick befürchtete, sondern sie gerade hat die Größe seiner Hülfsquellen und den wunderbar raschen Fortschritt seiner Nationalinduſtrie in den letzten Jahren constatirt. Der Verkehr im Innern hat sich beträchtlich vermehrt, und der auswärtige Handel hat sich einen neuen Ausweg gesucht, der täglich großartigere Proportionen annimmt. — Endlich hat Rußland eines der schmerzlichsten und traurigsten Ereignisse erlebt, welches indessen, weit entfernt, das Land zu entmuthigen, dasselbe sozusagen mit einer neuen Glut beseelt hat. Es hat ein Regierungswechsel stattgefunden; ein geliebter Herrscher ist tief betrauert gestorben; er hat seinem Sohn eine heilige Erbschaft hinterlassen und derselbe hat sie entschlossen angetreten: die Vertheidigung der Ehre Rußlands. Und um diese Erbschaft hat sich die ganze Nation in ein einziges Bündel vereinigt. Die ganze Nation will theil daran haben. Sie müht sich, ihrem neuen Souverän seine schwere Aufgabe zu erleichtern, und theilt mit ihm das ganze Gewicht dieser Erbschaft. Rußland hat noch mehr gethan. Es hat sich nicht allein vorbereitet zum Widerstande und zwar zum langen Widerstande, sondern es hat auch die Möglichkeit gefunden, zum Angriff vorzugehen gegen den Feind, der ihm zuerst den Krieg erklärte,

und der jetzt viel mehr als Rußland bedroht ist. Rußland hat sich jetzt auf sich selbst zurückgezogen, um allen seinen Widerstandsmitteln neuen Aufschwung zu verleihen. So wird es erwarten, ruhig, resignirt, aber entschlossen, daß ihm seine Feinde endlich Friedensvorschläge machen, denen es beistimmen kann, ohne seiner Geschichte ins Gesicht zu schlagen und ohne seine Zukunft zu entehren. Sind seine Grenzen angegriffen, sein Herz ist nicht angegriffen, und sein Herz ist derart, daß die gewaltigsten Waffen daran stumpf werden. — Wenn wir unsern Blick auf die Folgen richten, welche diese zwei Jahre Krieg für die beiden Großmächte gehabt haben, die gegen das russische Reich verbündet sind, so sehen wir, daß England seine einzige, glänzende und kostbare Armee verloren hat; daß der Zauberglanz seiner Meeresherrschaft dahin ist, dahin auch sein Ansehen im Inlande wie im Auslande; compromittirt, verachtet oder abgenutzt seine berühmtesten Staatsmänner, vernichtet das Ansehen und die Macht seines Parlaments, unterwühlt das Princip der Nationalfreiheit, auf welches man so stolz war allezeit. Wir sehen, daß es während der zwei Jahre verdoppelt hat seine Einkommensteuer, daß es vermehrt hat die Zinsen seiner Schatzscheine ebenso, wie seine ungeheuere öffentliche Schuld durch die schwere Last einer neuen Anleihe. In Frankreich, wo die gegenwärtige Regierung nicht gestattet, daß man seine Wünsche, seine Klagen, seine Schmerzen kundgibt, weiß man doch, daß dieser Krieg in zwei Jahren mehr als 70000 Franzosen gekostet hat, und daß mehrere Anleihen das Budget mit einer Schuld von etwa fünf Milliarden belastet haben. Was die Türkei betrifft, so haben diese zwei Jahre hingereicht, um sie, wenn auch nicht nominell, so doch factisch völlig verschwinden zu lassen. Nach dem Eingeständniß ihrer eigenen Alliirten hat sie 160000 Mann verloren. Wenn sie auch noch Mannschaften hat, so hat sie doch nur noch eine Armee, die ihr

nicht einmal mehr gehört. Um Geld zu bekommen, sieht sie sich genöthigt, die Einkünfte von Aegypten und die Zölle von Smyrna zu versetzen. In Asien wie in Europa unterliegt sie einer militärischen Occupation der Alliirten. Konstantinopel und seine Schlüssel sind in den Händen der Franzosen und Lord Redcliffe bemüht sich, den Sultan zu ersetzen."

Sehen wir nun hier eine Schilderung Rußlands, wie sie das petersburger Cabinet für das Ausland entwarf, so haben wol auch einige Züge aus dem Rußland, wie es wirklich war, das vollste Recht danebenzustehen. Nicht die eigentlichen Waffenerfolge der französisch-englisch-türkisch-sardinischen Armee, sondern die Blokade, welche Rußlands Häfen überall verschloß, machten die innere Lage des Reichs fast unhaltbar. Die abgeschnittene Ausfuhr der landwirthschaftlichen Producte nach dem Auslande drückte allerdings schon schwer genug, war indessen nicht das Empfindlichste, weil das letzte Jahr schon die Production vermindert hatte und das Erzeugte im Lande selbst seinen Absatz an die aufgebotenen Kriegsmassen fand. Aber auch die Einfuhr zur See war vollkommen abgeschnitten. Auf die Einfuhr ausländischer Rohstoffe war jedoch die Existenz der meisten industriellen Erwerbszustände begründet. Der Kaiser, die kaiserliche Familie, der Staat, der höchste Adel, der reichste Theil des Kaufmannsstandes gehörten in die Klasse jener Fabrikanten, welche unter dem Schutze des seit 33 Jahren immer absoluter entwickelten Prohibitivsystems nicht blos den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprachen, sondern auch eine Menge rein künstlicher Industrien blühend entwickelt hatten. Der größte Theil der dazu nothwendigen Rohstoffe kann die Kosten des Landtransports überhaupt nicht tragen; letzterer war jedoch damals allein noch möglich und um das doppelte, ja dreifache vertheuert. Zugleich fehlten die Arbeiter für die Herbeischaffung, wie für die Verarbeitung. Während also die großen

Fabrikbesitzer ebenso, wie der große Grundbesitz die angelegten Kapitale nicht verwerthen konnten, erreichten die Preise für die einfachsten Bedürfnisse der Kleidung, Nahrung, Hauswirthschaft eine unerschwingliche Höhe. Selbst andere Dinge des täglichen Bedarfs, wie Salz, Eisen, Kaffee, Zucker ꝛc. hatten ihren Preis verfünf- und verfechsfacht. Die Steinkohlenvorräthe waren so sehr zusammengeschmolzen, daß die Regierung, da sie voraussah, daß für ihre Marine und für die Maschinen der kriegerischen Industrie der Bedarf nicht bis zum Winter ausreiche, alle Privatvorräthe vorläufig mit Beschlag belegte. Sogar in den Ostseeprovinzen, wo die Landesbewaffnung nicht zur Ausführung gelangte, lag aller Holz- und Getreidehandel so vollkommen danieder, daß ganze weite Feldbreiten unangebaut blieben. In den innern Gouvernements, wo das Volk gerade im Momente der Felderbestellung zu den Waffen gerufen worden war, herrschten noch weit trostlosere Zustände. Wo aber auch wirklich gepflügt und gesäet worden war, da konnte nicht geerntet werden. Entweder hatte man zwischen Aussaat und Ernte den bewaffneten Landsturm fortgeführt, oder die Bauern mußten ihre Pferde zum Truppen- und Fourragetransport stellen, mußten mitten im Sommer die Sendung von Kriegsbedürfnissen mehr als tausend Werste weit befördern und kamen, wenn sie überhaupt zurückkehrten, viel zu spät wieder nach der Heimat, um die Ernte einzuführen und für die Winterbestellung ihrer Felder zu sorgen. Das Drückendste blieben jedoch die sogenannten freiwilligen Kriegssteuern. Die Beamten der freien, Domänen-, Apanagen- und Kronbauern konnten nämlich unter diesem Titel verlangen, was sie wollten, da unter russischen Verhältnissen irgendeine Prüfung, ob es wirklich im Auftrag der Regierung geschehe, vollkommen unmöglich blieb; und daß diese Machtvollkommenheit von betrügerischen Beamten in wahrhaft kolossalem Maßstabe ausgebeutet wurde,

haben die spätern massenhaften Untersuchungen genugsam bewiesen. Noch maßloser wurde dieses Ausplünderungssystem auf den Privatgütern betrieben, wo an eine Controle vollends gar nicht gedacht werden konnte, jede Weigerung aber von der Anklage auf Widersetzlichkeit gegen die Staatsbehörde und von den Strafen des Martialgesetzes bedroht war.

Allerdings wurde nun damals auch von weitverbreiteten Bauernaufständen geschrieben, welche der Staat nicht zu bändigen vermöge. Dies war indessen eine Uebertreibung der Parteicorrespondenzen. Der größte Theil der Bauern stand unter den Waffen und wurde vom Staat ernährt, für die Zurückgebliebenen mußten im äußersten Nothfalle die Leibherren sorgen. Natürlich waren also die kleinern Adelichen, welche gewöhnlich von ihren Leibeigenen mehr leben als von dem dazugehörigen Grundbesitze, jetzt sehr bereitwillig zur Abgabe derselben an die Armee oder zur Miliz. So hatten sie wenigstens blos für sich selbst einzustehen und durch Connexionen fand sich wol irgendein Posten, auf welchem auch sie selbst vom Staate ernährt wurden oder der ihnen doch die Vortheile verschaffte, deren sich die Beamten theilhaftig zu machen wußten. Dagegen gingen die Folgen der gewordenen Zustände den großen Grundherren und adelichen Industriellen sozusagen ans Leben. Als der Staat es noch nicht forderte, waren sie mit patriotischen Leistungen von Menschen, Geld und Kriegsbedürfnissen eingetreten, um die Regierung immer absoluter in die Kriegspolitik hineinzudrängen; als ihre Partei endlich alle wichtigen Posten der Staatsverwaltung und Armee innehatte, waren sie es wieder gewesen, welche gegen jede friedliche Neigung auf dem Throne agitirten; als der Thronwechsel eingetreten, hatten sie nur die eine Befürchtung verbreitet, der jetzige Kaiser möge etwa nicht kriegerisch standhaft genug sein. Nachdem er nun also mit aller Energie in die Kriegserbschaft eingetreten war, konnte die altnationale

Partei am allerwenigſten zurücktreten. Sie hatte ſich gewiſſermaßen ſolidariſch dafür verpflichtet, daß der Krieg, wenn er ein wirklicher Nationalkrieg werde, über die Feinde triumphire, und ſie konnte, durfte, mochte ſich jetzt um ſo weniger kleinmüthig zeigen, als gerade ihr letzter Zweck, nämlich ihre Principien wieder zur dauernden Herrſchaft zu bringen, dadurch jedenfalls am meiſten gefährdet geweſen ſein würde. Sie hätte ſich ja jetzt, wo die Heere unter der Führung ihrer Angehörigen ſtanden, für unfähig erklärt, die unternommene Aufgabe durchzuführen. Dieſe Aufgabe war jedoch eben noch zu erfüllen. Denn noch hatte in Wahrheit nichts bewieſen, daß die jetzige Alleinherrſchaft der altruſſiſchen Elemente beſſere Reſultate bringe, daß der Nationalkrieg, welchen ſie immer verlangt, Rußland zum Sieger auf ſtrategiſchem oder diplomatiſchem Gebiete mache. Im Gegentheil, die gegenruſſiſche Allianz verſtärkte ſich durch Zuwachs neuer Kräfte, die Kriegsunfälle trafen conſequent blos die ruſſiſchen Armeen.

Waren nun für Kaiſer Alexander II. die Rückſichten auf den zur Schau getragenen Fanatismus der Kriegspartei wirklich ſo maßgebend, daß er ihnen unbedingt folgte, ohne der Zukunft zu gedenken? Zum Theil mußte er allerdings hierin abermals eine der Conſequenzen erfüllen, welche ſich aus der Erbſchaft des Reichs und ſeiner Verhältniſſe im Innern wie nach außen ergaben. Aber ſchwerlich darf darin ausſchließlich die Erklärung geſucht werden. Es iſt ſchon früher darauf hingewieſen, als auf einen bemerkenswerthen Unterſchied zwiſchen dem damaligen Verhalten des ruſſiſchen Cabinets und dem unter Alexander, daß einestheils das angeblich religiöſe Element des Kriegs jetzt ganz ignorirt und anderntheils die Perſönlichkeit des Kaiſers nicht mehr in den Vordergrund geſchoben wurde. Daß damit die Möglichkeit einer endlichen Verſtändigung mit den Forderungen des Auslandes ſich er-

leichterte, versteht sich von selbst, da ja bei Rußlands Gegnern nirgends eine Idee daran vorhanden war, mit den Friedensvorschlägen „die Ehre und Würde des Reichs“ verletzen zu wollen. Aber auch im Innern des Reichs, in den eigentlichen Militär- und Kriegsangelegenheiten stellte sich der Kaiser viel seltener persönlich in den Vordergrund, als man es von Nikolaus gewohnt gewesen war. Nur diejenigen Truppen inspicirte er, welche durch Petersburg zogen; nicht, wie der verstorbene Kaiser, verbrauchte er einen großen Theil des Tags, um in den Manégen den Reitübungen oder in den Kasernen den Rekrutenexercitien beizuwohnen. Auch die Inspectionen in Finnland und Polen fielen jetzt den Großfürsten Nikolaus und Michael zu, während Großfürst Konstantin auf der Flotte unumschränkt waltete. Es schien eine Art von Princip darin zu liegen, daß Kaiser Alexander, im Gegensatze zu seinem Vater, weder seinen persönlichen Willen in allerlei alltägliche Kleinigkeiten mischte, noch Aeußerungen und Ansichten — wie es von jenem absichtlich und fast täglich geschehen war — der fremden Diplomatie und der einheimischen Hofwelt zur Danachachtung kundgab.

Gerade diese Zurückhaltung und Selbstbeschränkung fand sehr verschiedenartige Auslegungen. Niemand nahm sie jedoch für bedeutungslos oder zufällig; empfunden wurde sie sowol im Ausland als in Rußland selbst, jedermann suchte dafür einen tiefern Grund. Selbst an verschiedenen Höfen des Auslandes, welche früher ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zum russischen Kaiserhause gern benutzt hatten, um ihren Mangel an politischer Entschließung durch gewisse, über den Köpfen der Diplomatie hingehende Privatcorrespondenzen zu rechtfertigen, beklagte man sich darüber, daß seit Alexanders Thronbesteigung diese Vertraulichkeiten von Thron zu Thron aufgehört hätten. Dafür verlor sich jedoch in Rußlands diplomatischen Actionen auch jene eigenthümliche Zwiespältigkeit, welche bei

Lebzeiten des Kaisers Nikolaus den eigentlichen politischen Verkehr so sehr erschwert und jede Consequenz des einen oder andern Wegs fast unmöglich, dadurch aber auch die Gewinnung eines festen Standpunktes beider Parteien für Verständigungen unthunlich gemacht hatte. Man möchte sagen, es kam in Rußlands Verhalten mehr staatliche Würde, mehr principielle Einheit, weil offenbar kein persönlicher Eigenwille in die diplomatischen Gänge oder in die kriegerischen Operationen hineinstörte. Es wurde nicht heute zurückgenommen, was gestern zugestanden war, nicht heute als persönliche Verletzung des Kaisers bezeichnet, was sich gestern als ganz natürliche Consequenz der internationalen Verhältnisse ergeben hatte. Während eben dadurch bei Rußlands erklärten Gegnern eine Menge ungenannter Bitterkeiten verschwanden, fühlten sich freilich die Unentschiedenen desto unbehaglicher. Sie bemerkten, daß sie über der Bewunderung des Vaters den Sohn allzugering geachtet hatten und nun einem Manne gegenüberstanden, welcher ihnen unfaßbar blieb, weil er seine Persönlichkeit nicht über das vertretene Princip stellte.

Aehnlich erging es auch der altrussischen Partei. Die Sicherheit des Griffs, womit sich der junge Kaiser auf dem Throne festgestellt hatte, war ihr überraschend gekommen. Das vollkommene Eingehen auf die Politik des Vaters hatte sie jedoch wieder darin irrgemacht, daß in dem Sohn eine selbständige Entschlossenheit zur Herrschaft gelangt sei. Die Regierung der Kriegspolitik ward noch immer von vielen dem Einflusse des Großfürsten Konstantin zugeschrieben; und trotz des obenerwähnten Regentschaftsukases half sich der aristokratische Leichtsinn über die Unfaßbarkeit des Zaren mit der Wiederbelebung des Gerüchts hinweg, daß derselbe, zum baldigen Rücktritt entschlossen, eben blos formell sein Herrscheramt verwalte, um für die Ausführung seines Entschlusses den geeigneten Zeitpunkt abzuwarten. Nur wenige dachten

daran, daß hinter dieſer Selbſtbeherrſchung die Plane einer reformatoriſchen Zukunft ſtehen könnten. Man erinnerte ſich nicht daran, daß der Kaiſer, kaum zum Throne gelangt, die Sachlagen erſt im Detail kennen lernen mußte; und dies um ſo mehr, wenn er, ſeit zehn Jahren ein paſſiver Theilnehmer an des Vaters Regierung, das Heranziehen der jetzigen Zuſtände beobachtet und Zeit genug gefunden hatte zu der Erkenntniß, daß dieſelben großentheils blos dadurch entſtanden, weil Kaiſer Nikolaus ſeinen Eigenwillen höher geſtellt hatte, als die Gebote der Klugheit und der politiſchen wie moraliſchen Rückſicht.

Man ſagt nun, Kaiſer Alexander habe ſchon ſeit langen Jahren ſeiner dereinſtigen Regierung die Aufgabe geſtellt, Rußland diejenige innere Kräftigung zu geben, welche es nothwendig bedarf, wenn es ſeine traditionelle Politik nach außen weiter führen will. Was ſein Vater in dieſer letztern Beziehung erreicht hatte, war ihm weit mehr durch den traditionellen Nimbus Rußlands und durch begünſtigende Umſtände geglückt, als durch wirkliche Kraft und conſequentes Beharren. Daß die Entzündung des gegenwärtigen Kriegs ein Fehler des ſich ſelbſt überſchätzenden Machtvertrauens und der Unterſchätzung des europäiſchen Widerſtandes geweſen war, wußte man in Petersburg ebenſo gut als anderwärts. Allein gerade weil auch anderwärts der Nimbus Rußlands verſchwunden war, konnte ein ruſſiſcher Kaiſer durch friedliches Einlenken nicht die ganze Geltung der Großmacht aufs Spiel ſtellen. Dazu kam, daß das bevorrechtete Adelselement, welches bei jeder Reform und innern Neugeſtaltung der ſocialpolitiſchen Verhältniſſe nothwendig die compacteſte Oppoſition bilden muß, den Kampf bis zum Aeußerſten forderte. Dieſe Rückſicht mußte alſo jedenfalls erfüllt werden, ſo ſehr auch die perſönlichen Gefühle und politiſchen Ueberzeugungen des Kaiſers ihr widerſtreben mochten. Der Adel ſelbſt mußte die

materielle Nothwendigkeit des Friedens fühlen, ehe die Regierung dahin steuern durfte. Aber daß der Adelsstolz mit diesem Eingeständniß so lange zögern würde, bis seine Kräfte verzehrt sein würden, ließ sich unschwer voraussehen. Gerade die materielle Kraft des Adels war jedoch allen Reformen stets am hinderlichsten entgegengetreten, ein erschöpfter Grundbesitzadel ging voraussichtlich viel leichter auf Umgestaltungen ein, welche ihm allerdings viele Standesrechte nehmen, aber auch eine Menge von Wegen zu neuen Reichthümern öffnen müssen. Und hatte endlich eine Reform in den gewohnten Verhältnissen aller Lebenskreise und Lebensthätigkeiten etwa blos den Widerstand der Aristokratie zu fürchten und zu bekämpfen? Jetzt weniger als früher, da letztere noch reich war. Desto mehr jedoch die schwere Beweglichkeit der Massen, das Gesetz der Trägheit, welches dieselben am Hergebrachten unendlich zähe haften läßt. Ein Krieg dagegen, welcher ihre Interessen so vollkommen in Anspruch nahm, wie der gegenwärtige, eine Völkerwanderung, welche das Gewohnte so vollkommen aus den Angeln hob wie jetzt, ein Leben der Entbehrungen und Strapazen, welches nothwendig die Sehnsucht nach der Wiederkehr des Friedens und geordneter Zustände aufs höchste steigerte, besonders da die Hoffnung auf Befreiung von den drückendsten socialen Fesseln winkte — diese Zustände mußten einem Zaren, welcher für die Zukunft großartige Reformpläne gefaßt hatte, als die günstigsten Vorbedingungen desjenigen Friedens erscheinen, welchen er zu deren Ausführung bedarf. Während sie die materielle Entkräftung der bevorrechteten Klassen vollendeten und deren Widerstandskraft herabsetzten, scharten sie ganz natürlich die Massen voll hoffender Zuversicht um den Thron.

Aber freilich solche Männer der Schule des Kaisers Nikolaus, welche in der Regierung blos eine höhere Polizeiverwaltung erblickten, standen unter den herrschenden Zerrüttun-

gen mit ihrer Staatsweisheit am Ende. So trat zunächst der Minister des Innern, General Bibikow I., zurück (Sept. 1855). Ein Mann von organisatorischem Talent, wenn auch der altrussischen Partei zugezählt, Geheimrath Lanskoy, übernahm das Portefeuille. Andere höhere Verwaltungsbeamte, namentlich in den Provinzen, fühlten sich gleichfalls außer Stand ihren Aufgaben zu entsprechen, nachdem ihnen der Kriegszustand die Zügel aus der Hand genommen. Allerdings deutete noch keine bestimmte Thatsache darauf hin, daß der Krieg in Bezug auf Rußlands innere Politik als energisches Staatsmittel zur Vorbereitung einer jenseit des noch unabsehbaren Friedens liegenden Zukunft gehandhabt werden könne. Dagegen kann heute, da wir jene Neugestaltungen praktisch angebahnt sehen, wol kaum noch ein Zweifel darüber walten, daß die Consequenz, womit die Auflösung aller Ordnungen in kriegerische Ausnahmszustände bis in die abgelegensten Provinzen fortgesetzt wurde, weit mehr der Zukunft galten, als daß sie von der Hoffnung dictirt gewesen wären, es könnten dadurch wesentlich günstige Erfolge in Bezug auf die vom Krieg unmittelbar vertretenen Zwecke der äußern Politik erreicht werden.

Solange in der Kriegslage keine entscheidende Veränderung eintrat, lag für den Kaiser keine Nöthigung vor, seine mannichfach vortheilhafte Zurückgezogenheit mit einer persönlichen Einwirkung auf die Kriegsvorgänge zu vertauschen. Die Kriegspartei versuchte allerdings während des Sommers 1855 alle möglichen Mittel, um sein Erscheinen in der Krim durchzusetzen und auf solche Weise den Kampf, wie es bei Nikolaus so vortrefflich gelungen war, zu seiner persönlichen Ehrensache zu machen. Eine Zeit lang schien man am pe-

tersburger Hofe auch wirklich geneigt, dem Andrängen der aristokratischen Nationalen nachzugeben. Allein zu derselben Zeit begannen die Angriffe der feindlichen Flotten auf die Befestigungen der Ostseeküsten. (Beschießung von Lowisa, 5. Juli; Aufstellung vor Reval, 15. Juli; Angriff auf Friedrichshamm, 20. Juli; auf Raumo, 25. Juli; Bombardement von Sweaborg, 9—11. August; Beschießung von Dünamünde, 10. August; von Baltischport, 16. August.) An allen diesen Punkten befand sich Rußland jedenfalls in einer viel mehr exponirten Lage, als in der Krim, und bei einem etwaigen Einbruche der Feinde in das Land, selbst wenn es blos vorübergehender Natur gewesen wäre, hätte sich hier die persönliche Anwesenheit des Kaisers zur Anfeuerung des Abwehrkampfes unbedingt nothwendiger als im Süden erwiesen. Auch mochte sich die Erwägung geltend machen, daß ein Besuch des Kaisers auf dem taurischen Kampfschauplatze von Europa wie ein Mistrauen gegen den Kriegsgeist im nationalen Heere gedeutet werden könne. Dieser Deutung war jede Nahrung um so mehr vorzuenthalten, als bereits durch die ganze europäische Presse die verschiedensten Notizen über Spaltungen zwischen Linie, Garden und Milizen, über aufrührerische Bewegungen der Soldaten gegen ihre Offiziere, über Widersetzlichkeiten des Volksheers gegen seine Einreihung in die reguläre Armee liefen und außerdem die Gesundheits-, wie die Verpflegungszustände im schwärzesten Lichte geschildert wurden. Zu dem allen kam noch, daß auch Napoleon III., sowie der König von Sardinien die früher projectirten Reisen nach der Krim unterließen. Sollte es nun aussehen, als bedürfe die Vertheidigung des Vaterlandes einer stärkern moralischen Unterstützung, als eine viele hundert Meilen von der Heimat entfernte Expedition, welche gar nicht darauf angelegt war, das eroberte Terrain zu dauerndem Besitze zu erwerben?

Als jedoch Sebastopols Südseite gefallen und der noch unversenkte Rest der Flotte des Schwarzen Meeres in Flammen aufgegangen war, konnten solche Erwägungen für das persönliche Verhalten des Kaisers nicht mehr maßgebend bleiben. Am 8. Sept. 1855 war die Malakowbastion nach verzweifeltem Widerstande der Vertheidiger genommen worden. Während nun Südsebastopol in die Luft gesprengt wurde, vollführten die Russen den Rückzug nach der Nordseite in der Nacht zum 9. Sept. und verbrannten zugleich die noch übrigen Schiffe. Daß ein solcher Rückzug vom Fürsten Gortschakow für den äußersten Fall vorbereitet war, hatte man allerdings nicht blos in Petersburg, sondern auch in Paris und London schon längst gewußt. Daß jedoch dieser äußerste Fall schon jetzt eintrat, kam nicht blos den Alliirten — wie die Berichte Pelissier's eingestanden — höchst überraschend, sondern mußte selbst den russischen Heerführer ganz plötzlich überrascht haben, wofür die unversehrten Uferforts der Südseite und das ungeheuere Kriegsmaterial zeugte, welches in die Hände der Eroberer fiel (4000 Geschütze, 50000 Kanonenkugeln, 4000 Centner Kartätschen und Pulver, 500 Anker u. s. w.). Eine noch heute unbekannte, jedoch unwiderstehliche Nothwendigkeit, in der physischen oder moralischen Beschaffenheit der russischen Truppen gelegen, muß für den Fürsten Gortschakow entscheidend geworden sein. Offenbar war man in den höchsten Regionen Petersburgs, wo diese geheimnißvolle Ursache sicherlich zugleich mit der Unglücksbotschaft bekannt wurde, von dieser kaum minder bestürzt, als von dem Ereignisse selbst. Und welchen Eindruck mußte vollends die Katastrophe auf die Nation machen, welcher seit einem Jahre die Uneinnehmbarkeit Sebastopols wie ein religiöses Dogma verkündet worden war! Ueberall und überall stand allerdings das Volk in Waffen, aber aus vielerlei Anordnungen der letzten Monate war auch dem Uneingeweihten ersichtlich worden, daß Kampflust und

Kriegsbegeisterung keineswegs mehr in hellen Flammen loderten, noch weniger nachhaltig glühten. Hatten doch sogar die sonst so kriegfertigen Kosacken des Don zum wirklichen Aufgebot ihrer Mannschaften fast gezwungen werden müssen, hatte man doch anderwärts die Reitervölker schon mit Freiwilligen aller Stände vermischt, um ihnen gewissermaßen einen moralischen Halt zu geben. Auf weitern Punkten des ungeheuern Kriegstheaters, oder vielmehr des Vertheidigungskreises, waren die Milizen von Seuchen und Strapazen in einer Weise niedergedrückt, daß ihre Führer Berichte über Berichte an die Corpscommandanten sendeten, worin sie um Truppen zum Schutze für ihre eigenen Leute oder gegen deren aufsässigen Geist baten, während natürlich von einer Verwendung derselben zum activen Felddienste keine Rede sein konnte. Noch anderwärts murrten die frisch herangeführten Truppen oder Milizen, weil ihnen nach langen Märschen keine Gelegenheit zu den verheißenen Kriegsthaten gegeben wurde und sie sich in einem erbärmlichen Lager- oder Cantonnementsleben erschöpfen mußten. Im Innern des Reichs endlich zogen Abtheilungen der Druschina halb aufgelöst und marodirend umher oder benutzten ihre Bewaffnung, um den Grundherren nicht blos das Uebermaß der Leistungen, sondern überhaupt jede Verpflichtung aufzukündigen. In solche Zustände fiel nun die Katastrophe von Sebastopol! Jetzt also mußte der Kaiser persönlich, mit dem vollen Nimbus des altnationalen Zaren in die Verwirrung treten, um das lokale Misgeschick der Waffen nicht zu einem staatsgefährdenden Unglück anwachsen zu lassen. Er that es im Stile des Kaisers Nikolaus.

Zunächst ward ein Armeebefehl (vom 11. Sept.) an die Vertheidiger von Sebastopol erlassen, dessen Haltung genau genug bezeugte, daß er nur ihre Adresse gewählt hatte, um zur bewaffneten Nation zu sprechen. „Fast beispiellos" ward

die elfmonatliche Vertheidigung genannt, welche die Vertheidiger mit unauslöschlichem Ruhm bedeckt habe. „Mit ungeschwächter Mannhaftigkeit und Selbstverleugnung, würdig christlicher Krieger — lautet einer der weitern Sätze — warfen sie die Feinde nieder oder fielen, ohne an Uebergabe zu denken. Doch auch für Helden gibt es Unmöglichkeiten.“ Nachdem die Katastrophe kurz berührt und den Kämpfern des Kaisers und ganz Rußlands Dank zugesprochen ist, heißt es endlich: „Gegenwärtig treten diese erprobten Krieger von neuem in die Reihen der Armee zurück als Gegenstand allgemeiner Achtung ihrer Kameraden, und werden ohne Zweifel neue Beispiele desselben Heldenmuths geben. Mit ihnen und gleich wie sie werden alle unsere Truppen mit gleichem unbedingten Glauben an die Vorsehung, mit gleicher glühender Liebe zu mir und unserm Heimatlande, überall und immerdar wacker den Feinden begegnen, die unsere Heiligthümer, unsern Ruhm und des Vaterlandes Integrität antasten, und der Name Sebastopol, welcher durch so viele Opfer sich beispiellosen Ruhm erworben, sowie der Name seiner Vertheidiger werden ewig im Gedächtniß und dem Herzen aller Russen, gleichwie die Namen der auf den Walstätten von Poltawa und Borodino mit Ruhm bedeckten Gefallenen fortleben.“

Genau in demselben Sinne sprach auch wenige Tage nachher die officielle „Petersburger Zeitung“. Nur suchte sie die Größe des Verlustes für Rußland und des Vortheils für die Gegner noch entschiedener herabzusetzen. Namentlich erwähnte sie: „Vor allem ist der Krieg nicht zu Ende.“ Und da sie für den „Schutthaufen, welchen die Feinde erworben“, der öffentlichen Bestürzung auch nicht die geringste Erwerbung der russischen Waffen als Trost zu bieten hatte, schloß sie ihre Betrachtungen: „Warum soll man den Gedanken nicht zulassen, daß die Belagerung von Sebastopol, diese unerklärliche Frevelthat in unserm gebildeten Jahrhundert, von oben nur

verhängt worden ist, weil die Menschen ihren Gott vergessen haben, auf ihre Aufklärung stolz sind? Wer weiß, ob aus der Belagerung Sebastopols nicht, wie aus dem Brande von Moskau, eine ungewöhnliche Erscheinung zur großen Erbauung dieses Jahrhunderts hervorgehen wird? Der Finger Gottes ist allmächtig" u. s. w.

Blieb nun auch aus jenem directen Erlasse des Kaisers, wie aus dieser officiellen Paraphrase seiner Gedanken die unter Nikolaus gewohnte Hervordrängung des Kampfes für den Glauben abermals fern gehalten, so kehrte doch in beiden zum ersten mal unter Alexander ein Anklang daran, sowie die Mahnung an den russischen Vernichtungskrieg gegen die „Große Armee" zurück, welche Kaiser Nikolaus im Beginne des taurischen Kampfes dem Neffen des Oheims so oft erbitternd zugerufen hatte. Noch genauer befolgte indessen der Kaiser das väterliche Beispiel dadurch, daß er sofort nach Erlasse jenes Manifestes in Begleitung der gesammten kaiserlichen Familie nach Moskau reiste (12. Sept.). Und wie Kaiser Nikolaus im Schose der „heiligen Mutter" bei allen wichtigen Ereignissen froher oder trauriger Natur sich immer nicht blos mit dem strahlendsten Glanze seiner weltlichen Stellung umgab, sondern ganz vorzugsweise auch den frommen Pomp des Kirchenoberhauptes zur Schau trug — ebenso jetzt Alexander II. Ueber seinen ganzen achttägigen Aufenthalt lag ein kirchlicher Nimbus gebreitet. Der Kaiser selbst und die Mitglieder der Herrscherfamilie bezeugten durch solenne Gebete und Gottesdienste in den am heiligsten geachteten Kirchen die Demuth, mit welcher die Zarenhoheit sich „den Rathschlüssen des Allerhöchsten" unterwarf. Doch begeistert von der im Gebet empfangenen Kraft erklang dann das aufrichtende und kriegflammende Wort des Kaisers den gewissermaßen condolirenden Deputationen des Adels, der Kaufmannschaft, der Milizoffiziere u. s. w.

Im Publikum glaubte man trotzdem auch jetzt noch nicht an eine Kaiserreise nach der Krim. Aus den Organen der Nationalpartei klang es überdies deutlich heraus, daß diese sie gerade jetzt nicht wünschte. Man hoffte, auch diesmal würden die Großfürsten allein dahin gesendet werden, während man den Kaiser nach Polen zu dirigiren suchte und dort wol einen Offensivkrieg gegen Oesterreich betreiben zu können meinte. Die Partei mochte des Kaisers eigenes Auge auf dem wenig erfolgreichen Thätigkeitsschauplatz ihrer Vettern und Sippen fürchten, oder daß der Feind etwa gerade seine Anwesenheit benutzen möchte, um mit neuen Kämpfen den erfochtenen Sieg desto energischer zu verfolgen. Zugleich riethen Rußlands Bündner im Auslande den Alliirten angelegentlichst den Abbruch des Krimkriegs. Sie meinten, nach dem „Erfolg in der Bucht von Sebastopol" sei der Moment für eine schleunige Rückkehr ihrer Armeen zu den heimischen Herden gekommen; denn der Rückzug nach Nordsebastopol habe den russischen Operationen „die lange vermißte Einheit der Berechnung" zurückgegeben, welcher die untereinander gespaltenen Alliirten nothwendig erliegen müßten. Etwas gedämpfter zwar, doch im übrigen gleichen Sinnes sang auch die Politik der Neutralität und der „freien Entschließung" dieselbe Melodie.

Umsonst erwartete man dagegen eine Entschließung aus dem Munde des schweigsamen Kaisers. Die Großfürsten waren schon südwärts aufgebrochen, während er noch immer in Moskau verweilte. Schon murmelte man, er werde einfach nach Petersburg zurückkehren. Da plötzlich wurden die Bewohner Moskaus von einem Dankerlaß für die Beweise ihrer Loyalität zugleich mit der Nachricht überrascht, daß der Kaiser in der verflossenen Nacht nach der Krim aufgebrochen sei. Dieser Erlaß drängte das religiöse Moment, dem persönlichen Auftreten des Zaren entsprechend, mit einer gewissen

Wehmuth in den Vordergrund. „Ich nehme die vorhergegangenen und gegenwärtigen Ereigniſſe — erklangen ſeine Schlußſätze, denen die Verſicherung vorausgeſchickt war, daß Sebaſtopols Vertheidiger «alles gethan, was in Menſchenkräften ſtand» — als den unerforſchlichen Willen der Vorſehung an, welche über Rußland die ſchwere Stunde der Prüfung verhängt hat. Aber Rußland ward ſchon öfter und ſchwerer geprüft und Gott der Herr hat ihm immer ſeine allgütige und unſichtbare Hülfe geſchickt. Auch jetzt wollen wir daher auf ihn hoffen: er wird Rußlands Schutz und Schirm ſein, des rechtgläubigen Rußland, das für die gerechte Sache, für die Sache des Chriſtenthums, die Waffen erhoben hat. Erquickend ſind Mir die fortwährenden Beweiſe, daß alle und jede bereit ſind, Vermögen, Familie und den letzten Blutstropfen für die Erhaltung der Integrität des Reichs und der Ehre des Vaterlandes zu opfern. In dieſen Gefühlen und Thaten des Volks finde Ich Troſt und Kraft, und im Herzen unzertrennlich mit Meinem treuen und edeln Volke verbunden, wiederhole Ich im Vertrauen auf die Hülfe und Gnade Gottes die Worte Kaiſer Alexanders I.: Wo das Recht iſt, da iſt auch Gott!“

Wenige Tage nachher erſchien Alexander II. nebſt den Großfürſten Nikolaus und Michael überraſchend in Odeſſa, welches einem angedrohten Angriffe durch die feindlichen Flotten entgegenbangte. Doch ſchon am folgenden Tage reiſten ſie nach Nikolajew, welches fortan das kaiſerliche Hauptquartier blieb. Von hier aus wurde in einzelnen raſchen Zügen die nördliche Krim beſucht, auf deren ſüdlichen Kriegsſchauplätzen im ganzen erſchöpfte Waffenruhe herrſchte, welche blos von einzelnen unweſentlichen Gefechten unterbrochen ward. Jedoch am 7. Oct. telegraphirte Fürſt Gortſchakow aus Se-

baſtopol, daß ein Theil der Flotte mit Landungstruppen nordwärts abgeſegelt ſei. Am 8. Oct. alarmirte das Geſchwader die Beſatzung von Odeſſa durch ſeine Ankunft auf der Rhede. Während die Wohlhabenden in langen Zügen nach Nikolajew, Cherſon u. ſ. w. flüchteten und der Commandant die Zurückgebliebenen auf eine Beſchießung vorbereitete, wendeten die Vorſtellungen der fremden Conſuln bei den Admiralen zwar den Angriff auf den kosmopolitiſchen Freihafen ab, allein wenige Tage nachher ankerten die Schiffe plötzlich vor den Forts, welche die Bug-Dniepr-Ausmündung und ſomit Cherſon wie Nikolajew ſelbſt beſchützen. Faſt im Angeſichte des Kaiſers mußte ſich Kinburn den furchtbaren Geſchoſſen der Alliirten ergeben (17. Oct.) und am folgenden Tage ſprengten die Ruſſen das nunmehr unhaltbare Otſchakow in die Luft. Unzweifelhaft ſchienen die nächſten Operationen Nikolajew gelten zu ſollen. Todleben, der unterirdiſche Vertheidiger Sebaſtopols, hatte in wahrhaft unbegreiflicher Raſchheit auch hier unter des Kaiſers Augen koloſſale Vertheidigungswerke aufgeworfen. Alexander ſelbſt ſchien entſchloſſen, nicht blos auszuharren, ſondern auch den Kampf im großartigſten Maßſtabe anzunehmen. Was irgend von Truppen verfügbar erſchien im Süden des Reichs, wurde ſo dirigirt, daß jedem combinirten Angriffsſyſtem vom Schwarzen und Aſowſchen Meere her aufs energiſchſte begegnet würde. Früher iſt nun ſchon erwähnt, daß beim Beginne des October blos noch einige Gouvernements im fernen Oſten nicht zur Reichswehr berufen waren. Im Angeſicht der neuen Angriffe von ſeiten der Alliirten decretirte der Kaiſer nicht nur die Bildung der Reichswehren von Orenburg und Samarah, ſondern auch eine abermalige allgemeine Aushebung durch das ganze Reich. Es war ſeit dem Beginn des Kriegs die funfzehnte, und diesmal mit zehn vom Tauſend, alle kopfſteuerpflichtige Perſonen vom zwanzigſten bis ſechsunddreißigſten Lebensjahr um-

faſſend. Ein weiteres Manifeſt verfügte dann die Ausdehnung der bisher blos in dreizehn Gouvernements den in die Armee tretenden verarmten Edelleuten gewährten Vortheile auf alle Provinzen. In Petersburg wurde ſogar der Plan ventilirt, unter dem Namen eines „dritten Heerbannes“ eine ausnahmsloſe Bewaffnung der ganzen Nation ins Leben zu rufen.

Allein die weitern Vorſchritte der Alliirten blieben aus. Sie mochten ſich ſolchen Aufgeboten nicht gewachſen fühlen, oder die Kriegswuth Rußlands nicht muthwillig noch höher ſteigern wollen. Zugleich traten die Vorboten eines frühen und ſtrengen Winters ein. Da endlich verließ auch Kaiſer Alexander Nikolajew (7. Nov.) nach einem wiederholten Beſuch Odeſſas (3. Nov.). Zuvor aber hatte er auf einen ausführlichen Immediatbericht des Fürſten Gortſchakow entſchieden: daß die fernere Vertheidigung oder Räumung der Krim deſſen Ermeſſen anheimgeſtellt, unter allen Umſtänden aber die Südarmee unter Lüders (Generalſtabsquartier Nikolajew) zur Unterſtützung ſeiner Operationen bereit bleiben ſollte.

Obgleich beſondere Armeebefehle dem General Gortſchakow für ſeinen Eifer und ſeine Hingebung dankten, ſo war es doch ein öffentliches Geheimniß, daß der Kaiſer im Transport- und Verpflegungsweſen der Armee keineswegs die gewünſchte Ordnung und Regelmäßigkeit vorgefunden hatte. Den Miniſter der öffentlichen Arbeiten (Generaldirector der Land- und Waſſerſtraßen und der öffentlichen Bauten), Graf Kleinmichel, welcher zwar ſeiner Geburt nach keineswegs zur altruſſiſchen Ariſtokratie zählt, jedoch ihr vielfach verbunden und verpflichtet war, hatte der Kaiſer bereits im October zum Reichsrath verſetzt. (Ihm folgte am 1/12. Jan. 1856 der bisher noch wenig bekannte General der 2. Gardecavaleriediviſion Tſchewkin im Amt.) Aber auch die ſtrategiſchen Organiſationen, welche Fürſt Gortſchakow getroffen, ſollten des Kaiſers Zuſtimmung ſo wenig gefunden haben, daß man

jene Vollmacht, die er in Betreff der Krim empfing, mehr wie eine goldene Brücke zum Rücktritt, denn als ein wirkliches Vertrauenszeugniß auslegte.

Immer noch blieb jedoch die Frage, ob die Kaiserreise nach der Krim Fortsetzung und Potenzirung des Kampfes, also die Fortdauer der Herrschaft der Kriegspartei bedeuten, oder mit einer Hinneigung zum Frieden deren Principe in Frage stellen werde. Denn allerdings handelte es sich nicht blos mehr um Sebastopol und die Krim. Der englisch-französisch-schwedische Vertrag, dessen Consequenzen für alle Eventualitäten offen gelassen waren, hatte unmittelbar nach der Katastrophe seinen Abschluß gefunden (17. und 21. Nov.); Dänemark schien nicht abgeneigt, sich den Westmächten nunmehr ebenfalls zuzuwenden; der spanische Ministerpräsident hatte in der Rede bei Eröffnung der Cortes (1. Oct.) Rußland als den einzigen Staat bezeichnet, mit welchem das Königreich sich nicht in Einverständniß befinde, und unterhandelte mit Frankreich über die Stellung von Bundestruppen. Selbst die officiöse berliner Presse stellte in Abrede, daß Preußen sich noch mit Vermittelungen beschäftige, wogegen zwar die Minister zweier deutschen Mittelstaaten sich mit dieser Geschäftsübernahme in die große Politik lanciren wollten, jedoch in Paris offenbar den entmuthigendsten Abweis fanden. Ja, die Rede des Kaisers Napoleon beim Schlusse der Industrieausstellung (15. Nov.) hatte einen dauerhaften Frieden nur durch eine wirkliche Lösung der Kriegsfrage als möglich und die Neutralen geradezu als Haupthinderniße einer definitiven Austragung des Streits bezeichnet. Aus Wien meldete gleichzeitig Fürst Gortschakow, daß Oesterreichs actives Einschreiten nicht mehr aufzuhalten sein werde, wenn Rußland nicht ernsthaft an Frieden denke.

Endlich am Tage vor der Rückkehr des Kaisers in seine Residenz brachte die „Petersburger Zeitung" abermals einen

jener Artikel, welche man als Programme der Regierungspolitik zu nehmen gewohnt war (19. Nov.). In ermüdenden Ausführungen stellte er die gegnerischen Coalitionen unter Napoleons Aegide als unhaltbar dar, meinte „Preußen und mit ihm ganz Deutschland" halte sich „brav", Oesterreich „vorsichtig"; gegenüber den Feldzugsplanen der Feinde für das neue Frühjahr habe die Erfahrung Rußland belehrt und „auf die Mängel und nothwendigen Verbesserungen hingewiesen"; das einzige, was es brauche, sei Geduld. „Weder Krieg noch Bündnisse der Feinde, noch sonst etwas kann Rußland beunruhigen! Bei uns steht Gott und mit uns ist der Zar."

Dieser phrasenhafte Schlußsatz wurde freilich von der nationalen Kriegspartei wie eine Gewährleistung für die Fortsetzung des bisherigen Kriegsystems vielleicht noch mehr ausgerufen, als daß sie in voller Ueberzeugung daran glaubte. Dagegen verleugnete sie sich nicht, daß die vorangehenden Andeutungen von erkannten Mängeln und nothwendigen Verbesserungen sehr unmittelbar den Armeezuständen galten, deren Verantwortung im wesentlichen gerade den Mitgliedern der Partei zufiel. Mit jener entschlossenen Rücksichtslosigkeit, welche das slawische Parteileben von jeher charakterisirt hat, gab man diejenigen Personen, deren Unternehmungen nicht vom Glücke begünstigt erschienen, sofort auf, um neue Größen auf das Schild zu heben. Fürst Gortschakow in Sebastopol wurde zur bête noire der öffentlichen Meinung gemacht; das höchste Verdienst, was man ihm beließ, war die Geschicklichkeit im Rückzuge, in der Denfensive überhaupt. Man könne ihm vielleicht, hieß es, die gegen Oesterreichs Aufstellungen gewendete Observationsarmee des Westens anvertrauen, jedoch in die Krim müsse ein anderer Oberfeldherr. Aber wer? Man wußte, daß im December ein Kriegsrath der Corpscommandanten in Petersburg unter des Kai-

ſers perſönlichem Vorſitze abgehalten werden ſolle; ehe er zuſammentrat, mußte alſo ein Parteimann oder doch ein echt nationaler Name aufs Schild gehoben ſein. Aber wer? Da half der Zufall aus der Verlegenheit. Aus der aſiatiſchen Türkei erſcholl die frohe Kunde vom Falle von Kars (27. Nov. 1855) und der Generalſtatthalter von Kaukaſien, Graf Murawiew I., legte dem Zaren dieſes „Aequivalent für Sebaſtopol“ in die Hand. Ließ ſich ein beſſerer Repräſentant des Altruſſenthums denken? Seit dem 15. Jahrhundert zählte ſein Familienname unter den erſten des Moskauer Adels, kein Zar exiſtirt ſeit Iwan I. Waſſiljewitſch, mit deſſen Herrſchergeſchichte kein Murawiew verflochten iſt; Murawiews hatten ſich ſeit Katharina II. ſogar auf nationalliterariſchem Gebiete hervorgethan, im Reichsrath und Miniſterconſeil waren ſie gegenwärtig gleichfalls vertreten; für die fragliche Perſönlichkeit ſprachen, außer dem letzten Erfolge, auch unzweifelhafte kriegeriſche wie adminiſtrative Verdienſte in Kaukaſien. Man konnte entgegenhalten, er kennt das ihm zugedachte Terrain, die ſchwierigen Perſonalverhältniſſe nicht. Indeſſen erachtete die Partei zugleich auch die Schwierigkeiten dieſer Stellung vorerſt für minder bedeutend, als ſie bisher geweſen waren. Die Alliirten hatten im Süden den glanzvollen, aber materiell geringfügigen Sieg mit furchtbaren Opfern erfochten und es ward immer klarer, daß ſie denſelben bei der großen Entfernung des Kriegsſchauplatzes von der Heimat ihrer Truppen nicht zum Ausgangspunkt für weiter umfaſſende Operationen zu machen vermöchten, ſolange Oeſterreich nicht aus ſeiner bewaffneten Obſervation zu einer wirklichen Offenſive überging. Daß ſie ſich auf Feſthaltung des Pfandes zu beſchränken und dafür das Hauptgewicht des neuen Feldzugs auf den Oſtſeekrieg zu werfen gedächten, dafür ſprachen alle Anzeigen. Hier mußte natürlich der Oberbefehl dem Großadmiral Großfürſten Konſtantin verbleiben. Die

Partei zählte ihn noch immer entschieden zu den Ihrigen und rühmte vor allem, daß er die Reorganisation des Marinewesens mit Entfernung der Ausländer, mit deren Ersetzung durch Griechen und Russen begonnen. Hier zweifelte sie nicht an der Fortdauer ihres Einflusses. Und selbst in der innern Verwaltung fühlte sie sich jetzt populärer als je, da Lanskoy, der Minister des Innern, allerlei Reformen im Polizei-, Beamten-, Preßwesen u. dgl. als sein Programm hatte verkünden lassen: Regierungsvorsätze, welche nach russischer Gewohnheit bereits wie vollendete Thatsachen gepriesen wurden. Die Parteisituation schien günstiger als je: die innere Verwaltung unter der Leitung eines ihrer Mitglieder, das Kriegscommando fast allenthalben ausschließlich in ihrer Hand — Murawiew als Oberbefehlshaber der Krim wäre der Schlußstein in der Kette gewesen, mit welcher der Friede und damit die Möglichkeit einer Rückkehr des kaiserlichen Gedankens an durchgreifende Reformen noch auf lange Zeit hätte abgesperrt werden können.

Da fiel plötzlich ein kaiserlicher Tagesbefehl (vom $\frac{26. \text{ Dec.}}{8. \text{ Jan.}}$ 1855/56) ernüchternd in alle Erwartungen und Plane. Man hatte den provisorischen Commandanten der Südarmee, General Lüders, in den Zukunftsberechnungen ganz vergessen. Gerade ihn ernannte aber der Tagesbefehl zum „Oberbefehlshaber der Südarmee, sowie aller Land- und Seestreitkräfte in der Krim, mit allen Rechten, Befugnissen und Prärogativen, welche dem Höchstcommandirenden einer Armee in Kriegszeiten zustehen". Dazu hieß es in bezeichnender Kürze: „Er ersetzt den Generaladjutanten Fürst Gortschakow, welcher eine andere Bestimmung erhält." Gleichzeitig wurde auch fast der gesammte Generalstab sowol in der Südarmee, als auf der tauriſchen Halbinsel reorganisirt; außerdem tauchte in andern Armeecorps plötzlich eine Menge von Namen nichtrussischen Klanges aus der bisherigen Zurücksetzung auf.

Mochte dies nun Zufall sein oder Absicht — in der nationalen Aristokratie wurde es als eine entschiedene Demonstration gegen ihre Persönlichkeiten und Tendenzen aufgefaßt. Denn obschon die hervorragendern ihrer Mitglieder sorgfältig mit Rangerhöhungen und Ehrenposten bedacht wurden — Murawiew ward mit Auszeichnungen überhäuft, Mentschikow zum Generalgouverneur von Kronstadt ernannt u. dgl. m. —, wenn namentlich auch bald nachher Paskiewitschs Tod (1. Febr. 1856) Gelegenheit zur Ernennung des Fürsten Gortschakow als dessen Nachfolger in der polnischen Statthalterschaft gab, so entging es der herrschsüchtigen Eifersucht doch nicht, daß diese Rangerhöhungen, Ehrenposten und Ernennungen das verlorene Principat an den entscheidenden Punkten nicht wiederherstellten.

Man darf wol sagen, daß schon von diesem Moment an das aristokratische Altrussenthum die Ueberzeugung gewann, wie der neue Zar, wenn auch die Partei seine Schritte begleite, um sie zu controliren, schließlich dennoch andere Consequenzen zog als diejenigen, zu denen er hingeleitet werden sollte. Zugleich begann die Erkenntniß, daß selbst die Verfolgung der Kriegspolitik bis zum Aeußersten, weit davon entfernt, die Staatsgewalt den Wünschen und Tendenzen der bevorrechteten Klassen zu verpflichten, praktisch den Erfolg haben müsse, die Geltungsansprüche der niedern Bevölkerungsschichten nur immer klarer zu entwickeln. Das Volk in Waffen, für seinen Kriegsdienst momentan und ausnahmsweise mit Rechten und Begünstigungen ausgestattet, welche bis dahin blos der Adel genoß, wurde sich seiner Unentbehrlichkeit durch jede neue Anforderung an seine Opferbereitschaft mehr und mehr bewußt. Der grund- und leibherrliche Adel selbst mußte den wenigen zurückgebliebenen Unterthanen für ihre vermehrten Arbeitsleistungen bessere Bedingungen gewähren, oder sie wurden ihm auch mit den Waffen in der Hand abgetrotzt,

ohne daß die gewohnte Polizei- und Militärhülfe dagegen angerufen werden konnte, ohne daß die sonst gewohnte Bestrafung der Widerständigen durch Abgabe zur Armee, Verschickung nach fernen Besitzungen u. s. w. sich ausführen ließ. Außerdem waren mit der erleichterten Zugänglichkeit der Offiziersstellen und der Nothwendigkeit, den Milizen populäre Führer zu geben, die Massen in unmittelbare Berührung mit Elementen gekommen, welche in ihrer großen Mehrzahl zu den natürlichen Gegnern der Adelsherrschaft gehören. Die ehemaligen Studenten, Gymnasiasten, Künstler, Kaufleute, welche ihren friedlichen Beruf mit der Offiziersschärpe oder auch mit dem einfachen Druschinakreuz vertauscht hatten, stammten großentheils aus dem bisher von den russischen Regierungen wie vom Adel niemals als sociale Potenz in Rechnung gebrachten Mittelstande, welcher die ihm zugewiesene inferiore Stellung im Staate und in der Gesellschaft natürlich noch um vieles schmerzlicher empfindet, als die leibeigene Masse. Alle diese Umstände in ihren tausendfachen engern oder weitern Wechselbeziehungen zersplitterten die nationale Aristokratie noch mehr, als sie es schon an sich war. Denn man darf nicht vergessen, daß dieselbe keine wirkliche Partei in dem Sinne bildet, wie wir es in Westeuropa gewohnt sind. Ihre Interessen kommen immer blos insofern zusammen, als es eine Abwehr der Beeinträchtigung ihrer materiellen und dadurch ihrer socialpolitischen Macht gilt. Jene war nun vom Kriege bereits aufs tiefste beschädigt, die Vertreter des materiellen Interesses mußten also den Frieden wünschen; die socialpolitische Macht aber, dies stand bei den andern dogmatisch fest, hatte von den Friedensreformen das Aeußerste zu befahren und wurde doch auch, wie soeben angedeutet, durch eine Fortdauer des Nationalkriegs immer mehr in Frage gestellt. Dieses Dilemma lähmte vorläufig jede Parteithätigkeit und die momentane Kriegsruhe, welche der überall

harte Winter gebot, ließ wol überdies eine genauere Kenntniß der Zustände des Landes in vielen ihrer Kreise erst zur wirklichen Klarheit kommen. Jedenfalls hatte die Regierung gegen das Ende des Jahres 1855 freiere Hand für ihre Entschließungen gewonnen. Um diese zu charakterisiren, wird es jedoch nöthig sein, die innern Zustände Rußlands vorläufig beiseite zu lassen und die internationalen Verhältnisse ins Auge zu fassen.

Bekanntlich waren die wiener Conferenzen am dritten Garantiepunkte gescheitert. Das heißt, Rußland ging auf keinen der Vorschläge zur principiellen Beschränkung seiner Macht im Schwarzen Meere ein, und die Westmächte erkannten, daß es im Beginne des Jahres die vier Garantiepunkte nur angenommen hatte, um Oesterreich zu lähmen. Diese Lähmung war auch wirklich erreicht, denn auf die materielle Unterstützung durch die Westmächte konnte es nicht rechnen, da diese von Sebastopol absorbirt wurden; neben ihm stand aber drohend das Uebelwollen, wenn nicht gar die offene Feindseligkeit Preußens und der tonangebenden deutschen Mittelstaaten. Die Verpflichtungen, welche es im Decembervertrag gegen die Westmächte eingegangen hatte, waren unter der Voraussetzung übernommen gewesen, daß die principiellen Alliirten auch strategisch mit ihm operiren könnten, und dies war eben nunmehr nicht der Fall. So hatte die Diplomatie an ihren eigenen Rücksichten scheitern müssen: Rücksichten der Westmächte gegen Oesterreich, Oesterreichs gegen Preußen und Deutschland, Preußens mit den Mittelstaaten gegen Rußland. Der während der Conferenzen fortgehende Krimkrieg hatte ebenfalls keine Partei mit irgendwelchem nennenswerthen Erfolge unterstützt, weil das ganze Unternehmen weder scharf militärisch durchdacht, noch genügend vorbereitet zur Ausführung gebracht

war. Dagegen trat mit Sebastopols Fall nicht blos der Krieg in ein neues Stadium, sondern auch die Thätigkeit und Möglichkeit der Diplomatie. Rußlands Macht im Schwarzen Meere war thatsächlich vernichtet, sein Bollwerk gefallen, seine Flotte im Meer versenkt und namentlich der westmächtlichen Waffenehre ein Genüge geschehen.

Hatten früher Sebastopols unbezwungene Wälle die Verständigung von der wiener Conferenz abgesperrt, so war nach den nunmehrigen Ereignissen für die Westmächte die Zeit eingetreten, um unbefangener nicht blos die eigenen, sondern die allgemeinen europäischen Verhältnisse zu würdigen. Oesterreich, welches diesen Standpunkt principiell fortwährend vertreten hatte, konnte jetzt erwarten, daß seine Stimme bei den Alliirten gehört werde, als sie den Preis ihrer Anstrengungen vorläufig errungen. Selbst Rußland durfte zugänglicher erachtet werden, indem man Kars als ein ebenbürtiges Tauschobject für Sebastopol geltend machte. Aber freilich nahmen Frankreich und England jetzt verschiedene Standpunkte ein. In England hatte die Nation sehr lange Zeit gebraucht, um sich für den Krieg zu begeistern, jetzt dagegen glühte sie und drängte das Ministerium, den Fall Sebastopols als den eigentlichen Anfang, nicht als das Ende aufzufassen. England hatte in der Krim immer in zweiter Reihe gestanden und seine Erfolge in der Ostsee erschienen vom militärischen Standpunkte winzig, wenn sie auch den Russen durch Zerstörung ungeheuerer Vorräthe von Nahrungsmitteln und Munition außerordentlich empfindliche Schäden zugefügt hatten. Der englische Nationalstolz verlangte also zürnend nach einer Gleichstellung der englischen Waffenehre mit der französischen und nach einer englischen Kriegsdemüthigung Rußlands. In Frankreich ward dagegen der Krieg um so weniger populär, je länger er dauerte, ohne der gloire seinen Tribut zu zollen. Selbst die Armee scheint nach

Sebastopols Fall vollkommen von dem befriedigt gewesen zu sein, was sie mit so unerhörten Anstrengungen geleistet. Nun fehlte es zwar den bonapartistischen Traditionen keineswegs an Lust zur Fortführung eines Kriegs, welcher so vortreffliche Gelegenheit zu immer rücksichtsloserer Ausbildung des Imperialismus im Innern Frankreichs gab. Allein den früher kundgegebenen Gelüsten Napoleons III. nach einer an den orientalischen Krieg zu knüpfenden Revision der Karte Europas stellte das Ministerium Englands und Oesterreichs conservatives Princip den entschiedensten Abweis entgegen, welchen beide auch nach der Katastrophe von Sebastopol unerschütterlich festhielten. So gab sich jetzt bei Napoleon selbst eine starke Friedensgeneigtheit kund, da keinerlei Aussicht vorhanden war, der Nation für ihre fernern Opfer irgendeinen materiellen Vortheil, die traditionelle „Dotation" in Aussicht zu stellen. Er ließ dem englischen Cabinet kundthun, man müsse den Frieden, um ihn zu sichern, für Rußland zur Möglichkeit machen; von französischer Seite soll auch Kars zuerst als Tauschobject für Sebastopol in Anregung gebracht worden sein.

In dieser Verschiedenheit der Stellungen der Westmächte zum Falle von Sebastopol fand nun die petersburger Diplomatie einen neuen Anhalt, um die Coalition zu sprengen, von welcher man Oesterreich bereits abgetrennt zu haben glaubte. Sie ließ auf Umwegen, bei denen gewisse Diplomaten deutscher Mittelstaaten ihre hülfreiche Hand nicht versagten, dem Kaiser Napoleon Rußlands Geneigtheit zu einem Separatfrieden mit Frankreich kundgeben. Dieser wies zwar solche Gedanken mit einer starken moralischen Ostentation zurück und gab seinen Alliirten Nachricht von dem Anschlage. Allein wenn damit auch für jetzt die Gefahr einer separaten Verständigung zwischen den beiden größten Militärstaaten des Continents vorüberging, so ließ sich doch keineswegs mit

Bestimmtheit voraussagen, ob nicht wiederholte Verlockungen von seiten Rußlands bei dem Neffen des Oheims bessere Erfolge haben könnten. Denn es wurden damit nicht blos specifisch Napoleonische Erinnerungen geweckt, sondern Versuche einer traditionellen französisch-russischen Politik erneuert, welche bekanntlich auch von den nach-Napoleonischen Dynastien festgehalten waren und unter dem Kaiser Nikolaus in einer für Mitteleuropa bedrohlichsten Weise bei verschiedenen Gelegenheiten sich geltend gemacht hatten. Dieses Moment wurde für Oesterreich zur dringendsten Veranlassung, aus seiner bisherigen Zurückhaltung zu treten. Während es erneuerte Anstrengungen machte, um die deutschen Staaten mehr nach dem Standpunkte des Decembervertrags herüberzulenken, ließ es in Paris durch den französischen Gesandten am wiener Hofe die Ideen eines Friedensvorschlags entwickeln, welcher nach dessen Rückkehr von seiner „Urlaubsreise" in einer Denkschrift (vom 14. Nov.) ausführlich formulirt auftrat. Gleichzeitig war dem russischen Gesandten, Fürst Alexander Gortschakow, sehr deutlich dargelegt worden, daß Oesterreich für einen Krieg, der Rußland zum Frieden zwinge, Geld genug und binnen drei Wochen die ganze Armee auf dem Kriegsfuß zur Verfügung habe. Als nun Baron Bourqueneys Rückkehr deutlich erkennen ließ, daß sich das pariser Cabinet mit dem wiener vollkommen verstehe, während auch das Mistrauen des englischen Cabinets gegen Oesterreich sich so weit verloren hatte, um — wie eine officiöse Auslegung des pariser Vertrags später mittheilte — seinen Gesandten zu beauftragen „der Verhandlung Schritt für Schritt zu folgen", obgleich das Cabinet, „um seine Verantwortlichkeit dem Parlament gegenüber zu decken, derselben officiell fremd zu bleiben wünsche": da fand es Fürst Gortschakow, wie bereits flüchtig erwähnt ist, aufs dringendste gerathen, dem Kaiser Alexander die Zweckmäßigkeit eines Friedensschlusses nahe zu legen.

Dies fiel also genau in die Zeit seiner Rückkehr vom taurischen Kriegsschauplatze. Die Eindrücke, welche er dort, wie auf den verschiedenen Stationen der Reise von den militärischen und bürgerlichen Zuständen des Reichs empfangen hatte, waren noch ganz frisch. Wie er aber bisher, seit dem Abbruche der wiener Conferenzen, seinen persönlichen Willen in den diplomatischen Gängen nicht geltend gemacht hatte, so scheint er auch jetzt einen unmittelbaren Einfluß und Entschluß noch vertagt und dem Cabinet allein die nächste Stellungnahme zu der veränderten Situation anheimgegeben zu haben.

Diese war aber wirklich tief verändert, nicht blos äußerlich, sondern auch innerlich. Obgleich nämlich Oesterreich thatsächlich bisher den Standpunkt bewaffneter Neutralität festgehalten hatte, so doch nicht als vermittelnde Macht, sondern als Bündner der kriegführenden Gegner Rußlands. Es trat also — das wußte man in Petersburg gerade so gut, wie in London, Paris und anderwärts —, indem es Friedensvorschläge formulirte, ebenfalls nicht als vermittelnde Macht auf. Es verpflichtete sich vielmehr in der Denkschrift vom 14. November, seine diplomatischen Beziehungen zum petersburger Hofe sofort abzubrechen, wenn binnen einer Frist von drei Wochen, von der Einhändigung an den Grafen Nesselrode, Rußland die Friedensvorschläge nicht unbedingt angenommen haben werde. Das Document vom 14. November wurde indessen unter den Verhandelnden höchst geheim gehalten, sodaß die russische Diplomatie nebst ihren halben und ganzen Zuträgern im Auslande sich in der Unmöglichkeit befand, das Verständniß der Alliirten genau zu durchschauen und zu durchkreuzen. Sie wußte dessen Existenz, ohne gegen seine Formulirungen und die sonst darin niedergelegten Eventualitäten ihre Contreminen anlegen zu können. Unterdessen fand in Petersburg der schon früher erwähnte Kriegsrath der commandirenden Generale

unter des Kaisers Vorsitz statt (Anfang December), durch welchen der Kriegsherr zu einer noch klarern Uebersicht über die Möglichkeiten Rußlands gelangte; und es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß derselbe, wie er mindestens theilweise durch die neuen Verhandlungen der Decemberalliirten untereinander veranlaßt war und ihnen auch vielleicht eine Demonstration bedeuten sollte, so bei dem Kaiser die Ueberzeugung befestigte, daß jetzt nicht blos die internationalen Verhältnisse dazu angethan, sondern auch Rußlands innere Zustände so weit gereift seien, um mit einem Frieden schmerzlichen Beeinträchtigungen der Integrität des Reichs noch zuvorzukommen und für die Zarenmacht im Innern wesentliche Vortheile zu gewinnen.

Graf Esterhazy, der österreichische Gesandte, welcher fast vier Monate lang von seinem Posten entfernt gewesen war, brachte am 28. December das vom 16. December datirte Ultimatum seines Cabinets zur Kunde des petersburger Hofs. Das Begleitschreiben war sehr ernst gehalten, erklärte, daß Oesterreich die Cabinete von London und Paris unerschütterlich entschlossen gefunden habe, sich keiner Initiative friedlicher Erörterungen zu leihen, und rief dem russischen Cabinet die Last der unermeßlichen Verantwortlichkeit im Fall einer Weigerung ins Gewissen. Das Ultimatum selbst enthielt eine Entwickelung der bekannten vier Garantiepunkte, wobei diesmal auch die Gebietsabtretung in Bessarabien erschien, fügte jedoch dazu noch einen fünften Punkt, welcher lautete: „Die kriegführenden Mächte behalten sich das ihnen zustehende Recht vor, im europäischen Interesse besondere Bedingungen außer den vier Garantien vorzubringen.“ Indessen waren selbst diese besondern Bedingungen nichts ganz Neues; vielmehr stammte ihr Vorbehalt aus den bei Aufstellung der vier Garantiepunkte (August 1854) gewechselten Noten und jenem Me-

morandum (vom 28. Dec. 1854), zu welchem Fürst Gortschakow sein vielcitirtes J'y adhère erklärt hatte.

Die nächsten Aeußerungen des petersburger Cabinets waren Fechterstreiche, wohin auch ein Rundschreiben mit friedlich geneigten Versicherungen (vom 23. Dec.) gehört, welches eiligst erlassen worden war, als man vom Bevorstehen des österreichischen Ultimatums Kunde erhalten hatte. Noch am 5. Jan. 1856 versuchte Graf Nesselrode in einer Depesche die bessarabische Grenzberichtigung zusammt den besondern Bedingungen auszumerzen, zugleich auch Gegenvorschläge zum dritten Punkte zu stellen. Allein Oesterreich antwortete, daß nur eine unbedingte Annahme des Ultimatums, und zwar binnen drei Wochen von seiner Uebergabe an, die sofortige Abberufung des Grafen Esterhazy verhindern könne. Es war ebenso umsonst, daß Fürst Gortschakow dem Grafen Buol in Wien zurief: die Verwerfung der russischen Propositionen öffne eine Kluft zwischen beiden Kaiserstaaten, welche keine Zeit mehr ausfüllen werde. Oesterreich beharrte unerschütterlich. Nun berieth sich Fürst Gortschakow nochmals mit mehreren Vertretern solcher Höfe, deren Sympathien für Rußland bekannt genug waren; aber das Resultat dieser Privatconferenz stellte sich ebenfalls derart, daß der russische Gesandte selbst nicht mehr umhinkonnte, vermittelst des Telegraphen die unbedingte Annahme des Ultimatums in Petersburg dringend anzuempfehlen. Er empfing dagegen die Antwort, daß der Kurier bereits abgegangen sei, welcher ihm den Befehl bringe, Wien zu verlassen, falls Oesterreich nicht noch in der letzten Stunde die russischen Propositionen berücksichtige. Fürst Gortschakow traf die Vorbereitungen zur Abreise mit großer Ostentation; allein der Erfolg war blos, daß Graf Esterhazy Instruction erhielt, sich bereit zu halten, um desselben Tags von Petersburg abzureisen, wo der russische Gesandte von Wien fortgehen werde.

So verflossen Tage der peinlichsten Spannung für ganz Europa, je näher das Ende des dreiwöchentlichen Termins für die unbedingte Annahme oder Ablehnung des wiener Ultimatums heranrückte. Da plötzlich, am 17. Januar 1856, klirrten die Telegraphen, und diesmal auch für das große Publikum, die unerwartete Botschaft gleichzeitig aus Wien, Dresden und Berlin durch die Welt: Rußland hat die österreichischen Vorschläge unbedingt angenommen. Am 25. Januar kam in Wien die betreffende Depesche an und am 1. Februar vollzogen die Gesandten der kriegführenden Mächte die protokollarische Paraphirung der Präliminarpunkte, wobei zugleich festgestellt wurde, daß binnen drei Wochen in Paris der Friedenscongreß zusammentreten und nach Unterzeichnung der Präliminarpunkte sofort einen Waffenstillstand abschließen werde.

Nicht weniger als im übrigen Europa überraschte in Rußland selbst diese plötzliche Wendung. Sogar in den nächsten Umgebungen des Hofs wie des Cabinets scheint man bis auf den letzten Augenblick die Fortsetzung des Kriegs, und zwar nunmehr voraussichtlich eines Kriegs „bis auf den letzten Mann und die letzte Muskete", wie sich früher Kaiser Nikolaus ausgedrückt hatte, für vollkommen unvermeidlich gehalten zu haben. Wodurch die plötzliche Abänderung der Anschauungen bewirkt wurde, ist noch jetzt unbekannt. Zweifellos darf es jedoch genannt werden, daß sie nicht vom Leiter der auswärtigen Politik angeregt war, sondern aus des Kaisers persönlicher Entschließung hervorging. Ja, mancherlei Anzeichen deuten darauf hin, daß bereits seit der Rückkehr aus der Krim (also auch seit Fürst Gortschakows Friedensmahnungen) die persönliche Uebereinstimmung des Herrschers

mit den Gängen des Nesselrodeschen Cabinets nicht mehr vorhanden gewesen war, daß aber Alexander II. auch jetzt seine Einsicht den Staatsmännern untergeordnet hatte, bis der entscheidende Moment sein ausschlaggebendes Wort verlangte.

Zwischen dem 13. Januar mit Fürst Gortschakows Depesche nach Petersburg, welche durch Graf Nesselrodes Befehl zum Einpacken beantwortet wurde, und der unbedingten Annahme der österreichischen Propositionen am 17. Januar liegen überhaupt noch viele petersburger Räthsel, für deren Lüftung kaum irgendein Anhalt gegeben ist. Am auffallendsten war, daß die petersburger Weigerung gerade in dem Moment am schroffsten hervortrat, als der Gesandte Sachsens am französischen Hofe, Baron Seebach, Graf Nesselrodes Schwiegersohn (von der Presse auch bei spätern Gelegenheiten als „deutscher Diplomat in russisch-französischen Diensten" bezeichnet), raschen Flugs von Paris nach Petersburg geeilt war, um dann mit kurzem Aufenthalt in Berlin (12. Januar) ebenso eilig wieder nach Paris zurückzukehren (15. Januar). Man sagt, es habe sich dabei abermals um ein Separatabkommen Rußlands mit Frankreich gehandelt, auf dessen wahrscheinliches Zustandekommen sich die Weigerung des petersburger Cabinets gestützt habe. Andererseits fiel aber unmittelbar mit dem Ereigniß des 17. Januar die erste Nachricht vom bevorstehenden Rücktritte Nesselrodes zusammen und war in russenfreundlichen Organen mit der Bemerkung begleitet, diese Aenderung in der Leitung des Auswärtigen erfolge, um nicht, „wie in einem jüngsten Moment der Entscheidung", die Regierung des Kaisers als „unselbständige Fortsetzung der Politik seines Vorgängers oder ein blos vererbtes Mandat" erscheinen zu lassen. Man deutete wol auch klarer darauf hin, daß der Reichskanzler eigenmächtig, ohne Benachrichtigung des Reichsoberhauptes verfahren sei. Endlich ward es fast als eine directe Dementirung seiner Haltung

in Betreff der österreichischen Sommation aufgefaßt, als nicht er, sondern Graf Orlow zu den pariser Friedensconferenzen gesendet wurde. Dieser hatte allerdings früher den Frieden von Adrianopel und den Vertrag von Hunkiar-Skelessi zu Stande gebracht, trat nach Benkendorffs Tod in dessen Stellung als unmittelbarster Vertrauter des Kaisers Nikolaus, galt jedoch als persönlicher Gegner Nesselrodes und hatte während des ganzen orientalischen Kriegs, den er als einen Fehler der russischen Politik aufgefaßt haben soll, eine billige Verständigung befürwortet. Genug, alles in allem erlaubt wol keinen Zweifel daran, daß die unbedingte Annahme der österreichischen Präliminarpunkte aus Kaiser Alexanders eigenster Entschließung hervorging. Um so begieriger harrte Rußland auf eine authentische Erläuterung.

Am 20. Jan. brach die „Petersburger Zeitung" ihr Schweigen. Der officielle Artikel bezeichnete das Ereigniß als Resultat eines Zusammentreffens der von Wien und Petersburg „gleichzeitig" ausgegangenen Friedensvorschläge, welche „im Wesentlichen" nur durch die von den Gegnern vorgeschlagene „Grenzrectificirung" zwischen der Moldau und Bessarabien (wobei es sich um mehr als 200 Quadratmeilen russischen Bodens handelte) verschieden gewesen seien. „Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen — heißt es dann weiter in dem Artikel —, ob diese Propositionen besser als diejenigen der kaiserlichen Regierung die Bedingungen in sich vereinigen, welche zur Sicherung der Ruhe des Orients und zur Sicherstellung Europas nothwendig sind. Es genügt festzustellen, daß schließlich sich thatsächlich eine Uebereinstimmung über mehrere der Fundamentalgrundlagen des Friedens herausstellte. Gegenüber dieser Uebereinstimmung, gegenüber den von ganz Europa an den Tag gelegten Wünschen, angesichts einer Coalition, welche immer größere Verhältnisse anzunehmen strebte, und der Opfer, welche die Verlängerung des

Kriegs Rußland auferlegt, hat die kaiserliche Regierung nicht geglaubt, durch nebensächliche Discussionen ein Versöhnungswerk vertagen zu dürfen, dessen Erfolg seinen theuersten Wünschen entsprechen würde. Es hat demnach den von der österreichischen Regierung übergebenen Vorschlägen als Präliminarentwurf für Friedensunterhandlungen seine Zustimmung gegeben. Durch seine energische Haltung gegenüber einer furchtbaren Coalition hat Rußland das Maß der Opfer bezeichnet, welche es bereit ist für die Vertheidigung seiner Ehre und seiner Würde zu bringen; durch diesen Act der Mäßigung gibt die kaiserliche Regierung zugleich einen neuen Beweis ihres aufrichtigen Verlangens, dem Blutvergießen Einhalt zu thun, einen für die Civilisation und Humanität schmerzlichen Kampf aufhören zu lassen, Rußland, Europa die Wohlthaten des Friedens zurückzugeben. Es hat ein Recht zu erwarten, daß die Meinung aller civilisirten Länder ihm dies in Rechnung bringen werde."

Die Stellung der Parteien, sowie des Volks zur Fortdauer der Kriegspolitik, wie zur Möglichkeit des Friedens ist früher nach ihren verschiedenen Beziehungen ins Auge gefaßt worden. Daß auch jetzt noch nicht mehr vorhanden sei, als eine Friedensmöglichkeit, wurde dem russischen Publikum fortwährend in eindringlichster Weise und mit allen möglichen Mitteln, welche dem gouvernementalen Einflusse zu Gebote stehen, ebenso versichert wie klar gemacht. Die Regierung wollte offenbar, daß die Massen sich der Friedenszuversicht nicht allzurasch und nicht allzusicher hingeben möchten. Natürlich spielte auch das Si vis pacem para bellum seine wichtige Rolle bei den fortdauernden Rüstungen, Truppenmärschen, Einübungen der Milizen u. s. w. Allein, daß man diese Demonstrationen, nachdem einmal die Friedensconferenzen festgestellt waren, nicht wegen Europa zu machen brauchte, wußte man in Petersburg schon beim Beginne der

Berathungen genau genug. Denn waren auch die versuchten Separatverständigungen mit Frankreich während des Kriegs mislungen, so verstand es dagegen Graf Orlow vortrefflich, den Kaiser der Franzosen gewissermaßen persönlich dafür zu verpflichten, daß von Rußland nichts verlangt werde, was irgendwie nach seinen Formen oder Consequenzen drückend werden könnte. Es ist bekannt, wie derselbe Rußlands Sache der „Großmuth" des Kaisers empfahl — allerdings blos eine Phrase, welche jedoch mit ihrer Schmeichelei die gewünschte Wirkung nicht verfehlte, indem sie gewissermaßen eine formelle Anerkennung jenes europäischen Schiedsrichteramtes enthielt, dessen Erlangung zu den liebsten und consequenten Planen des bonapartistischen Imperialismus gehört, oder eigentlich den Kern seines ganzen Wesens bildet. Von diesem Moment an war nicht blos der Friedensabschluß, sondern auch schon die Verbündung der Gänge der russischen mit der französischen Politik nur noch eine Frage der Zeit. In Rußland selbst wurde die weltbeherrschende Zukunft einer russisch-französischen Verbrüderung fast ebenso rasch in die öffentliche Meinung eingeführt, als ihre diplomatischen Saaten zu Paris emporkeimten. Wie populär sie sich aber sofort machte, erkennt man am besten daraus, daß sich zwischen den in der Krim einander gegenüberstehenden Russen und Franzosen schon während des (am 29. Februar abgeschlossenen, am 14. März ratificirten) Waffenstillstandes ein so inniges Fraternitätsverhältniß entwickelte, daß es nicht blos von den Augenzeugen als Ueberschreitung alles militärischen Schicklichkeitsmaßes geschildert wurde, sondern wegen seiner schädlichen Einflüsse auf die gesammten disciplinarischen Verhältnisse sogar besondere Absperrungsmaßregeln zwischen den beiderseitigen Lagern nothwendig machte. Bemerkenswerth genug erhöhte sich dagegen die Spannung zwischen den verschiedenen Bundesheeren zu derselben Zeit derart, daß die Generale die größte Mühe

hatten, die polizeiliche Ordnung in den Lagern aufrecht zu erhalten.

Auch die altrussische Partei söhnte sich, nachdem sie von der früher erwähnten Beseitigung ihrer Elemente aus der Leitung der Kriegsangelegenheiten so schmerzlich berührt gewesen war, mit den friedlichen Ueberraschungen besser aus, als zu erwarten gestanden hatte. Klammerte sich ihr Unmuth zuerst daran, daß Rußland den Gegnern ebenfalls Friedensanerbietungen entgegengebracht hatte, so erfüllte sie die Hinneigung zu Frankreich mit der Hoffnung, daß in der Verbindung mit dem westlichen Absolutismus eine Art von Garantie gegen liberalistische Neigungen des Zarenthums liege. Zugleich schien ihr die Verschmelzung der auswärtigen Interessen mit denen des Neunapoleonismus die Aussicht darauf zu eröffnen, daß Rußland keinesfalls zu einer eigentlichen Friedenspolitik gelangen könne. Dieser Calcul war auch jedenfalls richtig und ist, soweit er Napoleon III. in Rechnung brachte, durch die Geschichte seit dem pariser Märzfrieden bis heute bestätigt worden. Napoleon III. kann seinen Traditionen zufolge kein anderes Ziel kennen, als die gewordene Karte Europas wieder nach den Planen des Oheims umzugestalten. Rußland aber, welches im orientalischen Kriege sein Ziel nicht erreichte, kann, wenn der allgemeine Krieg in Europa entzündet ist, ebenfalls den Moment nicht vorbeigehen lassen, ohne die Erreichung seines Ziels, die Annexirung der europäischen Türkei, wieder aufzunehmen. Vielleicht mögen die politischen Betrachtungen der russischen Aristokratie nicht einmal so weit gegangen sein. Ueberall verkündeten jedoch ihre Organe, daß Rußland den Frieden blos schließe, um sich desto besser zum Kriege zu rüsten. Und geschah dies, so blieb allerdings unausweichlich, was ihr zumeist am Herzen lag, nämlich die Fortdauer der obersten Geltung des militärischen Interesses im Staate und der Unterordnung der eigentlichen

Verwaltung unter das soldatische Commando. Wie alle feudalen Corporationen haßt aber auch die russische Aristokratie nichts unmittelbarer, als ein selbständiges Beamtenthum. Daß jedoch bei der russischen Ausbildung des bureaukratischen Wesens und der Willkürherrschaft der Beamten, wie bei der Corruption seiner Mitglieder, dieser Haß vom ganzen Publikum getheilt wird, ist bekannt genug. Gerade nach dieser Seite hin fand nun die Aristokratie, seitdem Graf Lanskoy das Portefeuille des Innern führte, keine geringe Genugthuung. Denn während die Presse die ihr gewährte Freiheit am Zwirnsfaden dazu benutzte, um über Bestechlichkeit, Großthuerei, Paschawirthschaft und Satrapismus der Tschinowniks erbarmungslos herzufallen, fegten strenge Untersuchungen durch die Bureaux, fesselten zürnende Erlasse die Beamten an ihre Arbeitstische, wiesen andere Verordnungen dieselben von der Kapitalspeculation zurück, kurz, schien alles zu beweisen, daß die Thätigkeit der innern Verwaltung jetzt auf diesen Krebsschaden concentrirt würde, um den sogenannten „freien" Bevölkerungsklassen ein vom bureaukratischen Ermessen minder gefesseltes Leben zu gewähren.

Außerdem wurden auch die materiellen Interessen der speculativen Klassen von dem Moment, da der Friede in Aussicht gestellt war, durch all die Projecte volkswirthschaftlichen Charakters, die man längst als Friedensaufgaben bezeichnet hatte, in wahrhaft fieberische Aufregung versetzt. Je ferner die Ausführungen noch lagen, desto ungemessener, kolossaler und herrlicher erschienen die Vorschwebungen ihrer Zukunft. Da gab es kein denkbares Geschäft und keine Einrichtung des alltäglichen Lebens, für deren großartigste Gestaltung nicht die phantastischsten Vorschläge auftauchten; da gab es kein wirkliches oder eingebildetes Bedürfniß des einzelnen oder ganzer Bevölkerungsklassen, für welches nicht die vollkommenste Abhülfe in Aussicht gestellt ward; da existirte keine kleinste In-

duſtrie, welche ſich nicht durch die einfachſte Actiengeſellſchaft zur Weltherrſchaft und ungemeſſenen Reichthümern emporzuſchwingen meinte; da blendete förmlich die Ueberfülle an ungehobenen Schätzen in nächſter Nachbarſchaft oder auch an den fernſten Reichsgrenzen, deren müheloſe Herausförderung ſchon mit der Begründung von Creditinſtituten für vollendet galt. Ob die Cultur, ob die ſocialen Verhältniſſe, ob überhaupt die Vorausſetzungen für alle dieſe Projecte vorhanden ſeien, danach fragte im erſten Rauſche kaum jemand. Man darf ſagen, daß eigentlich durch die Regierung, indem ſie ihre Eiſenbahnplane (Anfang Februar) verlauten ließ, erſt inſofern eine gewiſſe Logik in die Unternehmungsträumereien kam, als jeder einzelne ſich daran erinnerte, was vor allem und für alle das Nothwendigſte: die Abkürzung der ungeheuern Entfernungen des Reichs, die Verbindung aller einzelnen Punkte untereinander. Natürlich konnte vorläufig von einem Beginne der Ausführung des Eiſenbahnſyſtems noch keine Rede ſein; ſelbſt über ſein ungefähres Netz erfuhr das Publikum noch nichts Beſtimmtes; man wußte blos, daß der neue Miniſter der öffentlichen Bauten ſeinen Amtsantritt damit inaugurirt hatte, einen vollſtändigen Plan für das europäiſche Rußland zu entwerfen. Um ſo lebhafter die Debattirung aller Eventualitäten, bei denen natürlich nicht blos die eigentlichen Kaufleute und Induſtriellen aller Provinzen, ſondern jeder einzelne Geſchäftsmann und jeder Grundbeſitzer andere Intereſſen zu vertreten hatte.

Mußte der Regierung ſchon vom politiſchen Standpunkte höchſt willkommen ſein, daß die allgemeine Strömung ſich mit ſolcher Lebhaftigkeit den Aufgaben einer friedlichen Zukunft zuwendete, weil ſich damit die öffentliche Meinung faſt unbewußt in die Nothwendigkeit des Friedens hineinlebte, ehe derſelbe noch formell abgeſchloſſen war, ſo eröffneten ſich ihr damit auch nationalökonomiſche Ausſichten, deren praktiſche

Entwickelung erwarten ließ, daß mit ihrer Benutzung die vorhandenen finanziellen Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Diese Schwierigkeiten zwangen aber Rußland mindestens in gleichem Maße zum Frieden, als die sonstigen Zustände des Reichs. Mit directen Ansprüchen an die Steuerkraft des Volks war nach den Opfern, welche der Krieg gefordert und bei der Zerrüttung aller geschäftlichen Bestände geradezu nicht mehr vorzugehen. Die wohlhabendern Klassen hatte die Kriegsperiode mit ihren Bedürfnissen — ganz abgesehen von den erzwungenen „freiwilligen Beiträgen" — durch Verdoppelung der Grundsteuern neben der mit dem Soldatenverbrauch wachsenden Entwerthung des Grundbesitzes, durch Erhöhung des Salzpreises, durch Besteuerung der geistlichen Güter, durch Proviant- und andere Lieferungen zu niedrigen Taxen u. s. w. ebenfalls bis zur Erschöpfung belastet. Unter solchen Umständen gewährte der hastige Eifer, womit der formelle Friedensabschluß von Frankreich betrieben wurde, indem alle praktischen Detailfeststellungen den Nachconferenzen zugeschoben blieben, Rußland eine wichtigere Unterstützung, als irgendein Separatabkommen mit dem Napoleoniden früher jemals vermocht hätte. Ob der Friede fest und dauernd geschmiedet werde, konnte Rußlands nächstes Interesse gar nicht sein; es mußte nur einen raschen Frieden haben, um aufathmen zu können.

Am 30. März ward der Vertrag zu Paris unterzeichnet und bereits am 1. April verkündete ihn ein Manifest (d. d. 19/31. März) den Völkern Rußlands. Diese hatten sich während der Regierung Alexanders, wie schon öfters berührt ist, allmählich daran gewöhnt, im Kampfe nicht mehr einen heiligen Kreuzzug gegen den Antichrist zu sehen, sondern die Vertheidigung des Vaterlandes. So stellte denn auch das Manifest — wie bekanntlich der pariser Tractat selbst — die Erhaltung der territorialen Integrität des Reichs voran,

während die Vollziehung derjenigen Bedingung, für welche Kaiser Nikolaus das Alexander-Newski-Banner entfaltet hatte, die Emancipation der Christen in der Türkei, erst in zweiter Reihe erschien. Natürlich; denn, wenn irgendwo, so lag eben hierbei eine Concession Rußlands vor. Der Hat-Humayum (vom 18. Februar 1856) war wenigstens formell ein Act der freien Souveränetät des Sultans gewesen, keine ihm vom Frieden auferlegte Bedingung; und indem alle am Frieden betheiligten Mächte auf jede Einmischung in die Beziehungen des Sultans zu seinen Unterthanen verzichteten, hatte Rußland zugleich die mehr als hundertjährige, oftmals ausgebeutete Politik aufgeben müssen, in seinen Händeln mit der Türkei jede Vermittelung anderer Mächte zurückzuweisen. Allein solche Specialitäten des Friedenstractats berührten das Nationalgefühl der Massen nicht unmittelbar. Sie waren ihnen, wie auch die sonstigen Bestimmungen über die Neutralisation des Schwarzen Meeres, die Rectification der russisch-türkischen Grenzen im Osten des Schwarzen Meeres und an der Donau u. dgl. m., Fragen der diplomatischen Berechnung, welche sie großentheils gar nicht verstanden und wenigstens für ganz untergeordnet erachteten. Derjenige Eindruck des Friedens, welcher vom Manifest offenbar am meisten beabsichtigt war, nämlich den Gedanken nicht aufkommen zu lassen, daß der Zar das Märtyrerthum seines Volks für das Vaterland wegen einem „Frieden um jeden Preis" im Stiche gelassen habe — er wurde vollkommen erreicht. Jener Heiligenschein aber, welchen die altrussische Partei um ihr Haupt gewoben hatte, als seien ihre Mitglieder die patriotischen Opferträger par préférence und darum vor allen andern berechtigt, die Entschädigungen dafür in Anspruch zu nehmen, war durch die Thatsachen längst verbleicht. Die Massen hatten verhältnißmäßig viel größere Opfer bringen müssen, und die bis auf den Landsturm ins Feld gestellte Nation war zwar vollkommen

kriegsmüde, bewahrte jedoch noch Kraft und Aufschwung genug, um auf den verlassenen und verödeten Stätten des alten Lebens ein neues in Angriff zu nehmen.

Dieser Möglichkeit galten auch die nächsten Anordnungen der Regierung. Noch ehe das Friedensinstrument dem Kaiser zur Unterschrift vorlag, erschienen die Ukase über Wiederzulassung der Schiffe aller Nationen in den russischen Häfen, über Aufhebung der Ausfuhrverbote und des Kriegszustandes in den nordwestlichen Provinzen u. dgl. in rascher Aufeinanderfolge. Außerdem war es schwerlich ohne Absicht, daß gerade diese ersten Tage nach dem Friedensmanifest von der Bestätigung der baltischen Adelsrechte, von der Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Studentenzahl auf den Universitäten und von der Veröffentlichung der Entschließung bezeichnet wurden, wonach künftighin die Civilverwaltung der Provinzen von der Machtvollkommenheit der (unter Nikolaus fast überall eingesetzten) militärischen Generalgouverneure abgegrenzt und Civilgouverneuren anheimgegeben werden sollte.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung des pariser Tractats — wie sieben Monate früher unmittelbar nach dem Falle Sebastopols — eilte der Kaiser nach Moskau, wo ein feierliches Friedenstedeum seine Ankunft bezeichnete. Während aber die industrielle Bevölkerung der nationalen Landeshauptstadt dem Friedenbringer zujauchzte, empfing er die Deputation der nationalen Aristokratie mit einer Anrede, welche kaum entschiedener gedacht werden konnte, um zu bekunden, daß er in vollster Unabhängigkeit von ihren Sonderinteressen und Neigungen als Selbstherrscher einzig die Wohlfahrt und das Bedürfniß des Ganzen im Auge halte. Gleichsam als persönliches Programm des Kaisers erscheint diese Ansprache von allerhöchster Bedeutsamkeit. Man darf sagen: hatte bisher Alexander II. die Regierung seines Vorgängers nur fortgeführt, so erklärte er erst damit seinen selbständigen Regie-

rungsantritt. Die wesentlichsten Sätze lauteten ungefähr folgendermaßen:

„Der Krieg ist beendet, meine Herren! Denn vor meiner Abreise von Petersburg habe ich mich beeilt, den Friedensvertrag, der von den in Paris versammelten Bevollmächtigten unterzeichnet war, zu ratificiren. Es freut mich, Ihnen diese Kunde officiell mittheilen und vor dem Adel Moskaus die Worte wiederholen zu können, welche ich in meinem letzten Manifeste an mein Volk gerichtet habe. Rußland könnte sich energisch jahrelang vertheidigen, und ich bin überzeugt, daß, welche Streitkräfte auch gegen dasselbe aufgeboten worden wären, es auf seinem Gebiete unverwundbar gewesen sein würde. Doch zum wahren Besten des Landes mußte ich den mit der Nationalehre verträglichen Vorschlägen Gehör leihen. Der Krieg ist ein Ausnahmezustand und die größten Erfolge, die man durch denselben erlangt, wiegen kaum die Uebel auf, die derselbe mit sich führt. Er hatte den Handelsverkehr des Reichs mit dem größten Theile der europäischen Völker gehemmt. Unzweifelhaft würde ich den Kampf fortgesetzt haben, wenn sich die Stimme der Nachbarvölker nicht gegen die Politik der letzten Jahre ausgesprochen hätte. Mein Vater, unvergänglichen Andenkens, hatte seine Gründe, um so zu handeln, wie er gehandelt hat. Ich kannte seine Plane und stimmte denselben von ganzem Herzen bei; doch durch den pariser Frieden wird das Ziel erreicht, das er zu erreichen strebte, und ich ziehe dieses Mittel dem Kriege vor. Unter Ihnen sind viele, ich weiß es wohl, welche bedauern, daß ich so schnell in das, was mir vorgeschlagen wurde, einwilligte. Es war meine Pflicht als Mann und Haupt eines großen Reichs, ununwunden zu verwerfen oder anzunehmen; dieser Pflicht habe ich mit Aufrichtigkeit und Gewissenhaftigkeit genügt; ich bin überzeugt, daß es mir bei den Schwierigkeiten der Situation zu Gute kommen und in kurzem jeder

Rußland ergebene Freund meinen Absichten und meinen Planen für des Landes Zukunft Gerechtigkeit widerfahren lassen wird. Selbst angenommen, daß das Waffenglück uns so unwandelbar treu geblieben wäre, wie es uns in Asien treu blieb, würde das Reich seine Hülfsquellen durch Unterhaltung beträchtlicher Armeen an verschiedenen Punkten dennoch erschöpft haben, zumal die Soldaten der Mehrzahl nach dem Ackerbau und den Fabrikarbeiten entzogen worden waren. Selbst im Gouvernement Moskau hatten die Fabriken, Werkstätten und Manufacturen ihre Thore geschlossen. Ich ziehe das reelle Wohlergehen der Künste des Friedens dem eiteln Glanze der Gefechte vor. Ich habe soeben die russischen Häfen dem Welthandel, die Grenzen dem freien Austausche der fremden Erzeugnisse geöffnet. Ich will, daß in Zukunft auf unsern Märkten der Handelsaustausch zwischen den Erzeugnissen aller Länder und den Rohproducten oder Manufacturen, die unserm Boden entstammen, so leicht wie irgend möglich werde. Es werden Ihnen demnächst mehrere Entwürfe mitgetheilt werden, welche den Zweck haben, der inländischen Industrie Aufschwung zu geben, und ich wünsche, daß jeder Adeliche sich dabei betheilige."

Damit war ein Kaiserreich des Friedens und der freien productiven Entwickelung proclamirt. Die Schwerpunkte eines solchen Systems liegen stets außerhalb der aristokratischen Elemente; sie bedingen die Unterordnung ihrer Sonderrechte und Ausnahmsstellungen unter das allgemeine Interesse. Die befehlende Hoffnung am Schlusse der Kaiserrede sagte deutlich genug, daß der Adel nur durch Theilnahme am industriellen Aufschwunge den Argwohn zu entfernen vermöge, als sei er kein „Rußland ergebener Freund", als wolle er des Kaisers Planen für die Zukunft des Reichs keine „Gerechtigkeit" widerfahren lassen. Obgleich nur an den Adel Moskaus gerichtet, welcher sich indessen gern selbst als Vertreter der

gesammten nationalen Aristokratie betrachtete, galten diese Mahnungen doch offenbar allen gleichgesinnten Elementen des Reichs, und sprachen entschieden genug, um ihnen zugleich ihre Isolirung in der mit dem Zaren über die Zukunft des Friedens übereinstimmenden Nation zum Bewußtsein zu bringen. Mochte auch die Kriegspartei nicht aufhören zu murren, ihre Zuversicht auf sich selber war gebrochen, ihr Einfluß in den Massen hatte seinen Grund und Boden verloren. Nur wo ihre Mitglieder noch als Führer an der Spitze der bewaffneten Nation standen, konnten sie der Unbedingtheit des Zarenbefehls möglicherweise eine gewisse Opposition bereiten. Allein auch dazu hätte es der Zeit bedurft, und die Eile, mit welcher die Regierung alle Ueberführungen des Volks aus den Ausnahmszuständen des Kriegs in den Frieden ins Werk setzte, war nicht blos ein Zeugniß dafür, wie nothwendig Rußland des Friedens bedurfte, sondern bewies auch, wie genau man sich in Petersburg bewußt war, daß die Steigerung der Kriegspolitik im letzten Jahre erst wirklich die Vorbedingungen zur Initiative eines neuen Lebens hergestellt habe.

So trat der Gegensatz der leitenden Ideen des herrschenden Zaren zu denen des verstorbenen fast noch vor der Auswechselung der Friedensratificationen zu Tage. Dem Kaiser Nikolaus war in der Verfolgung seiner Politik der Grundgedanke, auf welchem sie ruhte, verloren gegangen; er wollte es erzwingen, daß die Türkei ihm zufiele, weil er einmal die Theorie vom kranken Manne aufgestellt hatte, weil er einmal die Ausrundung Rußlands bis zum Schwarzen Meer und Goldenen Horn für seine Prädestination erachtete. Aber um dies durchzusetzen, versäumte er die innerliche materielle und intellectuelle Entwickelung Rußlands, welche allein einem derartigen Bestreben eine gewisse Rechtfertigung zu geben vermocht hätte. Nachdem ihm der organische Gedanke seiner Politik abhanden gekommen und der Krieg zur persönlichen

Ehrensache geworden war, ging ihm der Staatszweck selbst verloren und wurde ihm der Krieg zum alleinigen Zweck. Alexander II. hatte vor allem das religiöse Moment des Kriegs fallen lassen, dann weiter das offensive Element beseitigt. Damit war der Krieg wieder auf den Standpunkt eines Staatsmittels gewiesen und die Verständigung mit den Gegnern zur Möglichkeit gemacht. Noch entschiedener hatte er sich aber durch seine rein defensive Natur und die Concentrirung aller Kräfte auf diesem einzigen Punkte zu einem innern Staatsmittel umgestaltet. Denn die oberste Staatsgewalt war damit zunächst aus ihrer Parteistellung gewichen, welche unter Nikolaus den Vertretern des Rückschritts und der Uncultur mit der materiellen Macht zugleich den moralischen Einfluß auf die Nation anheimgegeben hatte. Je fester nun Alexander II. an der Anbahnung des Friedens hielt, je zweifelloser überall erschien, daß Rußland auf die Dauer selbst die Fortsetzung des Defensivsystems in seiner jetzigen Ausdehnung nicht zu ertragen vermöge, je bestimmter die Ueberzeugung feststand, daß blos eine socialpolitische Radicalreform die Möglichkeit bringe, das Reich innerlich auf diejenige Stufe der materiellen Kraft zu erheben, auf welcher es dereinst seine politischen Plane nach außen wieder aufnehmen könne — desto unbedingter behandelte die oberste Staatsgewalt die Kriegspolitik als Mittel, um sich sowol als die Nation von den einflußreichen Parteien zu emancipiren und diejenigen Voraussetzungen herzustellen, von denen ihre Initiative zur Neugestaltung des Lebens ausgehen könnte.

Eine solchermaßen bewußte Verwüstung aller eingelebten Bestände zu Gunsten einer immerhin vorläufig blos ideellen Zukunft blieb freilich auch in Rußland ein äußerstes Wagniß, welches nur unternommen werden konnte, wenn die Zarengewalt die zu octroyirenden Plane der Friedensentwickelung ins Einzelne entworfen, wenn sie die Aufeinanderfolge der nationalen

Friedensarbeiten vollkommen vorbereitet hatte. Immer aber hat die absolute Herrschaft über uncultivirte Völker den ungeheuern Vortheil, die Initiative bestimmen zu können. Der Friede war für das Zarenthum nicht bereits eine entschiedene und nachhaltige Besiegung der widerstrebenden Elemente des Altrussenthums und der Aristokratie; er war nur der Moment, in welchem der bisherige Abwehrkampf unter Beihülfe des Volksbewußtseins in ein directes Bezwingungssystem überzugehen vermochte. Der Friede mit Europa stellte die volle Macht des Zaren im Innern des Reichs wieder her, die weitern Gänge der Regierung hatten dafür zu sorgen, daß diese mehr moralische als materielle Macht gesichert bleibe. Unter frühern Zaren sind ähnliche Anläufe zu socialpolitischen Umgestaltungen öfters daran gescheitert, daß der Imperator die Reform im entscheidenden Moment im Stiche ließ. Heute ist die Reform des Kaisers eigenstes Eigenthum, und die bisherigen Gänge seiner Regierung geben wenigstens der Vermuthung keinen Raum, daß er selbst vor deren Consequenzen zurückweichen werde.

Das Krönungsjahr.

(1856 -- 1857.)

Die wenigen Monate, welche vom Abschlusse des pariser Friedens bis zur Kaiserkrönung in Moskau verflossen, bilden einen der allerwichtigsten Abschnitte der bisherigen Regierung Alexanders II. Waren bis dahin die Gänge der Staatsleitung immerhin mehr oder weniger von den außerordentlichen und augenblicklichen Kriegsnothwendigkeiten bedingt gewesen und hatten sie im allgemeinen der Festigung der Zarenmacht im Innern mehr zu dienen gehabt, als der Stellungnahme des Reichs im europäischen System, so wurden jetzt die Consequenzen der mit dem Frieden hergestellten Thatsachen nach allen Seiten praktisch gezogen oder doch mit einer Entschiedenheit festgestellt, welche über die Zukunftsplane des neuen Rußland kaum einen Zweifel übrig ließ. Die Reformen selbst konnten allerdings erst in Angriff genommen werden, nachdem die Ordnungen des Friedens im Innern des Reichs mindestens äußerlich wiederhergestellt waren. Sie konnten demgemäß im ersten Friedensjahre noch nicht als umfassende Reorganisationen hervortreten, sondern mußten, während die Plane für diese von der Regierung nach ihrem Detail berathen und ausgearbeitet wurden, durchschnittlich mehr den Charakter augenblicklicher und vorläufiger Maßregeln tragen, mit denen die

fühlbarsten Uebelstände bekämpft, die lautesten Klagen beschwichtigt, heilsame Schrecken unter den Anhängern des Alten verbreitet, den verschiedenen Bevölkerungsschichten aber besonders thatsächliche moralische Garantien gegeben wurden, daß die Regierung mit Consequenz bestrebt sei mit den alten Uebelständen aufzuräumen und einem neuen Entwickelungsleben freie Bahn zu schaffen. Ueberall die Initiative als fragloses Vorrecht der Regierung festzuhalten, blieb unter den politischen Verhältnissen Rußlands natürlich das leitende Princip, wie es bei den dortigen Culturzuständen auch wol noch auf lange Menschenalter hinaus eine absolute Nothwendigkeit bleibt. Man könnte kein größeres Unrecht begehen, als wenn man an den octrohirten Entwickelungsproceß, welcher in Rußland begonnen hat, westeuropäische Maßstäbe legen und ihn danach kritisiren möchte.

Die Zurückführung jeder Nation aus dem Kriegszustand in friedliche Ordnungen nimmt die Kräfte jedes Einzelnen in seinem Kreise so vollkommen in Anspruch, daß keine Regierung, indem sie die allgemeine Leitung des Werks im Auge hält, zu befürchten hat, es würden schon während derselben Zeit Richtungen und Strömungen zu allgemeiner Herrschaft gelangen, welche den gouvernementalen Zukunftsplanen als festgewachsene Bestände hemmend entgegentreten könnten. Je tiefer die Auflösungen des Kriegs, je weniger ausgebildet das Culturleben des Volks, desto langsamer vollführt sich die Wiederaufnahme der friedlichen Ordnungen. Je allseitiger und dringender die Nothwendigkeit einer Neugestaltung des Lebens empfunden wird, desto hastiger und anspruchsvoller drängt jeder einzelne Wunsch nach Erfüllung, aber desto weniger erwächst auch eine bestimmte, den Herrschaftsmitteln unwiderstehliche Gesammtströmung zu selbsteigener Kraft. Die socialpolitische Unfertigkeit erwartet die schöpferische That immer von der Staatsmacht. Dies besonders, wenn die Nation der

Wahrhaftigkeit liberal reformirender Absichten der Regierung vertraut, doch mit deren nächsten Zielen nach ihren Einzelheiten so vollkommen unbekannt bleibt, wie es in Rußland der Fall war, als der pariser Märzfriede eintrat. Um so eher durfte also hier die Staatsgewalt die Heimkehr der Nation von den Kriegsschauplätzen gewissermaßen sich selbst überlassen. Sie konnte zuversichtlich darauf rechnen, daß die Wünsche, Hoffnungen, Befürchtungen, Bedürfnisse und Interessen der verschiedenen Bevölkerungselemente einander vorläufig um so vollständiger paralysiren würden, in je klügerer Berechnung die Zarenkrönung, deren Programm bereits im April veröffentlicht wurde, als das Ende aller Ungewißheiten über Rußlands innere Zukunft in die öffentliche Meinung eingeführt war. So breitete sich ganz von selbst über die russische Völkerwanderung zu den verlassenen Herden eine Atmosphäre schweigender und tiefbewegter Erwartung, welche alle Blicke immer von neuem auf den Kaiser zurücklenkte, jede Anordnung und Einrichtung blos auf die Nothwendigkeit des Augenblicks stellen ließ und die Erwartung endgültiger Entscheidungen in wachsenden Progressionen bis zum Momente der moskauer Krönung zu fieberhafter Spannung steigerte. Es gab ja keine Sphäre des Gewohnheitslebens, welche durch die Kriegszustände nicht aus dem ganzen Zusammenhalt ihres Herkommens getreten war; es gab ja keinen Stand und keine Schicht der Bevölkerung, deren Fugen nicht so weit auseinander klafften, daß sie unter gewöhnlichen Verhältnissen schon Jahre bedurft hätte, um sich allmählich wieder in ihre Vergangenheit einzuleben. Es gab aber zugleich auch keine, deren bevorstehende Umgestaltung nicht während des Kriegs bereits entweder direct als Wille der Regierung angekündigt oder als nothwendige Consequenz anderer Veränderungen in die öffentliche Ueberzeugung übergegangen war. Wie jedoch diese Consequenzen von der Staatsgewalt würden

gezogen werden, war jeder einzelnen Gewohnheitssphäre, jeder einzelnen Bevölkerungsschicht das tiefverhüllte Geheimniß. In ungemessenen Hoffnungen jubelten die einen dieser Zukunft entgegen, in ebenso ungemessenen Besorgnissen bangten die andern auf deren Entschleierung. Beide hatten vom neuen Regiment nur die eine Erfahrung, daß es mit Ueberraschungen wirkte, daß also Furcht wie Hoffnung nicht einmal wissen konnten, ob ihre Voraussetzungen auch für jenes maßgebend sein würden.

So hielt die Regierung die Zukunft des Reichs in ihrer Hand; so konnte sie die Monate vom Friedensschlusse bis zur Krönung dazu benutzen, um dem Auslande gegenüber die Stellungen ihrer Politik vorzubereiten, zu bezeichnen, zu bestimmen; das innere Leben hinderte sie nicht daran. Auch nach außen handelte sie entschieden, rasch, nicht ohne wohlberechnete Ueberraschungen.

Am 30. März 1856 wurden die Friedensdocumente zu Paris unterzeichnet. Graf Orlow war keinen Augenblick in den Fall gekommen, jene schmeichlerische Wendung zu bereuen, womit er Rußlands Schicksal der persönlichen „Großmuth" des Kaisers Napoleon anheimgestellt hatte. Vielmehr dankte er dieser scheinbar gewagten Demüthigung des legitimen Princips vor der thatsächlichen Macht eines Emporkömmlings die bereits vor dem Beginne der Conferenzen erreichte Privatverständigung zwischen den Imperatoren des Ostens und Westens. Auf ihrer Grundlage geschah es, daß Frankreichs Friedenshast fast nur von der Gefälligkeit übertroffen wurde, womit Napoleon III. und Graf Walewski ihren Einfluß geltend machten, um die von Oesterreich mit England geforderten strengern Präcisirungen im Friedensvertrage möglichst zu mildern und selbst die principiellen Aeußerungen des Documents den Wünschen Rußlands anzupassen. Während Oesterreich und England gewissermaßen auf die Defensive gegen ihren eigenen

Alliirten gestellt blieben, während die türkische Stimme kaum zählte, Sardinien durch dick und dünn mit Frankreich-Rußland ging und Preußen, soweit es überhaupt irgendeinen Einfluß zu äußern vermochte, die Kundgebung seiner unbedingten Uebereinstimmung mit Rußland für seine wesentlichste Aufgabe hielt, beherrschte Graf Orlow fortwährend die Situation. Zugleich wußte er sich auch in der pariser Gesellschaft zum Helden des Tags zu machen und am modernen Kaiserhofe sein Vaterland so einschmeichelnd zu repräsentiren, daß sich die Russenliebe zu einer nicht blos ephemeren Salonmode erhob.

Unter solchen Umständen wurde Europa plötzlich von Orlows Ernennung zu den höchsten Würden des russischen Staatsdienstes überrascht. Mit dem Präsidium des Reichsraths übertrug ihm Kaiser Alexander II. zugleich den Vorsitz im Ministerrath. Dieses Zeugniß der allerhöchsten Anerkennung für seine Verdienste um den Frieden und sein ganzes Verhalten, mit solcher Beeiferung verliehen, daß seine Ernennung ihn sogar noch in Paris antraf, mußte um so mehr als directe Schmeichelei für den französischen Imperialismus und seine Traditionen erscheinen, wenn man auf die Persönlichkeit blickte, welche bisher diese Posten innegehabt hatte. Das war Fürst Tschernyschew, Rußlands ehemaliger Kriegsminister, ein entschiedener Gegner jeder Annäherung an den Neunapoleonismus, mit seinen glorreichsten Erinnerungen in der Feindschaft gegen Napoleon I. wurzelnd, dessen russisches Verderben schwerlich so vollkommen geworden wäre, wenn der damals noch junge Diplomat, als ihn der Kaiser (1811) mit den beruhigendsten Freundschaftsversicherungen für Alexander I. entließ, nicht bereits die französischen Operationsplane zum russischen Feldzuge in der Tasche gehabt hätte.

Aber auch hinsichtlich des Moments, in welchem sie erfolgte, war Orlows Ernennung bedeutsam genug. Der

betreffende Ukas ist vom 5/17. April datirt. Am 15. April war dagegen von den Decemberalliirten der Geheimvertrag abgeschlossen worden, welcher mit Bezug auf Rußlands entschiedene Weigerung gegen die Uebernahme einer Territorialgarantie für das osmanische Reich, jede Verletzung der Integrität und Unabhängigkeit des letztern für einen Kriegsfall erklärte. Von Oesterreich und England war dieser Tractat als Nothwendigkeit gefordert, Frankreich als dritter Alliirter hatte sich der Mitverpflichtung dafür natürlich nicht entziehen können, Preußen dagegen, obgleich zum Beitritt aufgefordert, jede Theilnahme daran abgewiesen. Konnte überhaupt das Geheimniß nicht einmal der Oeffentlichkeit bis nach erfolgter Ratification vorenthalten werden, so wäre es in der That eine verzweifelte Naivetät, daran zu glauben, daß Rußland nicht bereits vor seinem Abschlusse vollständig davon unterrichtet gewesen sein sollte. Es gab also seine Antwort mit Orlows Ernennung. Seine staatsmännischen Traditionen hinsichtlich russisch-türkischer Wechselbezüge beruhen bekanntlich auf den Tractaten von Adrianopel und Hunkiar-Skelessi, deren Bestimmungen der pariser Friede hatte annulliren sollen. Sollte der neue Präsident des petersburger Reichsraths und Cabinets etwas anderes bedeuten, als daß die „Revision" des pariser Vertrags für und für Rußlands leitender Gedanke bleibe? *)

*) Graf, später Fürst Alexei Orlow ist der zweite von den illegitimen Söhnen des vierten (Feodor) der unter Katharina II. berühmt gewordenen Brüder Orlow. Ohne die Legitimirung dieser Kinder wäre die Familie Orlow erloschen. Alexei Feodorowitsch Orlow ist 1787 geboren und wurde zur Belohnung seiner beim Aufstand in den Militärcolonien von Nowgorod (1825) bewährten Geistesgegenwart zum Grafen und Generaladjutanten des Kaisers Nikolaus ernannt. Nach Benkendorffs Tode (1844) überkam er das Commando des Gensdarmeriecorps und die Oberleitung der Geheimpolizei (dritte Abtheilung der Geheimkanzlei des

Daß Graf Neſſelrode nach dem Abſchluſſe des Friedens von der Leitung des Auswärtigen zurücktreten werde, hatten ſogar ruſſiſche Berichte dem Publikum allerdings bereits ſeit dem Anfange des Jahres erzählt. Trotzdem glaubte man, der Kaiſer werde den Perſonenwechſel in dieſem Poſten mindeſtens bis zur völligen Wiederherſtellung des gewöhnlichen internationalen Verkehrs verſchieben. Allein faſt noch an demſelben Tage, an welchem die Ratificationen in Paris ausgewechſelt wurden (27. April 1856), legte der Reichskanzler das Portefeuille in die Hände ſeines Nachfolgers, des Fürſten Alexander Michailowitſch Gortſchakow (Ernennungsukas vom 17/29. April). Die gleichzeitige Beurtheilung dieſer Wahl erblickte darin die abſichtliche Andeutung einer fortdauernd argwöhniſchen Stellung und unfreundlichen Haltung gegen Oeſterreich. Auffallend erſchien es jedenfalls, daß die Organe des ruſſiſchen Intereſſes um dieſelbe Zeit den öſter-

---

Kaiſers). In dieſer Stellung begleitete er den Zaren auf allen Reiſen, ſo zuletzt auch nach Olmütz und Berlin (1853). — Wie früher Graf Benkendorff, galt ſpäter Graf Orlow als des Kaiſers Nikolaus vertrauteſter Rathgeber bei politiſchen Fragen und hatte als ſolcher bis zum orientaliſchen Kriege ſelbſt mehr perſönlichen Einfluß als Neſſelrode. Außer militäriſcher und diplomatiſcher Geiſtesgegenwart zeichnet ihn die Gabe eleganter Beredſamkeit aus. Unter den nähern Umgebungen des Kaiſers Nikolaus galt er für denjenigen, welcher jenem die Wahrheit der Dinge am freimüthigſten entgegenzuhalten wagte; dies eben ſchien jedoch während des Kaiſers letzten Jahren den Grund dafür abgegeben zu haben, daß er etwas weniger als früher in Gunſt ſtand. Graf Alexei Orlow iſt ſelbſt in ſeinem Alter noch eine ſehr imponirende Erſcheinung. Jedoch urtheilte Friedrich von Gagern (1839) in ſeinem Tagebuch („Das Leben des Generals Friedrich von Gagern", III, 364) über ſein perſönliches Weſen: „Uebrigens hat Orlow einen unerträglichen Hochmuth und man kann ſich kaum inſolentere Airs denken. Darin wird er am ruſſiſchen Hofe nur übertroffen vom Kriegsminiſter Grafen Tſchernyſchew, bei dem noch die Eitelkeit des ci-devant beau und die Ruhmredigkeit, mit der er von ſeinen ziemlich unbedeutenden Kriegsthaten im Jahre 1813 ſpricht, hinzukommt."

reichischen Minister des Aeußern, Graf Buol-Schauenstein, mit allen möglichen Waffen befehdeten und sein Verbleiben an seinem Posten geradezu als wesentliche Hinderung einer ehrlichen Aussöhnung zwischen Petersburg und Wien bezeichneten. Auch hatten sich wirklich die Conflicte zwischen Fürst Gortschakow und dem wiener Cabinet unmittelbar vor den pariser Conferenzen so vielfach und bitter gestaltet, daß er als Gesandter fernerhin für „unmöglich" gegolten. Seine Erhebung an die Spitze der Leitung der äußern Angelegenheiten Rußlands sprach mindestens deutlich genug dafür, daß man nicht entfernt an eine Wiederherstellung der frühern Beziehungen zu Oesterreich dachte, während seine Vergangenheit gerade mit den vormärzlichen intimen Beziehungen zwischen beiden Kaiserhöfen so genau verflochten ist, wie kaum diejenigen eines andern jetzt lebenden Staatsmanns. Denn von 1832 an hatte er in Wien als erster Botschaftsrath unter dem alt und kränklich gewordenen Fürsten Tatitschew wesentlich in die wichtigsten Verhandlungen eingegriffen. Selbst während er nicht in Wien accreditirt war, soll er den wichtigsten Vorgängen im Kaiserreiche, z. B. den Familienverhandlungen bei der Abdankung Ferdinands I. und bei der Thronbesteigung Franz Josephs, sehr nahe gestanden sein. Dann wurde er, anstatt Baron Meyendorffs, wiederum außerordentlicher Gesandter in Wien (6. Juli 1854), nachdem er die bamberger Coalition so geschickt für das russische Interesse zu verwenden gewußt hatte, daß Oesterreichs Vertretung der mitteleuropäischen Interessen in die bedenklichste Isolirung getrieben war. Wie er aber dort bis zum Frieden gewirkt und gekämpft, lebt noch in frischester Erinnerung.*)

*) Fürst Gortschakows Nachfolger als Rußlands Vertreter in Wien wurde (Sept. 1856) Baron Andreas von Budberg, vorher Gesandter in Berlin, Hannover und Mecklenburg. Er wurde später (1858) durch den Geheimrath Balabine abgelöst.

Auf andern Seiten hatte Fürst Gortschakows Ernennung an Nesselrodes Stelle freilich einen gefälligern Charakter. Es ist früher erwähnt, wie er, im Gegensatze zum Reichskanzler, schon zu einer Zeit den Frieden in Petersburg befürwortete, als die Decemberalliirten selbst noch nicht zur vollen Vereinbarung jenes Ultimatums gelangt waren, welches Oesterreich nachher vorlegte. Außerdem war er vor seiner zweiten wiener Stellung in der Eigenschaft als Gesandter in Stuttgart (seit 1845) der Vermittler der Heirath des Kronprinzen von Würtemberg mit der Großfürstin Olga gewesen, durch welche bekanntlich ein Lieblingswunsch des Kaisers Nikolaus seine Verwirklichung gefunden hatte. Aus derselben Zeit stammen auch seine vielen und einflußreichen Beziehungen zu den südwestdeutschen Höfen, welche dadurch noch an Nachdruck gewonnen hatten, daß er auch beim Deutschen Bunde (11. Nov. 1850) beglaubigt gewesen war. Für die außerdeutschen Staaten bot aber der nunmehrige Minister des Aeußern wenigstens nichts Verletzendes. Seine diplomatischen Stellungen waren blos in Deutschland selbständig gewesen; ein kurzer Aufenthalt in London, den er dort als Gesandtschaftssecretär nach dem Congreß von Verona gemacht, hatte keinerlei politische Erinnerungen hinterlassen. In Deutschland aber schien man die merkwürdige Rede, womit er sich (11. Nov. 1850) als Gesandter beim restaurirten Bundestage eingeführt, wieder vollkommen vergessen zu haben, obgleich sie von der gesammten Presse, auch von der bundestagsfreundlichen, ihrerzeit als das „Programm Rußlands beim Antritt seiner mitteleuropäischen Herrschaft" bezeichnet worden war; und davon schien man nichts zu wissen, daß seine persönliche Abneigung gegen alles Deutsche in den petersburger Kreisen beinahe sprichwörtlich ist.

Am gleichen Tage mit dem Reichskanzler Nesselrode trat auch der bisherige Kriegsminister, Fürst Dolgoruky I., in den

Reichsrath. Damit schied wieder ein Mitglied des altrussischen Adels, jedoch ein sehr wenig hervorragendes Organisationstalent aus der Leitung der Militärangelegenheiten. Der Fürst war im Anfange des orientalischen Kriegs dem Grafen Tschernyschew eben blos nach dem Rechte der Anciennetät gefolgt, während sein Adjunct, General Katenin, als die Seele des Ministeriums galt. Um so sicherer rechnete die nationalaristokratische Partei darauf, daß nunmehr dieser, wie herkömmlich, das Portefeuille überkommen werde. Allein zu ihrer bestürzenden Ueberraschung — denn sie hatte gehofft, unter Katenin den Vorzug ihrer Mitglieder fortzugenießen, welchen ihnen Fürst Dolgoruky eingeräumt — verlautete sofort, daß General Katenin die Bestimmung erhalten solle, über Orenburg und Samarah als Generalgouverneur zu herrschen. Das sah im ersten Augenblicke aus, wie eine Ungnade und blieb auch vorläufig eine Emancipation der Heeresangelegenheiten von den nationalaristokratischen Einflüssen. Das Portefeuille des Kriegs wurde dem bisherigen Chef der Artillerie, General Sukhozanet II., übertragen. Obgleich ebenfalls durch mancherlei kriegerische Thaten ausgezeichnet, hatte derselbe seine Hauptfähigkeiten doch vorzugsweise in der Heeresverwaltung und namentlich auch noch in den letzten Kriegsjahren bei der Südarmee unter Lüders bethätigt. Solange Nikolaus lebte, hatte er unter den Militärs höhern Ranges wenig Sympathien besessen und war selbst sein Name zu einem wenig anmuthigen Wortspiele benutzt worden. Jetzt erzählte man dagegen, daß der Freimuth, womit er den Kaiser Alexander bei seiner Anwesenheit in der Krim auf viele Mängel und Misbräuche aufmerksam gemacht, sowie die Klarheit, womit er die Mittel und Wege zu deren Beseitigung dargelegt habe, die eigentliche Veranlassung zu seiner Berufung als Kriegsminister geworden sei.

Allerdings that der Armee zunächst und vor allem ein

scharf durchgreifender Verwaltungschef noth. Denn ihre Zurückführung von den Kriegsschauplätzen und Defensivaufstellungen an den Reichsgrenzen sollte nicht nur mit einer Reduction auf den Friedensfuß, sondern auch zugleich mit einer Reorganisation ihrer Eintheilung, ihrer taktischen Bestände und des Verwaltungswesens verbunden werden. Also eine Riesenaufgabe, welche sich dadurch noch erschwerte, daß gleichzeitig auch die Milizen und Reichswehren nach ihren Heimaten geführt, entwaffnet und entlassen werden mußten. Hatte das letzte Kriegsjahr die ganze Nation in excentrischen Strömen in Bewegung gesetzt, so mußte der Beginn des Friedensjahres zunächst die concentrische Rückströmung überwunden haben, ehe man nur fragen konnte, wo und auf welche Weise die freigewordenen Kräfte zu verwenden seien. Die Schwierigkeiten, welche diese Ueberleitung aus dem Krieg in den Frieden umgaben, waren andere bei der eigentlichen Armee, andere beim bewaffneten Volke. Jene blieb im ganzen gegen den Frieden gestimmt, weil sie aus dem Kriege ohne Waffenerfolge ging, ohne die gehoffte Beute, ohne die Ehrenbezeigungen, welche sonst auch in Rußland den Heimkehrenden nach einem glücklichen Feldzuge vom Publikum entgegengebracht werden. Die Rivalitäten zwischen den verschiedenen Waffengattungen hatten sich überdies lebhafter als je entwickelt, weil jede einzelne der andern die Schuld an der Erfolglosigkeit der Kämpfe beimaß und jede ihrerseits sich bewußt war, ihre Pflicht gethan zu haben. Der Mismuth der Truppen über die Heimkehr wurde aber von einem großen Theile der untern Offiziere getheilt und genährt, da die meisten derselben, bei den verhältnißmäßig ungeheuern Verlusten an Führern, welche der Krieg gebracht, erst im Verlaufe des Feldzugs eingetreten waren und nun keine Gelegenheit zu persönlicher Auszeichnung, kein rasches Avancement gefunden hatten. Diese Hoffnungen waren jedoch bei einer großen Mehrzahl

derer, die einen andern Beruf mit dem Säbel vertauscht hatten, mindestens ebenso maßgebend gewesen, als die Gefahr des Vaterlandes. Waren nun auch die jugendlichen Illusionen, welche von Kriegslorbern geträumt, unter den prosaischen Strapazen und Entbehrungen endloser Märsche, erschöpfenden Lagerlebens, aufreibenden Fouragedienstes u. s. w. immer mehr erbleicht, so hatte sich doch die Hoffnung forterhalten gehabt, daß, wie unter Nikolaus, auch fernerhin der Militärdienst jede andere Carrière öffne, daß der kriegsmüde Offizier jedem andern Bewerber im Staatsdienste vorgezogen werde. Allein im Laufe der Monate seit Kaiser Alexanders Thronbesteigung hatte es sich aus den vornehmern Kreisen und höhern Lebensstellungen bis zum kleinsten Lieutenant, ja bis zum Trommler und Pfeifer herunter ausgebreitet, daß die neue Regierung auch in dieser Beziehung ganz andere Grundsätze verfolge. Alle diese Eindrücke, verbunden mit der überall schlechten Verpflegung des Heeres, mit den in seinen Reihen wüthenden Seuchen (zu Anfang des Jahres 1856 zählten selbst die officiellen Berichte, ganz abgesehen von den Verwundeten, gleichzeitig an 30000 Kranke in den Feldlazarethen und Hospitälern blos der Süd- und Krimarmee), mit dem Mangel an Aussicht auf bessere kriegerische Beschäftigung, ließen beim Eintritte des Friedens im größten Theile der Armee einen Geist erkennen, welcher selbst nach den Berichten der Oberoffiziere die größten Bedenken erregen mußte. Es scheint beinahe, daß eben deshalb dem Befehle zur Rückführung des Heeres in seine Friedensstellungen die erwähnte Anordnung zur gleichzeitigen Neugestaltung seiner Eintheilung und zur Umformung seiner Bestände sogar noch um einige Tage vorauslief.

Die Hauptveränderung bestand für jetzt darin, daß die bisherige West-, Süd- und Mittelarmee unter dem Oberbefehl des Statthalters von Polen, Fürst Gortschakow, als

erste Armee zusammengefaßt wurde, während das 4., 5. und 6. Corps im Süden und Südosten des Reichs sich unter General Lüders (Hauptquartier Charkow) zur zweiten Armee vereinten (Ukase vom $\frac{27. \text{ März}}{8. \text{ April}}$). *) Die finnische Armee unter General Graf Berg I., sowie die kaukasische unter Murawiews I. (nachher Fürst Barhatinskys) Oberbefehl veränderten ihre Stellungen nicht. Auch die Garden und Grenadiere unter Graf Rüdiger (welcher jedoch schon im Juni 1856 starb) blieben vorläufig in ihrer bisherigen Organisation, wurden aber von ihren verschiedenen Standpunkten in den westlichen Provinzen insgesammt gegen Moskau dirigirt. Indem man also bei dieser vom Kaiser Nikolaus speciell verzogenen Elite der Armee, in deren Offiziercorps nicht blos die zahlreichsten, sondern auch die durch Reichthum unabhängigsten Elemente der Aristokratie gehäuft sind, zunächst an keine der gewohnten Herkömmlichkeiten tastete, wurde ihr abermals ein besonderer Vorzug gewährt. Zugleich schmeichelte und verpflichtete sie das Commando zum Dienste bei den bevorstehenden Krönungsfeierlichkeiten. Von den Wiederanknüpfungen tausendfacher dienstlichen und außerdienstlichen Beziehungen zu den obersten Behörden, leitenden Kreisen und vornehmen Gesellschaften der Newaresidenz blieben jedoch auf solche Weise die Garden ebenfalls noch lange Monate ferngehalten. Dagegen erstreckten sich die Scheidungen, Vereinigungen, Neubildungen und Auflösungen altgewohnter Bestände bei den obenbezeichneten Corps der activen Armee bis in deren innerste Gliederungen. Der natürliche Erfolg war, daß alte, im Kriege noch fester verwachsene Kameraderien sich auflösten, lang festgehaltene Traditionen verbleichten, gemeinsame Erinnerungen und Wünsche

*) Als General Lüders wegen beinahe völliger Erblindung im Herbst 1856 sein Obercommando niederlegte, wurde auch die zweite Armee wieder aufgelöst, d. h. in selbständige Corps zerfällt.

aufhörten gemeinsam zu sein, Antipathien und Sympathien gegenstandlos wurden, kurz der ganze Geist der Armee seine bisherigen Grundlagen verlor, und wenigstens weitern Neuordnungen im Heerwesen selbst wie in seiner Stellung zum Staatsorganismus keine wesentlichen Bedenken und Schwierigkeiten entgegenstellen konnte. (Näheres über die Armeereformen folgt in dem Abschnitte: „Das Emancipationsjahr.“)

Weit schwieriger gestaltete sich dagegen die Zurückführung der Reichswehren in ihre Heimaten. Das Volk erwartete dort für die abgegebene Waffe sofort den Freischein zu erhalten, was doch unmöglich war. Es hoffte dort zum Ersatz für die überstandenen namenlosen Strapazen wenigstens bequeme Unterkunft, reichliche Nahrung und Arbeitsruhe zu finden. Und wo konnte ihm jene nach den vorausgegangenen Zerrüttungen des Friedenslebens in Aussicht gestellt werden? Wo durfte man die Massen der Unthätigkeit überlassen, welche das Reich mit unzähligen Revolten bedroht hätte, hinter denen jetzt, da das Volk sich unter den Waffen fühlen gelernt hatte, die Gefahr einer socialen Revolution viel wahrscheinlicher als jemals lauerte? Der heutige Zustand ließ sich nur ungefähr jenem nach Napoleons I. Besiegung vergleichen. Damals stand jedoch mindestens der Grundadel mit der Regierung; heute dagegen fühlte er blos die Lasten und Gefahren seiner socialpolitischen Stellung, ohne hoffen zu dürfen, daß das Volk die allmählich unter Nikolaus gewonnenen Erleichterungen seiner Lage nicht eifersüchtig bewache, daß es darin nicht auch von der Regierung werde unterstützt werden. Außerdem war der Mangel am Nothwendigsten heute viel schwerer und allgemeiner als 1813. Hatten auch wirklich die Gemeinden — wennschon seit Jahren, ja seit Jahrzehnden nicht mehr vorbereitet auf ein solches Zusammenströmen all ihrer Angehörigen in der Heimat — die gesetzliche Füllung der Getreidemagazine fortgesetzt, so waren dieselben doch in tausend

und abertausend Fällen vom augenblicklichen Bedürfnisse des Kriegs rücksichtslos entleert worden. In solchen außerordentlichen Fällen ist freilich der Grundherr in letzter Instanz für die Befriedigung der unentbehrlichsten Bedürfnisse seiner Unterthanen verpflichtet. Aber wie sollte er es möglich machen? Hatte den Adel der Krieg nicht fast noch mehr erschöpft als die Massen? Trotzdem forderten nicht blos diese, theilweise noch bewaffnet, Brot und Unterkunft von ihm, sondern auch die Aufsichtsbehörden verfuhren gegen den Säumigen mit alleräußerster Härte. Denn abgesehen von der absoluten Nothwendigkeit energischen Eingreifens, gab ihnen der gegenwärtige Moment wieder die erste Gelegenheit, ihre vom Kriege so lange beeinträchtigte Macht verstärkten Maßes fühlen zu lassen. Dazu kamen die entlassenen und beurlaubten Soldaten, welche durch den Heerdienst frei geworden waren, also sich besser dünkten als die Reichswehrmänner und Leibeigenen, besondere Ansprüche stellten und einestheils die Misstimmung der Unterthanen gegen ihre Herren noch mehr reizten, anderntheils deren Misstimmung gegen sich selbst herausforderten, wenn sie nicht gemeinschaftliche Sache mit ihnen machten. Der altgewohnten Zucht waren die Massen durch den Krieg entwöhnt, das soldatische Regiment des Krieges endete großentheils mit der Ankunft der einzelnen Abtheilungen in der Heimat, eine neue Ordnung war noch nicht hergestellt und auch die Tschinowniks, welche die allgemeine Strömung gegen die Grund- und Leibherren fluten sahen, fanden es wol in sehr vielen Fällen gerathen, sich ihr nicht entgegenzuwerfen.

So fraß der Uebergang vom Kriege zum Frieden den Rest der materiellen Mittel, welchen der Adel gerettet hatte, und die aufreibende Thätigkeit, mit welcher jeder einzelne Grundbesitzer den Selbsterhaltungskampf gegen die Ansprüche seiner Unterthanen wie gegen die bureaukratische Misstimmung führen

mußte, erstickte natürlich jeden Gedanken an eine principielle oder intriguante Betreibung von Parteiinteressen. In der That gestalteten sich die Zustände derart, daß ein Krieg aller gegen alle nur noch eine Frage der Zeit erschien, wenn nicht die Regierung irgendwie helfend eingriff. An sie mußte sich also der Adel um moralische Unterstützung wenden, wie ihre Creditkassen seine einzige Zuflucht zur momentanen Ueberwindung seiner materiellen Nöthe blieben. Hatte nun die Regierung im Kriege und beim Abschluß des Friedens den ersten vollen Sieg über die reactionäre Oppositionskraft des Landadels erreicht, so ergab die Zurückführung der Nation an ihre Herde bereits eine Consequenz, nämlich eine specielle Abhängigkeit der Grundherren von ihrem guten Willen.

Diese besondern Umstände erklären es, warum im Anfang des Mai plötzlich eine Verzögerung in der Entlassung der Milizen eintrat. Man gewährte den Grundherren und Gemeinden einen Moment des Aufathmens mit der Möglichkeit, wenigstens einige Vorbereitungen für die Heimkehr der Reichswehr zu treffen. Gleichzeitig machte jedoch ein Circular des Ministers des Innern die Gouvernementschefs und Adelsmarschälle für die gute Aufnahme der heimkehrenden Krieger durch die Grundherren und Gemeinden verantwortlich. Dann weiter sollten sie in ihrem Einflußbereiche das Friedensprogramm des Kaisers praktisch zu verwirklichen streben. Unter Mahnungen an die historische Unwandelbarkeit des allgemeinen Gehorsams für den Willen des Kaisers lautete er weiter: „Auf jene edeln Beispiele unserer Vorfahren gestützt, müssen auch wir fest und muthig Hand anlegen an die volle Verwirklichung der freudigen Erwartungen unsers vielgeliebten Kaisers, die er in jenem vielbedeutenden Momente ausgesprochen, zumal er selbst, kaum der Sorgenlast entledigt, welche während des ruhmvollen, aber schweren Kampfes auf ihm gelegen, schon alle seine Gedanken der innern Ordnung Ruß-

lands und dem Wohle seiner Unterthanen zuwendet. Nicht mit einzelnen Befehlen, noch mit weitläufigen Erörterungen des einen oder andern Theils dieses hohen Gedankens wende ich mich heute an Sie, meine Herren Gouvernementschefs und Adelsmarschälle. Dies wäre im gegenwärtigen Falle, da das mächtige Wort des Kaisers vor Ihnen liegt, überflüssig. Ich wende mich nur an Ihr russisches Herz, an Ihren flammenden Wunsch nach dem Guten, an Ihr hohes Gefühl der Ehre und rechne auf Ihre einmüthige Mitwirkung zur Erfüllung der uns angewiesenen heiligen Aufgabe. Sie, meine Herren Gouvernementschefs, haben die Aufgabe, Ihre nächste Aufmerksamkeit dem Leben und den Bedürfnissen aller Stände der Ihnen anvertrauten Bevölkerung zuzuwenden, die Wege und Mittel zur Vermehrung ihres materiellen Wohlstandes zu finden und auf sie hinzuweisen. In Rußland, das mit allen Gaben der Natur so reich gesegnet ist, kann und darf es auch an den Mitteln nicht fehlen, um jene zum allgemeinen Besten zu verwenden. Nur die volle Entfaltung der producirenden Kräfte und allein die verständige Leitung der Gewerbthätigkeit können den innern Wohlstand Rußlands sicherstellen und seine materielle Unabhängigkeit befestigen; deshalb darf Sie auch der Gedanke nicht verlassen, daß eine der wichtigsten Ihnen obliegenden Pflichten die ist: neue, den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechende Zweige gemeinnütziger Thätigkeit zu entdecken. Aber auf dem Gebiete der Volkswirthschaft können wohlthätige Erfolge nur erzielt werden unter der Bedingung einer vollen und allgemeinen Achtung der Regierungsbehörde, einer strengen Beobachtung aller Grundstaatsgesetze in Bezug auf die Pflichten und Rechte aller Volksklassen, einer in jeder Beziehung harmonischen Ordnung, unantastbarer gesellschaftlicher Ruhe und gegenseitigen Vertrauens. Um dieses zu erreichen, fordere ich Sie auf, sorgsam und mit Strenge über

die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der Entscheidungen der Ihnen untergeordneten Aemter und Personen zu wachen. Auf der andern Seite lege ich, indem ich stets den Anweisungen des Herrn und Kaisers folge, welcher unermüdlich an das Wohl aller Stände seiner Unterthanen denkt, die Versorgung der verdienstvollen Krieger Ihren Bemühungen anheim, sowie die Aufrechthaltung der staatlichen Ordnung in allen Gebieten und allen Volksklassen, welche Ihrer Verwaltung anvertraut sind." Dann legt der Erlaß den Behörden „die eifrigste und unermüdlichste Aufmerksamkeit darauf, daß die volle Unterthänigkeit der Leibeigenen zu ihren Herren erhalten und gewahrt bleibe", als ganz besondere Aufgabe ans Herz. Hoffentlich würden die zurückgekehrten Krieger durch tadellose Aufführung der Bevölkerung ein gutes Beispiel geben. Aber den mit ihnen zusammenlebenden, zur heimischen Arbeit zurückgekehrten Reichswehrmännern sowie den Leibeigenen müsse „beständig eingeschärft werden, daß sie durch ihre friedliche Beschäftigung und durch Erfüllung der gemeinschaftlichen Pflichten dem Staate ebenfalls Nutzen bringen". Dagegen werde „die geringste Abweichung von der gesetzlichen Ordnung und dem Gehorsam gegen die Leibherrschaft ihnen den Zorn des Kaisers zuziehen und mit aller Strenge bestraft werden".

Dieser Erlaß, welchen seltsamerweise die gesammte Presse des Auslandes blos wie eine Vernichtung der Emancipationshoffnungen behandelte, war im Zusammenhalte mit den Umständen, unter denen er erlassen wurde, abermals ein keineswegs unwichtiger Vorschritt in der Richtung der allerseits anzubahnenden Reformen. Er anerkannte die Nothwendigkeit der Mitwirkung des Adels, um das Volk in productive Thätigkeiten überzuleiten, aber er hielt die Initiative der Regierung fest; er forderte Sorge für die heimkehrenden Soldaten, aber die Leibeigenen sollten ausdrücklich der Gleichgeltung ihrer friedlichen Thätigkeiten für das Staatswohl be-

wußt werden; die Beamten sollten zu unparteiischer Gerechtigkeit angehalten, der schwer bedrängte Adel jedoch zugleich versichert sein, daß er der energischen Unterstützung des Staats bei Ausübung seiner Rechte über die Unterthanen gewiß bleibe.

Trotzdem sagten ihm zugleich hundertfache Anzeichen, daß keineswegs auf die Emancipation verzichtet sei. Namentlich hatte sich die belletristische Tagespresse der Agitation dafür in einer Weise bemächtigt, welche unter russischen Verhältnissen geradezu unmöglich gewesen wäre, wenn es nicht in der Absicht der Regierung gelegen hätte, die öffentliche Meinung mit aller Entschiedenheit auf die sociale Krise hinzulenken. Wie noch während des Kriegs das Beamtenthum mit seinem übermäßigen Formalismus und seiner Corruption gegeiselt und der Geringschätzung preisgegeben worden war, so appellirten jetzt Gogol, Gregorowitsch und ihr literarischer Anhang in Novellen, Dramen, Gedichten und Anekdoten mit grellgefärbten Bildern an das öffentliche Mitleid für die „weißen Sklaven". Eine wahre Mysterienliteratur der Leibeigenschaft beherrschte alle Journale, beschäftigte alle Gesellschaften und drang wol auch in die untern Volksschichten. Wie früher die Tschinowniks, so wurden jetzt die Leibherren zur bête noire der öffentlichen Meinung. Dabei war es höchst bezeichnend für die argwöhnische Eifersucht, womit die Regierung sich die praktische Initiative vorbehielt, daß jede ernste Besprechung über Mittel und Wege, um zur Emancipation zu gelangen, ebenso von der Censur gestrichen wurde, wie ausländische Schriften über denselben Gegenstand strengstens verboten blieben (z. B. Haxthausen u. a.). Man berief sich auf das Princip, wonach Regierungsmaßregeln einer öffentlichen Discussion nicht unterworfen werden dürfen, obgleich solche noch gar nicht vorlagen. Nur der Boden wurde also für die Samen gelockert, welche das Gubernium vor-

bereitete, Luft und Sonne dafür wurden immer günstiger und diejenigen, um deren unmittelbarste Interessen es ging, Herren wie Bauern, in fieberhafter Spannung auf dereinstige Enthüllungen des Geheimnisses erhalten, dessen Behandlung, wie man absichtlich verlauten ließ, schon lange vor dem Friedensabschluß auf die Tagesordnung des Ministerconseils getreten war. Natürlich prophezeite auch hierin, wie in allen andern Dingen, die öffentliche Meinung das entscheidende Wort bei der Kaiserkrönung. Der Regierungspolitik konnte nicht daran liegen, solchen Gerüchten mit Berichtigungen zu begegnen; im Gegentheil, ihr nächster Zweck war erreicht, die tiefbewegte Erwartung der Nation fand abermals einen ausschließlichen Sammelpunkt all ihrer Blicke: den selbstherrschenden Zaren.

Waren das Heer, die großen Massen, der Adel seit dem Friedensschluß durch tausendfache Arbeiten des Augenblicks, wie durch unbestimmte Erwartungen der Zukunft ruhelos in Athem erhalten, so standen die eigentlich speculativen und industriellen Elemente der Bevölkerung, die bürgerlichen Mittelstände der großen Seeplätze und der binnenländischen Handelsemporien, so stand außerdem auch ein großer Theil Europas vor dem Eisenbahnprojecte, welches die Regierung gleichzeitig mit dem Friedensschluß veröffentlicht hatte. Was man einer viel spätern Zukunft erst vorbehalten geglaubt, war nun Thatsache. Jede weitergreifende Geschäftsberechnung mußte neben der Unberechenbarkeit der socialen Reformen die Eisenbahnzukunft mit in ihre Plane aufnehmen; keine neue Einrichtung des Friedens und der productiven Arbeit konnte die bestehenden Verhältnisse zur dauernden Grundlage ihrer Unternehmungen machen. Niemand konnte fortan dasjenige Rußland allein im Auge halten, welches heute war, sondern er mußte aus seinem Standpunkte das schienenüberstrickte, nach allen Dimensionen verkürzte Locomotiven-Rußland sich construiren.

Dieses Eisenbahnen-Rußland ist bis heute, wenn auch bereits an hundert Punkten daran gearbeitet wird, noch immer blos eine Zukunft. Aber gerade die Eisenbahnzukunft Rußlands ist für Europa diejenige Frage, welche dessen Wechselbeziehungen mit ihm am unmittelbarsten berührt. So ist es sicherlich gerechtfertigt, wenn wir den Gang der Geschichte für einen Augenblick ruhen lassen, um dem russischen Eisenbahnsystem einige nähere Betrachtungen zuzuwenden.

Hatte man sich schon daran gewöhnt gehabt, vom neualexandrinischen Regiment überrascht zu werden, so war doch das Erstaunen fast maßlos zu nennen, als dasselbe unmittelbar nach dem Frieden mit dem Eisenbahnplane hervortrat, welcher an Ausdehnung und Kostspieligkeit alles übertraf, was bis dahin in Europa Aehnliches projectirt worden. Es handelte sich zunächst um ein Schienensystem von ungefähr 700 Meilen Ausdehnung, zu dessen Verwirklichung nach überschläglicher Berechnung 270 Millionen Silberrubel erforderlich sind. Daß der Staat selbst die Ausführung nicht übernehmen könne, war klar; allein auch einem internationalen Zusammenwirken von Geldkräften war noch keine so riesenhafte Aufgabe gestellt gewesen. Und welche reelle Garantie bot Rußland den Finanzkräften für das angemuthete Wagniß? In seiner Gegenwart so gut wie keine, wenn man nicht etwa die von der Regierung bewilligte fünfprocentige Verzinsung des Anlagekapitals als solche annehmen wollte. Man blieb ausschließlich auf die gleichzeitig mit und aus dem Bau selbst hervorwachsende nationale Zukunft des Reichs angewiesen. Doch gerade ihre Handhabung behielt sich die Regierung vor, indem sie die Bedingung stellte, daß das von ihr entworfene Netz binnen zehn Jahren zwar vollkommen fertig dem Betrieb

übergeben werden müsse, aber bereits nach weitern 85 Jahren der Benutzung und Unterhaltung dem Staate wieder heimfalle; und zwar ohne irgendeine Entschädigung an die Unternehmer. Diese Voraussetzungen erklären hinreichend, warum sich die Geldkräfte und Finanzmänner Europas zunächst vollständig von dem Unternehmen abwendeten. Erst nach ziemlich einem Jahre entstand die „Grande société des chemins de fer russes", welche, wie weiter unten genauer auszuführen sein wird, nicht wesentlich aus finanziellen und volkswirthschaftlichen Berechnungen, sondern mehr aus politischen Gelegenheitsursachen ihre Gründung herleitete. Der pariser Mobiliarcredit, sowie die andern von der französischen Regierung abhängigen Geldinstitute stehen unter der Firma Isaak und Emil Pereire an der Spitze; daneben die hauptsächlichsten Inhaber der alten und neuen Staatsschuld Rußlands, Hope und Comp. in Amsterdam, Gebrüder Baring in London, Stieglitz und Comp. in Petersburg. Denn sie konnten selbstverständlich das Rußlands Zukunft beherrschende Unternehmen nicht Instituten überlassen, welche mit ihren Interessen in keiner Weise an Rußlands Vergangenheit gebunden sind.

Der Plan eines russischen Eisenbahnsystems hat indessen seinen Ursprung nicht ausschließlich in den mit Alexander II. auf den Thron gestiegenen Principien. Die erste, wenn auch weniger umfassende Idee dazu tauchte bereits in den dreißiger Jahren unter Nikolaus auf und entstammte ausländischer Unternehmungslust. Damals wurde die Ausführung zurückgewiesen, da der alte Finanzminister Cancrin der kaiserlichen Neigung dazu die Antwort ertheilte: „Der Befehl Eurer Majestät wird ausgeführt werden, aber zehn Jahre nachher wird Rußland nicht Rußland mehr sein." Dem Hinweis auf die unermeßlichen ökonomischen Vortheile für Rußlands Bevölkerung entgegnete er weiter das russische Sprichwort: „Ein fetter Hund wird leicht toll"; sein Gesammturtheil über den europäischen Eisen-

bahnaufschwung faßte er endlich in dem Ausspruch zusammen: „Das ist wie die Cholera; es macht seine Weltreise, aber in zwanzig Jahren spricht kein Mensch mehr davon.“ Diesen absolutistischen Weisheiten wurde der Plan geopfert; damit das Rußland der Nikolaiten bleibe, unterblieben die Eisenbahnen. Nur ein petersburg-zarskoeselo-pawlowskisches Rudiment entstand zur Verbindung des Winterpalastes mit kaiserlichen Lustschlössern; selbst dieses durfte erst nach Cancrins Tode zur Verbindung der kaiserlichen Residenz mit der Landeshauptstadt auswachsen. Nec plus ultra! Erst viel später, zu Anfang des orientalischen Kriegs, als der strategische Schwerpunkt des Staats fast ausschließlich nach dem fernsten Süden gravitirte und Befehl wie Truppen die ungeheuere Entfernung vom Centralpunkte der Staatsmaschine bis dahin kaum jemals rechtzeitig zu überwinden vermochten, da erst erinnerte man sich im Winterpalaste wieder der ungeheuern Versäumniß. Allein „zu spät“. Der Krieg schritt rascher zur Entscheidung, als irgendeine Ausführung des Zarenbefehls zur Eisenbahnanlage menschenmöglich war. Anstatt die Menschenkräfte für eine weltgebietende Zukunft der Zarenmacht verwenden zu können, mußte man sie mit fanatisirenden Vorspiegelungen zur Defensive der innern Reichsohnmacht zusammenraffen. Nichts blieb übrig als der Entwurf auf dem Papier, welchen der Minister des Verkehrs mit seinem Adjuncten (Graf Kleinmichel und General von Gerstenzweig) gemacht hatte. Derselbe wurde indessen zum Vorproject, aus welchem sofort nach Alexanders Thronbesteigung eine gemischte Commission den nunmehr zur Ausführung vorliegenden Plan entwickelte.

Diese Entstehungsmomente des russischen Eisenbahnsystems dürfen bei Beurtheilung der Stellung, welche Rußland mit ihm dereinst zu Europa einnehmen wird, keinen Augenblick außer Acht gelassen werden. Seit Veröffentlichung des

gouvernementalen Plans ist allerdings der Privatindustrie die Einfügung einer Menge von neuprojectirten Linien theils im Innern des Systems, theils an seinen Endpunkten gestattet worden. Allein diese bleiben in strategischer Hinsicht immer blos Anhängsel, welche den Grundplan nicht beeinträchtigen, wol aber vorkommendenfalls den taktischen Bewegungen wesentliche Vortheile gewähren können. Es war demnach sicherlich ein wohlberechnetes System, die öffentliche Meinung des In- und Auslandes schon während der pariser Verhandlungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuleiten, daß Rußland seine bisherige militärische Entwickelung um die Verfolgung weitgesteckter friedlicher Ziele aufgegeben habe. Denn nur auf solche Weise entstand überhaupt die Möglichkeit, den europäischen Speculationen und Kapitalen eine Neigung zur Betheiligung an den russischen Entwickelungen einzuflößen. Wahrscheinlich entsprachen und entsprechen auch solche Erklärungen der persönlichen Stimmung des jetzt herrschenden Zaren. Allein um Rußland nicht blos „auf der höchsten Stufe der Macht und des Ruhms zu erhalten", sondern auch „die Wünsche und Plane Peters, Katharinas, Alexanders und Nikolaus' zu erfüllen", kann das anderthalb Jahrhunderte verfolgte Programm einer Weltmacht nicht für immer beiseite geworfen, können national gewordene Traditionen einer frischen und zukunftreichen Nation nicht als abgestorben in ihren Grundlagen behandelt werden. Auch das russische Selbstherrscherthum würde daran scheitern, wenn es das Friedensleben des Reichs nicht auf dem Gedanken fortbauen wollte, daß diese Politik auf innern Nothwendigkeiten begründet ist, welche nothwendig früher oder später wieder zu Thaten übergehen müssen. Es kann nur, um diese dereinst desto sicherern Griffes auszuführen, für Zeiten gewissermaßen sich selber verleugnen, damit „der Friede dem Kriege diene".

Das ruſſiſche Eiſenbahnnetz iſt gleichzeitig aggreſſiven und defenſiven Charakters. Abgeſehen davon geht es von dem Grundgedanken aus, daß das Reich ſich ſelbſt genüge. Es ſoll nicht blos zunächſt und vorwiegend, ſondern ausſchließlich zu Rußlands Gebrauch entſtehen. Drei Hauptlinien bilden ſeine Grundlage. Die längſte führt von Petersburg über Twer, Moskau, Tula, Charkow nach Feodoſia und verbindet nicht blos den Norden mit dem Süden, ſondern hebt auch mit ihren Schienenſträngen die Scheidung (durch Sümpfe und Steppen) zwiſchen Mittel- und Südrußland auf, welche bisher das weſentlichſte Hemmniß einer gemeinſamen Action der ungeheuern Maſſenkräfte des Reichs war. Der Weg von Petersburg nach Konſtantinopel, während des orientaliſchen Kriegs von Kurieren nur ſelten in $8^1/_2$ Tagen durchmeſſen, ſchrumpft dadurch ſelbſt für Armeen auf etwa vier Tage zuſammen. — Ein wichtiges Anhängſel dieſer Hauptlinie iſt die Moskau-Niſchnijnowgorod-Bahn. Die Privatinduſtrie hat bereits die Conſequenzen gezogen, welche vom ſtrategiſchen Gedanken damit angebahnt wurden, indem ſie daran die rieſenhaften Projecte einer Bahn knüpfte, welche erſt am Amur ihr Endziel finden ſoll. — Die zweite Hauptlinie zieht von Petersburg über Pſkow, Dünaburg, Wilna, Warſchau gegen die öſterreichiſche Grenze, indem ſie in die bereits gebaute Warſchau-Krakauer Bahn einläuft. — Die dritte Linie endlich verbindet, von Orel oder Kurſk ausgehend, über Mohilew und Witebsk laufend und bei Dünaburg die erſtgenannte Hauptlinie kreuzend, Moskau mit Warſchau, während ihr Ende bei Libau die offene Oſtſee erreicht. Wenn ſchon in nichts weiter, ſo läge in der Rückſichtsloſigkeit dieſer Grundlinien gegen Odeſſa und Riga, alſo gegen die bisherigen Hauptverbindungspforten des ruſſiſch-europäiſchen Verkehrs an dem Schwarzen Meer und der Oſtſee der klarſte Beweis, daß neben den ſtrategiſchen Gründen das Gewicht der nationalökonomiſchen kaum in Betracht

kam. (Feodosia und Libau sind fast niemals längere Zeit vom Eis blockirt, also jederzeit zum Krieg disponibel.) Wenigstens konnte die Erfüllung dieser Rücksichten, d. h. der Bau der eigentlichen Handelswege, der Privatindustrie überlassen werden. Dagegen wird Rußland nach Vollendung des Schienenwegs mit seiner gesammten Macht auf jeden Punkt innerhalb seiner Sphäre fallen können, was ihm vorläufig unmöglich ist. Dadurch stellt sich ein durchaus neues Verhältniß zwischen der russischen Wehrkraft und derjenigen der andern Großmächte her; die numerischen Werthe jener stehen dann den entsprechenden Zahlen der andern Armeen gleich. — Von den drei Hauptlinien kann nun diejenige von Petersburg über Warschau gegen die österreichische Grenze als die aggressive bezeichnet werden, während die beiden andern, ineinander verschränkt, vorzugsweise der Defensive Nachdruck geben, obgleich die offene Kehle, welche ihr Kreuzungswinkel bei Dünaburg gegen Ostpreußen kehrt, durch den Niemen ebenfalls zu einer Angriffsbasis wider Preußen wird. Indem Preußen sich beeilte, einen Staatsvertrag herzustellen, welcher die Herstellung einer Dünaburg-Königsberger Bahn stipulirte, zog es die Aggression gewissermaßen in sein Land hinein.

Allerdings hat jedoch das russische Eisenbahnsystem auch seine friedliche Seite, und aus diesem Gesichtspunkte betrachtet ist sein Ausbau sogar ein wichtigerer Grundbau der innern Umgestaltungen, sowie der Verähnlichung Rußlands mit Europa, als selbst die dereinstige Emancipation der Leibeigenen. Um jedoch diese Bedeutung des Bahnsystems richtig zu würdigen, muß man zwischen dem heutigen Rußland und dem, was es dereinst werden kann, genau unterscheiden. Die friedlichen Ziele der russischen Eisenbahnen verweisen auf das verheißene Rußland, ihre strategische Bedeutung besitzen sie so gut in dieser, wie in jeder andern Zukunft. Bisher war Rußland nach seiner Handelsstellung blos ein weiter Hinterraum des

vom Handel bewegten, vom Verkehr durchkreuzten europäischen Centrums und Westens. Der Welthandel stand mit Rußland fast blos an den Küstensäumen in directem Wechselverkehr, und zwar fast mehr noch wegen des Mangels genügender Verbindungen im Binnenlande, als wegen des Prohibitivsystems. Tritt mit dem Ausbau der Eisenbahnen ein liberales Zoll- und Handelssystem in Kraft (wozu heute wenigstens die Anfänge vorhanden sind), so verwandelt sich, vermöge der geographischen Lage des Reichs, dieser abgeschlossene Hinterraum in ein großes Passageland des Welthandels. In nordsüdlicher Richtung wird es der kürzeste Verbindungsweg nicht blos zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer, sondern auch zwischen den Küstengebieten beider, zwischen Nordeuropa mit der Türkei und Persien bilden; in westöstlicher Richtung wird es aber zum directesten Vermittler zwischen den dichtestbevölkerten Erdbreiten, zwischen den 200 Millionen Europas und den 3 — 400 Millionen Chinas. In solcher Weise stellt es die continentale Hälfte jenes Verbindungsgürtels um die Erde her, dessen maritime Hälfte Amerika immer mehr in seine Hände bekommt, sobald erst der Osten und Westen der Union durch directe Eisenbahnen verbunden sind. Zugleich erscheinen, neben der commerziell günstigen Lage, Rußlands klimatische, Boden- und Bevölkerungsverhältnisse wohl dazu angethan, daß es mit seinen Rohproducten für die beiden größten Sammelplätze der Menschheit, zwischen denen es liegt und für deren Bevölkerungsmassen ihre eigene Rohproduction immer weniger ausreicht, zur Vorrathskammer im ausgedehntesten Sinne werden kann.

Vornehmlich wird aber durch das Eisenbahnnetz die Uebersrickung des Reichs mit einem Culturnetz hergestellt, während heute die Culturentwickelung gleichsam nur seine Säume besitzt, im Innern des Reichs dagegen blos an einzelnen, inselgleichen Menschensammelplätzen zu weiterer Entfaltung ge-

langt. Allein die Ausbreitung des Culturlebens muß nothwendig, wie in allen dünnbevölkerten Eisenbahnländern, fadenartig, längs der Eisenschienen stattfinden, während die in den Lücken und außer der Sphäre des Bahnsystems gelegenen Landbreiten zurückbleiben. Dadurch, daß längs der Schienen viele städtische Knotenpunkte anwachsen und zur Blüte kommen, bereitet sich innerhalb der russischen Bevölkerung voraussichtlich ein ganz neues Verhältniß vor. Der dritte Stand, welchen das Regierungssystem neben dem Adel und dem Bauern kaum beiläufig ins Auge faßte, findet hier die materielle Garantie einer selbständigen Zukunft, wenn dieselbe auch voraussichtlich eine ganz andere als die des germanischen Bürgerthums sein wird. Jedenfalls erwächst damit allmählich eine ganz neue Potenz im Staate. Hiermit bereitet sich ein Kampf zwischen Regierenden und Regierten vor, welcher beiden bis auf das Lebensmark gehen wird. Denn während die Regierung mit der Emancipation der Leibeigenen ungeheuere Massenkräfte zu ihrer unbedingten Verfügung gewinnt und die Zwischenmacht des Adels paralysirt, wird sie natürlich die mit den Eisenbahnen erreichbare Möglichkeit einer immer straffern administrativen Concentration auch auf das materielle, ökonomische Gebiet zu übertragen streben. Eine selbständige und zahlreiche Städteentwickelung bildet jedoch dazu, ihrem innersten Wesen zufolge, den schroffsten Widerspruch. Es handelt sich also in letzter Instanz darum, ob das Selbstherrscherthum es über sich vermag, sein Grundprincip zu Gunsten eines Gewährenlassens selbständig und dampfbeflügelt vorwärtseilender Gesellschaftsentwickelungen zu beschränken, oder ob es, die Pflicht seiner Selbsterhaltung über alles stellend, sich von dem neuen System durch einen ungeheuern Rücksprung loszusagen versucht.

Diese Alternative steht freilich noch in sehr weitem Felde. Menschlicher Berechnung zufolge müssen selbst nach Vollendung

des Eisenbahnsystems noch manche Menschenalter vorübergehen, ehe sie zur brennenden Frage wird. Für jetzt kommt nur die materielle Zukunft Rußlands durch die vermehrten und beflügelten Communicationen in Betracht. — Der Staat hatte nicht falsch gerechnet, indem er seinerseits blos die großen Grundlinien des europäischen Netzes zur Ausführung bestimmte. Die Privatspeculation bittet unablässig um Concessionen zur Ueberstrickung der Lücken innerhalb der gezogenen Hauptlinien, sowie zu deren nach Osten fast ungemessener Fortführung. Vorläufig sind sie aber, und zwar namentlich innerhalb der europäischen Sphäre, ebenfalls eines der Einflußmittel der Regierung. Denn unter dem gegenwärtigen Staatsmechanismus kann kein mit dem „Allerhöchsten Willen", ja schon mit der Machtvollkommenheit der hohen Bureaukratie collidirendes Interesse sich mit irgendwelcher Energie geltend machen, wenn es nicht befürchten will, sich bei den Concessionsertheilungen, bei den Specialbestimmungen des Bahnbaues u. s. w. gewissermaßen zur Strafe zurückgesetzt zu sehen. Dies kann vorkommendenfalls ganze Gouvernements ebenso gut treffen wie einzelne Districte. Denn noch ist in der russischen Verwaltung die Herrschaft des objectiven Nützlichkeitsprincips keineswegs zu so absoluter Macht gelangt, um nicht in jedem concreten Falle mit sogenannten politischen Rücksichten Abrechnung zu halten. Namentlich kann der Grundadel, welcher nach den bereits erlittenen Verlusten und mit den durch die Emancipation bevorstehenden Einbußen, zu besserer Verwerthung seines Besitzes und seiner Production ganz vorzugsweise auf die Eisenbahnhoffnungen gewiesen wird, nicht daran denken, irgendwie als Gegner der Vervielfältigung und Beschleunigung der Communicationen aufzutreten. Er muß, weil er selber der Eisenschienen zu nothwendig für seine materielle Existenz bedarf, ohne Widerstreben auf denselben eine sociale Zukunft heranziehen sehen, welche allen seinen Traditionen und Sonder-

intereſſen noch mehr widerſpricht als die einfache Freilaſſung der Leibeigenen. Denn die Städter, welche er in ihrer Geſammtheit als „Handelsleute“ geringſchätzt, werden mehr oder minder dieſe Zukunft beherrſchen. Sie werden allerdings großentheils aus den Freigelaſſenen hervorgehen, welche vielleicht noch eine Zeit lang keine weitern Befugniſſe fordern, als heute den Städtern gewährt ſind; ein ebenſo ſtarkes Contingent ſtellen jedoch ſicher dereinſt auch Beamtenſöhne, ausgediente Soldaten, ärmere Mitglieder des Geſchlechtsadels, kurz Elemente der ſogenannten „exemten Klaſſen“. Und dieſe ſind es, welche, ganz abgeſehen von den Anſprüchen ihrer beſſern Bildung, ſehr bald als Patriciat gleichberechtigt neben den Adel treten werden, ſodaß dieſer als Stand verſchwindet, wenn er nicht vorher neue ſocialpolitiſche Vorrechte errang. Dies iſt jedoch blos denkbar durch Umgeſtaltung ſeiner Vererbungsherkömmlichkeiten, durch Herſtellung von Majoraten und Fideicommiſſen, durch die Conſolidirung feſtgeſchloſſener Ritterſchaften, welche auf dem ungetheilten großen Familienbeſitz ruhen. Die Vorbedingungen dafür müſſen jedoch ebenfalls noch geſchaffen werden, nachdem der Grundadel den früher von Nikolaus gegebenen Anregungen zu ſeiner feudalen Conſolidirung durch großen geſchloſſenen Grundbeſitz keine Folge geleiſtet hat. Und die Strömungen der heute angebahnten ſocialen Reformen, welche gerade auf die Begünſtigung des kleinen Grundbeſitzes hinzielen, erſcheinen nicht danach angethan, eine derartige Geſtaltung der Dinge zu fördern, welche an ſich im ſlawiſchen Naturell, wie in dem daraus hervorgegangenen Erb- und Familienrechte keine Begründung vorfindet. Welche Maßregeln auch das Zarenthum ergreifen möge, um die neuen Lebensentwickelungen heranreifen und ſeiner eigenen Macht doch nicht über die Hand wachſen zu laſſen, ſo viel ſcheint ſich bereits als evident herauszuſtellen, daß es nirgends daran denkt, in den Geſchlechts-

und Grundaristokratien eine Stütze seiner Zukunft zu suchen, wogegen es freilich auch eine immer mehr zunehmende Verähnlichung der russischen Lebens- und Gesellschaftsverhältnisse mit den nordamerikanischen um so weniger zu hindern im Stande sein wird, je consequenter es auf den bisher kundgegebenen Reformprincipien beharrt.

Doch kehren wir von diesen zukunftpolitischen Betrachtungen zu dem heutigen Stande der Eisenbahnangelegenheiten zurück. In der ersten Zeit kam es der Regierung offenbar am meisten darauf an, die Privatspeculation, welche ihre Linien auf das gouvernementale, der Grande société des chemins de fer russes überlassene Schienennetz begründete, nicht erkalten zu lassen. Man begünstigte die massenhaft einlaufenden Concessionsgesuche in jeder Weise und gestattete mindestens die Voruntersuchungen fast ausnahmlos. So sah man im Sommer 1858 bereits an Privatpersonen oder Gesellschaften concessionirt die Bahnen: Riga-Dünaburg, Moskau-Rjäzan-Saratow*), Orel-Kiew-Braclaw-Odessa und Braclaw-Brody, Rybinsk-Blagow (Station der Petersburg-Moskauer Nikolausbahn), Odessa-Mazakow (Station der Moskau-Feodosiabahn), Dubow-Kolatschew (von der Wolga nach dem Don). Außerdem bestanden die Projecte zur Schienenverbindung der Wjätka und Wytschedga, des Salzsees Elton mit der Wolga (Astrachan), der Nishgorodbahn mit dem Amurgebiet und des Schwarzen Meeres mit dem Kaspischen. — Je mehr sich jedoch die Concessionsgesuche häuften, während zugleich erlangte Concessionen wieder unbenutzt gelassen blieben, desto mehr erkannte die Regierung, daß eine Regelung

*) Die Moskau-Saratow-Bahngesellschaft wurde im August 1859 als Actiengesellschaft mit einem Kapital von 45 Millionen Silberrubel concessionirt, für welches der Staat 4½ Procent Zinsen auf 80 Jahre garantirt. Wir kommen darauf bei Darstellung der Finanzverhältnisse ausführlicher zurück im Abschnitte „Die Gegenwart. 1859—1860".

der Speculationsprojecte durchaus nöthig werde, da das Departement der Communicationen dem Andrange der an dasselbe gestellten Forderungen nicht ausreichend zu entsprechen vermochte. So entstand gegen Ende 1858 (Ukas vom 30. Dec.) ein Eisenbahncomité „für vorgängige Beurtheilung wichtiger Maßnahmen in Bezug auf die Privateisenbahnen". (Präsident: Graf Nesselrode, Mitglieder: der Finanzminister, der Dirigent des Communicationswesens, Reichsrath Graf Stroganow I., Geheimrath von Meyendorf, Generalquartiermeister von Lieven, die Ingenieurgenerale Gerstfeld und Totleben, die Generale Timaschew, Melnikow, Jasikow und Kerbeds.) Das Comité kann sachverständige Personen behufs specieller Erläuterungen zu seinen Sitzungen heranziehen, doch nehmen dieselben an den eigentlichen Berathungen keinen Theil. Die berathenen Angelegenheiten werden je nach der Natur derselben ins Ministercomité gebracht oder dem Kaiser zur Begutachtung vorgelegt. Die Berathungsgegenstände werden nach Bestimmung des Hauptdirectors der Wegecommunicationen oder infolge von den Vertretern der Privateisenbahnen an denselben gerichteter Petitionen vor das Comité gebracht.

Die Gefahr eines allgemeinen europäischen Kriegs, welche das erste Halbjahr 1859 beherrschte, ließ auch in Rußland die Eisenbahnspeculation nicht unberührt. Einige Projecte tauchten allerdings noch auf, doch vernahm man nichts von neuen Concessionirungen, und im Publikum wurde selbst behauptet, das Comité sei mit seinen weitläufigen Formen und der Verschleppung der vorgelegten Fragen ein wesentlicher Hemmschuh der frischen Entwickelung des Privateisenbahnwesens. Darüber dürfte wol erst später ein bestimmtes Urtheil festzustellen sein. Auffallender muß dagegen der langsame Fortschritt der Arbeiten im Bahnsysteme der Grande société des chemins de fer russes erscheinen. In der Generalversammlung der Actionäre am 28. Juli 1859 lieferte

der Bericht über den augenblicklichen Stand des Unternehmens folgende Hauptergebnisse: 1) Von Petersburg bis Pskow, 257 Werst, die Bahn vollendet und die Fahrten eröffnet; 2) auf allen übrigen Stationen der Petersburg-Warschauer Bahn, 785 Werst, die Arbeit gefördert und die Eröffnung der Fahrten auf den 1. Sept. 1861 angesetzt; 3) die Zweigbahn von der Station Landowo nach der preußischen Grenze, 160 Werst, im Bau begriffen; 4, 5, 6, 7) für die Bahnen Dünaburg-Libau, Orel (Kursk)-Dünaburg, Moskau-Archangelskaja, Archangelskaja bis zum Fluß Orel sind erst Recherchen unternommen; 8) vom Fluß Orel bis zum Dorf Heidelberg sind Projecte verfaßt; 9) von Heidelberg nach Feodosia sind Baucontracte abgeschlossen; 10) auf der Linie Moskau-Nischnijnowgorod, 409 Werst, wird überall gebaut und soll die Eröffnung bis Wladimir am 1. Juli 1860, auf der ganzen Bahn am 1. Juli 1861 stattfinden. Im ganzen sind also fertig und befahren 257 Werst, im Bau 1661 Werst, projicirt 689 Werst, noch in Voruntersuchung etwa 1220 Werst.

Beiläufig sei hier auch erwähnt, daß im Sommer 1858 für folgende Linien regelmäßige Dampfschiffahrten concessionirt waren: zwischen Petersburg und Odessa, auf dem Weißen Meer, der Nordwina, Suchena, Wologda, dem See Kubenskoi, der Porosowitza, Schaksna, Wolga, dem Don, der Kama und Wjätka. Indessen sind auf mehreren dieser Gewässer erst noch wirkliche Fahrstraßen zu reguliren, ehe ein Schiffsdienst hergestellt werden kann. — Die Telegraphen erstreckten sich Ende 1859 über 13600 Werst.

Die Eisenbahnangelegenheit hier übersichtlich zusammenzufassen und mit momentaner Hintansetzung der gleichzeitig fortschreitenden übrigen Neugestaltungen bis auf die Gegenwart fortzuführen, erschien nothwendig, weil eben diese Entwickelung,

mehr selbst als die Bauernemancipation, den rothen Faden bildet, welcher mit allen Zukunftsplanen auf allen Lebensgebieten unauflöslich verflochten ist. In der Eisenbahnfrage, darf man wol sagen, pulsirt recht eigentlich das Herzblut des russischen Werdens, ohne Eisenbahnen ist es in der angebahnten Weise undenkbar. — Die wichtigen und demonstrativen Aenderungen im petersburger Cabinet, von denen der Friedensabschluß bezeichnet war, haben uns indessen, indem wir die absorbirenden Arbeiten und die Gedankenwelt anzudeuten suchten, denen gleichzeitig die russische Nation überlassen war, auch sonst dem streng synchronistischen Gange des äußern Staatslebens voraneilen lassen. Jetzt kehren wir denn wieder dahin zurück.

Dieselbe Ungewißheit über die Zukunft und eine noch überschwenglichere Fülle der Erwartungen, wie in der russischen Nation, harrte auch in Polen der Krönung entgegen. Nur ruhte sie hier auf andern Voraussetzungen, ebenso wie ihr großentheils andere Ziele vorschwebten. In Rußland hatte dem Kaiser Alexander II. von vornherein nicht blos bei der reactionären altrussischen Partei, sondern auch bei vielen progressiven Elementen der Nation das Vorurtheil entgegengestanden, daß er westeuropäischen Anschauungen zugeneigt, jedenfalls aber einer gleichen Geltung des nationalen Russenthums im Staatsleben, wie es bisher stattgefunden, entschieden abgeneigt sei. Gerade daran knüpften dagegen die Polen ihre größten Hoffnungen. Man würde deren Stellung zu Rußland, wie sie sich seit der Revolution allmählich entwickelt hat, überhaupt falsch beurtheilen, wenn man die Phantastereien der in England und Frankreich einheimisch gewordenen Emigration für den in der nationalen Aristokratie des Königreichs herrschenden Geist nehmen möchte. Und die Aristokratie bleibt eben in Polen das einzige politisch lebendige Element, wenn auch gewisse sociale Bewegungen in tiefergestellte Be-

völkerungsschichten herabsteigen, aber weder stark genug sind, um sich selbständig zur Geltung zu bringen, noch klar genug, um sich nicht bei gegebener Gelegenheit durch illusorische Verheißungen für die aristokratischen Zwecke ausbeuten zu lassen. In der großen Masse der sarmatischen Aristokratie gilt nun bereits seit dem Ende der vierziger Jahre kein Gedanke mehr als praktisch, welcher auf die Wiederherstellung eines völlig souveränen Polenstaates abzielt; doch vollends nicht in den politisch unmündigen Massen, welche unter der nachrevolutionären Herrschaft des Kaisers Nikolaus, deren Gewaltmaßregeln ausschließlich gegen den Adel, Halbadel (Slachtiza), das Bürgerthum und die Juden gerichtet waren, sich relativ sogar besser als früher befunden haben. Dagegen schieden sich die Intelligenzen allmählich in zwei Lager. Im einen, worin die bürgerlichen und kleinadelichen Elemente überwiegen, erwartete der materielle Vortheil seine bessere Befriedigung vom Aufhören aller Scheidewände zwischen dem Königreich und Rußland; dies Lager hatte sich vornehmlich seit der Aufhebung der russisch-polnischen Zollgrenze verstärkt und Fürst Paskiewitsch-Erivanski genoß hier großes Vertrauen, selbst eine gewisse Popularität. Das andere, man darf es im allgemeinen das hochadeliche nennen, hielt allerdings seine Familien- und Nationaltraditionen fest, aber nicht in speciell-sarmatischem, sondern mehr in panslawistischem Sinne. Viele von seinen Elementen hatten positiv ihren Frieden mit Rußland gemacht, einen Frieden mit dem Nachgedanken, daß Rußland die Massen, der sarmatische Hochadel aber die leitenden Persönlichkeiten zur Herstellung des großen Slawenreichs der Zukunft stelle. Dieser Adel drängte sich selbst an den Hofhalt des Fürsten-Statthalters, während dagegen die Landesbeamten meistens aus dem niedern Adel und den bürgerlichen Schichten hervorgingen.

Es erkennt sich selbst aus diesen flüchtigen Andeutungen

leicht, daß und wie beide Parteien trotzdem doch in dem Wunſche zuſammenkommen konnten, daß Polen, unbeſchadet der materiellen Union mit Rußland, wieder ein Vicekönigreich unter einem Großfürſten werde. Daß unter Nikolaus eine derartige Geſtaltung der Verhältniſſe und der mit ihr erhoffte Einfluß des ariſtokratiſchen Polenelements auf die petersburger Politik nicht zu erwarten ſtand, daran hatte man ſich allmählich gewöhnt. Dagegen waren dieſe Hoffnungen und Wünſche beim Thronwechſel ſofort wieder mit drängender Ungeduld auf die Tagesordnung des öffentlichen Geiſtes oder doch ſeiner ariſtokratiſchen Vertreter in Polen geſetzt worden. Die Zeitumſtände und Verhältniſſe trafen auch ſo günſtig zuſammen, wie kaum ſeit Jahren. Alexanders milder Charakter ließ hoffen, daß er mit der Strenge der bisherigen Herrſchaftsprincipe auch in Bezug auf Polen nicht übereinſtimme; Großfürſt Konſtantin konnte ferner für unbequem am petersburger Hofe gelten und hätte mit dem polniſchen Vicekönigsthron eine Stellung erhalten, von welcher der bei ihm vermuthete Ehrgeiz ſicherlich befriedigt geweſen wäre; Fürſt Paskiewitſch war ein hochbetagter Greis und litt außerdem an einem Uebel (Magenkrebs), welches ſeinen nahe bevorſtehenden Tod verbürgte. Ueberdies hatte es ein glücklicher Zufall gewollt, daß gerade in der letzten Zeit verhältnißmäßig viele Offiziere polniſchen Stammes in dem ruſſiſchen Kriegsheer ſich rühmlich hervorgethan hatten. Zudem mußte Oeſterreichs drohende Stellung an den polniſchen Grenzen für Rußland wol eine Veranlaſſung erſcheinen, um das Königreich durch Gewähr ſeiner Wünſche beſonders feſt an das ruſſiſche Intereſſe zu feſſeln, ſelbſt wenn man es vorläufig nur gering anſchlug, daß Kaiſer Alexander II. im Thronbeſteigungsmanifeſt mit dem Hinweis auf Alexander I. indirect auch an die polniſchen Traditionen ſeiner Herrſchaftsperiode erinnert hatte.

In diesen Aufschwung zuversichtlicher Erwartungen brachen jedoch so schwere und massenhafte Unglücksfälle herein, furchtbare Ueberschwemmungen, allgemeine Misernte, die Cholera, eine grausenhaft verheerende Viehseuche, daß, solange noch der Krieg dauerte, in solchen materiellen Nöthen — ganz abgesehen von den decimirenden Rekrutirungen — alle politischen Zukunftgedanken wieder weit zurückgewichen waren. Erst als am fünfundzwanzigsten Jahrestage der polnischen Erhebung (29. Nov. 1855) eine partielle Amnestie für gewisse Kategorien der dabei entfernter Betheiligten erlassen wurde, erwachten sie von neuem, indem man in jenen Maßregeln die Vorläufer nicht blos eines vollständigen Vergebens und Vergessens, sondern auch der umfassendsten Reformen des Staatslebens erblickte. Der Mensch glaubt so gern, was er wünscht! So ließ sich denn der polnische Adel seine Hoffnungen auch nicht dadurch beirren, daß dem Fürsten Paskiewitsch (gest. 1. Febr. 1856) der Fürst Peter Gortschakow als Statthalter folgte (13. Febr.). Man wußte freilich recht wohl, daß er der altrussischen Partei angehört, allen Reformen entgegen und speciell kein Freund der polnischen Aristokratie ist. Doch sogar sein schroffes Auftreten, die Kälte und Gemessenheit, womit er alle Annäherungen von sich fern hielt, den Abweis, womit er jeder polnischen Anregung zu gewissen Reformen in der Verwaltung begegnete, nahm man für Anzeichen, daß er seine Stellung selbst blos als transitorisch betrachte. Namentlich glaubte man sich darin durch die eiserne Strenge bestärkt, womit er sofort nach seinem Regierungsantritte gegen die Beamtencorruption vorschritt, weil man sie als eine Purification betrachtete, welche einer folgenden Oberleitung neue Werkzeuge ohne Vergangenheit übergeben wolle.

Der pariser Congreß war überdies nicht dazu angethan, Polen noch irgendetwas von Frankreich oder England hoffen zu lassen. Für Italien, für Montenegro, für Serbien, für

die Rumänen hatten die Cabinete von London und Paris zärtliche Sorgfalt, aber für Polen nahm niemand das Wort. So sah sich dieses ausschließlich auf Petersburg gewiesen und so schien der Adel soeben auf dem Punkte zu stehen, förmliche Wallfahrten nach der Newaresidenz zu organisiren, als das Gerücht von des Kaisers nahe bevorstehender Ankunft in Warschau denselben ein Halt gebot.

Wirklich folgte der kaiserliche Besuch dem Gerüchte so unmittelbar auf dem Fuße (21. April 1856), daß die gewöhnlichen Vorbereitungen in Lazienski kaum beendet und die beabsichtigten Empfangsfeierlichkeiten kaum getroffen werden konnten. Sofort wurden auch sämmtliche Adelsmarschälle zur Audienz befohlen. Mit den Worten: „Ich bringe Ihnen Vergessenheit des Vergangenen", trat der Kaiser in die Versammlung und schnitt die vorbereiteten Begrüßungsreden ab. Eine umfassende Amnestie werde dies thatsächlich bekunden, fuhr er weiter fort, dann aber fügte er bei: „Es ist durchaus nothwendig, daß unsere Stellung klar (nette) sei. Ich bin deshalb verpflichtet, Ihnen zu sagen, daß Sie nach meiner festen Ueberzeugung nicht anders glücklich werden, als wenn Polen in gleicher Weise wie Finnland sich an die große Familie, welche das russische Reich bildet, anschließen wird. Ich bin ferner davon durchdrungen, daß auch das Regierungssystem meines in Gott ruhenden Vaters nur jenes Ziel, nämlich Ihr Glück zum Zwecke hatte. Ich werde mich bestreben, die Verwaltung des Landes zu verbessern und ich werde Sie mit der gleichen Liebe wie die Russen umfassen, d. h. als meine Kinder; allein unter einer Voraussetzung: daß die Träumereien aufhören!" Darauf lobte und verdankte der Kaiser speciell die Tapferkeit der polnischen Offiziere und Soldaten in der Krimarmee, schloß jedoch die Rede mit der abermaligen Mahnung: „Keine Träumereien!"

In ähnlichem Sinne wurden auch die Deputationen anderer

Stände beſchieden, und wenige Tage nachher war der Kaiſer faſt ebenſo überraſchend wieder abgereiſt, wie er gekommen. Der verheißene Amneſtie-Ukas, welcher alle politiſchen Flüchtlinge aus den Jahren 1830/31 umfaßte, erfolgte im Juli. Danach waren die Geſandtſchaften im Auslande beauftragt, die Gnadengeſuche der Emigranten um Rückkehr in die Heimat entgegenzunehmen. Die Bedingungen aber, unter denen dieſelbe erfolgen könne, waren in den Sätzen bezeichnet: „Se. Majeſtät der Kaiſer will das ganze vergangene Leben aller lange verirrten oder ſchuldigen Flüchtlinge großmüthig vergeſſen, mögen dieſelben nun aus dem Königreich Polen oder aus den angrenzenden Provinzen des Kaiſerreichs ſtammen; er erklärt ſich in Gnaden bereit, die Unterwerfung derſelben anzunehmen und ihnen die Rückkehr zu ihrem heimiſchen Herde zu geſtatten, ohne daß ſie ſich daſelbſt irgendwelcher gerichtlichen Verfolgung oder ſonſtigen Unterſuchung zu unterziehen hätten. Se. Majeſtät geſtattet denſelben ferner, daß ſie, einmal zurückgekehrt, wieder eintreten in den Genuß ihrer bürgerlichen Rechte und daß diejenigen unter ihnen, welche ſich während eines Zeitraums von drei Jahren im Lande einer untadelhaften Führung befleißigt, ſodann zum Staatsdienſt zugelaſſen werden, wo ihnen die Gelegenheit geboten iſt, die Aufrichtigkeit ihrer Geſinnungen zu beweiſen, indem ſie ſich dem Lande nützlich machen. Von dieſen Vergünſtigungen ſind nur allein diejenigen Flüchtlinge ausgeſchloſſen, welche durch ihr Benehmen eine unverbeſſerliche Feindſchaft gegen die kaiſerliche Regierung gezeigt haben und in derſelben beharren.“

Während Polen unter dem unmittelbaren Eindrucke der kaiſerlichen Ueberraſchungen die Mahnung: „Keine Träumereien“, günſtiger oder ungünſtiger ausdeutete, erhielt auch

Europa neuen Stoff zum Nachdenken in einer ziemlich deutlichen Demonstration. Gerade in dem Augenblick, als Alexander II. in Warschau verweilte, hatte der König von Preußen seine Schwester, die verwitwete Kaiserin-Mutter, welche „aus Gesundheitsrücksichten" in Begleitung des Großfürsten Michael nach Deutschland kam, an der östlichsten Grenze seines Reichs feierlich eingeholt (in Königsberg, 22. April). Der Tag ihrer Ankunft in Sanssouci (24. April) war ferner von der Erklärung der halbofficiellen berliner „Zeit" bezeichnet, daß Preußen „der Beitritt zu dem (April-) Vertrag allerdings nahegelegt" worden, doch keine „directe Einladung" erfolgt sei. Damit empfing die Oeffentlichkeit das verlegene Schlußwort einer ebenso heftigen als unerquicklichen Debatte, welche von den preußischen Organen erregt worden war, um dem deutschen Publikum zu versichern, daß Oesterreich den Aprilтractat gleichsam hinter Preußens Rücken verhandelt und abgeschlossen habe. Allein dies erst, nachdem von österreichischer Seite jene Anschuldigung mit der officiellen Erläuterung klargelegt worden war, daß die contrahirenden Mächte „Bedenken tragen mußten", Preußen zur Theilnahme an dem Garantievertrag für die Integrität der Türkei „aufzufordern", da, ebenso wie Rußland, „diese Macht im Verlaufe der orientalischen Verwickelungen ihren festen Entschluß kundgegeben und durchgeführt hatte, keinerlei Verpflichtung einzugehen, welche die Freiheit ihrer Action in Zukunft beengen möchte".

An ein blos zufälliges Zusammentreffen jener Entschuldigung des berliner Regierungsorgans mit der Ankunft der russischen Gäste glaubte unter den damaligen Verhältnissen niemand. Zugleich erneuten die ausländischen Organe der russischen Politik, von den preußischen abermals lebhaft secundirt, das Project eines europäischen Fürstencongresses, welcher, schon während des orientalischen Kriegs von Rußland wiederholt angeregt, die Erledigung der internationalen Principfragen aus dem diplo-

matischen Geschäftsgange auf die Bahn der persönlichen Abmachung zwischen den Souveränen lenken sollte. England mit Oesterreich waren dessen consequenteste Gegner gewesen und blieben es auch jetzt; die öffentliche Meinung ganz Europas und namentlich Deutschlands stand zu ihnen. Denn sie sah in dem vorschwebenden Congreß eben blos eine neue Deferenz gegen eine gewisse Suprematie des Zaren und den Wiederbeginn jener unseligen Persönlichkeitspolitik, welche Nikolaus I. bis zum orientalischen Kriege an allen Höfen geübt hatte. Selbst in Frankreich, obgleich dessen imperialistische Presse seit dem Märzfrieden eine Zusammenkunft des Zaren mit dem Napoleoniden ventilirte, wurde die Idee eines Fürstencongresses lebhaft befehdet. In dieser Beleuchtung und unter solchen Umständen überraschte angeblich (29. Mai) Kaiser Alexander II. den berliner Hof. Dieser hatte seit der Ankunft der Kaiserin-Mutter in Rücksicht auf deren leidende Gesundheit in so vollständiger Zurückgezogenheit in Sanssouci residirt, daß der König, seine ganze Zeit und Sorgfalt seiner kaiserlichen Schwester widmend, sogar von seinen nähern Umgebungen ferngehalten geblieben war.

Dagegen begann jetzt plötzlich eine Glanzentfaltung und eine festliche Lebhaftigkeit in den allerhöchsten Kreisen, welche ebenso unmittelbar an die frühern Besuche des Kaisers Nikolaus erinnerte, wie das ganze Auftreten des Kaisers Alexander absichtlich daran mahnen zu wollen schien. Zugleich sammelten sich auf preußische Einladung dieselben deutschen Fürsten um den Kaiser, welche unter Preußens Führung während des orientalischen Kriegs jene Deutschlands Ueberzeugung widerstrebende Bundespolitik eingehalten hatten, deren Ursprung in der bamberger Coalition wurzelte. Die Versammlung erschien um so exclusiver, als nicht nur die Fürstenhäuser Oesterreichs und des Auslandes sich vollkommen fernhielten, sondern auch ihre diplomatischen Vertreter die Pflichten der Courtoisie mit

wenig verhehlter Zurückhaltung erfüllten. Hatte nun schon der gleichzeitige Besuch des Kaisers, der Kaiserin-Mutter und des Großfürsten Michael der Welt bestätigen müssen, daß Rußland der Stellung nicht fremd war, welche Preußen zum gesammten Orientkriege und speciell zum Aprilvertrage eingehalten, so mußte die Fürstenversammlung, welche sich um diese Besuche gruppirte, als Beweis dafür erscheinen, daß der Zar entschlossen sei, seinerseits auch für die Consequenzen dieser Politik einzustehen. Die herbeieilenden Fürsten anerkannten zugleich durch ihre Anwesenheit die Vererbung der von Nikolaus geübten Hegemonie auf Alexander II.; Rußland aber demonstrirte eine Isolirung Oesterreichs in Deutschland und präsidirte zugleich einem gegen den Aprilvertrag gerichteten Fürstencongreß.

Dieser Eindruck trat überall so stark und verletzend hervor, daß Preußens officiöse Organe sich sogar veranlaßt sahen, davon Notiz zu nehmen und wenigstens preußischerseits jede Absichtlichkeit des Congresses, besonders aber seine demonstrative Bedeutung gegen die Aprilallianz in Abrede zu stellen. Auf fürstliche Familienliebe und Verwandtschaftsgefühle ward das Zusammentreffen all der gekrönten Häupter zurückgeführt; das liege so nahe, daß es alle Bemühungen zur Aufsuchung besonderer Motive überflüssig mache. Denn in der That könne „dem diesseitigen Cabinet nichts ferner liegen, als irgendeine demonstrative Handlung gegen die Tripleallianz"; wie es keinen Anlaß gefunden habe, derselben beizutreten, so könne es von ihrer Existenz „weder mit Besorgniß noch Unbehagen" erfüllt werden. Trotzdem blieb natürlich die Demonstration Rußlands eindrücklicher und auffallender, als irgendein formeller diplomatischer Act gewesen wäre, wie er früher ebenfalls intendirt war. Der Besuch des Kaisers am berliner Hofe ergänzte die Andeutungen, welche der petersburger Ministerwechsel gegeben hatte. Er schmeichelte mit

dem fürstlichen Parterre, welches sich dazu versammelte, dem Selbstgefühle Rußlands; er enttäuschte im europäischen Publikum auch die letzten, welche etwa geglaubt hatten, der Thronwechsel in Petersburg habe der deutschen Neutralität wenigstens den Vortheil gebracht, die persönlichen Einflüsse des Zaren auf die mitteleuropäischen Höfe verschwinden zu lassen. Selbst die Gewohnheit des Vaters, seine Abreise von Berlin mit einem verschwenderischen Regen von Orden, Dosen, Ringen und Imperials zu bezeichnen, vernachlässigte Alexander II. nicht, als er nach etwa zehntägiger Anwesenheit direct nach Rußland und zwar im gnadenspendenden Triumphzuge durch die baltischen Gouvernements nach Petersburg zurückkehrte. (Ankunft 11. Juni.) *)

Die Zurückführung der Armee in ihre Friedensquartiere war um diese Zeit noch ebenso wenig beendet als die Heimkehr der Reichswehren. Doch begannen die Wanderströme der Nation allmählich schwächer zu fließen, ihre Ziele zu fin-

---

*) Die verwitwete Kaiserin ging von Berlin nach Wildbad in Würtemberg, wo sie abermals der Mittelpunkt vieler fürstlichen Besuche wurde. Rußlands Familienverbindungen im deutschen Südwesten verstärkten sich bei dieser Gelegenheit ebenfalls, indem durch die Hand einiger erlauchten Frauen die Verheirathung des Großfürsten Michael mit der Prinzessin Cäcilie von Baden so weit vorbereitet wurde, daß der Verlobung blos noch die solenne Einwilligung des gerade an den Höfen von Paris und London verweilenden Großherzogs von Baden fehlte. Bereits vor der Abreise der russischen Gäste zur Krönung nach Moskau konnte dieselbe vollzogen werden (10. Juli). Im October verweilte die Kaiserin nebst dem Großfürsten Michael auf der Reise nach Nizza abermals mehrere Wochen in Cannstadt bei Stuttgart. Nach dem gewohnten Confessionswechsel, bei welchem die Prinzessin Cäcilie von Baden den Namen „Olga" annahm, fand im Sommer 1857 (28. August) die

den. Bis zur Kaiſerkrönung dauerte es etwa noch zehn Wochen. Die europäiſche Preſſe behandelte die Vorbereitungen dazu, beſonders aber die Abordnungen der Staaten und Höfe nach Moskau, die Wahl der Perſönlichkeiten, wie die beſonders gefälligen Eigenſchaften jeder einzelnen für die ehrenvolle Miſſion, mit ſo beredter Ausführlichkeit und ſelbſtgefälliger Wichtigkeit, daß der ruſſiſche National- und Zarenſtolz ſich derzeit vollkommen befriedigt erklären konnte. Die Nachwirkungen der Kaiſerreiſe nach Deutſchland ließen ſich namentlich in den Organen der verſchiedenen Preßbureaux nicht verkennen. Dagegen ſchien ſich das officielle Intereſſe der petersburger Regierung nach des Kaiſers Rückkehr ganz gefliſſentlich von den auswärtigen Beziehungen wegzuwenden und für die Vorbereitungen der „Uebergangsepoche" im Innern alle Aufmerkſamkeit ausſchließlich zu ſammeln. Vom Miniſterium der Volksaufklärung, deſſen Reſſort fortwährend als eine Lieblingsſphäre der perſönlichen Thätigkeit des Kaiſers bezeichnet wurde, ergingen um dieſe Zeit die erſten Plane zur Reorganiſation der Volksſchulen. Ein Ukas erklärte ferner die Mediciner jüdiſchen Glaubens, deren freiwillige Dienſte in der Armee allerdings hochwillkommen geweſen waren, fortan

---

Vermählung in Petersburg ſtatt. — Die nächſten Verwandtſchaftsverhältniſſe des ruſſiſchen Hofs mit den ſüdweſtdeutſchen Fürſtenhöfen ſind jetzt folgende: Kaiſer Alexander II. iſt mit der Schweſter des regierenden Großherzogs von Heſſen vermählt, ſeine Schweſter Olga iſt die Gemahlin des Kronprinzen von Würtemberg, ſein Bruder Michael Gemahl der Schweſter des regierenden Großherzogs von Baden. Der regierende König von Würtemberg iſt Witwer einer Tochter des Kaiſers Paul I., der regierende Herzog von Naſſau Witwer einer Tochter des verſtorbenen Großfürſten Michael; die Großfürſtin Helene, Schweſter des Kaiſers Nikolaus, iſt Witwe eines Bruders des regierenden Königs von Würtemberg, die Großfürſtin Marie, Tochter des Kaiſers Nikolaus, Witwe des Herzogs von Leuchtenberg, wodurch wenigſtens eine indirecte Verſchwägerung des ruſſiſchen und bairiſchen Hofs beſteht.

für anstellungsfähig im Staatsdienst, womit abermals eines der Principe des Kaisers Nikolaus verlassen wurde. Die Ernennung des ehemaligen Kriegsministers, Fürsten Dolgoruky, zum Chef der dritten Abtheilung der Geheimkanzlei des Kaisers (Graf Benkendorffs, dann Orlows frühere Stellung) schmeichelte zwar der nationalen Aristokratie, ließ dagegen das Publikum darin die Versicherung sehen, daß die Geheimpolizei nicht mehr jene allmächtige Rolle spielen solle wie früher, und jedenfalls einen würdigern Charakter annehmen werde als in den letzten Jahren, während welcher General Dubelt (Orloffs Adjunct) die Oberleitung so ziemlich selbständig geführt hatte. So traten auch sonst noch manche Maßregeln und Erscheinungen zu Tage, welche in verschiedenen Lebenssphären auf das Gewährenlassen einer freiern Bewegung hindeuteten, ohne doch geradezu feste Principe dafür aufzustellen. Immer blieb also alles auf die kaiserliche Gnade, ja man könnte vielleicht sagen, auf ein glückliches Ungefähr gestellt, welches im allgemeinen allerdings das Vertrauen befestigte, daß die Regierung auch den Consequenzen der von ihr verkündeten Entfaltung der productiven Kräfte freie Bahn geben werde, jedoch jedes einzelne Interesse, welches sich zur Geltung bringen wollte, zugleich zu äußerster Vorsicht, zur strengsten Beobachtung aller loyalen Rücksichten, ja zu einer Aufmerksamkeit und Gefälligkeit für die ausgesprochenen oder vermutheten Wünsche des Gouvernements nöthigte, wie sie unter dem befehlshaberischen Regiment des vorigen Kaisers im großen Publikum desto unbekannter gewesen, je mehr des Zaren nächste Umgebungen und die Staatsmächtigen darin aufgegangen waren.

Fast gleichzeitig mit der Ernennung Dolgorukys zum Chef der Gensdarmerie erfolgte die wirkliche Berufung seines ehemaligen Adjuncten, Generals Katenin, als Generalgouverneur von Orenburg und Samarah. Dabei verkündeten die Blätter, er gehe dorthin, um die Ausdehnung der russischen Herrschaft

nach Mittelasien — gegen Indien — zu sichern, welche von dem seit dem unglücklichen Zuge gegen Khiwa fast verschollenen Grafen Wassil Perowski erobert worden sei. Erst jetzt erfuhr man es beinahe, daß Rußland, während es auf dem orientalischen Kriegsschauplatze all seine Kräfte concentrirt zu haben glaubte, im Herzen Asiens seinem natürlichen Rivalen, England, siegreich näher gerückt war. Bereits 1853 hatte nämlich Perowski nach jahrelangen Vorbereitungen, durch Eroberung der Festung Akmetschet (nachher Perowski genannt), den Khan von Kokan gedemüthigt und besonders das obere Flußgebiet des Syr-Darja unterworfen. Dies war dadurch erreichbar, wie angeblich auch bedingt worden, daß in den vorhergehenden Jahren von der Festung Raim (nachher Aralsk) aus, am untern Syr-Darja, längs der Nord- und Ostküste des Aralsees, sowie im Thale des Jaxartes russische Einwanderer und Colonisten die Ureinwohner verdrängt hatten. Damit war nunmehr der lange bestrittene Karavanenweg von Orenburg bis zum Aralsee (750 Werst) in russischem Besitz und der Khan von Khiwa bereits von russischer Nachbarschaft bedroht. Aber das Jahr 1854 sollte sich für Mittelasiens Schicksal noch entscheidender gestalten. An der Spitze von 170000 Mann drang Perowski abermals gegen Khiwa vor, dessen Beherrscher, erschreckt von den Ereignissen der vorhergehenden Jahre, dem Heere Gesandte entgegenschickte, mit denen der russische Feldherr einen Vertrag abschloß, wonach der Khan den „allmächtigen Zaren" als seinen Oberherrn anerkannte und ihm „das Recht des Kriegs und Friedens, das Gesetz über Leben und Tod, sowie die Bestimmung über Handelsstraßen und Handelstarife auf ewige Zeiten" zugestand. Daran nicht genug, residirt fortan am Hofe von Khiwa auch noch ein russischer Gesandter, stehen an der Spitze der Armee des Khans zehn russische Oberoffiziere, ist den Russen gestattet, Kasernen im Lande zu bauen (im Gebiet

Ugendſch, weſtlich von der Hauptſtadt), worin ruſſiſche Truppen garniſoniren und welche ſich natürlich raſch genug als ebenſo viel Forts enthüllen werden. Jenes furchtbare Khiwa, welches einſt eine ganze ruſſiſche Armee verſchlang, jenes wichtige Khiwa, welches ſo unmittelbar an Perſien und Afghaniſtan grenzt, war alſo jetzt bereits ein ruſſiſches Lehnreich.

Dort ſollte nun Katenin, von deſſen Entfernung aus dem Kriegsminiſterium die nationale Ariſtokratie ſich noch vor kurzem ſo ſehr gekränkt gefühlt, Rußlands aſiatiſche Plane weiter verfolgen; und Perowski ſelbſt hatte es ſich als Gunſt erbeten, ſeinen Nachfolger in die Geheimniſſe ſeiner Entwürfe, wie in die Mittel zu ihrer Durchführung einzuweihen. Konnte nun Rußland jetzt ſchon eine Armee von Orenburg durch die Kirgiſenſteppe nach dem Aralſee und von da längs des Oxus nach demjenigen Theile Centralaſiens dirigiren, worin es dereinſt mit Nachdruck auftreten will, ſo blieb kein Zweifel, daß jeder Conflict in den indiſchen Grenzlanden, in Afghaniſtan oder in Herat, fortan den Charakter eines ruſſiſch-britiſchen Entſcheidungskampfes um die centralaſiatiſche Herrſchaft annehmen müſſe. Während der nationale Stolz ſich in dieſen Erfolgen berauſchte, bejubelte es die altruſſiſche Partei, daß gerade einer ihrer Lieblinge berufen war zu der unumſchränkten Macht auf derjenigen Grenzbreite, wo man Großbritannien dereinſt am ſchmerzlichſten die Kataſtrophe von Sebaſtopol, die Zerſtörung der tſchernomorskiſchen Flotte und die Bombardements in der Oſtſee zu vergelten gedenkt.

Wie die öffentliche Meinung Rußlands derartige Dinge aufzufaſſen pflegt, handelte es ſich dabei auch gar nicht etwa um eine noch ferne Zukunft, deren Geſtaltungen ſelbſt die Macht des „weißen Zaren“ keineswegs gebietend beſtimmen kann. Turan beugt ſich dem Willen des Zaren, er hat zu befehlen, ob die Grenzmarken ſeines Reichs am Hindukuſch

oder am Oxus abzustecken seien — triumphirte bereits jetzt die russische Presse. Dies klang im Publikum wider, als dürften die russischen Heersäulen nur klingenden Spiels ihren Einzug in Indien halten. Warum sollte nun die Regierung angesichts der Zarenkrönung diese Selbstverherrlichung des Nationalstolzes dämpfen? Ihr konnten gerade jetzt solche Stimmungen nicht nur für diesen feierlichen Augenblick, sondern auch für die bevorstehenden Reformen blos willkommen sein. Und daß sie auch in Wahrheit die oben angedeuteten Eventualitäten vorbereitend im Auge hielt, ist hier wenigstens mit einigen Worten zu erwähnen. Durch Khiwas Unterjochung ist Innerasiens uralte Haupthandelsstraße, die einzige Verbindung der südasiatischen (indischen) Welt mit dem asiatischen Norden, in russischem Besitz, damit der fernern Ausbreitung des britischen Binnenhandelsverkehrs ein Damm entgegengestellt. Aber Rußland handelt in der Ueberzeugung, daß die indischen Grenzlande zum Schauplatz großer politischer Entscheidungen bestimmt sind. Darum begnügt es sich nicht mit jener oben bezeichneten Militärstraße von Orenburg nach Centralasien; es könnte auf ihr blos die immerhin beschränkte Truppenmacht der orenburger Linie nach dem Kampfplatze dirigiren. Es mußte auch die Möglichkeit suchen, für die transkaukasische Armee, ja für die Truppen seiner europäischen Kernlande einen Weg nach Hochasien zu bahnen. Bis zum Kaspischen Meere führen die Dampfer der Wolga, Astrachan wurde die kolossale Werft einer kaspischen Flotille, welche bereits unvollendet den See allein beherrschte, nachdem Persien keine bewaffneten Schiffe mehr halten durfte und Astrabad an der südöstlichen Ecke des Wasserbeckens eine russische „Flottenstation" geworden war. Seit dem Ende des orientalischen Kriegs wurde aber diese selbe Flotte verdoppelt. Von Astrabad nach Herat, eine Strecke von 100 Meilen, führt der Weg, von den Turkomanenstämmen vielfach bedroht, durch

das wüstenreiche Khorasan. Diese Räubervölker einzuschüchtern war bereits 1851 ein Kriegszug unternommen worden und gerade als vor der Krönung die Aufmerksamkeit nach Hochasien gelenkt war, las man auch von neuen, umfassendern Operationen am Atrek und Gurgan, also in den Landbreiten zwischen Astrabad und Herat. Daß sie nicht ohne Erfolg gewesen, bezeugte später (Anfang 1858) eine große „wissenschaftliche" Expedition, welche „unter starker militärischer Escorte" von Baku nach Astrabad abging, um Khorasan, Herat, das Thal des Hilmend oder Helmund, womöglich bis Kaadhahar im Herzen Afghanistans zu durchforschen. Wissenschaftliche Expeditionen der Russen in Asien sind aber seit Peter I. und namentlich seit Anfang dieses Jahrhunderts stets die Vorläufer russischer Occupationen gewesen. Sollte die Durchforschung der Salzwüsten Khorasans eine andere Bedeutung haben, als die Ermittelung der geeignetsten Militärstraße von Astrabad nach Osten, der zweiten Militärstraße russischer Heersäulen nach Indiens Nordbreiten? Ließ nicht der indische Aufstand gegen Englands Herrschaft den Moment besonders geeignet erscheinen für Rußlands Festsetzung an Persiens Grenzen, für ein Wachsthum seines Einflusses in den indischen Grenzländern? Rußland mag vorläufig keinen Grund haben die Entscheidung zu beschleunigen, aber es wartet gezückten Schwertes an Englands Achillesferse; seine Vertrautheit mit Indiens Grenzländern erleichtert ihm die Möglichkeit, in jedem gegebenen Momente hier Conflicte anzuzetteln und Verlegenheiten aufzuwirbeln, welche Großbritannien nöthigen auf die Erhaltung seiner indischen Herrschaft so außerordentliche Kraftanstrengungen zu wenden, daß unterdessen seine Politik auf andern Gebieten vollkommen gelähmt wird. Darin begründet sich die Gefahr für Europa, welche von Rußlands asiatischen Erfolgen bedingt ist, und die russische Presse hat unter Alexander II.

keinen Augenblick aufgehört, der Nation die asiatischen Erfolge auch unter diesem Gesichtspunkte zum Bewußtsein zu bringen.

In jenem Momente, von welchem wir ausgingen, in den Wochen vor der Kaiserkrönung, mochte man sich im Publikum dieser Consequenzen freilich noch nicht bewußt sein. Die indische Revolution brach ja auch erst ein Jahr später aus. Allein es berauschte schon das Nationalbewußtsein, daß der Zar den Kampf gegen den verhaßtesten der Feinde, wenn auch vorläufig blos indirect, in voller Siegeszuversicht wieder aufgenommen, noch ehe der diplomatische pariser Friede stipulirt war. Zugleich sah sich die Feindseligkeit gegen England auch auf nähern und bekanntern Gebieten befriedigt. Murawiew I., der Sieger von Kars, hatte vor seinem Abzuge dies „Gegenpfand für Sebastopol" zerstört, ohne daß Englands Flotte es zu hindern vermochte. Bald nach des Kaisers Heimkehr von Deutschland war ferner bekannt worden, daß die Machtbefugnisse dieses Statthalters von Kaukasien erweitert worden seien, damit derselbe die Operationen gegen die ebenfalls von England unterstützten Gebirgsvölker nach Aufhebung des Waffenstillstandes (Mai 1856) mit neuer Kraft und nach einem umfassenden Plane wieder aufnehme. Allerdings gelangte er nicht zur Ausführung dieses Auftrags. Denn noch vor der Krönung wurde er abberufen und durch den Fürsten Bariatinsky ersetzt. Allein schon vor seiner Ankunft in Petersburg war es bekannt, daß seine Berufung in den Reichsrath dem Ausland, welches seine Absetzung und Bestrafung diplomatisch betrieben hatte, den Beweis liefern würde, wie weit die Regierung davon entfernt sei, sein Verfahren zu misbilligen.

Wenn jedoch den extremsten Vertretern des Altrussenthums die ehrenvolle Abberufung Murawiews I. von der kaukasischen Statthalterschaft trotz alledem noch eine allzugroße Concession

an England erschien, so wurde dagegen ihr patriotisches Bewußtsein nicht minder, als ihr nationalaristokratischer Stolz durch die Erfolge geschmeichelt, welche in einem fast gleichermaßen unbekannten Nachbargebiete der russischen Ostmarken, wie dasjenige von Khiwa, gerade in derselben Zeit errungen worden waren, als England, mit dem Kampfe vor Sebastopol beschäftigt, jegliche Lebensbewegung Rußlands nach außen durch seine Blokadegeschwader unmöglich gemacht zu haben meinte. Jenes Nachbarreich ist Japan und der Eroberer der dortigen Erfolge abermals ein altrussischer Aristokrat, der Admiral Ephim Wassiljewitsch Putjatin, dessen Stammbaum bis zu den sagenhaften Zeiten Wladimirs des Großen zurückreicht. Bereits 1852 hatte nämlich Graf Putjatin auf drei Schiffen eine der gewohnten „wissenschaftlichen Expeditionen" nach den chinesischen Gewässern geführt. Dem kleinen Häuflein der Gelehrten fehlte natürlich eine starke militärische Begleitung nicht. Wie es in Rußland gewöhnlich, war die ganze Expedition, welche bei ihrer Abreise überhaupt nur etwa die Geographische Gesellschaft und die Akademie beschäftigt hatte, eine vollkommen vergessene Sache geworden. Wer fragte vollends während des Krimkriegs danach? Wer wußte, wohin der Admiral mit seinen drei Schiffen gerathen? Putjatin aber hatte unterdessen seine wirkliche Aufgabe, welche mit der Flagge der Wissenschaft gedeckt war, unbekümmert um die Vorgänge in der Heimat, festen Schrittes verfolgt. Japan selbst war das unmittelbare Ziel seiner Reise geworden und Nangasaki der Punkt, wo er sofort Verhandlungen mit den Behörden des geheimnißvollen Inselreichs anknüpfte, um dasselbe für Rußlands Handel zu öffnen. Der Abneigung dagegen wurde dann Zeit gelassen, sich zu beschwichtigen. Während die Nordamerikaner ebenfalls an die Pforten Japans klopften und selbst mit deren gewaltsamer Oeffnung drohten, beschäftigte sich die Expedition unter Putjatin, anscheinend

ganz abgewendet, wirklich mit der wissenschaftlichen Erforschung des tatarischen Kanals und der Küsten Mandschuriens. Aber nach wenigen Monaten erschien sie von neuem in Nangasaki, wo unterdessen der Argwohn gegen Amerika den Russen eine weit günstigere Aufnahme vorbereitet hatte. Obgleich jetzt der größte Theil des russischen Geschwaders wegen der überlegenen westmächtlichen Streitkräfte in den chinesischen Gewässern sich nach dem Amur zurückziehen mußte, so blieb doch Putjatin auf Japan zurück und gelangte nach längerm Unterhandeln zu denselben Vortheilen (Vertrag vom 26. Januar 1855), welche der Commodore Perry für die Vereinigten Staaten (1854) erhandelt hatte, d. h. Oeffnung der Häfen Simoda und Hakodade für den russischen Handel und Feststellung der russisch-japanischen Grenze (in den Kurilen). Wie von Nordamerika, so erschien also hier ebenfalls das meerbeherrschende Albion von Rußland überflügelt. Im December 1855 war nun zwar Putjatin auf dem Landwege über Irkutsk nach Petersburg zurückgekehrt und seine Thätigkeit mit dem Grafentitel und andern Auszeichnungen belohnt worden. Aber an die Oeffentlichkeit trat die Größe seiner Erfolge doch erst im gegenwärtigen Moment, da durch Katenins Absendung nach Orenburg überhaupt die Blicke nach dem Osten gelenkt waren und der Graf Putjatin sich soeben abermals aufmachte, um die neuen Verwickelungen Englands mit China zu einer vortheilhaften Regelung der russisch-chinesischen Verhältnisse zu benutzen. Während er den Versuch antrat, als außerordentlicher Gesandter von Kjachta aus durch die Mongolei direct nach Peking vorzudringen, sollte Murawiew III., Generalgouverneur von Ostsibirien, die militärische Oberleitung im streitigen Amurgebiet übernehmen, um von hier aus die diplomatische Sendung zu unterstützen oder deren Ergebnisse sofort in ausgedehntester Weise auszubeuten.

Alle diese Vorgänge nebst den daran zu knüpfenden Con-

sequenzen, so unklar sie auch in ihren Einzelheiten noch heute sind und namentlich bei ihrem Bekanntwerden in Rußland sein mußten, waren doch vollkommen geeignet, auch den letzten Schatten jenes Argwohns zu zerstreuen, als könne Rußlands Machtstellung durch den orientalischen Krieg irgendwie beeinträchtigt oder die Zukunft seiner Entwürfe irgendwo gehemmt worden sein. Im Gegentheil, der patriotische Stolz badete sich förmlich in unerwarteten Befriedigungen und brachte der bevorstehenden Kaiserkrönung auch in dieser Hinsicht eine so gehobene Stimmung entgegen, wie sie ein reformirender Zar nur irgend zu wünschen vermochte. Die Industrie und Speculation sah ihrer Thätigkeit unermeßliche Gebiete erschlossen, und zwar jungfräuliche Gebiete, auf denen so recht aus dem Vollen heraus, ohne Concurrenz der europäischen Culturvölker gearbeitet werden könnte; der Beamtenstand erblickte dort einen Ersatz für die Beschränkung seiner Macht und die Verminderung seiner Geltung, welche etwa im europäischen Rußland von den Reformen und der immer strenger werdenden Beaufsichtigung seines Gebarens bevorstehe; der Besitzadel hoffte dort auf die Möglichkeit einer Fortsetzung der alten Herrschaftsverhältnisse, wenn dieselben in den alten Leibeigenschaftsdistricten von der Emancipation unerträglich gemacht werden sollten. Selbst die Emancipationsfreunde wiesen auf die unermeßlichen Colonisationsgebiete hin, wenn ihnen das Bedenken begegnete, daß die Freilassung der Leibeigenen Rußland mit einem massenhaften Proletariat überfluten werde. Am befriedigtsten jedoch empfand sich die öffentliche Meinung für den Augenblick dadurch, daß gerade England von all den überraschenden Griffen russischer Politik am empfindlichsten berührt und überflügelt erschien. Selbst daß es seinen außerordentlichen Krönungsbotschafter, Lord Wodehouse, unter allen Staaten zuerst sendete (Anfang Juli), blieb in dieser Stimmung nicht unbeachtet und wurde gedeutet, als liege darin

ein gedemüthigtes Eingeständniß der russischen Superiorität.*)

Dazu kam die Kunde von den Missionen, welche sich aus allen Lehnreichen und Nachbarstaaten der asiatischen Grenzen aufgemacht hatten, um bei der Krönung ihre Huldigungen darzubringen, während fast sämmtliche Staaten Deutschlands durch Prinzen von Geblüt sich vertreten ließen, der Kaiser von Frankreich einen zwar nicht legitimirten, aber vertrautesten Verwandten, Graf Morny, abordnete und Oesterreich dem höchsten seiner ungarischen Magnaten, dem Fürsten Paul Esterhazy-Galantha, die Ehrensendung übertrug. Sechs außerordentliche Botschafter, zwölf außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, vier besondere Gesandte, drei Geschäftsträger, im ganzen 106 Personen bildeten überhaupt das diplomatische Corps der europäischen Staaten, welches sich bei dieser Gelegenheit in Moskau versammelte. Man bemerkte es kaum, daß darunter der Vertreter des Papstes fehlte, Fürst Chigi, welcher erst nach der Krönung eintraf.

Es ist hier nicht der Ort, die Krönungsfeierlichkeiten ausführlich zu schildern. Sie füllten ihrer Zeit lange Spalten der gesammten europäischen Presse, fanden jedoch namentlich in Paris eine so liebevolle Behandlung, als wolle man sich im Anschauen des moskauer Pompes für die immer noch ausstehende Krönung des Kaisers der Franzosen entschädigen. Am 17/29. August nachmittags zog Kaiser Alexander II. in Moskau ein. Gefolgt von allen Großfürsten, von der Kai-

*) Lord Wodehouse blieb Gesandter, solange das Ministerium Palmerston dauerte; das Ministerium Derby löste ihn durch Baronet J. F. Crampton ab (März 1858), der auch unter Palmerston-Russel blieb.

serin Maria Alexandrowna und sämmtlichen weiblichen Mitgliedern des Kaiserhauses ritt er in der Mitte einer bunten Armee von Repräsentanten aller Völkerschaften seines Reichs. In seinem Generalstab befanden sich die bereits anwesenden deutschen Prinzen, meistens in russischen Uniformen. Nach dem ceremoniellen Gebete des Kaiserpaars an den Zarengräbern im Kreml wurden die diplomatischen Vertreter der glückwünschenden Staaten empfangen. Die folgenden Tage bis zu dem der Krönung $\left(\frac{\text{26. August}}{\text{7. Sept.}}\right)$ waren von geräuschvollen Festen bald kirchlichen, bald militärischen Gepräges erfüllt, während gleichzeitig die fremde Diplomatie mit dem russischen Hochadel in Entfaltung des verschwenderischsten Gepränges wetteiferte.

Wer erwartete in diesem Momente die Formulirung eines Programms der auswärtigen Politik? War sie überhaupt gerade jetzt erforderlich, so hätte sie nach gewöhnlichem Brauche die Krönung zu ihrem Ausgangspunkt nehmen müssen, wenn nicht vorgezogen worden wäre, die solenne Anzeige von deren Vollziehung an den fremden Höfen mit verbindlichen Phrasen zu begleiten, in denen möglichst wenig gesagt wird. Anders dagegen das Circular vom 2. Sept. 1856. So streng man sich an das Krönungsceremoniell der frühern Zaren hielt, so auffallend ließ dieses Schriftstück die Traditionen des diplomatischen Herkommens beiseite, wonach in der nächsten Umgebung so hoher Feste gewöhnlich alle ernstern Discussionen vermieden werden. Schon diese Abweichung von der geschäftlichen Gewohnheit gab dem Document eine Ausnahmsstellung, die Datirung aus der Krönungsstadt hob es vollends aus der Reihe gewöhnlicher diplomatischer Mittheilungen hervor, die Anwesenheit der großen Schar von Prinzen aus den mittlern und kleinern Herrscherhäusern zu Moskau verlieh seiner manifestartigen Haltung einen besondern Hinter-

grund, während doch seine Erlassung vor dem Krönungstage den Gedanken fernhielt, als erachte Rußland für nöthig, das höchste Ehrenfest seines Kaisers durch feierliche Erklärungen über seine Absichten und Ueberzeugungen, gleichsam durch ein vor dem Ausland abgelegtes politisches Glaubensbekenntniß zu bezeichnen.

Als Veranlassung seines Erscheinens benutzte das Rundschreiben zwei Streitfragen — die noch fortdauernde Besetzung des Piräus durch englisch-französische Truppen und die Einmischung der Westmächte in das neapolitanische Staatsregiment —, bei denen die Aprilalliirten selbst untereinander theils principiell in Meinungsverschiedenheit standen, theils wenigstens in Betreff der Mittel und Wege auseinander wichen. Denn Oesterreich sah, wie genugsam bekannt, die fortdauernde Militärherrschaft der Westmächte vor den Thoren des griechischen Königspalastes keineswegs mit gleichgültigem Auge an und misbilligte selbst entschieden die westmächtliche Interventionspolitik in Betreff des neapolitanischen Regierungssystems. Es stand also mit Rußland in Uebereinstimmung, wenn dieses seine Misbilligung des Verfahrens der Westmächte an beiden Stellen kundgab und befand sich dennoch in der unangenehmen Lage, diese Uebereinstimmung nicht offen bekennen zu können, ohne dem petersburger Cabinet eine Art von schiedsrichterlicher Autorität zuzugestehen. Dagegen mußten alle Staaten zweiten Ranges, wie auch die Principien ihrer innern Politik beschaffen sein mochten, schon darum mit Griechenland und Neapel sympathisiren, weil es sich bei beiden jedenfalls um eine Beschränkung ihrer souveränen Selbstbestimmung durch das aggressive Verfahren stärkerer Mächte handelte; alle Staaten zweiten Ranges mußten also im Eintreten Rußlands gegen eine solche Politik eine indirecte Gewährleistung für ihre eigene Souveränetät erblicken.

Alle diese Umstände waren in dem Rundschreiben wohl

berücksichtigt, ebenso wie jedes Wort seiner Sätze nicht blos der Gegenwart, sondern auch der Zukunft galt. Dabei nahm es überdies gewissermaßen den gesammten moralischen Inhalt des westmächtlichen Kampfes gegen Rußland kritisirend zum Anhaltspunkt seiner Erörterungen, indem es keineswegs seine Zweifel gegen die Wahrhaftigkeit der verfochtenen Grundsätze verhehlte. „Die gegen uns verbündeten Mächte hatten die Achtung vor dem Rechte und die Unabhängigkeit der Regierungen zum Wahlspruch genommen", lautet der Eingang. „Wir wollen hier nicht noch einmal auf eine historische Prüfung der Frage eingehen, bis zu welchem Grade die Haltung Rußlands den einen oder den andern dieser Grundsätze gefährdet haben würde. Es liegt nicht in unserer Absicht eine unfruchtbare (stérile) Discussion anzuregen. Es ist uns vielmehr darum zu thun, dieselben Grundsätze zur Anwendung zu bringen, welche die Großmächte Europas proclamirten, indem sie sich direct oder indirect als unsere Gegner hinstellten, und wir rufen sie um so lieber ins Gedächtniß zurück, als sie niemals aufgehört haben die unserigen zu sein. Wir begehen gegen keine der europäischen Mächte die Ungerechtigkeit, vorauszusetzen, daß es sich damals nur um ein Gelegenheitswort (mot d'ordre de circonstance) gehandelt habe, und daß jetzt, nach beendigtem Kampfe, ein jeder sich berechtigt glaube, ein seinen besondern Interessen und Berechnungen entsprechendes Verfahren einzuschlagen. Wir klagen niemand an, sich jener großen Worte als einer Waffe bedient zu haben, die man augenblicklich nöthig hatte, um dem Kriegsschauplatz eine größere Ausdehnung zu geben, und welche man dann in den Staub des Arsenals werfen kann (qu'on dépose ensuite dans la poussière de l'arsénal). Im Gegentheil, wir ziehen es vor, die Ueberzeugung beizubehalten, daß alle Mächte, welche sich zu jenen Grundsätzen bekannten, es durchaus redlich und aufrichtig meinten (l'ont fait avec une parfaite loyauté et

une entière bonne foi) und daß sie wirklich die Absicht hatten, diese Grundsätze in allen Fällen zur Anwendung zu bringen. Hiervon ausgehend, müssen wir voraussetzen, daß alle Mächte, welche an dem letzten Kriege theilgenommen haben, ebenso wie der Kaiser, unser erhabener Gebieter, die Absicht hatten, den allgemeinen Frieden zum sichern (stable) Ausgangspunkt der Wiederherstellung von Beziehungen zu machen, welche sich auf die Achtung vor dem Rechte und die Unabhängigkeit der Regierungen gründen." Die Wiederherstellung des Normalzustandes der internationalen Beziehungen sei der Zweck des pariser Friedensschlusses gewesen. Aber sei dieser Zweck erreicht? „Ohne auf ein kleinliches Detail in Bezug auf einige Fragen von untergeordneter Bedeutung eingehen zu wollen, sehen wir uns zu unserm Bedauern genöthigt, zu erklären, daß es zwei Mitglieder der europäischen Staatenfamilie gibt, von denen das eine sich noch nicht in seinem Normalzustande befindet, während derselbe in dem andern bedroht ist. Wir sprechen von Griechenland und vom Königreich Neapel." Gegen die Fortdauer der Occupation des hellenischen Gebiets habe sich Rußland seit dem Friedensschlusse fortwährend erklärt. (Als das russische Rundschreiben erging, war aber der Tagesbefehl zum Abzuge der Truppen bereits in der ganzen Presse Europas bekannt.) Was Neapel anbelange, so sei der König „Gegenstand eines Druckes", nicht etwa, weil er irgendeine internationale Vertragspflicht überschritten, sondern „weil er in der Ausübung seiner unbestreitbaren Souveränetätsrechte seine Unterthanen regiert, wie es ihm gutdünkt" (comme il l'entend). Weniger als jemals dürfe jedoch gerade jetzt vergessen werden, „daß die Souveräne ebenbürtig untereinander sind und daß nicht nach dem Flächenraume des Gebiets, sondern nach der Heiligkeit der Rechte eines jeden die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen sich richten". Jede Einwirkung auf die innere Sou-

verânetät, welche über den wohlgemeinten Rath hinausgehe, heiße „sich gewaltsam an die Stelle der Autorität setzen" und „das Recht des Stärkern über den Schwachen proclamiren". Daran halte der Kaiser fest und zwar um so mehr, „als dies dieselbe Doctrin ist, welche diejenigen Staaten, die sich an die Spitze der Civilisation stellen und in denen die Principien der politischen Freiheit am weitesten zur Entwickelung gediehen, niemals aufgehört haben als ihr eigenes Princip in den Vordergrund zu drängen (avancer) und zwar in dem Maße, daß sie es sogar dort zur Anwendung zu bringen versuchten, wo dies nach den Umständen nur vermittelst einer gezwungenen Auslegung geschehen konnte". Diese Ansicht des Kaisers über beide obige Fragen sollten die Gesandten am Orte ihrer Residenz zur Kenntniß bringen. Denn solche „Freimüthigkeit ist ein natürlicher Ausfluß des Systems, welches der Kaiser seit dem Tage, da er den Thron seiner Vorfahren bestiegen, angenommen hat".

Mit dieser Wendung ging jedoch das Rundschreiben auf den offenbar viel wichtigern Zweck seiner Abfassung über, auf die Formulirung des allgemeinen Programms der äußern russischen Politik. Dieser zweite Theil des Actenstücks lautet in wörtlicher Uebertragung: „Dieses System ist Ihnen nicht unbekannt. Der Kaiser will mit allen Regierungen in gutem Einvernehmen stehen. Se. Majestät glaubt, daß der beste Weg hierzu der ist, in keiner derjenigen Fragen, welche mit dem öffentlichen Rechte Europas in Verbindung stehen, seine Gedanken zu verhehlen. Das Bündniß (faisceau) derer, welche lange Jahre hindurch mit uns jene Principien aufrecht erhalten haben, denen Europa einen mehr als fünfundzwanzigjährigen Frieden verdankte, besteht nicht mehr in seiner alten Unversehrtheit (ancienne intégrité). Der Wille unsers erhabenen Gebieters war diesem Ergebnisse fremd. Die Verhältnisse haben uns die volle Freiheit des Handelns wiederge-

geben (nous ont rendu à la pleine liberté de notre action). Der Kaiſer iſt entſchloſſen, vor allem dem Wohle ſeiner Unterthanen ſeine Sorgfalt zuzuwenden und auf die Entfaltung der innern Hülfsquellen des Landes eine Thätigkeit zu verwenden, die ſich nur dann nach außen erſtrecken wird (qui ne serait déversée au dehors), wenn die poſitiven Intereſſen Rußlands es unbedingt erheiſchen. Man wirft Rußland vor, es iſolire ſich und verharre angeſichts von Thatſachen, welche ſich weder mit dem Rechte, noch mit der Billigkeit vertragen, in Stillſchweigen, Rußland ſchmolle (boude). Rußland ſchmollt nicht. Rußland ſammelt ſich (se recueille). Was das Stillſchweigen betrifft, deſſen man uns beſchuldigt, ſo könnten wir in Erinnerung bringen, daß man vor nicht gar langer Zeit eine künſtliche Agitation gegen uns organiſirt hatte, weil wir unſere Stimme jedesmal hatten vernehmen laſſen, wo wir es für nöthig hielten, um das Recht zu unterſtützen. Dieſe Handlungsweiſe, ein Schutz (tutélaire) für manche Regierungen, woraus Rußland ſelbſt keinen Vortheil zog, iſt ausgebeutet worden, um uns eines Strebens nach Gott weiß welcher Univerſalherrſchaft anzuklagen. Wir könnten unſer Schweigen durch den Eindruck dieſer Erinnerung decken (nous pourrions abriter notre silence sous l'impression de ce souvenir). Allein wir glauben nicht, daß eine ſolche Haltung einer Macht geziemt, welcher die Vorſehung den Platz in Europa angewieſen hat, den Rußland daſelbſt einnimmt. — Dieſe Depeſche ꝛc. zeigt Ihnen, daß unſer erhabener Gebieter ſich nicht ſchweigend verhält (ne se renferme pas dans ce rôle), wenn er glaubt, ſeine Meinung ausſprechen zu müſſen. Es wird das in allen Fällen ſtattfinden, wo die Stimme Rußlands der Sache des Rechts nützlich ſein kann, oder wo es die Würde des Kaiſers erheiſcht, ſeine Meinung keineswegs unbekannt zu laſſen (de ne point laisser ignorer sa pensée). Was die Anwendung unſerer materiellen Kräfte be-

trifft, so behält der Kaiser dieselbe seinem freien Ermessen vor. Die Politik unsers erhabenen Gebieters ist eine nationale. Sie ist keineswegs egoistisch, und wenn Se. kaiserliche Majestät die Interessen seiner Völker in erste Linie stellt, so gibt er damit nicht zu, daß selbst die Wahrnehmung dieser Interessen (le service de ces intérêts) eine Verletzung des Rechts anderer entschuldigen könne. Sie sind ermächtigt ꝛc. (Gez.) Gortschakow."

Die Existenz wie der ungefähre Inhalt dieses Rundschreibens, dessen Wortlaut überdies auffallenderweise bereits in der Mitte des September seinen Weg in die Oeffentlichkeit fand, circulirte schon vor dem Krönungsact als Allerweltsgeheimniß in den zu Moskau versammelten vornehmen Kreisen. Man darf nun sagen, es gab in Rußland kein hervorragendes Adelsgeschlecht, welches dort nicht persönlich durch eines seiner Mitglieder vertreten war, jede Gouvernements-Adelschaft hatte außerdem ihren Marschall nebst officiellen Begleitern gesendet, ferner waren alle Armeeabtheilungen durch Deputationen repräsentirt, gleichermaßen die Bürgerschaften der großen Städte und alle sonstigen Corporationen von socialer oder politischer Bedeutung. Konnte wol der nationalen Partei eine größere Befriedigung als durch diese schneidende Kritik des pariser Friedens gewährt werden? Gab es für sie einen höhern Triumph, als daß jetzt genau dieselbe Politik als Friedensprogramm hervortrat, deren Uebung bereits Alexander I. mit geschickten Formen zur ausgebildetsten Herrschaft gebracht hatte und gegen deren plumpe Uebergriffe, wie Nikolaus I. sie vollführte, fast ganz Europa in den orientalischen Krieg gezogen war? Sagte das Programm etwas anderes, als daß die oberste Entscheidung darüber, was europäisches Recht, was nicht, auch fortan unverändert beim Zaren stehe? Die Einmischung Rußlands in alle internationale Streitigkeiten mit seiner Stimme wie mit seinen Waffen blieb

auch ferner ihm allein vorbehalten; und zwar nicht blos, wo es „der Sache des Rechts nützlich sein kann", sondern ebenso wo „die Würde des Kaisers" oder auch „Rußlands positive Interessen" es genehm erscheinen lassen — das heißt, in jedem beliebigen Falle. Dies alles aber nach der Voraussetzung, daß Rußland den Interessen der schwächern Staaten ein unentbehrlicher „Schutz" sei, gleich als ob die Politik aller andern Großmächte von vornherein auf Rechtsverletzungen gegen die minder Mächtigen beruhe! Welches Aussehen gewannen also in dieser Beleuchtung dem russischen Auge die Prinzen, welche jetzt den Kaiser huldigend umgaben, besonders da sie ziemlich dieselben Staaten vertraten, deren Landesherren sich im Mai zu Berlin so eifrig um ihn geschart hatten? Mußte der russische Stolz nicht in ihrer Anwesenheit beim Erlasse dieses diplomatischen Manifestes eine formelle Anerkennung der vasallenhaften Stellung finden, die er ihren Höfen anwies? Dazu ließ das Rundschreiben auch noch durchblicken, daß Rußland, bisher von langjährigen Allianzen zu langmüthigen Rücksichten genöthigt, nunmehr erst, nachdem ihm die Verhältnisse „die volle Freiheit des Handelns wiedergegeben", seinen hegemonistischen Aufgaben sich vollkommen widmen könne. Welch demüthigende Rolle wiesen solche Erklärungen den Großmächten an, deren Botschafter soeben Unsummen zur Verherrlichung der Krönungsfeste verschwendeten, gleichsam um die tiefgefühlte Innigkeit der Glückwünsche zu bewahrheiten, deren Ueberbringer sie waren! Und alle diese Insinuationen schleuderte man der von ihnen vertretenen Politik ins Gesicht, nicht etwa unter Voranstellung des europäischen gemeinsamen Interesses, sondern des „nationalen" d. h. specifisch russischen Standpunktes, welcher deshalb „nicht egoistisch" ist, weil der Kaiser „nicht zugeben wird, daß die Wahrung dieser Interessen eine Verletzung der Rechte anderer beschönigen könne". Um aber den nationalen

Hochmuth nicht blos mit Worten bis zum selbstvergötternden Uebermuth zu berauschen, sondern auch sofort die Stellen zu bezeichnen, gegen welche die Zarenpolitik sich im angedeuteten Sinne zu wenden gedenke, wurden unter den repräsentirenden Krönungsgästen die außerordentlichen Botschafter Englands und Oesterreichs mit einer Kälte behandelt, welche im Zusammenhalt mit den beeiferten Aufmerksamkeiten für den Halbbruder Napoleons III. nahe an beleidigende Zurücksetzung grenzte.

Aber forderte man, indem den Nationalgefühlen Rußlands auf solche Weise geschmeichelt und mit der Demüthigung des Auslandes der etwa noch vorhandenen Oppositionsstimmung der russischen Aristokratie die letzte Schärfe abgestumpft wurde — forderte man nicht zugleich die ernstlichste Gegenrede und entschiedensten Proteste der Großmächte heraus? Die augenblicklichen Verhältnisse waren nicht dazu angethan. Der pariser Friedensvertrag hatte fast alle Ausführungen seiner praktischen Arrangements der entscheidenden Feststellung durch internationale Commissionen anheimgegeben. Bereits jetzt, da diese Arbeiten kaum begonnen, stellte es sich zu schmerzlicher Ueberraschung heraus, welche außerordentlichen Vortheile die französische Friedenshast, indem sie eine solche Abmachung betrieben, dem russischen Interesse in die Hände geliefert. Die russischen Bevollmächtigten waren nicht blos überall mit den Intimitäten der orientalischen Verhältnisse überhaupt und der lokalen Fragen insbesondere genauer vertraut, als die Vertreter der übrigen Conferenzstaaten, sondern fußten auch fast in jedem einzelnen Falle auf einer vor dem Kriege datirenden Vergangenheit und hatten überdies von vornherein mehr oder minder für sich eine Stimmenmehrheit von solchen Staaten (Frankreich, Sardinien, Preußen), deren orientalische Interessen nicht so unmittelbar wie diejenigen Englands, Oesterreichs und der Türkei mit Rußland collidiren. Je näher also auf

allen Seiten die Gefahr lag, daß für die frühern Alliirten selbst der Frieden zur Quelle schwerer Zerwürfnisse werde, desto sorgsamer wachte auf allen Seiten das Bemühen, jede Veranlassung fernzuhalten, welche Rußlands höchst zweifelhaften guten Willen in directen Miswillen verwandeln könnte. Daneben waren die Einleitungen mannichfachster Interessengemeinschaften zwischen Rußland und Frankreich bereits so weit vorgeschritten, daß letzteres sich am wenigsten veranlaßt sehen konnte, mit gereizten Erwiderungen auf das Septembercircular zu antworten; überdies blieb dem pariser Cabinet auch sicherlich nicht unangedeutet, daß die Schärfe der Erklärungen nicht ihm zugewendet sein solle. England sah sich dagegen momentan vom chinesischen Kriege und von der Wiedereinlebung des europäischen Friedens zu sehr in Anspruch genommen, von der (wegen Bolgrad und der Schlangeninselfrage fortdauernden) Occupation des Schwarzen Meeres durch seine Flotte und die Unterstützung der Kaukasusvölker mit Rußland bereits genugsam in Conflict, um neue Verwickelungen wegen bloßer Worte sorgsam zu vermeiden. Oesterreich ferner stand bei der formellen Veranlassung des Circulars, bei der neapolitanischen und griechischen Frage, im Princip auf Rußlands Standpunkt und wußte zu genau, wie sehr dessen Interessen durch die fortdauernde Besetzung der Donauländer beeinträchtigt wurden, um im Namen Europas gegen die Anmaßungen und Drohungen des Rundschreibens das Wort zu nehmen. In Preußen endlich herrschte die Manteuffelsche Politik, deren bedientenhafte Deferenz für petersburger Willensäußerungen selbst jede formelle Rücksicht unnöthig machte. So schwieg das gesammte officielle Europa; und je einmüthiger die unabhängige Presse des Continents wie Englands sich gegen das russische Manifest erhob, als ein desto deutlicherer Beweis der Gebundenheit Europas

gegenüber dem ruſſiſchen Kraftbewußtſein galt dem Nationalſtolze dieſes officielle Schweigen.

Als er dieſe europäiſche Beſtätigung ſeiner Auffaſſung des Septembercirculars empfing, waren die Krönungsfeſte freilich ſchon lange verklungen. Doch während die erſte Kunde von dem Rundſchreiben durch die Bojarenpaläſte kicherte und in den Botſchafterhotels verlegenes Stirnrunzeln hervorrief, da ſchmetterten durch die überreich geſchmückten Straßen Moskaus die Fanfaren des pomphaften Zugs, an deſſen Spitze die Secretäre des dirigirenden Senats den unermeßlichen Volksmaſſen die Krönungsfeierlichkeit ceremoniell auf den 7. September anſagten. Was Aſiens Reichthümer und Europas Verfeinerung, was altzariſche Ueberlieferung und neukaiſerliche Zuthat, was militäriſches Gepränge und bürgerliche Würde, was ſtaatliche Verherrlichung und kirchliche Weihe in ihren Rüſtkammern des Pompes und Prunkes aufgeſpeichert hatten, das ward in unermeßlicher Verſchwendung ſinneberauſchend und geiſtumfangend über dieſen Act ausgegoſſen, um mit allen nur erdenkbaren Attributen, Symbolen und Allegorien die gottähnliche, gleichzeitig weltliche und geiſtliche Majeſtät des Zaren zu umſtrahlen. Dieſe unbeſchreibliche Pracht, welche ſich von der zehnten Morgenſtunde bis zum ſpäten Nachmittage in immer neuen Bildern, Scenen und Ceremonien, unter fortwährendem Dröhnen zahlreicher Batterien, unter unaufhörlichem Geläute der ruſſiſchen Glockenmelodien von den mehr als dreihundert Thürmen Moskaus aus dem Kreml nach der Himmelfahrtskapelle, von da nach der Michaelskathedrale und der Verkündigungskirche, zuletzt wieder in den Kaiſerpalaſt bewegte, hatte den jauchzenden Enthuſiasmus auf die höchſte Spitze getrieben. Indem aber das Krönungsbankett im Thronſaale für die Hoffähigen die Ceremonie ſchloß und dem Publikum noch ein dreiwöchentlicher Feſtrauſch in Ausſicht ſtand, wurden bereits auch die weſentlichen Punkte

des großen Gnadenmanifeſtes bekannt, auf welches die Nation achtzehn Monate in immer höher geſteigerter Spannung geharrt hatte.

Es begann mit dem Danke des Kaiſers für die „ſo denkwürdigen und einmüthigen Beweiſe der Wachſamkeit, Liebe und unerſchütterlichen Treue“ ſeiner Unterthanen während des orientaliſchen Kriegs, als deſſen Ausdruck „allen Unterthanen im Civil- und Militärdienſte, welche an den Ereigniſſen des letzten Kriegs theilgenommen“, eine Denkmünze verliehen ward, zu tragen „je nach dem Reglement“ an den Bändern der höchſten Orden des Reichs. Dieſes Erinnerungszeichen, welches in dem Manifeſt überdies in eine beſtimmte Parallele mit der Medaille der Vertheidiger von Sebaſtopol gebracht war, befriedigte nicht blos den Ehrgeiz oder die Eitelkeit von Hunderttauſenden, ſondern hatte auch eine weſentliche ſociale Bedeutung. Denn das ruſſiſche Geſetz gibt jedem Inhaber eines Ordenszeichens — und die Krimdenkmünze hängt am Bande der höchſten Reichsorden — ganz beſtimmte, den kopfſteuerpflichtigen Ständen außerdem verſagte Rechts- oder Ehrenvortheile. Es darf z. B. die Prügelſtrafe bei ihnen blos nach richterlichem Erkenntniß zur Anwendung kommen. Alle die Leibeigenen oder ſonſt Kopfſteuerpflichtigen, welche irgendwie an dem verfloſſenen Kriege theilgenommen, erfuhren alſo eine übereinſtimmende Verbeſſerung ihrer ſocialen Stellung, eine gewiſſe Emancipation — und man konnte beinahe fragen: wie viele waren überhaupt noch übrig, welche nicht unter irgendeinem Titel auf dieſe neugeſtiftete Medaille Anſpruch erheben konnten? Beſonders da das Manifeſt ausdrücklich ſagte: „Die Krieger, welche ihr Blut für das Vaterland vergoſſen, die Volksmilizen, welche unaufhörlich dem ruſſiſchen Boden entſtiegen, der Klerus, deſſen beredte Sprache und unerſchöpfliche Mildthätigkeit in der Nationalangelegenheit niemals auf ſich warten ließ, der edle

ruſſiſche Adel, der, nach dem Beiſpiele ſeiner Ahnen, ſich wiederum als der erſte in den Reihen durch Wachſamkeit und Hingebung erwies, die Handels-, Fabrik- und Arbeiterklaſſen endlich, welche dem Vaterlande ſo große und ſo rühmliche Opfer brachten — ſie alle haben ein gleiches Recht auf die Anerkennung des Kaiſers." — Dazu traten überdies für weite Landſtriche reelle Begünſtigungen und Immunitäten verſchiedener Art, um „auch die letzten Spuren der allgemeinen wie der privaten Nothſtände, die Rußland mit ſo vieler Würde erduldet hat, zu verwiſchen". Namentlich wurde den Provinzen Taurien, Cherſon, Jekaterinoſlaw, Archangel, den geſammten Küſten der Oſtſee „und im allgemeinen allen Provinzen, welche vorzugsweiſe die Laſt des Kriegs getragen haben", vielfache Befreiungen von Abgaben, Leiſtungen u. ſ. w. zu Theil. Außerdem befreite der Kaiſer „das geſammte Rußland von jeder Laſt der militäriſchen Rekrutirungen und der Aushebung für die Dauer von vier aufeinander folgenden Jahren, wofern nicht, was Gott verhüten wolle, Kriegsnothwendigkeiten dieſer Beſtimmung entgegentreten".

Dieſe Suspendirung der Rekrutirungen empfand ſich natürlich im Adel wie im Volke nach den furchtbaren Menſchenopfern der Kriegsperiode als die höchſte aller denkbaren Wohlthaten. Ohne ſie wäre an keine geordnete Wiederaufnahme der gewohnten Lebensthätigkeiten zu denken geweſen, noch weniger an einen feſten Angriff der von der Friedenspolitik in Ausſicht geſtellten Nationalarbeiten. Bis zu einem gewiſſen Punkte hatte alſo das Ausland vollkommen recht, indem es in ihr eine beſſere Gewährleiſtung der entſchiedenſten Friedensabſichten, als in allen ſchmeichelnden Verſicherungen der ruſſiſchen Parteigänger erblickte. Sicherlich war auch dieſe erwartete Wirkung auf das noch immer und wieder von neuem argwöhnende Ausland nicht ohne Einfluß auf

die Ergreifung der Maßregel geblieben. Denn an dem Mistrauen gegen Rußlands aufrichtige Friedenspolitik ſtießen ſich noch immer alle Verſuche, die ausländiſchen Erfahrungen und Geldmittel zur Betheiligung an den induſtriellen Projecten und Planen theils der Regierung, theils der Privaten heranzuziehen. Selbſt die Verhandlungen wegen der Eiſenbahnen waren durchaus nicht nach Wunſch vorangeſchritten; ebenſo wenig hatten ſich bisher die vom Kriege abgebrochenen Handelsverbindungen wieder regelmäßig angeknüpft oder gar erweitert. Im Gegentheil ſchien die europäiſche Handelswelt, welche für eine Menge von Producten, die ſie aus Rußland zu beziehen gewohnt geweſen war, während des Kriegs nothgedrungen andere, namentlich amerikaniſche Bezugsquellen eröffnet hatte, auch jetzt nicht abgeneigt, dieſe weiter zu pflegen. Denn noch hatte überhaupt der Glaube an einen Beſtand des Friedens keine feſte Wurzel geſchlagen. Aber abgeſehen von der Nöthigung, der außerruſſiſchen Welt eine ſolche Garantie zu bieten, war auch dem ruſſiſchen Staate ſelber die regelmäßige Fortſetzung der jährlichen Rekrutirungen nahezu eine Unmöglichkeit geworden. In einer Reihe von Gouvernements griffen bekanntlich die letzten Aushebungen weit über und unter das geſetzmäßige Alter, um die vom Kriegsbedürfniß erzwungene Menſchenzahl aufzutreiben. Allein eben die Bemeſſung derſelben nach dem Kriegserforderniß hatte dem ſo raſch eingetretenen Frieden, trotz der ungeheuern Menſchenverluſte, doch immer noch eine weit überſchüſſige Maſſe von Soldaten hinterlaſſen. Des größten Theils derſelben entledigte ſich nun der Staat und Staatsſchatz momentan durch Beurlaubungen; gleichzeitig war jedoch die Armee in ihrer innern wie äußern Reorganiſation begriffen; die Elemente, um deren entſtehende Lücken mit bereits einexercirten Leuten auszufüllen, blieben alſo ſtets zur Hand. Abweichend von der frühern Praxis geht nun die Reorgani-

sation (wie weiter unten ausführlicher nachzuweisen sein wird) auf Herstellung eines modificirten Cadressystems. Die Consolidirung eines festgeschulten Heerkerns würde sich jedoch in dieser Uebergangsperiode durch den fortgesetzten Eintritt völlig roher Rekruten nur erschwert haben. So war die vom Volk als höchste Gnade empfangene Rekrutirungssuspension, abgesehen von den finanziellen Vortheilen, dem Staate zugleich eine Nothwendigkeit, deren absolut friedlicher Charakter wenigstens sicherlich nicht überschätzt werden konnte.

In ziemlich genauem Zusammenhang damit stand die ebenfalls angeordnete neue Volkszählung. Als ihren Grund nannte das Gnadenmanifest eine billigere Vertheilung der Kopfsteuer, „die sonst in unverhältnißmäßiger Weise auf gewissen Klassen lasten könnte, deren Zahl mehr oder minder bedeutend durch den Krieg oder ansteckende Seuchen abgenommen hat, wovon gerade sie am meisten getroffen wurden". Auch diese dem Volke gewährte Gunst war zugleich der Regierung eine Nothwendigkeit. Denn die Abnahme der Bevölkerung hatte in manchen Districten einen solchen Grad erreicht, daß die Eintreibung der gesetzmäßigen Kopfsteuer nach den bisherigen Zählungsmaßstäben schon seit mehr als einem Jahre, trotz der communalen Solidarität der Gemeinden und der russischen Executionshärte, geradezu unausführbar geblieben war. Nun hat allerdings der Grundadel in letzter Instanz auch für die Kopfsteuer seiner Unterthanen einzustehen. Allein er befand sich infolge der Kriegsopfer ebenfalls meistens außer Stand die übernommene Gewährleistung zu erfüllen, während Zwangsverkäufe der Privatgüter den Staat, bei dessen Creditkassen das gesammte Grundeigenthum außerordentlich tief verschuldet ist, selbst am schwersten betroffen haben würden. Und wer hätte bei den Ganten als Käufer auftreten sollen? Der Adel befand sich jetzt nicht in dem Verhältniß dazu. Ebenso wenig die leibeigenen Gemeinden,

denen allerdings schon durch Nikolaus das Recht verliehen ist, in solchen Fällen das Land, auf dem sie angeschrieben sind, käuflich zu erwerben. Ueberdies wären jetzt weder Adeliche noch Gemeinden geneigt gewesen, Landgüter zu erwerben, da vor den einen die Wahrscheinlichkeit der Bauernemancipation drohend stand, während die andern sie verstanden, als werde sie ihnen den Grundbesitz schenken. Die Regierung selbst befand sich aber gleichfalls in der materiellen Unmöglichkeit, große Güterankäufe zu machen. Ausschließlich Speculationskäufer würden sich also eingestellt haben, und sie wären in jeglicher Beziehung für die socialpolitischen wie die nationalökonomischen Reformplane die wenigst vortheilhaften Grundherren geworden. Dagegen mußte der Regierung, wenn sie für das Emancipationswerk, wie für jede sonstige Reformthätigkeit wenigstens statistisches Material besitzen wollte, vor allem daran liegen, wieder eine genaue Uebersicht theils der Summe der gesammten Bevölkerung, theils der numerischen Verhältnisse der Kopfsteuerpflichtigen (d. h. Leibeigenen, freien Bauern und niedern Bürger) zu den sogenannten „exemten Klassen" zu gewinnen. Ja man mußte selbst, um zu einem halbwegs sichern Ergebniß zu gelangen und nicht in gleichem Maße wie früher durch allerhand Hinterlisten getäuscht zu werden, sich zu einem weitern Schritt entschließen, zur Durchstreichung der bisher aufgelaufenen Steuerschulden. „Ueberdies verfügt Se. Majestät — heißt der betreffende Satz des Manifestes —, daß verschiedene rückständige Steuern, deren Gesammtbetrag sich auf nicht weniger als 24 Millionen Silberrubel beläuft, sowie die Geldstrafen denen huldreich erlassen werden sollen, welche dafür aufzukommen haben." Gleichzeitig war gerade dieser Nachlaß bei allen Krönungen und sonstigen freudigen Ereignissen im Kaiserhause traditionell. Diesmal aber schenkte der Staat, trotz des kolossalen Belaufs der Summe, eine Schuld, deren Eintreibung ihm, wie erwähnt,

unmöglich blieb oder deren Erhebungskosten mindestens den Rückstandsbetrag weit überstiegen hätten.

Wendeten sich jedoch die genannten Gnadenerweise unmittelbar den großen Massen zu und berührten erst mittelbar, infolge des Leibeigenschaftsverhältnisses, den Adel gleichfalls, so bezog sich dagegen zunächst die gänzliche Aufhebung der vom Kaiser Nikolaus fast bis zur Unerschwinglichkeit gesteigerten Paßsteuer vorzugsweise auf die vornehmern Klassen. Doch fiel damit zugleich, während natürlich blos die Steuer genannt war, die Absonderung der intelligentern Elemente Rußlands von Europa. Der Principwechsel bezeichnete also das Wesentlichste des Ukases. Dieses Moment der Aufhebung bisheriger Scheidungen sprach sich denn auch für das Innerleben des Reichs weiter darin aus, daß für den Adel der westlichen Gouvernements, welchem infolge der polnischen Revolution der Eintritt in den Staatsdienst wesentlich erschwert gewesen war, fortan alle Ausnahmsbedingungen fortfielen. Endlich wurden die Juden, welche bekanntlich blos in den westlichen Gouvernements wohnen dürfen, von den besondern Rekrutirungslasten befreit, welche der unter Nikolaus herrschende Bekehrungsfanatismus als eines der tausend quälenden Mittel benutzt hatte, um sie in orthodoxe Convertiten zu verwandeln.*) Nicht minder wohlthätig erschien es zuletzt, daß „die Kinder von Soldaten, Matrosen u. s. w., welche während der Dienstzeit ihrer Väter geboren wurden und bisher der Armee angehörten, fortan ihren Aeltern zurückgegeben werden; auch soll es ihnen gestattet sein, in Verhält-

*) Früher waren schon die jüdischen Mediciner für anstellungsfähig erklärt worden, später wurden die Verordnungen aufgehoben, welche den Juden selbst den temporären Aufenthalt in russischen Städten untersagt hatten. Im Jahre 1859 wurde ihnen der Eintritt in die erste Kaufmannsgilde mit allen bürgerlichen Rechten derselben zugestanden.

nisse einzutreten, in die sie zu treten wünschen", d. h. ihren Beruf nach eigener Wahl zu ergreifen, jedoch ohne daß fürderhin der Staat ihre Ernährung und Erziehung übernimmt. Abgesehen davon, daß die ganze Gruppe der hiermit beseitigten Maßregeln fortwährend unter die härtesten Anklagen gegen das russische Regierungsprincip gehört hatte, war auch ihre praktische Ausführung, trotz aller anbefohlenen Strenge, doch immer blos zur Quelle tausendfacher Betrügereien, Bestechungen und Umgehungen geworden, welche die Existenz der Verordnungen für jeden illusorisch gemacht hatte, der die Geldmittel besaß und die Seitenwege ging, um von der Corruption der Beamten seinen Nutzen zu ziehen. Bereits im Jahre 1857 bezeugten die russischen Zeitungen, daß der zuletzt erwähnte Passus des Gnadenmanifestes den Staat der Kosten für den Lebensunterhalt von 80000 Personen entbunden hatte.

Noch bleiben endlich die Amnestien zu erwähnen. Was jene für nichtpolitische Verbrecher betrifft, so hielten sie sich in den bei allen Krönungen herkömmlichen Grenzen und vervollständigten blos einige bereits bei der Thronbesteigung ausgesprochene Milderungen. Dagegen dehnten die politischen Amnestien das den Polen verkündete Princip des Vergebens und Vergessens auf das ganze Reich aus. Der darauf bezügliche Satz des Manifestes — dessen Bestimmungen überdies später noch durch einzelne Ergänzungsukase nach den verschiedensten Seiten erweitert wurden — lautete folgendermaßen: „Was die politischen Verbrecher anbelangt, und zwar sowol jene, die den zu verschiedenen Zeiten in Rußland entdeckten geheimen Gesellschaften angehörten, als jene, die bei dem polnischen Aufstande von 1831 betheiligt waren, so verfügt der Kaiser bezüglich einiger, daß ihr Los an den Orten ihrer Verbannung selbst bedeutend gemildert werde, bezüglich anderer, daß sie ermächtigt werden, sich in

den innern Provinzen des Reichs niederzulassen, und bezüglich des Restes, daß sie ihre volle Freiheit erhalten, mit der Erlaubniß, nach Belieben ihren Aufenthaltsort in allen Städten des Reichs sowol, als des Königreichs Polen zu wählen, mit Ausnahme der zwei Hauptstädte Moskau und Petersburg. Endlich geruht der Kaiser, um seiner Milde das Siegel aufzudrücken, allen begnadigten politischen Verurtheilten ihre Adelsrechte zu bewilligen, ebenso ihren ehelichen Kindern, die seit der Verurtheilung ihrer Aeltern geboren wurden, gleichviel ob diese todt sind oder sich noch am Leben befinden." Schon dieser letzte Satz bezeugt, daß die politischen Amnestien vorzugsweise dem Adel zu gelten hatten, auch wenn man sich nicht speciell daran erinnern möchte, daß in die Militärverschwörung von 1825 die Mitglieder von mehr als hundert der vornehmsten Bojarengeschlechter verwickelt waren und die polnische Revolution fast keine einzige hervorragende Familie des Königreichs übrig gelassen hatte, ohne deren Häupter in die Verbannung zu stoßen. Der Staat aber konnte das Princip der Unversöhnlichkeit, welches Kaiser Nikolaus mit eiserner Consequenz aufrecht erhalten, um so unbedenklicher fallen lassen, als er keinerlei Gefahr dabei lief. Im allgemeinen waren die Bestrebungen, durch welche die Begnadigten zu Verbrechern geworden, von der neuen Gestaltung der Dinge fast in Vergessenheit versenkt; der größte Theil der Amnestirten stand ferner in einem Alter, in welchem die Wiederaufnahme der frühern Unternehmungen nicht entfernt zu erwarten war; bei der Heimkehr endlich tritt ihnen eine ganz neue Generation, eine so veränderte Sachlage entgegen, daß ihnen schwerlich gelingen könnte, ihren frühern Einfluß wieder zu gewinnen, selbst wenn man auch davon ganz absehen möchte, daß die Hervorragendern jedenfalls einer genauen Beaufsichtigung unterworfen bleiben. Immerhin mag jedoch nicht in Abrede gestellt werden, daß gerade die politischen

Amnestien und namentlich ihre nachfolgenden Erweiterungen an erster Stelle nicht von Geboten staatskluger Berechnung dictirt, sondern als unmittelbarster Ausdruck einer versöhnenden Milde des Herrschers erschienen. Man darf sagen, sie waren die einzige Gunst des Gnadenmanifestes, welche mit der Vergangenheit absolut abschloß, ohne bestimmten Zwecken der bevorstehenden Reform unmittelbar zu dienen. In diesem Sinne bildeten sie also kein politisches Moment des neuen Rußland, und vielleicht eben darum ließ sich auch ihr moralischer Eindruck auf die Bevölkerung nicht mit demjenigen gleichermaßen umfassender Gnadenacte in Mitteleuropa vergleichen. *)

Es versteht sich von selbst, daß in der russischen Presse jede einzelne Gabe des Gnadenmanifestes ihre glorreichste Verherrlichung fand. Bis zum Ende des Jahres wurden auch die Ausführungsukase für die meisten der getroffenen

---

*) Gegen das Ende des September 1856 wurde das moskauer Manifest auch in Polen verkündet. Die politischen Amnestien desselben fanden durch mehrere Ukase des Jahres 1857 ihre Vervollständigung. Der eine derselben erschien am 29. April, der andere und wichtigere am 5. December. Er hob namentlich die Güterconfiscationen und Vermögenssequestrationen für die Begnadigten auf. Bis Ende 1857 schätzte man die Zahl der infolge der Begnadigungen nach Polen zurückgekehrten Exulanten auf 1500. Von den nach Sibirien verbannten Polen und Russen machte dagegen eine nicht geringe Anzahl gar keinen Gebrauch von der Erlaubniß zur Rückkehr, andere kamen blos zurück, um ihr Vermögen in Empfang zu nehmen und dann wieder nach der östlichen Heimat zu gehen, welche bekanntlich vielen beschwerlichen Ordnungsgesetzen des übrigen Reichs nicht unterworfen ist und durch das neu entfaltete Leben am Amur, sowie durch die Oeffnung Chinas denen, welche mit den dortigen Verhältnissen bekannt sind und sie zu benutzen wissen, einen größern und raschern Gewinn in Aussicht stellt, als er vorläufig im europäischen Rußland möglich erscheint. In den Jahren 1858 und 1859 wurde selbst die Anstellungsfähigkeit gewisser Kategorien der polnischen und russischen Amnestirten wiederhergestellt, hülfsbedürftigen Exulanten wurden Geldunterstützungen zur Heimreise gewährt u. dgl. m.

Anordnungen erlassen. Jede einzelne Bevölkerungsklasse, soweit sie davon berührt war, erhielt also momentan ein neues Interesse, eine Beschäftigung in ihrem besondern Lebenskreise. Dennoch ließ es sich keineswegs verkennen, daß der größte Theil des Publikums dem Manifest mit vorschnellen Erwartungen vorausgeeilt war und — wenn man es so nennen will — vom Gegebenen eine gewisse Befriedigungslosigkeit empfand. Denn von den Unsicherheiten über die von der Regierung beabsichtigten organischen Reformen, als deren Entschleierungsmoment fortwährend die Krönung bezeichnet gewesen war, hatte keine ihre Lösung gefunden. Die vollkommene politische Unbildung, welche kaum eine Ahnung hat von all den umfassenden Vorbereitungen, Berathungen, Einleitungen, die jedem organisirenden Zarenbefehl vorangehen müssen und in der kurzen Frist seit dem Frieden kaum begonnen haben konnten, trieb tagtäglich neue Gerüchte von dieser oder jener Entscheidung empor, um sich natürlich immer von neuem aufs Warten gewiesen zu sehen. Ein Unterschied zwischen ehemals und jetzt trat jedoch bezeichnend hervor und war der Regierung von wesentlicher moralischer Unterstützung. Wenn ehemals irgendeine wichtigere Maßregel als bevorstehend verlautet hatte, so wußte man auch, falls sie nachher wieder aus der officiellen Presse oder dem Gespräche verschwand, daß sie überhaupt aufgegeben blieb. Man hatte z. B. auch unter Nikolaus kurze Eisenbahnechauffements, Emancipationsbegeisterungen, Volksunterrichtsbewegungen u. dgl., ja sogar Anläufe zu Hoffnungen auf Reformen im Beamtenstaat durchgemacht oder gewissermaßen durchmachen müssen, aber dann ebenso plötzlich wieder alles bergessen und begraben, wenn die Strömung von obenher ihre Richtung änderte. Darin war bereits ein gewaltiger Umschwung eingetreten. Es gab jetzt schon, wenn auch keine öffentliche Meinung im westeuropäischen Sinne, so doch gemeinsame Interessen der Be-

ſprechung, ohne daß jedes geſprochene Wort davor beben mußte, am andern Tage von einer Ladung vor die Polizei gefolgt zu ſein. Das Publikum hielt an ſeinen Erwartungen und Hoffnungen feſt, und zwar nach ruſſiſcher Art, gar nicht aus Oppoſitionsluſt, ſondern im guten Glauben an den conſequenten Willen der oberſten Staatsleitung, die directen und indirecten Verheißungen zu wirklichem Vollzuge zu bringen. In dieſer Stimmung wurden denn auch alle einzelnen Maßregeln, welche gegen die Fortdauer des bisherigen Ganges der Dinge auf die Tagesordnung traten, wie lauter directe Vorbereitungen der großen Zukunft des Heils aufgefaßt, und die etwaigen Klagen der unmittelbar Betroffenen, gerechte wie ungerechte, verſanken ungehört in der allgemeinen Zuverſicht. Die Regierung aber mußte allerdings gerade im Kreiſe ihrer Organe, in der Beamtenwelt, den bisherigen Gnadenacten die energiſchſte Strenge folgen laſſen. Die Wiedereinführung des Friedensſtandes hatte in einer Menge von Gouvernements ſo ungeheuere Misbräuche der Amtsgewalt aufgedeckt, daß wahre Monſtreunterſuchungen durch alle Klaſſen der Tſchinowniks ſchritten und natürlich die eingreifendſten Veränderungen im Perſonalbeſtand zur Folge hatten. Noch übler ſtellten ſich aber die Zuſtände in der militäriſchen Beamtenhierarchie heraus. Die Geſammtſumme der von Intendanturen und ſonſtigen Verwaltungsſtellen der eigentlichen Kriegsſchauplätze verübten Unterſchleife und Betrügereien wurde nach beendeter Unterſuchung auf mehr als hundert Millionen Silberrubel angegeben, und es kann bereits aus dieſem Betrage, um welchen es ſich handelte, auf die unendliche Verzweigung der Mitſchuld wie der Unterſuchungen geſchloſſen werden.

Aber auch in den höhern Verwaltungsregionen waren langjährige Vernachläſſigungen gutzumachen, Proviſorien zu beenden, Departements zu completiren u. ſ. w. So wurde

(Sept.) Fürſt Scheremetjew zum Miniſter der Reichsdomänen ernannt; ſo überkam Graf Adlerberg, ſeit 1852 Miniſter des kaiſerlichen Hauſes und zugleich des Poſtweſens (nach dem Tode des Grafen Perowski), interimiſtiſch das Portefeuille der Apanagen, wogegen das bisher ſo unorganiſch mit dem Hausminiſterium vereinigte Departement der Poſten in der Perſon des Geheimraths Prjaniſchnikow ſeinen ſelbſtändigen Dirigenten erhielt (Nov.).*) Auch die Reorganiſationen im Heerweſen ſchritten weiter; ab und zu verlautete dieſes und jenes von den Neugeſtaltungen in der Marine, welche Großfürſt Konſtantin ins Werk ſetzte; ſelbſt vom Kaukaſus kamen neue Thätigkeitsberichte — kurz dem Publikum wurden fortdauernd die verſchiedenartigſten Intereſſen geboten, ohne daß ſeine concentrirte Aufmerkſamkeit auf einem beſtimmten Punkte zu haften vermochte.

Dabei genoß die periodiſche Preſſe, welche mit dem Hoffnungsaufſchwunge der Nation eine große Menge von Blättern belletriſtiſch-belehrenden Charakters emporgetrieben, in der Beſprechung ausländiſcher Zuſtände und Verhältniſſe eine bisher ganz unbekannte Freiheit. Je unabhängiger von gouvernementalen Einflüſſen dieſelbe aufzutreten ſchien, während ſie doch die Regierung theils direct, theils durch die Präventivcenſur vollſtändig in den Händen hielt, deſto leichter war es, diejenigen Bevölkerungsklaſſen, welche überhaupt leſen, alſo unter ruſſiſchen Bildungsverhältniſſen im allgemeinen die gebildetern Schichten, vollkommen in die gewünſchten Anſchauungen hineinzugewöhnen. Die materiellen Intereſſen

*) Das Miniſterium der Apanagen wurde bald nachher (Dec. 1856) als ſolches aufgehoben und als Centralverwaltungsſtelle unter General Murawiew II. dem Domänenminiſterium beigeordnet, deſſen Portefeuille der Genannte nach Fürſt Scheremetjews Tode ebenfalls übernahm (April 1857).

blieben obenangestellt, die enorme Ausdehnung und Macht des Reichs, sein offenliegender Reichthum und seine zu hebenden Schätze, die frische Kraft des Volks und die Unermeßlichkeit seiner Zukunft bildeten auf Kosten der schelsüchtig und kleinlich geschilderten Verhältnisse Mitteleuropas, der angeblichen Desorganisation Englands u. s. w. das stehende Thema. Konnte das Ausland in dem ganzen Gebaren dieser Art von Journalistik auch wenig anderes erblicken, als den künstlich eingeredeten Hoch- und Uebermuth eines bildungsarmen Slawenthums gegen die abgeleugnete Ueberlegenheit innerlich gefesteter Culturergebnisse, so darf doch auf der andern Seite auch nicht in Abrede gestellt werden, daß dies neuerwachte Preßleben auf die Geistesträgheit der russischen Massen als aufweckendes Ferment wirkte. Daß dasselbe dem Volke falsche Anschauungen vom außerrussischen Leben gab und letzteres fast nur benutzte, um der Verherrlichung des eigenen als Folie zu dienen oder die Misstimmung der Massen gegen Staaten und Verhältnisse zu reizen, gegen welche gouvernementale Gereiztheiten bestanden — konnte ein solches Verfahren der russischen Politik, unter russischen Bildungsverhältnissen, befremden, während doch gleichzeitig die Preßbureaux in Deutschland durch ständisch bewilligte Mittel florirten und in Frankreich, „an der Spitze der Civilisation", die russische Handhabung der Presse noch potenzirt in Anwendung gebracht wurde? Gewiß nicht. Lag doch ein noch vor wenigen Jahren ungeahnter Fortschritt darin, daß der östliche Autokratismus jetzt schon im Innern seines Reichs einer „öffentlichen Meinung" nicht mehr entbehren konnte, welche er früher höchstens dem Ausland in internationalen Dingen zögernd und selten zugestanden hatte.

Konnte das Krönungsjahr vor seinem Schlusse keine jener umfassenden Reorganisationen in unmittelbaren Angriff nehmen, auf deren Beginn Europa kaum minder gespannt harrte, als Rußland selbst, so blieb dagegen keine Gelegenheit unbenutzt, um die künftige Stellungnahme der russischen Politik in Europa praktisch vorzubereiten. Das Septembercircular kam dabei dem petersburger Cabinet vortrefflich zu statten. Jede momentan unnöthige oder unbequeme Betheiligung an untergeordneten Fragen wurde mit dem bekannten Losungsworte: „Rußland sammelt sich", abgelehnt, und selbst bei den Differenzen über die Ausführungen des pariser Vertrags an der Donau konnte Rußland, der französischen und preußischen Widersacherei gegen die österreichisch-englischen Interessen sicher, sich in nebelhaftem Hintergrunde halten.

Unterdessen hatte es jedoch in näherm oder fernerm Zusammenhange mit der offenbaren Tendenz zur Isolirung Oesterreichs und der Paralysirung seines Machteinflusses bei den Südslawen, den verwundbarsten Fleck des Kaiserreichs, Italien, schon unmittelbar nach dem pariser Frieden fest ins Auge gefaßt. Man kannte in Petersburg recht wohl den außerordentlichen moralischen Nachdruck, welchen das specifisch katholische Element der Feindschaft Europas und der Forterhaltung des Argwohns gegen Rußland verlieh. So war noch vor dem Friedensabschlusse ein Hauptaugenmerk darauf gerichtet worden, eine Annäherung an Rom anzubahnen. Neapel scheint dazu hülfreichen Dienst geleistet zu haben. Bereits im Juni 1856 waren denn auch, nachdem indirecte Verhandlungen vorausgegangen, die Dinge so weit gediehen, daß der neuernannte Gesandte, Geheimrath Kisselew, seine Antrittsaudienz beim Papste mit der Versicherung bezeichnen konnte, das petersburger Cabinet werde das Concordat von 1847, welches bisher blos auf dem Papier gestanden, zu ungeschmälerter Erfüllung kommen lassen. Der päpstliche Krönungsbotschafter,

Fürst Chigi, wurde dann, obgleich er den Krönungsact versäumt hatte, mit schmeichelhaftester Auszeichnung umgeben und führte die betreffenden Verhandlungen zu so raschem Abschlusse, daß der Papst bereits im September das außerordentliche Consistorium berufen konnte, worin er die Bischöfe für eine Reihe lang verwaister oder durch Vicare verwalteter Bisthümer in Polen und Kleinrußland ernannte, sowie einen Erzbischof von Warschau, Monsignor W. Zylinsky, früher Bischof in Wilna, welcher zugleich Metropolit sämmtlicher katholischen Kirchen des russischen Reichs und Präsident des römisch-katholischen Collegiums wurde. Die politischen Consequenzen dieser Annäherung des Zaren an den Papst lassen sich nicht verkennen. Rußland hatte dabei keine Bedenklichkeiten in seinem innern Staatsleben zu besorgen, wol aber stumpfte es damit die bisher so scharfe Feindschaft der katholischen Hierarchie gegen sich ab, milderte die Erregung gegen seine auf den griechischen Katholicismus begründeten Agitationen in den österreichisch-türkischen Zwischenländern und machte endlich die Gegnerschaft der römisch-katholischen Slawen gegen einen hegemonistischen Panslawismus der russischen Politik beinahe gegenstandslos. Daß jedoch Oesterreich mit allen diesen Consequenzen, wenn auch nicht direct angegriffen, doch in seinen Interessen beschädigt werden sollte, liegt auf flacher Hand.

Noch unmittelbarer gegen dasselbe erschien jedoch die Position gerichtet, welche Rußland in Mittelitalien nahm. In ergrimmter Enttäuschung war der sardinische Ministerpräsident, Graf Cavour, vom pariser Congreß geschieden, wo er für Sardiniens Kriegsopfer keinerlei Entschädigungen zu erreichen vermocht hatte. Und was er im Namen Italiens gefordert, nämlich daß der Congreß die Mittel suche, um die Leiden des italienischen Volks zu mindern, darauf hatte Frankreich schriftlich gar nicht, mündlich „mit reichlichen Vor-

behalten" geantwortet, während England erst später auf besonderes Antreiben die Hoffnung aussprach, daß wol „der abnorme und bedenkliche Zustand einer Besetzung italienischer Landschaften durch französische und österreichische Truppen seinerzeit bessern Dingen das Feld räumen werde". Oesterreich hatte jedoch ziemlich gleichzeitig in einem Rundschreiben (16. Mai) mit Rücksicht auf Cavours Agitationen dem sardinischen Cabinet sehr bestimmt und schneidend das Recht abgesprochen, im Namen Italiens das Wort zu nehmen, während bekannt genug war, daß Frankreich und England sich dadurch in eine reservirte Haltung gezwungen sahen, weil sie (wenige Wochen vor Sardiniens Beitritt zur westmächtlichen Allianz) gegen Oesterreich die eventuelle Garantie für Erhaltung des Status quo in Italien übernommen hatten. Graf Orlow erklärte sich nun bei den pariser Debatten ohne Instructionen betreffs der italienischen Angelegenheiten und hielt dadurch Rußland ganz außer dem Spiel. Allein gerade als nach dem Congreß (im Mai) jene verschiedenen Enttäuschungen auf das turiner Cabinet hereinstürmten, fand das neue Ministerium des Auswärtigen zu Petersburg den Moment besonders geeignet, um in Sardinien, für welches seit Jahren keine ständige Legation existirt hatte, seine Interessen durch einen außerordentlichen Gesandten vertreten zu lassen. Graf Stackelberg führte sich dort mit dem ostensibeln Auftrage ein, die im Herbst bevorstehende Ankunft der Kaiserin-Witwe in Nizza anzuzeigen. *)

Unmittelbar nachher besuchte er die herzoglichen Höfe Mittelitaliens, bei denen er ebenfalls beglaubigt war, um ein besseres Vernehmen derselben mit Sardinien zu vermitteln.

*) Sardinien accreditirte in Petersburg (Juli 1856) den Grafen Broglia de Casalborgone, welchen bald nachher (Dec.) der Marquis de Sauli ablöste, der noch jetzt dort ist.

Daß dies unter den damaligen Verhältnissen abermals gleichbedeutend mit einer gegnerischen Durchkreuzung der österreichischen Interessen in Italien sein mußte, bedarf kaum der Bemerkung. War doch bereits der erste Angriffspunkt der Stackelbergschen Mission ein unter dem Eindrucke der pariser Agitationen Cavours beabsichtigter Congreß der italienischen Fürsten, welcher sich in Mantua, also demonstrativ unter Oesterreichs Auspicien, versammeln und Maßregeln zu einem gemeinsamen Verfahren gegen die sardinische Politik berathen wollte. Dagegen brachte Rußland die Idee eines zweiten pariser Congresses fast gleichzeitig, und zwar unter Frankreichs lebhaftester Unterstützung, auf die Tagesordnung, um dort neben den unerledigten Streitpunkten der orientalischen Angelegenheit auch die neapolitanische Frage dem europäischen Areopag zu unterstellen. Neapels sofortiger Protest gegen eine solche Austragung hinderte die Ausführung des Plans und Rußlands Politik begnügte sich vorläufig damit, gegen Frankreich und England den Ton der Abmahnung von „völkerrechtswidrigen Manifestationen" anzuschlagen, während die nach Wien adressirten Worte Oesterreichs Unzufriedenheit mit den westmächtlichen Absichten voraussetzten und das kaiserliche Cabinet zur Begegnung gegen diese Politik ermuthigten. Oesterreich sollte zur Gegnerschaft Sardiniens und der Nationalparteien auch noch den Bruch seiner Allianzverhältnisse mit den Westmächten fügen, sollte sich in Italien mit neuen Verwickelungen beladen, um mit seiner Aufmerksamkeit auch seine materiellen Kräfte von den Ostslawen abwenden zu müssen.

Als dies nicht gelang und gerade während der Bolgrad- und Schlangeninselstreit immer brennender wurde, erfolgte das oben ausführlich erörterte moskauer Septembercircular. Mit seinen Ausführungen über die Souveränetät der Kleinen ermuthigte es namentlich auch die italienischen Herzogthümer.

Zugleich wurde die Ankunft der Kaiserin-Mutter von Rußland, des Großfürsten Michael, der Großfürstinnen Helene und Olga (von Würtemberg) in Nizza, sowie deren lebhafter und freundschaftlicher Verkehr mit dem turiner Königshofe demonstrativ genug, um die Unschlüssigkeit jener Staaten wenigstens von einer engern Verflechtung ihrer Interessen mit denen Oesterreichs zurückzuhalten. *) Man erreichte selbst noch weit mehr, weil ja jede Mittelstaatenpolitik sich am liebsten stets von der geographisch entferntesten Großmacht gängeln und bedingen läßt. Parma, strategisch und geographisch von Sardinien abhängig, glaubte sich sofort von dem ehemals erbetenen, jetzt unbequemen Militärschutz Oesterreichs emancipiren zu sollen. Es benutzte den Rest des Jahres 1856, um die österreichischen Besatzungstruppen los zu werden, welche sich denn auch nach Piacenza zurückzogen, während die politischen Processe an die einheimischen Civilgerichte übertragen und die freisinnigen Velleitäten der Regierung durch Steuererlasse und Amnestien erhärtet wurden. Während aber hier diese liberalistischen Anläufe gleichsam unter Rußlands Aegide genommen wurden, verfolgten Modena und Toscana das gerade entgegengesetzte System unter gleichfalls zustimmenden Anregungen des russischen Einflusses; nur daß sie es in ihren Organen nicht laut und triumphirend genug verkünden konnten, wie vollkommen selbständig ihr System, wie

*) Als ein Curiosum, welches seitdem fast zu einer ominösen Bedeutung gelangt ist, mag hier angemerkt sein, daß im März 1857 die verwittwete Kaiserin von Rußland, auf den Wunsch der Municipalität von Nizza, die neugebaute Straße von da nach Villafranca feierlich eröffnete. Großfürst Konstantin war gerade zum Besuche seiner Mutter anwesend; die Escadre der Kaiserin ankerte schon damals in der Bucht von Villafranca. (Näheres s. w. u. im Abschnitte: „Das Emancipationsjahr. 1858—1859.“)

vollkommen unabhängig von den frühern Bezügen zu Oesterreich. In Neapel und Rom endlich vermeinte man, indem man sich ganz offen auf den russischen Rückhalt gegen die westmächtlichen Einreden in das innere Misregiment berief, den österreichischen Mahnungen zu billigen Reformen gleichfalls einen entschiedenen Abweis entgegenstellen zu sollen. Daß dagegen die sardinische Aufregung nicht blos im Verhältnisse zu dem geminderten Einflusse der österreichischen Politik auf die übrigen Regierungen Italiens anwuchs, sondern ganz direct mit russischen Einflüsterungen zusammenhing, konnte keinem Zweifel unterliegen. Gegen Ende des Jahres wurde von der Publicistik Oesterreichs sogar die Nachricht veröffentlicht, daß in Wien „ganz positive Beweisstücke" dafür vorlägen, wie die russische Diplomatie die turiner Plane mit „Vertröstungen auf die Revolution" unterstützt habe.

Zwar wurden sicherlich von russischer Seite für diese Eventualität nirgends bestimmte Zusicherungen gegeben; indessen konnte es vorläufig darauf auch gar nicht ankommen, sondern nur darauf, das allseitig enttäuschte Sardinien der russischen Gunst zu versichern. Mit diesem Rückhalt konnte man sicher darauf rechnen, daß seine gegenösterreichischen oder nationalitalienischen Tendenzen nicht erkalteten und Oesterreich fortwährend nöthigten, seine Aufmerksamkeit und Machtbereitschaft zwischen den ostslawischen und italienischen Gefahren zu theilen. Damit war vorläufig dem russischen Interesse genuggethan. Denn seine Absicht konnte und durfte unter den jetzigen Zuständen im Reichsinnern nicht darauf gerichtet sein, sich irgendwo direct mit einer aggressiven Politik zu engagiren; dazu waren seine eigenen Wunden noch zu frisch und schmerzhaft, dazu die Friedensnothwendigkeiten in allen Sphären seines innern Lebens zu gebieterisch. Wol aber mußte der russischen Politik daran liegen, daß das Ausland, vorzugsweise Mitteleuropa, an einer festen Consolidirung seiner

Staatengruppe, wie an einer organischen Weiterentwickelung seines Friedenslebens durch die Unsicherheit der Zustände in den Nachbarlanden fortdauernd gehindert sei. Vor allem sollte Oesterreichs Einfluß in den Südslawenländern sich nicht festigen, der „kranke Mann" mußte so krank und sterbensreif bleiben, als ihn der orientalische Krieg gelassen, Oesterreich mußte genöthigt sein, den Gang seiner Verjüngung, namentlich seiner finanziellen Auskräftigung immer von neuem zu unterbrechen. Die Elemente, um dies zu erreichen, lagen überall bereit: im Norden Dänemark mit der fast unentwirrbar verfahrenen Herzogthümerfrage, im Süden Italien; im Westen endlich Frankreich mit der neunapoleonischen Politik, welche in den altnapoleonischen Traditionen ihre einzige historische Begründung, in fortwährenden Beunruhigungen der Welt mit „europäischen Fragen" die Sicherung ihrer innern Existenz findet.

Konnte für Rußlands jetziges Bedürfniß etwas Willkommeneres gedacht werden, als diese moderne französische Politik? Seit dem Beginne des orientalischen Kriegs hatte es Napoleon III. ohne Hehl ausgesprochen und aussprechen lassen, daß seine Familie dem Staate Frankreich eine Dotation schuldig sei, welche die ungebührliche Beschränkung seiner Grenzen durch den Frieden von 1815 wieder gut mache; dies Unrecht lasse sich am besten bei einer allgemeinen Revision der Karte Europas ausgleichen, welche zugleich eine Regulirung aller großen schwebenden Fragen in sich schließe; durchzusetzen sei beides nicht durch einen europäischen Krieg, sondern durch feste Allianzen und friedliches Einvernehmen mehrerer Großmächte. Daß dieser letzte Satz, wenn die vorausgehenden eine Wahrheit werden sollten, eine bloße Phrase bleiben mußte, wußte die ganze Welt so gut wie das petersburger Cabinet. Aber letzteres wußte zugleich schon damals genauer, als es der Welt klar war, daß Napoleon mit einem Versuche, sich für

solche Zwecke mit Oesterreich zu stellen, vollkommenes Fiasco gemacht hatte. Es wußte, daß im pariser Cabinet die Verstimmung gegen Oesterreich zur Verbitterung angeschwollen war, seitdem letzteres im Verein mit England nach der Eroberung von Sebastopol, da Napoleon III. den Zeitpunkt für günstig erachtete, alle Mühen und Mittel angewendet hatte, den Kaiser von weitern Schritten zur Verwirklichung dieser Ideen abzuhalten. Von da an hatten die Annäherungen der napoleonischen Politik an Rußland begonnen, welche bereits bei den Friedensverhandlungen so demonstrativ hervortraten. Daraus waren ferner die Bemühungen Frankreichs hervorgegangen, England, dessen Allianz es festhielt, zu einer Annäherung an Rußland zu bewegen. Darauf hin zielten endlich, nachdem Rußland im Septembercircular sich aller frühern Verpflichtungen gegen die ehemalige pentarchische Allianz ledig erklärt hatte, mancherlei verpflichtende Aufmerksamkeiten Napoleons für Preußen, die später mit seiner Vermittelung in der neuenburger Angelegenheit ihren entschiedensten Ausdruck fanden. Preußen sollte aus Rücksicht auf Rußland und England als vierter im Bunde aufgenommen werden. Die kleinliche und fast gedankenlose Eifersucht der Manteuffelschen Politik gegen Oesterreich galt als Gewährleistung, daß dieselbe, uneingedenk ihrer nationalen Pflichten, sich damit verständigen werde, wenn ihr für das linke Rheinufer, welches die napoleonische Presse ganz offen als liebste Morgengabe für Frankreich bezeichnete, eine Entschädigung nach anderer Richtung, etwa durch die nordischen Herzogthümer vorgeschlagen würde.

Dieser Napoleonismus begnügte sich aber jetzt nicht mehr mit politischen Annäherungen an das petersburger Cabinet. Nein, der französische Krönungsbotschafter drängte dem Kaiser Alexander II. sozusagen die persönliche Freundschaft seines kaiserlichen Halbbruders auf, er buhlte förmlich um eine offene Allianz beider Kaiserreiche. Ja, es ist bekannt genug, daß Graf

Morny, einer wohlberechneten Zurückhaltung begegnend, als diplomatischer Dilettant und speculativer Va-banque-Spieler selbst so weit ging, die englische Allianz um solchen Preis einzusetzen.*) Man war nun allerdings in Petersburg mit den französischen Möglichkeiten des Augenblicks zu genau bekannt, um nicht zu wissen, daß der von Schmeicheleien berauschte Botschafter mit solchen Zugeständnissen weit über den Willen Napoleons III. und über seine eigenen Vollmachten hinausschritt, man erkannte andererseits auch zu genau das Bedenkliche einer formellen Verbündung mit einem System, welches nach allen Seiten blos als Thatsache anerkannt ist, nicht auf vertragsmäßigen Rechten ruht. Dennoch bedurfte Rußland nicht blos damals, es bedarf noch auf lange Jahre hinaus einer alliirten Politik, mit deren materiellen Interessen es am wenigsten collidirt, mit deren innern Voraussetzungen die seinigen möglichst übereinstimmen. Dies alles bot das neunapoleonische Kaiserthum, während überdies die Allianz mit Frankreich zur gegenseitigen Verständigung über das hegemonistische Einflußgebiet in Europa zu den russischen Ueberlieferungen seit Katharina II. gehört. Letztere Frage trat freilich für den Augenblick zurück. Man konnte es dem innern Bedürfniß des Neunapoleonismus nach auswärtigen Aufregungen ohne Bedenken überlassen, sich in der Donaufürstenthümerfrage und selbst in Italien mit Oesterreich und England zu überwerfen, während Rußland mit vorgeblicher Indifferenz (la Russie se recueillit) jeden aggressiven Anschein vermied und dem eifrigen Bündner bei Europas tiefem Frie-

*) Graf Morny war als „Botschafter" accreditirt; desgleichen sein Nachfolger, Graf Rayneval (Aug. 1857), vorher Gesandter in Rom, welchen der Herzog von Montebello (1859) in derselben Eigenschaft ersetzt hat. Natürlich accreditirte auch Rußland seinen Vertreter in Paris als Botschafter (Nov. 1856); es ist Graf Paul Kisselew.

densbedürfnisse voraussichtlich noch jahrelang mit der bloßen diplomatischen Uebereinstimmung zu genügen vermochte. Dagegen ist die „organisirte Demokratie“ des heutigen französischen Absolutismus die einzige europäische Staatskunst, welche gleichermaßen wie Rußland in der unbedingten Centralisation das Machtmittel findet, um das nationale Leben absolut zu beherrschen. Sie ist demzufolge ferner die einzige Staatskunst, welche ausschließlich die von ihr octroyirten Entwickelungen anerkennt und sich darum berechtigt erachtet, auch die Resultate jeder Lebensgestaltung in jedem Augenblicke für den Staatszweck in Anspruch zu nehmen. Diese innern Uebereinstimmungen des napoleonischen Princips mit dem russischen bedingen sogar die Nothwendigkeit einer Allianz. Und trotz alledem stellte die petersburger Klugheit dem dringenden Werben des Grafen Morny eine sanfte Sprödigkeit gegenüber. Denn auf diese Weise ließen sich die nächsten reellen Vortheile, deren man bedurfte, vorwegnehmen, ohne daß man sich politisch band und Europas Argwohn von neuem erregte.

Wie stark dieser noch immer war, hatte die Erfolglosigkeit der Verhandlungen mit ausländischen Finanzkräften zur Uebernahme des Eisenbahnbaues gezeigt. Die Reduction der Armee, sowie die vierjährige Einstellung der Rekrutirungen hatten den Unternehmern noch nicht das genügende Vertrauen einzuflößen vermocht; es war kein Zweifel geblieben, daß die pecuniären Mittel für das Eisenbahnnetz von Europa nicht würden beschafft werden, wenn Rußland nicht eine liberale Umgestaltung seines Zollsystems und seiner Handelsprincipe in sichere Aussicht stellte. Wenn man sich nun in Petersburg auch keineswegs verhehlte, daß die weitere Entwickelung des Eisenbahnlebens wesentlich nur aus stetiger Entwickelung des Freihandelssystems hervorgehen könne, so erlaubten dennoch andererseits die industriellen, mercantilen und socialen Bestände für jetzt nicht, das bisherige Prohibitivsystem sofort mit seinem

Gegentheile zu vertauschen. Der Handel drehte sich also um die Frage: wer fordert die geringsten freihändlerischen Zugeständnisse für die Uebernahme des Staatseisenbahnbaues? Das war die französische Politik, weil sie in dieser geschäftlichen Verbindung mit Rußland ein materielles Pfand für die in Aussicht gestellte politische Allianz zu erhalten meinte. So kam noch vor dem Jahresschluß (im Nov.) unter Graf Mornys Vermittelung der Abschluß des Vertrags zum Eisenbahnbau mit dem pariser Mobiliarcredit und den ihm sich anschließenden Hauptgläubigern Rußlands unter den früher (S. 105) angegebenen Bedingungen zu Stande. Im Februar 1857 verkündete dann ein Ukas die Concession der Grande société des chemins de fer russes und forderte alle getreue Unterthanen auf, sich „eifrig und gewissenhaft" an dem nationalen Unternehmen zu betheiligen, welches „sechsundzwanzig Gouvernements, drei Hauptstädte, das Centrum des Kronlandes und zwei fast das ganze Jahr offene Häfen am Schwarzen und Baltischen Meere verbindet, die Ausfuhr erleichtert und damit die Verproviantirung des Reichs sicherstellt". Vorher waren aber besondere Commissionen nach den Hauptzollämtern abgegangen, welche das statistische Material zur Detailfeststellung der Modificationen sammelten, mit denen das Prohibitivsystem der Zölle und des Grenzverkehrs gemildert werden sollte. Außerdem war Frankreich der baldigste Abschluß eines auf vollständiger Gegenseitigkeit ruhenden Handelsvertrags gewährleistet.

Das Jahr der Anbahnungen.

(1857—1858.)

Die Eisenbahnverträge mit der Grande société des chemins de fer russes, die Aufforderung des Publikums zur Betheiligung an dem gewaltigen Nationalunternehmen, dazu die bevorstehende Abänderung des Zollsystems, wie der beabsichtigte Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Frankreich waren einestheils so tiefeingreifende, anderntheils so glänzende Abschlüsse und Ergebnisse des Krönungsjahres, daß die gesammte Geschäftswelt Rußlands, die Industrie, das Kapital und die Finanzspeculation, der unternehmungslustige Grundbesitz und die um lucrative Menschenverwendung verlegene Leibherrlichkeit sich zunächst allerdings vollkommen befriedigt fühlen mußten. Was bisher immerhin blos Plane, Projecte, Aussichten geblieben, stand jetzt als bestimmte Aufgabe da, deren Angriff, Fortführung, Vollendung und weitere Ausdehnung fürderhin keinem Zweifel unterlag. Die Vorschwebungen zur Neugestaltung alles Lebens auf materiellem Gebiete, welche seit dem Friedensabschlusse die Rückkehr der Nation zu ihren Heimatstätten verwirrend überstürzt hatten, ließen sich jetzt klarer überblicken und mit dem praktischen Leben unmittelbarer verflechten. Wie eifrig die Verkehrsspeculation sich der

gegebenen Grundlagen bemächtigte, um theils die innern Lücken des Schienennetzes nach den mehr lokalen Bedürfnissen auszufüllen, theils um an seine südlichen und östlichen Enden neue riesenhafte Maschen zu knüpfen, mit denen der Verkehr von den asiatischen Eroberungen der Diplomatie und des Schwertes Besitz nehmen will, endlich um mit Dampfbootlinien den dereinstigen Eisenbahnbetrieb auf Flüsse und Meere fortzusetzen — dies ist bereits früher angedeutet, wenn auch die betreffenden Gesellschaftsbildungen, Concessionsertheilungen u. s. w. theilweise erst spätern Zeiten angehören.

Allein gerade je schwunghafter die Geschäftslebhaftigkeit und der Unternehmungsgeist die empfangenen Anregungen zu verwirklichen strebte, desto öfter und schmerzlicher stießen sie bei ihren praktischen Schritten auf die tausendfachen Hemmungen und Hindernisse, welche der herkömmliche Regierungsmechanismus ihrer Kräfteentfaltung entgegenstellte. Ueberall die alte Klage über Weitläufigkeiten der amtlichen Proceduren, über Miswillen der Behörden gegen selbständige Lebensentfaltungen, über Einmischungen der Polizei, über Parteilichkeit, Rechtsunsicherheit u. s. w., wenn auch momentan, eingeschüchtert vom bittern Ernste der massenhaften Untersuchungen, Willkürherrschaft und Bestechlichkeit der Tschinowniks weniger grell hervortraten. Nachdem man sich bisher in unbegrenzten Planen und Entwürfen gewiegt, ohne noch praktisch an sie heranzutreten, erkannte die Geschäftswelt großentheils erst jetzt, welche Menge von thatsächlichen Voraussetzungen in den socialpolitischen Verhältnissen der russischen Völker fehlte, die bei ähnlichen Unternehmungen wirklicher Culturländer gar nicht als Vorfragen auftreten, weil sich ihr Vorhandensein von selbst versteht. Die Beamten, von denen jeder einzelne gewohnt war, sich als Incarnation der Regierung zu betrachten, alleinberechtigt zu denken, anzuordnen, zu verbessern, zu erschaffen, konnten sich nicht hineinfinden, die Regierten

in irgendeiner Richtung aus ihrer paſſiven Rolle heraustreten zu ſehen und verwechſelten nur allzuoft die Bewegungen erwachender Thätigkeiten mit Verſuchen zur Auflehnung gegen das Beſtehende. Den Provinzgouverneurs war ja überdies in dem früher erwähnten Miniſterialausſchreiben vom Frühjahr 1856 aufgegeben, „die Wege und Mittel zur Vermehrung des materiellen Wohlſtandes aufzufinden", den örtlichen Verhältniſſen entſprechende „Zweige gemeinnütziger Thätigkeit zu entdecken". Sie hielten ſich alſo berechtigt, ja verpflichtet, auch blos diejenigen Thätigkeiten anzuerkennen und zu fördern, welche ihr bureaukratiſches Ermeſſen aufgefunden, entdeckt oder mindeſtens gutgeheißen hatte. Allein der Entwickelungsdrang im Geſchäftspublikum war — wenigſtens in vielen Gegenden — bereits ſtärker als die fügſame Paſſivität, mit welcher ſich daſſelbe früher dieſer abſoluten Bevormundung anheimgegeben hatte. Conflicte zwiſchen Regierenden und Regierten ſtiegen überall maſſenhaft auf. Dazwiſchen machte die Polizeiwillkür mit Verboten, Geboten, Drohungen und Strafen wieder ihre alte Allmacht geltend. Kurz, man erkannte wol auch in den oberſten Verwaltungsſphären, daß der erſte große Schritt, an welchen ſich die neuen Lebensgeſtaltungen des Reichs anknüpfen ſollten, die Hinweiſung der Induſtrie auf die Entwickelung der Verkehrsmittel, der organiſchen Vorbereitungen im Verwaltungsorganismus entbehre. Allein mit einem Schlage war wiederum das Verſäumte nicht nachzuholen, das Hemmende nicht zu beſeitigen. Das Princip der Centraliſation und der Initiative durch die Regierung ſollte ja überhaupt nicht aufgegeben werden; es galt alſo von neuem proviſoriſch vorzugehen, zu vermitteln, zu beſchwichtigen. Die Verwaltungsbehörden wurden zur Förderung des induſtriellen Aufſchwunges, die Polizeibehörden zur Enthaltung von unnützen Einmiſchungen angewieſen. Aber damit ſchlüpften dem Gouvernement allerdings

zugleich viele Fäden aus der Hand, deren spätere Wiederauffassung schwierig, wo nicht überhaupt unmöglich blieb. Denn in einem so ungeheuern Bereich und bei so verschiedenartigen Elementen, wie sie die Centralleitung Rußlands umfaßt, besteht eine fast unüberwindliche Schwierigkeit darin, sowol einen Ausgangspunkt zu finden, von wo aus alle Glieder des großen socialen Körpers erreichbar sind, als auch Anordnungen zu treffen, welche in den verschiedenen Regierungsbezirken mindestens ähnliche Wirkungen äußern. Während also die Centralregierung nur allgemeine Principe und Normen geben sollte und wollte, gerieth sie mit der Centralisation und der Eifersucht auf die Initiative immer wieder in das Detail, in das Zuvielregieren hinein.

Man darf dies nicht misverstehen. Nicht die Staatsleitung als solche hielt an der principiellen Detailregierung der frühern Staatskunst fest, aber sie vermochte sich derselben nicht zu entziehen, weil sie eben mit dem überkommenen Schematismus der Verwaltungsmaschine an die Neugestaltung der Dinge getreten war. Sie konnte nicht über den Widerspruch hinauskommen, daß auf der einen Seite alle Initiative bei der centralisirten Staatsgewalt stehen, auf der andern Seite aber die geistige und materielle Productivität der Bevölkerung sich überhastig entfalten sollte, um das neue Leben in aller Eile fertig darzustellen, jedoch gerade nur so, gerade in der Reihenfolge der Entfaltungen, wie sie dem gouvernementalen Reformplan vorgeschwebt haben mochte. Wie aber war jener gedacht? Das wußte weder die Nation, noch wußten es die mittlern und niedern Regierungsorgane. Ja in jeder einzelnen Sphäre des Staatslebens fragte es sich fortwährend, wie weit selbst in den obersten leitenden Kreisen eine Uebereinstimmung vorhanden sei. Durch die Gleichzeitigkeit der intendirten Reformen auf allen Lebensgebieten erwuchs Widerspruch gegen jede in jedem einzelnen Ressort. Bis sich derselbe durch die

Commissionsberathungen, im Ministerconseil, im Reichsrathe abschliff und die einzelne Reformordnung möglich werden ließ, verlor sie oftmals ihre ganze principielle Bedeutung und ihren wahrhaft reformatorischen Charakter. Die bureaukratische Praxis hielt noch überall an dem Irrthum fest, daß jede einzelne Maßregel isolirt durchzuführen, blos in den gewünschten und bequemen Consequenzen anzuerkennen, in den ebenso folgerechten, doch unbequemen niederzuhalten sei. Was ist dagegen der rothe Faden, woran sich das ganze Reformsystem Alexanders II. reiht? Die volle Entfaltung der Nationalarbeit durch die Emancipation der bisher unberechtigten Bevölkerungselemente. Wer hat dagegen die gouvernementale Initiative zu wahren und die Reformen zu leiten? Gerade diejenigen Bevölkerungsschichten, welche bei einer solchen Neugestaltung der Dinge von den schwersten Einbußen an socialpolitischen Prärogativen und materiellen Vortheilen getroffen werden, die Beamten als Mandatare der Staatsmacht, die Adelichen als Grund- und Leibherren. Nun darf man nicht vergessen, daß der Beamte, welcher als solcher in allen Graden eine bestimmte persönliche Ausnahmestellung einnimmt, schon in relativ niedrigem Range den persönlichen Adel mit seinen Vorrechten, in höhern Stellungen den Erbadel als Zubehör seines staatsdienstlichen Verhältnisses erwirbt. Aber auch jeder geborene und reichste Edelmann kann seinen Familienadel und die damit verbundenen Sonderrechte hinwieder nur durch persönlichen Staatsdienst — wenigstens bis zu dem Militär- oder Beamtenrang, mit welchem der persönliche Adel verbunden ist — in voller Integrität aufrecht erhalten. Die Interessen beider Stände sind also einander gewissermaßen solidarisch verpflichtet, so mannichfach auch in hundert andern Punkten ihre gegenseitigen Collisionen und Rivalitäten sein mögen; jeder hat bei einer Erweiterung der Rechte der sogenannten „freien" Stände und vollends der Leibeigenen keinen mate-

riellen oder moralischen Vortheil zu erwarten. Ihre Solidarität wird sich also ganz naturgemäß in der gemeinsamen Hemmung der socialen und politischen Besserstellung aller andern Bevölkerungsschichten äußern; und selbst dem ausgesprochensten Willen des Staatsoberhauptes wie der Verwaltungsspitzen bleibt die Ueberwindung dieser tausendfach wiederholten und tausendfältig anders gestalteten Widerstände die schwierigste Aufgabe. Darin liegt, in Verbindung mit dem centralisirenden Geschäftsorganismus und mit der übergroßen Eifersucht auf die Initiative, die fast unvermeidliche Schwankung zwischen Gewährenlassen und Restrictionen, zwischen blos principieller Normirung und peinlicher Vielregiererei, zwischen zartester Rücksicht und grellster Rücksichtslosigkeit, zwischen entschiedenstem Vorschritt in der Idee und zagendem Stillstand in der Ausführung.

Dies hier mit einzelnen Beispielen zu belegen, ist nicht der Ort; wir werden noch oft genug bei speciellen Veranlassungen darauf zurückkommen müssen. Es darf vorläufig genügen, im allgemeinen darauf hingewiesen zu haben, um demjenigen, welcher das russische Leben nicht aus eigener Anschauung kennt, einigermaßen begreiflich zu machen, wie man dort seit Jahren Regierung und Volk gleichermaßen erfüllt von Unternehmungsgeist und Aufschwungslust in allen denkbaren Sphären menschlicher Thätigkeit sieht, ohne daß doch die bisher erreichten Resultate dem kolossalen Aufwand von bewegenden Kräften und Mitteln entsprechen. Ueberall wird man noch heute auf die Zukunft verwiesen; tausenderlei Dinge, welche nach dem, was darüber geschrieben und gesprochen wird, dem Fernstehenden wie vollendete Thatsachen aussehen, sind bei näherm Zufragen selbst heute noch bloße Projecte, Ideen, Plane oder im ersten Vorbereitungsstadium verharrende Unternehmungen. Unter solchen Umständen war es immerhin wichtig — und die moralische Wirkung blieb

auch nicht aus —, daß die Regierung selbst, als mit der Aufforderung der Nation zur Betheiligung am Eisenbahnwerke ihrem Unternehmungsgeiste das erste bestimmte Strombett angewiesen war, officiell nicht blos viele der Mängel des Staatsmechanismus anerkannte, sondern auch dem Volke eine gewissermaßen active Rolle bei deren Beseitigung zuwies. Dies geschah in einem bald nach Beginn des Jahres 1857 veröffentlichten Rechenschaftsberichte des Ministers des Innern, welcher einschmeichelnderweise mit einer Statistik der von der Nation dem Kriegsjahr 1855 dargebrachten Opfer begann, dabei einige Blicke auf die Criminalstatistik warf und dann auf anzustrebende Reformen überging. *) Obenan war das Polizeiwesen gestellt, welches sowol in seinem materiellen als moralischen Theile einer vollständigen Umgestaltung bedürfe. Ueberhaupt sei es bei der großen Zahl von Angestellten unmöglich, lauter gute Beamte zu haben, während doch bisjetzt die Ueberladung des Geschäftsgangs mit unnützen Formen diese Beamtenmassen bedinge. Abhülfe sei nur in der Vereinfachung der Geschäftsformen zu finden; was aber die Moralität der Angestellten betreffe, so könne sie blos im Verhältniß mit der sich überhaupt hebenden Moralität der Nation gewinnen. Diese sei wieder großentheils durch freieres Gewährlassen der Lebensthätigkeiten bedingt. Die Ausbeutung der reichen Hülfsquellen Rußlands erfordere aber eine thätige

*) Im Jahre 1855 wurden 738955 Mann zum Kriegsdienst gestellt, wovon 372053 als wirkliche Rekruten. Die Gesammtzahl der in demselben Jahr der Landwirthschaft durch den Krieg entzogenen Menschen betrug 1,050000 Seelen oder ein Zehntel der männlichen Arbeitskräfte (zwischen 18—50 Jahren) des ganzen Reichs. Die freiwilligen Geldopfer für den Krieg betrugen zusammen 6,300000 Rubel Silber. — Der Bericht erklärt sich gegen das Strafsystem der Deportation nach Sibirien. Jährlich kommen etwas mehr als 300000 Inquisiten in die Civilgefängnisse und verlassen dieselben ungefähr ebenso viele. In den wohlthätigen Anstalten fanden 1855 255719 Menschen Hülfe.

Mitwirkung unternehmender Privaten und zwar nicht blos mit ihren pecuniären, sondern auch mit ihren geistigen Kapitalen.

Diese Declaration, welche unter nichtrussischen Verhältnissen lauter selbstverständliche Wahrheiten ausgesprochen hätte, gewann unter russischen Verhältnissen eine weit höhere Bedeutung. Denn sie brach mit der bisher namentlich im unmittelbaren Wechselverkehr der Beamten mit der Bevölkerung festgehaltenen Verwaltungspraxis, welche die Regierung wie ein abstractes, durch sich selbst bestehendes Ding unter dem Namen „Kassna" (d. i. Staatsschatz, Fiscus, Krone) zu personificiren und mit ganz besondern, den Bevölkerungsinteressen entgegengesetzten Interessen zu denken gewohnt war; dazu begabt mit allen möglichen, oder vielmehr außerhalb Rußland unmöglichen Immunitäten und Prärogativen, namentlich mit der Eigenschaft, unter allen Umständen blos gewinnen, niemals verlieren zu können, ruhend auf der Voraussetzung, in allen denkbaren Verhältnissen unfehlbar zu sein. Mit andern Worten, der ministerielle Bericht hob den Grundsatz auf: die Regierung ist alles, die Regierten sind nichts. Daß er aber diese principielle Reform der Verwaltungsmaximen dem Publikum zunächst im Polizei- und Justizwesen in Aussicht stellte, erschien ebenso klug als selbstverständlich in einem Staate, welcher gerade in seinen unmittelbarsten Berührungen mit dem bürgerlichen Leben stets als absoluter Polizeistaat auftrat und auch die Rechtspflege größtentheils als Verwaltungsjustiz zu üben gewohnt war.

Es bedarf der Bemerkung nicht, daß die Aufstellung solcher Vor- und Grundsätze noch nicht mit deren Durchführung gleichbedeutete. Es würde selbst heute den auf der Stufenleiter russischer Verwaltungshierarchie Höchstgestellten unmöglich sein, eine Uebersicht über dasjenige zu geben, was man in diesen Richtungen dauernd erreicht hat, was nicht, oder was blos

für den Augenblick. Allein ebenso wenig ist in Abrede zu stellen, daß das russische System im großen und ganzen die allmähliche Entmündigung des materiellen Lebens von bureaukratischem Ermessen und Eingreifen seit jenem Momente nicht mit den gewaltsamen Mitteln früherer Zeit bekämpfte; es ist bisjetzt in der gouvernementalen Behandlung dieser Sphäre der „Uebergangsperiode" kein principieller Rückschritt geschehen. Dies schließt nicht aus, daß fortwährend ein sichtbares Schwanken zwischen Concessionen und Repressivmaßregeln stattfindet, aber die Kräfte, welche von der neuen Zeit ihre Bewegung empfingen, vermochten dennoch ihren Spielraum zu erweitern. Man rückt auf vielen Punkten voran, vielleicht selbst blos unwillkürlich; doch gewinnen diese vielen Punkte nothwendig nach und nach die unwiderstehliche Wucht einer Gesammtströmung, welche endlich, wenn auch weit später als die sanguinische Nationaleitelkeit es träumt, den Punkt erreichen wird, wo zwischen den Grundprincipien des centralisirenden Selbstherrscherthums und den damit unvereinbaren Anforderungen des nationalen Fortschritts gebrochen werden muß.

Hatte das Kriegsjahr die ganze Bevölkerung aus den Gewohnheiten ihres herkömmlichen Lebens gerissen, hatte das Krönungsjahr mit seiner fieberhaften Spannung auf die Entschleierung der gouvernementalen Reformplane das Wiedereinwachsen in die Vergangenheit gehindert, hatte es endlich mit dem Abschlusse der Eisenbahnverträge dem Unternehmungsdrange seine Strömung vorzugsweise auf dem Gebiete der Communicationen angewiesen, so sieht man die Regierungsthätigkeit während der folgenden Zeit, bis das Emancipationswerk alle Interessen absorbirt, im wesentlichen dadurch charakterisirt, daß sie dem Verkehr die Möglichkeit einer vielseitigern und freiern Beweglichkeit gestattet. Dies ebenso gut

im innern und internationalen Menschenverkehr, wie hinsichtlich der Waaren und Producte, als endlich desjenigen der Kapitale. Alle drei Richtungen greifen so genau ineinander, daß sie auch in unserer Darstellung keine getrennte Behandlung erfahren dürfen.

Das erste Glied dieser Kette bildeten die Abänderungen im Zollsystem. Bereits früher wurde darauf hingedeutet, daß dieselben, wenn nicht ihre Begründung, doch ihre Gelegenheitsursache in dem Abschlusse der Eisenbahnverträge mit den französischen Creditinstituten fanden. Nachdem seit Eröffnung der diesfallsigen Verhandlungen die Vorbereitungen dazu getroffen waren, verkündete zuerst (28. Mai 1857) ein kaiserlicher Ukas die Bestätigung des „revidirten neuen allgemeinen Zolltarifs für den europäischen Handel des Kaiserreichs Rußland und des Königreichs Polen", welcher mit dem Tage seines Anlangens auf jeder Zollstätte in Kraft treten solle und zwar in der Art, daß die in diesem Momente dort unversteuert lagernden Waaren den Vortheil der Versteuerung nach dem alten Tarif genießen sollten, wo dieser niedriger sei als der neue. Diese Kategorien waren jedoch in dem neuen Tarif weder zahlreich, noch ihre Erhöhungen bedeutend. Auffallend mußte es dagegen erscheinen, daß sie gerade wesentliche Productions- und Handelsartikel der österreichischen und preußischen Nachbarprovinzen betrafen, während französische und englische Concurrenzartikel der russischen Industrie besser gestellt wurden. Wir können dies hier natürlich blos beiläufig erwähnen, dürfen aber wol auf die ausführlichen Erörterungen dieser Materie in der „Kölnischen Zeitung", dem „Bremer Handelsblatt" u. s. w. verweisen. Abgesehen davon bezeugten freilich alle sonstigen Bestimmungen des Tarifs, daß derselbe den Uebergang aus der Starrheit des bisherigen Prohibitivsystems zu einem mäßigen Schutzzolle entschieden anbahnen solle. Gänzlich prohibirt blieben blos sehr wenige

Artikel, dagegen wurde eine keineswegs unbedeutende Reihe von Gegenſtänden ganz zollfrei; namentlich Mineralien für künſtleriſche und induſtrielle Zwecke, Noten, Bilder und Bildwerke, Manuſcripte, Bücher (vom Kaiſer Nikolaus mit 10 Kopeken pro Pfund beſteuert) u. ſ. w., alſo gerade weſentliche Vermittler des geiſtigen Wechſelverkehrs der Nationen.*) Herabgeſetzt iſt auch der Zoll für Weine, baumwollene Garne und etliche Gewebe, einige Leinwandwebereien, Stangen- und Roheiſen, gewiſſe ſeidene, halbſeidene und wollene Stoffe, Papier u. ſ. w.

Am 20. Juni 1857 wurde dieſer revidirte Zolltarif veröffentlicht. Vom vorhergehenden Tage datirt aber ein Ukas, welcher die durch Nikolaus ſo außerordentlich beſchränkte Geſtattung des Aufenthalts ruſſiſcher Unterthanen im Auslande wieder auf die frühere Friſt von fünf Jahren ausdehnt, und am 14. Juni war die Unterzeichnung des ruſſiſch-franzöſiſchen Handels- und Schiffahrtsvertrags erfolgt, deſſen Dauer zunächſt auf ſechs Jahre feſtgeſtellt ward. Unter den damaligen Weltverhältniſſen erſchien derſelbe allenthalben weit mehr ein politiſcher, als ein volkswirthſchaftlicher Act. Auch in Rußland erfuhr er keine andere Beurtheilung; man nannte ihn die nationalökonomiſche Beſiegelung einer franzöſiſch-ruſſiſchen Allianz. Ja die pariſer officiöſe Preſſe gefiel ſich ſelbſt darin, in der Reviſion des Zolltarifs, wie in dem Handels- und Schiffahrtsvertrage der geſammten europäiſchen Welt geradezu ein Geſchenk der Napoleoniſchen Civiliſationspolitik zu octroyiren. Daß nun im neuen Zolltarif die franzöſiſchen Handels-

*) In einem gewiſſen intellectuellen Zuſammenhange mit der Zollfreiheit dieſer Gegenſtände, ſowie mit einem ſpäter verhandelten franzöſiſch-ruſſiſchen Schutzvertrage für literariſche und künſtleriſche Erzeugniſſe, ſtand ein ungefähr gleichzeitig erlaſſener Ukas, welcher ein funfzigjähriges Eigenthumsrecht auf Erzeugniſſe der Literatur, Muſik und bildenden Künſte für die Urheber und deren Erben herſtellt.

intereſſen ganz beſonders berückſichtigt waren, ließ ſich ſchon nicht verkennen, die Conceſſionen des Handels- und Schiffahrtsvertrags aber, obgleich natürlich auf dem Princip der vollſtändigſten Gegenſeitigkeit beruhend, erſchienen vom Standpunkte des bisherigen ruſſiſchen politiſchen wie mercantilen Syſtems geradezu beiſpiellos und unerhört. Während den beiderſeitigen Unterthanen im andern Staate Kauf und Miethung von Häuſern, Magazinen, Grundſtücken u. ſ. w. zu kaufmänniſchen Zwecken geſtattet wird, ohne ſie andern Laſten und Abgaben als den eigenen Unterthanen zu unterwerfen, gewährte Rußland ſpäter (Oct.) ſeinen franzöſiſchen Handelsgäſten auch rückſichtlich der Gewerbeſteuer für den Detailhandel noch beſondere Vortheile vor allen Ausländern.*) Dabei bedarf es kaum der Bemerkung, daß hinſichtlich der Behandlung der Flaggen, der Befreiung von Municipal- und Militärdienſten, des Conſulatweſens u. ſ. w. beide Staaten gegenſeitig ebenfalls die weiteſten Begünſtigungen ſtipulirten. Den Schluß des Documents bildet ein Artikel zum gegenſeitigen Schutze der Fabrikmarken und Waarenſtempel, worin außerdem ein gleicher Schutzvertrag für literariſche und künſtleriſche Erzeugniſſe in Ausſicht genommen wurde.**)

---

*) Im März 1858 wurde jedoch den Unterthanen der nordamerikaniſchen Union, mit welcher ein älterer Handels- und Schiffahrtsvertrag beſteht, dieſelbe Begünſtigung gewährt.

**) Die politiſche Bedeutung, welche man dem franzöſiſch-ruſſiſchen Handelsvertrage unmittelbar nach ſeinem Abſchluſſe beimaß, verlor ſpäter allerdings an ihrem Gewicht, da Rußland theils noch im Verlaufe des Jahres 1857, theils 1858 den Griechen, Belgiern und Niederländern gleiche Rechte und Freiheiten, wie den Franzoſen gewährte, theils endlich (10. Jan. 1859) auch mit Großbritannien einen Vertrag auf denſelben Grundlagen abſchloß und den engliſchen Unterthanen ſelbſt noch größere politiſche Zugeſtändniſſe machte (z. B. daß bei ihnen keine Hausſuchung, außer auf Grund eines ſchriftlichen richterlichen Urtheils oder eines ſpeciellen Befehls der competenten Behörde ſtattfinden

Weder die Revision des Zolltarifs auf liberalern Grundlagen, noch auch der Handelsvertrag mit Frankreich fand im eigentlichen Geschäftspublikum Rußlands ein freundliches Willkommen, während die principielle Fortschrittspartei sie jubelnd begrüßte. Nur das Gegentheil wäre zu verwundern gewesen. Denn noch stand ja die russische Industrie nicht in neuer, strotzender Blüte und auf der natürlichen Grundlage des zu befriedigenden Bedürfnisses, sondern großentheils auf jenem künstlich geschaffenen Boden, welcher eben blos durch das Prohibitivsystem ergiebig gemacht worden war. Auch hatte sich der Handel und namentlich der Luxushandel bei dem Prohibitivsysteme, dessen untrennbarer Begleiter der ausgedehnteste Schmuggel geblieben war, in vieler Beziehung besser gestanden, als er es unter den nunmehrigen Verhältnissen hoffen durfte. Dazu kamen vollends die Begünstigungen für den Detailhandel der Ausländer, während die Russen bei aller Selbstgefälligkeit sich doch nicht zu der Illusion verstiegen, daß sie mit ihren nationalen Fabrikaten, einige untergeordnete Branchen ausgenommen, dem Detailhandel ausländischer Märkte eine nennenswerthe Concurrenz zu bereiten vermöchten. Beim Verkauf von russischen Rohproducten und Halbfabrikaten nach auswärts konnte aber selbstverständlich blos vom Großhandel die Rede sein.

Soll nun die russische Regierung, sonst so geschickt in der Wahrung ihrer Landesinteressen, den Zolltarif abgeändert und jene Verträge gerade mit den gewerbreichsten, im Handel gewandtesten Nationen Europas abgeschlossen haben, ohne die heimischen Handels- und Gewerbszustände dagegen abzuwiegen?

---

darf). Im März 1859 folgte dann ein Vertrag mit Preußen, wogegen die Verhandlungen mit Oesterreich erst später zum Abschluß geführt und nicht einmal alle gegenseitigen Begünstigungen des ältern Handels- und Schiffahrtsvertrags erneuert zu haben scheinen.

Dies ist nicht anzunehmen. Gerade das erste Jahr des orientalischen Kriegs, in welchem Handel und Industrie noch fortarbeiteten, während die Grenzen factisch abgeschlossen, die Ausländer vom russischen Markte verjagt waren, hatte die beste Gelegenheit geben müssen, die dem nationalen Industrie- und Handelsleben ursprünglich innewohnende Kraft und Fähigkeit genau würdigen zu lernen. Was hatte sich herausgestellt? Ausdehnung des Handels an den Säumen des Reichs und Concentration in einigen großen Plätzen des Innern ohne gleichmäßige Vertheilung über das Land; rasches Verwelken der künstlichen, auf das Prohibitivsystem basirten, blos auf die vornehmern Klassen berechneten Industrien; dagegen eine relativ geringe Unterbrechung der asiatischen Handelsströmungen und ebenso, wie eben darum eine fortdauernde Arbeit der auf die Urproduction begründeten Gewerbthätigkeit. Aus der vollständigen Auflösung aller Handels- und Gewerbsarbeiten während des Kriegsjahres 1855 waren nach dem Friedensschlusse abermals die Anfänge der eigentlich nationalen und natürlichen Industrien sehr rasch wieder aufgekeimt, während Kunstindustrie und Luxusfabrikation an kein Wiederaufleben ohne directe Unterstützung durch den Staat denken konnten. Sollte nun letzterer, angesichts der bevorstehenden Umgestaltungen im gesammten Verkehrsleben durch das Eisenbahnsystem, angesichts der kolossalen Arbeiterbedürfnisse bei den Bahnbauten, angesichts ihres unermeßlichen Verbrauchs von Rohproducten und Halbfabrikaten, die Wiedereinlebung eines Theils der Nation in die abgewelkten, nicht vom unmittelbaren Bedürfnisse getragenen Fabrikationen abermals direct begünstigen? Sollte er nicht vielmehr durch Aufhebung oder Verminderung der künstlichen Schutzmauern eines Treibhauslebens ihre Arbeitskräfte dazu nöthigen, auf diejenigen natürlichen Productionen und wahrhaft nationalen Industrien zurückzugehen, bei denen sie eine erdrückende Concurrenz des Auslandes nicht

zu befahren haben? Sollte er ferner die blos peripherische oder inselgleiche Handelsbewegung wieder herrschend werden lassen, wie es durch die Fernhaltung des Auslandes geschehen war, während in ländergroßen Provinzen der Kram- und Hausirhandel allein das Publikum für ungeheuere Preise höchst unzulänglich versorgte?

Einfache statistische Angaben, den officiellen „Statistischen Tabellen des russischen Reichs" (Petersburg 1859) entnommen, schildern diese ungleichmäßige Vertheilung der Handels- und Industriethätigkeit besser als weite Ausführungen. Der Gesammtwerth der jährlichen Production aller Fabriken und Manufacturen im europäischen Rußland — Finnland und Polen ausgenommen — beziffert sich mit 222 Millionen Silberrubel. Davon kommen 39 Mill. auf das moskauer, 38 Mill. auf das petersburger Gouvernement, 21 Mill. auf Wladimir, 19 Mill. auf Perm, während zwölf Gouvernements noch nicht einmal für je 1 Mill. Silberrubel produciren. Ferner wird das Kapital des Handels im europäischen Rußland auf 537 Mill. Silberrubel angegeben, wovon 115 — 116 Mill. den beiden ersten Handelsgilden zugehören. Die gesammten drei Handelsgilden zählten (1856) 55070 Kaufleute, worunter 51012 ausschließlich Kleinhandel trieben und blos 4058 den beiden ersten Gilden angehörten, von denen wieder 2195 in den Gouvernements Petersburg, Moskau und Odessa zusammengedrängt waren, während z. B. Olonetz blos 6, Jakuzk 3, Kamtschatka 1 Großhändler aufweist. War nun jetzt, wo das productive und mercantile Geschäftsleben noch nirgends wieder in seine alten Gewohnheiten und Gleise zurückgekehrt war, nicht ebenso der geeignetste, wie nach aller Wahrscheinlichkeit der letzte Moment, um die Industrie- und Handelsthätigkeit zu einer gleichmäßigern Vertheilung im Reichsinnern und zur Vervielfältigung ihrer Wechselbeziehungen mit den östlichen Gouvernements und Nachbarvölkern hinzunöthigen?

In wirklichen Culturländern mit freiem Verkehr innerhalb der Grenzen eines natürlichen Handelsgebiets würde das Experimentiren mit einem derartigen Zwange mindestens sehr zweifelhafte Wirkungen äußern. Dagegen steht Rußland auch in dieser Beziehung auf ganz andern Voraussetzungen, als sie der westeuropäischen Anschauung geläufig sind. Das Polizei- und Beaufsichtigungssystem unter Kaiser Nikolaus hatte auch das Innere des Reichs durch sein Paßwesen und die Thorwachen der Städte in lauter kleine Bezirke abgegrenzt, deren Ueberschreitung dem Menschen- und Handelsverkehr neue Aufenthalte und Belästigungen bereitete, wenn ihn die Mangelhaftigkeit der Communicationen nicht schon von jeder Bewegung und von jeder Eroberung neuer Gebiete abschreckte. Sollte nun die bisher peripherische und excentrische Handelsbewegung zu concentrischen Strömungen hingeleitet werden, so waren zunächst diese Hemmnisse wegzuräumen, solange die Communicationsmittel noch nicht vervielfältigt waren. Dies geschah noch vor dem Inslebentreten des russisch-französischen Handelsvertrags durch Entfernung der Thorwachen und Schlagbäume an den Eingängen der Städte, sowie durch Abänderung der bisher nothwendig gewesenen Pässe zu Reisen im Innern des Reichs. Diese wurden bisher entweder blos für bestimmte Reiserouten ausgestellt, überall visirt, bei jeder Abänderung der Route mit neuen Pässen vertauscht, oder von Gouvernement zu Gouvernement ausgefertigt. Indem jetzt an ihre Stelle Reiselegitimationen für das ganze Reich traten, gewann der innere Verkehr sozusagen überhaupt erst die Möglichkeit, sich ohne immer neue Geld- und Zeitverluste mit dem Terrain seiner Unternehmungslust und Thätigkeit bekannt zu machen. Daß aber mit jener Entfernung der Thorwachen und dieser Einrichtung des Paßwesens zugleich das Princip der fortwährenden polizeilichen Controlirung jedes einzelnen Reisenden und der zeitvergeudenden Specialinspection

jedes einzelnen Waarentransports wegfiel, bedarf kaum einer Bemerkung.

Dieſe Erleichterungen des Verkehrs im Innern konnten jedoch dem beabſichtigten Zwecke gleichfalls noch nicht genügen, ſolange damit nicht eine größere Beweglichkeit des Kapitals Hand in Hand ging. Das wirkſamſte Mittel würde allerdings die entſprechende Umgeſtaltung der Creditgeſetzgebung geweſen ſein. Allein der Staat ſelbſt konnte vorläufig noch nicht die Conſequenzen der ſoeben erſt beginnenden Entwickelungen des Geſchäftslebens ermeſſen, die Emancipation der Leibeigenen war noch nicht einmal im Ausführungsprincip feſtgeſtellt; und zunächſt lag es den finanziellen Intereſſen der Regierung wol auch weniger daran, die Kapitalien im Geſchäftsverkehr gleichmäßig zu vertheilen, als überhaupt ihre ſchlummernden Kräfte zu wecken und ſie vornehmlich zur Betheiligung am Eiſenbahnunternehmen anzuregen. Auch war der Staat zugleich bei dieſer Frage ſelbſt Partei, weil er faſt ein Monopol der Arbeit mit Credit und Kapitalien beſaß. Nämlich eben die Unzulänglichkeit des Wechſel-, Handels- und Hypothekenrechts hatte fortwährend am meiſten dazu beigetragen, die Privatkapitale den Reichscreditbanken faſt ausſchließlich zuzuführen und den Zinsfuß im Privatverkehr auf einer exorbitanten Höhe zu erhalten. (Auch bei Darlehen auf Grundſtücke 10 bis 15 Procent, auf Verſchreibungen und Fauſtpfänder bis zu 25 Procent.) Damit waren dem Staate fortwährend liquide Mittel zur Dispoſition geſtellt, weil natürlich ſeine Creditanſtalten das meiſte Vertrauen genoſſen; aber um dieſen Credit feſtzuhalten, durften ſie auch von jener peinlichen Sicherheit ihrer Operationsweiſe nicht abweichen, welche eine wahrhaft productive, das allgemeine Geſchäftsleben fördernde Arbeit der eingelegten Kapitale unmöglich macht. Die Kronbanken leihen nur auf ſtädtiſchen und ländlichen (Leibeigenen- und) Grundbeſitz für längere, auf Waarenpfänder für kurze Zeit und

discontiren Wechsel blos in sehr beschränktem Umfange (Commerzbanken zu Petersburg, Moskau, Kiew und Odessa). Daß dieser Operationskreis des Kapitals den Bedürfnissen eines neuerwachten industriellen und mercantilen Aufschwungs nicht genügen konnte, war allerdings selbstverständlich, allein der Staat als finanzielle Partei mochte ebenso wenig die großen Vortheile seiner Position aufgeben, ohne seine eigenen Interessen zu gefährden. Man suchte also nach einem Mittelwege, auf welchem den Reichscreditbanken der Kapitalzufluß nicht abgeschnitten und gewissermaßen blos der Ueberfluß in den allgemeinen Verkehr, namentlich auf die Eisenbahnactien (worin der Verkehr auf den auswärtigen Börsenplätzen noch sehr gering war) abgelenkt würde.

Die Reichscreditbanken verzinsten nun die Privateinlagen im Durchschnitt mit 4 Procent. Der Großen Eisenbahngesellschaft sind allerdings 5 Procent garantirt; allein gerade diejenige Klasse von Kapitalisten, welche hauptsächlich ihre Einlagen bei den Reichscreditbanken macht, war des Verkehrs mit Börsenpapieren, deren Cursschwankungen u. s. w. ungewohnt. Der Unterschied von 1 Procent wog bei der großen Mehrzahl die bequeme Gewohnheit der bisherigen Anlage nicht auf, und überdies blieb die Actie stets ein Papier, welches sich nicht so rasch und einfach verwerthen ließ als der Schuldschein der Creditbank. Diesen Gesichtspunkt schien vornehmlich die plötzliche Herabsetzung des Zinsfußes der Reichscreditbanken im Auge zu halten (Ukas vom $\frac{20.\ \text{Juli}}{1.\ \text{August}}$ 1857). In der Ausführungsverordnung heißt es sogar ausdrücklich: „Um einem voraussichtlichen Verluste für die Bankanstalten aus der Anhäufung von sehr bedeutenden Kapitalien in denselben vorzubeugen, welche diese Anstalten der Art ihrer Operationen zufolge nicht in gehörigen Umlauf zu setzen vermögen, und zugleich den brachliegenden Kapitalien eine dem Wohle des Reichs mehr entsprechende Verwendung

zu geben, wird u. s. w. befohlen, die bisjetzt von den Anstalten für Depositen bezahlten Zinsen herabzusetzen; zugleich sind in demselben Verhältnisse die Zinsen für Darlehen aus den Bankanstalten gegen Verpfändung von unbeweglichen Gütern herabgesetzt" u. s. w. Den Privaten wurden nämlich fortan 3 anstatt 4 Procent, der Krone sogar blos $1\frac{1}{2}$ Procent bestimmt, wogegen die Anleihen mit 4 anstatt 5 Procent zu verzinsen sind. Den Depositären, welche nicht auf diese Herabsetzungen eingehen wollten, blieb die Zurückziehung ihrer Kapitale freigestellt und deshalb ein bestimmter Termin gelassen, bis zu welchem die bisherige Verzinsung fortlief. *)

Jedenfalls war damit ein gewagtes und immerhin unsicheres Experiment in Scene gesetzt. Bei einem consolidirten Privatcredit und geregelten Creditgesetzen hätte es sogar nothwendig ein Abströmen der Kapitalien aus den Reichscreditbanken zur Folge gehabt, welches deren Fonds außerordentlich reducirt, ja es wol gar in Frage gestellt hätte, ob sie den an sie gestellten Forderungen zu Baarauszahlungen nachkommen könnten. Denn bei dem jetzigen Geldbedürfniß aller Geschäftsbranchen und den tausendfachen neuen Kapital- und Creditunternehmungen waren jedenfalls Kapitale überall lucrativer anzulegen, als mit reducirtem Zins in den Reichscreditinstituten. In der unzureichenden Creditgesetzgebung — beziehendlich auch in der Unsicherheit der Anwendung dieser Gesetze durch die noch keineswegs reorganisirten Behörden — beruhte also der Schutz des Staats dagegen, daß der angeregte Kapitalabfluß nicht zu einem entleerenden Kassensturz der Creditanstalten werde. Zugleich darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Reichscreditbillets seit ihrer Entstehung (1843)

*) Die staatsfinanzielle Bedeutung dieser Maßregel wird weiter unten (Abschnitt: „Die Gegenwart. 1859—1860") im Zusammenhange mit spätern Maßregeln und dem Finanzwesen überhaupt zu erörtern sein.

nur insofern Banknoten sind, als sie bei den Wechselbanken jeden Augenblick gegen klingende Münze eingelöst werden sollen; insofern sind sie es dagegen nicht, als sie Zwangscurs haben, also gesetzlich dem Silber gleichgestellt sind. Wer seine Einlage kündigte, konnte sich nicht dagegen sträuben, daß ihm sein klingendes Kapital in Creditbillets zurückerstattet wurde. Dagegen war im Verkehr der Mangel an Metallgeld bereits seit Jahren so groß und die Ueberflutung mit Creditbillets so ungeheuer, daß auf Metall ein bedeutendes Aufgeld gezahlt wurde. Wer also von den Creditbanken mit Billets ausgezahlt wurde, erlitt einen positiven Verlust am eingezahlten Kapital, wenn er nicht das empfangene Papier unmittelbar in die Wechselbank tragen konnte. Wie viele Einleger konnten dies? Bei Rußlands Raumverhältnissen blos relativ wenige. Wenn dagegen ein Gläubiger, welcher Hunderte, ja Tausende von Werften von einer der zwölf Wechselbanken des Reichs entfernt wohnt, sein Kapital in Billets erhielt, so mußte er es einem Makler in einer Stadt mit Wechselbank schicken, die Maklercourtage, Porto und Assecuranzgebühr für die Hin- und Hersendung und den Zinsverlust während der ganzen Wanderungszeit des Geldes tragen. Dazu kommt, daß die Wechselkassen mit wenigen Ausnahmen, z. B. Petersburg, in der Regel weit entlegen von der Peripherie des Reichs sind, wo, wie oben berührt wurde, vorläufig der Handel und die Kapitalspeculation concentrirt sind, also die Nachfrage nach klingender Münze deren beste Verwerthung gestattet. Schon diese Umstände hielten nun viele Kapitalisten ab, von der freigestellten Rückforderung ihrer Einlagen bei den Reichscreditbanken Gebrauch zu machen. Aber da sich nun einmal ein Curs der Reichscreditbillets, trotz des gesetzlichen Zwangscurses, entwickelt hat, war natürlich auch jeder einzelne Bankgläubiger aufs lebhafteste dabei interessirt, daß die Creditassignaten nicht noch tiefer im positiven Werthe herabgingen.

Worauf beruht ihre Garantie? Auf den bei den Leihanstalten verpfändeten Immobilien und der Möglichkeit sofortiger Umwechselung in klingende Münze. Die eine Garantie, die Pfandobjecte, war bereits durch allgemeine Vernachlässigung der Landwirthschaft während des Kriegs, durch ungeheuere Verluste an Menschen (Leibeigenen) und wegen der bevorstehenden Bauernemancipation positiv verringert, jedenfalls unbemeßbar geworden. Die Masse der umlaufenden Creditbillets entzog sich seit dem Ukas vom 10. Jan. 1855, welcher deren temporelle Emission fast unbeschränkt gestattete und erst seit dem 5. April 1857 wieder aufgehoben war, ebenfalls jeder genauern Berechnung, überstieg jedoch weitaus das Papierbedürfniß des Reichs. Die leiseste Stockung der Auswechselung bei den Banken hätte die ganze Assignatencalamität früherer Zeiten wiedergeboren. Also lag auch in diesen Verhältnissen eine weitere Veranlassung für die Creditbankgläubiger ihre Einlagen nur in dringendem Nothfalle zurückzufordern. Kurz die scheinbar so gewagte Operation der Zinsherabsetzung der Reichscreditbanken fand unter den gegebenen Verhältnissen auch wieder viele Sicherheiten gegen einen übermäßigen Kapitalabfluß.

Doch wurde natürlich die gewonnene Verfügungsfreiheit trotz alledem von vielen Kapitalisten benutzt und jedenfalls gab der scheinbare Verzicht auf das bisherige Monopol der Reichscreditbanken dem Aufschwunge der Privatspeculation einen neuen Anstoß. Um aber mit dieser Beweglichmachung immerhin bedeutender Summen nicht der (durch die früher berührten Maßregeln begünstigten) gleichmäßigern Vertheilung des Geschäftsverkehrs über das Reich dadurch ein Hemmniß zu bereiten, daß die freigewordenen Kapitale nun ausschließlich wieder nach den Concentrationspunkten des Handels und der Speculation zusammenflössen, folgte der Zinsherabsetzung bei den Reichsbanken sofort ein weiterer Ukas (15. August), wel-

cher die Stadtgemeinden zur Errichtung von Communalbanken ermächtigte. Der ihnen angewiesene Operationskreis ist derjenige eines Bankiers und hinsichtlich der Geschäftsmanipulationen sogar weniger beschränkt, als jener der Reichscreditinstitute. Aber alle Geschäfte sind örtlich begrenzt. Die Fonds der Communalbanken entstehen nämlich ausschließlich durch Einlagen von Ortseinwohnern oder Ortsbehörden, Darlehen dürfen ebenfalls blos diesen beiden Kategorien gewährt werden; die verpfändeten Immobilien müssen Eigenthum von Ortsangehörigen sein, die Waarenpfänder russischen Ursprungs, zum Verkauf bestimmt, doch nicht Gegenstand des Detailhandels.

Trotz aller Mangelhaftigkeiten ließ sich in den aufgeführten Maßregeln von der Revision des Zolltarifs bis zur Gestattung der Communalbanken ein Hervortreten des Staats aus der frühern Starrheit seiner nationalökonomischen und finanzpolitischen Principien nicht verkennen. In ihrer Combination bahnten sie jedenfalls eine keineswegs zu unterschätzende Bewegungsfreiheit und Decentralisation der Handels-, Speculations- und Industriethätigkeit an. Außerdem brechen sie, soweit es ohne Umgestaltung der ganzen Handels- und Creditgesetzgebung thunlich, ziemlich entschieden mit dem verderblichen Systeme, dessen Praxis unter allen Umständen blos gedient hatte, den Staatscredit auf Kosten des Privatcredits zu heben. Die russische Geschäftswelt begriff auch sofort das Wesen dieser Reformen und faßte die empfangenen Anregungen mit Lebhaftigkeit auf. Daß freilich die unmittelbarste Absicht der Zinsreductionen erreicht, daß die pecuniäre Betheiligung der inländischen Kapitale an den Staatseisenbahnen gewachsen sei, dafür sprachen schon damals wenig Symptome und der fortwährend langsame Bau zeugt auch noch heute nicht dafür. Die Ursache möchte indessen weniger in materiellen Gründen, als vielmehr in einer gewissen Misstimmung des Publikums gegen die Anheimgabe des Unter-

nehmens an Fremde zu suchen sein. Dagegen gab die erste Hälfte des Jahres 1857 mit den angedeuteten Reformen das Signal zur Entstehung jener unzähligen Actiengesellschaften, welche theils für bestimmt formulirte industrielle und mercantile Zwecke, theils zur allgemeinen Förderung des Handels-, Verkehrs- und Gewerbewesens seit jener Zeit in Rußland emporgeschossen sind. Die Regierung ist dieser Strömung fortwährend gefolgt, sie ertheilte die Concessionen mit freigebigster Hand und schien auf diesem Gebiete nahezu auf jede regelnde Einwirkung verzichten zu wollen. Erst in allerneuester Zeit, nachdem der Zusammenbruch einer Reihe von solchen Actiengesellschaften und Creditassociationen die Gefahr einer allgemeinen Geschäftskrise brennend gemacht hat, sehen wir sie zurückhaltender mit ihren Gestattungen. Freilich gehört auch erst dieser neuesten Zeit die Gründung eines Sachverständigenraths, welcher derartige Projecte nach ihrem materiellen Werthe zu begutachten hat, bevor die Concessionsfrage vor die betreffenden Behörden tritt.

Von den Anordnungen, Einrichtungen, Vorbereitungen und Abschlüssen, welche seit der moskauer Krönung Zug um Zug durch die verschiedensten Gebiete des materiellen Lebens in Rußland und seiner geschäftlichen Wechselbeziehungen mit Europa dahinschritten, waren fast alle sonstigen Bewegungen in den Schatten gerückt worden. Rußlands absolute Friedlichkeit, seine Selbstbeschränkung auf innere Eroberungen, seine Abwendung von den auswärtigen Gängen der Zeitgeschichte, sein Aufgehen in heimischen Schöpfungsarbeiten — dies ungefähr waren die Schlagworte, um welche sich das Urtheil der öffentlichen Meinung Europas gruppirte, nachdem der Aufregungssturm über das Circular vom 2. Sept. 1856 vorübergebraust war und in den unmittelbar nachfolgenden Zeitereignissen

keine hervorragende Veranlassung gefunden hatte, sich wieder von neuem zu beleben. Auch im russischen Publikum verbleichte die Theilnahme an der ausländischen Politik um so mehr, je vollständiger die Krönungszeit und ihr Glanz die nationale Eitelkeit oder den patriotischen Stolz befriedigt und namentlich der Rivalität gegen England mit den asiatischen Errungenschaften oder Aussichten geschmeichelt hatte. Die öffentliche Strömung gefiel sich nunmehr in der Rolle ihrer civilisatorischen Mission. Auch die zur Schau getragene Annäherung des Gouvernements an Frankreich widersprach diesen Stimmungen nicht; die klug censirte Preßfreiheit versäumte nicht einen Augenblick, ihr herzliches Wohlwollen für immer engere Wechselbeziehungen mit dem westlichen Imperialismus in solche Formen zu kleiden, daß niemand daran zweifeln konnte, Rußland gewähre damit eine Gunst, um welche französischerseits geziemend geworben worden sei.

Daß solche Anschauungen von den Thatsachen bestätigt wurden, ist früher bereits näher ausgeführt. Dort wurde auch erwähnt, wie die petersburger Politik den diplomatischen Dilettantismus des Grafen Morny durch kluge Zurückhaltung so vortrefflich auszunutzen verstand, daß derselbe im heftigen Drängen nach der politischen Allianz zwischen dem westlichen und östlichen Cäsarismus alle jene Vortheile für das Eisenbahnunternehmen gewährte, welche als materielle Gewährleistung für die endliche politische Coalition erschienen. Rußland gestand dafür die Vortheile der Tarifrevision und des Handels- und Schiffahrtsvertrags zu, erreichte jedoch nicht die gewünschte Lossagung Napoleons III. von den englischen Interessen in Asien. Der consequent verfolgte letzte Zweck der Annäherung an den Bonapartismus, die Scheidung der westmächtlichen Allianz, blieb also an dieser für Rußland vorläufig wichtigsten Stelle zurückgestellt. Man mußte selbst die Vermittelung des Friedens zwischen England und Persien

(Abschluß 4. März 1857), als deren Agent Feruk Khan unter Napoleonischer Aegide in Paris erschienen war, ungehemmt geschehen lassen und sich darauf beschränken, dem französisch-englischen Uebergewicht am Hofe von Teheran mit einer neuen russischen Mission (April) ein Gegengewicht zu bieten. Allein auch mit diesem Mittel vermochte der russische Einfluß nicht, in Persien seine alte hegemonistische Stellung wieder zu erringen. Als beinahe zu derselben Zeit, da der englisch-persische Friede in Teheran ratificirt wurde, eine Revolution von Khulkal ausgegangen und von Nordpersien her durch Raubzüge der Turkomanen beantwortet worden war, bot Rußland dem Schah Hülfstruppen an. Waren nun besondere Bedingungen an dieses Anerbieten geknüpft, oder hatte man in Persien bestimmte Bestätigungen für das in Europa verbreitete Gerücht, wonach jene Unruhen selbst russischen Ursprungs sein sollten, oder erwiesen sich die vereinten westmächtlichen Abmahnungen wirklich so stark — genug der Schah lehnte die freundnachbarliche Unterstützung ebenso höflich als entschieden ab. Die russische Staatsklugheit blieb auf das Abwarten gewiesen.

Nicht viel erfolgreicher stellten sich auch die Versuche, in derselben Zeit die Verwickelungen Englands mit China überraschend zu einer vortheilhaften Regelung der russisch-chinesischen Verhältnisse zu benutzen. Graf Putjatin war schon im Herbst 1856 als außerordentlicher Gesandter nach Peking, und zwar auf dem Landwege über Kiachta gesendet worden (S. 135), um, während die Westmächte umsonst von den geöffneten Handelsplätzen aus directe Verhandlungen mit dem chinesischen Kaiserhofe wegen verletzter Verträge anzuknüpfen suchten, die von ihnen erstrebten Vortheile vorwegzunehmen. Gleichzeitig war Murawiew nach dem Amurgebiet abgegangen, um hier mit wohlangebrachten militärischen Pressionen den Gang der diplomatischen Verhandlungen zu unterstützen.

Die Position Rußlands erschien die vortrefflichste für die

Ausführung eines solchen Plans. Es war der einzige Staat, welcher bereits eine ständige Mission in Peking besaß; es hatte ferner, ehe noch die Westmächte und Nordamerika an eine Benutzung der revolutionären Auflösungen Chinas für dessen erstrebte Oeffnung dachten, längst seine „Erwerbungen" im Amurgebiet über die vom Vertrage von Nertschinsk (21. Oct. 1727 und 14. Juli 1728) bestimmte Grenze ausgedehnt. Diese zog nämlich nördlich vom Amur und aller ihm vom Norden zufließenden Gewässer, längs einer westöstlich streichenden Gebirgskette (der äußern Hingngan) bis zum Ochotskischen Busen hinab. Friedliche russische Einwanderer waren nun, ungefähr seit 1848, von Ochotsk kommend, den Amur bis Nertschinsk hinaufgefahren; zwischen ihren Ansiedelungen am Nordufer waren aber, mitten auf chinesischem Gebiete, befestigte Magazine entstanden. Von den Aufständen im Süden des Reichs in Anspruch genommen, hatte die chinesische Regierung nicht daran denken können, diesem Flibustierthum zu begegnen. In die Festen waren dann allmählich russische Soldaten, allerlei Kriegsmunition und sonstige Vorräthe gekommen, welche den Amur hinab nach Ochotsk, Petropawlowsk und die übrigen Ansiedelungen entführt wurden. Unfern der Amurmündungen entstand der gewaltige Waffenplatz Nikolajew. Solchergestalt war aber nicht blos Nertschinsk, Jakutsk und die ganze Umgegend des Baikalsees mit dem Stillen Meer und Kamtschatka, sowie mit Rußlands amerikanischen Besitzungen in Verbindung gesetzt, sondern auch die Unabhängigkeit und der ganze Bestand des Mittelreichs unmittelbar unter die Drohung des russischen Schwerts gestellt. Denn vom Amur her können Chinas nördliche Provinzen, kann selbst Peking mit einer Truppenmasse und zwar ohne besondere Schwierigkeiten überzogen werden, wie auch alle tatarische Völkerschaften, welche China früher ganz oder theilweise eroberten, von hier ausgegangen sind. Vergegenwärtigt man

ſich dies alles, ſo erhellt bereits die folgenſchwere Bedeutung, welche Rußland dieſer Poſition zu geben gedachte, als es (Auguſt 1856) eine oſtſibiriſche Flottenſtation mit einer eigenen, zu Nikolajew am Amur reſidirenden Generalverwaltung erſchuf und dieſe dem General Murawiew unterordnete, während Putjatin die erwähnte außerordentliche Miſſion antrat. Den Engländern waren ſicherlich weder dieſe Umſtände, noch jener unbekannt, daß die ruſſiſche Miſſion in Peking den weſtmächtlichen Verhandlungen entgegenarbeitete. Darin mag ſogar vielleicht einer der Gründe geſucht werden, weshalb ſie in überſtürzender Eile den nichtigſten Vorwand ergriffen, um mit dem Bombardement von Kanton einen neuen Krieg mit China zu eröffnen, ſelbſt ohne die Zuſtimmung Frankreichs abzuwarten. Rußland rechnete nun auf die Eiferſucht des letztern, verſprach ſeinen Einfluß in Peking zu deſſen beſonderer Begünſtigung zu verwenden und ſtellte auch der nordamerikaniſchen Neutralitätspolitik gleiche Vortheile in Ausſicht. Der Moment ſchien gekommen, England in der wichtigſten oſtaſiatiſchen Poſition zu iſoliren. Allein auch am chineſiſchen Kaiſerhofe mochte endlich das Mistrauen gegen Rußland überhandgenommen haben, und es war faſt zur ſelben Zeit, als Kanton von den engliſchen Bomben zerſtört wurde, daß die chineſiſchen Grenzbehörden dem General Putjatin die Durchreiſe durch die Mongolei nach Peking verweigerten. Umſonſt blieben jetzt die mancherlei Wege, mit denen hier der Zweck erreicht und Frankreich gleichzeitig von der Cooperation mit England abgezogen werden ſollte.' Der Drang des Napoleonismus, ſich Rußland gefällig zu erweiſen, blieb noch immer ſchwächer als das Bewußtſein von der Nothwendigkeit der weſtlichen Allianz. Zum ſchwachen franzöſiſchen Geſchwader unter Guerin ging (Ende Januar 1857) eine bedeutende Verſtärkung unter Rigault ab und die franzöſiſche Preſſe verſicherte mit beſonderm Nachdrucke, daß dies keine ſpeciell fran-

zösische Expedition sei, sondern „die Intervention in die Angelegenheit, welche man sehr wohl die Frage des fernsten Orients nennen könnte". Ueber ihre Erledigung herrsche zwischen Frankreich und England vollkommenes Einverständniß. So fand man denn in Petersburg gerathen, als daran nachher selbst die indische Revolution nichts änderte, die westlichen Alliirten auf ihren chinesischen Wegen freundlich, sogar angeblich vermittelnd, namentlich aber beobachtend zu begleiten. Putjatin gab seine Versuche zur Landreise nach Peking auf, fuhr den Amur nach Nikolajew hinab und präsentirte sich den französischen und englischen Bevollmächtigten (Baron Gros und Lord Elgin) als Rußlands außerordentlicher Botschafter (5. Aug. 1857).

Während diese Vorgänge in Mittelasien aus dem Jahre 1856 nach 1857 hinüberspielten, hatte die pariser Nachconferenz die bessarabische Grenze festgestellt (6. Jan. 1857). Die 205 Quadratmeilen, welche Rußland dadurch einbüßte, wogen in Petersburg allerdings nicht schwer, wol aber die Abschließung von der Donau, das Aufgeben der factischen Donauherrschaft. Es konnte darum nicht verwundern, wenn sogar die sprichwörtliche Klugheit der russischen Diplomatie sich so weit vergaß, die Empfindlichkeit dieses Verlustes allzu offen merken zu lassen, sodaß die Gefälligkeit Frankreichs in der Nachconferenz sich gehemmt sah und dem starren Beharren Oesterreichs wie Englands das Zugeständniß machen mußte, auf der strictен Auslegung des pariser Vertrags zu beharren. Rußland erreichte nichts weiter als die Verschleppung der Unterzeichnung der Feststellungen der Nachconferenz bis zum Sommer und des Austausches der Ratificationen bis zum Sylvestertage 1857. Jedenfalls lag in diesem Gange der Dinge zu Paris der auffälligste Commentar zu der beeiferten Eile, womit das Sulinafort und Bolgrad nebst den zur Moldau geschlagenen Gebietstheilen Bessarabiens bereits in den ersten Tagen des Jahres an die türkischen Commissare übergeben worden war.

Was aber die Donaufürstenthümer, d. h. die Vorschritte zu ihrer politischen Reorganisation anbelangt, so ist hier nicht der Ort und Raum, des Breitern auf das Intriguenspiel einzugehen, welches unter dem auf allen betheiligten Seiten ziemlich gleichermaßen gemisbrauchten Vorgeben, für die nationalen und politischen Bedürfnisse der Moldauer und Walachen die entsprechende Staatsform herzustellen, die Jahre 1857 und 1858 erfüllte. Jene Uebergabe der genannten Plätze an die Türkei erreichte ihren nächsten Zweck: Oesterreich mußte seine Truppen aus den Donauländern, England seine Flotte aus dem Schwarzen Meer abrufen; die französisch-russischen Agenten und Agitationen am Goldenen Horn wie in den Südslawenländern gewannen freien Spielraum. Union und Nichtunion heißen bekanntlich die Bannerworte, um welche sich die politischen Gegensätze gruppiren, ebenso bekannt ist, wie deren Vertreter, als auf dem pariser Congresse die politische Reorganisation der Donaufürstenthümer als Nothwendigkeit anerkannt worden war, principiell dahin übereingekommen waren, daß deren gegenseitig vollkommene beziehungslose Institutionen nicht fortbestehen könnten, sowie daß die Neugestaltungen das Suzeränitätsrecht der Pforte keineswegs beeinträchtigen sollten. Durch einen zweigliederigen Bund (Nichtunion) mit einer Reihe gemeinsamer Einrichtungen, etwa nach Art der deutschen Bundesstaaten, unter zwei Hospodaren sollte die Reorganisation nach der einen Ansicht hergestellt werden; durch eine Vereinigung (Union) unter einem erblichen, keiner inländischen Familie angehörigen Fürsten wollte die andere Ansicht beide Länder verschmelzen. Um diese Meinungsverschiedenheit zu begründen und gleichzeitig das Material zu einer endgültigen Vereinbarung darüber zu beschaffen, war die bekannte internationale Commission erfunden worden. An Ort und Stelle sollte sie ihre Erhebungen machen und namentlich auch die Wünsche der Bevölkerung ver-

nehmen, deren Organ Divans ad hoc sein sollten. Schon auf der pariser Conferenz verwarfen Oesterreich und die Pforte das von Frankreich aufgestellte und damals auch von England befürwortete Unionsproject; Rußland beobachtete eine vollständige Zurückhaltung, Sardinien und Preußen standen mehr zu Frankreich. Im weitern Verlaufe näherte sich England mehr und mehr der österreichisch-türkischen Stellung, während Preußen sich deren Gegnern noch unbedingter anschloß. Aus den Rivalitätskämpfen der sieben Congreßstaaten gingen endlich die gemeinsamen Instructionen der internationalen Commission, die Competenzfeststellungen für die Divans ad hoc, ging auch der großherrliche Ferman für deren Wahl hervor. Ueberall war die Kern- und Grundfrage, ob Union ob nicht, kunstvoll umgangen, überall blieben die endgültigen Entscheidungen einem abermaligen europäischen Congreß vorbehalten. Daß auf solche Weise und mit diesen Mitteln der Intriguenkampf auf allen Hauptpunkten und Nebengebieten der Walstatt, in allen Lagern und Parteien, an den Höfen wie in den Cabineten, im Berathungszimmer wie auf den Gassen herausgefordert und gleichsam legalisirt ward, ist selbstverständlich. Auch hat dies der Gang der noch heute nur provisorisch erledigten, vor größern Ereignissen zurückgewichenen Frage genugsam bewiesen. Die sogenannte Lösung, die von der pariser Conferenz (19. August 1858) unterzeichnete „Uebereinkunft zur Regelung der politischen Organisation der Donauländer", sowie die ihrem grundsätzlichen Compromiß widersprechende, dennoch aber von derselben europäischen Conferenz, trotz aller Proteste der schmachvoll mishandelten Türkei (13. April 1859), anerkannte Doppelwahl des Moldauers Kousa als Hospodar der Moldau und Walachei, ist voraussichtlich der Anfang eines neuen Kampfes, welcher sich vollkommen dazu eignet, dereinst die Dimensionen eines abermaligen europäisch-orientalischen Kriegs anzunehmen.

Alle Phasen, in welche ein derartig organisirter Interessenkampf aller gegen alle treten konnte, boten jedoch für Rußlands Zukunftsplane keinerlei Gefahr. Daß sich daraus kein Verhältniß gestalten könne, welches der Agonie der Türkei eine Rückkehr zur Lebensfähigkeit gestattete, oder Oesterreichs Einfluß auf die Ostslawen erstarken ließe, war bereits bei der Entwerfung der Instructionen für die internationale Commission mit mathematischer Gewißheit vorauszusehen; selbst ganz abgesehen davon, daß der sogenannten unionistischen Partei in Konstantinopel, Jassy und Bukarest, sowie im pariser Conferenzsaale des numerischen Uebergewichtes unter allen Umständen sicher blieb. Und was kann Rußland, dessen Interessen vorläufig in diesen Gebieten blos zersetzende blieben, speciell von Frankreich befahren? Man durfte der phrasenreichen Principienreiterei des Neunapoleonismus, seiner Nationalitätendoctrin, wie seiner civilisatorischen Missionseitelkeit an dieser Stelle den unbedingten Vortritt ohne Bedenken lassen. Das Geräusch ihrer Lobredner und die zufahrende Hast ihrer Machinationen deckte selbst desto besser die von alters her wohlorganisirte, mit dem ganzen südslawischen Leben und dem Kirchenthum verflochtenen Wühlereien der russischen accreditirten und freiwilligen Agenten. Jedenfalls konnte man in Petersburg vollkommen sicher darauf rechnen, daß der französische Einfluß in der Moldau-Walachei Rußlands Interesse an der Fernhaltung Oesterreichs niemals durchkreuze; und Oesterreich bleibt unter allen Umständen, außer Rußland, der einzige Staat, an welchen sich das projectirte Rumänenreich einmal anlehnen könnte. Anlehnen aber muß es sich, auch wenn es ganz einheitlich gestaltet würde, an eines der großen unmittelbaren Nachbarreiche, denn immerhin wird es blos ein Staat von ein paar Millionen Einwohnern; an und für sich liegt es dabei vollkommen außerhalb des natürlichen Machtgebiets von Frankreich. Auch war

der Gedanke eines französischen Protectorats ebenso wenig neu, als dessen Begünstigung durch Rußland. Abgesehen von frühern Zeiten hatte er noch im politischen Doctrinarismus Guizots eine Rolle gespielt und die petersburger Sanction empfangen. Die bekannte „Europäische Pentarchie", welche damals die russische Politik und ihre weitere Ausbildung wol am feinsten zur Geltung zu bringen versuchte, arrangirte das europäische System durch Zutheilung von Clientalstaaten an die fünf Hauptmächte. Diese Clientalverhältnisse waren derart projectirt, daß sie ausschließlich für Rußland von praktischem Nutzen, für alle andern Großmächte dagegen blos illusorisch sein würden, und Frankreich sollte danach sein Protectorat an der untern Donau besitzen. Nun hat sich allerdings seitdem viel geändert, aber die Consequenzen und Chancen eines solchen Protectorats blieben in Bezug auf die russischen Interessen noch immer unverändert: nämlich voraussichtliche Loslösung dieser Länder von der Türkei, dadurch immer größere Schwächung der letztern und gleichzeitig ein fortwährend revoltirendes Hinterland Oesterreichs; ferner Frankreichs Unmöglichkeit, seinem Clienten materielle Hülfe mit Armeen und Flotten zu leisten, während derselbe, unbeschützt, von der Pforte abgelöst, von Oesterreich bedroht, naturnothwendig sich in die offenen Arme Rußlands werfen muß. Das französische Protectorat, welches jetzt so anmaßlich geübt wurde, blieb also der Vorläufer einer russischen Occupation. Warum sollte die petersburger Diplomatie den französischen Eifer nicht bestens unterstützen?

In welchem Maße, mit welcher Keckheit, in welcher offenen Verbrüderung mit allen denkbaren Revolutionselementen die französisch-russischen Umtriebe unter dem „edeln Rumänenvolke" spielten, haben verschiedene türkische Denkschriften zu wiederholten malen der Diplomatie wie der Oeffentlichkeit Europas ausführlich dargelegt; darüber ist kein Wort zu verlieren. Vermochten jedoch selbst solche Darstellungen nicht,

zwiſchen den von Frankreich und den von Rußland angeſchürten Bewegungen eine unterſcheidende Grenzlinie zu ziehen, ſchienen vielmehr die Revolutionsmiſſionen, ob ſie aus Paris oder Petersburg ihre Loſung erhalten, überall gemeinſchaftlich zu operiren, ſo wird es noch viel weniger möglich, bei den diplomatiſchen Kämpfen auf jenem Gebiete heute bereits zu unterſcheiden, wie weit ruſſiſche, wie weit franzöſiſche Bedingungen für die Vorſchritte maßgebend waren, bei welchen wir unabänderlich die Politik des pariſer Cabinets als Führer und Vertreter der Gegenſtellungen zu Oeſterreich-England erblicken.

Frankreich mit Rußland hatte nun fortwährend und unter allen Situationswechſeln Sardinien und Preußen auf ſeiner Seite; um ſo unbedingter, als die beiden letztern an der Donau und dem Goldenen Horn keine ſelbſtändigen Intereſſen verfolgen, ſondern von ganz abſeits gelegenen Motiven in ihrer vaſallenhaften Stellung zum weſtöſtlichen Cäſarismus bedingt wurden. Preußen, unter der Manteuffelſchen Politik, wollte die moldau-walachiſche Union, weil Rußland ſie wünſcht und vielleicht auch, wenigſtens zur Zeit der Vermittelung Napoleons in der neuenburger Frage, um ſich Frankreich gefällig zu erweiſen; beſonders aber, weil ſie Oeſterreichs Intereſſen widerſpricht. Preußen verfeindete ſich Oeſterreich damit und verletzte England, während es gleichzeitig Deutſchlands Intereſſen verleugnete; es that dies unter der wiederholten Verſicherung, ganz unintereſſirt bei den rumäniſchen Staatsgeſtaltungen zu ſein, und geberdete ſich dennoch parteiiſcher als ſelbſt die Führer der Union. Nur eins war überhaupt ſicher, nämlich daß die preußiſche Diplomatie bei dieſer Frage zu keiner Zeit durch diejenige Politik beſtimmt wurde, welche auf einem großſtaatlichen Bewußtſein ruht. Ihr Verhalten bezeugte vielmehr ununterbrochen die im orientaliſchen Krieg evident gewordene Thatſache, daß Preußen nicht Land genug beſitzt, um ohne großen Führer große Politik zu treiben.

Zu einem Theile mochte zu besonderer Misstimmung gegen die englisch-österreichischen Interessen auch das drückende Bewußtsein mitwirken, daß Napoleons Plan, die europäische Karte schon auf dem pariser Congreß revidiren zu lassen, eben an Englands und Oesterreichs Widerstand gescheitert war. Man war der conservativen Politik beider verpflichtet und sträubte sich um so mehr, diese moralische Verpflichtung an irgendeiner Stelle maßgebend erscheinen zu lassen. Denn sicherlich war es in Berlin so gut wie in aller Welt bekannt, daß Preußen damals sehr schlecht weggekommen sein würde. Daß aber die Idee jener „friedlichen Revision" von Napoleon nur zurückgestellt, nicht aufgegeben war, daß das Project des „rumänischen Königreichs" von Paris aus nicht blos gegen Oesterreichs Interessen am Schwarzen Meer und in Italien in Bewegung gesetzt ward, sondern auf den Beginn zur Verwirklichung jener vertagten Plane zurückführte, darüber ließ selbst die imperialistische Presse keinen Zweifel.

Gerade dieses Moment mußte dagegen für Sardinien die Bedingung der fraglosesten Unionspartisanerie sein. Je mehr Oesterreich in seinen ostslawischen und orientalischen Interessen beschädigt wurde, desto eher durfte die sardinische Politik hoffen, an der Hand ihrer kaiserlichen Gönner auf die Realisirung ihrer nationalitalienischen Plane zurückkommen zu können. In zu vorschnellen Erwartungen von Rußlands offener Misstimmung gegen Oesterreich hatte nun Graf Cavour bereits die österreichische Kaiserreise in den lombardisch-venetianischen Landen (17. Nov. 1856 bis 12. März 1857) benutzt, um Sardiniens feindselige Haltung in Schrift und Wort herausfordernd kundgeben zu lassen. Die Frage der Befestigung von Alessandria war dann weiter in einer Weise betrieben worden, welche den Abbruch der diplomatischen Beziehungen von seiten Oesterreichs geradezu provocirte. Er fand statt und die Spannung zwischen Oesterreich und Piemont steigerte

ſich von Monat zu Monat in einer Weiſe, daß ein kriegeriſcher Conflict zwiſchen beiden Staaten faſt blos noch eine Frage der Zeit bleiben konnte. Wo durfte alſo im weitern Verlaufe der Zerwürfniſſe über die Zukunft der Donauländer Sardinien ſeine Stellung anders nehmen, als ſozuſagen im Schoſe der weſtöſtlichen Gegner Oeſterreichs?

Wenn nun auch Rußland ſeit dem Beginne des Jahres 1857 an den erwähnten Punkten und in den angedeuteten Bezügen die Führung der unioniſtiſchen Coalition der franzöſiſchen Politik überlaſſen und ſich darauf beſchränken mochte, überall blos ſeine volle Uebereinſtimmung mit Frankreich kundzugeben, ſo war es doch, wenigſtens im erſten Friedensjahre, über Napoleons letzten Gedanken ſchwerlich genauer unterrichtet als ganz Europa. Die Meinungsverſchiedenheit der franzöſiſchen Politik von der ruſſiſchen in den früher berührten perſiſchen und chineſiſchen Angelegenheiten hatte ſich ja nicht blos ſehr entſchieden geltend gemacht, ſondern auch mit einer höchſt demonſtrativen Verherrlichung der Innigkeit der weſtmächtlichen Allianz in Scene geſetzt. Es ließ ſich alſo nicht verkennen, daß das kaiſerliche Frankreich hier, wo es ſich ihm um Erwerbung neuer Einflußgebiete handelt, Rußlands leitende Hand ganz entſchieden abzuweiſen wußte, um ihr bei den definitiven Entſcheidungen, deren Natur und Charakter noch gar nicht vorauszuberechnen, in keiner Weiſe verpflichtet zu ſein. Dagegen ſuchte Napoleon offenbar eine feſte Verſtändigung in und für Europa, um darauf, ohne das Bündniß mit England aufzugeben, eine dauernde Allianz zu gründen. Darunter verſtand er natürlich nicht blos ein freundſchaftliches Verhältniß oder ein momentanes Zuſammenwirken zu einzelnen, im voraus mehr oder minder beſtimmten Zwecken, ſondern eine politiſche Verbindung für die im voraus nicht zu überſehenden Chancen der Politik, welche die verbundenen Theile verpflichtet, ſich gegenſeitig zu accommodiren, indem der

vorausgesetzten Interessenharmonie mitunter im Einzelnen selbst Opfer zugemuthet werden, um den Vortheil im Ganzen zu finden. Wir haben schon darauf hingewiesen, wie Rußland gerade unter seinen gegenwärtigen Verhältnissen Napoleons Entgegenkommen äußerst freundlich hingenommen hatte, aber in der französischen Allianz mit England noch immer ein zu schweres Gegengewicht fand, um eine derartige Allianz mit dem Napoleonismus in ihrer ganzen Wucht für seine besondern Interessen ausbeuten zu können. Nennen konnte und mochte es natürlich dieses Hinderniß nicht, ohne sich zu decouvriren und überdies sofort ganz Europas erneuerten Argwohn gegen sich aufzurufen. So entstanden jene bald zuvorkommenden, bald zurückweisenden, bald verheißenden, bald vertröstenden Koketterien mit Graf Mornys stürmischen Werbungen in Petersburg, deren materielle Morgengaben man doch bestens acceptirte. In Paris konnte man sich dagegen nicht verleugnen, daß mit allen russischen Freundschaftsversicherungen speciell für die Napoleonischen Plane und Ideen noch gar nichts erreicht war. Dies schien im Tuileriencabinet eine bedeutende Abkühlung erzeugt zu haben, in deren nachdenklichen Stunden wol selbst das Studium Platz fand, wie die Revision Europas auch ohne besondere Rücksicht auf eine Zustimmung Alexanders II. ins Werk zu setzen sei. Sogar der Großfürst Konstantin, welcher bald nach Beginn des Jahres, auf der Reise zu seiner Mutter, die den Winter in Nizza verbrachte, einen feierlichen Besuch in Paris abstattete (April 1857), hatte sich zwar mit jedem denkbaren Glanz empfangen und gefeiert, jedoch in den Marinearsenalen und Kriegshäfen, welche er kennen zu lernen suchte, mit einer auffallenden Vorsicht von tiefergehenden Prüfungen ferngehalten gesehen.

Dagegen zog der französische Imperator immer mehr politische Fragen vor sein Forum. Die Art, wie seine Hand die Knoten berührte, imponirte offenbar selbst denen, welche durch

die Entscheidung unangenehm betroffen wurden. Ueberall sprach sich sogar überraschte Bewunderung jener Tugenden einer legitimen und gewiegten Staatskunst aus, denen man in Paris begegnete. Weder das sichere Urtheil über Persönlichkeiten und fremde Situationen fehlte, noch jene Billigkeit für fremde Interessen, welche das letzte Resultat fürstlichen Selbstbewußtseins zu sein pflegt. Als der Prinz Napoleon, um Preußens letzte Bedenken über die neuenburger Ausgleichung zu beseitigen, nach Berlin gesendet wurde (Mai), benutzte derselbe zugleich die Gelegenheit zu einem Besuche am königlich sächsischen Hofe. Während der Kaiser gleichzeitig auch an hundert andern Stellen seine persönliche Vermittelung zur Ausgleichung von Händeln und Zerwürfnissen in der europäischen Staatenfamilie eintreten ließ, ward Paris der Zielpunkt einer Unzahl von fürstlichen Besuchen, namentlich aus den mittlern und kleinern deutschen wie außerdeutschen Staaten. Endlich aber — es war ebenfalls im Mai 1857 — tauchte in der imperialistischen Presse und verbreitete sich aus dieser sehr rasch in die gesammte inspirirte Zeitungswelt Mitteleuropas das Project zu einem Fürstencongresse, welcher „den europäischen Friedensstand vollends verbürgen, die Eintracht aller Mächte constatiren, den Gedanken Napoleons feierlich sanctioniren und zugleich die etwa noch vorhandenen Elemente des Unfriedens beseitigen“ solle.

Von Rußland, noch eigentlicher vom Kaiser von Rußland geschah bei dem allen keine Erwähnung, oder mindestens nicht an erster Stelle. Da auch die gesammte Strömung beeiferter Aufmerksamkeiten und freundschaftlicher Wechselbeziehungen von seiten der Höfe und Cabinete ihre Richtung immer ausschließlicher nach Westen nahm, mochte es dem russischen Protectorat dringend nothwendig erscheinen, wenigstens wieder an seine Existenz zu erinnern. Dies war bei der Ereignißleere des politischen Moments einigermaßen schwierig. In solchen

Zeiten treiben jedoch gewöhnlich die Verwandtschafts- und sonstigen persönlichen Beziehungen der Dynastien ihre reichlichsten Blüten; die conservative Loyalität soll sich dann für solche Dinge gleichfalls begeistern, als ob es sich um große nationalpolitische Interessen und Principien handle. So hatten denn auch die russisch inspirirten Organe bereits seit dem März eine bevorstehende Reise des Kaisers von Rußland nach dem Auslande, d. h. eine Rundreise durch die deutschen Residenzen, wie ein völkerbeglückendes Ereigniß in Aussicht gestellt. Fragte auch die uneingeweihte Welt umsonst nach dem Warum und Wie, so wurden dadurch doch die Blicke unvermerkt nach Osten und dem Zaren, anstatt auf Napoleon III. hingewiesen. — Am 23. Juli verließ Alexander II. mit der Kaiserin und einem überaus glänzenden Gefolge die Newaresidenz. Zur Verwesung der Regierungsgeschäfte ward für die Dauer der Reise ein Regentschaftsrath bestellt, dessen Spitze der Großfürst Konstantin mit dem Conseilpräsidenten, Fürst Orlow, und dem Kriegsminister, Suchozanet II., bildeten. Die nationale Partei fühlte sich von dieser Zusammenstellung befriedigt; das russische Publikum war vom Zolltarif, vom Handelsvertrag mit Frankreich, von der Zinsreduction der Reichscreditbanken vollauf in Anspruch genommen, die außerrussische Geschäftswelt in günstige Stimmungen versetzt. Die officiellen Zeitungen bezeichneten aber nunmehr als Zweck der Reise die Geleitung der Kaiserin an den heimischen Hof nach Darmstadt, sowie die Theilnahme des Kaisers an der Geburtstagsfeier (13. Juli) der Kaiserin-Witwe, welche in Wildbad den Sommer verbrachte, nachdem der gewohnte berliner Familienbesuch abgemacht war.

Sicherlich war damals auch bereits eine Zusammenkunft mit Napoleon III. beabsichtigt, und zwar, wie aus allerlei Symptomen deutlich genug hervorging, in der Weise, daß Alexander II. den Kaiser der Franzosen, sowie die voraussichtlich

nicht ausbleibende Ansammlung der nach beiden Seiten verwandten Fürsten, an einem verwandten Hofe gleichsam als Wirth empfinge. Die Napoleonische Dynastie der Thatsachen wäre solchermaßen durch ihn in den Kreis der Legitimität als ebenbürtig eingeführt und aufgenommen worden; der europäische Fürstencongreß hätte unter russisch-französischem Vorsitze stattgefunden. Es ist auch kein Geheimniß mehr, daß von den Höfen der russischen Verwandtschaft dafür zu Paris lebhaft gewirkt wurde. Ja, noch in dem Augenblicke, da der Kaiser von Rußland in Hamburg landete und mit einem Pomp empfangen wurde, als betrete er sein angestammtes Reich, begab sich sein Schwager, der Großherzog von Hessen, um das Zusammentreffen beider Kaiser zu vermitteln, persönlich nach Plombières, wo Napoleon III. eine Badecur gebrauchte. Gerade die beabsichtigte solenne Einführung der Napoleonischen Dynastie in den Kreis der Legitimität schien dagegen den seiner thatsächlichen Macht bewußten Napoleoniden gegen ein solches Arrangement gestimmt zu haben. Der Großherzog von Hessen kam ohne Resultat von Plombières zurück. Nunmehr sollte dem Eigenwillen Napoleons so weit nachgegeben werden, daß ein improvisirtes Zusammentreffen beider Kaiser der Fürstenversammlung vorausginge. Alexander II. fuhr nach mehrtägigem Aufenthalte in Berlin, Hannover u. s. w. bei seinen wiederholten Besuchen an den süddeutschen Höfen häufig genug an der deutschen Westgrenze auf und ab, um dem kaum einige Stunden entfernten Kaiser der Franzosen bequeme Gelegenheit zu einem zufälligen Begegnen zu geben. Doch umsonst. Napoleon fand keine Veranlassung, seine Cur zu unterbrechen und der Kaiser aller Reußen mußte nach dem Geburtstage seiner Mutter die Rückreise nach Petersburg antreten, ohne seinen eigentlichen Zweck erreicht zu haben.

Von diesem Moment an verschwand das Project zu einem allgemeinen Fürsten[illegible] von der inspirirten Tagesordnung.

Man erging sich sogar in mancherlei Conjecturen darüber, daß bald nachher Graf Morny, wenn auch mit einer Tochter der russischen Aristokratie vermählt, seinen Botschafterposten am petersburger Hofe dem Grafen Rayneval abtrat, während die imperialistische Presse sich wieder mit besonderm Eifer für die engste Allianz mit England begeisterte und dessen Kampf gegen den indischen Aufstand sogar als eine christlich-civilisatorische Mission anerkannte, nachdem sie noch sehr kurz vorher gar nicht weit davon gewesen war, dort eine glorreiche Erhebung des Nationalitätenprincips gegen seine Unterdrückung zu erblicken. Je ausschließlicher jedoch die indische Calamität Englands Thätigkeit und Kräfte in Anspruch nahm, je mehr der britische Einfluß vorläufig auf allen Feldern des europäischen Schachspiels wich, je ausschließlicher auch Oesterreich, sehr isolirt neben die ohnmächtige Türkei gestellt, sich auf seine innern Aufgaben zurückzog, desto zäher wurde die Consequenz, womit die Pulsfühler der russischen, preußischen und mittelstaatlichen Politik immer wieder auf eine *specielle* Zusammenkunft der Kaiser von Rußland und Frankreich zurückkamen.

Daneben lief freilich zugleich das Bestreben hin, den französischen Imperialismus ähnlich in zweite Reihe zu schieben, wie dieser es bei der Ventilirung des europäischen Congresses mit dem russischen gethan. Möglicherweise sollte darin blos eine Revanche liegen, möglicherweise auch eine kleine Satisfaction für die übrigen Fürsten, deren Anwesenheit bei der Kaiserconferenz nunmehr für unnöthig gehalten wurde. Zugleich wußte jedoch Napoleon III. vortrefflich an sich und sein weites Einflußgebiet zu erinnern. An der Scheide des Juni und Juli wurde Italien von Neapel bis an die lombardische Grenze gleichzeitig von national-demokratischen Putschversuchen durchzuckt, welche die gesammte ruhebedürftige Welt mit neuen Revolutionsschrecken ängstigten. Ihre Vereitelung dem Leiter der sardinischen Politik, Grafen Cavour, zum europäischen Ver-

dienſt anzurechnen, wurde eben nicht ſchwer, wenn auch ſchon damals kaum zweifelhaft blieb, wo ihr intellectueller Urſprung zu ſuchen ſein möchte. Aber der Imperialismus bedurfte auch Ereigniſſe und Opfer, um die in Frankreich ſelbſt erwachende Reaction der politiſchen Moralität gegen ſein Syſtem zu discreditiren und todtzumaßregeln. Als die Wahlbewegung einzelne oppoſitionelle Elemente in die Legislative zu bringen drohte, vervollſtändigte die Virtuoſität ſeiner Polizei den Schrecken über die italieniſche „Propaganda des Umſturzes" mit der Entdeckung eines angeblichen Complots gegen das Leben des „Retters der Geſellſchaft", während die ſykophantiſche Preſſe den verbannten franzöſiſchen Liberalismus mit dieſen Mordplanen in Verbindung ſetzte. Es ſchadete nichts, daß die Weſenloſigkeit ſolcher Phantasmagorien ſich ſehr bald enthüllen mußte; ihr Zweck war erreicht. Unter dem Zujauchzen der wieder emporgezauberten Furcht vor dem „rothen Geſpenſt" machte der Conſtablerismus überall neue Anläufe gegen jede freiere Regung, experimentirte der Imperialismus mit Bérangers polizeilichem Begräbniß und dem factiſchen Belagerungszuſtand von Paris, konnte er der gouvernementalen Unterſtützungen bei ſeinem neuen Kreuzzuge gegen das belgiſche, ſchweizeriſche und engliſche Aſylrecht, ſowie gegen die Preſſe aller Länder gewiß ſein. Wenn aber Alexanders II. Beſuche an den ſüdweſtdeutſchen Höfen den fürſtlichen Verwandtſchafts- und Familienintereſſen ſchmeichelhaft gehuldigt hatten, ſo bewieſen verſchiedene Erſcheinungen jetzt, wie auch Napoleon III. keine Gelegenheit verabſäumte, die kleinern Regierungen des ehemaligen Rheinbundes für ſich zu gewinnen. Die franzöſiſche Speculation beſaß in den darmſtädter Bankinſtituten bereits einen Mittelpunkt auf deutſchem Boden; mit Baden wurden Verträge über eine feſte Rheinbrücke aus Strasburg und über gegenſeitigen Waarenmarkenſchutz abgeſchloſſen. Die Helenamedaille und die Veteranen-

pensionen sollten nicht greisenhafte Eitelkeiten befriedigen, sondern die Deutschen daran erinnern, wie alt schon der deutsche Heeresdienst für die Napoleonische Dynastie sei und wie wenig dieselbe geleistete Dienste vergesse. Zugleich wendete sich dies alles mehr an die Oeffentlichkeit, während die russischen Annäherungen sich nur an die Höfe adressiren konnten.

Noch waren jedoch die Zumuthungen an England wegen der Flüchtlinge von Ihrer Majestät allergetreuester Opposition nicht abgeschlagen, als die Welt auch mit einer europäischen Kriegsgefahr überstürzt wurde. Oesterreich hatte gegen Italien Wache zu halten, England war von den immer weiter greifenden Dimensionen der indischen Zerrüttung geradezu absorbirt. Diesen Moment benutzte Frankreich, der unbedingten Nachfolge der unionistischen Coalition versichert, um in Konstantinopel jenen diplomatischen Hand- und Gewaltstreich zu unternehmen, welcher deshalb, weil bei den Divanswahlen in der Moldau-Walachei die französisch-russischen Agitationen unterlegen waren, Europa an die Schwelle eines neuen orientalischen Kriegs schleuderte. War es so ernst gemeint? Vielleicht nicht einmal, vielleicht galt es auch hier nur einen dramatischen Effect der Jupitersmacht, welche Revolution und Ordnung, Krieg und Frieden, Rettung wie Verderben der Gesellschaft und Civilisation in ihrer Hand zeigen wollte. Genug, wieder glänzte Napoleon III., indem er die bekannte Kaiserfahrt nach Osborne machte (5. Aug.), als verherrlichter Erhalter des Friedens, als gefeierter Vorfechter der Freiheit und Nationalität. Unter Englands Connivenz und ohne daß Oesterreich es zu hindern vermochte, annullirte die eingeschüchterte Türkei die Divanswahlen, desavouirte und discreditirte sie ihre eigenen Autoritäten. Die neuen Wahlen, von den französisch-russischen Agenten zusammengebracht, entsprachen vollkommen den zersetzenden Tendenzen des unionistischen Princips; ihre Convente inaugurirten später ihre Thätigkeit mit

einstimmigen Beschlüssen für ein rumänisches Reich unter einem ausländischen Fürsten. Die petersburger Politik konnte mit ihrem Bundesgenossen auf dem französischen Throne zufrieden sein.

Allein sie durfte sich nicht verleugnen, daß sein Einflußgebiet sich bereits mächtig genug ausdehnte, um bei einem längern Verzögern der solennen Anerkennung französisch-russischer Interessengemeinschaft befürchten zu lassen, Napoleon werde endlich seine weitern Combinationen ohne Rußland entwickeln. Er hatte das gebotene zufällige Begegnen mit Alexander II. deshalb zurückgewiesen, weil er gerade vom Nachfolger desjenigen Zaren, der ihm einst den Brudertitel, das unter legitimen Souveränen herkömmliche Symbol der Gleichberechtigung vorenthalten hatte, eine besonders glänzende persönliche Genugthuung erwarten zu müssen meinte. So entschloß man sich denn endlich im Winterpalaste, nicht ohne mancherlei Bedenken, eine solenne Zusammenkunft beider Kaiser ins Werk zu setzen. Die unverfänglichste Form dafür bot sich in der Beeiferung, womit die preußische und mittelstaatliche Politik darauf hingearbeitet hatte, denn sie schien unempfindlich für den Affront, welchen die Ausschließung ihren Fürsten bereitete. Man konnte im Winterpalaste sogar behaupten, es solle blos dem Wunsche der minder mächtigen Staaten nach einer feierlichen Besiegelung des europäischen Friedensstandes Genüge geschehen; die gereizte Empfindlichkeit des dynastischen Egoismus Napoleons konnte aber keine höhere Genugthuung empfangen, als daß der traditionelle Vertreter der legitimen Rechtgläubigkeit eigens zu dem Zwecke seine Residenz verlassen und viele hundert Meilen reisen solle, um all den souveränen Geschlechtern des Continents einzugestehen, der glückliche Parvenu, der Sohn der Revolution, sei neben ihm die einzige Macht, welche Garantien für den geordneten Bestand der Dinge in ihrer Hand halte. Nachdem man sich

im Winterpalaste für diesen Schritt entschieden hatte, begann sofort unter den Gladiatoren der Centralpreßstellen das eifrigste Ringen um die Wahl des Conferenzortes. Wie ein Nationalglück, welches Deutschland nicht entgehen dürfe, erflehten sie den russisch-französischen Händedruck auf „neutralem deutschen Boden". Das sich dagegen sträubende Volksgefühl entging auch diesmal den gewohnten Verlästerungen und Verdächtigungen nicht. Als aber jenes Glück gesichert erschien, wurde für Berlin, Stuttgart, Darmstadt und Karlsruhe mit gleichem verwandtschaftlichen Wetteifer gestritten. Erst als sich die Kaiser definitiv für Stuttgart entschieden hatten, entdeckten plötzlich auch die berliner Politiker eine bedenkliche Reminiscenz an den Kaisertag zu Erfurt. Dagegen versicherten die mittelstaatlichen und pariser Publicisten, die Zusammenkunft selbst sei eigentlich Nebensache, der Hauptgrund, welcher die Imperatoren des Ostens und Westens nach Stuttgart führe, sei der unbezwingliche Drang ihrer Herzen, dem beiderseits verwandten Könige ihre persönlichen Glückwünsche zum sechsundsiebzigsten Geburtstage (27. Sept.) und Antritte seines einundvierzigsten Regierungsjahres darzubringen. Jedenfalls waren sie nicht aus diesem Grunde von ihren Ministern des Auswärtigen begleitet. Dagegen war der 27. Sept. auch der zweiundvierzigste Jahrestag der Unterzeichnung jenes heiligen Allianzvertrags, durch welchen der Napoleonischen Dynastie die Rückkehr auf den französischen Thron für immer abgeschnitten und der französischen Nation ihre Stellung unter den Großmächten genommen sein sollte; es war ferner der einundfunfzigste Jahrestag des erfurter Congresses, welchen Napoleon I. auf der Höhe seines Glanzes mit dem sprichwörtlich gewordenen Parterre von Königen versammelt hatte. — Nur wenige Stunden dauerte diesmal die persönliche Besprechung beider Kaiser. Bereits am 28. verließen sie wieder die Stadt. Während aber Napoleon III. in Frankreich vom Triumph-

gesange der Presse, wie nach einem siegreichen Feldzuge begrüßt ward, eilte Alexander von Stuttgart nach Weimar, wo gleichzeitig der Kaiser von Oesterreich aus Ischl anlangte (1. Oct.).

Es gab damals Publicisten, welche die positiven Resultate der französisch-russischen Kaiserconferenz in Paragraphen herzählten. In Wahrheit gingen sie jedoch schwerlich darüber hinaus, daß Napoleon III. die Anerkennung seiner gleichberechtigten Souveränetät auch vom mächtigsten Souverän der europäischen Pentarchie feierlich bethätigt sah. Insofern war sie, wie der lange Weg nach Stuttgart erkennen ließ, ein großer Sieg seiner Politik, doch immerhin ein persönlich, höchstens dynastisch begrenzter, eine Errungenschaft Bonapartischer Familieninteressen. Der Abschluß einer formulirten russisch-französischen Allianz ward immer noch nicht erreicht, wogegen allerdings beinahe von selbst jener Vertrag vom 15. April 1856 aufgehoben erschien, durch welchen England, Oesterreich und Frankreich formell zur argwöhnischen Beaufsichtigung Rußlands im Orient verbündet waren. Die Anerkennung dieser letztern Thatsache lag auch in dem improvisirten Besuche, womit Kaiser Franz Joseph zu Weimar den Zaren begrüßte, während dadurch andererseits der von der Napoleonischen Politik offen bekannte und von der russischen mindestens nicht zurückgewiesene Plan paralysirt wurde, die Isolirung Oesterreichs vor aller Welt kundzugeben. Unter solchen Umständen erklärte sich freilich auch die kleinlaute Enttäuschung, womit die imperialistische Presse sehr bald die Tage von Stuttgart zu den abgethanen Dingen warf. Selbst das französische Rundschreiben, welches man nöthig befand, erläuterte die Begegnung blos als „Wiederherstellung des früher verlorenen Gleichgewichts und eine Bürgschaft der Ruhe und Sicherheit". Es leugnete namentlich jede Absicht zur Isolirung Oesterreichs, und erblickte in der Zusammenkunft zu Weimar sogar eine natürliche Consequenz der stuttgarter. Dennoch

ließ die Schrift weiter durchblicken, daß, wenn auch der stuttgarter Tag keine Veränderung in der Stellung der europäischen Großmächte bedinge, das persönliche Einvernehmen der Herrscher Frankreichs und Rußlands allerdings die Herstellung einer bestimmten und wirklichen Allianz erleichtere, falls die europäischen Bedürfnisse sie früher oder später erforderlich machen würden.

Diese officielle Erläuterung blieb die einzige, welche in die Oeffentlichkeit trat. Auch in der russischen Presse, und namentlich in ihren außerrussischen Organen, begnügte man sich mit ihrer Paraphrase, ohne sich auf nähere Erörterungen einzulassen, wenn auch die nachfolgende Zusammenkunft zwischen Franz Joseph und Alexander möglichst in den Hintergrund gedrängt blieb. Immerhin erschien es bemerkenswerth genug, daß die russisch gesinnte Presse gleichzeitig für gut fand, der Welt aufs deutlichste zu verstehen zu geben, daß die petersburger Politik, indem sie dem pariser Verlangen nach einer persönlichen Begegnung der beiderseitigen Herrscher gewillfahrt habe, dies ausschließlich unter den Voraussetzungen des legitimen Bewußtseins und aus einer feststehenden politischen Tradition heraus gethan habe. Je mehr dagegen Napoleon III. selbst darin eine feierliche Anerkennung seiner Legitimität erblickte, desto weniger konnte der imperialistischen Presse daran liegen, irgend den Glauben daran aufkommen zu lassen, als ob dies noch eine discussionsfähige Frage gewesen sei, oder daß die stuttgarter Conferenz auch Abänderungen der europäischen Bestände im Sinne einer specifisch Napoleonischen Mission ins Auge gefaßt habe. Wäre es auch vom französischen Cabinet klug gewesen, gerade jetzt etwas Derartiges in Anregung zu bringen? Es hatte in jenem Moment weder Englands öffentliche Meinung noch seine materielle Macht hinter sich. Jene war und blieb die argwöhnischste Verdächtigerin des französisch-russischen Händedrucks, während

das officielle England durch den Existenzkampf um seine Macht im fernsten asiatischen Osten von den europäischen Verwickelungen vollkommen abgewendet blieb. Napoleon wäre in einem Bündnisse mit Rußland jedenfalls der schwächere Theil gewesen und hätte überdies bei jeder Gelegenheit seine Interessengemeinschaft mit England aufs Spiel setzen müssen, ohne mit der russischen Allianz ein vollwichtiges Aequivalent zu gewinnen.

So breit nun auch die Presse der verschiedensten Parteien und Standpunkte all diese Verhältnisse behandelte, so wurde doch ein recht naheliegendes Moment fast gar nicht oder nur ganz vorübergehend berührt, obgleich dasselbe für Mitteleuropas Stellung zwischen den beiden großen Militärmächten höchst bedeutsam ins Gewicht fällt. Dieses Moment ist Preußens damalige Stellung. Oder hätte man sich etwa von russischer Seite gleichgültig gegen diese Frage gezeigt? Schon seit den ersten Monaten des Jahres 1857 hatte bei dem Könige von Preußen eine Krankheit begonnen, deren Natur sich in einer stetig zunehmenden, doch damals noch von völlig gesunden Perioden unterbrochenen Umschleierung seiner geistigen Eigenschaften wie seiner Gemüthszustände bemerklich und die sorgfältigste Schonung des königlichen Herrn nothwendig machte. Unter solchen Umständen hatte natürlich jene Politik des Unentschiedenen, Schwankenden und Verschiebenden, welche schon während des orientalischen Kriegs Preußens Charakter als Großmacht so wesentlich in Frage stellte, immer weitere Vorschritte gemacht. Denn der ersatzleistende Geist eines tüchtigen staatsmännischen Leiters der preußischen Monarchie fehlte gleichzeitig; der Ministerpräsident besaß nicht einmal die Selbständigkeit, seine laufende Geschäftsthätigkeit von den Eingriffen einer junkerhaften Partei freizuhalten. So beleidigend auch vor ein paar Jahren der Zuruf des französischen Cabinets geklungen hatte, daß ein Staat nicht heute die Geltung

als Großmacht beanspruchen und morgen wieder die daraus hervorgehenden Consequenzen von sich abweisen könne — der darin liegende Vorwurf war seit jener Zeit nur immer berechtigter geworden. Anläufe zur Selbständigkeit, Schwanken im Wichtigsten wie Unbedeutendsten, Zagen beim geringsten Widerstande, erschrecktes Zurückweichen vor der Entscheidung, in allen großen wie kleinen Fragen Unklarheit des Ziels, der Ausspruch, dessen, was man wollte oder nicht wollte, so gedreht, gewunden und umwickelt, daß Freunde wie Gegner immer mehr errathen mußten als verstehen konnten, was hinter den Worten stecke, und dann wieder, wenn sie das Richtige trafen, ein heftiger Widerspruch dagegen, der obendrein gewöhnlich mit dem Vorwurf der Verleumdung verbunden war — so hatte sich diese Politik in allen einzelnen Beziehungen und zu allen brennenden Fragen gestellt. Hatte sie selbst bei ihren Freunden nicht mehr das geringste Vertrauen, so noch weniger bei ihren Gegnern ein Gewicht, welches über die materielle Wucht ihres relativ kleinen Staats hinausging. Nur eine einzige Consequenz zeigte sich fortwährend festgehalten, nämlich jene kleinliche und gereizte Widersacherei gegen Oesterreich, welche in großen wie kleinen, in deutschen wie auswärtigen Fragen auf der unglücklichen Voraussetzung ruhte, daß jegliche Beeinträchtigung des Kaiserstaats und jede Mitwirkung an der Beschädigung oder Durchkreuzung seiner Interessen an sich selbst schon eine Stärkung Preußens sei. Zum schwersten und härtesten Schaden nicht blos für Deutschlands nationale Interessen, sondern auch für die specifischen Preußens hatte sich aber die Verfahrungsweise dieser Politik seit dem pariser Frieden entwickelt, nachdem selbst in den Staaten der bamberger Conferenz wiederum einiges Verständniß dafür erwacht war, daß mindestens die geringen Ergebnisse, welche jener Tractat für Deutschlands materielle Bedürfnisse an der Donau und in der Türkei geliefert, nicht dem Geschick anheim-

zustellen seien, von der französisch-russischen Gemeinsamkeit illusorisch gemacht zu werden. Konnten diese Mittelstaaten auch nicht direct dafür eintreten, so hatten sie sich doch in diesen Richtungen Oesterreichs Führung angeschlossen und somit seine Widerstandskraft vermehrt. Anstatt dessen hatte dagegen die Manteuffelsche Politik alle Schritte der Unionisten mit ihrer Genossenschaft begleitet und namentlich auch jenen französisch-russischen Gewaltstreich in Konstantinopel, welcher mit dem Besuch Napoleons in Osborne schloß. Sie that sogar mehr als alle andern Staaten der Unionspartei, sie rief ihren Gesandten wirklich ab, ließ also die deutschen Interessen, die ja nach ihrer Doctrin von Oesterreich nicht gewahrt werden konnten, unvertreten im Stiche und verlor mit dem Vertrauen zugleich die einzige Basis, auf welcher sie möglicherweise einen gewissen moralischen Einfluß bei der Pforte hätte begründen können. Je mehr sich nun das eigentliche Ziel jener zweiten Auflage der Mentschikowschen Paletotscene herausstellte, desto allgemeiner und lauter erscholl die Verurtheilung der Manteuffelschen Politik. Je offenkundiger die von der russisch influirten Hofpartei sorgfältig verhüllte Natur der Krankheit des Königs von Preußen alle Entscheidungen in die Hände von Personen legte über welche das öffentliche Verdammungsurtheil längst feststand, desto lauter erklangen die Stimmen, welche die Uebertragung der Regierungsgewalt von dem „durch Krankheit an ihrer selbständigen Uebung verhinderten" König auf einen Bevollmächtigten forderten. Der gesetzlich dafür bestimmte, der allgemein gewünschte Regierungsverweser konnte kein anderer sein, als der Prinz von Preußen. Daß die herrschende Partei dieses Arrangement möglichst weit hinauszuschieben suchte und der König selbst dagegen gestimmt blieb, war ebenso ein öffentliches Geheimniß, wie die Misbilligung des Prinzen für die gesammte innere und äußere Politik der letzten Jahre. Zur Vergeltung dafür hatten deren Vertreter all ihre Macht-

mittel angewendet, um die erlauchten Brüder voneinander möglichst fernzuhalten. Im speciellen Bezuge zu Oesterreich war nun von der stets vermittelnden Neigung des Königs in einem öfters wiederholten Verkehr mit dem Kaiserhofe allerdings eine gewisse Ausgleichung oder Abstumpfung der politischen Gegenstellungen beider Staaten versucht worden; daß dies jedoch materiell erfolglos sein mußte, bedarf nicht erst der Bemerkung. Dagegen war man russischerseits, wie schon dargelegt ist, seit dem Beginn der Reisesaison des Jahres 1857 mit verdoppeltem Eifer beflissen gewesen, die alten Familienbezüge mit dem preußischen Königshause in ihrer ganzen Innigkeit zur Geltung zu bringen.

Doppelte Bedeutung gewann demnach die von der preußischen officiösen Presse öfters wiederholte, nirgends widerlegte Behauptung, daß unter allen deutschen Fürsten einzig der König von Preußen von den beiden Kaisern zur Theilnahme an der stuttgarter Conferenz eingeladen gewesen sei. Während ihrer Dauer versicherten dieselben Organe, daß denselben einzig sein Befinden verhindert habe, diesem Rufe Folge zu leisten; erst später, als die nationale Presse im Hinblick auf Stuttgart die Schatten von Erfurt heraufbeschworen, bezeichnete man die königliche Zurückhaltung als patriotische Courtoisie gegen die nichteingeladenen Bundesfürsten. Dies hier näher zu erörtern ist nicht Aufgabe; jedenfalls ging von keinem abrathenden Princip des preußischen Kronraths die Rede. Wer aber möchte selbst heute die Absichten bestimmen, von denen die Einladung dictirt gewesen war. Wollte man den hinsiechenden Fürsten für bestimmte, auch den eventuellen Nachfolger bindende principielle Uebereinkünfte gewinnen? Erwartete man, daß Hr. von Manteuffel zu Erklärungen gebracht werden könnte, deren Tragweite er nicht zu übersehen vermöchte? Auch darauf gibt es keine bestimmte Antwort; doch ist nicht zu vergessen, daß schon bald nach dem pariser Frieden das

französische Cabinet eine Separatallianz in Berlin angeregt hatte, deren weitere Betreibung nur an der dortigen Unschlüssigkeit verzweifelt war. Unzweifelhaft ist dagegen, daß eben die Zurückhaltung des Königs, mochte sie sich wie immer motiviren, den beiden Kaisern oder doch deren Ministern die Eventualität eines plötzlich bevorstehenden Regierungswechsels in Preußen nur noch näher legen mußte. Diejenige preußische Partei aber, welche darauf ihre Hoffnung setzte, prognosticirte jedenfalls eine Politik, welche das Königreich aus seiner blos negativen Haltung und Geltung zu einer selbständigen Großmachtstellung wieder emporheben werde. Weder Rußland noch Frankreich konnte demnach erwarten, auch fürderhin über Preußen für ihre Interessen in der bisherigen Weise verfügen zu dürfen. Es kam also darauf an, irgendein Arrangement zu begünstigen, welches das bisherige System möglichst lange erhielte, indem es dem Regenten oder Regierungsverweser die freie Uebung seines Amtes beschränkte. Der Prinz von Preußen wurde nun bekanntlich noch im October (23.) nur für drei Monate mit der „Stellvertretung" des Königs beauftragt. Mit der dreimaligen Wiederholung dieses beschränkten und temporären Mandats verstrich ein volles Jahr, ehe er zur selbständigen Regentschaft gelangte. Bis dieser Moment eintrat, konnte also von einer durchgreifenden Aenderung in den leitenden Personen und Grundsätzen Preußens nicht die Rede sein. Im Gegentheil hinderte die beschränkte Vollmacht des Regierungsverwesers fortan vollends jede Entscheidung in den Staatsangelegenheiten, sodaß für Rußland während dieser unglückseligen Epoche wenigstens jede Besorgniß fernlag, Preußen möge mit einer selbständigen, wahrhaft nationalen oder specifisch preußischen Politik seinen mit Frankreich gemeinsamen Interessen in Deutschland, an der Donau oder in Italien hemmend begegnen. War nun dieses Arrangement der quartaliter und realiter beschränkten Regent-

schaft, wie von der Opposition fortwährend behauptet wird, wirklich von derselben „kleinen aber mächtigen" Partei getroffen, welche bereits während des orientalischen Kriegs Preußens Stellung zu Rußland bedingt hatte, so bezeugte dasselbe abermals einen Sieg der russischen directen oder indirecten Einflüsse, wie er vollständiger kaum unter der Herrschaft der sogenannten nordischen Allianz bestanden hatte und bedrohlicher für Deutschland, gefährlicher für Mitteleuropa kaum gedacht werden konnte. Das russische Cabinet durfte sich dadurch immer noch, oder vielmehr bereits wieder als Herrn der mitteleuropäischen Situation betrachten. Der lästige Aprilvertrag von 1856 war durch die stuttgarter Conferenz thatsächlich beseitigt, Europa *glaubte* an eine wirkliche Allianz zwischen dem westlichen und östlichen Imperialismus und handelte unter diesem Eindrucke, oder concentrirte vielmehr seine Kräfte in dem Bestreben, die brennenden Fragen so lange in der Schwebe zu halten, bis sie sich in sich selbst verkühlt haben würden. England war vorläufig sozusagen aus der Reihe der europäischen Potenzen verschwunden. Wo aber irgendeine Constellation vorhanden blieb, welche dem russischen Interesse zuwiderlief, da konnte die petersburger Diplomatie die „erleichterte Verständigung" mit dem Napoleonismus benutzen, um durch Concessionen an dessen „Ideen" seine Gänge zu controliren und in einer gewissen Abhängigkeit von sich zu erhalten, ohne doch irgendwie seiner „Mission" verpflichtet zu werden. Nach *einer* Seite hin aber durfte Petersburg sich versichert halten, mit Frankreich nicht in Interessenwiderstreit zu gerathen, nämlich in Italien und der Türkei. Oesterreich, zwischen beiden gelegen und hier wie in Deutschland der einzige consequente Vertreter der politischen Bestände, blieb naturgemäß der gemeinsame Gegenstand russischer wie französischer Anfehdung. Oesterreich allein hatte sich der vereinten Cäsarenmacht nicht gebeugt und ihren nähern

oder entferntern Planen zur Umgestaltung der europäischen Gleichgewichtsverhältnisse sein abweisendes Beharren entgegengestellt.

So blieb also auf dem europäischen Gebiete Napoleon III. der einzige Rival, von welchem besorgt werden durfte, er möchte in unberechenbarer Weise die gegenwärtige Nöthigung Rußlands, seine materielle Thätigkeit nach innen zu wenden, zu irgendeinem für dessen Zukunftplane präjudiciellen Arrangement benutzen wollen. Indem aber gerade die beeiferte Pflege der Freundschaft mit dieser Macht ihren Einwirkungen an den verschiedensten Punkten wesentliche Hemmnisse bereitete, hatten Rußlands Einflüsse auf die dynastischen Kreise Mitteleuropas mit überraschender Leichtigkeit wieder zu voller Geltung gebracht werden können. Mit großem Geschick war eben die thatsächliche Macht, welche der Napoleonide, im Gegensatz zu den legitimen Traditionen, auf die europäischen Verhältnisse ausübte, von der russischen Politik als Mittel benutzt worden, um ihren eigenen dynastischen Beziehungen zu den Höfen und Cabineten die alte Kraft wiederzugeben. Ohne irgendwie den nach Paris gewendeten Neigungen entgegenzutreten, hatte man doch nirgends versäumt, das legitimistische Bewußtsein an seinen gottbegnadeten Gegensatz zu der Monarchie des Plebiscits zu erinnern, welche noch lange Jahre, wenn sie fortbestehe, blos auf zwei Augen gestellt bleibe und keine andere Rücksicht kennen könne als sich selbst, auf keinen andern Rechtstitel sich zu stützen vermöge, als auf ihren Ursprung, die Revolution. Die Berechnung erwies sich als vollkommen richtig, daß für die Staaten zweiten Ranges nicht die außerordentliche Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses das maßgebende Moment ihres Verhaltens in nationalen oder inter-

nationalen Fragen sein werde, sondern die darin liegende Bequemlichkeit, über augenblickliche Verlegenheiten mit einer nach beiden Seiten gleichmäßig vertheilten Gefälligkeit hinwegzukommen. In der That ließ sich auch für eine Politik des Schwankens und der Ohnmacht, welche sich nicht verhehlen durfte, daß von jeglicher europäischen Krisis ihre Existenz in Zweifel gestellt werde, kaum eine willkommenere Lage denken, als wenn sie sich dessen überzeugt halten konnte, daß ihre guten Beziehungen nach Paris an der Newa gebilligt und ihre erneuerten Huldigungen für Petersburg an der Seine gutgeheißen würden. Die Presse hatte gut reden, wie an beiden Punkten dies nur mit der Voraussetzung geschehe, daß eine Kräftigung der centraleuropäischen Verhältnisse zwischen den Imperatoren des Westens und Ostens geringer geschätzt werde, als die Innigkeit der Beziehungen zu diesen, welche naturgemäß eine rückhaltlose Anlehnung an die deutschen Großstaaten ausschloß. Wer horchte jetzt auf so unbequeme Bedenken einer griesgrämlich patriotischen Publicistik?

Dennoch wurde auch die öffentliche Meinung und die Presse in Petersburg keineswegs unterschätzt; doch natürlich nach andern Richtungen. Die politische Reaction lehnte sich überall nur allzuoffen an das neunapoleonische Regierungssystem, und die englische Begünstigung volksthümlicher Entwickelungen auf dem Continent war schon seit langem theils durch Rücksichten auf die Allianz mit Frankreich, theils durch Englands eigene Zustände zu einer Mythe geworden. Selbst die liberalen Doctrinärs brachten sie kaum mehr ernstlich in Rechnung. Dagegen begeisterte sich ein großer Theil des sogenannten „Fortschrittphilisteriums" für die russischen Reformen, welche überdies von den gefälligen Organen der russischen Politik im Auslande wie bereits vollkommen ausgemachte Thatsachen behandelt wurden, während sie doch meistentheils noch nicht viel mehr als wohlmeinende Intentionen von oben

und ſich überſtürzende Anläufe von unten waren, denen auf beiden Seiten faſt in jedem einzelnen Falle eine ſanguiniſche Unklarheit über die Wirklichkeit und ſomit über die Möglichkeit des ruſſiſchen Lebens gemeinſam blieb. Die liberale Phraſenhaftigkeit, welche die etwas lockerer gekoppelte Preſſe Rußlands charakteriſirte, ließ ſehr viele Leute glauben, Rußland habe geiſtig mit einem Sprunge alle die langen und arbeitsvollen Wege der Culturentwickelung überwunden, welche ihm noch vor ein paar Jahren auch in der allgemeinen Anſchauung dazu gemangelt hatten, um nur die Möglichkeit zu begründen, daß ſeine Völker in eine geſammteuropäiſche Intereſſenſolidarität träten. Was man da hörte, und zwar fragmentariſch genug, von Verbeſſerungen in den verſchiedenſten Branchen des Regierungsweſens, Freigebung der Wiſſenſchaft, von Toleranz gegen die Confeſſionen u. dgl. m., das überſetzte man unwillkürlich in die im übrigen Europa herrſchenden Zuſtände und paralleliſirte die ruſſiſchen Fortſchritte mit den gleichnamigen anderer Länder. Wenn z. B. die ruſſiſchen Blätter ein Jubelgeſchrei über gewährte Gleichberechtigung der Confeſſionen anſtimmten, ſo war ein Theil auch der unabhängigen Preſſe Mitteleuropas ſofort geneigt, die Nachrichten davon wortgläubig hinzunehmen und die Confeſſionszuſtände der eigenen Heimat hinzuſtellen, als ſtünden ſie hinter der neuruſſiſchen Staatstoleranz unermeßlich zurück. Dabei vergaß man nachzufragen, ob nicht ſelbſt die angeblich gewordenen Verhältniſſe in Rußland auf ſo entſetzlich barbariſchen Vorausſetzungen aufgepfropft waren, daß ſchon die allerkleinſte Verbeſſerung wie etwas Außerordentliches erſcheinen mußte, während ſie im außerruſſiſchen Europa geradezu nicht bemerkt worden wäre. Wie früher die allgemeine Strömung auch das Gute ruſſiſcher Regierungshandlungen und Volkszuſtände mit einer gewiſſen Selbſtüberhebung für nichts achtete, ſo lag es in der jetzigen Stimmung, den ſicherlich guten Willen des

Herrſchers wie eine vollendete Entſcheidung des Lebens zu behandeln. Ja der humane Kosmopolitismus einer abſtracten Volksbeglückungstheorie war gar nicht weit davon entfernt, das neue, erſt werdende Rußland bereits als muſtergültigen Prototyp volksthümlicher Entwickelungen hinzuſtellen.

Man mag ſich nicht verleugnen, daß zu ſolchen Auffaſſungen die wenig befriedigenden Zuſtände in den meiſten europäiſchen Culturſtaaten recht viel beitrugen. Wie in frühern Zeiten die franzöſiſche Publiciſtik ihre heimiſchen Misſtände in der Maske von perſiſchen und chineſiſchen perſiflirt hatte, ſo benutzte jetzt ein Theil der mitteleuropäiſchen Preſſe die ruſſiſche Werbeluſt freilich eben auch nur, um die einheimiſchen Umkehrtendenzen damit zu beſchämen. Allein die Maſſe derjenigen, welche im neuen Rußland ein unbegrenztes Feld ihrer Geſchäftsthätigkeit und Kapitalſpeculation zu gewinnen hofften, war bereits zu groß, um ein derartiges halb ironiſches Verhalten nicht mit Freuden wörtlich zu nehmen, und darum zu den unbedingteſten Lobſängern der neuen alexandriniſchen Epoche zu werden. Namentlich wurde dieſer Ton von Frankreich aus angeſchlagen. Dort wußte man freilich am beſten: warum? Der Napoleonismus badete ſich förmlich in ruſſiſchen Schmeicheleien und petersburger Zuvorkommenheiten, ſeine „Ideen“ ſahen ſich überall von der diplomatiſchen Bewunderung der Zarendiplomatie begleitet und ſeine „Doctrinen“ von ihrem Beifall unterſtützt; die Induſtrie und die Creditſpeculation, welche in der eigenen Heimat am Mangel des öffentlichen Vertrauens ſiechten und ſich unberechenbar von den Speculationsmanipulationen der höchſten Kreiſe überherrſcht fühlten, fanden in Rußland die zu Hauſe mangelnde Freiheit der Bewegung; die pariſer Bourgeoiſie, Demi-Monde und Luxusmode begrüßte in der zahlreichen moskowitiſchen Fremdencolonie einen guten Erſatz für die mehr und mehr mangelnden Engländer und den immer ſparſamer flie-

ßenden Gästestrom aus andern Ländern. Und der Imperialismus ist Paris, Paris ist Frankreich. Der Rest des Argwohns aber, welcher in der öffentlichen Meinung doch noch etwa gegen die östlichen Zukunftsplane blieb, wiegte seine Bedenken damit in Sicherheit, daß er sich beeifert einredete, ein Rußland, welches nach allen Seiten gleichzeitig reformire, befinde sich auf lange Menschenalter hinaus gar nicht in der Lage, die frühere aggressive Politik irgendwie festzuhalten. Sei aber dereinst, sagte man, diese innere Reorganisation bis zu einer Consolidirung auf den verschiedenen Lebensgebieten gediehen, dann sei Rußland mit den allgemeineuropäischen Interessen so innig verwachsen, daß es ihnen seiner eigenen Natur nach gar nicht mehr gegnerisch begegnen könne.

Darin zeigten sich allerdings die Nachwirkungen jener unreifen Auffassung der Weltverhältnisse, welche in Rußland und seinem Verhalten zu Europa immer blos das Product willkürlicher Launen und Gelüste seiner Zaren gesehen hatte, ohne die in seiner ganzen Natur liegende Begründung seiner Politik und die unveränderliche Fortdauer ihrer innern Nöthigung sich klar zu machen. Dagegen war es natürlich, daß die russische Presse diese Gunst der europäischen Stimmung bestens annahm, um daraus die für ihre Leser passenden Consequenzen zu entwickeln. Sie konnte wirklich nichts dafür, wenn die halb geängstigte, halb geschmeichelte Civilisation auch jetzt noch nicht zu der Ueberzeugung gelangte, daß ihr Rußlands Freundschaft in vielen Beziehungen weit gefährlicher werden muß, als die verletzende Gegenstellung, welche es unter Nikolaus zum Culturleben Europas festgehalten hatte. Denn die russische Presse verleugnete auch jetzt keinen Augenblick, wie ihr in letzter Instanz die neuen Entwickelungen Rußlands nicht als Selbstzweck am höchsten galten, sondern eben nur als Mittel, alle latenten Kräfte, deren Entwickelungsmangel den orientalischen Krieg so unglücklich gemacht hatte,

zu solcher Concentration zu bringen, daß dereinst Rußlands türkische, slawische und skandinavische Absichten ebenso wenig gehindert werden könnten, wie es jetzt bereits bei den mittelasiatischen der Fall sei. An Rußlands Presse liegt es auch nicht, wenn selbst heute noch die Ueberzeugung keine allgemeine europäische geworden ist, daß gerade den Schlußstein einer vollkräftigen Ausbildung des russischen Lebens jener unbeschränkte Besitz der Dardanellen mit dem Schwarzen Meere, sowie die freie Verfügung über die Ostsee mit den umgebenden Küsten werden muß, um welche bisher schon so schwere Kämpfe geführt worden sind. In einem Rußland, dessen grenzenloser Absolutismus selbst immer wieder einer frischen Entwickelung und Gebarung seiner geistigen und materiellen Productionskräfte entgegentrat, fand die Eroberungstendenz ihre Einschränkung in jenem Princip. Ein Rußland dagegen, welches sich innerlich wirklich mit der Freiheit seiner eigenthümlichen Civilisation abgefunden hat, bedarf der Seeherrschaft im Norden und Süden geradezu als Lebensbedingung. Es wird sie mit Bestimmtheit erreichen, wenn es bis zu diesem Moment die Vielfältigkeit der europäischen Interessen in ihrer Zersplitterung zu erhalten gewußt hat. Die abstracte und theoretische Consequenz, welche sich daraus ergibt, ist also unter den gegenwärtigen Verhältnissen ebenfalls die, daß Rußlands Freundschaft, sobald sie auf die mitteleuropäische Politik bedingend wirkt, weit gefährlicher wird als das Bewußtsein, daß Rußland naturnothwendig Deutschlands Gegner und der principielle Feind jeder mitteleuropäischen Consolidirung bleibt. Weil die eine Gefahr vorläufig fernzuliegen scheint, nämlich daß das absolutistische Princip in Deutschland durch russischen Einfluß werde wiederhergestellt werden, ist Deutschland dennoch keinen Augenblick der Besorgniß enthoben, den angeblichen Freund plötzlich in einen Gegner auf Tod und Leben verwandelt zu sehen.

Doch genug, eben daß dieſe Ueberzeugung nicht ſo allgemein und ſtark iſt, als ſie es ſein ſollte, gab Rußland die außerordentlich günſtige Stellung. Moraliſch ward ſie dadurch noch mehr begünſtigt, daß Europa den Napoleoniden überall ſeinen frühern Verheißungen untreu ſah. Unter ſolchen Umſtänden durfte aber die ruſſiſche Staatsleitung wagen, das Ende des Jahres 1857 mit der praktiſchen Anbahnung jenes gewaltigen Umgeſtaltungsproceſſes zu bezeichnen, welcher für ſein neues Leben dereinſt nothwendig weit bedingender werden muß, als alle partiellen Reformen, welche bisher auf die Tagesordnung geſtellt waren. Es iſt dies die Emancipation der Leibeigenen, dasjenige Werk, welches in alle Sphären ruſſiſchen Daſeins ſo unausſprechlich tief eingreift, daß auch wieder nur die Urtheilloſigkeit ſich darüber verwundern mag, wenn daſſelbe heute noch nicht über die Anbahnungen hinausgelangt iſt. Doch ließ nicht nur die Gunſt der äußern Verhältniſſe das Wagniß gerade damals unternehmen, ſondern noch weit mächtiger drängte dazu die Geſtaltung der innern materiellen und ſocialen Zuſtände in und nach dem Kriege. Denn eine Wiederkehr der früher gewohnten Ordnungen, ein Wiedereinleben des herkömmlichen Ganges der Dinge, ſelbſt die Wiederaufnahme der frühern Erwerbsthätigkeiten unter unverändertem Fortbeſtande der Leibeigenſchaft — das alles hatte ſich in dem kurzen Zeitraume ſeit dem Regierungsantritte Alexanders II. geradezu als Unmöglichkeit erwieſen. Man hätte mit allen hochfliegenden Planen zu materiellem Aufſchwunge, der doch andererſeits eine ſo dringende Nothwendigkeit der Exiſtenzmöglichkeit des Staates blieb, wieder brechen müſſen, wenn man jetzt noch die entſcheidende That verzögert hätte.

Die Schwierigkeiten und Gefahren dieſer Bahn verleugnete man ſich jedoch auch in den höchſten Regionen keineswegs. Doch trotz der vorausſichtlichen rieſenhaften Gegnerſchaften,

welche zu überwinden standen, drohte zugleich die Gefahr im Verzuge, daß das russische Zarenthum in dieser Frage die Priorität der praktischen Initiative einbüßen könne. Diese gerade hatte ihm aber seit Alexanders Thronbesteigung jene gläubige Hingebung der Massen wieder gewonnen, welche von der letzten Regierungshälfte des Kaisers Nikolaus in allen Schichten in Frage gestellt gewesen war. Suchte freilich bisher ein System des Balancirens die Schroffheiten abzustumpfen, mit denen das Programm des jungen Kaisers den zur Geltung gelangten Machtelementen entgegengetreten war, so galt es jetzt, der Aristokratie mit einer Entschlossenheit und Consequenz des streng gegliederten Reformprincips zu begegnen, wie sie seit Peter I. kein Zar durchgeführt hatte. Selbst Alexander I. hatte die Bauernemancipation blos als philanthropischen Wunsch ausgesprochen und vom trotzigen Nationaladel die Mahnung an den grauenvollen Tod seines Vaters zur Antwort erhalten; davor wich er zurück. Daß jetzt innerlich die Stimmungen der Leibherren für eine derartige Reform ebenfalls nicht günstiger waren, konnte keinem Zweifel unterliegen. Hatte auch die materielle Stärke und der moralische Einfluß der Aristokratie seit jener Zeit schwere Einbußen erlitten, waren ferner auch ihre persönlichen Verhältnisse zu den Eigenhörigen für sie selbst unendlich schwieriger geworden, so vermochte doch auch jetzt noch die Herrschermacht keine leiseste Rücksicht zu versäumen, wenn sie das Werk mit Hoffnung auf Erfolg in praktischen Angriff nehmen wollte.

Am wenigsten durfte sie jedenfalls daran denken, in Rußlands äußern Beziehungen irgendeine Verwickelung eintreten zu lassen, welche sie nöthigen möchte, mit ihrer bewaffneten Macht aus den Grenzen des Reichs hinauszutreten, ehe wenigstens die Grundlagen der neuen Gestaltungen gefestet waren. Man darf sagen, Rußland mußte sich mit dem Ge-

danken befreunden, den allmächtigen Einfluß auf die europäiſchen Angelegenheiten für jetzt auf Frankreich übergehen zu laſſen. Wir haben aber geſehen, wie günſtig die Verhältniſſe ſich dafür geſtaltet hatten, daß dieſe Politik, welche mit ſo viel materiellen Intereſſen an ein neu werdendes Rußland gebunden blieb, Europa jedenfalls noch auf Jahre hinaus verhindern mußte, eine Feſtigung und Ordnung der Dinge zu erlangen, welche ſpätern ruſſiſchen Planen als ſtarke Thatſache entgegenzuſtehen vermochte. So galt für Rußland: jetzt oder nie!

Das Emancipationsjahr.

(1858—1859.)

Noch heute bleibt es zweifelhaft, ob Rußland im Stande sein wird, auf dem angebahnten Wege die Freimachung seiner producirenden Bevölkerungsschichten zu erreichen. Allein schon durch die Angriffnahme des Emancipationswerks ist zur Umgestaltung der socialen Verhältnisse ein Vorschritt geschehen, dessen Wirkungen selbst dann nicht verschwinden, wenn der unglaubliche Fall einträte, daß der dagegen erhobene Widerstand sich stärker erwiese, als der kundgegebene Wille des Kaisers und die Machtmittel des Staats. Es ist nicht unmöglich und selbst höchst wahrscheinlich, daß noch weit länger, als ursprünglich gedacht und beabsichtigt war, jener Uebergangszustand dauert, über dessen formelle Benennung sogar bis auf den heutigen Tag die officiellen Schriftstücke Rußlands nicht hinauszugehen wagen. Wir meinen nämlich den Zustand der „Verbesserung der Existenz der Bauern", welcher das Vorbereitungsstadium für die dereinstige volle Bauernbefreiung bildet. Allein ebenso wenig, wie es sich blos um eine Verbesserung und beziehendliche Befreiung der Bauern handelt, ebenso wenig ist es möglich, daß die heutigen, nach allen Seiten hin unfertigen Verhältnisse sich verewigen. Denn

es gilt bei der Bauernemancipation der materiellen Existenz des Staates selbst. Solange die Production nicht von der Leibeigenschaft befreit ist, bleibt es eine reine Unmöglichkeit, die ungehobenen Kapitale des Reichs auch nur so weit zu Tage zu fördern, um den laufenden Staatsbedürfnissen zu genügen. Was bis jetzt von freien, doch nichtadelichen Elementen der selbständigen Productionsarbeit besteht, verschwindet geradezu in der ungeheuern Bevölkerungsmasse, welche theils unproductiv ist, theils die Production ihrer unterthänigen Arbeitskräfte ausschließlich für sich in Anspruch nimmt, ohne der Gesammtheit eine entsprechende Antheilnahme zu gewähren. Jener freie Mittelstand, dessen Kern als bürgerliche Bevölkerung das Herz des ganzen Organismus des Abendlandes bildet, beträgt in Rußland der Zahl nach nur etwas über vier Millionen unter mehr als siebzig, während doch die städtische Bevölkerung ein Fünftel der gesammten Population ausmacht.*) Danach kommt in den Städten und städtischen Ortschaften — und das ganze Flachland ist bis auf verschwindend kleine Theile ausschließlich im Besitze des Adels oder der Krone, jedenfalls nicht in bürgerlicher Hand — erst

*) Die Behelfe der russischen Statistik für Ausscheidung der städtischen und ländlichen Bevölkerung sind sehr mangelhaft. Die neuesten officiellen Tabellen rechnen 12,5% der Gesammtbevölkerung des ganzen Reichs (71,500000; europäisches Rußland: 63,861997) auf die Städte und städtischen Ortschaften; aber die eigentlichen Stadtangehörigen gab Arsenjew 1857 blos auf 4,700000 an. Wir haben mit den Bruttoangaben des Textes aus verschiedenen Angaben ein Mittel gezogen. Auch ist das Verhältniß der städtischen Bevölkerung nach den Gouvernements außerordentlich verschieden; in Petersburg übersteigt sie ½, in Moskau ¼, in den drei Verwaltungsgebieten am Schwarzen Meer ⅛ der gesammten Bewohnerzahl, während sie im Lande der Donischen Kosaken, wie in Orenburg kaum 1/70 ausmacht und bei den sibirischen Kirgisen ganz fehlt.

auf den zwölften Menschen ein freier Producent. Diese relative Zahl stellt sich in Wahrheit selbst noch weit geringer, weil natürlich die Städte gleichzeitig Sammelplätze eines großen Theils des Beamtenadels, Militärs, der Grundherren und anderer derartigen Elemente sind, welche man den productiven freien Ständen nicht zuzählen kann. Nimmt man nun die freie Production (mit Ausschluß der Landwirthschaft und der Bergwerke), so finden wir wieder, daß von den angeblich 80000 Fabriken und Manufacturen, welche jährlich einen Gesammtwerth von beiläufig dritthalbhundert Millionen Silberrubel erzeugen, etwa vier Fünftheile abermals dem Adel und der Krone gehören, während unter den etwa 55000 Kaufleuten der drei Handelsgilden sämmtlicher Städte ungefähr 50000 zu den Leibeigenen zählen. Diese dürfen nämlich, so groß auch der Umsatz ihrer Geschäfte sich gestalte, blos in die dritte Gilde eintreten, müssen also nominell Kleinhändler bleiben, ebenso wie sie nicht zu politischen Bürgern der Städte werden können. Großhändler, also freie bürgerliche Kaufleute der beiden ersten Gilden, gab es 1856 blos 4058. Diese Großhändler vermittelten blos ein Viertheil des jährlichen Umsatzes im Handel; drei Viertheile sind also in unfreien Händen und kommen mit ihren Erträgnissen nicht dem Gemeinwohl, sondern einer bevorrechteten Kaste zugute. Ist diese dem Staate von nationalökonomischem Nutzen? Die Antwort ergibt sich von selbst, wenn wir beifügen, daß die Zahl der adelichen Grundbesitzer seit hundert Jahren um das Zehnfache gestiegen ist, aber daß trotzdem jenes Zehntel damals sechsmal so viel Land besaß, als die gegenwärtige zehnfach vergrößerte Zahl. Die Masse des güterlosen, ausschließlich auf seine Standesvorrechte gestellten Adels wuchs aber in gleichen Proportionen, und da diese Standesvorrechte eben blos durch den Staatsdienst ungeschmälert zu erhalten sind, so hat der Staat nicht blos den besitzlosen Adel ganz, sondern auch jeden Grundbe-

sitzer mindestens einige Jahre zu ernähren. Ja, es konnte sogar nur auf diese Weise geschehen, daß hundert Grund- und Leibherren heute blos noch ein Sechstel des Boden- und Menschenkapitals ihr eigen nennen, welches vor einem Jahrhundert im Besitze von zehn Menschen war. Zugleich ist auch aus diesen einfachen statistischen Angaben unschwer zu entnehmen, wie sich in solchen Misverhältnissen eine Hauptursache der traurigen Erscheinung begründet, wonach die zur Ernährung des Grundadels dienende Menge der Privatleibeigenen zu der (durchschnittlich ein Procent jährlich betragenden) Bevölkerungszunahme Rußlands nicht nur nichts beitrug, d. h. stationär blieb, sondern sich in den letzten Jahrzehnden sogar um ein Bruchtheil vermindert hat. *)

Daß mit solchen Abnormitäten kein materiell productives Staatsleben vereinbar ist, bedarf keiner ausführlichen Erörterung; die Thatsachen haben es auch längst bewiesen. Ebenso wenig ist darauf zurückzukommen, daß schon frühere Regierungen die materielle Nothwendigkeit zu einer Umgestaltung der socialen Verhältnisse auf das lebhafteste empfunden und ihr gerecht zu werden unternommen haben. Allein der Autokratismus scheiterte auch immer an den Consequenzen, welche aus seinen eigenen Vorschritten gezogen wurden.

---

*) Die Zahl der wirklich Leibeigenen ist allerdings erstaunlich schwer festzustellen, da die officiellen Zählungen blos „Kopfsteuerpflichtige" kennen, wozu bekanntlich auch manche Kategorien der „freien" Klassen zählen. In runder Summe werden die Privatleibeigenen auf 22 — 23 Millionen im eigentlichen Rußland berechnet. Aber wirklich frei sind auch nicht die mehr als 9 Millionen Kronbauern, sowie die etwa 900000 Apanagebauern, sie haben nur stets mehr Privatrechte besessen, als die Eigenhörigen des Adels und empfingen erst 1858 und 1859 alle Rechte der „freien Bauern" — deren Zahl etwa 3 Millionen beträgt, wenn man diejenigen der Ostseeprovinzen mitrechnet —, nur eben nicht das Freizügigkeitsrecht.

Dennoch war ſogar Kaiſer Nikolaus mit ſeinen Maßregeln zur „Bauernverbeſſerung“ bereits dahin gelangt, daß eine natürliche Logik die wirkliche Befreiung der Leibeigenen als deren nächſte und einzig mögliche Conſequenz erkennen mußte. Allein die Emancipationsanläufe des damaligen Syſtems hatten eben in erſter Reihe nicht das productive Ziel im Auge, ſondern vielmehr eine Entkräftung des Grundadels, um mit Erlangung einer immer unmittelbarern Verfügungsgewalt der Krone über die leibeigenen Maſſen dieſe letztern maſchinenhaft für einen Induſtrialismus verwenden zu können, deſſen Thätigkeiten, Entwickelungen und Grenzen in Normen gepreßt bleiben ſollten, wie man ſie in den Miniſterialkanzleien zu Petersburg entworfen hatte. Die mannichfachen Ukaſe zur Bauernverbeſſerung wurden nicht erlaſſen, um natürlich und ſelbſtändig emporgewachſenen Nothwendigkeiten des materiellen Lebens oder des Geſellſchaftsſtaats zu entſprechen, ſondern um den extremſten Steigerungen des zariſchen Selbſtherrſcherthums genugzuthun. Der klarſte Beweis dafür liegt in dem Widerſpruche zwiſchen den materiellen Gewährungen und den geiſtigen Einſchränkungen, welche die Geſetzgebung des Kaiſers Nikolaus für die Leibeigenen herbeiführte. Je conſequenter ſie ſeit dem Beginne der vierziger Jahre eine Reihe von Ukaſen in Bezug auf Mein und Dein, auf Familienrechte und Gemeindebefugniſſe, ſogar auf Beſitzerwerb u. ſ. w. den nichtadelichen Freien annäherte, deſto conſequenter ſchloß eine andere Reihe von Verordnungen ſowol die Eigenhörigen, als auch die nichtadelichen freien Bevölkerungsſchichten von jedem Zugang zur Erwerbung einer höhern Bildung und ſomit von der Möglichkeit aus, ſich aus ihrer ſocialen und materiellen Nichtigkeit durch ſelbſtändige Kraft emporzuarbeiten. Ob man ſich dieſes Princips in den geſetzgebenden Regionen klar bewußt war oder ob es unwillkürlich der peinlichen Sorge um die Gipfelung des autokratiſchen Syſtems entſprang, bleibt hier nicht zu

unterſuchen. Die Wirkung erkannte und empfand ſogar auch der Leibherrenadel ebenſo ſcharf als drückend, während die Leibeigenen wenigſtens eine inſtinctive Ahnung davon hatten.

Allein bei der Roheit ihrer großen Maſſe ſahen dieſelben eben blos im Adel ihren unmittelbaren Feind; und die Miniſterialberichte, welche jährlich 60 — 70 von den aufſtändiſchen Bauern erſchlagene Grundherren zu verzeichnen hatten, legten ein furchtbares Zeugniß dafür ab, welche ſociale Zerrüttung durch ſolche abwechſelnde Conceſſionen und Reſtrictionen im Flachlande herbeigeführt worden war. Anderwärts führte dagegen der gemeinſame Druck die Intereſſen der Leibherren und Eigenhörigen ſelbſt theilweiſe zuſammen, ſodaß wenigſtens ihre Gegenſtellungen minder ſchroff und ſichtbar wurden; noch anderwärts ließ die leibherrliche Klugheit oder Furcht eine milde Behandlung der Leibeigenen räthlich erſcheinen, damit die Beamten der Krone ſich nicht unter dem Titel eines Schutzes für die Bauern in die innern Angelegenheiten der Landgüter und Gemeinden miſchen könnten. Ja im weitern Verlaufe der letzten Regierungsjahre des vorigen Kaiſers glaubte ein Theil des Grundadels wol, durch gutes Einvernehmen mit ſeinen Unterthanen eine gewiſſe Schutzmauer gegen die immer offener hervortretende Tendenz der Regierung errichten zu können, wonach ſeine ſteigende materielle Entkräftung benutzt werden ſollte, ihn auf gleiche Linie politiſcher Nichtigkeit mit allen übrigen Bevölkerungselementen herabzudrücken.

Dieſer heimliche Kampf aller gegen alle ließ es eben auf allen Seiten und ſelbſt auf Seite der Regierung unmöglich werden, die geſetzlichen Feſtſtellungen theils des Wechſelverhältniſſes zwiſchen Leibherren und Leibeigenen, theils beider zum Staate praktiſch zu verwerthen. Der Krieg hob vollends alle Einlebungen auf. Als nun mit dem Regierungsbeginne Alexanders II. die Bauernemancipation als Humanitätsfor-

derung in den Geist der Oeffentlichkeit eingeführt wurde, da mochte ein größerer Theil des Grundadels die Hoffnung nähren, eine Begünstigung dieser Bestrebungen könne auch heute, wie es unter Alexander I. geschehen war, zur Verstärkung und gleichsam zur Popularisirung des aristokratischen Elements benutzt werden. Nachdem unzweifelhaft geworden, daß die Regierung auf ihren Emancipationstendenzen beharre, sowie daß eine Umkehr unter den gewordenen öffentlichen Stimmungen undenkbar sei, sah man die Emancipationsidee gerade von den größten Grundbesitzern mit lebhaftester Begeisterung willkommen geheißen. Dabei darf freilich zugleich nicht vergessen werden, daß eben diese größten Grundbesitzer für ihre materiellen Interessen relativ am wenigsten von einer Emancipation zu befürchten haben. Dagegen sind die kleinern mit ihrer Existenz weit unmittelbarer auf die Fortdauer der Leibeigenschaft gewiesen, und sie machen die große Mehrzahl der Leibherren aus. Selbst ein Besitzer von 20 Leibeigenen kann im Durchschnitt vom Ertrage ihrer Ackerbauthätigkeit nicht leben. Er zwingt also Männern und Frauen Arbeitspässe auf, damit sie sich ihren Lebensunterhalt anderwärts suchen und legt ihnen dafür eine willkürliche Steuer auf (Obrok). Nach den neuesten Erhebungen gehören aber 44700 Leibherren in die soeben genannte Kategorie und 5000 mit 30000 Bauern vermochten nicht einmal den formellen Nachweis zu liefern, daß sie ein Haus oder Grundstück besäßen, bei welchem ihre Hörigen angeschrieben waren. Auch in der Klasse jener Leibherren, welche angeblich 21 — 500 „Seelen" besitzen, herrschen großentheils ähnliche Verhältnisse. Bei der Revision werden nämlich allerdings die Gemeinden als Besitz eines Herrn bezeichnet: in Wahrheit gehören sie dagegen zwanzig und mehr Leibherren, von denen jeder kaum drei oder vier Eigenhörige besitzt, welche bei jener Gemeinde oder doch auf ein Haus ihres Dorfs „angeschrieben" sind, damit

dem Wortlaute des Gesetzes genügt werde, welches verbietet, daß jemand sich den Herrn eines Menschen ohne den dazu gehörigen Grund und Boden nenne. Gerade diese kleinen und armen Leibherren, welche den Leibeigenen am entsetzlichsten quälen und auspressen, sind nun unter russischen Verhältnissen weit weniger in der Lage, auf den Gang des Emancipationswerks in den obersten Regionen der Staatsleitung einzuwirken, als ihre vornehmen und einflußreichen Standesgenossen. Dennoch hat jeder von ihnen als Persönlichkeit in den Adelskörperschaften der einzelnen Gouvernements genau dieselben Rechte und Befugnisse, wie der größte Grundherr; auch gehen diejenigen Beamten, welche die Adelskörper zur unmittelbaren Beaufsichtigung der bäuerlich-adelichen Wechselbeziehungen wählen, zum größten Theil aus diesem kleinen Grundadel oder direct aus dem Adelsproletariat hervor.

Diese allgemeinen Bemerkungen vorauszuschicken, erschien unerlaßlich, wenn die Principe und der Gang des Emancipationswerks, soweit es bisjetzt gediehen, zur Anschauung gebracht werden sollen. Man nimmt gewöhnlich an, daß Kaiser Alexander II. den Thron bereits mit dem festen Entschlusse bestiegen habe, die volle Freiheit der Leibeigenen herzustellen. Wie weit damals seine persönlichen Geneigtheiten gingen, läßt sich natürlich nicht feststellen; gewiß ist dagegen, daß in den obersten Organen der Staatsleitung die Entschließungen noch bis zum Ende des Jahres 1856 keineswegs so klar und einfach gefaßt waren. Ursprünglich scheint vielmehr der Gedanke vorgeherrscht zu haben, die Bauernbefreiung sich gleichsam aus sich selbst entwickeln zu lassen und sie von seiten der Regierung nur mittelbar zu fördern. Die allgemeine Leibeigenschaftsgeschichte während der frühern Regierungsperioden zeigte allemal, abgesehen von den legislativen Widersprüchen, dann ein strafferes Wiederanspannen der Zügel,

wenn das leibeigene Volk oder auch der Grundadel ernſthaft daranging, die praktiſchen Conſequenzen der erhaltenen Gewährungen zu ziehen. Eben dadurch hatte die Ariſtokratie noch immer allerlei Seitenwege gefunden, um der bedrohlichen Umgeſtaltung auszuweichen oder die Eigenhörigen unvermerkt wieder in die alten Verhältniſſe hineinzuleben. Hielt dagegen jetzt die Regierung den Grundſatz feſt, den Gewährungen früherer Epochen die Möglichkeit zu geben, praktiſch ausgebeutet zu werden, ſo war allerdings kein Zweifel, daß die Verhältniſſe ſich allmählich derart geſtalten müßten, um den Grundherren ſelbſt die Forterhaltung der bisherigen Zwitterzuſtände unmöglich werden zu laſſen. Selbſt die Aufhebung verſchiedener Beſchränkungen, welche der geiſtigen Ausbildung der Leibeigenen entgegengeſtanden hatten, bis ſie das Krönungsmanifeſt und andere Verordnungen des Jahres 1856 decretirten, wurden nicht nur vom Publikum in dieſem Sinne aufgefaßt, ſondern auch von der Preſſe, deren belletriſtiſche Emancipationsbegeiſterung ſchon früher beiläufig erwähnt iſt, nach dieſer Seite hin ausgebeutet. Unter gewöhnlichen Verhältniſſen würde ein ſolcher Weg ſicherlich zur organiſchſten Selbſtentwickelung der Bauernfreiheit geführt haben. Allein die thatſächlichen Zuſtände geſtatteten keinen derartigen langſamen Gang. Man mußte nothwendig den Maſſen ſowol wie dem Adel irgendeinen beſtimmten Anhalt geben, wenn nicht die vom Kriege zurückgebliebene Zerrüttung der frühern Ordnungen permanent werden ſollte. Denn natürlich verlangten die Leibeigenen um ſo ungeſtümer nach Erfüllung der Verſprechungen, mit denen man ihnen die Waffen zur Vertheidigung des Vaterlandes in die Hand gedrückt hatte, je ſchwerer die Nachwehen des Kriegs auf ihrer materiellen Exiſtenz laſteten. Der Grundadel hinwieder glaubte ſich durch die ungeheuern Opfer, welche auch er dem Kriege gebracht, im vollſten Rechte auf eine Begünſtigung von ſeiten der Regie-

rung, wenn er es jetzt unternahm, sich aus seinen materiellen Nothständen durch die ihm unterthänigen Arbeitskräfte herauszuhelfen. Zwischen diesen beiden Forderungen befand sich die Krone in der übelsten Lage. Die Aufregungen und Bauernaufstände in den Provinzen wurden immer häufiger und trieben den Adel nach den sichern Städten, während im Flachlande die Ackerwirthschaft und Industrie ihre Friedensarbeiten nicht wieder in Angriff nahm. In den Städten selbst entwickelte sich aber der theoretische Enthusiasmus für die Bauernfreiheit, wenn auch nicht zu größerer Klarheit, so doch zu immer größerer Heftigkeit. Dauerten diese Zustände, ohne auf ein bestimmtes Ziel gewiesen zu werden, noch lange fort, so lag die Gefahr nicht fern, daß auch die bestgemeinten Reformen von der socialen Revolution überholt würden. Ihrer Entwickelung hätte aber der Staat um so weniger entgegenzutreten vermocht, je weniger in einem solchen Zustande allgemeiner Aufregung die Steuern und sonstigen Erträgnisse der Production seine Kräfte gestärkt hätten. Rasch mußte also gehandelt werden und energisch zugleich.

Welches Princip der Emancipation sollte nun zur Geltung kommen? Darüber gingen selbst in den leitenden Kreisen von Petersburg die Meinungen schroff gegeneinander. Auch in Rußland gibt es Idealpolitiker genug, und selbst in den höchsten Regionen war die Ansicht zahlreich vertreten, daß ein liberaler Despotismus nur den Befehl der Leibeigenschaftsaufhebung auszusprechen habe, um auf die raschesteWeise zum erwünschten Ziele zu gelangen. Diese Ansichten besaßen sogar eine Zeit lang keine geringe Aussicht zum Siege; ja es bedurfte der energischsten Gegenvorstellungen, um theils die moralischen Rücksichten geltend zu machen, welche der Staat auf die historischen Rechtstitel der Leibherren zu nehmen habe, theils um vorzugsweise auf die große ökonomische Gefahr hinzuweisen, welche dem Gemeinwesen aus einem derartigen

Machtſpruche nothwendig erwachſen müſſe. Denn jetzt bereits, da die Emancipation der Bauern nur als Wahrſcheinlichkeit bevorſtand, hatte ſich der Werth der Landgüter ſofort um die Hälfte vermindert, während doch das ganze Leben infolge des Kriegs und der maſſenhaften Papiercirculation eine Theuerung von 16 — 20 Procent erfuhr. Eine plötzliche Freiſprechung der Leibeigenen würde, abgeſehen von allen ſocialen Gefahren, den Grundbeſitz Rußlands momentan faſt ganz entwerthet und gleichzeitig in den Freigelaſſenen ein koloſſales Proletariat ins Leben geſetzt haben.

Wie es nun gewöhnlich, entſchloß man ſich erſt jetzt, da die praktiſche Löſung der Angelegenheit brennend geworden, zur Niederſetzung einer ſpeciellen Commiſſion, welche die Emancipation theoretiſch und praktiſch begutachten ſollte. Ebenfalls wie gewöhnlich, wurde trotzdem nicht daran gedacht, den unmittelbar Betheiligten, Berechtigten und Verpflichteten irgendeinen Meinungsausdruck, und wäre es auch nur in der Preſſe, in ihrer eigenen Sache zu gewähren. Freilich ſchwärmte, declamirte und perorirte die inſpirirte Journaliſtik wieder mit verſtärkter Lungenkraft in ſämmtlichen Tonarten der philanthropiſchen und liberaliſtiſchen Phraſeologie, denn Wind und Wetter von oben war danach angethan, um ihre pomphaften Paraden und glitzernden Schauturniere wohlgefällig erſcheinen zu laſſen. Aber von ernſten Beſprechungen, praktiſchen Erörterungen, kritiſchen Behandlungen der in Frage kommenden Intereſſen und Geſellſchaftszuſtände durfte keine Rede ſein — dafür ſorgte die Cenſur mit peinlichſter Strenge. Die Regierung wollte auch hierbei, hoch erhaben über dem wild durcheinander wogenden Chaos excentriſcher Befürchtungen und phantaſtiſcher Hoffnungen, ganz ausſchließlich die praktiſche Initiative in ihrer Hand behalten. So trat jene Commiſſion, deren Mitglieder ſogar nur unbeſtimmt bekannt waren, nach dem Beginne des Jahres 1857 faſt wie ein

Staatsgeheimniß in Petersburg zusammen. Allerdings wurden dadurch die tausendfachen Kabalen und Intriguen wenigstens einigermaßen ferngehalten, welche früher ähnliche Anläufe in gänzliche Resultatlosigkeit aufgelöst hatten. Allein ganz natürlich war es, daß gerade das Geheimnißvolle der Berathungen die Gegner ebenfalls aufs engste coalirte. Dazu kam die Abwesenheit des Kaisers von der Residenz, welche mit kurzen Unterbrechungen von der Mitte des Juni bis zum Ende des October dauerte, sowie die Einsetzung eines Regentschaftsraths, dessen Sympathien für das nationalaristokratische Element kaum zweifelhaft sein konnten. So wurde denn auch das Resultat der Berathung so ziemlich dasselbe wie einst unter Katharina II. dasjenige des akademischen Gutachtens. Dieses hatte mit dem Räthselsatze geschlossen: „Omnia jura clamant in favorem libertatis, sed est modus in rebus.“ Nicht viel anders lautete jetzt wieder der principielle Ausspruch der Commission. An seiner Spitze stand die Bauernfreiheit und in seiner weitern Ausführung war von einer wirklichen Freilassung der Leibeigenen keine Rede. Zur „Verbesserung der Bauernverhältnisse“ waren dagegen drei Perioden vorgeschlagen, deren dritte, wenn die freien Verträge, auf denen die beiden vorhergehenden sich entwickeln sollten, wirklich zur Ausführung kamen, die positive Freiheit der Leibeigenen brachte. Nur der Name dafür fehlte. Diesen Namen wagte man aus Rücksicht für den Adel nicht auszusprechen, und es ist charakteristisch genug, daß er selbst bis auf den heutigen Tag officiell unausgesprochen geblieben ist. Jedermann weiß, daß der Zustand, zu welchem die Uebergangsperioden leiten sollen, die wirkliche Aufhebung der Leibeigenschaft ist. Allein der weiteste gehende Ausdruck, dessen man sich bedient, ist vorläufig immer noch die „Bauernemancipation“, also ein Begriff, welchen jeder Betheiligte nach seinem individuellen Standpunkte anders auszudeuten vermag.

Dieſer Unklarheit war man ſich auch in den oberſten Regionen vom erſten Moment an bewußt. Darin lag ſogar der Hauptgrund für die Entſchließung, den Adel ſelbſt gewiſſermaßen bei ſeiner Standesehre herauszufordern, damit er das ſeinen Körperſchaften nominell zuſtändige Vorſchlagsrecht für adminiſtrative Verbeſſerungen bei dieſer hochwichtigen Frage der ſocialen Umgeſtaltung in Anwendung bringe. Schwierig blieb nur die praktiſche Frage, auf welche Weiſe dies geſchehen könne, ohne der Initiative des abſolutiſtiſchen Princips etwas zu vergeben und ohne ſofort auf Anträge zu ſtoßen, welche man zurückzuweiſen genöthigt wäre. Dieſe Bedenken erſchienen ſo bedeutend, daß im Spätſommer 1857 ſogar ein Moment eintrat, in welchem die Regierung zur abermaligen Zurückſtellung praktiſcher Maßregeln geneigt ſchien. Wie weit es nun ein günſtiges Ungefähr war oder wie geſchickt man die Dinge zu wenden gewußt, genug, im Spätherbſt gelangten Adreſſen der Adelskörperſchaften von Wilna, Grodno und Kowno nach Petersburg, welche die Regelung der bäuerlichen Verhältniſſe in Litauen und Freigebung der Hörigen beantragten. Sicher iſt, daß dieſer entgegenkommende Schritt wenigſtens keinem hochherzigen Aufſchwunge für die philanthropiſchen Abſichten der Regierung entſprang, ſondern vielmehr der Unerträglichkeit von Zuſtänden, welche ſich gerade in dieſen litauiſchen Gouvernements ſeit einem Jahrzehnd entwickelt hatten. Kaiſer Nikolaus hatte nämlich (1847) zur Ordnung der bäuerlichen Verhältniſſe in Litauen, Volhynien und Podolien „Inventariencommiſſionen“ eingeſetzt. Dieſe ſollten das Inventar jedes Gutes aufnehmen und danach die gegenſeitigen Verpflichtungen der Bauern und Grundherren feſtſtellen. Der Proteſt des Adels gegen eine ſolche Einmiſchung in ſeine innerſten privatrechtlichen Verhältniſſe war (1848) ebenſo drohend abgewieſen worden, als ſein ſpäteres Anerbieten zu einer ſofortigen Bauernemancipation, deſſen

politiſche Hintergedanken beargwohnt wurden. General Bibikow, welcher von der Leitung des Generalgouvernements dieſer Provinzen zu der des Miniſteriums des Innern übergegangen war, mochte dafür freilich ſeine guten Gründe haben. Die Inventariencommiſſion blieb alſo und laſtete, je weniger ſie in ihrer eigentlichen Aufgabe vorſchritt, deſto drückender als hochpolizeiliches Beaufſichtigungsorgan. Unaufhörliche Bauernaufſtände machten nun während des orientaliſchen Kriegs die Verhältniſſe zwiſchen Grundherren und Bauern vollends unhaltbar. Sowie alſo Lanskoi das Miniſterium des Innern übernommen hatte und überhaupt freiſinnigere Regierungsprincipien zur Geltung gekommen ſchienen, verband der litauiſche Adel ſeine wiederholten Beſchwerden gegen die Inventariſation abermals mit dem Anerbieten zur ſelbſtändigen Verbeſſerung der Bauernverhältniſſe. Dies fiel in jene Zeit, da man in Petersburg über die Wege und Ziele des Emancipationswerks noch zu keiner beſtimmten Entſcheidung gelangt war. Man bedeutete darum den litauiſchen Adel, er möge poſitive Anträge ſtellen, und ſeine Adreſſe ſprach ſich für wirkliche Freigebung der Bauern, ſowie für Eigenthumsverleihung an dieſelben aus. Auf dieſe Weiſe wurde ſie maßgebend für die Form, unter welcher die Regierung die praktiſche Initiative zur Emancipation dem Adel des Kaiſerreichs zuzuſchieben ſich entſchloß.

Das kaiſerliche Reſcript an den litauiſchen Adel (2. Dec. 1857) ermächtigte dieſen, ſich darüber zu berathen „wie die Lage der Bauern gegenüber den Eigenthümern der adelichen Güter durch genaue Beſtimmung ihrer wechſelſeitigen Verpflichtungen und Beziehungen zu verbeſſern und zu ſichern ſei“. Von einer wirklichen Befreiung der Leibeigenen brauchte jedoch dieſe Rückäußerung um ſo weniger zu ſprechen, als eine Leibeigenſchaft im altruſſiſchen Sinne in den litauiſchen Gouvernements nicht beſteht, obgleich ſich allerdings factiſch

ein vollkommen unfreier und besitzloser Zustand der Bauern hergestellt hat. Aber dasselbe Rescript, welches mit großem Eclat in die Oeffentlichkeit gebracht wurde, drückte zugleich den Wunsch des Kaisers aus, daß auch die Adelschaften des übrigen Reichs sich mit gleichen Entschließungen melden möchten. Es übertrug also seinen Wunsch auch auf die wirklichen Leibeigenschaftsverhältnisse. Noch im December 1857 gab demzufolge der Adel von Petersburg, dann der von Nischnij-Nowgorod und Orel seine Willfährigkeit zu gleichen Berathungen kund. Dagegen beharrte der Adel der altrussischen Gouvernements in passivem Schweigen und es dauerte selbst weit über die Mitte des Jahres 1858, ehe es den Regierungseinflüssen mühselig gelang, von den Adelskörpern fast aller Leibeigenschaftsdistricte ähnliche Adressen zu erwirken.

Das Gouvernement würde wahrscheinlich rascher zu diesem immerhin noch sehr geringen Resultat gelangt sein, wenn es nicht selbst die kleine Concession, welche dem Adel mit Zuschiebung der formellen Initiative gemacht war, sofort durch die peinlichste Bevormundung seiner doch blos gutachtlichen und beiräthlichen Verhandlungen zurückgenommen hätte. Allein schon der litauische Adel durfte seinen Berathungsausschuß nicht selbständig gestalten, sondern wurde dafür, wie für die Verhandlungen an octroyirte Normen gebunden, welche dann für die folgenden Adelskörperschaften beibehalten blieben. Die Regierung appellirte allerdings an den guten Willen und die Opferfreudigkeit der berechtigten Leibherren, aber sie that es von vornherein mit so offenbarer Besorgniß vor etwa daraus erwachsenden Verlegenheiten und Unzukömmlichkeiten, daß schon die argwöhnische Art, womit die abgenöthigten Anerbietungen entgegengenommen wurden, jeden vorhandenen humanen und philanthropischen Aufschwung ernüchtern und überdies die Hoffnungen der Leibeigenen selbst niederdrücken mußte. Die Hauptgrundsätze, an welche die Adelsberathungen

gebunden wurden, faſſen ſich in Folgendem zuſammen: 1) Der Grundbeſitzer behält ſein Eigenthumsrecht auf ſein ganzes Gut, aber die Bauern behalten die Umzäunung ihrer Wohnungen (Obſt- und Gemüſegarten), zu deren Erwerbung als vollſtändiges Eigenthum durch Ankauf, zahlbar in beſtimmten Friſten, ſie das Recht haben ſollen; ſie ſollen ferner die Benutzung derjenigen Fläche Landes haben, welche nöthig iſt, um ihren und der Ihrigen Lebensunterhalt zu ſichern und ihnen die Mittel zu bieten, ihren Verpflichtungen gegen den Staat und den Grundbeſitzer nachkommen zu können. Als Gegenleiſtung für dieſe Benutzung ſollen die Bauern dem Grundbeſitzer entweder eine Geldentſchädigung zahlen oder für ihn arbeiten. 2) Die Bauern ſollen in Landgemeinden vertheilt werden; die Landpolizei bleibt Vorrecht des Grundbeſitzers. 3) Die anderweitigen Beziehungen zwiſchen Bauern und Grundbeſitzern ſollen ſo geordnet werden, daß dadurch der regelmäßige Dienſt der Abgaben an den Staat, ſowie der Provinziallaſten und Steuern verbürgt wird. Den berathenden Adelsausſchüſſen blieb ſonach ſelbſt die Erörterung der Frage, ob dies alles geſchehen ſolle, ob nicht vielleicht noch mehr geſchehen könne, gar nicht anheimgeſtellt, ſondern das kaiſerliche Reſcript fügte ausdrücklich bei, blos „die Entwickelung dieſer Grundſätze und deren Anwendung auf die Lokalverhältniſſe des betreffenden Gouvernements ſind dem Ermeſſen des Ausſchuſſes überlaſſen". Aber ſogar dieſes Ermeſſen blieb keineswegs unbeeinflußt, denn auch für die Verhandlungen darüber wurde ein beſtimmtes Schema vom Miniſterium des Innern hinausgegeben.

Solche Aufſtellungen befriedigten formell und materiell niemanden. Abgeſehen davon, daß die Adelskörperſchaften ihr freies Berathungsrecht, welches ſelbſt Nikolaus niemals in Frage geſtellt, wennſchon freilich auch nicht über rein lokale Angelegenheiten hinaus jemals in Anſpruch genommen hatte,

auf das empfindlichſte beeinträchtigt erkannten, ſpähten die Leibherren in den octroyirten Discuſſionsſätzen umſonſt nach einer Andeutung dafür, daß höchſten Orts an eine Entſchädigung für die ihnen zugemutheten Vermögensverluſte gedacht werde. Und wie ſollten beim Nomadentriebe des Ruſſen die Bauern angehalten werden, das ihnen zugewieſene Areal wirklich zu bebauen, durch Arbeit oder Zahlung als Eigenthum zu erwerben, wenn bereits die Uebergangsperiode ihnen das Freizügigkeitsrecht gab? Schon alle frühern Verſuche mit den Leibeigenen, wo die Herren ihnen gegen eine gewiſſe Geld- oder Arbeitsſumme mit dem Eigenthum die Freiheit zugeſtehen wollten, hatten damit geendet, daß der Bauer weder die bedungene Arbeit oder Zahlung leiſtete, noch auch vom Augenblick des Contractabſchluſſes an ſeine ſonſtigen Leibeigenſchaftspflichten erfüllte. Warum ſollte er es jetzt thun, wo er, ob faul, widerſpenſtig u. ſ. w. oder nicht, jedenfalls binnen einer gewiſſen Zeit frei oder doch freizügig werden ſollte? Die Leibeigenen ſelbſt aber, oder die Gönner ihrer Emancipation, vermißten nicht blos jegliches Element zur Vertretung ihrer Intereſſen, ſondern vor allem auch die Möglichkeit, ſich vor dem ſchon jetzt unabſehbaren Ende der Uebergangsperiode auch gegen den Willen der Herren loszukaufen. Von dieſer Unmöglichkeit fühlten ſich allerdings die eigentlichen Bauern am wenigſten verletzt; dafür konnten ſie es nicht begreifen, wie ihnen zugemuthet werden dürfe, die Hütte mit deren Umgebung, welche ihnen bisher ſchon als zweifelloſer Beſitz gegolten, nun durch Geld oder Arbeit abermals zu erwerben, ohne dadurch zugleich frei zu werden. Die eigentlichen Bauern bilden aber unter den Leibeigenen blos die Mehrheit; eine ſehr ſtarke Minderheit derſelben befindet ſich dagegen als Handelsleute, Induſtrielle, Gewerbtreibende, Kunſthandwerker und Künſtler u. ſ. w. in Lebensſtellungen, wo ihnen beim heutigen materiellen Aufſchwunge Rußlands die Möglichkeit des

Erwerbs ihrer persönlichen Freiheit zur unmittelbarsten Existenzfrage wird.

Genug, die ersten Schritte der Regierung waren keineswegs von glänzenden Erfolgen gekrönt. In manchen Gouvernements lehnte ein großer Theil der zur Vornahme der Ausschußwahlen berufenen Adelichen unter allerlei Vorwänden sein Erscheinen ab; andere sendeten die Convocationsschreiben uneröffnet zurück; noch andere stießen sich daran, daß das Comité in seinen frei verheißenen Berathungen an ministerielle Vorschriften gebunden sein solle u. s. w. Kurz, die Adelsberathungen verzögerten sich oder stockten gänzlich, die Bereitwilligkeitserklärungen zur Bildung von Comités wurden seltener oder beschränkten ihre Zugeständnisse sogleich von vornherein, während in der bäuerlichen Bevölkerung die ungeduldige Aufregung stieg und durch drohende Erlasse, vermehrte Polizeistrenge, Ermahnungen in der Kirche keineswegs überall von bedenklichen Ausbrüchen zurückgehalten werden konnten. Unter diesen Umständen wendete sich ein abermaliger Erlaß zunächst an den Adel (Februar 1858). Derselbe nannte zwar die vom Kaiser verfügten Grundsätze „unantastbar und unveränderlich", erklärte dagegen die in den Ministerialrescripten enthaltenen Anordnungen als blos „allgemeine Umrisse", welche modificirt werden könnten; des Adels freie Berathung solle keineswegs eingeengt werden; Hauptgrundlage des großen Werks solle die Sicherheit des Grundeigenthums der Herren und des den Bauern zu gewährleistenden Besitzes an Boden und Mitteln zum Lebensunterhalt wie zur Erfüllung seiner Verpflichtungen sein. Allein wie auch die Ablösung des bäuerlichen Grundeigenthums durchgeführt werde, binnen zwölf Jahren müsse sie bewerkstelligt und binnen sechs Monaten die Berathung der Comités darüber geschlossen sein.

Dieser Nachsatz hob den scheinbaren Rückzug der Vordersätze auf. Gleichzeitig trat zur lebhaftern Förderung der An-

könne, eine Radicalreform des polnischen Gemeindewesens vor, welche im wesentlichen auf die neuprojectirte Gemeindeorganisation in Rußland hinauslief. Eine neue Steuer, der Kopfsteuer ähnlich, soll die entstehenden und laufenden Staatsausgaben für die Bauernreform decken.

Ungeändert im Princip und nur in manchen Einzelheiten modificirt, erhielten beide Vorschläge im Januar 1859 die kaiserliche Sanction, sodaß sie im Februar als Gesetze veröffentlicht werden konnten. Formell ist also die Bauernfrage im Königreich Polen gelöst, wo sie allerdings keine eigentliche Emancipation herzustellen hatte, da hier die Leibeigenschaft im russischen Sinne nicht existirt. Um bereits ein Urtheil über die praktischen Erfolge der neuen Ordnung der Dinge zu gewinnen, ist der bisher abgelaufene Zeitraum natürlich zu kurz. Auch muß hier der Uebergang in die neuen Zustände schon deshalb unmerklicher erfolgen, weil die bestehenden Contracte zwischen Gutsherren und Bauern bis zu ihrem Ende fortlaufen und meistens nicht mit ganzen Gemeinden, sondern je mit den einzelnen Landwirthen abgeschlossen sind. — —

Doch kehren wir wieder zum russischen Emancipationswerk zurück. Wie erwähnt, war den angemeldeten Gouvernements für die Beendigung ihrer Vorverhandlungen ein sechsmonatlicher Termin gesetzt; allerdings eine kurze Frist, da man von sehr speciellen statistischen Erhebungen auszugehen hatte. Mit welchem Feuereifer nun auch die in dieser Hinsicht inspirirte Presse für einen raschen Fortgang der Arbeiten agitirte, mit welcher Ungeduld auch das Publikum auf die Adelsconvente blickte, und obgleich die Regierung mit dem Beispiel der raschesten Rechtsverleihungen für die Apanagebauern (später auch für die Kronbauern) praktisch vorauging, so erfolgten doch die Anmeldungen der Gouvernementsadelskörper, und zwar namentlich der altrussischen, keineswegs mit der erwarteten Eile. Moskau speciell war eines der spätesten Gouver-

nements. Ja es konnte nicht zweifelhaft erſcheinen, daß bei näherm Herantreten an die praktiſche Behandlung der Emancipationsfrage der in den altruſſiſchen Leibeigenſchaftsdiſtricten hervortretende Widerſtand auch jene Grundbeſitzer anſteckte, welche ſich zuerſt beeifert hatten, ihre Bereitwilligkeit zur Erfüllung der kaiſerlichen Wünſche zu erklären. Trotz aller gouvernementalen Anſtrengungen ſtockten ſelbſt die begonnenen Berathungen bald hier, bald da von neuem, und wo ſie vorwärts ſchritten, thaten ſie es nicht im Sinne der kaiſerlichen Erlaſſe. Ueberall wurden unerwartete Vorfragen aufgeworfen, deren Erläuterung von der Regierung gefordert werden müſſe, bevor man ſich auf weitere Erörterungen einlaſſen könne. Nicht blos die materiellen Entſchädigungen für die dem Leibherrn angemutheten Opfer kamen in Frage, obſchon dieſe in erſter Reihe, ſondern auch Anſprüche auf die Zurückgabe alter politiſcher Rechte, von denen man in den petersburger Miniſterien meinen mochte, ſie ſeien ſeit Generationen vollkommen vergeſſen. Im Grunde waren ſie es auch; ſeit Peter I. hatte ſich ihrer niemand mehr erinnert und am wenigſten jener Theil des Adels, welchem man in Petersburg oder in den Gouvernementshauptſtädten begegnet. Aber mit den Convocationen zur Wahl der Berathungsausſchüſſe, noch mehr mit dem Beginn der ſtatiſtiſchen Erhebungen, welche die Kreiscomités machten, um den Gouvernementsausſchüſſen das reale Material für ihre Erörterungen zu ſtellen, drang die Emancipationsfrage erſt recht eigentlich in den Landadel hinaus. Unter der Führung der Adelsmarſchälle, in ſchwach beſuchten Adelsverſammlungen war oftmals die Bereitwilligkeitserklärung zur Bauernverbeſſerung beſchloſſen und als wohlgefällige Adreſſe nach Petersburg geſendet worden. Zu den Gouvernementscomités, welche Zeit, Geld, perſönlichen Verkehr mit den Behörden u. dgl. erforderten, hatte man meiſtens ſolche Gutsbeſitzer gewählt, welche gleichzeitig als Beamte in

der Gouvernementscapitale wohnen; im ganzen aber hatte sich der Landadel in der Hoffnung gewiegt, dieser Anlauf werde, wie schon so mancher frühere, allmählich wieder sanft ermatten, um schließlich höchstens von ein paar Ukasen gefolgt zu werden, mit denen man sich nach gewohnter russischer Weise abfinden könne. Als jedoch der wahre Charakter der jetzigen Vorschritte, ihr wirkliches Ziel, eine bisher unerhörte Sprache der gedruckten und lebendigen Regierungsorgane gegen Leibeigenschaft und Leibherren auch in die fernsten Winkel der entlegensten Provinzen drang, da ermannte sich doch nicht blos das bedrohte Besitzthum, sondern auch die herrische Gewohnheit und der adeliche Kastenstolz, um schweigend oder mit Wort und That gegen Octroyirungen zu reagiren, welche noch dazu wie freiwillige Entschlüsse aussehen sollten. Hatte man früher den Berufungen zu den Adelsversammlungen keine Folge geleistet, die Theilnahme an den Wahlen verweigert u. dgl., so sträubte man sich jetzt gegen die statistischen Aufnahmen der auf jedem Gute bestehenden Verhältnisse, suchte durch verwandtschaftliche und bekanntschaftliche Einwirkungen die Ausschüsse zu beeinflussen, die Behörden zu gewinnen u. s. w., kurz auf alle mögliche Weise den Fortgang der Verhandlungen zu hemmen oder deren Ergebnisse gegen die Wünsche der Regierung zu lenken.

In wie mannichfacher Beziehung und an wie vielen einzelnen Punkten es gelang, solchermaßen den Fortgang des Unternehmens in Zweifel zu stellen, ist nicht im einzelnen auszuführen. Jedenfalls mußte die Regierung erfahren, daß es das falscheste Beförderungsmittel war, als ihre Organe den Widerstand mit der Drohung zu brechen versuchten, die Leibeigenschaft sei nur ein Herkommen, kein wirkliches Recht, der Machtspruch des Kaisers könne in jedem Augenblick die Bauernfreiheit erklären, ohne daß die Leibherren es zu hindern vermöchten. Man warf damit nur eine neue Fackel der

Aufregung in die leibeigenen Massen, welche die Drohung mit einem Entschlusse verwechselten; aus dem Adel heraus scholl aber die Antwort: auch der Absolutismus des Zaren ist eine bloße Usurpation, und die Bojaren haben das vollste Recht, die Wiederherstellung der Duma zu fordern, welche niemals aufgehoben und nur seit Peter I. nicht mehr befragt worden ist; denn sie ist der Ursprung aller Gesetzeskraft und sogar des Herrscherrechts der Dynastie Romanow. Diese Duma ist aber der altrussische Reichsrath und bedeutete im speciellen Falle eine gemeinsame Berathung und Beschlußfassung aller Adelscomités, etwa dasselbe, was 1789 die Berufung der Notabeln nach Paris war. Allerdings wies der Minister des Innern diese protokollarische Erklärung, welche noch dazu zuerst aus dem petersburger Adelscomité kam, als „den Staatsgrundgesetzen widersprechend" zurück. Allein die Aufregung hatte damit ein bestimmtes Schlagwort gewonnen, welches sich in allen Comités wiederholte, die unterdessen Geschmack am Parlamentarismus gefunden hatten und in diesem Einwurfe zwar nicht die Emancipation erleichtert, dagegen den Anfang zu etwas ganz anderm sahen. Officiell konnte man eine solche Wendung der Dinge belächeln oder verspotten lassen; aber man wußte dennoch recht wohl, daß der Adel den Beifall der Massen hinter sich habe, wenn er gerade diese politische Agitation fortsetzte. Irgendein moralisches Machtmittel mußte in Anwendung gebracht werden, da polizeiliche oder ähnliche Maßregeln gegen Versammlungen, welche officiell zur Abgabe ihrer Gutachten aufgefordert waren, nicht wohl in Anwendung gebracht werden konnten, ohne die propagandistische Kraft der angeregten Idee zu verstärken.

Unter so bewandten Umständen unternahm der Kaiser mit glänzendem Gefolge (September 1858) eine Reise durch Großrußland. An die Adelsdeputationen in allen Provinzialhauptstädten richtete er eindringliche Ansprachen, welche sich

überall über „egoistische Gesinnungen der Adelskörper" zu beklagen hatten, überall betonten, daß die Regierung an den aufgestellten Grundsätzen durchaus festhalten müsse und überall mit der befehlenden Hoffnung schlossen, daß der Adel die kaiserlichen Intentionen „nicht hindern werde". Zugleich mußte aber freilich auch die Berathungsfrist für die Comités verlängert und jedem Adelskörper gestattet werden, zur Einreichung seiner Vorschläge zwei Bevollmächtigte aus seiner Mitte zum petersburger Hauptcomité zu entsenden.

Doch weder die offen kundgegebene kaiserliche Ungnade noch die versöhnlichen Concessionen hinterließen einen wesentlichen Eindruck. Das Mittel der kaiserlichen Anreden war seit dem pariser Frieden auch schon etwas abgebraucht. Ebenso wenig wirkte die Entlassung der Bewohner von Klein- und Groß-ochta — ein paar dorfähnliche, von Kronbauern bewohnte Vorstädte Petersburgs — aus dem Leibeigenschaftsverbande (October) anregend, wie man gehofft hatte, auf hochgestellte und reiche Leibherren, es der Krone gleichzuthun. Gleichfalls umsonst wendete man sich mit einer ähnlichen Maßregel für die unter der Verwaltung des Finanzministers stehenden leibeigenen Fabrikarbeiter an die Hochherzigkeit des großen Industrieadels. Man mußte hier sogar befehlend zur Bildung von Comités schreiten, welche die Emancipation der Leibeigenen nach den den Gouvernementsausschüssen ertheilten Vorschriften berathen sollten. So kam der Anfang des Jahres 1859 heran, während jedermann betheuerte, sich mit den humanen und philanthropischen Absichten der Regierung in vollster Uebereinstimmung zu befinden, jedermann aber auch den Staat vor seinem eigenen nationalökonomischen Ruin warnte, falls er darauf beharren werde, den Grund- und Leibherren keine materielle Entschädigung für ihre Vermögensverluste zu gewähren. Indessen leugnen läßt es sich nicht, die volle und ganze Wahrheit sprach auch jetzt nicht aus diesen Bedenken,

ſo vollkommen begründet ſie auch ſind. Der geſammte Adel konnte ſich vielmehr bei jedem weitern Vorſchritt der Dinge immer weniger verleugnen, daß es ihm als Stand ans innerſte Leben gehe. Selbſt die Gutachten der Gouvernementsausſchüſſe fanden bald nicht mehr für nöthig, dieſe Ueberzeugung zurückzuhalten. Am ſchärfſten und klarſten ſprach ſich dies in dem Gutachten von Twer aus, indem es dort lautet: „Wir erkennen an, daß des Kaiſers Abſicht ausgeführt werden muß. Aber wir verlangen eine Entſchädigung, wie der Staat ſie bei jeder Expropriation zum allgemeinen Beſten gewährt. Denn wir müſſen unſere im Vertrauen auf den bisherigen Beſitz gemachten Schulden bezahlen können, um ſo wenigſtens mit Ehren und reinem Gewiſſen unſere politiſche, moraliſche und materielle Exiſtenz beſchließen zu können. Denn wir hegen die Ueberzeugung, daß die Verhältniſſe, welche nach Aufhebung der Leibeigenſchaft für uns eintreten müſſen, den ruſſiſchen Adel vernichten und nur noch zu einer hiſtoriſchen Tradition machen werden."

Beim Beginn des Jahres 1859 ſtanden nun die Dinge folgendermaßen. Ueberhaupt waren blos acht Comités mit ihren Vorbereitungsarbeiten in der urſprünglich beſtimmten ſechsmonatlichen Friſt zu Stande gekommen, und dies, bemerkenswerth genug, lauter ſolche, in denen die Leibeigenſchaft erſt ſeit Katharina II. exiſtirte. Dagegen hatten alle andern mit Terminverlängerung gearbeitet, ſodaß ſelbſt noch am Schluß des erſten Jahresviertels 18 Comités ihre Protokolle nicht eingereicht hatten.*) Unterdeſſen hatte ſich aber im petersburger Hauptcomité ſelber die Unmöglichkeit einer

*) Der ſtatiſtiſchen Vollſtändigkeit halber ſei bemerkt, daß einige entlegenere Gouvernements auch bis zum Anfange 1860 weder Protokolle einreichten, noch ſelbſt Berathungscomités wählten.

Vereinigung der Meinungsdifferenzen immer klarer herausgestellt. So trat denn jetzt auch dieses früher so verheißungsvoll verkündigte Centralorgan aus seiner hervorragenden Rolle zurück, und die Zusammenfassung des Ganzen wurde in eine sogenannte „Redactionscommission" gelegt (April 1859), welche aus den verschiedenen Gouvernementsprotokollen eine allgemeine Emancipationsgesetzgebung zusammenzustellen berufen ist. Unter den Vorsitz des Generals Rostowzow gestellt, ist nun auch sie bis zum Herbst 1859 zu keinem weitern Resultat ihrer Thätigkeit gelangt, als daß sie sich zur Lösung ihrer Aufgabe in eine politische, nationalökonomische und administrative Section gliederte. Unterdessen waren aber bereits neue Conflicte über die Stellung entbrannt, welche jene Deputirten einnehmen sollten, die den Gouvernementsausschüssen als Concession an die lokalen Wünsche gestattet wurden. In der Meinung, sie seien bestimmt, einen Sachverständigenrath zu bilden, waren sie nach Petersburg gekommen. Sie glaubten als Mandatare ihrer Corporationen beirathend an den Verhandlungen der Redactionscommission theilnehmen zu sollen, da das Hauptcomité bis zur Beendigung der Arbeiten jener suspendirt scheint. Dagegen hatte General Rostowzow eine Denkschrift — „Gang und Ausgang der Bauernfrage" — ausgearbeitet, welche sichtbarlich den besten Willen bekundete, alle Welt zufriedenzustellen, und eben darum niemand befriedigte. Aber natürlich galt sie sofort allen Beamten der Redactionscommission als Willensmeinung ihres Chefs, also als Richtschnur und Ausgangspunkt ihrer Arbeiten. Desto dringender verlangten die Adelsdeputirten ebenfalls gehört und mit ihrer Meinung berücksichtigt zu werden. Denn sind die Redactionsarbeiten einmal beendet, so wird dies bei weitem schwieriger. Allein dies ward abermals nicht gestattet, und die Streitigkeiten darüber, da die Redactionscommission sogar mündliche Erläuterungen zu den überbrachten Gutachten ab-

wies, gestalteten sich so lebhaft, daß sämmtliche Gouvernementsdeputirte eine Beschwerdeschrift an den Kaiser richteten, worin sie um die Gestattung zur Heimkehr baten, weil ihre Anwesenheit in Petersburg unter solchen Verhältnissen zwecklos sei. Der Kaiser ertheilte jedoch auch diese Erlaubniß nicht. Dagegen gab er ihnen in einer besondern Audienz (September 1859) die Versicherung, daß die mit der Redactionscommission übereinstimmenden Ansichten in deren Entwurf aufgenommen würden, während auch alle übrigen zur Prüfung des Hauptcomité kämen. „Ich weiß — schloß die kaiserliche Anrede — Sie selbst sind überzeugt, daß das Werk nicht ohne Opfer beendet werden kann; aber ich will, daß diese Opfer so wenig fühlbar als möglich werden. Ich werde mich bemühen, Ihnen zu helfen, erwarte aber auch Ihre Mitwirkung, und hoffe, daß Sie mein Vertrauen nicht durch bloße Worte, sondern durch die That rechtfertigen werden."

Damit waren die Deputirten zur Geduld ermahnt, blieben jedoch über den Zweck ihrer Berufung so unklar wie zuvor. Ein großes Versöhnungsmahl mit der Redactionscommission konnte natürlich im wesentlichen nichts bessern, vielmehr nahmen Spannung und Gereiztheit nur immer entschiedenere Formen an. In diesen Moment fiel denn das Separatvotum eines Herrn Besobrasow, welches ausführte, wie die Bauernemancipation gar nicht blos administrativ hergestellt werden könne, sondern von einer Notabelnversammlung berathen und genehmigt werden müsse. Diesmal ward aber diese Reproduction der vorm Jahre ungeahndeten protokollarischen Erklärung (Platanows) mit der Verweisung des Antragstellers aus Petersburg bestraft. Seine Verwandtschaft mit den vornehmsten Geschlechtern des Reichs, sein persönlicher Reichthum und Einfluß, die überraschende Gewaltsamkeit der Regierung gegen einen berufenen Vertreter des Adels wirkten zusammen, um die Grundaristokratie aufs höchste zu alarmi-

ren. Die gleichzeitige Erkrankung des Generals Rostowzow ward für einen bloßen Vorwand genommen, um der Regierung Zeit für irgendeinen Machtstreich zu verschaffen. Dieser scheinbaren oder wirklichen Gefahr gegenüber begann namentlich in den altrussischen Provinzen eine wirkliche Organisation des Widerstandes; die bisher immerhin bescheidenen und maßvollen Gouvernementscomités und namentlich die Plena der Adelsversammlungen verwandelten sich in stürmische Parlamente; Correspondenzen und Circulare arbeiteten daran, Zusammenhang und Gleichartigkeit ihrer Entschließungen herzustellen; der Liberalismus aller Bevölkerungsschichten begleitete diese Opposition mit seinem Beifall. In dieser Verlegenheit that die Regierung einen offenbar unzeitigen Schritt. Sie schickte die Adelsdeputirten ohne weitern Bescheid aus Petersburg nach Hause, und der Minister des Innern erließ ein Rundschreiben an die Civilgouverneure, worin er sie mit der Eröffnung an die Adelsversammlungen beauftragte, daß sie nicht das Recht hätten, über „Verbesserungen in der Lage der Bauern" zu debattiren — die Regierung sprach nicht einmal mehr von Bauernemancipation —, weil dies keine Provinzial-, sondern eine Reichsangelegenheit sei. Damit war nur Oel in helles Feuer gegossen. Der mächtige Adel von Twer protestirte sofort: er sei sich seines gesetzlichen Rechts sehr wohl bewußt, welches ihm gestatte, über seine Interessen zu verhandeln, und ein Ministerialcircular hebe kein Gesetz auf. Diesem Proteste schlossen sich die Adelichen von Rjäsan und andern Gouvernements an; ähnlich werden voraussichtlich die Antworten aller Adelsversammlungen lauten. Kann auch die Regierung die gefürchtete Duma verhindern, so doch nicht, daß der Adel jede Mitverantwortlichkeit für die Bauernemancipation verweigert, solange man ihn nicht hören will.

Nachdem das Jahr 1859 unter solchen Umständen geschlossen, steht für jetzt als unzweifelhafte Thatsache blos das eine fest, daß die Regierung nach zweijährigen Anstrengungen keineswegs auch nur die erste Schwelle all der täglich wachsenden Schwierigkeiten praktisch überwunden hat. Kein einziges Protokoll und kein Gouvernementsdeputirter hat sich gegen die Emancipation selbst erklärt. Darin hat also die Regierung einen moralischen Sieg errungen. Allen gemeinsam ist dagegen der Widerstand gegen eine entschädigungslose Hingabe der leibherrlichen Besitz- und Verfügungsrechte. Und hier steht bei den jetzigen finanziellen wie materiellen Zuständen Rußlands die Regierung keineswegs blos vor der kaum zu beantwortenden Frage: woher die Mittel dazu beschaffen? Schwerer noch mögen ihr vielmehr die Bedenken gegen die Consequenzen der principiellen Anerkennung einer derartigen Ausgleichung zwischen dem Zarenwillen und dem Unterthanengehorsam wiegen. Dennoch scheint sich allmählich auch in den staatsleitenden Kreisen die Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß eine Bauernemancipation ohne materielle Entschädigung der Berechtigten ebenso nationalökonomisch verderblich als politisch unausführbar sein würde. Allein die Anerkennung dieser Wahrheit ist noch nicht kundgegeben, und eben darin begründet es sich, daß auch noch keine der Gouvernementsadelschaften formulirte Aufstellungen über die Tragweite ihrer Opferbereitschaft, beziehendlich über Form und Höhe der angesprochenen Entschädigung machen konnte. Diese Ansprüche gehen jedoch schon mit ihrer principiellen Andeutung in den Protokollen ebenso weit auseinander, als die Charakterverschiedenheiten der einzelnen Gouvernements. Je nachdem Ackerbau, Industrie, Handel, Kleinhandel u. s. w. die productive Thätigkeit bezeichnen, sind die gewünschten Entschädigungen verschiedener Natur. Ein Modus der Emancipation, welcher diese einander widersprechenden Ansprüche in Kategorien brin-

gen möchte, um ihnen gerecht zu werden, bedingt aber in den verschiedensten Lebenseinrichtungen so tief eingreifende Umgestaltungen der Gesetzgebung, daß die Bauernemancipation, mag sie nun einen wirklich freien Bauernstand oder selbst nur ein streng geregeltes Hörigkeitsverhältniß im Auge haben, eine Radicalreform des gesammten Staatswesens nicht erst begründen darf, sondern zu ihrer thatsächlichen Durchführbarkeit schon voraussetzen muß.

Rußland steht sonach mit der praktischen Weiterentwickelung der Emancipationsaufgabe abermals vor einer Existenzfrage, welche ganz unmittelbar an den Grundfesten des absoluten Monarchismus rüttelt. Es ist nicht die Frage, ob sich der Autokratismus entschließen *will*, sich selbst aufzugeben, sondern ob er in den russischen Verhältnissen die *Möglichkeit* dafür hat, ohne den Staatsbestand aufs Spiel zu setzen. Auf der andern Seite scheint jedoch ebenso wenig möglich, das begonnene Werk wieder einschlummern zu lassen, ohne die Staatsautorität aufs höchste zu gefährden. Ein plötzlicher Bruch mit dem Unternehmen wäre aber vollends unter den heutigen Aufregungen, Stimmungen und Verstimmungen der Nation ohne allen Zweifel das Sturmgeläute zum furchtbarsten socialen Aufruhr.

Diese Fragen hier näher zu untersuchen, kann nicht die Absicht sein. Es kam nur darauf an, mit einigen der wichtigsten Punkte anzudeuten, wie die oberste Staatsleitung in einem Fahrwasser angelangt ist, welches in jeder Beziehung so klippenreich geworden, daß es ein starker Zweifel bleibt, ob sie darin beharren kann. Mit Ukasen und Decreten sind schon die politischen Schwierigkeiten nicht beiseite zu schieben, noch weniger jene, welche sich in materieller Beziehung aufthürmen. Eine friedliche Entwirrung ließe sich nur etwa dadurch denken, daß die kleinen Grundherren sich ihres Besitzes allmählich entäußerten und denselben an große Herrschaftsbesitzer übergehen ließen. Allein abgesehen davon, daß dieser

Entwickelung das ruſſiſche Erbrecht wie das nationale Naturell der Ariſtokratie gleichermaßen entgegenſteht, würde dieſelbe vorausſichtlich nicht blos eine viel längere Zeit in Anſpruch nehmen, als vorläufig für die Uebergangsperiode feſtgeſtellt iſt, ſondern auch in politiſcher und nationalökonomiſcher Beziehung abermals zum geraden Gegentheil deſſen führen, was ſich als ſtaatsmänniſche Abſicht bei den Emancipationsbeſtrebungen erkennen läßt.

Einem durch concentrirten Grundbeſitz mächtigen, in ſich ſelbſtändigen Adel würde unter ruſſiſchen Verhältniſſen die politiſche Machtſtellung, nach welcher die Ariſtokratie ſtrebt, auf die Dauer nicht vorzuenthalten ſein. Dieſe will jedoch auch das heutige Zarenthum keineswegs gewähren, und überdies würde Rußland ſich damit den übrigen europäiſchen Staatsverhältniſſen nicht anpaſſen, ſondern wieder nach jenen ſlawiſchen Einrichtungen gravitiren, deren rohe Geſtaltung der frühern ruſſiſchen Geſchichte angehört. Die Bauernemancipation würde alſo in dieſer Weiſe keine Befreundung, ſondern eine abermalige Entfremdung des nationalpolitiſchen Lebens von der europäiſchen Völker- und Staatenfamilie bedeuten. Europa könnte nur mit Beſorgniß eine rieſenhaft vergrößerte polniſche Adelsanarchie entſtehen ſehen. Wohin führt aber eine derartige Concentration des Grundbeſitzes in ökonomiſcher Hinſicht? Offenbar auch zum geraden Gegenſatz des nationalökonomiſchen Zwecks der Emancipation, welche durch Begünſtigung des kleinen Grundbeſitzers die landwirthſchaftliche Bodenausbeutung vervielfältigen will. Schon darin ſtände ihr ein ſolcher Ausgang entgegen, daß erfahrungsgemäß der große Grundbeſitz die Bodenbenutzung nirgends mit ſo peinlicher Sorgfalt betreibt, als der kleine. Eine ungemeſſene Zahl jetziger Grundbeſitzer ferner, welche auf ihrem kleinern Areal den ſtärkſten Einfluß auf die freiwerdenden Bauern auszuüben vermag, um ſie bei der Landwirthſchaft zu erhalten,

würde voraussichtlich die gewonnenen Kaufsummen zu industriellen Speculationen benutzen und möglichst viele Arbeitskräfte aus dem Volke nachzuziehen suchen. Allerdings stützt sich nun der nationalökonomische Calcul des Uebergangsplans darauf, daß dem Bauern das eigene Wohnhaus und die Möglichkeit eines Grundbesitzerwerbes zum heimatlichen Magnet werde, welcher ihn allmählich von seiner jetzigen Wandersucht heilt. Allein da erst nach zwölf Jahren dieser Moment eintreten, da er einerseits nicht früher erreichbar sein, da er andererseits nicht einmal erarbeitet werden soll, so ist damit für Fleiß und Arbeitsamkeit kein Vorzug, für Faulheit und Fahrlässigkeit kein Nachtheil in Aussicht gestellt. Dagegen steht die Gleichzeitigkeit des Arbeiterbedürfnisses für die tausendfachen industriellen Unternehmungen und das riesenhafte Eisenbahnsystem einer zahlreichen Rückkehr der leibeigenen Bevölkerung zur Landwirthschaft jedenfalls als außerordentliche Schwierigkeit entgegen. Man wird auch nicht einmal eine moralische Beeinflußung der jetzigen Ackerbauern unternehmen können, um sie bei der Landwirthschaft zu erhalten; denn man bedarf ihrer Hände ebenso unumgänglich bei den Eisenbahnen. Diese müssen hergestellt, der Mangel an Communicationen muß gehoben sein, ehe die Landwirthschaft zur vollgültigen Verwerthung ihrer Producte und ehe überhaupt die ganze materielle Lebensthätigkeit zu jener gleichmäßigern Vertheilung über das Reich gelangen kann, welche die Emancipation erst nationalökonomisch verwerthbar macht.

Es verräth überdies eine eigenthümliche Unbekanntschaft mit den innern Verhältnissen Rußlands, wenn von manchen Seiten der Oeffentlichkeit die Ueberzeugung octroyirt werden soll, Rußland verähnliche sich mit der Emancipation dem übrigen Europa. Selbst wenn dieselbe — wofür nicht sowol die Geringfügigkeit, sondern die Verfahrenheit der bisherigen Anfänge noch wenig Hoffnung gibt — in der angebahnten

Weise zur Wirklichkeit gelangen sollte, so wird die russische Gesellschaftsgliederung fortwährend nur wenig Verwandtschaft mit der historischen Europas zeigen. Am ähnlichsten dürfte noch, nur unter andern politischen Voraussetzungen, das amerikanische Bevölkerungsleben dem werdenden russischen sein. Rußland besitzt kein Bürgerthum, welches auf seiner selbständigen Entwickelung ruht, und es gestaltet mit der Emancipation keinen wirklichen Bauernstand, sondern ein unendlich massenhafter vierter Stand wächst heran, welcher ohne geistigen und materiellen Besitz jegliche Beschäftigung und jeden Gewinn willkommen heißt, den ihm in jedem Augenblicke des Lebens Zufall gewährt oder in Aussicht stellt. Der Staat stützt sich auf eine in regellose Bewegung gerathende Masse, welche von vornherein nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen hat. Rußland steht dann mit einem Volke von Freigelassenen auf demselben Standpunkte, mit welchem der Napoleonismus, indem er die historisch consolidirten Elemente des Bürgerthums und der Aristokratie zu Gunsten seiner dynastischen Zwecke desavouirte, aus der Solidarität der gesellschaftlichen und politischen Gesammtinteressen Europas geschieden ist. Was ist die Folge des die Demokratie organisirenden westlichen Imperialismus geworden? Rechtsverletzungen, Krieg und Revolution sind ihm Princip und Mittel nicht blos zu seiner Machterweiterung, sondern zu seiner Selbsterhaltung. Ganz Europa ist gegen diese systematische Zersetzung seiner organischen Bestände zu fortwährender Waffenbereitschaft gezwungen und sein Culturleben erleidet offenbar die schwersten Einbußen. Aber der Napoleonismus bedarf mindestens der Vorspiegelung einer erhabenen Mission, eines hehren Berufs zur Befreiung der Nationen und Verbreitung der Civilisation, um sein eigenes Volk mit sich fortzureißen und fremde Nationen zu verwirren. Der östliche Imperialismus hat dereinst, wenn der Moment gekommen ist, seine aggressiven Plane

wieder aufzunehmen, selbst einen derartigen Aufputz für sein Vergewaltigungswerk nicht nöthig; er reißt kein festbegründetes Culturleben aus seinen Gängen, er gebietet über eine gärende Masse, welche fast heimatlos geworden und welcher er blos das Opfer zu bezeichnen braucht, auf welches sie sich stürzen soll.

Rußland allein ist aber zugleich gegen die unmittelbaren Gefahren der Napoleonischen Politik innerhalb seiner Grenzen gesichert, durch seine geographische Lage unzugänglich. In dem Bedürfnisse, während seines halb reformirenden, halb revolutionirenden Zustandes nach außen hin seinen Frieden gesichert zu sehen, entspricht es seinen Interessen vollkommen, daß die Napoleonischen Aufregungen das übrige Europa keinen Augenblick zur Ruhe kommen lassen. Es kann ihnen freie Gewähr lassen und sogar moralische Unterstützungen leihen, wo und soweit sie ihm nicht unmittelbar feindlich begegnen. Solange Rußland noch zu keiner socialpolitischen Consolidirung gelangt ist, solange begründet sich die gegeneuropäische Interessengemeinschaft beider Kaiserstaaten so naturgemäß, daß auch bei jeder europäischen Verwickelung bestimmte Verständigungen beider nicht ausbleiben können. Es bedarf dazu keiner formulirten, feierlichen und die übrigen Staaten aufregenden Allianz; sie ist von selbst gegeben. Doppelt vortheilhaft erscheint aber ein solches Verhältniß auch noch deshalb für Rußland, weil es dem Napoleonismus Rücksichten auferlegt, ohne daß das Zarenthum sich solidarisch für ein System zu verpflichten braucht, welches trotz seiner factischen Macht durch jede unerwartete Katastrophe über Nacht herrenlos werden kann. Je später dieser Moment eintritt, desto besser freilich für Rußland. Denn nicht nur, daß es unterdessen Zeit gewinnt, mit der Ausheilung seiner Schäden vom letzten Kriege, mit dem Wiederzusammenfassen seiner materiellen Kräfte und mit den Anbahnungen seiner Neugestaltungen

voranzuſchreiten, es kann auch, je lebhafter Europa mit ſeinen eigenen Angelegenheiten beſchäftigt iſt, deſto ungeſtörter die Conſequenzen ſeiner mittel- und oſtaſiatiſchen Errungenſchaften ausnutzen. Dieſe liegen dann als vollendete Thatſachen da, wenn dereinſt die Frage der Türkei und des Schwarzen Meeres directe Conflicte mit den europäiſchen Staaten nicht länger mehr vermeiden läßt. Gelingt es bis dahin, die Gänge der Napoleoniſchen Politik durch diplomatiſche Unterſtützungen und ſonſtige Einwirkungen, namentlich in jener Richtung zu unterſtützen, welche auf die fortdauernde Iſolirung der continentalen Großſtaaten hinarbeitet, ſo wird Rußland und zwar dieſes allein an den Vortheilen theilnehmen, welche die Napoleoniſche Politik für Frankreichs Intereſſen zu erwerben meint. Gelingt es vollends dem weſtlichen Imperialismus, ſich auch dynaſtiſch zu begründen, ſo bleibt Rußland, und wiederum dieſes allein, unentkräftet bis zu dem Moment, wo die Frage über die Theilung der continentalen Hegemonie zwiſchen ihm und Frankreich praktiſch wird.

Schon heute werden von der gut disciplinirten Preſſe Rußlands nicht blos die politiſchen, ſondern vornehmlich auch die ſocialen Beſtände der europäiſchen Culturſtaaten als überlebt, verbraucht und haltlos dargeſtellt. Schon heute werden mit eiſerner Conſequenz diejenigen Länder, deren innere Organiſation und materielle Kraft den Tendenzen des Napoleonismus den entſchiedenſten Widerſtand entgegenſtellen, ſowie den orientaliſchen Planen Rußlands und ihrer unabläſſigen Verfolgung am geſchickteſten begegnen, in jeder Beziehung zum Gegenſtande des nationalen Haſſes gemacht. Schon heute gewöhnt die ruſſiſche Preſſe ihr Volk daran, ſich in politiſcher und ſocialer Entwickelung als einen Schüler Europas zu betrachten, welcher in kecker Jugendfriſche mit genialem Schwunge ſeinen Lehrmeiſter überholte und dadurch das Recht gewann, ſich nun als Führer der europäiſchen Verjüngung aufzuwerfen.

Wenn aber die russische Presse unmittelbar weniger tief in die Massen eindringt als in culturgewohnten Ländern, so ist dafür ihre Autorität bei den Lesern bei weitem stärker. Jeder, welcher lesen kann, glaubt sich zum Propagator dessen berufen, was gedruckt ist. Indem ferner die Regierung für die feindseligste und aufregendste Besprechung auswärtiger Verhältnisse kaum noch eine Censur übt, während für das eigene Leben der alte Grundsatz in voller Kraft fortbesteht, welcher jede Kritik der Regierungshandlungen verbietet, begünstigt sie wenigstens mittelbar den Glauben, daß sie selbst mit den Anschauungen der Presse übereinstimme. Aus dem düstern Grau der Verkommenheit, in welchem das gesammte Europa, doch namentlich England und Oesterreich gemalt wird, hebt neben der eigenen Heimat die russische Presse ausschließlich das heutige Frankreich mit glänzenden Farben empor. Die „organisirte Demokratie" des Imperialismus, welche die vom soliden Erwerb und bürgerlichen Culturelemente naturgemäß gegebenen Staatsbedingungen rücksichtslos niedertritt, ist ihr die einzige mit Rußland ebenbürtige Macht. Rußland und Frankreich allein sind ihr die berufenen Regulatoren und Leiter der Civilisationswelt. Mitteleuropa vor allem wird wie ein blos absterbender Vegetationsproceß behandelt; England ist die Ueberspannung, welche nothwendig an sich selbst zerbröckelt, und die transatlantische Meerherrschaft wird Nordamerika wie ein unzweifelhaftes Erbe zugetheilt. Man kann freilich sagen, dies alles sind Phantastereien, welche positiver Grundlagen entbehren. Aber man sollte doch wahrlich solche Mahnungen nicht übersehen, je größer die Consequenz und Einmüthigkeit ist, mit welcher sie aus der neuerwachten Bewegung eines rüstigen Volks von siebzig Millionen erklingen. „Denn dieses Volk — wie dessen eigener Sohn, A. Herzen, zu seiner Charakteristik sagt — ist voll patriotischen Stolzes auf die

Menge ſeiner Bajonnete, ſtützt ſich auf Kanonen und bleibt deshalb ſklaviſch geſinnt, weil es in der rohen Maſſenkraft Poeſie findet und ſeinen Ruhm darin ſieht, das Schreckbild der Nationen zu ſein."

Wir haben geſehen, welche außerordentlichen Schwierigkeiten der Entwickelung des Emancipationswerks aus den Kreiſen der unmittelbar Betheiligten von dem Augenblick an entgegengeſtellt wurden, da ihre Mitwirkung in Anſpruch genommen war. Dieſe Oppoſition der Beſitzenden iſt zu einem großen Theile mindeſtens ebenſo berechtigt, als das Beharren des Staats auf ſeinen Forderungen. Monarchie und Beſitz, ſonſt überall naturgemäße Alliirte, ſtehen einander feindlich gegenüber. Der Abſolutismus, auch wenn er wollte, kann keine Gewaltmittel in Anwendung bringen, ohne ſeines ſtärkſten Alliirten verluſtig zu gehen, welcher ihn dagegen ſchützt, daß die begonnene Evolution nicht unaufhaltſam auf die abſchüſſige Bahn der Revolution hinübergleitet. Der Beſitz, auch wenn er die moraliſche und materielle Macht dazu beſäße, kann dem Abſolutismus nicht Va banque bieten, ohne ſich ſelbſt der Revolution anheimzugeben. Will man aber auf beiden Seiten die ſociale Reform, ſo würde mit Beſtimmtheit derjenige Theil den ſchwerſten Schaden davontragen, welcher wähnte, die ſociale Frage laſſe ſich iſolirt löſen. Wie Kettenglieder greifen die geſellſchaftlichen Einrichtungen ineinander; eines derſelben ändern, ohne die benachbarten zu berühren, iſt unmöglich. Das Menſchenleben iſt kein Mechanismus, ſondern ein Organismus. Wer es als Mechanismus behandelt, wird von ſeiner organiſchen Selbſtthätigkeit zermalmt. Die Bauernemancipation konnte nicht in Angriff genommen werden, ohne daß auch in denjenigen Sphären des öffentlichen Lebens, welche mindeſtens nicht in unmittelbarer Beziehung dazu ſtehen, die Selbſtemancipation ſich zu regen begann.

Nach der rein geschäftlichen Seite schien die Regierung durch die Beweglichmachung des innern Verkehrs und die Erleichterung der ausländischen Wechselbeziehungen vor dem Emancipationsjahr gewissermaßen prophylaktische Vorkehrungen beabsichtigt zu haben, damit die in Fluß gebrachte Erwerbsarbeit der Bevölkerung keine Zeit lasse, ihre Augen und Bedenken auf den Gang des Emancipationswerks zu heften. Theilweise wäre dies vielleicht auch gelungen, wenn nicht die große amerikanisch-europäische Krisis diese Anregungen schon an sich wesentlich gelähmt hätte. Dazu kam die Unklarheit darüber, wie weit der Staat die Grenzen der Emancipation gesteckt habe. Solange noch ganz unentschieden blieb, ob Bauernverbesserung oder Freilassung der Leibeigenen das letzte Ziel, konnte das Geschäftsleben nicht einmal eine Wahrscheinlichkeitsrechnung über den materiellen Einfluß der socialen Reorganisation auf seine eigene Gestaltung machen. Dabei wuchs das so emphatisch in Rußlands Zukunft eingeführte Eisenbahnnetz weder mit der erwarteten Raschheit, noch in den der Communication bedürftigsten innern Linien, während es der Production unzählige Arbeitskräfte entzieht. Der russische Charakter ist aber nicht dazu angethan, eine harte Gegenwart mit Hoffnungen auf eine unbestimmte große Zukunft zu vergolden. Eines stellte sich dagegen unmittelbar heraus, daß der veränderte Zolltarif, die Handelsverträge und das Hereinströmen fremder Handelsleute der russischen Production und dem Verkehr vorläufig viele jener Vortheile entschwinden ließen, welche ihnen bisher die Concurrenz mit dem Auslande erleichtert, ja in einer ganzen Reihe von Artikeln und Handelsbranchen überhaupt möglich gemacht hatten. Während eine Menge von ausländischen Waaren durch die Zoll- und Handelsverträge sich nothwendig verwohlfeilerte, wurde die russische Arbeit, welche ja größtentheils in den Händen der Leibeigenen liegt, nothwendig vertheuert. Der auf Obrok entlassene Arbeiter

wurde ſich naturgemäß der vermehrten Nachfrage nach ſeiner Thätigkeit bewußt und ſtellte höhere Bedingungen; die Leibherren begannen gleichzeitig ihre Anforderungen an die Leibeigenen, beſonders an die Obrokentlaſſenen zu ſteigern, um die Uebergangsperiode, während welcher ihnen noch die freie Verfügung über ihre Menſchenkapitale blieb, zur äußerſten Ausbeutung ihrer Productivität zu benutzen. Sie escomptirten gewiſſermaßen ihre bevorſtehenden Vermögensverluſte. Natürlich ſuchten aber Handel und Induſtrie in gleicher Weiſe die beſtehenden Conjuncturen auszunutzen. War das Leben in den letzten Jahren durch den Krieg und ſeine unmittelbaren Nachwirkungen bereits in ſeinen unumgänglichſten Bedürfniſſen außerordentlich vertheuert, ſo wuchſen jetzt die Waarenpreiſe um ſo höher, als zugleich der maſſenhafte Umlauf von Papiergeld eine bedeutende Verringerung ſeines Werthes herbeiführte. So kam die Vertheuerung des Lebens des Conſumenten dem Producenten nicht einmal weſentlich zugute, weil er ſelbſt die Production im Inlande und die Waaren im Auslande theuerer bezahlen mußte. Er mußte ſie aber ganz wörtlich bezahlen, da ſeit dem Kriege der Import gegen den Export gleich 1 zu 3 ſteht und letzterer ſich durchaus nicht wieder zu ſeinem frühern ziemlich ausgleichenden Verhältniſſe heben will. Selbſt Talg, Hanf, Pelz, Häute finden nicht mehr den frühern Abſatz, Europa hat während des Kriegs andere Bezugsquellen aufgeſchloſſen. Die ruſſiſche Handelswelt muß baares Geld für die Importwaaren ſchaffen, und zwar eine Differenzſumme von 50 Mill. Silberrubel jährlich. Poſitiv ſteigt aber wegen der ſchlechten Valutaverhältniſſe dieſe Summe ſogar auf 70—80 Millionen. Dazu trat noch eine beſondere Weitervertheuerung des Imports, welcher außerdem bei der amerikaniſch-europäiſchen Geſchäftscalamität von 1857 — 58 wol Gelegenheit gehabt hätte, wohlfeiler als vorher einzukaufen. Ein Ukas (23. März 1858) decretirte nämlich einen Steuerzuſchlag

von 5 Procent auf alle Import- und Exportwaaren im russisch-europäischen Handel. Dieser Zuschlag sollte dazu dienen, die Kosten verschiedener Bauten an den Uebergangspunkten der Wasser- und Landgrenzen zu decken. Damit kam eine neue und plötzliche Störung in alle Geschäftsberechnungen, welche sich seit neun Monaten auf den herabgesetzten Zolltarif basirt hatten.

Unter solchen Verhältnissen verminderte sich natürlich der kaum begonnene Aufschwung namentlich im auswärtigen Handel und die allerwärts gehemmte Speculationsthätigkeit stürzte sich mit erneuerter Vehemenz auf allerlei Actienunternehmungen, von denen doch wiederum die große Mehrzahl einen rentabeln Geschäftsbetrieb erst auf die Zeit berechnen konnte, wenn die mit den bisherigen Reformen angebahnten Lebensordnungen wirklich eingetreten sein würden. Unterdessen gewann also das Börsenspiel mit den betreffenden Papieren die allerweiteste Ausdehnung und nahm um so größere Dimensionen an, je tiefer im russischen wie überhaupt im slawischen Naturell die Leidenschaft für Glücksspiele begründet liegt. Die natürliche Folge wurde, je maßloser man einen Credit ausbeutete, welcher doch nach so vielen Seiten auf keineswegs gefesteten Grundlagen ruhte, eine desto größere Unsicherheit im commerziellen Verkehr. Eine Menge von Liquidationen und Bankrotten traten schon damals ein und mußten um so verderblicher wirken, als die Creditgesetzgebung noch unberührt in ihrer alten Unfertigkeit lag. Außerdem konnte, was an ihr gut ist, auf die über Nacht zur Geltung gelangten Verhältnisse nicht wohl angewendet werden, oder es gab wenigstens den ebenfalls noch durchaus nicht reformirten Behörden leichte Gelegenheit zu Entscheidungen, welche keineswegs in den Gesetzen, sondern nur allzuhäufig in der bekannten Willkür und Bestechlichkeit der Tschinowniks sich begründeten.

Noch vor wenigen Monaten würde schweigende Unter-

würfigkeit ſich ſolchen Entſcheiden hoffnungslos unterworfen haben. Heute geſchah es, namentlich in der Nähe der Centralorgane des Staats, nur ausnahmsweiſe. Die Klagen über Corruption, Willkür, Unfähigkeit der Beamten explodirten nicht mehr blos zu allgemeiner Nutzanwendung oder ironiſcher Ergötzung in Romanen und Komödien oder in vorſichtig umwickelten Humoresken einzelner Witzblätter. Sie nahmen vielmehr äußerſt reale Geſtalten an, indem ſie hundert und aberhundert Fälle auf dem trockenen Rechtswege bis zu den oberſten Inſtanzen der Staatsleitung trieben. Scheu vor den Folgen konnte kaum abhalten, da die Ermunterung zur Unterſtützung der Regierung in der Säuberung des Beamtenſtandes ſelbſt von der officiöſen Preſſe oft genug an das Publikum gerichtet wurde; jenes früher erwähnten Miniſterialberichts (S. 179) gar nicht zu gedenken, welcher das Volk für die Moralität der Beamten gewiſſermaßen verantwortlich gemacht hatte. Nun mochte allerdings gerade im jetzigen, an Verlegenheiten ſo reichen Momente die Anhäufung von Privatklagen gegen die Beamten in den obern Regionen nichts weniger als angenehm ſein. Auf der andern Seite lag aber darin wieder der Beweis eines Zutrauens zur Staatsleitung, welcher ebenfalls nicht beiſeite geſetzt werden konnte. Hatten Unterſuchungen und Beſtrafungen ſolcher Beamten, welche ſich Veruntreuungen oder ſonſtige Vergehen gegen den Staat zu Schulden kommen ließen, namentlich die Jahre 1856 und 1857 bezeichnet, ſo begannen dagegen im Jahre 1858 die Verfahren gegen Beamte wegen Uebergriffen und Vergehen in Privatſachen auffallend häufig zu werden. Und ſie haben ſich ſeitdem nicht vermindert. Darin liegt nicht blos ein neuer Beweis, wie viel noch in dieſer Hinſicht aufzuräumen iſt und wie dringend auch eine totale Reform des Beamtenweſens, namentlich aber der Juſtizpflege, ihre Anforderungen erhebt; noch wichtiger erſcheint vielmehr die ſociale Bedeutung ſolcher

Thatsachen. Sie zeugen für ein Erwachen des moralischen Selbstbewußtseins in den sogenannten „freien Ständen", welche um so energischer nach Anerkennung der Wahrheit ihres Namens verlangen, je zuversichtlicher sie in dem Emancipationswerke vor allem die Absicht erkennen, auch dem Unfreien allermindestens die Wohlthat eines gesicherten Rechtszustandes zu verschaffen.

Eine andere Consequenz, welche die Angriffnahme der Emancipation außerordentlich rasch in den socialen Verhältnissen erkennen ließ, betrifft die Stellung zwischen Civil und Militär. Die Alleingeltung der Uniform, das unbedingte Vorrecht des Militärs war unter Nikolaus bekanntlich aufs höchste potenzirt worden. Die wenigen Jahre seit dem pariser Frieden hatten mindestens äußerlich noch wenig daran geändert. Der Offizier blieb des gesellschaftlichen Vortritts wie jeglicher Unterordnung des Civils gewohnt, und beanspruchte im Geschäftsverkehr die fraglose Willfährigkeit der Beamten für seine Anforderungen oder Wünsche. Früher hatte sich dies von selbst verstanden. Allein seitdem in den obersten Regionen des Staats eine andere Strömung zur Geltung gelangt war, reagirte zunächst das Beamtenthum gegen die militärische Omnipotenz. Bereits das erste Friedensjahr hatte in einer Reihe von Provinzen die Allmacht der soldatischen Generalgouverneurs durch Bestellung von Civilgouverneurs theils gänzlich aufgehoben, theils beschränkt. Abwärts in der Beamtenhierarchie wiederholten sich die Competenzconflicte der obersten Verwaltungssphären, und die Regierung befand sich auch hier oft genug in dem Falle, die militärischen Uebergriffe aufs strengste zu ahnden. Als aber trotzdem noch an hundert einzelnen Stellen Männer von blos soldatischem Range und oftmals sehr geringer Bildung zur obersten Leitung rein bürgerlicher oder wissenschaftlicher Institute berufen blieben, entwickelte sich auch gegen sie eine ziemlich natürliche Opposition.

Die vielbesprochenen Studentenkrawalle in Moskau, Kasan, Wilna u. s. w., die Revolten der Zöglinge anderer Bildungsanstalten gegen ihre militärischen Chefs fanden allerdings meistens in besondern Zufälligkeiten ihre nächste Gelegenheitsursache, doch sämmtlich ihren tiefern Grund in der erwachenden Reaction des Civils gegen die militärische Kaste. Früher wären derartige Regungen, ohne auch nur entfernt nach der Möglichkeit einer Schuld der soldatischen Obern zu fragen, als militärische Insubordination, wenn nicht als Meuterei an den Urhebern gerächt worden. Daß die Regierung jetzt, ohne die Ahndung des Vergehens der Untergebenen zu unterlassen, doch auch deren Beschwerden Gerechtigkeit widerfahren ließ und die soldatischen Despoten zur Verantwortung zog, gab dem Publikum die lange verlorene Ueberzeugung zurück, daß Epaulette und Degen nicht über Gesetz und Strafe erhaben seien. Dies Bewußtsein gestaltete sich natürlich verschieden nach den verschiedenen Sphären der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Berührung mit dem Militär. Hatte sich früher der einfache Geschäftsmann gegen Insolenzen und Arroganzen des noch einfachern Lieutenants nicht zu rühren gewagt, so begann er jetzt sich gesellschaftlich mit dem General zu messen, welcher zwar mehr Soldaten commandirt, aber nicht einen Menschen ernährt, wie der Fabrikant, der Bauunternehmer u. s. w. deren Hunderte. War auf den Universitäten und Lehranstalten das jugendliche Aufbrausen gegen soldatische Curatoren mehr eine instinctive Revolution gegen die Beugung der freien Wissenschaft unter den Corporalstock und die Drillung ihrer Jünger nach Rekrutenmanier, so empfanden es dagegen die freien Stände vollkommen bewußt, wie viel nothwendiger der sich aufraffende Staat ihrer geistigen und materiellen Production als der Bajonnete und Säbel bedarf Die Anforderung der socialen Anerkennung dafür drängte sich überall gebieterisch hervor, die Selbstemancipation des bürger-

lichen Rocks gegenüber dem grünen Frack mit den goldenen Tschinownikknöpfen, wie gegenüber des Kaisers doppelfarbigem Kleid entwickelte sich namentlich in den großen Städten gewaltiger, als man in den staatsleitenden Kreisen beim Beginne des Emancipationswerks nur entfernt geahnt zu haben schien.

Diese fragmentarischen Andeutungen müssen hier genügen; wir schreiben keine Geschichte, sondern sammeln nur die Materialien zur Erläuterung einer noch unfertig durcheinander wogenden Gegenwart. Indem aber das Auge des Herrschers diese Bewegungen überblickte, mußte es erkennen, daß wie die Emancipation der Leibeigenen keinen Stand, Rang und keine Schicht der Bevölkerung unberührt läßt, so auch keine Staatseinrichtung unverändert bleiben kann, wie sie ist. Dennoch erschien es für die Zeit des Uebergangs unmöglich, mit Radicalreformen der Verwaltung, Justiz und Gesetzgebung hervorzutreten, wenn es nicht mit der Gewißheit geschehen sollte, daß dies Riesenwerk nach Vollendung der Emancipation abermals schon abgelebt, überholt und unbrauchbar geworden sein müsse, ohne selbst nur die Zeit zu seiner Einlebung gefunden zu haben. Partielle Reformen, dem hervortretenden Bedürfnisse des Lebens nacheilend, blieben also vorläufig die einzige Möglichkeit. Allein auch diese fanden keineswegs blos in den mittlern und untern Schichten der bureaukratischen Gewohnheit, sondern ebenso im Kronwerke der gouvernementalen Centralisation ihre mächtigen Gegner. Wenn man das Leben gewöhne, sich als bedingend für die Regierungsmaßregeln anzusehen, so werde es sich des Gehorchens entwöhnen — hieß es — und das Regieren unmöglich machen; jedenfalls verliere die Regierung ihre Stärke und mit ihr die Initiative in den Neugestaltungen; von der Festhaltung eines bestimmten Princips und organischen Plans könne vollends keine Rede sein. Vom Reichsrath und theilweise vom Senat, worin meistens blos greisen-

hafte Ueberbleibsel früherer Staatsmänner oder Heerführer ihren herkömmlichen Ruheplatz finden, ließ es sich allerdings kaum anders erwarten. Doch auch im Ministerium selbst herrschte keine principielle Uebereinstimmung. Als Vertreter der altherkömmlichen Verwaltungsgrundsätze galt in der Oeffentlichkeit namentlich — und zwar aus principiellem Standpunkte — der Minister des öffentlichen Unterrichts, Norow; aus bureaukratischer Gewohnheit der Finanzminister Brock. Die Nichtübereinstimmung beider mit den besonders vom Fürsten Gortschakow und Herrn von Lanskoi vertretenen Principien der Verwaltungsreform führte denn auch (April 1858) zu ihrem Rücktritte. Als Finanzminister trat Geheimerath Kniajewitsch und als Minister des öffentlichen Unterrichts Geheimerath Kowalewsky ein; letzterer gegen die Erwartung der nationalaristokratischen Partei, ersterer wenigstens gegen das Herkommen des bureaukratischen Pragmatismus. Selbst die Minister der Reichscontrole und der Justiz, welche ebenfalls, wie die zurückgetretenen, noch aus der Regierung des Kaisers Nikolaus im Amte stehen, schienen entschieden zu schwanken, bevor sie sich den neuen Anforderungen bequemten.

Handelte es sich aber wirklich blos um Principien, wirklich blos um die rechten Wege, um die öffentlich proclamirten Verbesserungen im Wesen der Verwaltung, der Justiz, des Geschäftsganges? Spielten nicht auch rein persönliche Anti- und Sympathien, parteiische Voreingenommenheiten, sogar cliquenhafte Gunst und Ungunst eine wesentlich bedingende Rolle bei den genannten und andern Personalveränderungen? Sogar in Ländern mit einer mündigen Oeffentlichkeit und freier Presse läßt sich in ähnlichen Fällen sehr schwer darüber entscheiden; wie viel weniger hier, wo die innern Angelegenheiten noch immer der publicistischen Kritik ganz vorenthalten blieben und in der heimlich geflüsterten Mediſance stets blos auf ganz persönliche Motive zurückgeführt werden. Für mächtig, ja

faſt alleinherrſchend galt aber jetzt wieder die ſogenannte Nationalpartei und für allmächtig der Miniſter des Auswärtigen. Wie dem auch ſei, von da an blieb jene Stabilität des Kronraths und der oberſten Verwaltungschefs, welche bisher mindeſtens noch immer traditionell fortgegolten hatte, nicht blos in der öffentlichen Meinung, ſondern wol auch in den ſtaatsleitenden Regionen fortdauernd in Frage geſtellt. Die Gerüchte von bevorſtehenden Cabinetsmodificationen ſind nicht wieder vollkommen verſtummt, die Perſonalveränderungen unter den Vorſtänden der obern Centralbehörden und der Gouvernementsregierungen ſind perennirend geworden. Unter ruſſiſchen Verhältniſſen und bei der geſchäftlichen Centraliſation iſt aber natürlich die Unſicherheit über die Perſönlichkeit der obern Leiter auch gleichbedeutend mit einem fortdauernden Schwanken in dem ganzen von ihnen abhängigen Beamtenmechanismus und Verwaltungsorganismus. Es kann daher nicht verwundern, wenn wir bis auf den heutigen Tag neben den gewaltigſten Reformanſtrebungen in der einen Richtung fortwährend den kleinlichſten Nothbehelfen und zaghafteſten Auskunftsmitteln des Augenblicks in andern Richtungen ein und deſſelben Reſſorts begegnen. Das ſo unerlaßliche Zuſammenwirken aller Verwaltungsſphären zur Ueberwindung der immer erneuerten Schwierigkeiten der Lage bleibt natürlich unter ſolchen Umſtänden noch weit zweifelhafter.

Ehemals exiſtirte nun in Rußland keine öffentliche Meinung, jetzt iſt ſie durch die Regierung ſelbſt geweckt. Ehemals blieben etwaige Differenzen in den ſtaatsleitenden Kreiſen deren ſtreng abgeſchloſſenes Geheimniß, jetzt dagegen pflanzen ſie ſich im Publikum fort. Wenn auch die Preſſe keinen directen Antheil an den Discuſſionen darüber nehmen darf, ſo läßt ſie doch zwiſchen den Zeilen mancherlei ahnen, was ſich dann im Verkehr der Menſchen meiſtens noch viel ungeheuerlicher ausnimmt, als es in Wahrheit iſt. Weiter

oben wurde nun schon erwähnt, wie sich bei Gelegenheit der Debatten über die Emancipationsfrage die Erinnerung an den alten russischen Reichsrath (Duma) wiederholt hervordrängte. In dem weitern Publikum, welches diesen historischen Erinnerungen und den Adelsinteressen fernsteht, dagegen im vermehrten Verkehr mit dem Auslande dessen politischen Entwickelungen näher getreten ist, nahm diese Idee unvermerkt die Gestalt des modernen Constitutionalismus an, welchen man als die nothwendige Krönung des sich neu verjüngenden Rußland zu betrachten begann. Nichts konnte den leitenden Kreisen unwillkommener sein. Denn über einen liberalen Absolutismus geht hier noch kein Gedanke hinaus, solange man die Initiative aller Entwickelungen ausschließlich bei der Regierung festhält.

Wie aber diesen Geist bannen? Mit Gewaltmaßregeln, wie es wol unter Nikolaus geschah, gegen ein bloßes Gedankenspiel verfahren, lag weder im Geiste des jetzigen Regiments, noch ließ sich davon eine andere Wirkung erwarten, als daß das Publikum nur vielleicht geschwiegen, dagegen sicherlich bei der Regierung eine gewisse Furcht vor ihrer eigenen Zukunft vorausgesetzt hätte. Und daß die Journalistik die Idee einer derartigen Staatsveränderung nicht erwähnen durfte, blieb ganz einflußlos auf die großen Städte, wenn es auch ihre Propagandirung in die entferntern Provinzen verhinderte. Indessen machte sich jetzt allerdings eine Wiederverschärfung der journalistischen Besprechung constitutioneller Zustände in andern Ländern, wozu Preußen und Baiern gerade reiche Gelegenheit boten, keineswegs undeutlich bemerkbar. Allein in dieser negativen Weise war der Gedanke nicht zu bannen, daß all die Uebelstände, welche das fortdauernde Schwanken der Uebergangsperiode hervorrief, durch eine Vertretung der Nation bei der Regierung mit einem male zu verscheuchen seien. Je unreifer die politischen Anschauungen sind,

desto phantastischer ihre Erwartungen von einer solchen Gestaltung der Staatsform. Ueberdies hielt sich freilich auch das Publikum von Petersburg, Moskau, Odessa u. s. w. für mindestens ebenso politisch befähigt und berechtigt, wie das „hochherzige Volk der Rumänen", für dessen constitutionelle Selbstbestimmung die russische Presse seit dem pariser Frieden schwärmte und dessen Verfassungsentwürfe soeben von der pariser Conferenz (15. Juni bis 19. August) sanctionirt wurden.

Die Wendung, welche die officielle „Petersburger Zeitung" fand, um der Gedankenströmung eine unschädliche Richtung zu geben, erscheint jedoch für das nichtrussische Europa fast bemerkenswerther als für Rußland selbst, da der hier angeschlagene Ton sofort maßgebend für zahllose Artikel, für eine consequente Haltung der gesammten Presse wurde. Der Absolutismus ward als Rußlands Lebensnothwendigkeit vorangestellt. Allein die Beweise dafür wurden weit weniger Rußlands innerm Entwickelungsgang und Bildungsstand, als vielmehr seinen äußern Verhältnissen entnommen. Ganz namentlich die offfcielle „Petersburger Zeitung" stellte sich an, als ob Oesterreich, England, Frankreich und Deutschland mit vereinten Kräften bemüht seien, einen vollen Aufschwung Rußlands zu hindern. Es war genau dieselbe Taktik, nur auf anderm Gebiete, womit ehemals unter Nikolaus eine vorgebliche Feindschaft Europas gegen Rußlands „heiligen Beruf" vorgespiegelt wurde, um den orientalischen Krieg populär zu machen. Auch jetzt wurde Rußlands Erstarkung im Absolutismus und seine strenge Rechtgläubigkeit — man vergesse nicht die dogmatische Zweieinigkeit des Zaro-Patriarchats — geradezu wie eine abermals drängende Nothwendigkeit zum Abwehrkampfe gegen feindliche Absichten Westeuropas hingestellt. Als ob ein europäischer Angriff auf Rußlands reformatorischen Aufschwung vor der Thür stehe, wurden die Beamten ermahnt, ihre Pflicht zu thun und zur Concentri-

rung der Kräfte des Reichs beizutragen, während den übrigen Unterthanen ans Herz gelegt wurde, wie im unumschränkten Absolutismus des Kaisers und im unbedingten Gehorsam seiner Völker ausschließlich die erhaltende und gestaltende Kraft der nationalen Zukunft ruhe. Nicht an die geistigen Bewegungen Europas und die kosmopolitische Interessengemeinschaft der Culturvölker habe sich das russische Leben anzuschließen, sondern in der slawischen Nationalität und Rechtgläubigkeit ruhe der Haupthebel seiner alles beherrschenden Machtstellung. Ueber die Wirksamkeit dieser Doctrin zur Vertreibung constitutioneller Gedankenspiele läßt sich streiten. Die Strenge, womit später die Regierung gegen einzelne Persönlichkeiten einschritt, welche sich von ihrem politischen Eifer zur Vorlegung constitutioneller Entwürfe hinreißen ließen, zeugt keineswegs dafür, daß das absolute Princip das Gedankengift für getilgt erachte. Dagegen sog offenbar der Panslawismus aus solchen officiösen Erörterungen neue Hoffnungen für die Wohlgefälligkeit seiner Zwecke. Seine propagandistische Presse in Moskau, Konstantinopel, London und Paris, seine literarischen Filiale in Berlin, Leipzig und anderwärts arbeiteten niemals mit gleichem Eifer, wie in der zweiten Hälfte des Jahres 1858, und die sogenannte „revolutionäre Flüchtlingspropaganda" in London stand augenscheinlich niemals gleichermaßen unter slawisch-ungarischen Einflüssen.

Während nun den feindseligen Stimmungen gegen Europa immer neue Nahrung zugeführt wurde, wofür unter den vorliegenden Verhältnissen in der That keine leiseste Veranlassung zu entdecken war, sodaß man darin wirklich blos das sorgsame Hegen und Pflegen einer politischen Handhabe der Zukunft erblicken konnte, da wurde gleichzeitig auch mit kaum

geringerer Emphase entwickelt, daß die Ausbreitung der russischen Macht in Asien die nächste Aufgabe sei. Rußland — lautete das Schlagwort — müsse die asiatischen Völkerschaften durch die Wohlthaten der Civilisation an sein Scepter fesseln, dagegen nicht wie England nur nach materiellem Gewinn trachten. Man darf sagen, jede Agitation besaß ihr bestimmt angewiesenes Terrain. Die slawische Propaganda nahm sich Oesterreich als hauptsächliches Opfer, welches nach ihrer Doctrin als die Incarnation des germanisirenden Despotismus gegen lauter hochherzige Nationalitäten erscheinen mußte, wobei grelle Schlaglichter derselben äußerst unparteiischen Beleuchtung natürlich auch auf alle mit Oesterreich befreundete Staaten fielen. Der specifisch russische Patriotismus secundirte dabei ausgiebig, seine eigentliche bête noire blieb jedoch England. Freilich sprach er meistens blos von Englands angeblichen Abscheulichkeiten auf den asiatischen Rivalitätsgebieten, indessen schlüpfte doch auch gar nicht selten ein mindestens ebenso starker Mismuth über seine europäischen Beziehungen dazwischen. Seine Concession von Cherbourg, mit welcher der Zerfall der westmächtlichen Allianz wieder vertagt wurde, malte die russische Presse als tiefste Erniedrigung und äußersten Schwächebeweis, dessen ein Staat fähig. Besonders wurde aber Preußen, wo die Zukunftspolitiker nach der Verheirathung des dereinstigen Königs mit der Prinzessin von England eine innige Allianz mit der Beherrscherin der Meere als machtverheißende Combination populariſirten, vor jeder Annäherung an den im Zerfall begriffenen Staat gewarnt, damit — Preußens freundschaftliche Abhängigkeit von seinen petersburger Verwandtschaftsrücksichten nicht getrübt werde. Jedenfalls lag System in allen diesen Darstellungen; man hätte glauben mögen, sie gingen von einer Centraldirection aus; die Censur legte ihnen keinerlei Hinderniß in den Weg.

Den praktischen Commentar zu den Erörterungen über die Wohlthaten der russischen Civilisation für Asiens Völker und die Uneigennützigkeit des russischen Verkehrs mit ihnen lieferte der am 28. Mai abgeschlossene Vertrag mit China über die Grenzregulirung am Amur. Schon früher war davon vorübergehend die Rede (S. 135, 197). Es wurde dort erwähnt, wie Graf Putjatin, nachdem er auf dem Landwege nach Peking nicht vorzudringen vermocht, im August 1857 den Bevollmächtigten Frankreichs und Englands, welche die westmächtliche Expedition gegen Kanton begleiteten, sich als Rußlands außerordentlicher Botschafter vorgestellt hatte. Der äußerliche Friede, worin sich Rußland mit China befand, gestattete dem klugen diplomatischen Agenten nicht blos, die auf chinesischer und westmächtlicher Seite willkommene Rolle einer vermittelnden Vertrauensperson zwischen den verschlagenen Mandarinen und den immer von neuem dupirten Verbündeten zu spielen, sondern auch die Verlegenheiten auf beiden Seiten zu benutzen, um daraus in jedem Falle für Rußland die besten Vortheile einzukassiren. Bekanntlich hatte die chinesische Verschmitztheit die westmächtlichen Gesandten abgehalten, den Schrecken über die Eroberung von Kanton zu benutzen, um geradezu auf Peking loszugehen. Kostbare Monate gingen abermals durch das chinesische Spiel trügerischer Unterhandlungen verloren, und im Mai 1858 sahen sich die verbündeten Geschwader dennoch genöthigt, die Forts am Peiho zu bestürmen. Aber auch als dieselben gefallen, ließen sich die Anglo-Franzosen vom unaufhaltsamen Vordringen gegen das schutzlose Peking abermals durch zwei alte Räthe abhalten, die ihnen der Kaiser von China zur wirklichen Unterhandlung des Friedens entgegenschickte. Jetzt nahm der Herrscher des Himmlischen Reichs die Forderungen der Westmächte scheinbar ohne Rückhalt an und zwölf Meilen vor Peking wurde der bekannte Tractat von Tientsin abgeschlossen. Dieser gab

unter anderm den Westmächten das Recht, Gesandte nach Peking abzuschicken. Es wäre nun zu allererst darauf angekommen, dieses mühsam gewonnene Recht in Ausführung zu bringen. Denn natürlich konnten die vom Vertrage geöffneten fünf Häfen des Reichs von den englischen und französischen Handelsschiffen nicht angesegelt werden, ehe der schleppende chinesische Geschäftsgang den Befehl zu ihrer Zulassung an die betreffenden Statthalter hatte gelangen lassen. Ebenso wenig standen die Kaufleute und lagen die Waaren in Bereitschaft, um den Landhandel in den nunmehr zugänglichen Provinzen sofort zu beginnen. Das erste wäre also jedenfalls gewesen, die Vertretung der Europäer am Kaiserhofe, angelehnt an die zerstörten Vorwerke der Residenz im Peiho, sofort factisch ins Werk zu setzen. Anstatt dessen verließen Lord Elgin und Baron Gros ihre Position und kehrten siegessicher dem Himmlischen Reiche den Rücken.

Bekanntlich betheiligte sich nun Graf Putjatin für Rußland ebenfalls an diesem Vertrage von Tientsin. Trotzdem daß Rußland zwei Häfen mehr und wichtige Zugeständnisse betreffs der Landverbindung über Kiachta erlangte, hätte man glauben können, auch er sei, wie die westmächtlichen Gesandten, von dem hinterhaltigen Zugeständnisse eines „Rechts" auf eine ständige Gesandtschaft in Peking getäuscht worden. Aber man darf nicht vergessen, daß für Rußland dieses Recht blos eine formelle Bedeutung hatte, da es in Peking schon längst eine ständige (sogenannte geistliche) Mission zur Wahrung seiner Interessen besitzt, wenn sie auch nicht gerade mit diplomatischen Titeln glänzt. Dagegen hatte Graf Putjatin noch unter dem ersten Eindrucke des chinesischen Schreckens von den westmächtlichen Kriegserfolgen im Peiho den viel wichtigern Grenzregulirungsvertrag im Betreff des Amurgebiets zur Sanction gebracht (1. Juni 1858), welchen Graf Murawiew auf dem streitigen Gebiete selbst, mit fester Entschlossenheit und gleich-

zeitiger Feinheit, unter steter Hinweisung auf die bereitstehende und täglich anwachsende Machtentfaltung seines Zaren abgeschlossen (zu Aigun, 28. Mai). Rußland gewann damit einen Theil der Mandschurei mit einem Flächengehalte von 10850 Quadratmeilen und am Amur selbst die freie Verfügung über eine Reihe der prächtigsten Häfen. Denn die Grenze zwischen Rußland und China zieht fortan der Amur von da ab, wo die Schelka sich mit dem Argun vereinigt, bis dahin, wo der Ussuri sich in den Amur ergießt. Von da bis zur Mündung gehören aber sogar beide Amurufer den Russen, welche zwar den Chinesen die Schiffahrt ebenfalls gestatten, aber dafür ihrerseits dasselbe Recht der freien Schiffahrt auf dem Sungar und Ussuri, also bis tief in das Innere des chinesischen Reichs ausüben.

Außer diesen Siegen und Erwerbungen am Ostumfange des Reichs feierten die russischen Waffen des Kriegs und der diplomatischen List auch keineswegs an einem andern Punkte, welcher dem Staatsinteresse und Nationalstolz von ebenso hoher Bedeutung ist. Wir meinen den Kaukasus. Die unbeschränkte Vollmacht, welche der Generalstatthalter Fürst Bariatinsky erhalten (vgl. S. 133), trug ihre reichlichen Früchte. Es kann natürlich nicht Absicht sein, hier näher auf die Einzelheiten der kaukasischen Kämpfe einzugehen. Wir dürfen uns mit der allgemeinen Anführung begnügen, daß der ganze Sommer des Jahres 1858 nicht blos von den gewohnten Siegesberichten erfüllt war, sondern daß sich daraus auch wirklich ein consequentes Fortschreiten der Russen und ein entsprechendes Zurückweichen wie Zerbröckeln der feindlichen Völker, eine allgemeine Entkräftung ihrer Widerstandsfähigkeit ergab, wie sie in diesem Kampfe seit langen Jahren nicht erlebt worden war. Der Ueberzeugung konnte man sich jetzt nicht mehr verschließen, daß der letzte Act des kaukasischen Dramas, welchen russische Stimmen früher so oft um-

sonst angekündigt hatten, nunmehr wirklich begonnen war und nur noch der Zeit bedurfte, um sich abzuspielen. Wie lang oder kurz diese Zeit dauern würde, ließ sich freilich auch jetzt noch nicht absehen. So viel erschien jedoch gewiß, daß die Kaukasier in offenen Erklärungen und geheimen Missionen bei der Türkei und den Großmächten fruchtlos um Unterstützung und Garantirung ihrer Existenz nachsuchten. Die Pforte befand sich keineswegs in der Lage etwas für sie zu thun, und England war theils zu sehr mit sich selbst beschäftigt, theils zu abhängig von den französischen Gegenvorstellungen, um etwas thun zu wollen.

Für den Augenblick konnten auch die kaukasischen Erfolge eben nur dem russischen Machtbewußtsein in der Bevölkerung schmeicheln; materielle Consequenzen vermochte weder der Industrialismus, noch der Handel zu ziehen. Aber dagegen entwickelte die Oeffnung Chinas und namentlich auch die Erwerbung des Amurgebiets so augenblickliche und gewaltige Rückwirkungen auf die russischen Lebensbewegungen, wie sie in der That kaum höhern Grades bei einer mit der Colonisationsthätigkeit lange vertrauten Nation zu erwarten gestanden hätten. Nach den neuerschlossenen Gebieten wälzte sich nämlich sofort eine riesenhafte Auswanderung aus dem Osten des Reichs. Damit entstand auch in den Volksmassen der innern europäischen Provinzen eine neue Bewegung, deren weitere Folgen sich allerdings weder sofort absehen ließen, noch auch heute zu bemessen sind. Allein die Regierung durfte die Strömung um so ruhiger gewähren lassen, als damit zugleich eine Ablenkung der Volksmassen von den socialpolitischen Interessen stattfand, welche durch die Bauernemancipation angeregt waren. Außerdem brauchte der Staat nothwendig eine Colonisirung, da China fast seit einem Jahrhundert unbewohnte Wüsteneien einer definitiven Regulirung des Grenzgebiets vorgezogen hatte. Es schien sogar,

als ob die Schilderung der landschaftlichen und klimatischen Verhältnisse des Amurgebiets keineswegs ohne Absicht von der inspirirten Presse mit übertriebenem Glanze ausgestattet würde. Glaubte man ihren Worten, so war dort buchstäblich ein neues Paradies gewonnen, welchem an günstigen Vorbedingungen zur großartigsten Entwickelung der landwirthschaftlichen Industrie und des internationalen Handels kein Land des bisherigen russischen Besitzes gleichkam. Während darauf hingewiesen wurde, wie Rußland mit seinen europäischen Provinzen den Getreidemarkt von ganz Europa bedinge, stellte man der Colonisation am Amur in Aussicht, daß sie nicht blos die Kornkammer des nordöstlichen Sibirien und des russischen Amerika bilden, sondern auch die Bevölkerungsmassen von Japan und China mit Nahrungsmitteln zu versorgen haben werde. „Europa beneidet, Amerika beglückwünscht uns", hieß es; „Rußland hat nicht blos jenen großen Landstrich erworben, auf welchen es seit Peter dem Großen das klarste Recht besaß, sondern dem 19. Jahrhundert einen neuen Welttheil geschenkt!" Später stellten freilich genauere Nachrichten die Herrlichkeiten des Paradieses am Amur wiederum wesentlich in Zweifel. Da war jedoch der angeregte Wanderstrom bereits im vollen Fluß und es lag jetzt wenigstens mehr in der Hand der Regierung, den Grundadel, dessen materielle Interessen vom Uebermaß solcher Arbeiterwanderungen am schwersten getroffen würden, entweder durch Maßregeln zu verpflichten, welche dem allzugroßen Menschenabflusse hindernd entgegentreten, oder ihn auch durch dessen Begünstigung willfähriger für die gouvernementalen Emancipationsmaßregeln zu machen. Wie weit solche Mittel seitdem in Anwendung kommen, ist natürlich hier nicht weiter zu erörtern. Jedenfalls hatte aber bereits gegen das Ende des Jahres 1858 die Einwanderung am Amur eine sehr bedeutende Ausdehnung genommen, da schon in demselben Winter

das neue Gebiet provinziell organisirt und administrativ in ein festes Verhältniß zum Reiche gebracht werden konnte.

Wurde früher darauf hingewiesen, wie die Gestaltung der europäischen Verhältnisse ganz vorzugsweise die Angriffnahme des Emancipationswerks gestattete, so darf hier nicht übergangen werden, daß Rußland es einer neuen und zwar nicht vorausberechneten Gunst des Geschicks verdankte, während eines größern Theils des Jahres 1858 so ausschließlich bei seiner innern Entwickelungsthätigkeit verharren zu dürfen, ohne an den Vortheilen seiner äußerlichen Stellung etwas einzubüßen. Das Attentat Orsinis hatte den Napoleonismus offenbar aus dem Gleichgewichte gebracht, in welchem ihn bisher der Glaube an seinen providentiellen Beruf erhalten. Dem Kaiser selbst enthüllte sich bei dieser Gelegenheit die bisher fast ungekannte Stimmung Frankreichs, die geringe Zuverlässigkeit seiner Instrumente und die überraschende Thatsache, daß auch die Nachgiebigkeit Englands für seine Forderungen ihre Grenzen finde. Napoleons intimster Bundesgenosse, Lord Palmerston, mußte in dem Augenblicke, da er Englands Asylrecht den imperialistischen Gelüsten opfern wollte, einem Kronrathe weichen, von welchem sich mindestens nicht voraussetzen ließ, daß er den Imperator auf allen seinen europäischen Gängen als unterthäniger Vasall begleiten werde. Zugleich war Europas öffentliche Meinung durch die französische Schreckensherrschaft, welche jenem Attentate folgte, vollkommen vom letzten Reste zweifelhafter Illusionen befreit worden, die sich bis dahin über den kaiserlichen Emporkömmling, über den Vertreter der Nationalitäten, über den Organisator der Demokratie, über den Retter der Gesellschaft oder sonst eine der einander widersprechenden Eigenschaften erhalten

hatten, mit denen unabläſſig und verblendend für die Verherrlichung des Imperialismus agitirt worden war. Die Lockerung der franzöſiſch-engliſchen Allianz konnte für Rußland kaum zu einem günſtigern Momente kommen als eben damals. Denn jedenfalls wäre es nicht in der Lage geweſen, durch offenkundige Unterſtützung einer der Napoleoniſchen Ideen das Mittel zu finden, die Trennung der Weſtmächte ins Werk zu ſetzen, ohne unmittelbar in den entſtehenden Weltkrieg hineingezogen zu werden. Außerdem mußte ihm daran liegen, daß die gute Meinung und günſtige Stimmung des Continents für ſeine eigene politiſche und materielle Entwickelung in Frankreichs innern Zuſtänden einen dunkeln Gegenſatz erblicke und zugleich von einem zwiſchen England und Frankreich drohenden Misverhältniſſe unſicher erhalten werde in der Hingabe an die Friedlichkeit der ſonſtigen politiſchen Conſtellationen.

Freilich waren dieſelben, wie die Ereigniſſe ſeitdem genugſam gelehrt haben, keineswegs ſo friedlich, als wofür ſie das Publikum erachtete. Aber wenn die franzöſiſche Preſſe ſich fortwährend für die Nationalitäten begeiſterte, um bald die engliſche Politik an den Dardanellen und der untern Donau mit den bitterſten Vorwürfen zu überſchütten, bald in frechſter Weiſe mit einer italieniſchen Nationalerhebung und den ſardiniſchen Vergrößerungsgelüſten zu kokettiren, ſo glaubte doch im Grunde niemand daran, daß Frankreich binnen kurzer Zeit, trotz der äußerſten Nachgiebigkeit von allen Seiten, den Vorwand ſuchen könne, um wirklich einen europäiſchen Krieg zu entzünden. Mochte man ſogar die außerordentliche Gefahr für die Zukunft nicht verkennen, welche auch nach Palmerſtons Sturz die Nachgiebigkeit des Miniſteriums Derby dem weſtlichen Imperator in der Cagliariſrage, beim königlichen Beſuche zur Einweihung von Cherbourg, bei der Charles-et-George-Affaire u. ſ. w. bewies,

mochte sich auch niemand über die Bedenken täuschen, welche für Oesterreich aus der pariser Convention hinsichtlich der Donaufürstenthümer entstanden: so war doch offenbar, daß sich in allen diesen Beziehungen eine Friedlichkeit der Großmächte herausstellte, welche es um jeden Preis zu keiner Störung der Ruhe Europas kommen lassen wollte.

Wir haben nun früher gesehen (S. 163 fg.), wie Rußland seit dem orientalischen Frieden eine Intimität mit Sardinien genährt hatte, welche jedenfalls zum herausfordernden und revolutionären Verhalten der Cavourschen Politik gegen Oesterreich, die Herzogthümer, Rom und Neapel kaum weniger beitrug, als das Bewußtsein ihrer offenen oder versteckten Unterstützung durch den Imperialismus. Wie sich die Freundschaftsverhältnisse zwischen Petersburg und Paris gestaltet hatten, konnte es jedoch auch dem russischen Cabinet kein Zweifel sein, daß die italienische Frage für Napoleon einfach die Frage des Mittelländischen Meeres sei. Sich hier irgendwie präjudiciell zu betheiligen, lag nicht im russischen Interesse. Man hatte sich seit dem Septembercircular von 1856 mit einer gewissen Ostentation von den aufgeworfenen Zwisten zurückgehalten, und die französische Politik selbst mochte sich in der Täuschung wiegen, Rußland werde auch hier ihrem Spiele so freie Hand lassen, wie in den Donaufürstenthümern und in Montenegro. Aeußerlich war dies auch vollständig der Fall. Desto deutlicher las man nun den Unmuth der Ueberraschung aus der französischen Presse heraus, als dieselbe der europäischen Welt die ersten Nachrichten davon zu verkünden hatte, daß Rußland für die neuentstandene Petersburg-Odessaer Dampfschiffahrtsgesellschaft den sardinischen Hafen von Villafranca erworben habe. Wer hatte bisher Villafranca genannt, ja fast nur gekannt? Es ist auch wirklich ein ganz kleiner Hafen, etwa eine starke Stunde südlich von Nizza, und man hatte es nicht einmal beachtet, als die Kaiserin-Mutter von Rußland schon bei

ihrem vorjährigen Aufenthalte in Nizza eine neu angelegte Straße dorthin einweihte. Jetzt dagegen war es allerdings nicht blos die französische Presse und die englische, welche dieser Erwerbung eine folgenreiche Bedeutung zumaßen, sondern ganz Europa sah darin den Beginn zur Schmiedung eines neuen Gliedes jener Kette, welche Rußland allmählich mit seinen Einflüssen und Erwerbungen um Oesterreich zu schlingen sucht.

Seit Frankreich mit Rußland in den Donauländern und in Montenegro gleiche Interessen verfolgte, war dort Rußland zurückgetreten. Es verließ sich auf seine alteingelebten Einflüsse, welche nur mit den bekannten Mitteln der Confessionsverwandtschaft und der Vollgeltung russischer Rubel unterhalten zu werden brauchten, um im gelegenen Momente den neuen französischen Einwirkungen die Spitze zu bieten. Dagegen steht es in Mittel- und Oberitalien im gleichen Verhältnisse der Neuheit wie die Wechselbeziehungen der sogenannten nationalen Politik mit dem Napoleonismus. Hier mußte ihm also bei Frankreichs offen ausgesprochener Tendenz, das Mittelmeer in einen französischen See zu verwandeln, außerordentlich viel daran liegen, in möglichst unauffälliger Weise gleichsam ein materielles Pfand dafür zu erringen, daß es beim endlichen Austrage dieser Frage nicht völlig beiseite geschoben werden könne. Dies Mittel bot sich durch die Petersburg-Odessaer Dampfschiffahrtsgesellschaft, welche in Villafranca, wie man versicherte, nichts weiter gewollt und erreicht hatte, als die „Pachtung" eines ehemaligen, jetzt leerstehenden Bagno, der als Magazin für Lebensmittel und Brennmaterial benutzt werden solle. Natürlich konnte auch keine der dabei interessirten Seemächte eine directe Einsprache gegen einen so harmlosen Vertrag erheben. War er doch nicht einmal zwischen zwei souveränen Staaten, sondern wie die russische und piemontesische Presse versicherte, sogar nur zwischen Sardinien und einer Handelsgesellschaft abge-

schlossen. Man hätte in Paris der bisher so vortheilhaft ausgebeuteten Innigkeit mit Petersburg selbst ein ungeschicktes Dementi gegeben, wenn man den Mismuth der ersten Ueberraschung weiter festgehalten hätte. So mußte gerade die französische Presse um so beschwichtigendere Ausdeutungen aufsuchen, je unsanfter die Napoleonische Politik von der Erkenntniß berührt war, wie weit auch jetzt Rußland davon entfernt blieb, irgendein Vorhaben seines befreundeten Rivalen unbeobachtet zu lassen. Vielleicht wurde, gerade um diese Empfindlichkeit noch besser zu verhüllen, etwas später sogar (September) der Prinz Napoleon zur Begrüßung des Zaren nach Warschau gesendet. Denn daß es sich dabei blos um eine ausgesuchte Artigkeit für den Zaren, nicht um eine ernstere politische Mission handelte, konnte bei der Persönlichkeit des Abgesandten keinem Zweifel unterliegen. Wir werden übrigens weiter unten auf die warschauer Vorgänge zurückkommen.

Nachdem nun die französische Politik diese Wendung genommen, konnten für Rußland die fortdauernden Alarmrufe der übrigen continentalen Interessen ziemlich irrelevant bleiben. Bereits im Frühherbst sendete es einige Kriegsdampfer nach dem Mittelmeer, welche die feierliche Uebernahme der Darsena von Villafranca vollzogen. Von einer bloßen Pachtung war aber jetzt schon keine Rede mehr, ebenso wenig von einem blos mit einer Privatgesellschaft abgeschlossenen Vertrage. Dann sollten sich jene Fregatten mit dem französischen Mittelmeergeschwader vereinigen. England hatte jedoch unterdessen erfahren, wie wenig es sich, trotz Rußlands beharrlicher Versicherung, um ein bloßes Kohlenlager handle, wie vielmehr der russische Generallieutenant Bagawut schon seit dem pariser Frieden in Nizza mit commerziellen und industriellen Combinationen im Interesse Rußlands beschäftigt gewesen war und wie endlich der Großfürst Konstantin bereits bei seinem vorjährigen Besuche der Kaiserin-Mutter in Nizza

die Verhandlungen wegen Abtretung dieſes Entrepots mit dem König Victor Emanuel perſönlich angebahnt hatte. Der Argwohn, womit man demzufolge in London die Affaire von Villafranca beobachtete und der Gleichmuth, womit ſie das pariſer Cabinet auffaßte, ſchien den „allertreueſten Verbündeten“ auf die Vermuthung eines nahen Zuſammenhanges zwiſchen Napoleons italieniſchen Planen und der ruſſiſchen Ueberraſchung gebracht zu haben. In Paris erachtete man jedoch immerhin einige Rückſicht für England geboten, namentlich ſolange man ſeiner Neutralität bei dem italieniſchen Vorhaben ſich nicht verſichert hielt. Unter ſolchen Umſtänden wurde die Vereinigung der ruſſiſchen Schiffe mit dem franzöſiſchen Mittelmeergeſchwader abgewieſen. Jedenfalls waren aber die Erläuterungen darüber ganz rechtzeitig nach Petersburg abgegangen. Denn hier bekannte ſich die ſonſt ſo ſchweigſame Politik plötzlich mit Emphaſe zu den Planen von Villafranca und gleichzeitig reiſte der Großadmiral Großfürſt Konſtantin ſelbſt (angeblich wegen ſeiner Nichtübereinſtimmung mit dem Gange der Bauernemancipation) zu längerm Aufenthalte nach Italien, während eine bedeutende Verſtärkung für das neue Mittelmeergeſchwader von Kronſtadt nach Villafranca aufbrach.

Als bald nachher zu den Enthüllungen über Villafranca noch die Nachricht trat, daß Rußland außerdem mit dem Fürſten von Monaco um die käufliche Erwerbung ſeines Ländchens unterhandelt habe und als das officielle Blatt von Monaco dieſe Thatſache mit dem Zufügen beſtätigte, der Fürſt ſei auf Rußlands glänzende Anerbietungen nicht eingegangen — da konnte freilich auch in dieſer Beziehung nichts mehr in Abrede geſtellt werden. Es kam nur noch darauf an, bei den Seemächten den unverfänglichen, ganz unmilitäriſchen Charakter der gelungenen, wie der geſcheiterten Erwerbung am Liguriſchen Buſen plauſibel zu machen.

Wie weit dies in London gelang, iſt hier nicht zu unter-

suchen. Jedenfalls war es auffällig genug, daß allmählich selbst die englische Presse über die Villafrancafrage zur Tagesordnung ging, auf welcher jetzt die bedrohlichen Napoleonischen Studien der italienischen Frage standen. Außerdem blieb unzweifelhaft, daß die Attractivkräfte der beiden größten continentalen Militärstaaten auch durch diesen Vorgang nicht einmal eine momentane Schwächung erfahren hatten. Dem warschauer Besuche des Prinzen Napoleon folgte binnen kurzem dessen beeifertste Erwiederung durch den Großfürsten Konstantin, indem derselbe mit seinem Geschwader die wichtigsten Kriegshäfen Frankreichs anlief — gleichsam die neue russische Mittelmeerflotte dem mächtigsten Uferstaate vorstellend — und dann nach dem Tuilerienhofe eilte (December). War die Gemeinsamkeit der russischen mit den französischen Gängen bisher immerhin blos eine mittelbare und bedingte gewesen, so schien die nunmehrige Stellungnahme Rußlands geradezu die Vermuthung erwecken zu sollen, daß der Zar vollkommen eingeweiht sei in die letzten Ziele jener Politik, welche mit ihren italienischen Nationalitätsdoctrinen, ihrem Liebäugeln mit den revolutionären Agitationen, den seltsamen Conferenzen Cavours und Palmerstons mit dem Kaiser in Plombières und Compiègne, kurz mit allen jenen beunruhigenden Symptomen, welche ihren Ausgang im geheimnißvollen Cabinet des unberechenbaren Napoleoniden fanden, die eingeschüchterte Welt zwischen Bangen und Hoffen umhertrieben. Und gehörte es nicht selbst zu den unerklärlichsten Wetterzeichen, daß gerade während der letzten Monate eine Reihe der wichtigsten publicistischen Organe unwidersprochen eine wesentliche Erkaltung der russisch-französischen Freundschaft als ausgemachte Thatsache behandelt hatte, um nun durch den Augenschein aufs entschiedenste dementirt zu werden?

Doch schließen wir mit Villafranca ab. Die Anwesenheit des Großfürsten brachte dort keineswegs sofort die erwarteten

Veränderungen. Es wäre auch durchaus nicht russischer Stil gewesen, mit großen Erweiterungen und Befestigungen des Hafens die Welt darauf hinzustoßen, daß die „Kohlenstation" in naher Beziehung stehe zur russisch-französischen Unterstützung seltsamer Ansprüche des Montenegrinerhäuptlings auf einen Hafen im Adriatischen Meere, so recht in Oesterreichs Weichen. Warum daran erinnern, daß nach Erreichung dieser Ziele und bei den bekannten Einflüssen Rußlands in Neapel, wie am Throne und im Volke der Neuhellenen, die für Oesterreich erstickende Schließung des Adriatischen Meeres blos noch eine Frage der Zeit und Gelegenheit bleiben würde? „Ich sitze am Ufer und warte auf Wind", die russische Politik pflückt keine unreifen Früchte. Im Besitze des Hafens von Villafranca sorgte sie vorläufig blos für die unentbehrlichsten Bedürfnisse ihrer Dampfschiffahrtslinie. Fremde Schiffer kommen auch selten dahin und bekanntlich lassen sich überdies „Schiffernachrichten" am geringschätzigsten abweisen. Auch fiel es schon in den italienischen Krieg, als Bruchstücke jener Denkschrift bekannt wurden, mit welcher General Bagawut (im Jahr 1857 oder noch früher) die Erwerbung von Villafranca bei seinem Hofe so erfolgreich befürwortet hatte.

„Der Hafen von Villafranca mit dem von Nizza verbunden — beginnt das merkwürdige Actenstück — würde sich zu einem vorzüglichen Entrepot und Landungsplatz (pied à terre) für die russische Handelsflotte eignen und könnte demnach einer bedeutenden Entwickelung entgegengehen. Man könnte dort großartige Magazine für die Waaren aus dem Schwarzen Meere, aus Persien und Indien errichten, welche dann auf dem kürzesten Wege in das Innere Europas zu senden wären. Nizza und Villafranca besitzen bekanntlich die sichersten Häfen am Mittelmeer, und könnten daher der verschiedenartigsten Ladungen und Frachten gewiß sein, welche in Betreff des Absatzes, sobald die Eisenbahn von Nizza nach Cuneo, d. h.

in das Innere Piemonts, fertig wäre, in kurzer Zeit, wie Marseille und Genua, die mannichfaltigsten und einträglichsten Handelswege eröffnen würden. In industrieller Beziehung ist die Lage von Nizza jener Genuas und Marseilles überlegen, denn erstere Stadt befindet sich an der Mündung zahlreicher Thäler, welche von vielen Flüssen und Bächen durchströmt werden, deren Betriebskraft natürlich bei industriellen Zwecken sofort in die Augen fallen muß. Werden diese günstigen Eigenschaften der Natur gehörig benutzt, so dürfte Nizza in einem gewissen Zeitabschnitte in Betreff der industriellen Entfaltung eine zweite Normandie oder ein piemontesisches Manchester werden." Nun folgen einige Bauvorschläge, worunter besonders ein Molo von 150 Meter Länge gegenüber der Darsena und ein Aufnahmsort für Schiffe, welche der Ausbesserung bedürfen, hervorgehoben werden. Endlich wird auch vorgeschlagen, das piemontesische Lazareth in Villafranca der russischen Handelsflotte zur Verfügung zu stellen, welche dieses Gebäude zu einem Waarendepot benutzen könnte. Hierauf kommt die Denkschrift auf die Ausbeutung der benachbarten Gebirge, welche durch die Beendigung der Eisenbahn in das Innere Piemonts angebahnt und erleichtert werden soll. „Die Thäler des Paglione, von Vesubia und Gesso — sagt sie — sind voll unbekannter Reichthümer, voll herrlicher Weiden und hundertjähriger Wälder, während sich im Innern der Erde fast alle Arten Mineralien: Eisen, Blei, Kupfer, Silber, Steinkohlen, Asphalt, Schiefer u. s. w. vorfinden. Alle diese Naturwunder und Reichthümer, verbunden mit einem herrlichen Klima und mit der reizend gelegenen Fremdenstadt Nizza, erinnern uns fast an das Entzücken und den genußreichen Aufenthalt der Römer in Capua und Pompeji. Um aber dieser großartigen Resultate gewiß zu sein, bedarf es nicht allein der Thatkraft und Energie der dabei interessirten Völker, sondern auch der moralischen Bei-

hülfe der Regierungen. Rußland und Sardinien müßten daran einen besonders thätigen Antheil nehmen, wodurch das erstere seine Handelsbeziehungen vom Schwarzen Meere aus weiter entwickeln und das letztere als ein Haupttransitpunkt für den ungeheuern Productenreichthum des Ostens nach Piemont, der Schweiz und Deutschland dienen könnte. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen jedoch zwei Hauptbedingungen erfüllt werden: erstens gehört dazu Energie, Ausdauer und guter Wille, und dann eine Anleihe, welche ein Betriebskapital von 40 Millionen Francs ergibt."

Sind solche Entwürfe, welche ihre Großartigkeit an einen so kleinen Punkt auf fremdem Boden ketten, wol anders denkbar, als ruhend auf der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die „Kohlenstation" sich vorher in einen wohlbefestigten, das Umland nöthigenfalls mit Kanonen beherrschenden Kriegshafen verwandelt habe? Auch die alten Römer begannen ihre Eroberungen stets mit Freundschaft und Bundesgenossenschaft und isolirten dadurch den betreffenden Staat gegen seine wahren und natürlichen Bundesgenossen. Wie es dann endete, weiß jedermann. An der Beharrlichkeit ihrer Bestrebungen findet aber die russische Politik blos in der altrömischen ein entsprechendes Seitenstück. Allerdings scheint Villafranca heute beinahe wieder ebenso vergessen, wie vor seiner Entdeckung durch Rußland. Aber sind Italiens Geschicke bereits zur definitiven Entscheidung gereift, oder jene der Südslawen und Hellenen? Auch dieser Moment wird kommen, und bis dahin kann Rußland, wie es noch allerwärts bei seinem heimlichen Vordringen zu thun pflegte, nicht blos mit einem festen Defensivwerke seiner italienischen Fußfassung, sondern auch mit einem aggressiven Vorwerke seiner südslawischen Handreichung fix und fertig dastehen. . . .

Während nun die europäische Welt ihre Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf Villafranca als das schwierigste der südeuropäischen Zukunftsräthsel heftete, vollführte der Kaiser von Rußland jene (S. 257) erwähnte Rundreise durch die altrussischen Provinzen, welche den zähen Widerstand des Grundadels gegen die Bauernemancipation zu erschüttern bestimmt war. Nach dem veröffentlichten Programm sollte sie ihren Abschluß mit der Abhaltung großer Heerübungen bei Warschau finden. Wie herkömmlich, waren dazu fürstliche Gäste erbeten, und es gab manche Leute, welche sogar eine Reminiscenz an das Lager von Kalisch oder dergleichen wittern wollten. Dafür war im Augenblicke keine Veranlassung gegeben und in Petersburg dachte man sicherlich am wenigsten daran. Dagegen hängten die Polen, wie noch immer, an den bevorstehenden Aufenthalt des Kaisers in Warschau die alten phantastischen Hoffnungen auf Wiederherstellung des von einem Großfürsten selbständig zu regierenden Königreichs oder doch auf die Gewährung einer überschwenglichen Menge von freisinnigen, d. h. der Aristokratie schmeichelnden Reformen, wie sie eben das sanguinische Temperament auszubrüten niemals müde wird. Jene ernste kaiserliche Mahnung vom Jahre 1856: „Keine Träumereien, meine Herren", war überhaupt wieder vollständig vergessen. Daß der Kaiser auf seiner Emancipationsreise, um sie so zu nennen, in den altrussischen Provinzen nur Tadel auszutheilen und Widerstand gegen seine Absichten zurückzuweisen gehabt hatte, während aus den litauischen Landen allein die Entschließungen zur Bauernverbesserung selbständig hervorgegangen und auch die praktischen Vorschläge der Adelsausschüsse in Uebereinstimmung mit den gouvernementalen Normen nach Petersburg gelangt waren, verstärkte die Hoffnung auf eine besonders günstige Stimmung des Staatsoberhauptes für die politischen Wünsche des Königreichs. Ohne Illusionen betrachtet, ließ sich kaum eine com-

pletere Begriffsverwirrung denken. Weil der Abſolutismus gegen ſeine beſtgemeinten Abſichten im angeſtammten Kronlande einen Widerſtand fand, nachdem er den Intereſſenten die Geltendmachung ihrer Intereſſen geſtattet hatte, ſollte er geneigt ſein, einem auf ſein Selfgovernment und ſeine Selbſtändigkeit pochenden Theile des Reichs die Mittel zur Geltendmachung dieſer Abſonderung wieder zu gewähren? Denn dahin zielten ja doch alle Wünſche, die ſich freilich mit den ſchönſten Worten von Reformen der Verwaltungsorganiſation, der Juſtizpflege, der Volks- und Hochſchulen u. ſ. w. zu decken liebten. Doch genug, ſchon vor des Kaiſers Ankunft war es ein Allerweltsgeheimniß, daß ihn allerlei demonſtrative Ovationen empfangen ſollten. Natürlich blieb dieſes Vorhaben den ruſſiſchen Behörden, ſowie der Statthalterſchaft ebenſo wenig unbekannt, und ſo gewann die Beſorgniß vor einem etwa unliebſamen Charakter der beabſichtigten Huldigungen Zeit und Gelegenheit, dieſelben durch die herkömmliche Organiſation des Polizei- und Militärjubels beim Kaiſereinzuge zu übertäuben. Auch der Kaiſer ſelbſt hielt ſich von der Berührung mit dem polniſchen Element entfernter, als bei den frühern Beſuchen. Er ſchien von der glänzenden Bewirthung der fürſtlichen Gäſte, unter denen der Prinz von Preußen und Prinz Karl von Baiern die erſte Stelle einnahmen, ſowie von den Vorbereitungen für die Ankunft des Prinzen Napoleon ſo vollſtändig in Anſpruch genommen, daß für Polen ſelber keine Zeit übrig blieb. Selbſt die Zugänglichkeit der ausſchließlichen Vermittler zwiſchen ihm und dem Publikum, der kaiſerlichen Generaladjutanten, beſchränkte ſich auf wenige begünſtigte Perſonen. Ja ſogar die Ueberreichung von Bittſchriften bei öffentlichen Ausfahrten des Kaiſers u. dgl. wurde, wie unter Nikolaus, polizeilich aufs ſtrengſte geahndet, während die eigentliche Ariſtokratie bei den Hoffeſtlichkeiten einen Unterſchied in der Behandlung ihrer Mitglieder bemerken

wollte, welcher der bekannten kaiserlichen Verheißung, daß alles Vergangene vergessen und vergeben sein solle, keineswegs entspreche. Genug, die Verstimmungen mehrten sich mit jedem Tage der Anwesenheit des Hofs in der polnischen Hauptstadt, und als gegen deren Ende der Prinz Napoleon ankam, wurde ihm ein Volksempfang zu Theil, welcher mit seinem Enthusiasmus recht absichtlich die frühern Begrüßungen des Landesherrn in Schatten stellte. Die alten Sympathien für Frankreich verkündeten sich, ohne daß es zu hindern war, in den Zurufen des Volks, und selbst die Hoffnungen, daß die Napoleonische Mission der Nationalitätenbefreiung Polens nicht vergessen werde, fanden ihren Ausdruck.

Schon früher ist darauf hingewiesen, daß Napoleon III. schwerlich die Absicht hatte, mit dieser prinzlichen Mission Polen gerade jetzt an solche Dinge zu erinnern. Die Sendung war vielmehr ein Avis für Europa, daß Frankreich, indem es seinerseits über die russische Kohlenniederlage zu Villafranca hinwegsehe, von dem Bewußtsein geleitet sei, bei seinen Kriegspredigten gegen Oesterreich, seinen Fragstellungen an die Unversehrbarkeit der europäischen Verträge, seinen directen Angriffen auf die Rechtsbeständigkeit des italienischen Staatensystems, seinen Plaidoyers für das Selbstbestimmungsrecht der italischen, südslawischen, ungarischen Nationalitäten, seinen Einreden in die römischen und neapolitanischen Verwaltungszustände, wie bei seinen fortdauernden Rüstungen u. s. w. nicht dem geringsten Bedenken seines östlichen Alliirten zu begegnen. Daß nun im petersburger Cabinet gerade im jetzigen Augenblicke die Napoleonische Courtoisie besonders willkommen gewesen wäre, ließ sich keineswegs behaupten. Man war indessen der französischen Politik bereits zu sehr verpflichtet, um deren Wunsch nach einer neuen dynastischen Freundschaftsscene nicht bereitwilligst zu entsprechen, wenn es auch kein ganz unabsichtlicher Zufall sein mochte, daß eine

kleine Confusion im alten und neuen Kalenderstil den Napoleoniden in Warschau erst ankommen ließ, nachdem die fürstlichen Gäste aus Deutschland wieder abgereist waren. Die mangelnde Herzlichkeit ward indessen von glänzenden Festen überstrahlt. Es ist ja auch nicht blos in fürstlichen und diplomatischen Sphären ein gewöhnliches und trotzdem fast immer unfehlbares Auskunftsmittel, den Gast, dem man nicht näher treten mag, mit desto ausgesuchtern Höflichkeiten abzuspeisen. Der prinzliche Besuch blieb blos ein beiläufiger Zwischenfall.

Desto größere Bedeutung maß man dagegen der vorausgegangenen Anwesenheit des Prinzen von Preußen bei. Freilich fragte man umsonst, ob zwischen ihm und dem Kaiser eingehendere politische Besprechungen stattfanden. War dies auch nicht der Fall, so mußte doch jedenfalls dem russischen Interesse lebhaft daran gelegen sein, noch unmittelbar vor der (damals nicht mehr zweifelhaften) Uebernahme der selbständigen Regentschaft durch den Prinzen die persönlichen Freundschaftsbeziehungen zwischen ihm und dem Kaiser zu erneuter Geltung zu bringen. Früher hatte man sich mit denselben Mitteln an den König gewendet; schon seit der Thronbesteigung Alexanders II. war der Prinz von Preußen niemals mit jener Auffälligkeit übergangen worden, wie es von seiten des Kaisers Nikolaus geschah. Im Gegentheil, es ist bekannt, daß die persönliche Aufmerksamkeit und Anhänglichkeit des kaiserlichen Neffen für ihn bei jeglicher Gelegenheit mit besonderer Beeiferung zu Tage getreten ist. Allein man weiß auch im Winterpalaste ziemlich genau, daß die Persönlichkeit des Prinzen derartigen Privatrücksichten unzugänglich bleibt, sowie es sich um ihre directe Abwägung gegen Fragen der Politik und des Staatswohls handelt. Unmittelbar wurde nun auch in Warschau schwerlich daran gedacht, ein positives Resultat zu erreichen. Es kam dagegen darauf an, sich mög-

lichst zu versichern, daß das traditionelle Allianzverhältniß zwischen Preußen und Rußland, welches seit Alexander I. so wesentlich auf der dynastischen Verschwägerung der beiden Herrscherhäuser beruht, in die voraussichtlich neue Politik Preußens überhaupt als unverrückbare und fraglose Thatsache hinübergeführt würde. Die Besorgniß einer entschieden hervortretenden Aenderung lag um so näher, als diejenige „Zukunftspolitik", welche ihre patriotischen und nationalen Hoffnungen auf die endliche Entscheidung der preußischen Regentschaft setzte, in der gesammten Publicistik Deutschlands immer einschneidender die Künstlichkeit der Combinationen und die Interessenwidrigkeit darlegte, auf welcher namentlich seit und nach dem orientalischen Kriege Preußens Zusammengehen mit Rußland ruhte. Trotz aller directen und indirecten Maßregeln des Manteuffel-Westphalenschen Regiments war es sogar in die öffentliche Ueberzeugung immer tiefer eingedrungen und hatte es sich immer lauter ausgesprochen, wie Preußens Isolirung von seinen natürlichen Bundesgenossen, seine Entfremdung von England und Oesterreich, die allseitige Einbuße an Vertrauen und Geltung, die Trostlosigkeit der innern Zustände, kurz beinahe jedes Staatsübel der Gegenwart seinen Ursprung in den überherrschenden Einflüssen dieser russisch-preußischen Allianz und in der überwiegenden Rücksicht auf sie finde. Besonders seit der jubelvoll begrüßten Vermählung des dereinstigen Thronerben mit der Princeß-Royal von England zielten alle Wünsche und Mahnungen der Vaterlandsfreunde dahin, dieser Familienverbindung diejenige Stelle politischen Einflusses zuzuweisen, welche bis da die russische Verwandtschaft eingenommen hatte. Es lag darin allerdings die factische Anerkennung eines wesentlich patrimonialstaatlichen Charakters der preußischen Politik, während doch eben dahin gearbeitet und dafür plaidirt wurde, die auf derselben Basis ruhende Sympathie für Rußland zu zerstören. Aber in

Petersburg oder Warschau wußte man ebenso genau, wie vollkommen richtig gerade in Preußen die Berufung auf eine politische Bedeutung der dynastischen Familienverbindungen ist. Man schlug es darum nicht gering an, daß ganz Preußen im Hinblick auf die nahe bevorstehende Regierungsänderung in Verbindung mit der englischen Familienverbindung rief: jetzt sei der Zauber künstlicher Combinationen gebrochen, jetzt gelange die natürliche Harmonie englisch-preußischer Interessen zu der ihr gebührenden Kraft, jetzt finde Preußen die feste Allianz, um den großen europäischen Conflicten entgegenzugehen, und damit sei auch das feste Verhältniß mit Oesterreich zur Ausgleichung der beiderseitigen Einflußgebiete in Deutschland wie zu dauerndem Zusammenhalten gegen die Gefahren von Osten und Westen gewonnen.

Warum sollte man in Warschau directe Einwirkungen gegen solche Appellationen an die Zukunft versuchen? Es galt nur die Gegenwart festzuhalten, an den angeblich conservativen Beruf der russisch-preußischen Verbindung zu mahnen, auf die Gefahren einer Verbindung mit der so wechselvollen und abspringenden Politik Englands und auf die tiefe Schwächung ihrer Weltmacht hinzuweisen. Welche Eindrücke davon hinterblieben — wer mochte es sagen? Wenige Wochen nachher wurde dem Prinzen von Preußen die selbständige Regentschaft übertragen (7. Oct.), kaum einen Monat später bildete der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen den neuen Kronrath (4. Nov.). Seine Mitglieder gingen wesentlich aus der bisherigen parlamentarischen Opposition hervor; der Kriegsminister hatte während des orientalischen Kampfes schon einmal an der Spitze des Militärstaats gestanden und damals eine Allianz Preußens mit Rußland dem Verbrechen des Vatermordes verglichen. Mit dem Anfange des folgenden Jahres begannen die italienischen Verwickelungen und noch ehe der Krieg zum Ausbruch kam, ward dennoch Herr von Bismark-Schönhausen, der Vertreter der frühern preußischen

Politik am Bundestage, schon unter Nikolaus eine persona grata in Petersburg, zugleich eines der energischsten Häupter der sogenannten „kleinen aber mächtigen Partei" und als Oesterreichs persönlicher Gegner bekannt, am Zarenhofe beglaubigt (1. April 1859).

Seit der stuttgarter Conferenz hatte die officiöse Presse der europäischen Großmächte fortwährend blos von Verminderungen der activen Armeen und selbst von Reductionen ihrer Bestände gesprochen. Man hatte sich daran gewöhnt, darin eigentlich das Ergebniß jener Tage zu erblicken. Selbst das Lager von Châlons war 1858 bereits eine gewohnte Erscheinung, welcher keine größere Bedeutung beigemessen wurde, und die militärwissenschaftliche Kritik erging sich in behaglicher Erörterung der Frage, ob die Anstrengungen und Geldkosten für dies scheinbare Lieblingsspiel Napoleonischer Laune doch nicht unverhältnißmäßig groß zu dem möglichen Gewinn an militärischer Ausbildung, soldatischer Abhärtung u. s. w. sei. Ganz vergessen erschien aber die russische Heeresmacht; selbst die russische Journalistik erinnerte sich ihrer blos, um von Zeit zu Zeit eintönig zu wiederholen, daß die Reformen ihren regelmäßigen Fortgang hätten, die Beurlaubungen und Reductionen immer weitere Dimensionen annähmen, die Ersparungen im Militärdepartement am ausgiebigsten seien, ein großer Theil der Offiziere jetzt seine Güter inspicire, ein anderer auf Reisen ins Ausland sich von den Kriegsstrapazen erhole u. dgl. m. Kurz, die Armee stand offenbar nicht auf der Tagesordnung, und im Auslande bildeten sich viele Leute ein, dieselbe befinde sich vorläufig in einer Art von Zersetzungsproceß, um dereinst daraus reorganisirt und reducirt hervorzugehen. Als man aber freilich im Ligurischen Meere von dem stolzen russischen Geschwader überrascht ward und

gleichzeitig auf den powonskischen Feldern ein Armeecorps von 40—48000 Mann vor dem Kaiser und seinen fürstlichen Gästen manövriren sah, welches die ausländischen Fachmänner nicht blos durch die altgewohnte Präcision des Paradeexercitiums, sondern durch zweckmäßige Adjustirung, moderne Bewaffnung, Eingewöhnung in deren Handhabung, Gewandtheit im zerstreuten Gefecht u. s. w. mit Bewunderung erfüllte, da wendete sich auch die öffentliche und sozusagen politische Aufmerksamkeit den Reformen im russischen Heerwesen von neuem zu. Aengstliche Gemüther begannen sogar zu argwöhnen, gerade hinter dem langen Schweigen über die Armee habe sich in Rußland eine desto formidablere Heeresmacht kriegsfertig aufgestellt, welche nur des Commandowortes harre, um die Donauländer zu überschwemmen oder mitten in der europäischen Friedensseligkeit auf Konstantinopel loszumarschiren.

Rußland hatte aber wirklich stark reducirt, verhältnißmäßig stärker als die andern Großmächte, und die Zusammenziehung bei Warschau konnte, da man blos fertig reorganisirte Truppenkörper vorzuführen suchte, keineswegs ohne besondere Schwierigkeiten hergestellt werden. Denn natürlich konnte die Reform, obschon sie gleichzeitig mit der Zurückführung des Heeres auf den Friedensfuß ihren Anfang nahm (S. 94), weder in der ganzen „activen Armee" begonnen, noch vollends durchgeführt sein. Selbst bei einem weit kleinern Heerkörper, als dem russischen, hätte davon binnen so wenigen Jahren keine Rede sein können, geschweige bei der bis ins minutiöseste Detail gehenden Centralisation der hiesigen Administration und dem schleppenden Geschäftsgange; auch selbst abgesehen davon, daß man es im allgemeinen mit viel weniger intelligenten Elementen als in den europäischen Culturländern zu thun hat. Selbst heute, abermals anderthalb Jahre später, sind noch keineswegs alle materiellen Umbil-

dungen überall nur begonnen (man ist soeben — Ende 1859 — auf die Verminderung der Vielschreiberei in der Militäradministration als auf ein Haupthemmniß zurückgegangen); allein immerhin gediehen die positiven reformatorischen Resultate im Militärwesen bereits viel weiter, als in andern Sphären des Staatslebens. Denn der militärische Gehorsam darf nicht raisonniren und die russische Armee repräsentirt mehr als jede andere einen Staat im Staate, welcher von den politischen und socialen Bewegungen der übrigen Bevölkerung vorläufig noch fast gar nicht berührt wird, also für eine mechanische Reorganisation weit sicherern Griffs zu handhaben ist. Um aber eine zusammenhängende, wennschon blos allgemeine Uebersicht dessen zu gewinnen, was seit dem Regierungsantritte Alexanders II. in dieser Hinsicht geschah, müssen wir den Gang der Geschichte verlassen und uns auf eine sachliche Darstellung beschränken.

Bekanntlich theilt sich die russische Heeresmacht in mehrere große Gruppen. Die größte derselben wird von der sogenannten „activen Armee" gebildet, welche aus sechs Corps nebst dem Garde- und Grenadiercorps besteht. Diese active Armee ist über das europäische Rußland verbreitet und setzt sich aus lauter regulären Truppen zusammen. Daneben bestehen als ganz selbständige Heerkörper mit abgetrennter Verwaltung die sogenannten „abgesonderten Corps" im Kaukasus (etwa 160000 Mann) und Finnland (etwa 15000 Mann), in Ostsibirien (etwa 18000 Mann) und in Orenburg mit Samarah (etwa 14000 Mann). Diese abgesonderten Corps kommen bei einer aggressiven Politik Rußlands in Europa nicht zur Verwendung und unterscheiden sich von der activen Armee auch in ihrer Organisation vielfach. Sie werden deshalb hier ebenfalls nicht in Betracht zu ziehen sein. Aber wir haben es, selbst wenn wir blos die active Armee im Auge halten, wie erwähnt, auch heute noch nicht mit einem

Heerkörper zu thun, dessen Neugestaltung vollständig durchgeführt ist. Den völligen Abschluß derselben kann vielmehr dereinst erst die Umgestaltung des Rekrutirungssystems geben, welche natürlich wieder von der Neugestaltung in den Verhältnissen der dienstpflichtigen, größtentheils leibeigenen Bevölkerungsklassen abhängt. So ist denn die Reorganisation des Heerwesens bis heute vorzugsweise blos denjenigen Uebelständen zugewendet gewesen, deren Beseitigung der orientalische Krieg als unumgänglich herausgestellt hatte, wenn Rußland mit seinen nominell so großen Heeresmassen nicht auch in Zukunft stets eine viel geringere Kraft ausüben will, als die ihm entgegenstehenden, der Zahl nach geringern Waffenkräfte anderer Staaten. Allein auch dieses Ziel bleibt so lange noch unerreichbar, als Rußland sein Eisenbahnsystem nicht vollendet hat. Denn so lange befindet es sich noch nicht in der Möglichkeit, die Gesammtwucht seiner Kräfte mit Raschheit auf den einen oder andern Punkt zu werfen. Die Reformen beziehen sich überdies bis auf den heutigen Tag immer noch blos auf einzelne Partien und Abtheilungen des Heerkörpers, während bei andern der Uebergang in die neuen Verhältnisse soeben erst in der Anbahnung begriffen ist und in noch andern die frühern Zustände ungeändert fortbestehen. Abänderungen in der taktischen Zusammensetzung der Heerestheile, in der Aufstellung ihrer Reserven und Ersatzformationen, in der Uniformirung, Bewaffnung u. s. w., sowie in dem Verwaltungswesen, den Verpflegungseinrichtungen u. s. w. sind vorläufig die Hauptergebnisse des unternommenen Werks. Auf die Zukunft und weitern geistigen Entwickelungen ist jedoch ebenfalls bereits vielfacher Bedacht genommen. Die Bildungsanstalten für Offiziere wurden vervielfältigt, Prüfungen eingeführt, die Beförderungen an strengere Vorbedingungen geknüpft und andererseits mancherlei Hemmnisse entfernt, welche unter dem frühern Régime einer wirklich ge-

nügenden Vorbildung für das Militärfach, sowie dem Avancement nach Verdienst entgegenstanden. Indem ferner durch den Gnadenukas bei Gelegenheit der Krönung der Zwang aufgehoben worden ist, welcher die Soldatenkinder wieder blos Soldaten werden ließ, legte man wenigstens den Grund dazu, die vollständige Absonderung des Soldatenstandes von der Bevölkerungsmasse nach und nach verschwinden zu lassen. Natürlich ist jedoch die Erreichung auch dieses Ziels ebenfalls erst zu erwarten, wenn dereinst die socialen Verhältnisse der Leibeigenen geordnet sein werden. Tüchtiger ist das Heer bereits geworden, aber noch nicht volksthümlicher.

Die Einstellung der Rekrutirungen auf vier Jahre, welche bei Gelegenheit der Krönung dem Volke als Gnadengeschenk verliehen wurde, war für den Staat in doppelter Beziehung eine absolute Nothwendigkeit. Die Rekrutirungen des orientalischen Kriegs hatten in den westlichen Provinzen von der dienstfähigen Bevölkerung 52 Mann vom Tausend, in den östlichen 42 in Anspruch genommen. Davon kehrte nun allerdings nach dem Frieden ein Theil zurück; doch war es immerhin nur ein relativ kleiner Theil. Der Krieg verwendete überhaupt fast zehn Procent der kopfsteuerpflichtigen Gesammtheit, und dies kann kein Land, am wenigsten jedoch ein im allgemeinen so dünn bevölkertes wie Rußland, auf die Dauer ertragen. Der Staat mußte der sogar positiv verminderten Bevölkerung Zeit gewähren, sich zu regeneriren, er mußte rekrutirungsfreie Jahre eintreten lassen, wenn er sich nicht auf Jahrzehnde hinaus zugleich militärisch und volkswirthschaftlich entkräften wollte. Außerdem wäre bei regelmäßig fortgesetzten Aushebungen das schon an sich so schwierige Werk der neuen Volkszählung noch mehr erschwert worden. *)

*) Der Reihenfolge nach trifft die nächste Rekrutirung die westlichen Provinzen, d. h. das Königreich Polen, die ehemals polnischen Pro-

Weil nun aber die vorhergehenden Rekrutirungen auf das Bedürfniß des Kriegs berechnet gewesen waren, so blieb für den Frieden, trotz der Kriegsverluste, das Verhältniß der vorhandenen Mannschaften noch immer über Bedürfniß stark. So konnte die Regierung selbst noch weiter gehen und die ältern Klassen der Soldaten, welche nach dem frühern System immer nur temporär beurlaubt geblieben waren, ihrer Militärpflicht vollständig entbinden. Damit entledigte sich die Armee der in die alten Verhältnisse eingewohnten und für Neuerungen nicht gelehrigen Elemente, während die Veränderungen in den einzelnen Truppenkörpern zunächst mit den manneskräftigsten Leuten durchgeführt werden können. Darin wird man wenigstens vier Jahre lang auch nicht durch die elementare Einübung ganz neuer Rekruten unterbrochen. Dies ist wieder um so wichtiger, als die mit der Heeresreform zusammenhängende Einschulung der Soldaten vornehmlich darauf hinzielt, einen bis auf die kleinsten Glieder lebendigen taktischen Organismus herzustellen, welcher bekanntlich gegenüber den europäischen Heeren neuester Zeit in der russischen Armee bisher am wesentlichsten mangelt. Daß jedoch der Soldat die neuen und verbesserten Waffen vollständig entsprechend verwerthen lerne, dazu reicht ein bloßes Abrichten und Drillen nicht aus, sondern gehört eine individuelle Ausbildung und Erziehung zum Dienst. Wie sehr nun die neue Organisation der russischen Armee die lebendige Thätigkeit bis in die kleinsten Glieder herzustellen sucht, erhellt am besten daraus, daß bei der Infanterie das

---

vinzen, einen Theil von Südrußland und die baltischen Gouvernements. Als der italienische Krieg auch Rußland zu umfassendern Rüstungen veranlaßte, wurde für Polen ein Rekrutirungsgesetz erlassen, welches die Aushebung nach westeuropäischer Weise — mit Losziehung — anordnete. Es kam indessen nicht zur Ausführung und man erwartet die Rekrutirung, die erste nach dem Kriege, erst im Frühjahr 1860.

Verhältniß der leichten Waffen (Schützen) zum Corps vervierfacht wurde, während auch bei der Reiterei und Artillerie die leichten Waffengattungen gegen früher viel zahlreicher hergestellt sind.

Die Reduction verminderte nun die Zahl der Bataillone und Reiterabtheilungen bei den einzelnen Corps durchschnittlich fast um ein Drittel. Der neue Kriegssollstand zählt gegen den höchsten (1855) weniger 180 Bataillone und 454 Schwadronen, wogegen allerdings die einzelnen Bataillone um 200 Mann verstärkt wurden und die Infanterie 20 — 24 Schützenbataillone mehr als früher besitzt. Auch werden die numerischen Bestände der einzelnen Truppenkörper heute bei weitem vollzähliger erhalten als vordem. Eine genaue Zahl dafür läßt sich natürlich nicht angeben, man muß sich für eine ungefähre Berechnung der wirklich vorhandenen Masse an die Kriegssollstärke des russischen Heeres halten (wonach übrigens bei allen Armeen Europas gerechnet wird). Diese Sollstände ergeben in runden Zahlen folgende Tabelle:

Infanterie.

Gardecorps:	34000 M.	335000 M.
Grenadiercorps:	32500 »	
Die 6 Armeec.:	269000 »	

Reiterei.

Garde:	10200 »	61170 M.
Küraſſiere:	8000 »	
Armeecavalerie:	42500 »	
Stäbe:	470 »	
Reservereiterei:	55800 »	55800 M.

Artillerie.

Fußartillerie:	29400 »	in 117 Batt.	m. 936 Geſch.	60000 M.		
Reit. Artillerie:	9600 »	32 »	» 256 »	251 B. m.		
Reserve:	21000 »	102 »	» 816 »	2008 G.		

Genie.

Zu Fuß:	11000 M.	12480 M.
Zu Pferd:	780 »	

Bei einem europäiſchen Kriege hat nach dieſer Berechnung Rußland in runder Summe 525000 Mann zu freier Verwendung, während für den Dienſt im Innern des Reichs die ſogenannte „innere Wache“, etwa 40000 Mann, ungerechnet bleibt. Von dieſer Operationsarmee geht ungefähr noch ein Fünftel ab, welches nicht den eigentlichen Combattanten angehört. So wird alſo im gegebenen Falle Rußland mit etwas mehr als 400000 Streitern nebſt 1200 Geſchützen an ſeinen Reichsgrenzen aufzutreten, dieſe Zahl ſchwerlich zu verſtärken, aber durch die neuen Reſerve- und Erſatzformationen ſelbſt mehrere Jahre lang vollzählig zu erhalten vermögen. Solange jedoch noch keine Eiſenbahnen vorhanden ſind, wird Rußland ebenſowenig als bisher dieſe Streitmacht auf einem Schauplatze concentriren können. Selbſt im orientaliſchen Kriege, als die geſammte aufgebotene Waffenkraft, einſchließlich Reſerven und Milizen, mehr als eine Million betrug, hatte es auf den entſcheidenden Kampfgebieten niemals vollſtändig 200000 Mann verſammelt.

Die Reformen im Heerweſen begannen übrigens nicht erſt nach Herſtellung des Friedens, ſondern ſchon mitten im Kriege und zwar zuerſt in der Bekleidung, von welcher unnütze Zierathen entfernt und deren übermäßige Steifheit mit zweckmäßiger Bequemlichkeit vertauſcht wurde. (Nach der partiellen Mobilmachung im Sommer 1859 begann man ſelbſt die Helme der Linie mit Käppis zu vertauſchen.) In Bezug auf die Verbeſſerung der Geſchoſſe lernte der im Kampfe befindliche Theil des Heeres direct vom Feinde. Während der Belagerung von Sebaſtopol wurde nämlich erbeutete Munition zum Muſter genommen, um danach die eigenen Einrichtungen zu modificiren. Aus dieſen kleinen Anfängen ent-

wickelten sich nach dem Friedensschlusse umfassendere Arbeiten systematisch. Während die Armee, wie schon früher beiläufig erwähnt ist (S. 95), sofort bei der Ueberführung aus dem Kriegs- in den Friedensstand ihre taktische Eintheilung veränderte, wurden jetzt auch, namentlich in Bezug auf die tragbaren Feuerwaffen, die Vervollkommnungen weiter entwickelt. Schon im Jahre 1857 wurden die Miniépatronen für die ältern Gewehre großen Kalibers angenommen, später vornehmlich auch für die Scharfschützen festgestellt. Für die nothwendige Umarbeitung der vorhandenen Gewehre und für die Construction neuer Modelle ward im Sommer 1857 eine besondere technische Commission unter dem Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz in Thätigkeit gesetzt, welche ihre Doppelaufgabe nach beiden Seiten hin so rasch löste, daß bereits bis zum Ende desselben Jahres eine Viertelmillion von glatten Gewehren mit Zügen versehen und bis zum Ende des folgenden Jahres ebenso viel Gewehre neuer Construction aus den bekannten Fabriken von Tula, Sesterbeck und Ischew hervorgegangen waren. Für die damit zusammenhängende Heranbildoung der so außerordentlich vermehrten Schützencorps ist in Zarskoeselo eine besondere Musterompagnie errichtet, zu welcher, was früher ganz unbekannt war, die Offiziere aller Infanterieabtheilungen commandirt werden, um sich hier mit der Handhabung und Verwerthung der gezogenen Gewehre vertraut zu machen und dann ihre Mannschaften unterrichten zu können. Dies erscheint allerdings um so nothwendiger, als die Schützencorps blos ausnahmsweise aus geübten Jägern hervorgehen. Der Erfolg war aber trotzdem so günstig, daß bereits im Spätsommer 1859 die Bewaffnung der leichten Infanterie mit den verbesserten Gewehren praktisch ins Leben treten konnte.

Es kann natürlich hier nicht Aufgabe sein, uns näher auf technische Fragen einzulassen, und so fügen wir nur noch

einige allgemeine Bemerkungen bei. Die oberste Leitung des gesammten militärischen Reformwerks steht unter einem Centralcomité, dessen Vorsitz der Commandant der Gardeinfanterie, General Plautin, führt. Die Mitglieder dieses Comité, unter denen sich auch die Großfürsten Michael und Nikolaus befinden, sind wieder Vorsitzer von Einzelcomités für bestimmte Waffengattungen und sonstige militärische Specialfächer.*) Wie in allen Branchen des Staatslebens, so geht auch beim Heerwesen die Aufgabe der Reform in einer zwiefachen Richtung. Einestheils gilt es, die Kräftigung des Organismus bei verminderter äußerer Ausdehnung von innen heraus intensiver zu gestalten; anderntheils ist darauf abgezielt, daß trotz der Verbesserungen das Armeebudget verringert werde. Im Anfang 1860 sanctionirte der Kaiser sogar dessen principielle Herabsetzung. Indessen wurden schon 1857 über 200000 Mann Soldaten und 3000 Offiziere entlassen und zugleich infolge der Aufhebung der sogenannten Cantonistenschulen ungefähr 80000 Soldatenkinder nicht mehr vom Staate ernährt. Rechnet man dazu, daß auch die Militärcolonien, welche bisher, ohne zu nützen, ungeheuere Summen verschlungen hatten, eine praktische Umgestaltung erfuhren, so ist kaum daran zu zweifeln, daß mit der Heeresreform und Armeereduction bedeutende Ersparnisse erreicht wurden. Dadurch wurde es auch endlich möglich (Mai 1859), durch die ganze Armee günstigere Besoldungsverhältnisse eintreten zu lassen, wozu im Herbst desselben Jahres sogar noch die Er-

*) Nach dem Ende des italienisch-österreichischen Kriegs, welcher die Ueberlegenheit der gezogenen Kanonen so evident erwiesen hat, wurde die artilleristische Abtheilung dieses Comité speciell mit Erörterung der Frage über Einführung des gezogenen Geschützrohrs beauftragt, und man behauptet, daß bereits ein Modell erfunden sei, welches die Eigenschaften der Armstrong- und Napoleon-Geschützrohre vereinige.

richtung einer Emeritalkasse kam. Beides war aber, wenn nicht tausendfache frühere Uebelstände auch in den reorganisirten Heerkörper übergeführt werden sollten, nicht länger mehr hinauszuschieben. Erst wenn der Soldat die Möglichkeit hat, bei seinem Solde zu existiren und als Invalid nicht zu betteln, kann in der Bevölkerung jenes tiefe Vorurtheil verschwinden, welches es bisher beinahe zu einer Schande machte, wenn ein Mann aus dem Volke mit Soldaten verkehrte.

Bezieht sich nun in dieser Hinsicht die Reform auf die materielle Existenz, so muß außerdem anerkannt werden, daß dieselbe auch eine intellectuelle Verbesserung der soldatischen Zustände nicht außer Acht läßt. Bereits im Herbst 1857 begann bei allen Infanteriecorps die Herstellung von Regimentsschulen, welche gewissermaßen bestimmt scheinen, die Cantonistenschulen zu ersetzen, aus denen früher die Unteroffiziere (lauter Soldatenkinder) hervorgingen, während dem ausgehobenen Manne beinahe die Möglichkeit genommen war, in seiner ganzen Dienstzeit, d. h. so lange er überhaupt vollkräftig blieb, etwas anderes zu werden als gemeiner Soldat. In den Regimentsschulen wird Lesen, Schreiben und Rechnen gelehrt; je zwanzig Mann von der Compagnie treten darin ein und nach je vier Monaten findet eine Prüfung statt, deren gutes Bestehen den Anspruch auf Berücksichtigung bei Besetzung der Unteroffizierposten gibt. Auch gymnastische Uebungen, welche früher der russischen Armee ganz fehlten, sind jetzt eingeführt. Endlich aber wird der russische Soldat fortan nicht seine ganze mannskräftige Lebenszeit dem Staate anheimzugeben haben, sondern nach 15 (bei der Marine 14) Jahren von jeglicher Militärpflichtigkeit entbunden sein (Ukas vom 23. Sept. 1859).

Welchen Erfolg alle diese neuen Einrichtungen haben, muß freilich erst eine spätere Zeit lehren. Indessen läßt sich

ſchon jetzt nicht verkennen, daß auch alle militäriſchen Reformen dem großen Zwecke der Hebung der untern Volksklaſſen zuarbeiten. — —

Noch gewaltigere und zukunftreichere Neugeſtaltungen als im Landheere haben ſich bereits jetzt in der Kriegsmarine vollendet. Freilich iſt es eine zu bekannte Thatſache, wie tief das ganze Marineweſen unter Kaiſer Nikolaus zurückgekommen war, um hier einer ausführlichern Hindeutung darauf zu bedürfen; es konnte ſich alſo gar nicht blos um Verbeſſerungen, ſondern mußte ſich um ganz neue Schöpfungen handeln. Ueberdies zerſtörte der Krieg die ganze Flotte des Schwarzen Meeres, während die der Oſtſee, eben ihrer vollſtändigen Unzulänglichkeit halber, fortwährend unthätig in die Häfen gebannt blieb. Erſtere war ſogar ſo vollſtändig aufgegeben, daß noch im Laufe des Kriegs ihre Matroſen nach Petersburg dirigirt wurden, um die Bemannung der Oſtſeeflotte zu verſtärken. Dieſer war nämlich für 1856 eine active Rolle zugedacht. Aber wennſchon der pariſer Frieden dieſe Eventualität wegfallen ließ, ſo blieben doch die vom Großfürſten Konſtantin als Großadmiral bereits begonnenen Reorganiſationen auch jetzt in vollſter Thätigkeit. Ja, wenn vorher, wo doch alle Staatskräfte ausſchließlich für den Kriegszweck verwendet wurden, die raſche Entwickelung der Dinge bei der Flotte in der Beſchränktheit der Mittel ihre Grenze fand, ſo ſchien dagegen gerade von jetzt an, wo Erſparniß, Einſchränkung, Vereinfachung überall zum Leitworte erhoben ward, ausſchließlich die Flotte von allen ſolchen Rückſichten und Hemmungen losgeſagt zu ſein. Man darf, um ſich der innerlichen Gründe dafür bewußt zu werden, freilich keinen Augenblick vergeſſen, daß die franzöſiſche Marine in den letzten Jahren ebenfalls eine außerordentliche Entwickelung erreicht hat, anderntheils daß Rußland in der Stellung, welche es ſeit dem pariſer Frieden einerſeits zu den Weſtmächten

und andererseits zu den europäischen Fragen überhaupt eingenommen hat, mit einer schlagfertig entwickelten Seemacht alle Vortheile der militärischen Demonstration zu erreichen vermag, ohne doch zugleich die Arbeiten der innern Umgestaltung des Reichs unterbrechen zu müssen. Eine kriegsfertige Flotte kann im gegebenen Falle sogar die Waffenkraft eines Gegners von Rußlands Grenzen abziehen oder doch so lange davon entfernt halten, bis die russische Landmacht schlagfertig um den geschulten Kern gruppirt ist.

Großfürst Konstantin begann nun die Reorganisation gleichzeitig im Material und in der Mannschaft der Flotte. Da jedoch während des Kriegs der Bau neuer Schiffe nur langsame Fortschritte machen konnte, so kam die große Sorgfalt, welche von vornherein auf eine bessere wissenschaftliche und technische Ausbildung der Mariniers gewendet worden war, natürlich den nachher im allergrößten Maßstabe in Angriff genommenen Um- und Neubauten außerordentlich zu statten. Unter solchen Verhältnissen war es selbstverständlich, daß eine der ersten Einrichtungen die Gleichstellung der Marinetruppen mit denen der Landarmee im Rang und Gehalt sein mußte (Anfang 1856). Damit aber die zunächst in der Ostsee begonnenen Neugestaltungen ohne jeden Aufenthalt auf alle Theile der Kriegsmarine ausgedehnt werden könnten, wurde der Großadmiral (Spätjahr 1856) vom Kaiser ermächtigt, sämmtliche für das baltische Marinewesen eingeführte und einzuführende Einrichtungen in unbeschränkter Machtvollkommenheit auf alle Stationen der Flotte, namentlich auch auf die des Schwarzen Meeres zu übertragen. In dieser Anordnung liegt zugleich der deutlichste Beweis dafür, wie wenig schon damals Rußland darauf verzichtete, bei früherer oder späterer Gelegenheit eine „Revision" derjenigen Bestimmungen des pariser Friedens durchzusetzen, von denen seine Entwickelung auf dem Schwarzen Meere beschränkt wird. Dahin gehört

die Neutralisation (Art. 11) ebensogut, wie die untersagte Anlegung militärisch-maritimer Etablissements an den Küstenplätzen (Art. 13), sowie endlich auch die Reduction der Flotte auf sechs große Dampfer und vier leichte Fahrzeuge (Annex II).

Es ist nun hier nicht näher auf Einzelheiten der maritimen Reorganisation einzugehen. Während die Neugestaltungen in der Landarmee fast ein stehendes Kapitel der russischen wie außerrussischen Journalistik bilden, werden die maritimen Reformen und Verstärkungen größtentheils mit derselben Sorgfalt wie in Frankreich unbesprochen gelassen, um nicht geradeheraus zu sagen: verheimlicht. Plötzlich wird dann die Welt bei der einen oder andern Gelegenheit von der „vollendeten Thatsache" überrascht, wie z. B. von dem stolzen Mittelmeergeschwader, welches den Großfürsten Konstantin während des italienischen Kriegs begleitete, oder von den 21 Dampfern, welche nach dem Frieden von Villafranca vor dem Kaiser bei Kronstadt manövrirten. Zwei Hauptziele finden sich indessen während der ganzen bisherigen Reformthätigkeit mit Consequenz verfolgt. Das erste heißt: Ersetzung der im technischen Marinedienst und bei der Leitung des Schiffbaues früher fast ausschließlich verwendeten Ausländer durch einheimische Kräfte; das andere: Herstellung einer blos aus Dampfern bestehenden Flotte, sodaß auch die noch brauchbaren Segler nicht geflickt und reparirt, sondern allmählich zu Dampfern umgearbeitet werden. Dieses letztere Ziel kann natürlich vorläufig noch weniger erreicht sein als das erstere. Rußland zählt etwa noch 80 Segler, worunter 12 Linienschiffe, 11 Schooner und 15 Transportfahrzeuge, in seiner Flotte. Aber die Gesammtstärke dieser Flotte hat in den sechs Jahren, da der Großfürst Konstantin mit nahezu unbeschränkten Vollmachten an ihrer Spitze steht, beinahe um das vierfache zugenommen. Anstatt daß der kolossale Militärstaat noch im Kriegsjahre 1855 nur 46 große Schiffe von

höchst zweifelhafter Beschaffenheit auf dem Papiere stehen hatte, schwammen um die Mitte des Jahres 1857 deren 158 wirklich auf den Wellen, worunter sich 73 große, meistens neue Dampfer befanden. Als im Juli 1858 die Reorganisation der Ostseeflotte als vollendet bezeichnet wurde, bestand dieselbe aus 27 Equipagen, von denen jede, außer zahlreichen Schrauben- und Räderkanonenbooten, aus je einem Linienschiff von 60 — 120 Kanonen und einer Dampffregatte oder Corvette zusammengesetzt wird. Im Schwarzen Meer wurde zu derselben Zeit die Zahl der Equipagen auf acht angegeben. Außerdem darf nicht außer Acht gelassen werden, daß bei der Concessionirung aller neuen Dampfschifffahrtsgesellschaften eine Bedingung festgehalten wird, welche dieselben verpflichtet, ihre Fahrzeuge erforderlichenfalls als Transportschiffe zur Verfügung der Krone zu stellen. Auch das neugebildete Amurgeschwader wird jetzt schon auf etwa 60 (meistens kleinere, doch ebenfalls großentheils durch Dampf getriebene) Fahrzeuge angegeben, während eine riesenhafte Dampfmaschinenfabrik in Astrachan seit 1857 so unablässig wie ausschließlich für die Herstellung einer Flotte des Kaspischen Meeres und des Aralsees arbeitet. Ebenso vermehren sich auch die Geschwader des Weißen, Stillen und Chinesischen Meeres.

Blicken wir aber von den Schiffen selbst auf deren Bemannung, so finden wir auch hier vollkommen umgestaltete Verhältnisse. Daß die Gleichstellung der Mariniers in Rang und Gehalt mit der Landarmee eine der ersten Maßregeln war, womit der Großadmiral seine Untergebenen moralisch und materiell zu heben begann, ist schon erwähnt. Außerdem wurden die Seecadettenschulen erweitert, technische Bildungsanstalten für den Marinedienst, Steuermannsschulen u. s. w. nach den besten ausländischen Mustern eingerichtet, strenge Prüfungen, Avancement nach Verdienst u. s. w. mit peinlicher

Sorgfalt beobachtet. Hatte man früher gerade die körperlich untauglichen Rekruten, vorzugsweise auch die Juden, unter die Marinesoldaten gesteckt, so wurde jetzt darauf gesehen, daß die stämmigsten Bursche der Küstenbevölkerung, wirkliche Schiffer und Fischer der Flotte zugewiesen würden, während freiwillige Matrosen vom baltischen und tschernomorskischen Strande, oder von den nördlichen und östlichen Meeren ebenfalls ein starkes Contingent bilden. Anstatt der lächerlichen Drillung der Seesoldaten im Landexercitium läßt man sie den Winter über in den Kriegshäfen, z. B. Kronstadt, die ihnen geläufigen Schifferarbeiten verrichten; anstatt der unzweckmäßigen engen Uniform ist ihnen echte Seemannstracht und bessere Kost gegeben; anstatt der früher auf den Finnischen Meerbusen und die Sommermonate beschränkten Uebungsfahrten muß jährlich eine ansehnliche Zahl von Schiffen sich im Mittelmeer und Ocean herumtummeln. Dafür sichert aber auch eine Emeritalkasse den Mariniers nach dem Verlauf einer bestimmten Zahl von Dienstjahren eine Pension, und bereits jetzt stellen sich auf der Flotte die Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse auffallend günstig, während früher durchschnittlich der vierte Mann lungenkrank und vom Skorbut fast kein einziger ganz frei war.

Doch nicht blos auf die schwimmenden Festungen, deren Führer und Besatzungen wendete der Großadmiral seine Aufmerksamkeit. Auch die Küstenbefestigungen in der Ostsee und im Schwarzen Meere wurden um so eifriger im Auge gehalten, je schweigsamer im allgemeinen die Oeffentlichkeit darüber blieb. Während mit großem Geräusch die Demolirung der ganz unbrauchbaren Werke von Riga begann (Herbst 1857), sind an verschiedenen Punkten der baltischen Küste theils Verstärkungen der vorhandenen, theils neue Befestigungen in Angriff genommen worden. Im Schwarzen Meere wurde Nikolajew schon während des Krimkriegs zu einer Seefestung

erſten Ranges. Odeſſa, zu derſelben Zeit bereits proviſoriſch befeſtigt, iſt (ſeit 1857) ſeiner Eigenſchaft als Freihafen entkleidet und ſieht einer ſyſtematiſchen Umwallung entgegen. Ueber Sebaſtopols Schickſal ſcheint noch nicht beſtimmt zu ſein; dagegen ſind einige Feſtungen an der tſcherkeſſiſchen Küſte bedeutend verſtärkt worden, während auch Kertſch und Jenikale am Eingange zum Aſowſchen Meere feſter als vordem aus ihren Trümmern erſtehen ſollen. — —.

Vergegenwärtigt man ſich nun die geſammten reformatoriſchen Thätigkeiten im Militärſtaate, ſo erkennt man ſofort eine weſentliche Verſchiedenheit ihres Charakters bei der Land- und Seemacht. Die bewaffnete Landmacht findet ihre Verbeſſerungen offenbar unter der Vorausſetzung, daß die nach dem orientaliſchen Kriege in den Vordergrund gedrängte Friedenspolitik auch noch längere Jahre fortgeſetzt werden könne. Denn während der völlige Abſchluß der Reorganiſation, ſelbſt in materieller Hinſicht und namentlich in Beziehung auf die Erneuerung der Mannſchaften, erſt gefunden werden kann, wenn die ſocialen Reformen mindeſtens bis zu einem gewiſſen Punkte vorgeſchritten ſein werden, darf auch die militäriſche Ausbildung der Individualität und die moraliſche Hebung des ſoldatiſchen Geiſtes, worauf doch ebenfalls ein Hauptgewicht gelegt iſt, erſt mit der Zeit erwartet werden. Ebenſo iſt die beſſere Bildung der Offiziere ein Werk, welches einen weitern Zeitraum in Anſpruch nimmt, wenn es wirklich durch die ganze Armee gehen und nicht blos einzelne bevorzugte Abtheilungen betreffen ſoll. Auch muß ſich offenbar der Heerkörper erſt in die taktiſchen Neugeſtaltungen einleben, wenn ein ſolches modificirtes Cadresſyſtem im Fall eines Kriegs zuverſichtlich den Vortheil gewähren ſoll, die einzuberufenden Maſſen binnen kurzer Zeit kriegstüchtig auszubilden. Der weſentlichſte Gegenſatz gegen das Heerweſen unter Nikolaus beruht jedoch offenbar zunächſt darin, daß die fortwährende

Unterhaltung übermäßig großer Massen wegfällt, daß also das Kriegsbudget positiv erleichtert ist, während zugleich der Volkswirthschaft viele tausend Arbeitskräfte für ihre productive Thätigkeit zurückgegeben sind, ohne daß der Militärstaat an innerer Kraft verliert, weil eben sein Friedensstand besser consolidirt und nicht blos auf maschinenhafte Bewegung der Massen gebaut ist.

In jedem einzelnen Punkte anders kündigt sich der Gedanke an, von welchem die Reorganisation der Marine beherrscht wird. Freilich handelte es sich hier um einen elementaren Neubau des bis in seine Grundmauern erschütterten und theilweise ganz zertrümmerten Hauses. Es kam nur darauf an, die vorhandenen Bausteine nicht geradezu wegzuwerfen. Aus den wenigen Andeutungen, welche wir gegeben haben, erhellt nun genügend, daß es sich auch nicht blos um eine bessere Verwerthung des vorhandenen Materials fragt, sondern daß eine außerordentliche Verstärkung der maritimen Kraftmittel mit scheinbarer Rücksichtslosigkeit gegen die übrigen Verhältnisse des Staatslebens ins Werk gesetzt wird. Offenbar deutet dies darauf hin, daß die aggressive Aufgabe der russischen Politik fürderhin vorzugsweise der Flotte zur Vertretung übertragen sein soll. Indessen ist die scheinbare Rücksichtslosigkeit gegen Rußlands inneres Leben eben auch blos scheinbar. Denn würde, was zunächst ins Auge zu fassen war, die Verbindung mit der Napoleonischen Politik die Nothwendigkeit eines bewaffneten russischen Eingreifens in die Weltverhältnisse herausstellen, so würde sich nach aller Wahrscheinlichkeit dieselbe doch schwerlich so gestalten, daß Rußland über eine demonstrative Aufstellung und defensive Haltung seiner Landmacht hinauszugehen genöthigt wäre. Alle unmittelbaren Nachbarn des Reichs, Preußen, Oesterreich, die Türkei, auch selbst der skandinavische Norden haben aber gegen eine Blokade ihrer Häfen verhältnißmäßig nur höchst geringe Ab-

wehrmittel, ja meistens blos höchst unzulängliche Küstenbefestigungen. Alle sind von Feindseligkeiten zur See sofort auch im innersten Mark ihres materiellen Lebens getroffen, während sie einem Angriff der russischen Landmacht unter den heutigen Communicationsverhältnissen des Zarenreichs vollständig gewachsen erscheinen. Für die großen Seestaaten ist aber Rußland, außer von seinen Küsten her, völlig unangreifbar; selbst der Fall von Sebastopol bewies nur, daß Rußland diesen Offensivposten für seine damalige maritime Schwäche zu weit vorgeschoben hatte. Mit einer kriegsfertigen und starken Marine liegt es dagegen heute mehr als jemals in Rußlands Hand, den Schwerpunkt eines etwa ausbrechenden Kriegs in weitere Entfernung von seinen Grenzen zu verlegen. Noch gefährlicher wird aber das reorganisirte russische Heerwesen, wenn der bisherige Mangel an Communicationen, und namentlich an raschen Beförderungsmitteln, durch das vollendete Eisenbahnsystem gehoben sein wird.

Schon die wenigen Jahre, welche seit dem pariser Frieden verflossen sind, haben auch die Belege dafür geliefert, daß Rußland diese veränderte Stellung seiner materiellen Kräfte zu denen der Nachbarstaaten in der bezeichneten Weise in Anwendung zu bringen entschlossen ist. Man braucht auf der einen Seite nur an die „friedliche" Erwerbung der „Kohlenstation" von Villafranca zu erinnern (Herbst 1858), welche zunächst durch ein neugeschaffenes Mittelmeergeschwader geschützt wird, aber allem Anscheine nach dazu bestimmt ist, den Ausgangspunkt für die Erwerbung weiterer Flottenstationen an den Küsten des Mittelmeeres zu bilden. Man braucht auf der andern Seite blos daran zu denken, wie eifrig der Großfürst Konstantin während des italienischen Kriegs mit jenem Mittelmeergeschwader fast alle Häfen der kleinern Mittelmeerstaaten anlief, wie er überall die Höfe in der Doppeleigenschaft als Großfürst und russischer Großadmiral besuchte, und

in Jeruſalem wie in Konſtantinopel die ruſſiſche Macht mit demonſtrativem Glanze repräſentirte.

Doch wir werden Veranlaſſung finden, dieſe Verhältniſſe und Erſcheinungen weiterhin in ihrem Zuſammenhange mit den gleichzeitigen politiſchen Vorgängen wieder zu berühren, und dürfen uns alſo hier mit dieſen ſkizzenhaften und ſachlichen Andeutungen der Reformen in Rußlands bewaffneter Macht begnügen.

Die Gegenwart.

(1859—1860.)

Gleichermaßen ernüchtert, um nicht zu sagen enttäuscht, trat Rußlands Volk wie Regierung aus dem Emancipationsjahr 1858. Je weniger die Nation daran gewöhnt sein konnte, selbstkräftig aus sich heraus sociale Gestaltungsprocesse zu entwickeln und dieselben stetig in sich durchzuarbeiten, desto phantastischer hatten ihre Illusionen all die zahlreichen Zwischenstationen übersprungen, welche von einer halben Anerkennung für ihre Berechtigungen durch die Herrschergewalt bis zur Erreichung ihres ganzen Ziels zurückzulegen sind. Und da trotz aller Fanfaronaden einer den Nationaleitelkeiten niedrig schmeichelnden Presse kein einziges Hemmniß des neu betretenen Wegs, keine einzige Strapaze und Entbehrung der begonnenen Wanderung, kein Witterungswechsel am socialen Horizonte ausblieb, waren am Schlusse des Jahres mit dem Verflattern der Illusionen auch die berechtigten Hoffnungen, die gemäßigten Erwartungen, die Zuversichten in allen Schichten aufs tiefste erschlafft. Dies lag weniger am Gange der Dinge selbst, als im ganzen russischen Naturell, welches niemals einen Mittelweg findet zwischen idealistischen, nahezu phantastischen Anläufen und einer jeglichen Aufschwungs ent-

behrenden Behandlung der prosaischen Lebenspraxis. War aber die Regierung zufriedener mit ihren Resultaten? Sie stand der Erkenntniß gegenüber, daß auch der bestgemeinte Absolutismus bei socialen Reformen machtlos bleibt, wenn er dieselben an vorausbestimmte Normen und unverrückbare Formen fesseln will, sobald er nicht zugleich die moralische und materielle Verantwortlichkeit für deren Entwickelungen ebenfalls übernimmt; sie vermochte im Angesicht der verunglückten Experimente früherer Zeit auf denselben Gebieten trotzdem an keine Umkehr zum liberalisirenden Despotismus zu denken. Trotz der geringen Mitwirkung, welche sie den betheiligten Bevölkerungselementen an der Lösung der Socialreform gestattete, drängten sich bereits die unabweisbaren Consequenzen der Emancipation in allen einzelnen Gliedern der socialen Kette mit ihren Ansprüchen hervor, ehe noch die zukünftige Stellung der Leibeigenen zu ihren Herren wie zum Staate auch nur entfernt geregelt war. Die alte Gewohnheit, allüberall die Initiative der Regierung abzuwarten, war ohne bewußte Opposition, ohne principielle Absichtlichkeit vom Drange des praktischen Lebens überholt. Nur die Lobsänger des Alten schienen triumphiren zu dürfen, als alles stockte.

Wer freilich blos die Janitscharenmusik der russischen Presse beim Beginne des Jahres 1859 zum Maßstabe seines Urtheils über die Zustände und Stimmungen nahm, der durfte leicht glauben, auch im wirklichen Leben aller betheiligten Elemente sei noch die schwungvolle Begeisterung herrschend, welche mindestens äußerlich den Anfang des Emancipationsjahres begrüßt hatte. Allein dieselbe Presse konnte schon den bisherigen Anbahnungsgang nicht in seinen Intimitäten und Conflicten erörternd oder beirathend, aufklärend oder vermittelnd zwischen dem Widerstreite der Interessen begleiten, sondern war darauf gewiesen geblieben, nur immer große naturrechtliche Principien und klingende philanthropische

Phrasen in kategorischen Imperativen zu wiederholen. Gerade in Bezug auf dieses Brillant- oder Strohfeuer zeigte sich dagegen in den verschiedensten Bevölkerungsschichten die sozusagen moralische Erhebung über die süße Gewohnheit oder den bittern Zwang des Herkommens bis auf die letzten Reste verkohlt. Gerade daß der Adel sich kaum mehr gegen das Ende seiner bevorrechteten Existenz, doch um desto hartnäckiger gegen die Ansprüche an seinen materiellen Besitz sträubte, stellte ihn auf einen Rechtsboden, der auch für den Absolutismus unangreifbar ist, sobald dieser nicht die pecuniären Mittel besitzt, um die Emancipationsfrage in einen Expropriationsproceß zu verwandeln. Die Entschädigung kann jedoch unter russischen Verhältnissen nicht den Verpflichteten, sondern nur der Gesammtheit des Staats zur Last fallen. Doch eben die Geldmittel mangelten dem Staate nicht blos im Augenblicke, sondern bleiben voraussichtlich noch lange Jahrzehnde eben dann eine der allerschwierigsten Fragen, wenn die Staatsregierung fortfährt, die Umgestaltungen in allen Lebenssphären zu entwickeln. Dies sogar wenn keinerlei äußerliche Verwickelungen eine solche innere Thätigkeit unterbrechen.

Wie aber standen die Volksmassen, um die es sich zunächst handelt, die Leibeigenen, dem begonnenen Unternehmen nunmehr gegenüber? Es war geschehen, was von den Kennern russischer Verhältnisse beim ersten Beginne der Emancipationsarbeit vorausgesagt wurde: die Leibeigenen hatten zuerst die Zukunft ihrer Freiheit als Losgelassenheit von allen Verpflichtungen aufgefaßt, und nachdem ihnen theils mit Gewalt, theils mit Belehrung die Freiheitshoffnung auf das allergeringste Maß zurückgeführt ist, begleiten sie dasjenige, was zwischen Adel und Regierung über ihre Zukunft verhandelt wird, nicht mehr mit Vertrauen auf die guten Absichten der einen oder der andern Seite, sondern entweder mit der stummen Resignation ohnmächtigen Mis-

trauens gegen beide, oder auch — und dies namentlich in den ackerbauenden Gouvernements — geradezu mit dem Wunsche, daß lieber die gegenwärtigen Verhältnisse unverändert bleiben möchten, wenn die Zukunft jene Zuflucht in den Schos der Gemeinde nehmen oder erschweren wolle, welche von dem Leibeigenen allerdings bis zu einem gewissen Punkte die äußerste Sorge um seine nackte Existenz fernhält. Darin beruht auch ein Hauptstützpunkt der adelichen Opposition; sie beruft sich auf den Wunsch, d. h. auf die Trägheit des „eigentlichen Volks". Jener ebenfalls große Theil der Leibeigenen aber, welcher sein Leben nicht allein oder nicht vorzugsweise auf den Ackerbau stellt, fühlt sich vom verheißenen Zwischenzustande zwischen freier Gebarung mit seinen Kräften und fortdauernder Abhängigkeit vom Herrn ebenfalls keineswegs genugsam angelockt, um auf eine bloße Halbfreiheit auch noch lange Jahre warten zu sollen; er überstürzt sich in Aufregungen und heißt revolutionär. Natürlich herrscht außerdem auch noch überall die größte Unklarheit über das zu Erwartende und das zu Erstrebende; denn alle jene Zwischenelemente zwischen Leibherren und Leibeigenen, welche ebenfalls einen intellectuellen Einfluß auf letztere ausüben, fassen die sociale Umgestaltung wieder aus dem Standpunkte ihrer besondern Interessen auf. Während man z. B. die massenhaften Auswanderungen nach dem Amur auf Hoffnung auf großen Gewinn zurückführen kann, waren auch Bewegungen in die Massen gekommen, deren Ursprung in ihnen selbst nur höchst bedingungsweise gesucht werden kann, deren Consequenzen jedoch auch weit weniger zu überherrschen sind, wie jener Wandertrieb. Wir meinen damit vorzugsweise einerseits die Aufregungen kirchlichen Charakters, dann die vielbesprochene Mäßigkeitsagitation.

Daß beide Bewegungen nicht in den Bauern ihren intellectuellen Ursprung finden, kann nur derjenige leugnen, welcher das russische Volk nicht kennt. Dagegen ist es kein Zweifel,

daß die religiöse Aufregung eine der ersten Reactionen des orthodoxen Kirchenthums gegen die freisinnigere Behandlung der andern Confessionen durch die jetzige Regierung bedeutet. Nicht etwa, daß damit ein Religionskampf bereits drohen sollte; dagegen ist sie eine gegen die ganze reformatorische Strömung gerichtete Consequenz, welche das unsanft berührte Popenthum aus der Art und Weise zieht, wie die Regierung selbst im orientalischen Kriege das Element der Orthodoxie benutzt hatte. Und konnte nun ein Zweifel sein, daß, wenn sich der Widerstand der Berechtigten verhärtete, dieselben auch, wie sie schon das Schlagwort der Nationalität benutzt hatten, so nun das Element der Orthodoxie ebenfalls für ihre Zwecke ausbeuten würden? In den Städten und in derjenigen Bevölkerung, welche mit ihnen in vielfachen Beziehungen steht, ist allerdings eine Wirksamkeit dieser Bewegung durchaus nicht zu erwarten. Dagegen wol einestheils im altrussischen Kerne des Reichs, wo die überaus mächtige und einflußreiche Sekte der Altgläubigen (Starowerzen, Raskolniken) ihre massenhafteste Verbreitung besitzt; andererseits in jenen Provinzen, wo die russische und katholische Kirche nebeneinander stehen und letztere die ihr verliehenen Rechte (S. 163) in Vollzug zu setzen strebt. *)

Andern Ursprungs erscheint die Mäßigkeitsagitation, wie schon

*) Im August 1859 erging an die katholische Geistlichkeit des Reichs ein Ukas, welcher jeden Pfarrer streng verpflichtet, niemand zur Beichte zuzulassen, von dem er nicht die feste Ueberzeugung hat, daß derselbe „rechtlich und nach seiner Abstammung" zur katholischen Kirchengemeinschaft gehört. Daß dieses Gebot durch die orthodoxe Geistlichkeit von der Regierung erwirkt ward, um die verkündete Toleranz illusorisch zu machen, unterliegt keinem Zweifel. Trotzdem schien die Regierung in ihrer Verlegenheit gegenüber den kirchlichen Bewegungen sehr bereitwillig darauf eingegangen zu sein. Ein (angeblich) erhobener Protest der katholischen Bischöfe blieb (wenigstens bis 1860) erfolglos.

daraus zu schließen, daß sie genau in denjenigen Provinzen ihren Anfang nahm, in denen die Unerträglichkeit des Wechselverhältnisses zwischen Herren und Hörigen am frühesten zum Antrag auf Freilassung der Bauern geführt hatte. Es sind dies auch Provinzen, in denen nicht die Krone, sondern die Grundadelichen das Branntweinmonopol besitzen. Hier findet die Bewegung, wenn ihr schon ein religiöser Hintergrund ebenfalls nicht fehlt (die Litauer bekennen sich größtentheils zur katholischen Kirche), doch ihr Hauptbeförderungsmittel im Hasse des Volks gegen die Herren. Die Mäßigkeitsbewegung entstand nicht, wie in andern Ländern, als Ergebniß einer fortgeschrittenen Cultur, sondern hatte von vornherein recht eigentlich die Absicht, den verhaßten Grundbesitzer an seinem Einkommen zu schädigen. Anderer Art mögen nun allerdings die Motive sein, welche die Bewegung auch auf andere Gouvernements fortpflanzten. Aber wie dem auch sei, jedenfalls bedroht dieselbe unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine der wesentlichsten Einkommensquellen der Regierung, zu deren Beibehaltung sie sich, wie behauptet wird, erst nach schweren principiellen Bedenken entschlossen hat und welche durch ihre Reichhaltigkeit — die neuen Branntweinpachtcontracte wurden um 39 Millionen Silberrubel höher als die frühern abgeschlossen — die Ueberwindung jener philanthropischen Moraltheorie belohnen zu wollen schien. *)

---

*) Die frühere Pachtsumme für das Branntweinmonopol hatte 38,450322 Silberrubel jährlich betragen, bei der im Frühling 1858 für drei Jahre abgeschlossenen Verpachtung wurde sie auf 78,731451 Silberrubel in die Höhe getrieben. — Neuestens, d. i. gegen Ende 1859, haben verschiedene Organe die Bedeutsamkeit der Mäßigkeitsagitation in Abrede gestellt. Die Thatsachen widersprechen. Zuerst wurde dieselbe in den obersten Regionen des Staats entschieden gutgeheißen, man ließ die Mäßigkeitsvereine gewähren und den darin angeblich manifestirten Culturfortschritt in der Presse bewundern. Die

Wir sind hier einigermaßen näher auf die ersten Regungen gewisser Selbstemancipationen in der ländlichen Bevölkerung eingegangen, weil sich dazu in der Darstellung des Jahres 1858 keine passendere Gelegenheit ergeben hatte. Dagegen dürfen wir, auf das dort Gesagte gestützt, desto flüchtiger auf die Zustände zurückdeuten, welche sich in den mehr städtischen Bevölkerungen herauszubilden begannen. Wir sahen den commerziellen und industriellen Aufschwung von seinen Sturmläufen beinahe zur Entmuthigung ermüdet. Wir sahen ferner die Speculationsbewegung gegen sich selbst mistrauisch geworden. Wir sahen auf allen materiellen Gebieten die volle Regung der Kräfte nicht minder vom Mangel an Geld und Credit, wie von der vollkommenen Unsicherheit der socialen Zukunft gelähmt. Und in die allgemeine Verstimmung traten

---

Beschwerden der Branntweinpächter mochten anfangs auch übertrieben sein, sie hofften damit Nachlässe am Pachtzins zu erreichen. Bald witterte aber auch die vorher bewunderungsvolle Presse politische Nebentendenzen der Enthaltsamkeit und fand erhebliche Bedenken gegen das damit verbundene Vereinswesen. Nicht lange nachher wurden die Vereine bedeutet, daß ihnen nicht zustehe, ihren Mitgliedern bestimmte Strafen für die Uebertretung der übernommenen Enthaltsamkeitspflichten aufzulegen, d. h. man benahm ihnen das Mittel wirksam zu sein. Seitdem wirken, wie viele Nachrichten bezeugen, die Verführungskünste der Branntweinpächter mit verdoppeltem Eifer. Dennoch scheinen mehrere der ältern Vereine consequent zu widerstehen, während die Bildung neuer besonders in den altrussischen Provinzen und altgläubigen Gemeinden fortschreitet. Dabei sind zwei Erscheinungen von auffallendster Bedeutung. Erstens, daß sich die Mäßigkeitsbewegung nicht stetig von bestimmten Centralpunkten aus verbreitet, sondern sprungweise, gleichzeitig an den verschiedensten Orten auftritt: an der Weichsel und der Wolga, am Weißen und am Schwarzen Meer; sodann, daß der Grundadel und die orthodoxe Geistlichkeit, welche sich anfangs indifferent verhielten, neuerdings die Mäßigkeitssache fördern, weil sie meinen, die furchtbaren Bauernaufstände früherer Zeit, deren Wiederholung sie infolge der Emancipationsbewegung fürchten, seien hauptsächlich auf die Trunkenheit zurückzuführen.

noch die Störungen des gesellschaftlichen Verkehrs, wie sie sich ganz natürlich aus der beginnenden Selbstemancipation der freien Stände vom Beamtenthum, des Beamtenthums vom Militär, der Wissenschaft wie der Kunst von der Soldatenbureaukratie u. s. w. ergaben. In allen diesen Zuständen konnte natürlich beim Beginne des Jahres 1859 ebenfalls weder ein Abschluß, noch selbst auch nur eine bestimmte Station erreicht sein. Nur das stand fest, daß die Illusion des ersten Angriffs in allen Sphären verflogen, die Zuversichtlichkeit auf die Zukunft nicht gewachsen, dagegen Unbehaglichkeit aller mit allem und Mistrauen aller gegen alle zur Herrschaft gelangt war.

Daß Rußland unter solchen Verhältnissen die mit dem neuen Jahre offen kundgegebene Absicht der Napoleonischen Politik zum italienischen Kriege gegen Oesterreich keineswegs willkommen heißen konnte, bedarf an sich schon keiner ausführlichen Erörterung. Daß man aber in Petersburg von der Neujahrsanrede des Kaisers von Frankreich an den österreichischen Gesandten gleichermaßen überrascht gewesen sein sollte wie anderwärts, ist noch weniger anzunehmen. Jedenfalls blieb die Regierung solange als möglich bemüht, im russischen Publikum den Glauben zu erhalten, es werde auch jetzt gelingen, den drohenden Weltbrand im Keime zu ersticken. Ja es schien beinahe, als wolle sie sich recht absichtlich das Aussehen geben, niemals ausschließlicher mit den innern Angelegenheiten beschäftigt gewesen zu sein. Gerade die ersten Wochen des neuen Jahres wurden von Nachrichten durchtönt, welche dem Publikum gewissermaßen beweisen sollten, welch erstaunliche Resultate die Reformpolitik im verflossenen Jahre errungen habe. Da erfuhr man von massenhaften Concessionen für Privatunternehmungen zum Dampfschiffahrtsdienst auf dem Weißen Meere, der Norddwina, Suchena, Wologda, Porosowitza, Schaksna, Wolga, Kama und Wjätka,

woran ſich natürlich die gewohnten Begeiſterungen für alle dieſe Projecte knüpften. Da wurde ferner die Bildung eines ſpeciellen Eiſenbahncomité (S. 115), welches fortan alle Privatanträge zur Conceſſionirung neuer Linien zu prüfen habe, in den Vordergrund der Intereſſen geſtellt. Die gleichzeitige Abberufung einer ganzen Reihe von Civilgouverneuren und ihre Erſetzung durch neue, zum Theil ſehr unbekannte Perſonen beſchäftigte ſchon an ſich die öffentliche Theilnahme genugſam mit den innern Angelegenheiten, beſonders da die Preſſe jetzt wieder verſtärkten Maßes und mit einer gewiſſen Beharrlichkeit ausführte, daß die größte Bedeutung der innern Reformen im Bruche mit der bureaukratiſchen Vielregiererei und Allmacht liegen müſſe. Denn in politiſcher Richtung wirke dieſer ſolidariſch geſchloſſene Stand mit ſeiner hierarchiſchen Gliederung wie eine organiſirte Oppoſition gegen die wohlmeinendſten Abſichten der oberſten Staatsleitung; in adminiſtrativer Hinſicht blieben die wichtigſten Intereſſen in die Hände einer Kaſte gelegt, welche keine Grenze ihrer Competenz kenne, wol aber jede Abwehr ihrer Uebergriffe wie ein gegen den Staat gerichtetes Verbrechen behandle. Daran ſchloſſen ſich ſtatiſtiſche Ueberſichten über den Gang der Emancipationsarbeiten, wobei deren Vollendung in Polen (S. 254) eine Hauptrolle ſpielte und denen ebenfalls leicht anzuſehen war, daß ſie die öffentliche Meinung wider die Gegner der Regierungsabſichten gewinnen ſollten.

Um aber auch dem Nationalgefühl wenigſtens eine Befriedigung in Bezug auf die äußere Politik zu gewähren, und vielleicht auch, um die Aufmerkſamkeit von den europäiſchen Händeln abzuwenden, feierte die Preſſe gleichzeitig die ſchon erwähnte Organiſirung des Amurgebiets in zwei Provinzen (S. 289), woran ſich bald nachher die Nachricht ſchloß, daß die Khalkatataren, deren Land ſich von der Grenze der Provinz Irkutsk bis zur großen Mongoliſchen Wüſte erſtreckt, dem Scepter Rußlands unterworfen ſeien. Dieſe Thatſache

mußte auch, abgesehen davon, daß Rußland somit sein asiatisches Gebiet um ein Land von der Größe Frankreichs erweiterte, um so folgenreicher erscheinen, als es sich damit abermals immer tiefer in Chinas Herrschaftsgebiet hineinbohrte und seine mittelasiatische Position außerordentlich verstärkte. Fast in demselben Momente aber, wo diese Nachricht ihre Wirkung that, reiste der neuernannte Gesandte für China, General Ignatiew, mit glänzendem Gefolge von Petersburg nach Peking ab. Und zwar auf demselben directen Landwege über Kiachta, von welchem noch vor anderthalb Jahren Graf Putjatin zurückgewiesen worden war (S. 199). Während also die Westmächte nahezu auf dem Punkte standen, wegen der europäischen Differenzen auch die Gemeinsamkeit ihrer chinesischen Action aufzugeben, zog Rußland bereits die praktischen Consequenzen des Vertrags von Tientsin und schickte sich überdies an, die neugewonnene directe Gesandtenstraße durch die Mongolei nach dem Herzen des Himmlischen Reichs mit einem regelmäßigen Postencurs auszustatten, um sie solchermaßen unvermerkt in eine Heerstraße zu verwandeln.

Zu derselben Zeit, es war im März, wurde zur Befriedigung der eigentlichen Geschäftswelt der Abschluß einer auswärtigen Anleihe von 12 Millionen Pfund Sterling mit dem Zusatze bekannt gemacht, daß sie bestimmt sei, die Fonds zur Einziehung der Creditbillets zu verstärken. Also wiederum eine Maßregel, welche in bestimmtester Weise auf die Fortdauer des tiefsten Friedens hindeutete und zugleich mit der sie ergänzenden Creirung von vierprocentigen Reichsbillets wol auch geeignet erschien, das Publikum über die finanzielle Lage des Reichs zu beruhigen. Denn in dem betreffenden Ukas wurde ausdrücklich gesagt, daß die Zinsreduction der Creditbanken ihr Ziel erreicht habe, indem durch den Abfluß bedeutender Kapitalien die Gewerbthätigkeit belebt und mannichfaltige Unternehmungen hervorgerufen worden seien, die gegen-

wärtige Maßregel also nur die Absicht habe, jenen Kapitalisten gerecht zu werden, welche von der Zinsreduction schmerzlich betroffen worden seien. *)

Daß Rußland zu jener Zeit wirklich noch daran gedacht habe, der europäische Frieden könne sich erhalten lassen, ist nicht wohl anzunehmen. Dagegen mochte die Entschließung allerdings feststehen, zunächst durch gänzliche Enthaltung von einer Einmischung in den italienisch-französischen Streit sich vollkommen freie Hand zu bewahren, um je nach Umständen im gelegenen Momente als Friedensvermittler aus einer absoluten Neutralität herauszutreten oder mit Benutzung der südslawischen Zustände der Napoleonischen Politik diejenige Unterstützung gegen Oesterreich angedeihen zu lassen, welche den russischen Planen auf die Türkei am unmittelbarsten nützen könnte. In den Südslawenländern und in der Türkei hatten es ja auch jene verschiedenen Machinationen, welche gleichzeitig an den wichtigsten Höfen, wie in Konstantinopel, Bukarescht, Jassy, Cetinje und Belgrad spielten, ihren gemeinschaftlichen russisch-französischen Ursprung aber nirgends verleugneten, glücklich auf den Standpunkt gebracht, wo es nur darauf anzukommen schien, sich der gewordenen Verhältnisse zu bemächtigen. Die Türkei lag so gründlich geschwächt, eingeschüchtert und abhängig vom russisch-französischen Einflusse, wie niemals vor dem orientalischen Kriege und auch noch niemals seit ihrer feierlichen Aufnahme in das europäische Staatensystem. In Serbien hatte namentlich die Decemberrevolution von 1858 den Fürsten Alexander durch Rußlands ergebensten Anhänger, den alten Milosch, ersetzt. In der

*) Näheres über die finanzielle Bedeutung dieser Maßregeln s. w. u.

Moldau-Walachei war, trotz der Proteſtationen der mishandelten Türkei und trotz der pariſer Convention vom 19. Auguſt 1858, die Union factiſch vollzogen, indem der Doppelhospodar Couſa die franzöſiſch-ruſſiſche Genehmigung erhalten hatte. Kurz, vom Adriatiſchen bis zum Schwarzen Meere ſtanden die Führer der ſlawiſchen Völker nur des Winks gewärtig, um das Signal zum Losbruch zu geben und mit der Bedrohung des morſchen Osmanenreichs gleichzeitig auch Oeſterreichs Grenzvölker in einen Aufruhr zu verſetzen, zu deſſen Niederſchlagung dem von einem italieniſch-franzöſiſchen Kriege in Anſpruch genommenen Kaiſerreiche nothwendig die Möglichkeit genommen ſein mußte. Rußlands ſpecielles Intereſſe in Italien war aber vorläufig nicht ſowol an und für ſich durch die Erwerbung von Villafranca, wol aber, wie kein Zweifel iſt, einerſeits durch Verabredungen mit dem pariſer Cabinet, andererſeits durch das Mittelmeergeſchwader unter dem Großfürſten Konſtantin ſo weit gewahrt, um die weitere Entwickelung der Dinge unbedenklich abwarten zu dürfen.

Wie ſtellte ſich nun die Stimmung des ruſſiſchen Publikums zu der Wahrſcheinlichkeit eines europäiſchen Kriegs? Glaubte ſie wirklich nicht daran? Im Gegentheil, die Geſchäftswelt ſah ihn heranziehen, wie ungefähr die Cholera, deren lähmende Wirkung auf alle Kreiſe gleichfalls nicht abzuwenden iſt, wenn man auch von ihren Todesſtreichen nicht unmittelbar getroffen wird. Im Allgemeinen herrſchte nämlich eine merkwürdige Zuverſicht darauf, daß der Krieg keinesfalls nach Rußland hereinkommen, ſondern außerhalb ſeinen Schauplatz und ſeine Nahrung finden werde. Die ſolide Induſtrie und Speculation bangte zwar den abermaligen Störungen der kaum wieder begonnenen Thätigkeit entgegen, aber ein ausgeſprochener Kriegszuſtand Europas verhieß ihr andererſeits, wenn Rußland ſich im Zuſtande wirklicher Neutralität er-

halten konnte, vielleicht einigen Ersatz für die immer weiter vorgeschrittene Stockung des Verkehrslebens, welche freilich in der Unsicherheit und Halbheit der innern Zustände bisher ihre Haupturſache gefunden hatte. Die unſolide Speculation erwartete ſogar von der Kriegsunordnung allerlei neue Gelegenheiten zu raſchen Glücksſpielen, und ging unter den anbefohlenen Kriegsfanfaren der Journaliſtik mit den einander entgegengeſetzten ſocialpolitiſchen Strömungen Hand in Hand. Die Progreſſiven, Reformer, oder wie man ſie ſonſt nennen mag, bildeten ſich nämlich ein, im Kriege würden die tauſend und abertauſend Hemmniſſe, welche den umgeſtaltenden Anläufen ſich überall entgegenthürmten, gewiſſermaßen über den Haufen gerannt werden können. Diejenigen, welche überhaupt dem „Uebergang" ungünſtig geſinnt ſind, hofften dagegen von jeglicher Unterbrechung des europäiſchen Friedens das directe Gegentheil. So ſah es wol im ganzen und großen aus, als ob im ruſſiſchen Publikum die Antipathie gegen eine kriegeriſche Störung der europäiſchen Waffenruhe keineswegs ſo ſtark ſei, als fortwährend in England oder nach der Mobilmachung in Preußen. Die Armee war außerdem kriegeriſch geſinnt wie überall, und ſie hatte, abgeſehen von den gutzumachenden Schlappen aus dem Krimkriege, noch ihre beſonders dringenden Gründe dafür. Vom Feldmarſchall bis zum Unteroffizier herunter empfindet ſie, daß ihr Einfluß im Staate bedeutend zurückgegangen iſt. Der Bevölkerung ſteht ſie zu fern, um in den ſocialpolitiſchen Reformen die Nothwendigkeit wie den Erſatz dafür zu erblicken. Sie meint ſich für ihre allerdings unzweifelhaften Verdienſte im letzten Kriege bei der Neuordnung der Dinge nicht genugſam berückſichtigt. Auch die fortdauernden Reformen in ihrem Organismus hatten die lebhaften Zweifel darüber, ob die früher fraglos herrſchende Kaſte nicht beſtimmt ſei, ſehr weſentlich in den Hintergrund gedrängt zu werden, keineswegs vermindert. Um

aber gerecht zu sein, muß man eingestehen, daß diese Vorempfindung einem richtigen Instinct aufs Haar glich — wenigstens was die Landmacht anbelangt —, und so war es mindestens nicht zu verwundern, wenn namentlich in den mittlern Regionen des Heerkörpers, in den Generalstäben und Regimentscommandos, sich der Wunsch aufs lebhafteste geltend machte, der Staat möge genöthigt sein, zu andern Zwecken als gegen Bauernaufstände u. dgl. sich auf seine Waffenkraft zu stützen.

Es kann nun nicht entfernt die Absicht sein, auf die intriguenhafte Vorgeschichte des italienischen Kriegs näher einzugehen. Namentlich liegen für den Grad der Vertrautheit des petersburger Cabinets mit den Napoleonischen Planen und Mitteln auch heute blos noch Vermuthungen und Wahrscheinlichkeiten vor. Die authentischen Enthüllungen werden voraussichtlich noch lange genug auf sich warten lassen. Wer sagt selbst, ob Rußland, wenn es auch von dem vielbesprochenen Neujahrsgruß Napoleons sich nicht sonderlich überrascht zeigte, bereits bei den weitern diplomatischen Vorspielen des Tuileriencabinets davon überzeugt war, daß dessen Gebieter unwiderruflich und rücksichtslos auf den Krieg lossteuere? Es ist kaum glaublich. Denn wer sagt mit voller Ueberzeugung, so oft es auch behauptet wird, daß irgendwer, ja Napoleon selbst keinen andern Ausgang der Dinge gedacht habe? Positiv steht aus dem Jahresbeginn einzig die Thatsache fest, daß durch die Gretna-Green-Heirath des Prinzen Napoleon mit der Tochter Victor Emanuels ein Bündniß Frankreichs mit Sardinien besiegelt wurde, wodurch sich ersteres zu entschiedenster Hülfeleistung gegen einen österreichischen Angriff auf letzteres verpflichtete. Unbekannt sind dagegen selbst noch heute die Voraussetzungen und Modalitäten, auf welche sich diese Stipulationen stützten. War nun vernünftigerweise von Oesterreich ein solcher Angriff zu besorgen? In jenem Mo-

ment ſicherlich ebenſo wenig, als daß Englands Toryminiſterium einer muthwilligen Provocation des Kriegs gegenüber ſeine neutrale Indifferenz in gleicher Weiſe behaupten würde, wie es nachher dennoch geſchehen iſt. Man konnte nicht im voraus annehmen, daß Lord Derby heute den erſten „todtſchlagen" wollte, der den europäiſchen Frieden ſtören möchte, und es ſechs Wochen nachher als ein „Verbrechen" ausſchreien würde, daß Oeſterreich ſich gegen jenen erſten wehrte. Ueberdies ſtellte damals der Napoleonismus auch noch keine Forderung auf Abänderung der Verträge von 1815, deren Analogien oder Conſequenzen für Rußland ſelbſt hätten bedenklich werden können. Und andere Verpflichtungen dafür kennt es nicht. Die franzöſiſchen Forderungen ließen vielmehr bekanntlich bis in den Februar hinein zwar eine Menge von öſterreichiſch-italieniſchen Specialfragen die Revue paſſiren, hüteten ſich dagegen äußerſt vorſichtig, die Grundverträge von 1815 ſelbſt anzutaſten, nachdem England und Preußen feierlich erklärt hatten, daß ſie dieſe nicht berühren laſſen würden. Indem Frankreich dann auf eine Aufhebung oder Reviſion der öſterreichiſchen Separatverträge mit den Herzogthümern hinarbeitete, hatte es allerdings nicht blos Englands, ſondern auch Preußens Zuſtimmung zu den Principien erworben, und indem ſich mit dieſer Reviſion die Berathung der Mittel verbinden ſollte, durch welche „Italiens politiſche" Lage verbeſſert werden könne, zog ſich mit ſo höchſt unbeſtimmten und dehnbaren Begriffen bereits ein dichtes Netz über Oeſterreich zuſammen. Wäre dieſes auf einen Congreß zu ſolchem Zweck eingegangen, ſo hätte ſich für den Napoleonismus die günſtigſte Combination ergeben. Die Mehrheit hatte jenes gegen ſich, und fügte es ſich dieſer, ſo hatte Frankreich auf unblutigem Wege die Suprematie über Italien errungen. Oeſterreich wäre nicht blos ohne Kampf materiell aufs tiefſte beſchädigt, ſondern auch moraliſch von ſeiner Großmachtſtellung

herabgedrückt worden. Fügte sich dagegen Oesterreich den Entscheidungen eines solchen Congresses nicht, so hätte Napoleons Spiel wiederum insofern günstig gestanden, als er voraussichtlich als Führer einer europäischen Coalition wie auf den Schlachtfeldern des orientalischen Kriegs erschienen wäre.

Allein die Dinge gestalteten sich anders, als die kluge Anlegung sie berechnet hatte. Frankreichs Schützling selbst, das im Grafen Cavour personificirte Sardinien, zerstörte den vorbezeichneten Operationsgang. Rüstend mit übermäßiger Anstrengung all seiner verfügbaren Kräfte, fraternisirte es nicht blos offen nach allen Seiten hin mit der nationalen Demokratie, sondern sprach auch keck, lange vor Napoleon, in officiellen Documenten den Verträgen von 1815 ihre Gültigkeit ab und schrieb Oesterreichs völlige Austreibung aus seinem von Europa garantirten italienischen Besitz auf sein Banner. Dabei brüstete es sich mit Frankreichs unbedingter Bundesgenossenschaft. Es blieb für Napoleon III. keine Möglichkeit mehr, die Verwandlung der militärischen Stellung Oesterreichs in Italien in eine kriegsfertige Machtentfaltung als bedrohliche Antastung der sardinischen Unschuld hinzustellen. Frankreich mußte jetzt entweder Sardinien desavouiren, um Europa zu beruhigen, oder einen letzten Versuch machen, dasselbe zum Congreß zu nöthigen und Oesterreichs Aufstellung mit vorgestrecktem Degen politisch zu isoliren.*)

---

*) Man behandelt es heute, Anfang 1860, wie eine feststehende Thatsache, daß bereits bei Cavours Besuch in Plombières die Abtretung Savoyens mit Nizza an Frankreich als Preis seiner Hülfeleistung zur Eroberung Italiens bis zur Adria bedungen, daß dieselbe nachher in den französisch-sardinischen Allianzvertrag aufgenommen worden sei. Danach hätte dieser eine Angriffscoalition stipulirt. Aber würde denn Frankreich den Ausbruch des Kriegs nicht möglichst verzögert haben, während bekannt ist, daß es beim Beginn desselben noch keineswegs mit Rüstungen zu Stande gekommen war, welche für einen derartigen

Hätte Rußland bis dahin die französischen und sardinischen Gänge unterstützend begleitet, so hätten die pariser und turiner Lärmjournale und Agitationsbroschüren sicherlich nicht ein so vollständiges Schweigen über seine Haltung bewahrt. Man benutzte ja sonst rücksichtslos genug jegliches Verhältniß, welches nur irgend geeignet erschien, den eigenen Wünschen und Ansprüchen einen stärkern Nachdruck zu verleihen. Auch daß die russische Journalistik sich vom ersten Moment an für die äußersten Forderungen Sardiniens begeisterte und alle Ansprüche der italienischen Nationalsouveränetät vollständig anerkannte, beweist nichts gegen eine noch fortdauernde Zurückhaltung des petersburger Cabinets. Denn hier war ja, wie kaum irgend zuvor eine willkommene Gelegenheit gegeben, die gegenösterreichische Agitation recht schreiend ins Werk zu setzen und gleichzeitig die panslawisch-russischen Interessen an der untern Donau zu fördern. — Aber auch England und Preußen fühlten sich offenbar der vollen Uebereinstimmung Rußlands mit ihrer Vermittelungspolitik wenigstens bis zum April keineswegs sicher. Erst um diese Zeit sollen vielmehr die ersten Andeutungen an das preußische und englische Cabinet, sowie nach Paris gelangt sein, daß Rußland, solange Frankreich blos die Revision der österreichischen Separatverträge betreibe, diesem Unternehmen nicht hindernd ent-

---

Plan genügten? Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß jener Anspruch auf Savoyen erst im Verlauf des Kriegs erhoben wurde, nachdem Napoleon durch sein bekanntes Manifest das Programm der gänzlichen Vertreibung Oesterreichs aus Italien sich angeeignet hatte. Er konnte ihn sogar jetzt erst ohne große Gefahr stellen, nachdem sich gezeigt hatte, mit welcher Gleichgültigkeit die Großmächte der Verletzung neutralen Gebiets, der Seerechtsdeclarationen des pariser Congresses von 1856, der offen proclamirten Zerstörung aller europäisch garantirten Besitzstände in Italien zusahen. Ja es ist nicht unwahrscheinlich, daß eben das Ministerium Cavour nicht in die Abtretung Savoyens willigte und erst Ratazzi unter Vorbehalten darauf einging.

gegentreten werde; daß es dagegen die Aufrechthaltung der Verträge von 1815 als nothwendig erachte und die vermittelnden Bemühungen der neutralen Großmächte für die Bewahrung des Friedens unterſtützen werde.

Dadurch blieb vor allem Oeſterreich in ſeine Iſolirung gebannt und gleichzeitig die Haltung der neutralen Mächte gewiſſermaßen an Rußland gebunden. Daß dies die Cabinete von Berlin und London nicht ſofort als nächſtes Ziel der petersburger Politik erkannten, iſt freilich unbegreiflich genug. Vorläufig handelte es ſich zwiſchen Frankreich und Oeſterreich noch rein um eine Principienfrage über die Competenz des Souveränetätsrechts, ob das hiſtoriſch Gegebene heilig ſei, eventuell nur von den verfaſſungsmäßigen Gewalten (Oeſterreich und die Herzogthümer) geändert werden ſolle. Wie konnte man alſo Rußland überhaupt zur Discuſſion einer ſolchen Frage zulaſſen? Für das ruſſiſche Staatsprincip, welches gar keine Connexität mit dem weſteuropäiſchen Fürſtenthum hat, iſt es ganz gleichgültig, ob Oeſterreich und die Herzogthümer in Italien ihr ſouveränes Recht zu gegenſeitigen Tractaten einbüßen oder nicht. Gab Rußland hier ein Votum ab, ſo ſchöpfte es daſſelbe nicht aus ſeiner Rechtsanſchauung, ſondern aus ſeiner Staatsraiſon, deren Gründe wieder nicht in Italiens, ſondern in ſeinen ſlawiſch-türkiſchen Verhältniſſen zu Oeſterreich liegen. Genug, man zog Rußland heran, vielleicht in halb traditioneller Erinnerung an die Heilige Allianz, und natürlich wies es die erbetene Einmiſchung nicht zurück. Damit gab ſich zunächſt Gelegenheit, der preußiſchen Politik einen Hemmſchuh anzulegen, falls dieſe durch die Erkenntniß der letzten Ziele Frankreichs, oder vermöge ihrer Bundesſtellung zu Oeſterreich, oder durch die laut ausgeſprochene Bedrohung der rheiniſchen Grenze und endlich auch durch die übereinſtimmenden Forderungen ganz Deutſchlands nach activer Unterſtützung Oeſterreichs zu einer andern An-

schauung gelangen sollte, als im Kaiserstaat ebenso blos einen Nachbar zu sehen, wie in Frankreich. Man erwartete in Petersburg eine maiden-speech der neuen berliner Politik über ihre europäisch-deutsche Stellung. Sie erfolgte nicht, und man erkannte also rasch, daß Herr von Schleinitz noch keinen festen Standpunkt gefunden. Jetzt konnte man schon zuversichtlicher auftreten.

In diesen Moment fiel nun infolge der misglückten Sendung Lord Cowleys nach Wien eine Situation, welche besorgen ließ, daß Oesterreich sofort losschlagen und Sardinien in die größte Gefahr bringen könne, ohne daß Frankreich einzutreten vermocht hätte, wenn es sich mit den neutralen Mächten nicht in directen Gegensatz stellen wollte. Jetzt trat Rußland, und zwar sehr wahrscheinlich auf Frankreichs directen Wunsch, mit seinem Congreßvorschlage hervor, welcher Oesterreich geradezu auf eine Linie mit den kleinen, nicht congreßfähigen Staaten herabziehen sollte. Diese Demüthigung hatte an sich noch nicht im Programm des Congresses gelegen; denn seine vier Punkte lauteten: Friedensvermittelung zwischen Oesterreich und Sardinien, Räumung des Kirchenstaats von seiten der Oesterreicher und Franzosen, Conföderation der kleinern italienischen Staaten als Ersatz ihrer Verträge mit Oesterreich, und schließlich Berathung über die in Italien (also auch in Rom und Neapel) nöthigen Reformen. Für alle diese Punkte hatten Oesterreich und die neutralen Staaten im voraus ihre Zustimmung gegeben. Aber die beabsichtigte Demüthigung lag darin, daß Sardinien gleichberechtigt an dem Congresse theilnehmen, Oesterreich dort wegen seiner Verwaltung gewissermaßen Rede stehen sollte. Ja der Congreß sollte eventuell auch ohne Oesterreich stattfinden und über dasselbe Gericht halten. Daß dieses auf solche Voraussetzungen nicht eingehen konnte, war mit Gewißheit vorauszusehen. Obgleich nun der letzten Absichten seiner Gegner wohl bewußt, lehnte es den Congreß-

vorſchlag trotzdem nicht ab, forderte aber vorausgängige Garantien für ſeinen italieniſchen Beſitzſtand und die Entwaffnung aller betheiligten Staaten.

Jetzt war das ruſſiſche Spiel gewonnen. Denn die vermittelnden Staaten ließen ſich, die principiellen Kernpunkte der Congreßfrage aus den Augen verlierend, nur allzuleicht dahin gängeln, die Entwaffnungsfrage zur Hauptſache zu machen und dieſer aus ſchwächlicher Connivenz für Frankreich die Spitze dermaßen abzubrechen, daß in Wahrheit Oeſterreich allein der entwaffnende Theil geweſen ſein würde. Unterdeſſen hatte Frankreich mit ſeinen Tergiverſationen nicht blos Zeit zur Vollendung ſeiner Rüſtungen gewonnen, ſondern auch mit der Erklärung, daß es nicht entwaffnen könne, weil es nicht gewaffnet habe, den offenkundigſten Thatſachen ſo frech ins Geſicht geſchlagen, daß niemand einen leiſeſten Zweifel mehr darüber hegen konnte, wie jegliche Verhandlung nur dazu dienen ſolle, Frankreichs Kriegsvorbereitungen noch furchtbarer, die neutralen Mächte noch zaghafter, die italieniſche Revolution noch ſtärker zu machen, ohne dadurch den Willen zur Verwickelung Oeſterreichs in einen Krieg irgendwie und irgendwo zu ſchwächen. So ſchlug Oeſterreich los, durchaus nothgedrungen, für ſeine ſtrategiſchen Intereſſen ſchon zu ſpät, und dennoch von den Neutralen wie von den Feindſeligen öffentlich als muthwilliger Friedensſtörer proclamirt.

So lauteten nämlich die officiellen Proteſte Rußlands wie Englands gegen Oeſterreichs Entſchließung, und preußiſcherſeits ging man ſelbſt ſo weit, von einer vollkommenen Ueberraſchung zu ſprechen, während man doch zugleich das Verdienſt in Anſpruch nahm, Oeſterreich vom entſcheidenden Schritte aufs dringendſte abgemahnt zu haben. Im Eifer, die Vollſtändigkeit der Neutralität recht augenfällig zu wahren, überſah man die logiſche Unverträglichkeit beider Thatſachen, die man gleichzeitig geltend machte: denn wurde man

ſo vollſtändig überraſcht, ſo hätte man nicht vorher abrathen können; und hatte man ohne Erfolg abgerathen, ſo konnte man jetzt nicht überraſcht ſein. Der eigentliche Grund, weshalb die Neutralen das endliche Losſchlagen Oeſterreichs als ſo ſchwere Anklage formulirten, dürfte jedoch wol darin zu ſuchen ſein, daß ſie eine Art von Entſchuldigung für die Schwächlichkeit und Einſeitigkeit ihrer Vermittelungsbeſtrebungen geltend machen wollten. Denn ſchließlich konnte doch eben von keiner Seite in Abrede geſtellt werden, daß für Oeſterreich, wenn es nicht den Kelch der Demüthigungen bis auf den letzten Tropfen leeren wollte, keine andere denkbare Möglichkeit geblieben war, um ſich wenigſtens den Vortheil der ſtrategiſchen Initiative nicht entgehen zu laſſen.*)

Für England kam aber bei dieſer Wendung der Dinge noch eine wichtige politiſche Frage ins Spiel. Es mußte daran zweifeln, ob ſelbſt ſeine inſulare Lage ihm geſtatte, bei einer Weiterentwickelung des Kriegs, welcher ſofort den Charakter eines von Frankreich geleiteten allgemeinen Revolutionskampfes der ganzen Apenniniſchen Halbinſel annahm, ſeine bisherige Rolle abſoluter Neutralität einzuhalten, ohne ſeine ſchwankende Politik zu verewigen und ſeine Stimme in den europäiſchen Angelegenheiten gänzlich einzubüßen. Geruht hatte ſie bereits während der letzten Jahre bei den wichtigſten Fragen genugſam, und wie gering ihr Gewicht von Frankreich geachtet blieb, hatte die jetzige Verwickelung von neuem bezeugt. Es lag alſo nicht fern, daß die engliſche Nation, ſo ſtark auch ihr Friedensbedürfniß und ihre italieniſche Freiheitsſchwärmerei, doch endlich ſich aufraffen könnte, um die italieniſche Suprematie nicht bedingungslos der franzöſiſchen

*) Ce n'est pas la France, mais la lâcheté de l'Europe qui a laissé allumer la guerre en Italie par le Piémont — äußerte der ehemalige franzöſiſche Miniſter des Auswärtigen, Drouin de l'Huys.

Gewalt anheimfallen zu laſſen. Von Preußen ſtand nun allerdings für den Augenblick nicht zu erwarten, daß es mit einer ähnlichen logiſchen Folge ſeiner politiſchen Anſchauungen dahin gelangen werde, in den lombardiſchen Gefahren etwas anderes zu ſehen, als die ſpecifiſchen Intereſſen eines „Nachbars". Es machte zwar einige Armeecorps mobil, auch ſtellte es am Bunde den Antrag zur Marſchbereitſchaft des Bundesheeres, welche von den kleinern Bundesſtaaten factiſch ſchon in Ausführung genommen war, und fügte dazu die Armirung der Bundesfeſtungen. Aber indem der Bund den Antrag in derſelben Sitzung, wo er geſtellt ward (23. April) zum Beſchluß erhob, wußte man bereits, daß Preußen in Separatverhandlungen mit Oeſterreich jede Aufſtellung am Rhein, wodurch Frankreich zur Theilung ſeiner militäriſchen Kräfte genöthigt werden könnte, entſchieden abgelehnt hatte. Seiner eigenen Mobiliſirung, wie ſeinem Bundesantrage brach es zugleich die Spitze durch die officielle Erläuterung ab, daß jene militäriſchen Sicherheitsmaßregeln durch die Ausſichtsloſigkeit auf das Zuſtandekommen eines Congreſſes nicht einmal beſchleunigt worden, ſondern vielmehr ſchon lange beſchloſſen geweſen ſeien, um die unſichern Weltgänge, wenn auch unbetheiligt, ſo doch nicht unbewaffnet zu beobachten. Um ſo mehr drängte dagegen ganz Deutſchland in der höchſten Aufregung des durch Napoleon tödlich verletzten Rechtsgefühls und in der unumſtößlichen Ueberzeugung, wie der Krieg am Po, wenn dort Oeſterreich mittelbar und unmittelbar iſolirt blieb, nur das Vorſpiel eines gleichermaßen rechtsverletzenden Vorgehens auch gegen die Rheingrenze ſein müſſe, zu einer activen, der nationalen Würde und Sicherheit wahrhaft entſprechenden Stellungnahme. Unter Preußens früherm Regiment wäre entweder der nationale Geiſt ungehört verhallt oder die Mahnung an Preußens noch ungelöſtes Verſprechen, bei jeder nationalen Gefahr ſich als Deutſchlands Schwert

bewähren zu wollen, mit der Hinweisung auf die drei mobilisirten Armeecorps zurückgewiesen worden. Aehnliches versuchten freilich auch heute verschiedene inspirirte Blätter. Allein die jetzt an der Spitze des Staats stehende Persönlichkeit ließ die Feinde Oesterreichs, Preußens und Deutschlands kaum erwarten, daß dieselbe Politik auch heute noch einen Bestand haben könne, wenn sie auch vorübergehend in Anregung gebracht worden sei.

So galt es zunächst im russischen Interesse, durch ein ganz unerwartetes Ereigniß Deutschlands nationalen Aufschwung und Englands allmählich erwachendes Selbstbewußtsein gleichermaßen abzulenken von der consequenten Verfolgung der gegebenen Conjuncturen; es galt zu der Gefahr aus Westen auch noch die Drohung eines Ueberfalls aus Osten zu fügen. Genau an dem Tage, da Frankreichs Colonnen bei Culoz, mit Verletzung eines von Europa neutral erklärten Bodens und ohne Kriegserklärung, savoyisches Gebiet betraten und seine Scharfschützen in Genua landeten, gerade an demselben Tage verkündete eine berliner Zeitung den Abschluß einer formellen französisch-russischen Offensiv- und Defensivallianz. Bereits am andern Tage, nachdem dieser (wol in ungarisch-slawischen Kreisen zu London präparirte) Alarmschuß mitten in Deutschland abgefeuert worden war, formulirte die „Times" sogar den angeblichen Inhalt der Verträge. Es bestehen — sagte sie — deren zwei; durch den ersten verpflichtet sich Rußland für den Fall eines französisch-österreichischen Kriegs zur Unterstützung Frankreichs durch Mitwirkung seiner Flotten in der Ostsee und im Mittelmeere und durch Aufstellung eines Beobachtungsheeres von 50000 Mann an der österreichischen Grenze. Durch den zweiten verpflichtet sich Rußland, vierzehn Tage nachdem die österreichische Armee das piemontesische Gebiet betreten hat, an Oesterreich den Krieg zu erklären. Ja die „Times" verstieg sich selbst zu der

Behauptung, der erste Vertrag datire schon von früherer Zeit, während der andere ergänzend und infolge der von Oesterreich an Sardinien erlassenen Sommation (19. April) erst am 22. April abgeschlossen worden sei.

Die Stimmungen Europas waren ganz danach angethan, solche Nachrichten in der Aufregung des Augenblicks für vollkommen wahr zu halten. Diese Aufregung erhöhte sich mit der gleichzeitig stattfindenden Ueberschreitung des Tessin durch die österreichischen Truppen. Aber zugleich zeigte sich auch deutlich, wie jener angebliche russisch-französische Vertrag, anstatt Europa einzuschüchtern, der österreichischen Politik und ihren letzten Entschließungen einen moralischen Nachdruck verlieh, den man in Petersburg am allerwenigsten erwartet hatte. Der russische Gesandte in London war es nun, welcher sich am meisten beeilte, die Nachrichten der „Times" vollständig in Abrede zu stellen. Auch die russische Presse beeiferte sich mit der Erklärung, die Nachricht sei ein Börsenmanöver, und fügte dazu wörtlich übereinstimmend in allen ihren wichtigern Organen die officiöse Notiz: „Wir sind ermächtigt, auf die positivste Weise zu erklären, daß kein Allianzvertrag, weder ein offensiver noch ein defensiver, zwischen Rußland und irgendeiner Macht besteht. In einem Augenblick, wo ganz Europa so bedeutende Rüstungen zur See und zu Lande macht, hat der Kaiser für Vorsichtsmaßregeln sorgen müssen. Die Politik Sr. Majestät bewahrt sich bei den jetzigen Verhältnissen die volle Freiheit des Handelns, und haben wir kaum nöthig hinzuzufügen, daß sie einzig und allein von dem Gefühl für die Würde der Krone und für die Interessen des Landes beseelt ist."

Damit konnte man diesen Zwischenfall wol als beseitigt ansehen. Doch hatten Rußland und Frankreich davon wenigstens den Vortheil, daß Englands Cabinet und Parlament, nachdem das erste Aufbrausen vorüber, wieder desto entschie-

dener zu der Ueberzeugung zurückkehrten, das Inselreich dürfe seine absolute Neutralität durchaus nicht aufgeben, solange der entbrannte Krieg ein französisch-österreichischer bleibe, auf Italien beschränkt und weder Deutschland noch Oesterreichs deutsche Besitzungen angreifend. Auch ist es keineswegs unwahrscheinlich, daß der russische Alarmschuß vorzugsweise auf England berechnet war. Dort war nämlich unterdessen das Toryministerium durch Palmerston und dessen Genossen gestürzt; es stand nur noch vermöge der Parlamentsauflösung am Ruder; Palmerstons Intimität mit Rußland wird aber bekanntermaßen blos noch von der mit Napoleon übertroffen. Lord Derby hatte dagegen die Unsträflichkeit seiner Neutralitätspolitik so klar nachgewiesen, daß ihn der Vorwurf einer Voreingenommenheit für Oesterreich nicht mehr treffen konnte, wogegen er allerdings als Bedingung der Anerkennung der wirklichen Lokalisirung des Kriegs die Fernhaltung der südslawischen und ungarischen Revolutionselemente aufgestellt hatte. Wurden diese ins Spiel gezogen, so lag es keineswegs außer der Möglichkeit, daß Englands Stimmungen eine Wandelung erführen, welche mit den neuen Parlamentswahlen die Toryherrschaft wieder befestigte. Anstatt der vollen journalistischen Ableugnung der russisch-französischen Allianz stellte also Fürst Gortschakow der officiellen englischen Anfrage auch blos die Antwort entgegen, daß kein russisch-französisches Einvernehmen bestehe, welches irgendwie die staatsrechtlichen oder territorialen Bestände Europas berühre. Außerdem beeilte sich Frankreich, der Oeffentlichkeit wie den Höfen die heiligsten Versicherungen zu ertheilen, daß es an irgendein aggressives Verhalten gegen Deutschland nicht denke. Dieses eigenthümliche Zusammenwirken der westlichen und östlichen Erklärungen, welches dennoch alle möglichen Hinterthüren offen ließ, war also durchsichtig genug von beiden Seiten darauf gerichtet, Englands wie Deutschlands absolute Neu-

tralität nunmehr als das Zweckmäßigste hinzustellen, nachdem die vorausgegangene Einschüchterung nach beiden Seiten ihre erwartete Wirkung verfehlt hatte. Zugleich verdächtigte bekanntlich französisches Lob Preußens noch immer unklare Haltung vor ganz Deutschland, und Preußen selbst ließ verlauten, daß es seine Stellung nur zum „lokalisirten" Kriege, nicht gegen den Napoleonismus zu nehmen für nöthig halte.

Es ist nun hier nicht ausführlich zu erzählen, wie man sich trotz alledem zu Paris und Petersburg täuschte; denn von jenem Moment datirte eine Umwandelung gerade auch der norddeutschen Volksstimmungen, welche bisher noch immer, theils aus Antagonismus gegen Oesterreich, theils aus Unglauben an Deutschlands Gefährdung der indifferenten Neutralität gehuldigt hatten. Jetzt dagegen befestigte und verallgemeinte sich die Ueberzeugung immer mehr, daß es sich für Deutschland weder blos um eine specielle Frage zwischen Frankreich und Oesterreich, noch auch jetzt noch um ein Abwägen der Gründe für oder wider Oesterreichs Unterstützung, sondern einfach um einen nothwendigen Act der Selbstvertheidigung handle. Fraglich erschien blos, wie lange Deutschland sich noch abwartend verhalten solle, ob nicht die größere Sicherung in einem rechtzeitigen Angriff auf die Gegner bestehe. Die Dinge gingen mit reißender Schnelligkeit. Nachdem der Minister des Aeußern in Preußen im Beginn des Mai außerordentliche finanzielle Maßregeln für die nothwendigen Rüstungen noch mit der Erklärung beantragt hatte, „Preußens Aufgabe bleibe, auf die Wiederherstellung des Friedens zu wirken", da sprachen es die Finanzdebatten der Kammern noch vor der Mitte des Monats mit Entschiedenheit aus, daß Preußen dieses Ziel nur werde erreichen können, wenn es im Osten wie im Westen seine Vermittelungen an große Heeresaufstellungen anlehne. Die Thronschlußrede am folgenden Tage betonte aber schon Preußens Entschlos-

senheit, „die Grundlagen des europäischen Rechts und das europäische Gleichgewicht zu wahren". Sie erkannte also an, daß beides bedroht sei. Und was sich bei Preußens doppelt exponirter Lage noch mit einer gewissen Zurückhaltung aussprach, das drängte sich im lebhaftern Süddeutschland nahezu als Herausforderung auf die Tagesordnung. Selbst als das abtretende Torycabinet für vortheilhaft erachtet hatte, den Bundesstaaten anzuzeigen, daß England seine strengste Neutralität behaupten und Deutschland weder Beistand leisten, noch dessen Fürsten durch Einsetzung seiner Seekräfte vor irgendeinem Angriffe sicherstellen könne, wenn jenes seinerseits Frankreich angreife oder eine provocirende Haltung einnehme — selbst da erschien für Rußland der deutsche Nationalgeist noch immer bedenklich genug, um den englischen Erklärungen eine directe Drohung hinzuzufügen.

Dies geschah in dem vielbesprochenen Rundschreiben, welches Fürst Gortschakow unterm 15/27. Mai an die russischen Gesandtschaften erließ. Indem es von einer Rechtfertigung des russischen Conferenzvorschlags ausging, um Oesterreich abermals als absichtlichen Friedensstörer hinzustellen, schloß es sich zunächst an Englands Erklärung an, daß kein feindlicher Act der französischen Regierung gegen Deutschland vorliege. Weiter berief es sich auch auf Frankreichs feierliche Erklärung, „daß es rücksichtlich Deutschlands kein Gefühl nähre, welches dasselbe beunruhigen oder beeinträchtigen könne, und daß es, vom aufrichtigsten Wunsche beseelt, in gutem Einverständniß mit dem Deutschen Bunde zu leben, dessen Rechte und Interessen überall zu respectiren entschlossen sei". Endlich sei auch Preußen durch die „rein defensive" Kriegsbereitschaft zum Schutz und zur Sicherstellung der Integrität und Interessen Deutschlands eingetreten. Die von Rußland beklagte Aufregung, welche sich in einigen Theilen Deutschlands kundgebe, beruhe also und darum auf einem „Misverständniß". „Aber

die Misverständnisse, welche die Geschicke der Völker umhüllen — heißt es weiter — nehmen einen ernsten Charakter an, welcher die Pflicht auferlegt, ihre Aufklärung zu versuchen.“ Rußlands Herr wolle nicht, daß „ein Misverständniß über die Absichten besteht, welche ihn beseelen“. Die Furcht vor der Zukunft, welcher sich einige Staaten des Deutschen Bundes hingäben, sei gegenstandlos. „Um eine Gefahr zu vermeiden, welche wir für grundlos halten, setzen sie sich dem aus, sehr reelle Gefahren hervorzurufen, und zwar nicht allein, indem sie Leidenschaften keinen Widerstand leisten, deren Entwickelung die Sicherheit und innere Kraft der Regierung gefährden könnte, sondern auch, indem sie zu ernsten Beschwerden einem benachbarten und mächtigen Staate eben in dem Augenblick Veranlassung geben, wo sie von demselben beruhigende Zusicherungen empfangen. ... Diese im Angesicht von Europa erlassene Erklärung ist von der Majorität der Großmächte mit eifriger Zustimmung aufgenommen worden. Eine solche Zustimmung schließt nun Verpflichtungen in sich.... In den gegenwärtigen Conjuncturen hat das berliner Cabinet als Devise für seine Haltung die Vertheidigung der Integrität Deutschlands und die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts genommen. Wir sind in demselben Grade betheiligt bei der Erhaltung dieses Gleichgewichts, und in dieser Beziehung wird unsere Wachsamkeit keiner andern nachstehen. ... Wir halten es beinahe für unnütz, die Geschichte in der Hand, daran zu erinnern, daß dieses Interesse ebenso wenig Rußland gleichgültig gewesen ist, und daß dasselbe Opfer nicht gescheut hat, wenn es sich darum handelte, jenes Interesse vor einer wirklichen Gefahr zu schützen. Aber die Erneuerung dieser Opfer würde in den Augen Sr. Majestät des Kaisers nicht gerechtfertigt sein, wenn sie hervorgerufen würde durch eine Situation, die freiwillig und gewaltsam trotz der freund-

lichen Ermahnungen, die er so reichlich spendet, und der Beweise, mit denen er sie unterstützt, herbeigeführt ist. Unser Wunsch, ebenso wie derjenige der Majorität der Großmächte, ist gegenwärtig, den Krieg zu lokalisiren, weil er aus lokalen Ursachen entstanden und dies das einzige Mittel ist, die Rückkehr des Friedens zu beschleunigen. Der Gang, welchen einige Staaten des Deutschen Bundes einschlagen, geht im Gegentheil darauf aus, den Krieg zu generalisiren, indem er ihm einen Charakter und Verhältnisse gibt, welche jeder menschlichen Voraussicht sich entziehen und in allen Fällen Trümmer häufen und Blutströme vergießen lassen würden. Wir können um so weniger diese Tendenz begreifen, als unabhängig von den Garantien, welche Deutschland die positiven Erklärungen der französischen Regierung, welche von den Großmächten angenommen worden sind, und die Macht der Dinge selbst bieten, die deutschen Staaten dadurch von der Grundlage sich entfernen würden, die sie untereinander verknüpft. Der Deutsche Bund ist eine Combination, die rein und ausschließlich defensiv ist.... Wenn also der Bund zu feindlichen Acten gegen Frankreich überginge auf Grund conjecturaler Angaben und gegen welche er mehr als eine Garantie erhalten hat, so würde er gegen den Zweck seiner Einsetzung gefehlt und den Geist der Verträge verkannt haben, welche seine Existenz festgestellt haben. Wir bewahren vollkommen die Hoffnung, daß die Weisheit der Bundesregierungen Entschlüsse beseitigen wird, die zu ihrem eigenen Nachtheil ausfallen und nicht dazu beitragen würden, ihren innern Bestand zu stärken. Wenn, was Gott verhüte, es anders sein sollte, so würden wir in jedem Fall eine Pflicht wahrer und aufrichtiger Freundschaft erfüllt haben. Welches auch der Ausgang der gegenwärtigen Verwickelungen sein mag, der Kaiser, unser erhabener Herr, vollkommen frei in seiner Action, wird sich nur von den Interessen seines Landes und

von der Würde seiner Krone in den Entschlüssen leiten lassen, welche zu fassen Se. Majestät berufen sein wird."

In jeglicher Beziehung stellte sich dieses Rundschreiben als ein Fehler des allzuwarmen Eifers für die Napoleonische Politik heraus, oder auch als Uebereilung der persönlichen Misstimmung gegen Oesterreich, als deren Träger und Vertreter der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands genugsam bekannt ist. Nannte man doch selbst in Rußland den befehlshaberischen und demüthigenden Ton eine anachronistische Reminiscenz an jene Nesselrodeschen Noten aus dem Orientkriege, welche den Deutschen Bund über seine Rechte als active Großmacht belehrten, solange er russische Vasallendienste leisten zu wollen schien, und Mecklenburgs „correcte und edle Sprache" am Bunde lobten, als man sich in jener Voraussetzung getäuscht sah. Besser begriff man freilich die Schmeicheleien für Preußen. Sie waren im damaligen Momente vollkommen geeignet, den Argwohn zu vermehren, welcher bereits von den französischen Lobsprüchen ausgesäet war. Ebenso fand die herrische Sprache gegen den Bund, welcher nach alter Gewohnheit wiederum als eine von Preußen ganz abgesonderte und ihm gleichsam naturgemäß entgegenstehende Existenz behandelt ward, ihre Bedingung im französischen Verhalten gegen Deutschland. Der „Moniteur" hatte nämlich bei seinen heuchlerisch kokettirenden Freundschaftsversicherungen sehr sorgfältig die zu Oesterreichs Sache neigenden Regierungen mit Schonung umgangen oder ignorirt; diesen stellte nun Rußland seinen Zorn in Aussicht, indem es durchblicken ließ, daß sie keinenfalls auf Preußen rechnen dürften; es that dies in einem Tone, als habe es dafür von Berlin specielle Garantien empfangen. Die Hebel zu neuer Spaltung waren somit ganz geschickt an den empfindlichsten Stellen eingesetzt, der Fehler des Manövers lag nur in der Voraussetzung, daß im Volke kein so

ſtarker Umſchwung ſtattgefunden habe, um ſchließlich mindeſtens nach außen die häuslichen Zwiſtigkeiten durch das Bewußtſein von der gemeinſamen nationalen Gefahr zu überwinden. Doch das Nationalgefühl hatte dieſe Stärke, und etwaige großmachtſüchtige Eiferſüchteleien, welche ſich mit den neuerdings von Rußland ſo ſorgfältig gepflegten dynaſtiſchen Verbindungen wieder gehoben haben mochten, erkannten nur allzudeutlich, wie unter den herrſchenden Verhältniſſen ein Verſuch, ihren Schutz beim Auslande zu ſuchen, leicht eine Gefährdung ihrer Exiſtenz werden könne.

Für Preußen aber, an welches von allen Seiten das Verlangen heranbrandete, als Führer in die Action einzutreten, mußte in dem doppelſchneidigen Lobe, welches ihm der öſtliche und weſtliche Imperialismus um die Wette ſpendeten, nur eine dringendſte Nöthigung liegen, aus ſeiner Politik der „freien Hand“ auf einen entſchiedenen Standpunkt herauszutreten. Dies beſonders, wenn man ſich in Berlin daran erinnerte, wie blos vor wenigen Wochen, als der Krieg noch zu keinem großen Zuſammenſtoße geführt hatte, der Specialbevollmächtigte, welcher nach Petersburg abgehen ſollte, um eine Vermittelungsbaſis zu vereinbaren, nahezu verletzend abgewieſen worden war, ja faſt unfreundlicher als der öſterreichiſche. Jetzt dagegen hatte der Krieg Dimenſionen und einen Charakter erlangt, wo der Friede, den Preußen und England wollten, den die Welt brauchte, nur noch zu erobern blieb. Damals hatte Napoleon noch keineswegs unmittelbar an die Revolution und an Oeſterreichs gänzliche Austreibung aus Italien appellirt gehabt; ſeit er ſelbſt dagegen auf den Kriegsſchauplatz gekommen, war dies in officieller und herausforderndſter Weiſe geſchehen. Damals hatte es ſich mindeſtens äußerlich noch um einen franzöſiſch-öſterreichiſchen Krieg gehandelt, heute war bereits ein Vernichtungskampf gegen „die Grundlagen des europäiſchen Rechts und Gleichgewichts“ pro-

clamirt, welcher zugleich auch die Ungarn und Südſlawen zu revolutionärer Unterſtützung des begonnenen Umſturzwerks aufrief. Und gerade in dieſem Momente ſollte nun Deutſchland auf Rußlands Befehl ſeinem Range inmitten der Nationen, ſeiner Würde und Zukunft, ſeinen mittelbaren und unmittelbaren Intereſſen entſagen, um auf die beſſere Einſicht des petersburger Cabinets hin die Hände in den Schos zu legen, damit Frankreich und Rußland ſie bequemer binden könnten, wenn ihnen die Zeit dazu gekommen ſchien?! Das anachroniſtiſche Actenſtück mußte aber auch noch dadurch erbittern, daß es ſeinen Schmeicheleien die ſchlecht verhüllte Drohung beifügte, ſeinerſeits werde Rußland ſich „nur von ſeinen Intereſſen" leiten laſſen, alſo alle die moraliſchen Rückſichten verleugnen, an welche es gleichzeitig in Berlin und anderwärts nicht oft genug erinnern konnte. Fürſt Gortſchakow verneinte damit von neuem jede Solidarität der conſervativen Intereſſen. Zugleich waren dieſe Schlußworte in der That eine ominöſe Reminiſcenz an das Septembercircular von 1856. Damals hatte Rußland noch für die „Achtung vor dem Recht und der Unabhängigkeit der Regierungen" (für Neapel und Griechenland) ſeine Stimme erhoben; heute erſcholl dieſelbe Stimme dafür, daß Deutſchland im Angeſicht eines Bundes der Rechtsverletzung und Revolution den Redensarten und Verfügungen feindlicher Cabinete ſich willenlos unterordne!

Die Antwort des ſächſiſchen Miniſteriums auf das petersburger Rundſchreiben iſt bekannt; unbekannt dagegen, ob auch von anderer Seite ähnliche Rückäußerungen erklangen. Für Preußen wäre ſicherlich die dringendſte Veranlaſſung dazu gegeben geweſen, beſonders da bekanntermaßen ſein neuer Vertreter in Petersburg am wenigſten geeignet erſcheinen konnte, auch Deutſchland und vollends deſſen Verhältniß zu Oeſterreich in wahrhaft nationalem Geiſte zu nachdrücklicher Geltung zu bringen. Im Gegentheil. So viel wenigſtens iſt ſicher,

daß man sich gerade damals in Petersburg fester als je davon überzeugt hielt, Preußen werde keinesfalls eher den geringsten activen Schritt thun, als bis wirklich das Bundesgebiet selbst verletzt sein werde. Um so überraschter war man, als dasselbe die Mobilmachung seiner ganzen Armee anordnete, um, wie die ihm ergebenen Preßorgane versicherten, die Antwort auf das russische Circular damit zu ertheilen, daß es nach Westen und Osten Fronte mache. Zugleich trug man sich mit der Aeußerung des von früher her in Petersburg schon so misliebigen Kriegsministers von Bonin: wer die Rheinarmee commandiren werde, wisse er nicht, wol aber, daß er sich das Commando der in Osten aufzustellenden 200000 Mann nicht nehmen lassen werde.

Jetzt schienen also die Dinge sehr ernst heranzutreten, während thatsächlich die innern Zustände Rußlands keineswegs dazu angethan waren, um binnen kurzem mit entscheidendem Gewicht in einen allgemeinen Krieg eintreten zu können. Wohin man blickte, fehlten die materiellen Mittel, und selbst die Mobilmachung der drei oder vier westlichen Armeecorps, zu welcher man überging, bereitete unerwartete Schwierigkeiten. Die Anleihe von 12 Mill. Pf. St., welche im März nach langem Bemühen zur Verminderung der Papiergeldüberschwemmung abgeschlossen war, wurde außerdem rückgängig, weil der Contract überhaupt nur dann die Uebernehmer zur Einzahlung verpflichtete, solange Rußland nicht irgendwie außerordentliche militärische Maßregeln ergriff. Um aber für die aufgebotenen und aufzubietenden Truppen die nöthigen Führer zu gewinnen, mußte sich bereits die Mobilisirungsordre für die erwähnten Armeecorps — etwa 90000 Mann — mit der Aufforderung an die pensionirten Offiziere verbinden, ihre ermatteten Leiber zur Fahne zu schleppen. Namentlich die letztere Maßregel entmuthigte das Publikum unsaglich, während die offenkundige Finanzcala-

mität es fast unmöglich machte, Unternehmer für die Proviant- und Fouragelieferungen aufzutreiben.

Es ist nun im Grunde ganz überflüssig darüber zu grübeln, ob das petersburger Cabinet wirklich dem allerseits verletzenden Rundschreiben beschwichtigende Erläuterungen folgen ließ. Außer einer zweifelhaften Analyse, welche dieselben als bundesrechtliche Deduction für den rein defensiven Charakter der von Rußland sogenannten „deutschen Combination", also als Beharren in der Sache unter mildern Formen bezeichnete, ist davon nichts in die Oeffentlichkeit gelangt. Dagegen besteht darüber kein Zweifel, daß an den Stellen, wo man sich eines gewissen Einflusses versichert halten durfte, auch die Mittel der Verdächtigung nicht unangewendet blieben. Man braucht sich nur der mancherlei Enthüllungen zu erinnern, welche im Juni durch die deutsche Presse liefen; die „russischen Kukukseier", welche ein Schlagwort der unabhängigen Publicistik waren, erschienen keineswegs als Hirngespinste. Hier ward darauf hingewiesen, daß die kleinern Staaten, welche ihre Militärkräfte dem preußischen Oberbefehl unterstellen würden, damit eine Politik der Offensiv-Defensive verfolgt werden könne, selbst daran schuld sein würden, wenn die in Preußens Nothwendigkeit gelegene Arrondirungspolitik die günstige Gelegenheit benutze. Dort gingen die Agenten des russisch-französischen Interesses noch weiter und warnten geradezu vor der Vernichtungsgefahr, welche für das „eigentliche Deutschland" in der Unterordnung seiner äußern Politik unter Preußens Führung liege. Anderwärts erinnerte man daran, wie schon 1849 ein Theil des jetzigen preußischen Ministeriums, namentlich aber Herr von Bonin, zur Annahme der deutschen Kaiserkrone gerathen habe. Auch die Mahnungen an Rußlands Schutz gegen Preußens Unionsbestrebungen im Jahre 1850 blieben nicht aus. Während aber diese Dinge nicht sowol auf geschäftlichem als vertrau-

lichem Wege an den verſchiedenſten Stellen in verſchiedenſter Form betrieben wurden, erfolgte auch ein franzöſiſches Rundſchreiben (vom 20. Juni), welches unter Berufung auf das ruſſiſche deſſen Gedankengang im weſentlichen reproducirte, doch namentlich auszuführen ſuchte, wie Oeſterreich ſelbſt (1818) ſein italieniſches Gebiet vom Bunde deshalb ausgeſchloſſen habe, um demſelben nicht die Laſt aufzuerlegen, die Sorge für ſeine Sicherheit über die Alpen hinauszuerſtrecken.

Schon war alſo das gegenſeitige Secundiren der franzöſiſchen und ruſſiſchen Politik einen Schritt weiter gerückt; auch wenn Oeſterreich ganz Italien verlöre, ſollte Deutſchland noch kein Recht haben, ſeine eigene Sicherheit für bedroht anzuſehen. Und was blieb die natürliche weitere Logik? Darf ſich der Deutſche Bund heute nicht um die Karte am Mincio bekümmern und geht er darauf ein, ſo wird er morgen bei Reviſion der Karte an der Weichſel vollends nicht gefragt und hat überdies die Analogie vom Mincio gegen ſich.

Da nun unterdeſſen auch die allergetreueſte Allianz der franzöſiſch-ruſſiſchen Plane, die wunderſame Combination Palmerſton-Ruſſell, die Leitung der großbritanniſchen Politik wirklich überkommen hatte (17. Juni), ſo konnte es nicht mehr zweifelhaft ſein, daß Deutſchland beſtimmt war, im Einverſtändniß aller beim weitern Verfolge der Dinge nur in um ſo unbedingtere Nichtigkeit herabgedrückt zu werden, je unglücklicher ſich auf dem Kriegsſchauplatze die Verhältniſſe für Oeſterreich geſtalteten. Alles dies würde freilich kaum möglich geworden ſein, wenn Preußen ſeine intendirte Politik der bewaffneten Vermittelung energiſch, in großem Stile verfolgt, wenn es nicht auch noch jetzt den auswärtigen Cabineten gegenüber ſeine deutſchen Rückſichten und den Deutſchen gegenüber ſeine europäiſchen als vollgültige Rechtfertigungen allſeitiger Unentſchloſſenheit benutzt hätte. Selbſt die langſam zu Stande gebrachte Mobiliſirung und die mit den kleinern

Staaten inzwiſchen gepflogenen Unterhandlungen rechneten nicht mit Preußens Stärke ab, ſondern mit ſeiner Schwäche: man veranſchlagte nicht, was man zu einer activen Politik beſaß, ſondern blos was zur ſichern Garantirung ihres Erfolgs möglicherweiſe noch fehlen könnte. So mußte Preußens ganzes Verhalten, wenn auch nicht ſeiner Machtſtellung, doch ſeiner Machtgeltung entſchieden ungünſtig ſein. Konnte es nun anders geſchehen, als daß man in Petersburg — wie in Paris und London — endlich ſelbſt in der Mobilmachung ſelbſt nichts ſah als eine gezwungene Maßnahme, um bei Deutſchlands damaliger Stimmung nur den Mittelſtaaten keine Initiative in die Hände fallen zu laſſen? Man kann darum weder ſagen, daß dieſelbe Anſicht blos als ſchlaues Kriegsmanöver von den franzöſiſchen und ruſſiſchen Organen in die öffentliche Meinung eingeführt, oder daß ſie grundlos von particulariſtiſchen Voreingenommenheiten gegen Preußen ſozuſagen erfunden worden wäre, oder daß Oeſterreichs Eiferſucht gegen das Anwachſen preußiſcher Macht in Deutſchland ſie erzeugt habe. Der Anſchein ſprach dafür, Preußens Schweigen über ſeine Endziele beſtätigte es, und ſelbſt die Sprache der preußiſchen Preßorgane ließ kaum einen Zweifel darüber, daß eventuell die mobiliſirte Armee beſtimmt ſei, das übrige Deutſchland von jeglicher Action zurückzuhalten. Dieſer ſchwere Argwohn mußte aber noch höher anwachſen, als das berliner Cabinet gleichzeitig dafür ſorgte, nach allen Seiten hin zu verſichern, es werde, trotz aller Mobiliſirung, nicht feindlich gegen Frankreich auftreten und weder die Regierung noch das Volk wünſche einen Krieg für Aufrechthaltung der öſterreichiſchen Herrſchaft in Italien; es wolle nicht handeln, ſondern blos unterhandeln. Dabei ſtellte es trotzdem kein ſelbſtändiges Vermittelungsprogramm auf, ſondern ſuchte um die Grundzüge eines ſolchen wieder bei den Cabineten von St.-James und Petersburg nach, deren Bedingungen zu

errathen waren und welche, das wußte man, erforderlichenfalls auch bereitſtanden, die preußiſche Politik mit irgendeinem Maße von ſanfter Gewalt vom Marſche nach Paris abzuhalten. Später haben freilich berliner Journalſtimmen mit großer Gereiztheit verſichert, die preußiſchen Kanonen ſeien im Begriffe geweſen, aus Bundesfreundſchaft für Oeſterreich von ſelbſt loszugehen, als der Villafrancafriede ſie mit Waſſer übergoſſen hätte. Allein ſelbſt die veröffentlichten preußiſchen Actenſtücke laſſen nicht den kleinſten Zweifel übrig, daß ſie noch keineswegs geladen waren. Denn am 14. und 27. Juni nahmen zwar die Depeſchen des Herrn von Schleinitz Oeſterreichs italieniſchen Beſitzſtand in Schutz, doch am 5., 6. und 11. Juli ſtellten ſie ihre eigenen Erklärungen wieder in Frage. Sogar noch am 11. Juli ſahen ſie keinen Anlaß zu einer kriegeriſchen Haltung gegen Napoleon, wenn ſie auch bereit waren, zu Oeſterreichs Gunſten zu wirken. Aber damit activ vorzugehen, fand man doch keine Veranlaſſung durch die Schlachten am Mincio und das Bombardement von Peſchiera; kurz auf keine günſtige Wendung des *Kriegs* für den deutſchen Bundesgenoſſen zweckte die diplomatiſche Action ab, ſondern nur auf den *nach* dem ausgekämpften Kriege unter Zuziehung Europas abzuhandelnden *Frieden* ſollte vorbereitet werden. Die immerhin praktiſche petersburger Politik hatte darum auch gar nicht nöthig gefunden, dem berliner Wunſche nach einem Leitwort der Vermittelung zu entſprechen, ſondern nur bedauert (Note vom 25. Juni), gar nichts über Oeſterreichs Entſchließungen zu wiſſen, während es allerdings von Frankreichs Geneigtheit zum Eingehen auf Vermittelungen unterrichtet ſei. ...

Genug, der Präliminarfriede von Villafranca brach alle dieſe Dinge plötzlich ab und konnte für Rußlands Intereſſe keine günſtigere Folge haben, als die Verbitterung beider deutſchen Großſtaaten gegeneinander, die auf den Gipfel ſich ſteigernden Zerwürfniſſe der nationalen Parteien in Deutſch-

land, Napoleons Discreditirung in Italien, eine bruchreife Entfremdung zwiſchen England und Frankreich. Die Beweggründe beider kriegführenden Kaiſer zu der ſo überraſchenden, ſcheinbar außer aller zwingenden Nothwendigkeit gelegenen Entſchließung ſind heute um ſo weniger aufgehellt, als kein Zweifel daran entſtehen kann, daß die erſte Anregung von franzöſiſcher Seite ausgegangen iſt. Mit allen Manifeſten, Anreden, officiöſen und ſonſtigen Erläuterungen iſt offenbar immer nur ein Theil der nächſten Veranlaſſungen, nicht der eigentliche Schwerpunkt der Motive genannt worden. Es kann nun nicht entfernt die Aufgabe unſerer Darſtellung ſein, die bekannten Conjecturen mit neuen zu vermehren. Doch erſcheint es wol der Beachtung werth, daß gerade die Organe der ruſſiſchen Politik von dem allgemeinen Erſtaunen ſich am wenigſten ergriffen zeigten, dagegen der Napoleoniſchen Politik zum allerhöchſten Lobe anrechneten, daß ſie es vermieden habe, „ſich allerwärts rückhaltlos durch die Revolution zu verſtärken“. Gerade dieſelben Organe hatten jedoch bisher das revolutionäre Recht der italieniſchen Nationalitäten mit allen Conſequenzen ſo rückhaltlos anerkannt und vertheidigt, hatten mit ſo unverhohlener Abſichtlichkeit auch für die Berechtigung einer etwaigen ungariſchen Erhebung plaidirt, hatten ſich ſo augenſcheinlich an den ſüdſlawiſchen Gärungen geweidet, daß die öffentliche Meinung ſie oder die Regierung, deren Cenſur ihnen ſolche Sprache geſtattete, auch da für Napoleons unzweifelhaften Bündner hatte halten müſſen, als derſelbe mit Koſſuth, Pulszky, Perczel, Klapka, Herzen und den ſonſtigen Führern oder Agenten der londoner Propaganda ſehr ungenirt die Mitwirkung der europäiſchen Revolution für ſeine Plane verhandeln ließ oder ſelbſt verhandelte. War doch in der geſammten Preſſe ſchon der ſüdſlawiſche und ungariſche Aufſtand als nächſte Kriegseventualität vollſtändig in Rechnung gebracht und von den gegenöſterreichiſchen, namentlich

ruſſiſchen Organen ausſchließlich als Frage der gelegenen Zeit behandelt worden. Woher nun plötzlich, unmittelbar nach dem Villafrancafrieden die Schwenkung, den Befreier der Nationalitäten wegen ſeiner conſervativen Selbſtbeherrſchung zu loben?

Erinnern wir uns nochmals, wie rückhaltlos es kurz vorher ſelbſt von der franzöſiſchen Preſſe ausgeſprochen, von der ſlawiſchen beſtätigt worden war, daß Frankreich bei den Magyaren und Südſlawen die Fäden der ganzen, obſchon unklaren Bewegung in der Hand halte und blos loszulaſſen brauche. In dieſem Falle wäre eine unaufhaltſame Zerrüttung über die Türkei hereingeſtürzt und Oeſterreichs Oſtprovinzen, namentlich Ungarn, waren bereits genugſam unterwühlt, um ihrerſeits gleichfalls eine „glorreiche Nationalerhebung“ in Scene zu ſetzen. Allein ungefähr im Mai waren in Warſchau die Fäden einer ſogenannten Verſchwörung entdeckt worden, welche zwar mit den frühern ſpecifiſch polniſchen Phantaſtereien wenig gemein, dagegen ihre panſlawiſtiſchen Geflechte auch nach Poſen, Galizien, den ungariſchen Slawendiſtricten und den Donauländern geſponnen zu haben ſchien. Deſto bedenklicher für Rußland, je mehr ſolche Dinge in der polniſchen Misſtimmung ſeit des Kaiſers letztem Beſuche, in der ohne den Adel durchgeführten Bauernemancipation u. ſ. w. einen fruchtbaren Keimboden fanden. Plötzliche Verhaftungen, geheimnißvolle Unterſuchungen und dann tiefes Schweigen — ſo war die Entdeckung bezeichnet geweſen. Natürlich iſt auch nachträglich über die nähern Reſultate der gepflogenen Unterſuchungen nichts Authentiſches an die Oeffentlichkeit gelangt. Dagegen geſtatten mancherlei Anzeichen kaum einen Zweifel darüber, daß man in Petersburg ſelbſt ſich auf das unangenehmſte von dem nunmehrigen Charakter der ſlawiſchen Bewegungen überraſcht ſah. Man mußte erkennen, daß die jetzige Strömung ſich keineswegs mehr ſpeciell auf das

religiöse und nationale Element bezog, sondern einen vorwiegend socialen Typus trug. Dabei zog sie sehr deutlich das Protectorat des weiter entfernten Frankreich der drückend nahen russischen Schutzherrschaft vor. Bei den Bewegungen verwandten Charakters, welche verstanden und unverstanden seit dem Beginne des Emancipationswerks alle Schichten der russischen Bevölkerung durchschritten — die Frankomanie hatte ebenfalls niemals eine gleiche Ausdehnung und Höhe erreicht, wie jetzt —, konnte man sich die Gefahr nicht verhehlen, welche auch an Rußland heranzutreten vermöchte, falls ein Losbruch unter den Völkern an der untern Donau erfolgen würde. Nun konnte damit allerdings wol eine neue Gelegenheit zur russischen Occupation dieser Länder gegeben werden. Allein abgesehen davon, daß auf solche Weise die Verallgemeinerung des Kriegs eine Nothwendigkeit geworden wäre, blieb selbst der Weg dahin noch außerordentlich weit und unberechenbar. Zunächst hatte die Türkei sich nicht hindern lassen, in ihrem guten Rechte sehr bedeutende Streitmassen nach den drohenden Provinzen zu werfen, die Montenegriner in der Herzogowina tüchtig zu klopfen und andere Truppen unmittelbar an die Grenzen der Donaufürstenthümer vorzuschieben. Allerdings stellten auch diese ein Aufgebot auf. Aber wenn die türkischen Truppen sich nicht in guter Verfassung befanden, so war der Zustand der moldau-walachischen, sowie der serbischen selbst dagegen noch erbärmlich. Zugleich konnte Rußland nicht wohl daran denken, seine mobilisirten Armeecorps aus dem eigenen Lande herausmarschiren zu lassen. Wie weit überhaupt ihre Schlagfertigkeit gediehen war, ist heute noch beinahe ebenso unbekannt, als selbst nur die Gegend ihrer Aufstellung. Ja, in Rußland selber begegnet man heute noch sehr vielfach der Behauptung, daß damals eine wirkliche Aufstellung gar nicht zu Stande gekommen sei und eigentlich erst nach dem Abschlusse des Friedens stattgefunden habe, um den aufgeregten Landstrichen

des Reichs gewissermaßen zu zeigen, daß der Staat sich nöthigenfalls im Besitze der Machtmittel befinde, um auch gegen weiter verbreitete Volksbewegungen unterdrückend einschreiten zu können. Wie dem nun auch sei, jedenfalls hätte es durchaus nicht im russischen Interesse liegen können, wenn der italienische Krieg, nachdem er an dem berühmten Festungsviereck des Mincio angekommen und hier halt zu machen genöthigt war, die Länder der untern Donau und Ungarns ausersehen hätte, um dort mit einer Revolution das österreichische Kaiserreich im Rücken anzugreifen. Das Mittel erschien zu zweischneidig.

Deshalb waren schon gegen das Ende des Mai und namentlich im Anfange des Juni zu Paris sehr ernstliche Remonstrationen gegen die rückhaltlose Verbindung mit der Revolution gemacht worden. Diese Einsprache konnte von der französischen Politik nicht unbeachtet gelassen werden. Brach wirklich unter ihrem sichtbaren Einflusse im Osten Oesterreichs ein Revolutionskampf aus, so mußte sich der Napoleonismus darauf gefaßt machen, seine halbverdeckte Unterstützung von seiten Rußlands aufhören und dieses wieder auf sein ehedem mit so viel Glück durchgeführtes System zurückgreifen zu sehen, das gemeinsame Interesse der Neutralen in die Bekämpfung der Revolution zu setzen. Wie dies früher unter gegebenen Conjuncturen stets nach einer planmäßigen Berechnung der aus einem solchen Geschäft resultirenden Vortheile geschehen war, so hätte es auch jetzt wieder geschehen können. Während Napoleon nicht im Stande gewesen war, die Karten so zu mischen und zu legen, um als Führer einer beleidigten europäischen Coalition gegen Oesterreich Krieg zu führen, so hätte dagegen jetzt Rußland ohne allen Zweifel ihm gegenüber diese Stellung zu erringen und die thatsächliche Macht des Imperialismus, ja wol die Existenz seines Throns in Frage zu stellen vermocht.

Authentisch ist nun, daß das französische Cabinet schon sehr bald nach dem Einzuge der franco-sardischen Armee in Mailand seine Bereitwilligkeit zum Eingehen auf Friedensverhandlungen unter Vermittelung der drei neutralen Höfe nach Petersburg kundgegeben hatte. Noch fand damals Rußland keine dringende Veranlassung, den italienischen Siegeslauf zu unterbrechen, und das englische Cabinet meinte bekanntlich überhaupt (sogar noch am 7. Juli), daß der Moment einer vermittelnden Einsprache erst dann kommen werde, wenn das französische Programm bis zur Adria durchgeführt sei. Preußen hatte unterdessen eine kostbare Zeit verloren, um eine Vermittelungsbasis vom guten Willen des englischen und russischen Cabinets zu gewinnen. Napoleon erkannte sich dagegen nach allen Seiten gehemmt und zog also vor, alle etwa drohenden Constellationen, indem er sich zugleich Rußland verbindlich zeigte, durch eine directe Verständigung mit dem Gegner abzuschneiden. Wer bis dahin dupirt war, ist nicht zweifelhaft; Rußland jedenfalls nicht. Welche Rolle aber bei den directen Friedensverhandlungen das apokryphe Mediationsproject spielte, das angeblich von den drei neutralen Mächten angenommen sein sollte, ist hier nicht abermals zu untersuchen. Ebenso wenig ist auf die Recriminationen zurückzugreifen, welche infolge dessen von allen Seiten nach allen Seiten geschleudert wurden. Es kam nur darauf an, einige der Momente anzudeuten, welche auch für Rußland eine Weiterführung des Kriegs nicht wünschenswerth erscheinen ließen.

Von dem Abschlusse des Präliminarfriedens von Villafranca bis in die letzten Monate des Jahres 1859 erscheint Rußland so vollständig auf sich zurückgezogen, als ob jetzt

und nunmehr wirklich die Ausführung jener Sätze des Septembercirculars von 1856 begonnen hätte, welche besagten: „Der Kaiser ist entschlossen, dem Wohle seiner Unterthanen vor allem seine Sorgfalt zuzuwenden und auf die Entfaltung der innern Hülfsquellen des Landes eine Thätigkeit hinzulenken, welche nur dann nach außen abgewendet wird, wenn Rußlands positive Interessen es unbedingt erheischen. Man macht Rußland den Vorwurf, sich zu isoliren, und im Angesicht von Thatsachen, welche sich weder mit dem Rechte noch mit der Billigkeit vertragen, stillschweigend zu verharren, schmollend. Rußland schmollt nicht, Rußland sammelt sich.“ Denn bis dahin hatten die Gänge der russischen Politik genugsam gezeigt, wie diese Selbstbeschauung und Sammlung, weit entfernt die außerrussischen Dinge sich selbständig entfalten zu lassen, nur diesen Schein annahmen, um mit rechtzeitigen Operationen und kühnen Griffen selbst vollständigere Erfolge zu erzielen, als sie gleichzeitig die innern Umgestaltungen zeigten. Es würde jedoch von außerordentlicher Naivetät zeugen, wenn man glauben möchte, dieses erfolgreiche System der äußern Politik habe im zweiten Semester 1859 wirklich einer sanften Ferienruhe gepflogen, während die Diplomatie ganz Europas selbst unmittelbar vor dem italienischen Kriege kaum lebhafter in Anspruch genommen war, als von den Vorbereitungen für die Fehlgeburt des neuen pariser Congresses. Immerhin entzieht sich indessen die nach außen gewendete Thätigkeit Rußlands in diesen Monaten, bis auf einzelne wenige Erscheinungen, dem profanen Auge der Oeffentlichkeit so vollständig, daß dieselben wol einen geeigneten Ruhepunkt bieten, um einer russischen Lebensfrage, welche in unsern Darstellungen bisher nur vorübergleitend berührt ward, einige nähere Erörterungen zuzuwenden.

Wir meinen damit die Finanzverhältnisse. Ohne ihre genauere Betrachtung müßten selbst viele Erscheinungen der

russischen „Uebergangsperiode" ziemlich unbegreiflich bleiben. Ueberdies weisen die hervorragendsten Vorgänge im innern Leben während und nach dem italienischen Kriege ganz unmittelbar darauf hin, indem sie eine stattliche Reihe von finanziellen Maßregeln bilden, zwischen denen andere Momente fast nur wie unerwartete Zufälle hervortreten.

Im März 1859 wurde eine ausländische Anleihe contrahirt, um die umlaufende Masse der Creditbillets zu vermindern und gleichzeitig sollte ein neues Papier mit bessern Procenten die Kapitalisten zu Anlagen in den Creditbanken veranlassen. Schon im Mai wurde das ausländische Anlehen wiederum redressirt, dagegen sehr bald nach dem Frieden von neuem aufgenommen, während die in den Creditbanken befindlichen Kapitale dem Finanzminister zur Verfügung gestellt sein sollten. Hierauf sah man alle Creditinstitute unter dem Finanzminister vereinigen und für die nunmehr fünfprocentigen Bankscheine jährliche Ziehungen anordnen. Zwischendurch ward eine „Petersburger allgemeine Handels- und Bankgesellschaft" mit einem Actienkapital von 200 Millionen Francs an ein ausländisches Consortium concessionirt, während der Staat für eine Moskau-Saratow-Privatbahn eine Zinsgarantie von $4\frac{1}{2}$ Procent auf 80 Jahre übernahm. Alle diese Maßregeln erscheinen jedoch wirr und einander widersprechend, wenn man ihre Voraussetzungen nicht kennt und ihren Wechselbeziehungen nicht folgt. Dies ist wieder unmöglich, sobald man nicht überhaupt das Finanzwesen und die Finanzpolitik während der Regierung Alexanders II. nach ihren Zusammenhängen ins Auge faßt. Wie bei der Eisenbahnfrage, dem Emancipationswerke und der Armeereform hat also unsere Darstellung den chronologischen Gang zu verlassen und ein thatsächliches Umfassen des hierher Gehörigen zu versuchen. Dabei darf freilich nicht vergessen werden, daß trotz der vielen Reformen in den verschiedensten Sphären des Staatslebens

die russische Finanzpolitik noch immer ein Räthselbuch bleibt. Ist es doch sogar erst seit 1858 etlichen gouvernementalen Organen gestattet gewesen, dem russischen Publikum einige nähere Einsicht in die Finanzpolitik der abgeschlossenen Vergangenheit zu gewähren, während die Gegenwart keiner eingehenden Kritik unterzogen werden darf. Jene Vergangenheit gibt aber natürlich die Bedingungen für die Gegenwart. Denn weniger als in allen andern Staatssphären kann im Finanzwesen mit ühnen Griffen operirt werden. Es ist deshalb unumgänglich, wenigstens mit einigen Bemerkungen sogar auf die Regierungsepoche des Kaisers Nikolaus zurückzugreifen.

Blos die vier Jahre von 1824—28 bilden einen Lichtpunkt in der Geschichte der russischen Staatsschuld unsers Jahrhunderts, indem sie dieselbe um 10 Millionen Silberrubel verminderten. Von hier an begann dagegen deren Anwachsen in progressiver Raschheit. Nachdem sie am Ende 1828 in runder Summe 373,600000 Silberrubel betragen hatte, belief sie sich 1838, gleichfalls in runder Summe, auf 530,800000 Silberrubel. Mit dem Jahre 1839 erscheint dann eine neue Epoche in der Geschichte des russischen Finanzwesens, indem der Silberrubel als einzige Münzeinheit anerkannt und gleichzeitig das Agio für Silber und Assignaten verboten ward. Bisher hatte nämlich die Regierung, um die Nachfrage nach Assignaten zu unterstützen, diesen bei Zahlungen an die Kronskassen besondere Vorzüge vor klingender Münze zugestanden. Indem aber diese künstliche Maßregel aufgehoben wurde, bot man dem Publikum die Möglichkeit, sich nach Bedürfniß Papierzeichen zu verschaffen, durch die Errichtung der sogenannten „Depositenkasse", welche gegen Münze und Barren Depositenbillets ausgab, die jederzeit wieder in klingender Münze ausgetauscht werden konnten. Es waren reine Bankscheine, da jedes Billet Rubel für Rubel fundirt war. Dadurch hörte das Agio wirklich auf. Bereits nach drei

Jahren emittirte jedoch die Regierung neben den circulirenden Assignaten (170 Millionen Silberrubel) papierene Werthzeichen, welche nicht mehr Rubel für Rubel fundirt waren. Dies sind die „Creditbillets", welche seitdem eine so große und neuerdings so verderbliche Rolle gespielt haben.

Der Grund dieser abnormen Entwickelung lag darin, daß man sich von ihrer Bequemlichkeit für die Staatskasse verführen ließ, ihnen nicht den ursprünglich beabsichtigten Charakter von Banknoten rein zu lassen, sondern ihnen einen Zwangscurs zu geben. Während die eigentliche Banknote ein unverzinstes Papier ohne Zwangscurs ist, ist die Assignate ein unverzinstes Papier mit Zwangscurs; die Reichscreditbillets waren also von Anfang an ein Mittelding zwischen Banknote und Papiergeld; von jener haben sie die Fundirung auf den Credit von Privatinstituten — denn dies sind ursprünglich die Reichscreditbanken — und von diesem die Geltung vermöge des Gesetzes, nicht des freien Willens. Aus dieser Doppelnatur resultirte nothwendig das Verderben, welches mit ihnen in das russische Finanzwesen trat, nachdem sie einmal das Papiergeldbedürfniß des Verkehrs überschritten hatten. Dieses Bedürfniß stellt sich nun ungefähr für Rußland auf 300—303 Millionen Silberrubel, während für andere Länder mit raschem Geldumlaufe bekanntlich weniger Werthzeichen erforderlich sind. Nach dem ursprünglichen Plane sollten die Reichscreditbillets blos diesem Bedürfnisse genügen, da die Assignaten und Depositenscheine, neben denen sie cursirten, dafür nicht ausreichten. Man gab sie in sehr beschränkter Anzahl und blos in Appoints zu 50 Rubel aus. Von der Mitte des Jahres 1843 aber traten sie an die Stelle der Assignaten und Depositenscheine, indem sie in fünf neuen Sorten à 1, 3, 5, 10, 25 Rubel ausgegeben wurden, wozu später noch Hundertrubelbillets kamen. Noch 1850 entsprach ihre Circulation mit etwa 302 Millionen Rubel dem

Bedürfniſſe ziemlich genau; allein ſchon bald nachher zeigte ſich daſſelbe bereits überholt, während der Umwechſelungsfonds ſich gleichzeitig verminderte. Außerdem war im Jahrzehnd 1838—48 die eigentliche Schuld um mehr als 190 Millionen Silberrubel gewachſen, wovon blos etwa 40 Millionen als productiv bezeichnet werden können, da ſie auf die Petersburg-Moskauer Eiſenbahn kamen. Im Ganzen aber vergrößerte ſich die Staatsſchuld von 1829—48 um 347 Millionen Silberrubel, d. i. um 15—18 Millionen jährlich, während 15 Jahre des hartnäckigſten Kampfes wider Napoleon I. blos 320 Millionen Silberrubel über das regelmäßige Staatsbudget gefordert hatten. Von 1849 an, welches mit einer Staatsſchuld von 722,017406 Silberrubel begann, wuchs aber die Staatsſchuld im tiefſten Frieden, nämlich bis zum Ende 1852, in noch größern Verhältniſſen. Nominell erreichte ſie jetzt die Summe von 888,649589 Silberrubel; doch fehlte dabei noch das Kapital, welches bei den Creditbanken aufgenommen war und circa 15 Millionen Silberrubel betrug, ſodaß ihre Generalziffer — Terminſchuld, unkündbare, verzinsliche und unverzinsliche — nicht weniger als 903,500000 Silberrubel ausmachte. Das will ſagen, daß in vier Jahren die Vermehrung nicht weniger als 180 Millionen oder jährlich 45 Millionen betrug!

Mit ſolchen Finanzverhältniſſen trat alſo Rußland an den orientaliſchen Krieg heran. Während ſeiner Vorbereitung und Einleitung ſtieg in dem einzigen Finanzjahr 1853/54 die Geſammtſchuld abermals um 150 Millionen Silberrubel und die umlaufenden Creditbillets wurden (1. Jan. 1854) auf 333,443008 Silberrubel angegeben. Wenige Wochen nachher erfolgte das Ausfuhrverbot für ruſſiſche Goldmünzen (27. Febr. 1854). Jetzt mislangen auch verſchiedene Verſuche zu ausländiſchen Anleihen und ſo vermehrte man im Finanzjahr 1854/55 die innere fundirte und unfundirte Schuld abermals

um circa 82 Millionen Silberrubel. Bis zu dieſem Momente hatte jedoch die Geſchäftswelt die umlaufende Maſſe der aufnotirten Werthzeichen noch immer ungefähr überblicken können. Mit dem beginnenden Jahre 1855 hörte ſelbſt dieſe Möglichkeit auf. Denn ein Ukas (vom 10. Jan.) ermächtigte den Finanzminiſter, „alle außerordentlichen Kriegskoſten" durch temporelle Emiſſionen von Creditbillets zu decken, um, wie der Ukas ſagte, „ohne Einführung neuer Steuern und ohne Erhöhung der beſtehenden, der Staatskaſſe die Möglichkeit zu bieten, allen gegenwärtigen Erforderniſſen Genüge zu leiſten". Die Papierausgabe fand alſo principiell von dieſem Momente an ihre alleinige Begrenzung im befriedigten Bedürfniſſe des Staats; die einzige Verpflichtung, welche dieſer übernahm, war das Verſprechen, das jetzt auszugebende Papier „drei Jahre nach Abſchluß des Friedens und womöglich noch früher" allmählich wieder einziehen zu wollen. Gleichzeitig wurden jedoch auch die ablaufenden Schatzſcheinſerien durch neue erſetzt; und wenn auch nur eine geringe Grundſteuererhöhung eintrat, ſo wurden dagegen die Preiſe mancher Regalien, z. B. des Salzes, geſteigert.

Die finanzielle Erbſchaft, welche Alexander II. übernahm, war die ſchwierigſte, welche ſich nur denken läßt. Sie würde noch unerträglicher erſchienen ſein, wenn nicht die Miniſter Wrontſchenko und Brock den praktiſchen Grundſatz ihres Vorgängers Cancrin, nämlich die peinlichſt gewiſſenhafte Erfüllung aller äußern Verpflichtungen, conſequent feſtgehalten hätten. Denn dadurch hatte ſich Rußlands Credit an den europäiſchen Börſen, ſolange man ſeine finanziellen Verhältniſſe nicht beurtheilen konnte, ziemlich unverändert erhalten. Aber freilich wäre auch dies nicht zu ermöglichen geweſen ohne die gleichzeitige Fortſetzung des Cancrinſchen Syſtems nach ſeiner verderblichen Seite. Die Handhabung der Gelder aus den Reichscreditanſtalten, als ob ſie Staatsgelder

seien, entzog der Landwirthschaft und Gewerbthätigkeit die von ihnen selbst eingelegten Kapitale. Dabei operirte der Staat mit seinen Creditkassen überdies als monopolistischer Bankier, weil die Unzulänglichkeit der Creditgesetzgebung den Privatcredit vollständig herabdrückte. Die aus der productiven Volkswirthschaft entspringenden Quellen der Wohlhabenheit hatten also allmählich immer sparsamer fließen müssen; directe Steuererhöhungen stellten sich als rein unausführbar heraus, obgleich allerdings im Vergleich mit den europäischen Culturländern der auf den Kopf kommende Steuerbetrag äußerst niedrig erscheint. Eine Ahnung davon transigirte allmählich in die Finanzwelt; so war freilich der Zinsfuß der Anleihen nicht wesentlich gestiegen, wol aber ihr Curs in den letzten Jahren stetig gesunken.

An den Abschluß einer neuen Anleihe konnte unter solchen Verhältnissen in den ersten Monaten der neuen Regierung und gerade in der Zeit der allergrößten Kriegsbedürfnisse nicht gedacht werden. Man mußte ausschließlich mit Reichscreditbillets operiren. Allein wenigstens der gesetzlich bestimmte sechste Theil ihrer Summe mußte den Auswechselungsfonds in klingender Münze geliefert werden, wenn bei dem Verschwinden alles Baargeldes aus dem Verkehr nicht zu allen Kriegscalamitäten noch eine Erneuerung der Papierentwerthungsnoth treten sollte, wie sie 1817 von der Assignatenwirthschaft herbeigeführt gewesen war. Auf den ausländischen Märkten blieben die lockendsten Versuche zu Anleihen fruchtlos. Erst nach dem Falle von Sebastopol und der Rückkehr des Kaisers aus der Krim, da man also in den höchsten Regionen des Staats bereits ziemlich fest zum Frieden entschlossen war, übernahm das petersburger Haus Stieglitz den Abschluß einer fünfprocentigen Anleihe von 50 Millionen Silberrubel zu einem äußerst niedrigen Curs. Diese (sechste fünfprocentige) Anleihe wurde in Billets au porteur à 500

Silberrubel ausgegeben und zu ihrer Amortisation (welche 1858 mit jährlich 2% beginnen sollte) ein abgesonderter Fonds bestimmt, außerdem der Regierung das Recht vorbehalten, nach 20 Jahren die Auszahlung oder eine Rentenreduction eintreten zu lassen. Das mit dieser Finanzoperation theuer gekaufte Baargeld wurde jedoch tropfenweise von den laufenden Ansprüchen absorbirt, ohne daß damit irgendeine Verminderung der Finanzverlegenheiten bewirkt ward. Man muß überdies auch die in unsern Darstellungen schon früher ausführlicher berührten materiellen Nothstände vollständig in Rechnung bringen. Das Kriegsjahr 1855/56 hatte mehr als zwei Procent der Gesammtbevölkerung des Reichs und mehr als zehn Procent der lebenskräftigsten Altersklassen unter die Waffen gerufen, während Handel, Industrie und Ackerbau vollständig brach lagen. Die Reichscreditbanken fundiren nun ihre Billets auf die bei ihnen verpfändeten Immobilien, hauptsächlich auf den Privatgrundbesitz. Davon macht wieder den größten Theil das adeliche Grundeigenthum aus (Landgüter nebst den Leibeigenen). Den Gesammtwerth des letztern schätzte man unmittelbar vor dem Kriege etwas über 1300 Millionen Silberrubel; davon war etwa die Hälfte bei den Creditbanken verpfändet. Rechnet man dazu die übrigen Pfandobjecte mit 50 Millionen Werth, so ergab dies eine materielle Fundirung der Reichscreditbillets mit 700 Millionen Silberrubel. Nachdem jedoch der Krieg ein Jahr lang gedauert, die Leibeigenen decimirt, die Production suspendirt, den Grundbesitz verödet hatte, konnte schon 1855 von diesem approximativen Werthe der Fundirung keine Rede mehr sein. Dagegen betrug am 1. Jan. 1856 die Gesammtsumme der umlaufenden Creditbillets 509,181393 Silberrubel.

Die Rückkehr des Friedens hätte unter gewöhnlichen Verhältnissen den Werth des Substrats der Reichscreditbillets

allerdings wieder heben können, wenn es dazu auch einiger Jahre bedurft hätte. Allein die gleichzeitig begonnenen Reformen und namentlich die bevorstehende Bauernemancipation brachten die entgegengesetzte Wirkung hervor. Ein Grundbesitz, welcher im Geschäftsverkehr bis dahin 20000 Silberrubel gegolten hatte, ließ sich jetzt, trotzdem noch nicht einmal einleitende Schritte zur Bauernreform geschehen waren, in Wahrheit nur mit 10000 in Anschlag bringen. Eingetragen blieb die bei den Reichscreditbanken verpfändete Gesammtmasse allerdings mit 700 Millionen, doch hatte sie der Geschäftswelt jetzt nur einen positiven Werth von höchstens 350 Millionen. Natürlich verfuhren auch die Creditbanken, resp. Leihbanken, unter diesem Eindrucke und forderten große Hypothekobjecte für relativ geringe Darlehen; dies hemmte den Wiederaufschwung der Bodenproduction. Auch zahlten sie mit Billets aus, das Publikum mußte dieselben für voll nehmen und schlug den Minderwerth auf alle Waaren, während gleichzeitig im eigentlichen Geldgeschäft das Silberagio außerordentlich stieg. Am 1. Jan. 1857 repräsentirten jedoch die umlaufenden Creditbillets eine Summe von 689,267844 Silberrubel, also 322,930823 Silberrubel mehr als zwei Jahre zuvor. Erst im April dieses Jahres erfolgten zwei Ukase (5. und 12. April), von denen der eine die Einstellung der temporellen Emission der Creditbillets anordnete und der andere die Ausfuhr der Goldmünzen wieder freigab. Allein damit war höchstens ein Stillstand des immer höher angewachsenen Misverhältnisses zwischen Geld und Werth anbefohlen; doch eben auch nur anbefohlen, denn bis zum 1. Jan. 1858 wuchs die Circulation der Creditbillets auf die ungeheuere Ziffer von 735,297006 Silberrubel, die Generalziffer der Gesammtschuld aber auf ungefähr 1520 Millionen Silberrubel, da sich auch von den 93 Millionen Schatzscheinen nichts verloren hatte.

In dieses Jahr 1857/58 fielen die Anfänge der Beweglichmachung des Verkehrs, der französische Handels- und Schiffahrtsvertrag, die Zollrevision, Aufhebung der Paßsteuer, Verkehrsfreiheit im Innern u. s. w. und endlich die Zinsreductionen bei den Reichscreditbanken (vgl. S. 190). Bekanntlich gab nun die Regierung als Grund der letztern Maßregel an, daß die eingelegten Kapitale von den Creditanstalten nicht verwendet werden könnten, und zugleich wurde die Errichtung von Communalbanken für örtliche Handels- und Industriezwecke so aufgefaßt, als beabsichtige sie, das bisherige Monopol ihrer Geldinstitute principiell zu beseitigen, um die dorthin abfließenden Kapitale dem allgemeinen Geschäftsverkehr zugute kommen zu lassen. Außerdem schien darauf auch die Verordnung hinzudeuten (10. Juni), wonach die Vorschüsse, welche die Commerzbanken auf staatliche oder vom Staat garantirte Obligationen gewährten, um 10—15 Procent erhöht wurden. Allein das Publikum sah in der freigestellten Zurückziehung der Kapitaleinlagen aus den Reichscreditbanken zugleich eine abermalige Verminderung der Garantien für die Creditbillets und in der Erhöhung der Commerzbankvorschüsse ein künstliches Mittel zur Erhaltung des Werthes der russischen Fonds. Denn das Mistrauen hatte sich eben schon tief eingefressen. Die Folge war ein immer absoluteres Verschwinden alles Baargeldes, sodaß jetzt schon auf Silber 20—25 Procent gezahlt wurden, d. h. also, daß der im Handel und Wandel einzig vorhandene Papierrubel anstatt 100 blos 75—80 Kopeken repräsentirte und nicht einmal so viel Kupferkopeken, da bald auch für Kupfer 2—4 Procent Aufgeld gegeben wurde. Ja diese Differenzen wurden im täglichen Verkehr so bedeutend, daß die Regierung sich zu dem Auskunftsmittel entschließen mußte, wenigstens ausnahmsweise einzelnen großen Häusern der Handelsemporien die Erlaubniß zu geben, für den Lokalver-

kehr Kopekenappoints au porteur auf den Namen und Credit ihrer Firmen circuliren zu laſſen.

Daß auf dieſe Weiſe nicht weiter zu kommen ſei, dagegen die Finanzcalamität in rapiden Progreſſionen tagtäglich anwachſen mußte, verhehlte man ſich in den oberſten Regionen keineswegs. Da aber durch die Zollreform, den Wegfall der Paßſteuer u. ſ. w. momentan auch die directen Staatseinkünfte vermindert wurden, ganz abgeſehen von den ſonſtigen Nachwehen des Kriegs, ſo erkannte ſich der Finanzminiſter von Brock außer Stand, ſeine Aufgabe weiter zu führen. Im April 1858 trat der Senator Kniajewitſch angeblich mit einem ganz neuen Finanzſyſtem an ſeine Stelle. Er inaugurirte ſeinen Amtsantritt mit einer Anordnung zur Zurückziehung von 60 Millionen Silberrubel in Reichscreditbillets aus dem Verkehr. Der betreffende Ukas ſagte: „In der Abſicht, ſo ſchnell als möglich zur Verminderung der Zahl der Reichscreditbillets zu ſchreiten, befehlen wir, ohne den dreijährigen Termin abzuwarten, von den verſchiedenen uns nachgewieſenen, der Staatskaſſe gehörenden Kapitalien 60 Millionen Silberrubel zu entnehmen und zur Tilgung der Reichscreditbillets deren Expedition zu übermachen.“ Allein unmittelbar nachher wurde auch eine innere Anleihe von 40 Millionen Silberrubel zu $4\frac{1}{2}$ Procent, einzahlbar mit 82, rückzahlbar al pari, zu demſelben Zwecke verſucht. Entweder waren alſo jene angeblichen Kapitale der Staatskaſſe gar nicht oder doch blos unvollſtändig vorhanden. Gewiß iſt außerdem, daß das innere Anlehen ſo wenig aufgebracht werden konnte, daß ſpäter die ruſſiſchen Organe für gut fanden, die Abſicht dazu vollkommen abzuleugnen. Natürlich hatten unter den bezeichneten Verhältniſſen auch die Communalbanken, ſowie die Zurückziehung der Kapitale aus den Reichscreditinſtituten nur geringe Fortſchritte gemacht, wie denn auch die induſtriellen Actienunternehmungen mehr

oder minder ſtockten, weil die Einzahlungen gar nicht oder verzögert einliefen, ſodaß bereits jetzt eine unabſehbare Kriſis nahezu unvermeidlich erſchien.

Im März 1859 ſchloß aber der dreijährige Termin, nach deſſen Ablauf die allmähliche Zurückziehung der temporell emittirten Reichscreditbillets verheißen war, welche jetzt, wohlbemerkt, an 400 Millionen Silberrubel mehr betrugen, als der Verkehr an Papiergeld zu tragen vermag. Sie repräſentirten alſo factiſch eine ebenſo große unverzinsliche Zwangsanleihe und zwar eine ſolche, deren Repartition nicht rationell und gerecht iſt, ſondern dem blinden Zufall vollkommen überlaſſen bleibt. Hülfe mußte geſchaffen werden und ſie war nicht anders möglich, als durch eine abermalige ausländiſche Anleihe. Um dieſe verhandelte man jedoch bereits ſeit dem Herbſt 1858 nicht blos mit den gewohnten Bankiers, ſondern überhaupt erfolglos. Erſt anfangs 1859 erſchien endlich ein bei derartigen Geſchäften faſt noch ungenanntes Conſortium (Thomſon, Bonar und Comp. in Petersburg und London nebſt F. Magnus in Berlin), mit welchem auch wirklich eine dreiprocentige Anleihe von 12 Millionen Pfd. Sterling (ungefähr 72 Millionen Silberrubel) mit 67 Procent Einzahlung, in ſechs Raten zahlbar, abgeſchloſſen wurde. Zugleich mit dieſer Anleihe wurde eine Convertirung der dreiprocentigen auf Sicht zahlbaren Bankbillets in vierprocentige, doch unauslösbare „Reichsbillets“ angekündigt, über deren Einlöſung binnen 20 Jahren ein Statut erſcheinen ſollte. Alſo Creirung von Rentenobligationen. Die gegenſeitige Bezüglichkeit beider Maßregeln lag ziemlich klar vor; aber da nach dem Ausbruche des italieniſchen Kriegs die Anleihe ſelbſt nicht effectuirt werden konnte, ſo blieb blos jene Convertirung beſtehen. Dies hatte freilich ſeinen guten Grund; denn die Regierung wollte damit jene Bankgläubiger verſöhnen, welche bei der kurz anberaumten Friſt für die Zinsreduction im verfloſſenen

Jahre nicht im Stande gewesen waren, ihre Kapitale zurückzuziehen.

Die Unausführbarkeit der vorbenannten Anleihe entzog ihr jedoch zugleich die Möglichkeit, mit der Zurückziehung von Reichscreditbillets die Valutaverhältnisse zu verbessern; sie mußte also während des italienischen Kriegs in der alten Weise fortoperiren, während die daraus entspringenden Uebelstände von Tag zu Tag höher anschwollen. Bereits war es so weit gekommen, daß ganz solvente russische Häuser ihren Zahlungsverpflichtungen an das Ausland nicht mehr genügten, weil sie das Disagio an russischen Zahlungsmitteln nicht tragen konnten und mochten. Die ungeheuere Masse des Papiergeldes und überhaupt aller papierenen Werthscheine lastet aber um so erstickender auf Rußland, als der verbotene Eingang russischen Papiergeldes in das Reich dessen Circulation nur im Innern ermöglicht. Sowie also der Friede von Villafranca abgeschlossen war, wurde die suspendirte ausländische Anleihe wieder aufgenommen (Juli 1859). Damit widerlegte sich von selbst die bei deren Zurückziehung mit wunderlichem Pathos gegebene Erläuterung, daß für den Reichsschatz „keine besondere Nothwendigkeit" zu ihrer Aufrechthaltung vorgelegen habe. Eine noch schlagendere Thatsache für diese Nothwendigkeit lag überdies darin, daß gleichzeitig ein Ukas bestimmte: „Alle Kapitalien, welche sich thatsächlich in den verschiedenen Creditanstalten befinden und dort von öffentlichen Verwaltungsbehörden, Wohlthätigkeitsinstituten, Kirchen und Stiftungen jeder Art deponirt, desgleichen alle Kapitalien, welche processirenden Parteien angehören und entweder freiwillig oder auf richterlichen Befehl dort niedergelegt worden sind oder in Zukunft eingezahlt werden, sind von jetzt ab zur Verfügung des Finanzministers gestellt."

War die ungemessene Vermehrung der Reichscreditbillets noch eine verdeckte, war die Creirung der Reichsbillets im

Momente des ersten Abschlusses der Thomson-Bonarschen Anleihe noch eine relativ freiwillige innere Anleihe gewesen, so erlangte die jetzige Maßregel die täuschendste Familienähnlichkeit mit einem Zwangsanlehen. Denn von den obengenannten Instituten, deren in den Reichscreditbanken jetzt oder zukünftig deponirte Kapitale dem Finanzminister zur Verfügung gestellt wurden, darf der größere Theil seine Gelder dem Gesetz zufolge gar nicht anderswo zinstragend anlegen. Jedenfalls kommen sie fortan dem Handel und der Gewerbthätigkeit nicht mehr zugute. Die Misstimmung sprach sich ebenso allgemein als unverhohlen aus; dies war vorauszusehen gewesen. Denn nach solchen Vorgängen konnte allerdings kein Zweifel weiter darüber bestehen, daß die mit so viel Emphase angekündigte neue Finanzpolitik ebenfalls nicht im Stande war, sich von den berufenen Manipulationen des Cancrinschen Systems mit den Geldern der Creditinstitute zu emancipiren. Im Gegentheil: unter Cancrin und seinen Nachfolgern hatte man sich stets bemüht, die Verwendung jener Gelder für die Budgetbedürfnisse zu bemänteln oder doch nur als augenblicklichen Nothbehelf einzugestehen; jetzt trat sie dagegen offenbar als administratives Princip in Kraft. Hatte nun beim frühern Wechselverhältniß zwischen Regierung und Creditbanken das Interesse beider verlangt, ihren Verpflichtungen zu jeder Stunde nachzukommen, weil davon die Vollgeltung ihrer Werthzeichen abhängt, so blieb dagegen jetzt den Bankgläubigern dafür eine sehr geringe Garantie. Daß eine Beruhigung des Publikums darüber durchaus nothwendig sei, wenn nicht fortan die obenbezeichneten, dem Finanzminister zur Verfügung gestellten Kapitalien die einzigen Einlagen bei den Reichscreditbanken bleiben sollten, verhehlte sich die Regierung nicht. Deshalb wurden gleichsam als Gnadengeschenk zur Verherrlichung der Volljährigkeit des Thronfolgers (20. Sept.) die vor einem Jahre geschaffenen vierprocentigen

Rentenobligationen (Reichsbillets) gegen fünfprocentige umgetauscht, welche durch jährliche Auslosung von 1861 ab innerhalb 37 Jahren getilgt werden sollen. Und um dieser Maßregel den Anschein einer verdeckten Anleihe zu benehmen, soll dieser Austausch durchaus nur gegen Reichsbillets erfolgen. Zugleich wurden jedoch die sämmtlichen Creditanstalten, welche bisher immer noch eine gewisse Selbständigkeit neben dem Finanzministerium behauptet hatten, unter dessen Leitung vereinigt.

Ob sie nach dieser sogenannten Reorganisation noch eine Möglichkeit behalten, Unterstützungsinstitute für Landwirthschaft, Industrie und Handel zu bleiben, ist eine große Frage. Die Regierung selbst scheint daran kaum zu denken. Die Anlegung von Communalbanken und die Zinsreduction der Creditinstitute scheinen vielmehr eine Abfindung des Publikums bedeuten zu sollen. Daß aber damit nur relativ wenige Privatkapitale in den allgemeinen Verkehr abflossen, ist genugsam klar gemacht. Den größern Theil der flüssigen Kapitalien hatte dagegen die Regierung durch ihre weitern Maßregeln für sich in Anspruch genommen, und zwar sozusagen die regelmäßig fließenden, während dem Publikum die mehr zufälligen blieben. Um aber dem dringenden Bedürfnisse nach einem Ersatze für die Reichscreditinstitute zu entsprechen, ward (im August) die „Petersburger Bank- und Handelsgesellschaft" an ausländische Unternehmer (Hansemann, M. von Haber und von Mülhens) concessionirt. Gegen eine fast ungemessene Ausdehnung ihres Geschäftskreises mußte die Gesellschaft die Verpflichtung übernehmen, im Laufe eines Jahres mindestens ein Viertheil des vorläufig auf 200 Millionen Francs normirten Actienkapitals herbeizuschaffen. Daß bei dieser Beschaffung nicht erheblich auf das bereits so vielfach in Anspruch genommene und von so schweren Verlusten getroffene russische Kapital gerechnet werden kann,

bedarf wol keiner weitern Erläuterung. Wer also soll das Geld liefern? Derselbe Markt, auf welchen auch die neue Anleihe geworfen ist, nämlich das nichtrussische Europa. Wäre es nicht die Absicht, das russische Kapital geradezu davon abzuhalten, so hätten jedenfalls nicht gleichzeitig mit der Negocirung und Wiederaufnahme der Bonarschen Anleihe, sowie mit der Concessionirung der „Petersburger Bank- und Handelsgesellschaft" jene Operationen mit den Gläubigern der Reichscreditbanken stattgefunden, ebenso wie man sich den Versuch erspart haben würde, die früher schon unthunliche innere Anleihe von neuem aufzulegen. Denn ihr abermaliges Misglücken war ein neues Mistrauensvotum des russischen Publikums gegen die neue Finanzpolitik, welches der Regierung schwerlich unerwartet kommen konnte. Möglicherweise sollte damit auch nur die Vorbereitung zu einem großen Zwangsanlehen getroffen werden. Unterdessen scheint sich aber auch die Concessionirung der Moskau-Saratow-Eisenbahn, welche ein Baukapital von 45 Millionen Silberrubel fordert, vorzugsweise auf die Speculationslust des Auslandes basiren zu sollen. Denn die russischen Actionäre der fünfprocentigen Staatsbahnen werden sich schwerlich in größerer Zahl an dieser blos mit $4^1/_2$ Procent garantirten Bahn betheiligen; die Actionäre anderer Privatunternehmen sind gleichfalls bezüglich der Zinsen meistens besser gestellt und haben jedenfalls eher eine Aussicht auf Dividendengewinn, als diejenigen eines Schienenwegs, welcher freilich eine außerordentlich große Zukunft bietet, jedoch unmöglich eher zu Rentabilität gelangt, als bis die Hauptlinien des großen Staatsbahnnetzes nicht blos vollendet sind, sondern auch bereits längs ihrer Schienenstränge eine wirkliche Industrieentwickelung ins Leben gerufen haben. Dies hinwiederum ist kaum eher denkbar, als bis die Bauernemancipation sich nicht blos selber hergestellt, sondern auch diejenigen Umgestaltungen des Productionslebens

wirklich vollzogen haben wird, welche von den socialen Reformen doch erst erhofft werden.

Erscheint es also kaum zweifelhaft, daß die russische Finanzpolitik mit ihren neuesten Bewegungen darauf hinausgeht, das Geld für die Kosten der gouvernementalen Reformen theils im Inlande, theils im Auslande für die Regierung zu sichern; erscheint es noch weniger zweifelhaft, daß dem Auslande allein oder doch vorzugsweise die Beschaffung der Mittel für die materielle Entwickelung im russischen Volke aufgebürdet werden soll — welche Garantien sollen dafür in den innern russischen Zuständen gefunden werden? Dies bleibt vor der Hand unbegreiflich; namentlich, solange die sociale Entwickelung Rußlands keineswegs derart ist, um die Gefahr zu entfernen, daß sie nur in immer schroffern Gegensatz gegen das übrige Europa trete. Was aber für letzteres, ganz abgesehen von allen sonstigen Bedenken, die allernächste Frage sein muß, nämlich die Verbesserung der Creditgesetzgebung, davon existiren vorläufig nur außerordentlich geringe Anfänge. Denn von einem neuen Bankrottgesetz, welches den Gläubiger mehr als den Schuldner schützt, ist bisjetzt nur ein Entwurf in der Ausarbeitung begriffen. Und von einem Wechselgesetz, welches jeden Privatmann wechselfähig macht — wovon die Sage geht —, kann erst dann eine Sicherung des Gläubigers erwartet werden, wenn überhaupt die privatrechtlichen Beziehungen eine den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen entsprechende Reform erfahren haben werden.

Ob nun, was aus russischem Standpunkte freilich die Hauptsache bleibt, auf dem bezeichneten finanzpolitischen Wege den Verlegenheiten der Regierung abgeholfen und der drohenden allgemeinen Geschäftskrisis vorgebeugt werden kann, muß nach allem Vorausgegangenen allermindestens höchst fraglich erscheinen. Die äußern Anzeichen dafür sind beim Uebergange zu 1860 keineswegs günstig. Vom Bonarschen Anlehen

sind bisher in London und auf allen continentalen Märkten blos 5,400000 Pfund Sterling aufgebracht, von der innern Anleihe verhältnißmäßig und positiv noch weit weniger. Die Finanzoperation zur Verwandlung der in den Creditbanken niedergelegten Kapitale in fünfprocentige Obligationen zeigt sich so misglückt, daß die Umtauschsfrist auf ein ganzes Jahr (bis 1861) verlängert werden mußte. Die thatsächlich eingetretene Uneinlösbarkeit des russischen, mit Zwangscurs versehenen Papiergeldes hat auch die finnische Bank zur Zahlungssuspension gezwungen. Der Enthusiasmus für Actienunternehmungen hat sich in das tiefste Mistrauen gegen alle gemeinschaftlichen Unternehmungen verwandelt und überträgt sich auch auf diejenigen, welche ihren Verheißungen so weit nachgekommen sind, als unter den allgemeinen Verhältnissen überhaupt zu erwarten war. Nur die Feueraſſecuranzen rentiren, während hundert andere Associationen keine Zinsen zahlen oder sie nachweislich dem Actienkapital entnehmen. Der Sturz vieler Häuser ward die natürliche Folge und zieht fortwirkend auch solche Geschäfte ins Verderben, welche sich nicht am Papier- und Actienhandel betheiligen. Dazu kam, daß der gesammte Exporthandel in Rohproducten von Nord- und Südamerika, sowie Australien überflügelt worden ist, sodaß mehrere der größten und renommirtesten Firmen von Moskau, Petersburg, Odessa u. s. w. in die mislichsten Verhältnisse geriethen und mit Zahlungseinstellung endigten. Der dadurch verbreitete panische Schrecken vermehrte sich noch dadurch, daß plötzlich das kolossale Bankhaus Stieglitz und Comp. in Petersburg seinen Entschluß verkündete, mit Neujahr 1860 sein Geschäft aufzugeben.*) Selbst die Aufbringung des Actienkapitals für die Petersburger Bank- und Handelsgesellschaft erscheint gefährdet und gegen die Grande

*) Eine neue Firma, Kapherr und Comp., übernimmt unter Garantie von Rothschild die Weiterführung der bisher von Stieglitz besorgten Geldgeschäfte für die Krone (Jan. 1860).

société des chemins de fer russes entwickelte ſich eine Agitation, welche deren vollſtändige Umgeſtaltung fordert, damit das Actienkapital nicht, wie es bisher den Anſchein hatte, erfolglos verzettelt werde und ſchließlich unverhältnißmäßig vermehrt werden müſſe, um nur das Unternehmen weiter führen zu können. — Will man aber endlich nach den räthſelvollen Zahlen der officiellen Ausweiſe über die Staatsfinanzen fragen, ſo geben auch dieſe keinerlei tröſtliche Ausſichten. Am 1. Jan. 1859 war die Geſammtſchuld auf 1260,436802 Silberrubel geſtellt geweſen und im Januar 1860 gaben officielle Federn mit der ausgeſprochenen Abſicht, übertriebene Gerüchte zu widerlegen, ihren Geſammtbetrag auf 1463,608534 Silberrubel an. Dieſelbe war alſo abermals um 203,171732 Silberrubel binnen Jahresfriſt gewachſen!

Die Conſequenzen all dieſer Thatſachen ergeben ſich von ſelbſt; alle Reformen müſſen vor der Geldfrage ſtillſtehen.

Unbegreiflich erſcheint es jedoch, wie manche Leute gerade darin eine Garantie für eine fortdauernde Friedenspolitik Rußlands erblicken wollen. Einen Krieg mit Europa zu machen, iſt daſſelbe allerdings gegenwärtig ſchwerlich im Stande oder gewillt. Allein ebenſo natürlich, weil eben keinerlei Solidarität ſeines Lebens mit dem geſammteuropäiſchen zu Stande gekommen iſt, hat es ein vermehrtes Intereſſe daran, daß Europa von der Napoleoniſchen Beunruhigungspolitik ſich nicht emancipiren könne. Im Gegentheil; der orientaliſche Krieg hat ihm den Beweis geliefert, daß ein ſelbſt nur verhältnißmäßig ungeſtört fortarbeitendes Europa commerziell ganz unabhängig von ihm werden kann. Denn vom orientaliſchen Kriege her datirt der koloſſale Rückgang des ruſſiſchen Exports, welchen das Reich nicht zu ertragen vermag. Seit dem Abſchluſſe der Handels- und Schiffahrtsverträge iſt dagegen Rußland noch mehr als vorher vom europäiſchen Import abhängig geworden, und es iſt kaum mehr zweifelhaft, daß

mit einem in Friedensruhe producirenden Europa ſelbſt die ſogenannten natürlichen Induſtrien auf die Dauer nicht concurriren können. So hat die petersburger Politik ſelbſt nationalökonomiſche Veranlaſſungen, um der Napoleoniſchen Beunruhigungspolitik ihre mittelbare oder unmittelbare Unterſtützung zu leihen. Ueberdies wurzelt noch ein anderes mächtiges Motiv dafür in ihren aſiatiſchen Beziehungen. Das Fortſchreiten ihrer Machtentwickelungen in Aſien wird nämlich von den finanziellen Verhältniſſen des europäiſch-ruſſiſchen Lebens nicht berührt; dagegen können ſeine Wirkungen ſehr wohl auf Europa gerichtet werden, wenn man dereinſt die Wiederaufnahme der Unternehmungen in Europa beabſichtigt. Jedenfalls hat Rußland, halb in Europa, halb in Aſien ausgebreitet, den unermeßlichen Vortheil, ſeine Thätigkeit nach Belieben bald auf den einen, bald auf den andern Welttheil zu richten. Es kann ſich zeitweilig ganz abſichtlich von Europa zurückziehen, um ſeinen Nachbarn keine Veranlaſſung zu geben, ihm ihre argwöhniſche Aufmerkſamkeit zuzuwenden; inzwiſchen arbeitet es jedoch um ſo thätiger auf den weit abgelegenen Gebieten Aſiens und gewinnt dort die Machtmittel, um bei gegebener Gelegenheit einen um ſo wirkſamern Rückſchlag auf Europa auszuüben.

Mehr oder minder hatte nun Rußland den ganzen Zeitraum ſeit dem pariſer Märzfrieden fortwährend dazu benutzt, hinter ſeiner ſcheinbaren Indifferenz gegen die europäiſchen Dinge die Ausbreitungen ſeiner Macht in Aſien zu verbergen. Nur in einzelnen Momenten traten ſeine dortigen Gänge als vollendete Thatſachen hervor; aber die europäiſchen Beunruhigungen und Wirren fluteten wieder darüber hinweg, ehe die Welt und vollends die europäiſche Politik Zeit zu näherer Erörterung des Geſchehenen finden konnte. Auch unſere Dar-

ſtellungen berührten die aſiatiſchen Erfolge ſeit der Thronbeſteigung Alexanders nur vorübergehend, gleichſam ſtatiſtiſch (vgl. S. 126, 196, 283). Verfolgt man aber dieſes Vorſchreiten Rußlands in Aſien auf der Karte, ſo ſtellt ſich deſſen Gang überall als ein gleichzeitiges Vorſchieben ſeiner Macht in je zwei Richtungen dar, deren äußerſte Spitzen ſich bei günſtiger Gelegenheit zuſammenbeugen, um die dazwiſchenliegenden Lande wie mit einer Zange zu umſchließen. Ob dies ſyſtematiſch geſchieht, ob nicht, bleibe unerörtert. Nur auf die Analogie möchte hinzuweiſen ſein, daß Polen und Finnland in gleicher Weiſe Oſtpreußen umſpannen, daß in den Donauländern Rußland offenbar den ſüdlichen zweiten Arm vorſtreckt, um den Oſten Oeſterreichs ebenſo zu umklammern, und daß es nur noch der Unterwerfung der Nordküſte des Schwarzen Meeres bedarf, um die europäiſche Türkei in ſeiner Umarmung zu erſticken. Genau in gleicher Weiſe, nur um deſto vollſtändiger, je weniger durch äußere Mächte gehemmt, geſtaltet ſich das Vordringen gegen Perſien in den Turkomanenländern, gegen China in den kirgiſiſchen Steppen u. ſ. w. Doch hatte noch keines der vorangegangenen Jahre von gleichermaßen ausdehnten, wichtigen, ineinandergreifenden Erfolgen wie 1859 zu berichten.

Beiläufig wurde weiter oben (S. 335) erwähnt, wie General Ignatiew im März 1859 von Petersburg abreiſte, um als Geſandter Rußlands in Peking ſeinen Einzug zu halten. Denn eingewöhnt in den Verkehr mit den aſiatiſchen Völkern, beeilte ſich Rußland klugerweiſe, die Conſequenzen des vorjährigen Vertrags bereits ins Werk zu ſetzen, während die Weſtmächte noch über die Perſönlichkeiten debattirten, denen die Miſſion zur Ratification des chineſiſchen Vertrags anvertraut werden ſollte. Und während die Herren Bruce und Bourboulon wieder auf das Geſchwader warteten, welches ſie nach Peking geleiten ſollte, da unterhandelte Graf Putjatin

in Tientsin schon den formellen Abschluß des Documents, welcher am 13. Juni erfolgte, also gerade acht Tage früher, als die Katastrophe auf dem Peiho alle Mühen, Kosten und Siege der westlichen Verbündeten so vollkommen zerstörte, daß sie jetzt wieder auf derselben Stelle stehen, wie beim Beginne des zweiten chinesischen Kriegs und einen dritten Krieg rüsten müssen. Kraft des russisch-chinesischen Vertrags wird aber der Handelsverkehr beider Kaiserreiche fortan nicht nur in den bisherigen, an Rußland grenzenden Landschaften zu Lande, sondern auch zur See stattfinden, über Schanghai, Ningpo, Fu-tscho-fu, Sia-muim, Kanton, Tai-wan-fu, Tsium-tschion und andere, dem auswärtigen Handel geöffnete Plätze. Der Handel zu Lande ist in Zukunft keiner Beschränkung unterworfen, hinsichtlich der Zahl der Betheiligten, der Einfuhrartikel und des dazu verwendeten Kapitalbetrags. In allen oben angeführten Plätzen dürfen Consuln ernannt und behufs Ueberwachung der russischen an chinesischen Plätzen weilenden Unterthanen russische Kriegsschiffe in die chinesischen Häfen zur Unterstützung des Consularansehens gesendet werden. Die chinesische Regierung verpflichtet sich, die christliche Religion zu schützen, ermächtigt die Missionare zur Verbreitung des Christenthums und wehrt ihnen nicht den Zutritt in das Innere des Reichs. Die russischen Grenzbehörden und Consuln versehen die Missionare zu diesem Behuf mit Pässen. Die russische geistliche Mission in Peking darf in Zukunft in China verweilen, solange es ihr beliebt, und über Kiachta oder einen andern Weg bei Personalveränderungen in derselben hin- und herreisen. Die Herstellung des allmonatlichen Postverkehrs zwischen Peking und Kiachta ist ebenfalls vertragsmäßig festgestellt.

Im März war es nun auch gewesen, daß Rußland und Europa Kunde von der Unterwerfung der Khalkatataren unter Rußlands Scepter erhielten. Die Kopfzahl dieser

Stämme berechnet ſich auf etwa vier Millionen und ihr Land erſtreckt ſich von der Grenze der Provinz Irkutsk bis zur großen Mongoliſchen Wüſte; ſein Klima iſt das des ſüdlichen Frankreich. Die vielbeſprochene directe Straße von Kiachta nach Peking durchſchneidet es; in ruſſiſchem Beſitze macht es aus der Erwerbung der ganzen Mandſchurei, nachdem das Amurgebiet bereits einverleibt iſt, eine bloße Frage der günſtigen Gelegenheit. Dieſe Dinge mit ihren nothwendigen Conſequenzen und dereinſtigen Rückſchlägen auf Europa liegen zu klar vor jedem Blicke, als daß der ruſſiſchen Politik nicht alles daran liegen mußte, den wahren Sachverhalt wenigſtens ſo lange zu verhüllen, bis er gleichfalls eine vollendete Thatſache ſei, an welcher eben blos wieder eine kriegeriſche Cooperation der zunächſt intereſſirten Mächte, nämlich Englands und Frankreichs, etwas zu ändern vermöchte. So wurde die ganze Nachricht von dieſem Ereigniſſe, nachdem ſie doch die geſammte ruſſiſche Preſſe durchlaufen hatte, während des italieniſchen Kriegs immer von neuem verleugnet. Erſt nach dem Villafrancafrieden erfuhr man, daß Graf Murawiew-Amurski ſchon im Mai von Kiachta über Workhudinks und Tſchita nach dem Amur und Nikolajewsk gegangen war, um von hier aus nach Japan und China zu ſegeln. Gleichzeitig reiſte der Präſident der ruſſiſchen Commiſſion zur Feſtſtellung der Grenze des Amurgebiets, Oberſt Bogodoski, nach Peking, um dort die definitive Beſtätigung der entworfenen Grenzlinie einzuholen, nach welcher wirklich die ganze vom Japaniſchen Meere beſpülte mandſchuriſche Küſte dem ruſſiſchen Reiche einverleibt iſt. Wie weit er ſeine Abſicht erreichte, iſt zur Zeit noch nicht bekannt, doch mag nicht vergeſſen ſein, daß unterdeſſen auch die ruſſiſche Geſandtſchaft unter Ignatiew in der chineſiſchen Hauptſtadt eingetroffen war, ſowie daß ſie allein unter allen europäiſchen Mächten direct mit dem Kaiſerhofe verkehrt. Murawiew-

Amurski war dagegen (im August) mit seinen flachgehenden, zwölf Schiffe zählenden Amurgeschwader so nahe vor Jeddo angelangt, wie noch kein anderes europäisches Kriegsschiff. Während auch hier die Engländer um Erfüllung des mit dem 1. Juli 1859 in Kraft tretenden Tractats haderten, welcher allen Vertragsmächten gleichermaßen die Häfen Hokodade, Kamagawa und Nagasaki öffnen sollte, erreichte Murawiew für Rußland mit leichter Mühe dieses Ziel und kehrte bereits im Herbst nach dem Amurgebiete zurück, ohne die Reise weiter nach China zu verfolgen. Denn allerdings, wenn die russische Gesandtschaft in Peking so gute Aufnahme gefunden hat, wie neueste Berichte (vom 15. Oct.) officiell versichern, dann war seine militärisch demonstrirende Mission jedenfalls gegenstandlos geworden und es bleibt kaum mehr ein Zweifel übrig, daß Rußland die herrlichen Buchten und Häfen, Inseln und Inselchen der mandschurischen Küste bereits sein Eigenthum nennt. Es hat damit seinen Arm nicht blos um den Norden Chinas geschlungen, sondern auch das Japanische Meer ist ihm unterthänig.

Vorauseilend allen europäischen Mächten, selbst von Nordamerika nicht vollkommen gleichen Schrittes begleitet, hat also Rußland in Ostasien, ohne Blutvergießen wie ohne die Einsprache Europas, eine Macht erobert, welche das vielbesprochene europäische Gleichgewicht geradezu verflüchtigt. Denn Rußland bildet mit seinen europäischen und asiatischen Ländern eben nur ein und denselben Körper; der Zuwachs seiner Schwere am Stillen Ocean oder Schwarzen Meer, an der Ostsee oder seiner westlichen Grenze kommt immer und überall der Gesammtmacht zugute, mit welcher es auf Europa zurückzuwirken vermag. In Asien erobernd, in Europa Frieden verkündend, kann es nie und nirgends als eine Stütze des Gleichgewichtsprincips, noch weniger als ein Hort des internationalen Rechts gelten. Angenommen aber, es wäre gesonnen, um die „Frage des fernsten Orients“ desto ruhiger zu betreiben,

vorläufig die „orientalische Frage“ zu vertagen — bleiben deshalb die Interessen des europäischen Gleichgewichts weniger gefährdet? Hätte die Allianz irgendeines einzelnen europäischen Staats mit Rußland, das Napoleonische Frankreich ausgenommen, einen bessern Sinn, als daß dieser Bündner zum russischen Vasallen herabsänke, den russischen Interessen dienen müßte? Wie wenig jedoch Rußland selbst daran denkt, die „orientalische Frage“ zurückzustellen, haben seine Gänge in den Donauländern und Konstantinopel genugsam gezeigt; und während Europa vollends diese Punkte um Italien aus den Augen verlor, erreichte seine Schlauheit wie sein Schwert auch auf diesem asiatisch-europäischen Grenzgebiet Erfolge, welche es jetzt bereits beinahe unmöglich erscheinen lassen, daß ihm Europa den Antritt der Erbschaft des todkranken Mannes mit abermaligem Erfolge vorzuenthalten vermag.

Freilich waren es nur unsichere, lückenhafte, sogar oft widerrufene Nachrichten, welche von den kaukasischen Fortschritten seit dem Beginne des Jahres 1859 in die europäische Verwirrung hereindrangen. Es konnte auch der russischen Politik nicht daran liegen, die seinen Interessen so günstigen Gänge der italienischen Frage oder selbst die europäische Aufregung nach dem Villafrancafrieden auf jene Katastrophe hinzulenken, welche sich durch die vordringende Eroberung am Schutzwalle Nordpersiens und der asiatischen Türkei vorbereitete. Dagegen kam es allerdings schon zu derselben Zeit darauf an, mit denjenigen Mitteln, welche sich bei Asiens Völkern wirksam erweisen, in guter Berechnung darauf hinzuarbeiten, daß sie sich daran erinnern möchten, wie auch nach der Verkleinerung der Flotte des Schwarzen Meeres der große Zar über eine gewaltige Seemacht gebiete. Diesem Zwecke diente die orientalische Reise des Großfürsten Konstantin. Nachdem er im Beginne des Jahres den europäischen Küstenstaaten des Mittelmeeres das russische Geschwader unter seiner Leitung

vorgeführt hatte, erſchien er um die Jahresmitte an Aegyptens und Kleinaſiens Häfen, um mit einer pomphaften Wallfahrt nach Jeruſalem die öſtliche Grenze ſeiner Fahrt zu bezeichnen. An den heiligen Stätten wurden von ihm und ſeiner Gemahlin nicht blos alle frommen Pflichten erfüllt, welche einem Hadſchi der orthodoxen morgenländiſchen Kirche obliegen, ſondern das ganze Verhalten und Benehmen gegen die recht- wie gegen die andersgläubigen Chriſten mußte auch den Eindruck verſtärken, daß der Vertreter des allmächtigen Beſchützers aller chriſtlichen Unterthanen des Sultans erſchienen ſei. Man darf dabei nicht vergeſſen, daß der letzte orientaliſche Krieg am Heiligen Grabe ſeinen Anfang genommen hatte und daß die aſiatiſchen Chriſten in dem Beſuche des Großfürſten gleichſam ein Symbol des ausſchließlich ruſſiſchen Protectorats über die heiligen Stätten erblickten. Er galt ihnen zugleich als Beweis, daß auch der Sieg dem Herrſcher der orientaliſchen Kirche unbeſtritten geblieben ſei. Denn für jegliche andere Anſchauung des Kriegszwecks bleiben ſie ebenſo verſchloſſen, wie für die Möglichkeit des Endes eines Kriegs ohne entſcheidenden Sieg. Und mußte dieſe Anſchauung nicht noch verſtärkt werden, mußte ſie ſich nicht auch auf die Chriſten der europäiſchen Türkei fortpflanzen, als der Großfürſt unmittelbar nachher im Marmarameer erſchien und vom Sultan ſelbſt in Stambul mit kaiſerlichen Ehrenbezeigungen gefeiert wurde?

Kaum waren aber die Schilderungen von all den Huldigungen des Orients für den Großfürſten in den ruſſiſchen Zeitungen verklungen, als am Namensfeſte des Kaiſers (3. Sept.) die überraſchte Nation eine telegraphiſche Depeſche des Fürſten Bariatinski vernahm, worin die Unterwerfung des Kaukaſus vom Kaſpiſchen Meere bis zur gruſiniſchen Militärſtraße gemeldet ward. Gefallen waren all die bisher ſo oft genannten, niemals bezwungenen Burgfeſten der Bergvölker;

Schamyl selbst mit seinen Müriden lag eng eingeschlossen in Gunib. Und nur drei Tage später klirrte der Telegraph sogar die Jubelbotschaft durch das Land: „Gunib genommen, Schamyl gefangen nach Petersburg geschickt.“ Das Unglaublichste war damit erreicht. Ja, so sehr übertrafen solche Erfolge alle Erwartungen, daß die Regierung sich veranlaßt sah, den gefangenen Propheten und Kriegsherrn des Kaukasus gleichsam als lebendes Zeugniß ihrer triumphirenden Wahrheit in langsamem Zuge nach Petersburg zu führen. — Doch immer noch blieben auf der kaukasischen Westhälfte viele Stämme nicht unterworfen. Selbst die kühnste Phantasie russischer Zuversichtlichkeit rechnete noch auf jahrelange Kämpfe, ehe der Isthmus zwischen dem Schwarzen und Kaspischen Meere ein fragloses Besitzthum des Zaren sein würde. Sogar die officielle „Petersburger Zeitung“ beschränkte noch die politische Bedeutung der bisherigen Erfolge auf den Besitz der dies- und jenseitigen Défilés des Kaukasusgebiets. „Damit sind — sagte sie — die Hauptstraßen, welche südlich von demselben fächerartig in das Innere Asiens sich ausbreiten, zu jeder Zeit für uns offengelegt. In ihrer militärischen Sicherheit beruht zugleich ihr Werth als Adern des materiellen Verkehrs, und diese Eigenschaft macht sie wiederum zu wichtigen Kanälen der Civilisation, welche nach dem fernen Osten zu tragen die recht eigentliche Aufgabe unserer Politik sein muß. Seit Schamyl, die Seele des ganzen Aufstandes, in unsern Händen ist, läßt sich nach menschlicher Berechnung wol annehmen, daß die Macht desselben für alle Zeit gebrochen sei, und wenn dem so ist, so dürfen wir uns wol mit Sicherheit der Hoffnung hingeben, daß unter dem cultivirenden Wetteifer von Regierung und Privaten keine Decennien mehr hinfließen werden, bis Dampf und Elektricität und vor allem ein sorgfältig gepflegtes Unterrichtswesen das Licht der modernen Civilisation in diesen fernen Gegenden erweckt und

Ackerbau und Industrie zu einer der Productivität entsprechenden Höhe entwickelt haben werden."

Aber auch ihre glänzenden Verheißungen für die Zukunft sollten noch von der Treue und Größe des Kriegsglücks der Gegenwart übertroffen werden. Denn bevor das Jahr endete und der Winter die Operationen unterbrochen hatte, ward auch im Westen des kaukasischen Isthmus die freiwillige Unterwerfung der transkubanischen Abadsechen unter Mohammed Amin eine vollendete Thatsache. Nunmehr blieben wirklich blos noch relativ wenige Stämme übrig, worunter die eigentlichen Tscherkessen, welche aus den Gipfelhöhen des Gebirgs doch endlich von selbst herabsteigen müssen, wenn nicht vollkommen unerwartete Ereignisse die bisherigen Erwerbungen des russischen Schwertes wieder in Frage stellen. Dies jedoch scheint nach menschlichem Ermessen kaum möglich, und Fürst Bariatinskis Belohnung mit dem Marschallstabe nahm sich beinahe geringfügig aus im Vergleich mit den Gaben, welche Rußland aus seiner Hand empfing.

Mögen auch noch Jahre und Jahrzehnde vergehen, ehe Rußland im Stande ist, den Kaukasus in seine Staatsorganisation vollständig einzufügen, mögen auch Städte und Ortschaften noch lange nicht in die Tiefe des Gebirgs dringen können — epochemachend für Rußlands Weltstellung ist jedenfalls das erreichte Ziel. Mit der Eroberung des Kaukasus ist eine geradezu unangreifbare Stellung im Rücken des osmanischen Reichs gewonnen, nachdem der orientalische Krieg, oder richtiger Napoleons III. schlau berechnende „Großmuth" Europa hatte versäumen lassen, Rußlands Stellung in der Fronte der Türkei wirksam zu durchbrechen. Noch mehr, hätte man damals nicht in unbegreiflicher Verblendung die Völker des Kaukasus von der kriegerischen Mitwirkung zurückgestoßen, so wäre selbst die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit vorhanden gewesen, auch den kaukasischen Isthmus der Zaren-

herrschaft für lange Menschenalter, vielleicht für immer zu verschließen. Genug, man hat es nicht gethan, und nunmehr steht Europa rathlos vor der Möglichkeit, daß dieses ungeheuere Reich aus diesem Centralpunkt sein bald verfügbares Kaukasusheer ebenso gut gegen das Goldene Horn vorzuführen, als gegen Südasien vorzuschieben vermag. Für wen hat dann Europa seit Menschenaltern an Asiens Erweckung aus seiner Lethargie gearbeitet? Für wen hat es die Opfer und Anstrengungen gebracht, um die eigenthümliche Cultur beider Indien und Chinas mit Europa zu versöhnen?... Sicherlich, es war sehr klug von der russischen Regierung, gerade im Moment ihrer kaukasischen Siege die Aufhebung der pontischen Etablissements für Seebauten „in weiterer Ausführung des pariser Vertrags" mit großer Ostentation zu verfügen. Und damit die Absicht dieser Verfügung in jenem Moment nicht misverstanden würde, mußten sie die Organe russischer Politik auch noch mit der kategorischen Erläuterung begleiten: „Die Idee einer vertragswidrigen Wiederaufnahme der Entwickelung russischer Seeherrschaft im Schwarzen Meere, welche von vielen Seiten her wiederholt der Regierung untergeschoben wurde, ist somit unbegründet." Aber in demselben Moment ward auch die von einer alttürkischen Revolution durchschütterte Pforte durch die russisch-französische Vormundschaft aufs äußerste bedrängt, die im Hathumayum verheißenen Reformen energisch ins Leben zu führen, während Serbien sich unter französisch-russischer Aegide unverhohlen rüstete, um seine gänzliche Losreißung von der Türkei mit Ueberraschungen ins Werk zu setzen. Und hat etwa der vertragswidrig herrschende Rumänenhospodar Cousa für nöthig befunden, formell und persönlich seine Investitur in Konstantinopel zu erbitten?

Oder ist etwa Rußland noch unvorbereitet darauf, die nun gewonnene kaukasische Position zu benutzen, um von der Ostküste des Kaspischen Meeres, wie vom Balkhasch und Sir-

Darja aus den Weg zum Indus zu finden? Zur Antwort darf nur einfach an das erinnert werden, was früher über Katenins Thätigkeit und Erfolge in Khiwa gesagt ist (S. 129). Was aber damals noch am hinderndsten entgegenstand, nämlich Persiens Argwohn gegen Rußland, ist seit dessen grollendem Frieden mit England beseitigt. Von Teheran aus wurde vielmehr die große Expedition gegen die Turkomanen begünstigt, welche sich im Sommer 1859 vorbereitete. Ihr Ziel ist die Vorschiebung der russischen Grenze durch die Steppe der Kirgisen bis gegen Khiwa, ihr Weg ist bereits durch die vorausgegangenen Operationen weit über den Aralsee und über den Dyr hinaus geebnet. Wie ein Schatten kommender Ereignisse trat auch schon vor dem Jahresschluß die Nachricht in die Presse, daß die Kirgisen sich vollständig unterworfen hätten. Die russischen Organe stellen es freilich noch in Abrede; es ist vielleicht noch nicht der rechte Moment gekommen, um die Wirkung der Wahrheit zeitgemäß erscheinen zu lassen.

Vom asiatischen Schauplatze Rußlands kehren wir nach Europa und zu dem Moment nach dem Villafrancafrieden zurück. Die Diplomatie der Neutralen begnügte sich vorläufig mit der beeiferten Erklärung, daß sie von jenem apokryphen Vermittelungsproject nichts gewußt habe, welches bei der Feststellung der Präliminarien eine so einflußreiche Rolle gespielt hatte. Während man früher den Moment der Friedensvermittelung hundertmal erst dann als gekommen bezeichnet hatte, wenn Napoleon sein Programm bis zur Adria werde durchgeführt haben, war man jetzt offenbar davon beunruhigt, daß Oesterreich die Lombardei hingegeben hatte, ohne die Dienste solcher guten Freunde in Anspruch zu nehmen. Die Verständigung der Gegner ohne ihre Concurrenz

schien ihnen eine plötzliche Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit sehr lebhaft vor Augen zu stellen. Während man in Preußen einen französischen Angriff auf das Rheinland wie eine unmittelbar drohende Eventualität behandelte, versuchte man, wie schon oben ausführlicher berührt ist, mit stärkern Stimmals Beweismitteln darzulegen, daß Oesterreich von einer falschen Voraussetzung ausgegangen sei, indem es den opferschweren Frieden schloß, weil „das gute Recht und die Heiligkeit der Verträge" ohne ihre „natürlichen Bundesgenossen" geblieben. Während in England eine fast unwürdige Invasionsfurcht vor dem „allergetreuesten Alliirten" alle Bevölkerungsklassen ergriff, mußte Lord Russell im Parlament das beschämende Eingeständniß machen, daß ihm von Frankreich wirklich der Lakaiendienst zugemuthet und von ihm erfüllt worden war, jenes ursprünglich französische Vermittelungsproject an den Vertreter Oesterreichs in London zu übermitteln. Mochte nun dieser es auch zurückgewiesen haben, so war doch die Hand, aus welcher es ihm zukam, bedeutsam genug, um die Annahme zu rechtfertigen, daß, wenn auch wirklich gerade diese Formulirung nicht unter den Neutralen vereinbart war, doch die entsprechenden Grundsätze von ihnen adoptirt seien. Wo hätte sonst einer derselben, da sie doch angeblich gemeinsam „in die Action treten" wollten, ohne Vorwissen der andern bis zu einer solchen Mittheilung vorschreiten können? Und gesetzt, es war noch keinerlei Einverständniß der Neutralen über die Vermittelungsprincipe vorhanden, als Frankreich den Frieden bot — worauf sollte Oesterreich warten? Sollte es die Verständigung mit dem Gegner zurückweisen, um der Fiction gerecht zu werden, daß noch eine Pentarchie bestehe, welche auf Grund der Principien von 1815 ein europäisches Schiedsgericht ausübe? Hatten die Neutralen etwa vor dem Kriege diese völkerrechtlichen Ordnungen vertheidigt, oder auch später als Napoleon sie wirk-

lich mit dem Schwert angriff? Anſtatt eines Rechtsſpruchs hatten ſie gerade die Rechtsfrage fallen laſſen und mit der Fiction einer Lokaliſirung des Kriegs nicht blos die Störung des europäiſchen Gleichgewichts, ſondern auch die Heranziehung der italieniſchen, der geſammten europäiſchen Revolution ohne ſolenne und gemeinſame Gegenerklärung fortſchreiten laſſen. Recht und Verträge waren wirklich von ihren natürlichen Bundesgenoſſen im Stiche gelaſſen. Oeſterreich hatte alſo mit dem Eingehen auf die franzöſiſchen Vorſchläge nur die Thatſache anerkannt, daß es kein europäiſches Schiedsgericht mehr gab, daß den Parteien nichts übrig bleibe, als ſich untereinander ſelbſt zu verſtändigen. Dies war in Villafranca geſchehen. Der Proteſt, welchen die Neutralen gegen ihre Mitwiſſenſchaft an jenem Vermittelungsproject erließen, und welcher engliſcherſeits überdies eine halbe Unwahrheit enthielt, bedeutete alſo nicht mehr, als daß ſie beim damaligen Stande des Kriegs Oeſterreich noch keine ſo ſchmerzlichen Opfer und Demüthigungen zugemuthet hätten. Aber darin konnte nicht einmal eine nachträgliche Zuſicherung liegen, daß ſie dieſelben bei einem weitern Vorſchreiten des öſterreichiſchen Waffenunglücks nicht hätten für zuläſſig erachten wollen. Anſtatt dies anzuerkennen, wurde jedoch Napoleons Friedensabſchluß faſt wie eine Großmuth gegen das geängſtete Europa, Oeſterreichs Eingehen darauf dagegen wie ein Unrecht gegen die neutralen Mächte drapirt, welches nur durch eine europäiſche Reviſion des Vertrags, durch einen Congreß wieder gut zu machen ſei. Alſo ein Congreß ohne gemeinſame Principien gegenüber den ſehr realen Kräften, welche das europäiſche Gleichgewicht und Recht bereits zerſtört hatten!

Es wurde nun früher erwähnt, daß im petersburger Cabinet die Ueberraſchung von Villafranca offenbar weniger ſtark war als anderwärts. Außer dem Proteſt gegen das apokryphe Vermittelungsproject, welches dort wirklich unbekannt ge-

blieben zu sein scheint, ist auch kein diplomatisches Eintreten Rußlands in das große Wirrniß von Villafranca bis Zürich bekannt worden. Um so auffallender konnte freilich der in tausendfachen Aufregungen und Befürchtungen umhergeworfenen Welt erscheinen, daß Rußland seine Rüstungen nicht einstellte. Niemand vermochte jedoch daran zu zweifeln, daß dafür weder dieselben Gründe maßgebend waren, aus denen England Tag und Nacht an seinen Küstenbefestigungen und der Armirung seiner Flotte arbeitete, noch jene, aus denen Preußen die Mängel seiner Heerverfassung zu verbessern eilte. Jedenfalls blieben auch jene Rüstungen verhältnißmäßig gering, selbst wenn sie wirklich die Vollzahl von drei Armeecorps zusammenbrachten, deren damalige Existenz, wie erwähnt, noch heute lebhaften Zweifeln begegnet. Waren aber endlich wirklich 90000 Mann in den polnischen Südprovinzen und Bessarabien aufgestellt, so glauben wir auf die Bedingungen dafür in den innern socialen Zuständen des Reichs und in der Charakterverwandlung der rumänischen Bewegungen genügend hingewiesen zu haben (S. 364). Unmittelbare Absichten, damit auf den Gang der süd- und mitteleuropäischen Dinge irgendwie entscheidend einzuwirken, scheinen nicht vorhanden gewesen zu sein. Dagegen konnten diese Aufstellungen allerdings der jetzt eifrigst betriebenen Wiedergewinnung des fast eingebüßten Einflusses bei den Südslawen eine materielle Anlehnung gewähren. Sie erinnerten unwillkürlich an jene Observationscorps an der polnischen Grenze im Jahre 1848, welche es ebenfalls zweifelhaft ließen, ob Rußland eine posen-galizische Erhebung decken oder eine pacificirende Intervention in Preußen und Oesterreich bereithalten wolle. Wie damals jede Partei die russische Demonstration zu ihren Gunsten ausdeutete, so meinte heute die russische Partei der Südslawen darin eine Einschüchterung der Türkei erblicken zu sollen, da diese sich gegen die Uebertragung der rumänisch-serbischen Be-

wegungen auf die andern Provinzen energisch vorgesehen hatte; und die Türkei — vielleicht auch Frankreich — schien dagegen die Absicht zu vermuthen, sich gegen eine losbrechende Revolution als hülfreichen Nachbar anzubieten. Noch heute ist das Räthsel ungelöst. Endlich wurde auch im September der Befehl zur Zurückführung der aufgestellten Corps in ihre Friedensquartiere mit lebhaftem Geräusch ertheilt; sie verschwanden ebenso, ohne daß Näheres darüber verlautete, wie sie gekommen waren.

Indem nun Rußland sein Haus an dieser Stelle so gut bestellt wußte, hatte es die mittel- und westeuropäischen Verwickelungen ohne jegliches Gefährde sich selbst überlassen dürfen. Warum sollte es seine freie Hand irgendwie binden? Der italienische Krieg und der Friede von Villafranca mit allem, was sich um diese Thatsachen gruppirte, verwickelten die europäische Lage für seine Interessen so günstig, wie es für den Augenblick nur irgend gewünscht werden konnte. Und Principien, Principien des Gleichgewichts, des nationalen und legitimen Rechts, des territorialen Bestandes, der conservativen Interessen — wer konnte Rußland einen Vorwurf daraus machen, daß es nirgends dafür eintrat? Es hatte seit dem pariser Frieden nirgends die Anerkennung der Thatsache verleugnet, welche es in seinem Septembercircular von 1856 ausgesprochen, daß „die Verhältnisse ihm die volle Freiheit des Handelns wiedergegeben" und daß der Kaiser seine Thätigkeit „nur dann nach außen wenden werde, wenn Rußlands positive Interessen es unbedingt erheischen". Noch mehr; Rußland hatte mehrmals seine Stimme erhoben, wo es aus seiner Perspective dieselbe „der Sache des Rechts nützlich" erachtete; es war ihr keine Folge gegeben worden. Hätte Oesterreich, hieß es jetzt, den früher vorgeschlagenen Congreß nicht abgewiesen, so würden die Dinge nicht auf den heutigen Standpunkt gelangt sein; haben sich alle Mächte auf ihre

eigenen Kräfte und Interessen gestellt, so fühlt Rußland, mit seinen innern Entwickelungen beschäftigt, gegenwärtig keine Veranlassung, irgendwie in all die momentanen Verwickelungen einzugreifen, bevor sie so weit abgeklärt sind, um einem neuen Congreß Raum zu geben, dessen Berathungen jedoch nicht blos die italienische Pacification, sondern alle schwebenden europäischen Fragen zu umfassen haben.

Aber freilich, in welchem Sinne wurde die Idee dieses Congresses ventilirt? In Bezug auf Italien etwa auf Grundlage der Stipulationen von Villafranca? Oder in Bezug auf die deutsche Constituirungsfrage etwa auf Grundlage des Bundesrechts, dessen stricteste und engste Auslegung doch noch im Mai und Juni den Ausgangspunkt für die Belehrungen und Drohungen in den Gortschakowschen Noten gebildet hatte? Oder in Bezug auf die Türkei auf Grundlage des Vertrags von 1856? Von allem das gerade Gegentheil. Die gesammte russische Presse, welche bei den Vorspielen des italienischen Kriegs die französisch-sardinischen Tendenzen in ausgiebigster Weise unterstützt hatte, stand jetzt auf vollkommen gleichem Standpunkte mit der mittelitalienischen Revolution; diejenigen Blätter, denen man gouvernementale Inspirationen beimißt, plaidirten für den deutschen Bundesstaat unter preußischer Hegemonie, Nationalparlament, factische Mediatisirung der kleinern Fürsten, Ausschließung Oesterreichs aus dem deutschen Verbande; die gesammte Publicistik sah es als oberste Aufgabe des zukünftigen Areopags der Großmächte an, die europäische Türkei zu vernichten, den Wünschen der Südslawen und Ungarn nach selbständigen Staatsgestaltungen vollste Gewährung zuzusichern. So schrieb schon im August der „Russische Invalid", den man als Vertrauten der Gortschakowschen Intentionen zu betrachten gewohnt ist: „Europa hat jetzt heranzutreten und den Frieden zu wahren, denn mit dem Vertrage von Villafranca ist die Sache erst halb gethan; es

gilt noch, einige Millionen Menſchen, deren Schickſal durch die Gewalt der Waffen entſchieden worden, mit dieſem Friedensſchluſſe zu verſöhnen. Die kriegführenden Cabinete haben die Waffen niedergelegt, aber um des Wohls und der Ruhe Europas willen muß der Friedensſchluß in allen Punkten von den Völkern, die es angeht, angenommen und erfüllt werden. Italiens Lage fordert Unterſuchung, gemeinſamen Beſchluß. Bleiben die alten Keime der Zwietracht, werden die Wünſche des Volks gewaltſam erſtickt, ſo trägt dieſer Frieden keine guten Früchte und die blutigen Scenen werden ſich bald wiederholen. Ein Congreß iſt unerlaßlich, und zwar ein ſolcher, der die Lage von ganz Europa genau revidirt; denn nicht nur die italieniſche Frage iſt gefahrdrohend, auch die deutſche iſt es. Die Metternichſche Bundestagsverfaſſung bedarf der Reform. Es iſt Zeit, in dem wurmſtichigen Gebäude dieſes Deutſchen Bundes Reformen einzuführen und denſelben in einen Volksbund zu verwandeln. Auch der Streit zwiſchen Dänemark und den deutſchen Herzogthümern muß durch einen europäiſchen Congreß für immer erledigt und, was natürlich auch ſehr wichtig iſt, mit der Türkei muß endlich einmal ein Ende gemacht werden. Denn — heißt es am Schluſſe wörtlich — eine traurige Erfahrung hat gezeigt, daß alle Hoffnung auf politiſche Wiedergeburt und ſociale Verbeſſerung für dieſes Reich ein Hirngeſpinſt war, daß der kranke Mann nach wie vor ſich in einem verzweifelten Zuſtande befindet, daß die Exiſtenz dieſes Reichs in ſeiner gegenwärtigen Geſtalt im Schoſe des chriſtlichen Europa unmöglich iſt und periodiſch immer wieder der Zankapfel der europäiſchen Mächte ſein wird. Man muß mit dieſer turkomaniſchen Horde ein Ende machen, welche ſeit vier Jahrhunderten den Eigennutz und das Gezänk der Chriſten unter ſich dazu benutzt hat, zehn Millionen Chriſten zu tyranniſiren."

Verkennen ließ es ſich nicht, es lag Syſtem in dieſen

Ausführungen. Zunächst eine Nichtanerkennung der Verständigung Oesterreichs und Frankreichs über jene Grundlagen ihres Friedens, welche für Italien das Legitimitätsprincip festgehalten hatten, und dann ein Congreß zur Ordnung Europas, zu welchem die Theilnehmer mit ganz verschiedenen Rechtsanschauungen heranträten. Der Congreß nach dem orientalischen Kriege hatte schon damit geendet, daß drei Conferenzstaaten sich genöthigt sahen, den (seitdem freilich wieder verflüchtigten) Aprilvertrag zu schließen, weil Rußland sich weigerte, gemeinsame Garantien für die Integrität der Türkei zu übernehmen und Preußen sich ihm anschloß. Der vor dem italienischen Kriege beabsichtigte Congreß sollte offenbar die europäischen Garantien für Italiens Staatsbestände aufheben, und als er nicht zu Stande gekommen, verweigerten drei Garanten der europäischen Verträge ihren schiedsrichterlichen Eintritt für das Recht, erklärten sich neutral, thaten effectiv gar nichts, nahmen die kriegerische und revolutionäre Umgestaltung Italiens als „vollendete Thatsache" hin. Der jetzt betriebene Congreß sollte vollends alle europäischen Bestände, Rechtsordnungen, Principe für ebenso viel „offene Fragen" erklären, selbst die jüngsten europäischen Feststellungen wieder in Zweifel stellen, neue Conflicte schaffen, das Material für hundert Kriegsfälle aufhäufen.*)

Wie offenbar diese Kundgebungen der russischen Intentionen den Napoleonischen Ideen und den bewußt oder unbewußt mit ihnen gehenden Elementen in die Hände arbeiteten, kann nur derjenige verkennen, welcher die Augen absichtlich dagegen verschließt. Besonders und zunächst schien es jedoch

*) Fürst Gortschakow sagte zum englischen Gesandten nach dem Frieden von Villafranca: hielten die neutralen Mächte sich von dessen Verwirklichung fern, dann werde solches Schweigen „sehr gewichtig, ja sogar drohend" sein. „Andererseits würde es die Italiener, welche mit dem Arrangement unzufrieden sind, ermuthigen, der Ausführung Widerstand entgegenzusetzen in der Hoffnung, daß ihre eigenen Doctrinen von den schweigenden Mächten gebilligt würden und daß dieselben Gegner der Stipulationen seien."

darauf abgesehen, die Zerfahrenheit und den Zwiespalt Mitteleuropas zu unterstützen; Italien stand erst in zweiter Reihe. Während jetzt für das noch in Waffenrüstung stehende Preußen abermals der Moment gegeben gewesen wäre, durch ein offenes und rückhaltloses Bündniß mit Oesterreich und dem übrigen Deutschland, unter Beiseitelassung aller Gereiztheiten, zunächst dem Napoleonismus gegenüber eine Coalition der gemeinsamen Existenzinteressen um sich zu sammeln und damit jenen thatsächlichen Einfluß als europäische Großmacht auf die italienische Frage zu üben, wozu ihm isolirt die Kraft und der Nachdruck fehlt — ließ es geschehen, daß von den angeblichen Anhängern seiner Großmachtstellung der ganze Bestand der freilich unzureichenden deutschen Conföderation gerade jetzt principiell in Frage gestellt und der Argwohn erregt ward, es wolle aus dem kritischsten Moment Deutschlands blos Vortheile für seine Arrondirungspolitik ziehen. Mit Gewalt wurden solchermaßen die kleinern und mittlern deutschen Staaten darauf hingedrängt, die bundesrechtlichen Differenzen als Fragen ihrer Existenz aufzufassen. Anstatt bei der ringsum drohenden Gefahr, wenn sie auch nicht gleichermaßen imminent war, als unmittelbar vor dem Villafrancafrieden, die erkannten Mängel der Bundesverfassung mit Hintansetzung aller möglichen Unzulänglichkeiten durch ein thatsächliches Zusammenwirken möglichst auszugleichen, wurden dieselben zur Befriedigung aller Feinde Deutschlands schreiend in den Vordergrund gedrängt, und selbst die Vorschläge zu palliativer Abhülfe mit dem Verlangen nach Radicalreformen abgewiesen oder paralysirt. Das preußische Ministerium konnte sich offenbar nicht entschließen, die Stärke seiner Popularität so weit auf die Probe zu stellen, um seinen scheinbaren Freunden ganz offen zu sagen, wie unzeitgemäß und unpatriotisch eben jetzt ihre unionistischen Agitationen seien; es ließ ihnen selbst eine deutliche moralische Unterstützung zukommen und verneinte doch

auch wieder auf der andern Seite sein Zusammengehen mit ihren Tendenzen. Auf solche Weise gerieth es nicht etwa blos oder vorzugsweise mit denjenigen Regierungen in immer schroffern Gegensatz, denen das Nichtzustandekommen unionistischer Umgestaltungen eine particularistische Lebensfrage ist, sondern auch mit jenem Patriotismus, welcher in der Discussion der besten Verfassung, während das nationale Dasein bedroht ist, den directen Weg zu Deutschlands Selbstvernichtung erblickt. Selbst die sogenannte „altgothaische" Partei verhielt sich abweisend zu der gegenwärtigen Agitation, und Heinrich von Gagerns historisch gewordenes Schreiben vom 26. August 1859 erspart jede weitere Erörterung.

Unbegreiflich ist es freilich, daß die neuen Heißsporne der Union namentlich den russischen Begeisterungen für ihre Politik nicht ansehen mochten, wie dieselben ausschließlich das Ziel verfolgten, die Möglichkeit einer gesammtdeutschen Allianz gegen die französische Revisions- und Nationalitätenpolitik von vornherein auf selbstschwächende Abwege zu leiten. Genug, es geschah nicht; schroffer als jemals stand Nord- und Süddeutschland einander gegenüber, vereinsamter als je Preußen, unklarer als je war man über seine positiven Tendenzen. Um aber die Zweifelhaftigkeit noch vollständiger zu machen, hieß es jetzt plötzlich in denselben Heerlagern, welche bisher für dessen liberale Principienpolitik an der Spitze Deutschlands geschwärmt hatten, nur eine specifisch preußische Interessenpolitik sei dem Stande der europäischen Dinge angemessen. Das unmittelbarste Interesse war aber für die kleinste Großmacht, aus ihrer gänzlichen Vereinsamung herauszukommen. Und jetzt — die züricher Conferenz war soeben zusammengetreten — jetzt waren es genau dieselben Organe, welche noch vor einigen Monaten, ja Wochen das russische wie das französische Lob für Preußens Haltung als dessen wohlüberlegte Discreditirung in den Augen der Nation perhorrescirt hatten, sie

waren es, welche jetzt um die Wette einer Wiederherstellung der „alten preußisch-russischen Allianz" das Wort zu reden begannen. Vertraten sie aber wirklich, wie sie sich anstellten und ohne Widerspruch der gouvernementalen Stimmen sich anstellen durften, die Anschauungen des berliner Cabinets und der bedingenden Mehrheit in Preußen, so mußte in dieser Wendung ein vollkommener Bruch mit allen Ansichten, Ueberzeugungen und Kundgebungen desjenigen Princips erblickt werden, welches gegen die Manteuffelsche Politik in Opposition gestanden hatte und nunmehr zur Leitung im Staate gelangt war. Preußen konnte allerdings die Hoffnung hegen, mit einer Anlehnung an Rußland das System der freien Hand noch länger fortzusetzen, als es ohne dieselbe möglich. Allein jedenfalls hätte es aus den letzten Jahren des russisch-französischen Zusammengehens auch die Lehre zu ziehen vermocht, daß sogar Napoleon das geschwächte Rußland noch immer für zu mächtig hielt, um sich formell an dasselbe zu binden, solange es als Preis dieses Bündnisses die Auflösung der westmächtlichen Allianz forderte. Je mehr man nun die Politik der Interessen in den Vordergrund schob, desto klarer hätte man sich darüber machen müssen, daß eben bei einem solchen Grundsatz eine wirkliche Allianz nur zwischen gleich starken Mächten möglich ist.

Wie weit nun in jener Zeit, wir meinen die Periode der züricher Conferenzen, die Verhandlung zur Wiederherstellung des alten preußisch-russischen Intimitätsverhältnisses gedieh, ist natürlich heute noch nicht festzustellen. Wenn aber von russischer Seite gleichzeitig die Erkaltung gegen das französische Cabinet selbst noch lebhafter als zuvor zur Schau getragen wurde, so ist die Ursache dafür darin zu suchen, daß es in Petersburg ein neuer Grund der Verstimmung geworden war, als die pariser Politik offenbar auch jetzt noch, trotz gegenseitiger Rüstungen und Drohungen, viel intimere Beziehungen

zu Palmerston und Russell als zum Fürsten Gortschakow unterhielt. Außerdem schien es einen Moment sogar, als suche Napoleon den Uebergang zu einer Allianz mit Oesterreich, deren Ziel in der Durchführung einer gemeinsamen Restaurationspolitik in Italien, und zwar ohne europäischen Congreß, gefunden werden könnte. In der Consequenz jenes principienlosen Princips, welches die Neutralität Englands, Preußens und Rußlands mit dem lokalisirten Charakter des italienischen Kriegs gedeckt hatte, wäre aber gegen ein derartiges Arrangement zwischen den unmittelbar Betheiligten keine vollberechtigte Einrede zu erheben gewesen, und nur eine Coalition würde ein wirksames Veto einzulegen vermocht haben. So erschien das jetzige Entgegenkommen Rußlands für Preußens Wünsche vorläufig eben nur als ein Demonstrationsmittel, um Frankreich daran zu erinnern, daß die Möglichkeit einer derartigen Vereinigung gegebenenfalls auch bis nach England zu reichen vermöge.

Die Napoleonische Politik befand sich nun allerdings in einem Dilemma. Indem sie zu Zürich auf den Grundlagen von Villafranca verhandelte, desavouirte sie factisch die Grundsätze, welche sie dem italienischen Kriege als Banner vorangetragen hatte. Ihre eigentlichen Endziele durfte sie jedoch selbst vertraulich nicht verlauten lassen, wenn sie nicht sofort auch denjenigen Alliirten verlieren wollte, der ihr bisher durch dick und dünn gefolgt war, nämlich das Ministerium Palmerston-Russell. Was aber dieses, und speciell der Minister des Auswärtigen, in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung Großbritanniens wollte, nämlich eine vollkommen unbeschränkte Selbstconstituirung der mittelitalienischen Völker, welche einer Verschmelzung mit Sardinien auf das entschiedenste zuneigten, so widersprach diese Combination, ganz abgesehen von Villafranca, den Napoleonischen Tendenzen mindestens ebenso sehr, als eine einfache Restauration

der Herzoge. Piemont wäre zu stark geworden, um nicht der französischen Suprematie über lang oder kurz einen ebenso entschiedenen Abweis entgegenzustellen, wie früher unter Napoleons Beihülfe der österreichischen. Eine einfache Restauration wäre jedoch ebenso gewiß mit oder ohne Verträge eine Wiederherstellung der österreichischen Hegemonie geworden und hätte jetzt nicht unwahrscheinlich eine um so stärkere moralische Unterstützung von seiten Roms gefunden, als der Papst durch schmerzliche Erfahrungen überzeugt sein mußte, wie die angeblichen guten Dienste des „ältesten Sohnes der Kirche" ganz ausschließlich dahin gingen, die Macht des Oberhauptes der Kirche von der pariser Politik abhängig zu machen. So blieb für die Napoleonischen Interessen fast ausschließlich das Auskunftsmittel vorgezeichnet, Mittelitalien in zwei Staaten zu theilen, von denen der eine, Sardinien, nicht stark genug wäre, sich den französischen Einflüssen zu entziehen, während der andere, Etrurien, Emilia oder auch Toscana, von Napoleon III. geschaffen, selbst dann noch eine französische Präfectur sein würde, wenn kein Napoleonide den erledigten Thron bestiege. Die nach dieser Seite gerichteten Schachzüge Frankreichs bei den züricher Verhandlungen bildeten offenbar den Hemmschuh ihrer Erledigung. Das praktische Verfahren gegen Mittelitalien schwankte unterdessen zwischen Gewährenlassen der vollendeten Thatsachen, mit deren Herstellung die dortige Revolution operirte, und Verhinderung ihrer Befestigung durch einen thatsächlichen Anschluß an Piemont.

Diesem Hin- und Herschwanken konnte nun Rußland abermals mit vollständiger Befriedigung zusehen. Das französische Doppelspiel erschien vollkommen geeignet, den Napoleonismus mit allen betheiligten Parteien in Widerspruch zu setzen. Namentlich rückte damit die Eventualität in weite Ferne, daß aus dem züricher Vertrag eine französisch-österreichische Allianz oder auch nur eine aufrichtige Verständigung

über die Grundsätze hervorgehen könnte, welche auf dem Congreß gemeinsam zu vertreten seien, den beide Staaten zur definitiven Regelung der italienischen Frage zu veranlassen endlich übereinkamen. Außerdem stellten sich die Differenzen und Fragen, welche Frankreich an der marokkanischen Küste, in Konstantinopel, an der Landenge von Suez und im Rothen Meere gegen England mobil machte, wirklich ernsthaft genug, um die westmächtliche Allianz doch endlich zu einem factischen Bruch hinzutreiben. Denn ward dieser auch von französischer Seite nicht beabsichtigt, zielten all diese Beunruhigungen auch nur darauf, den Widerstand der öffentlichen Meinung Englands gegen eine Congreßentscheidung über Italiens Zukunft so weit zu erschüttern, daß Palmerstons bedientenhafte Gefügigkeit einen Weg dahin finden könne, so war es bei den damaligen Stimmungen in Großbritannien allermindestens eine sehr naheliegende Möglichkeit, daß ein ganz zufälliger Funke die aufgehäuften Zundermassen plötzlich in hellen Flammen aufschlagen lasse. Doch wenn auch diese Eventualität ausblieb — immer war die Lage für Rußland die günstigste. Mußte Oesterreich fortwährend wachen, daß das Resultat des Kriegs nicht blos ein einfacher Wechsel der italienischen Suprematie zu Gunsten Frankreichs werde, und blieb England ebenfalls dagegen einzutreten genöthigt, ohne daß sich daraus eine Annäherung an Oesterreich ergab, so mußte sich nothwendig die Aufmerksamkeit dieser beiden Staaten so sehr auf Italien concentriren, daß ihnen eine gleichzeitige Durchkreuzung der russischen Vorschritte in Asien und gegen die Türkei unmöglich gemacht blieb. Wie vollständig aber dieser Calcul vom Gange der Dinge bestätigt wurde, ist bereits oben dargelegt, indem wir die orientalischen Erfolge Rußlands überblickten.

Endlich waren die züricher Verträge unterzeichnet und der Congreß zur Berathung der Mittel für die Pacificirung Italiens auch formell von Oesterreich zugestanden. Jetzt konnte

Rußland, indem es der Nichtinterventionstheorie seine Zustimmung verhieß, ebenso theoretisch das Princip der Legitimität aufs Schild heben, ohne seinen eigenen Interessen etwas zu vergeben oder die französischen wieder mehr nach England hinüberzudrängen. Oder noch richtiger gesprochen: Rußlands Interessen kamen gar nicht ins Spiel bei der Streitfrage, ob die Wiedereinsetzung der legitimen Herrscher oder irgendeine andere Combination für Italien den Ausgangspunkt des Congresses zu bilden habe; die Nichtintervention aber blieb eine reine Redensart, solange Frankreich eine Armee von 80000 Mann in Sardinien und Rom stehen hatte und Piemont seinerseits mit allen möglichen Mitteln in Mittelitalien für seine Zwecke operirte. Sie war endlich geradezu ein Hohn gegen den Beruf des Congresses; denn mochte dieser beschließen was er wollte, so blieben es blos Rathschläge, denen Italien nach Belieben folgte oder nicht. Ja noch mehr, Rußland fand sogar Gelegenheit, seiner loyalen Gesinnung ein besonders glänzendes Relief zu geben, indem es durch seine Organe verlauten ließ, wie die pariser Politik, um die petersburger für sich zu gewinnen, vertraulich angeregt habe, das intendirte etrurische Reich unter einen Sohn des Herzogs von Leuchtenberg zu stellen, während die Gegenforderung in Savoyen läge, das mit dem Gebiete von Nizza an Frankreich zu fallen hätte. Diese Aussicht hätte nun für Rußland bei dem lebhaften Interesse, welches es seit dem pariser Frieden am Mittelmeere nimmt, allem Anschein nach über alles verlockend sein müssen. Toscana grenzt an das Mittelländische, die Romagna an das Adriatische Meer und liegt überdies Montenegro sowie den türkischen Slawenländern gegenüber; dazu hat es den directen Zugang zu Griechenland, den Jonischen Inseln und Konstantinopel; eine Leuchtenberg-Romanowskische Dynastie auf dem etrurischen Throne wäre nicht mehr und nicht weniger, als Italien unter russischem Protectorat und der römische Papst

unter der Aegide des Zarenpatriarchats. Je bedrohlicher dagegen eine derartige Combination für Oesterreich, England und den gesammten Katholicismus erschien, um so größer mußte auch der Eindruck sein, als die Organe der russischen Politik den vollständigsten Abweis der Napoleonischen Lockung plaidirten. Und gerade unter diesem Eindruck durften ihre lebhaften Agitationen auf ziemlich allgemeinen Anklang hoffen, als sie die Aufgabe des Congresses durchaus unbeschränkt, als sie demselben den Charakter freier Conferenzen verliehen wissen wollten.

Der preußische Liberalismus hatte sich nun fortwährend darin gefallen, Preußens Stellung zur innern Politik der übrigen deutschen Staaten wie zur deutschen Verfassungsfrage mit derjenigen des sardinischen Constitutionalismus zum Herrschaftssystem der Herzogthümer und seiner nationalen Haltung zur italienischen Frage zu parallelisiren. Darauf zumeist war die Theorie begründet, daß Preußen sich principiell für Italiens Annexirung an Piemont, jedenfalls für Anerkennung der Selbstbestimmung Mittelitaliens zu erklären habe; denn Preußens Interessenpolitik gebiete, hier ein europäisch anerkanntes Präjudiz zu schaffen, welches seinerzeit auch für Deutschland gelten müsse. So fand in diesen Kreisen jetzt das russische Plaidoyer für freie Conferenzen mit den widerspruchvollen Principien der Legitimität und Nichtintervention die lebhafteste Unterstützung. Ob man gegebenenfalls den praktischen Parallelismus auch so weit auszudehnen gedächte, um für einen Territorialerwerb durch Rußlands Waffen gleichermaßen abhängig zu werden, wie es Sardinien für die Lombardei von Frankreich geworden, blieb unausgesprochen. Kurz man erblickte in den freien Conferenzen nur noch eine neue Veranlassung, die preußisch-russische Allianz zu verherrlichen; die nationaldeutsche Frage schien vergessen. Gleichzeitig fanden die russischen Organe die Situation ganz danach

angethan, um darauf hinzuweisen, wie Rußland, seit es überhaupt in die Reihe der in Italien sich zeigenden Weltmächte getreten, Beschützer dieses Landes gewesen sei. An die angeblich guten Dienste aber, welche es Preußen geleistet, war früher schon oft genug gemahnt worden, um sie im Gedächtniß der dortigen Politik für geläufig halten zu dürfen. Auch versicherten jetzt dieselben inspirirten Stimmen, welche die vom Villafrancafrieden abgebrochene Haltung Preußens dadurch motivirt hatten, daß dasselbe bei einem Vorgehen gegen Frankreich Rußlands Diversion im Rücken zu befürchten gehabt habe, Preußen sei damals nicht isolirt gestanden, sondern habe die Zusicherung gehabt, bei einem Zusammenstoß mit Frankreich von Osten her nichts besorgen zu dürfen. Diese höchst überraschende Mittheilung, deren Richtigkeit immer noch dahingestellt bleiben mag, ließ mindestens keinen Zweifel darüber, daß in den maßgebenden Regionen Berlins eine innigste Annäherung an Rußland äußerst populär sei.

Nach solchen Vorzeichen konnte es nicht überraschen, bei einer soeben stattfindenden Reise des Kaisers von Rußland nach Polen eine Zusammenkunft desselben mit dem Regenten von Preußen als das Mittel preisen zu hören, welches allein eine gedeihliche Lösung der italienischen und europäischen Fragen erwarten lasse. Am 23. October fand die Zusammenkunft in Breslau statt. Es ist natürlich hier nicht zu erörtern, ob die formelle Anregung dazu von Berlin oder von Petersburg ausgegangen ist. Die gewöhnlichen Zeichen sprechen jedoch dafür, daß der Gedanke in Berlin entstand, auch wenn man darauf keine Rücksicht nehmen möchte, daß sogar noch in dem officiellen Reiseprogramm des Kaisers von Rußland die Zeit nicht in Rechnung gebracht war, welche davon in Anspruch genommen wurde. Selbst ohne nur die positive Nachricht von Alexanders wirklich erfolgter Ankunft in Breslau abzuwarten, fand sich ferner das Organ des berliner Mini-

steriums veranlaßt, den politischen Charakter und die hohe Bedeutsamkeit der Zusammenkunft emphatisch zu commentiren. „Die Empfindung — sagte die „Preußische Zeitung" — mit welcher in unserm Lande dies Ereigniß begrüßt wird, ist die ungetheilte Freude." Nachdem sie dann an Alexanders Verdienste um die Bauernemancipation erinnert, deren Beziehung zur breslauer Conferenz dem profanen Menschenverstande freilich unbegreiflich bleiben mußte, fuhr sie fort: „Mit freudigem Stolze aber sieht unser Land den von der Liebe seines Volks getragenen Herrscher unsers großen Nachbarstaats von dem Fürsten begrüßt, zu welchem mit Verehrung, Dankbarkeit und Hingebung die gesammte Nation emporblickt. Sie erkennt in der heutigen Zusammenkunft beider Herrscher mit Genugthuung ein neues Unterpfand für das engbefreundete Verhältniß zu Rußland, welches seit fast einem Jahrhundert alle Schicksalswechsel überdauert hat, und gegen dessen Lockerung vor allem die übereinstimmenden Gesinnungen seiner Träger sichern. Aber auch über die Grenzen der beiden Nachbarländer hinaus reicht die Bedeutung des heutigen Tags. Die Zusammenkunft der erhabenen Fürsten verspricht eine Gewähr mehr für die Erhaltung des Friedens, jenes theuern Gutes, dessen Europa so sehr bedarf. Denn wo in so hohem Maße, wie in den beiden erhabenen Persönlichkeiten, das treue Festhalten an den Grundsätzen des Rechts und der Gerechtigkeit sich vertreten findet, da wird jede persönliche Berührung zu einer Bürgschaft dafür, daß jene Grundsätze zum Heil der Völker in immer höherm Grade zur Geltung gelangen."

Im auffallenden Gegensatze zu diesem begeisterten Gruße blieben indessen später die Aeußerungen der officiösen Organe auf ganz allgemeine Phrasen von inniger Uebereinstimmung, Grundsätzen des Rechts, erhabenem Charakter der conferirenden Persönlichkeiten u. dgl. beschränkt. Desto eifriger deuteten sie

dagegen einen vorausgegangenen Beſuch des Erzherzogs Albrecht in Warſchau dahin, daß der Kaiſer von Oeſterreich ebenfalls eine Zuſammenkunft mit dem Zaren oder ſeine Theilnahme an der breslauer Conferenz habe erwirken wollen, die ihm jedoch verweigert worden ſei. Indeſſen konnte für einen derartigen Wunſch unter den damaligen Verhältniſſen gar keine Veranlaſſung gegeben ſein, da Oeſterreich in den zunächſt zu berührenden Fragen eine unmittelbar betheiligte Parteiſtellung einnahm, alſo ſchon nicht auf gleichem formellen Standpunkte mit Rußland oder Preußen ſtand. Alles in allem trug überhaupt die breslauer Zuſammenkunft einen ſehr improviſirten Charakter. Was ſich als thatſächlich bezeichnen läßt, kann in wenige Sätze zuſammengefaßt werden, ſobald man es der Parteiausſchmückungen entkleidet. Beide Herrſcher waren von ihren Miniſtern des Auswärtigen und andern Diplomaten begleitet, der Prinz-Regent überdies vom Prinzen Friedrich Wilhelm, dem zukünftigen Könige Preußens. Die erſte Beſprechung der erlauchten Verwandten fand ohne die Diplomaten ſtatt, ſpäter nahmen letztere an den Erörterungen theil und verkehrten natürlich auch untereinander. In Betreff der allgemeinen europäiſchen Verhältniſſe zeigte ſich eine ſehr erklärliche Uebereinſtimmung in dem Wunſche, daß der überherrſchenden Politik eines Einzigen in der europäiſchen Staatenfamilie durch feſteres Zuſammenhalten mehrerer Großmächte ihre Grenzen gezogen werden möchten. Aber vom Austauſche ſolcher Wünſche bis zu beſtimmten Verabredungen iſt eben noch der ganze Weg zurückzulegen, welchen die Thatſachen vorſchreiben. Schon beſtimmter bekundete ſich die beiderſeitige Geneigtheit, in möglichſter Uebereinſtimmung zu verfahren, durch Berührung ſpecieller Fragen. Bezüglich der Reorganiſation Italiens begegnete man ſich in der Anerkennung des legitimen Rechts. Dagegen fand der Kernpunkt, um welchen es ſich zunächſt praktiſch handeln mußte,

Intervention oder Nichtintervention, keine eingehendere Besprechung, und namentlich wurde die redegewandte Zurückhaltung der russischen Staatsmänner über diesen Punkt auffällig genug bemerkt. Im übrigen schien der Eindruck vorzuherrschen, daß Napoleons Verfahren seit Villafranca den legitimen Interessen in Italien mindestens nicht entschieden ungünstig gewesen sei; die bekannten Moniteurnoten, die Antworten des Königs Victor Emanuel an die mittelitalienischen Deputationen, ebenso die Haltung gegen Englands Beharren auf völlig freier Selbstconstituirung Italiens fanden sogar die Deutung, daß der Imperator nicht abgeneigt sein möchte, sich der Mehrheit eines Congresses zu fügen, welche sich für das Legitimitätsprincip entscheide. Ob man bereits Kunde von dem Briefe an den König Victor Emanuel besaß, welcher schon am 20. Oct. mehrere der wichtigsten Stipulationen des am 17. Oct. zu Zürich unterzeichneten Friedens mit Oesterreich wieder in Frage stellte, ist freilich nicht bekannt. Dagegen bleibt darüber kaum ein Zweifel, daß die Eventualität eines Kriegs zwischen den Westmächten der breslauer Besprechung weit entfernter lag, als der aufgeregten „öffentlichen Meinung", in welcher dieselbe zu einem Dogma gemacht worden war, nachdem es nicht hatte gelingen wollen, sie für den Glauben zu gewinnen, daß Oesterreich den Frieden von Villafranca nur abgeschlossen habe, um dem Napoleoniden zur Eroberung der „natürlichen Grenzen" am Rhein freies Feld zu verschaffen. Es ist darum wol auch als Parteierfindung zu betrachten, daß der Kaiser von Rußland den Prinz-Regenten bestimmt habe, in einem englisch-französischen Kriege auf jeden Fall neutral zu bleiben. Mögen schon die verwandtschaftlichen Verhältnisse zwischen dem preußischen und englischen Königshause etwas Derartiges unwahrscheinlich machen, so liegt auch eine zufahrende Hast in Enthüllung der letzten Ziele zu sehr außerhalb des Charakters der russischen Diplomatie. Daß aber solche

aufregende Mittheilungen ebenſo gut zu paralyſiren geweſen wären, wie jene von der Adoption der freien Conferenzen, mit denen alle Beſtände Europas gleichzeitig als offene Fragen behandelt werden könnten, bedarf kaum der Bemerkung. Die Organe des preußiſchen Miniſteriums hätten ſie blos in ſchlichtem Deutſch für Unwahrheiten zu erklären gebraucht, anſtatt ſie mit diplomatiſchen Wendungen vorſichtig zu umgehen. Es geſchah nicht, und deſto tiefer haftete das erſte Wort des miniſteriellen Organs, womit es die breslauer Conferenz als neues Unterpfand begrüßte „für das engbefreundete Verhältniß zu Rußland, welches faſt ſeit einem Jahrhundert alle Schickſalswechſel überdauert hat". — Danach konnte Deutſchland nur von neuem dem unheimlichen Druck entgegenbangen, welchen Rußland dreißig unheilvolle Jahre geübt hatte. Wohl tröſteten die unbedingten Anhänger des herrſchenden Syſtems, eine Wiederkehr abſolutiſtiſcher Principe an der Hand des heutigen Rußland ſei nicht zu beſorgen; aber dennoch fügten auch ſie ſofort bei, daß die Wiederherſtellung der innigen Freundſchaft nur ein Bund auf Widerruf ſein dürfe, weil ſtets erwartet werden müſſe, den Bundesgenoſſen über Nacht in einen entſchiedenen Gegner verwandelt zu ſehen. Die minder unbedingten Freunde aber fürchteten aufs lebhafteſte für Preußens „moraliſche Eroberungen" in Deutſchland, nachdem man eine derartige Allianz geſchloſſen, ohne vorher eine einheitliche innere, eine einheitliche äußere Politik bei ſich feſtgeſtellt zu haben. Ja, gerade in Norddeutſchland war es, wo deutliche Winke von einer erſten Morgengabe für die neue Allianz fielen, als wenige Wochen nach dem Tage von Breslau der Rücktritt des Kriegsminiſters von Bonin erfolgte. Man glaubte alſo dort an einen ſofortigen Einfluß Rußlands ſogar auf Preußens innere Politik.

Wenn nun derartige Anſichten bereits innerhalb der preußiſchen Kreiſe ihren Ausdruck fanden — durfte es ver-

wundern, wenn man außerhalb sich noch zu weit üblern Folgerungen berechtigt erachtete. Man fragte überhaupt: warum in jenem Momente eine so demonstrative Annäherung an Rußland, die mit einer Gegenstellung gegen Oesterreich und das übrige Deutschland identisch erscheinen mußte? Konnte sie für ein formulirtes, augenblickliches Zusammenwirken zu bestimmten, genau abgegrenzten Zwecken geschlossen sein? Dies wurde preußischerseits sogar in Abrede gestellt. Also war es wirklich eine Erneuerung des hundertjährigen engbefreundeten, alle Schicksalswechsel überdauernden Verhältnisses für politische Chancen, welche sich im voraus gar nicht übersehen lassen; es verpflichtete die Verbündeten unter der Voraussetzung einer fortwährenden Interessenharmonie, sich gegenseitig zu accommodiren, um mit dem Vortheil im Ganzen die Opfer im Einzelnen aufzuwiegen. Wer aber muß bei Rußlands Weltmacht und Preußens noch so oft angezweifelter Großmacht nothwendig der opfernde Theil sein? Oder sollte Rußland plötzlich ein unabhängiges Preußen, ein erstarkendes Deutschland neben sich dulden? Fast dieselben Stimmen, welche Preußens Aufgabe in Deutschland fortwährend mit derjenigen Sardiniens in Italien verglichen, sprachen überdies jetzt lebhafter als jemals davon, daß Preußen „auf Rußland gestützt" sich damals vom Deutschen Bunde nicht habe „majorisiren" lassen, als es galt, mit vereinten Kräften die Bildung eines aggressiven Nationalstaats an Deutschlands Südgrenze zu verhindern, welcher morgen das südliche Tirol und Triest nach denselben Grundsätzen, wie gestern die Lombardei und heute Venetien beansprucht. Auf der Vergangenheit begründet sich die Erwartung von der Zukunft. So konnte sicherlich unter solchen Auspicien weder eine Verminderung der Entfremdung zwischen den beiden Großstaaten Deutschlands erwartet werden, noch eine Abschwächung des Mistrauens im außerpreußischen Deutschland gegen die schließlichen Tendenzen

der consequenten Verneinung, welche von preußischer Seite den Anregungen der Mittelstaaten zur Verbesserung der Mängel und Ausfüllung der Lücken in der Bundesverfassung antwortete. Preußens abermalige Einbuße an Vertrauen in Deutschland erschien als erstes Resultat des Tages von Breslau, und über den Machtgewinn in seiner europäischen Sphäre läßt sich um so weniger urtheilen, je unbedingter gerade in dieser Richtung seine Schweigsamkeit seit jenem Momente fortdauert.

In der großen Politik gilt es, den Thatsachen, die nun einmal sind und sich nicht wegschaffen lassen, offen ins Auge zu blicken. Derjenige ist nicht minder sicherm Verderben geweiht, welcher neue Uebereinkünfte oder Verträge — wie man neuestens haarspaltend zu unterscheiden liebt — auf Voraussetzungen eingeht, die noch nicht vorhanden sind, als derjenige, welcher Formen zu conserviren sucht, die keinen Inhalt mehr haben. Rußland ist mit seinen socialen Entwickelungen und Reformen noch keineswegs auf dem Standpunkte angelangt, um dadurch mit dem Bestande oder mit den naturgemäßen Veränderungen in der abendländischen Staatenwelt verwachsen zu sein; es fragt sich sogar außerordentlich, ob es nicht auf dem Wege ist, sich weiter als jemals davon zu entfernen, ob ihm nicht der asiatische Theil seines Wesens bedingender wird als der europäische. Dagegen hat es sich seit dem orientalischen Kriege in gleicher Weise wie das Napoleonische Frankreich von allen Grundsätzen und Verpflichtungen losgesagt, welche Inhalt, Rechtsboden und Form der europäischen Pentarchie bildeten. Mit vollem Rechte bemerkt ein neuerer Schriftsteller: „Wenn die Pentarchie in der Krim starb, so darf man sagen, daß sie am Mincio begraben wurde.“ Europa steht heute auf demselben Standpunkte, auf welchem es sich befand, ehe der Begriff der Pentarchie sich ausgebildet hatte. Wenn nun

Rußland mit Frankreich darauf hinarbeitet, durch neue Congresse eine angebliche Lösung europäischer Fragen herbeizuführen, so ist beiden kein anderer Grund maßgebend, als durch ihr Zusammenwirken Europas Abhängigkeit von ihrer realen Macht zu verstärken. Nicht die Erhaltung oder Fortbildung des abendländischen Völkerrechts ist ihre Absicht, sondern lediglich der größtmögliche Vortheil für ihre Sonderinteressen. Für sie haben europäische Congresse blos die Bedeutung, dem Widerspruche gegen die natürlichen Folgerungen des europäischen Rechts den Schein der Berechtigung aufzuprägen. Sie müssen also nothwendig Grundsätze zur Geltung bringen, welche den Untergang des europäischen Staatensystems vorbereiten; all ihre Bestrebungen müssen darauf abzielen, diejenigen Staaten zu lähmen oder positiv zu schwächen, welche allein im Stande sein könnten, ihren verderblichen Zukunftplanen entgegenzutreten. Oesterreich ist momentan geschwächt, nachdem man seinen Kampf für das europäische Recht und die Verträge zu isoliren gewußt hatte. Was man aber nicht zu verhindern vermochte, das war, daß sich gerade im unglücklichen Verlaufe des italienischen Kriegs und im Anblicke der Folgen, welche an diesen Verlauf geknüpft werden sollen, die Ueberzeugung verallgemeinte, wie die deutsche Frage aus europäischem Standpunkte gelöst werden muß, wie sie unbedingt in erster Reihe eine Machtfrage ist, aus welcher die Verfassungsfrage erst entwickelt werden kann. Daß kein mit Preußen und Oesterreich geeinigtes Deutschland zur starken Continentalmacht erwachse, dahin geht das Streben des östlichen und westlichen Imperialismus heute ebenso gut, wie seit der Gründung des Bundes. Wie einer derartigen Coalition alles daran liegen müßte, England in seiner Machtstellung zu erhalten, so würde sie für dieses die Möglichkeit gewähren, eine continentale Allianz zu schließen, wodurch es sich der Abhängigkeit entzöge, in welche es vom

Napoleonischen Frankreich gekommen ist. Denn nicht immer leitet ein Palmerston Ihrer Majestät Ministerium.

Wie dagegen die Dinge gegenwärtig gestellt sind, hat England freilich keine andere Wahl, als sich in allen europäischen Fragen beiseite geschoben und in allen außereuropäischen vereinsamt zu sehen, oder jeden augenblicklichen Vortheil durch unbedingte Begleitung des Glücklichen zu erringen. Seit dem orientalischen Kriege ist letzteres mit kurzen Pausen der Inhalt der westmächtlichen Allianz, während vor der Februarrevolution das Zusammengehen der Westmächte eine bestimmte Nothwendigkeit in der nordischen Allianz gefunden hatte. England hat seinen frühern Beruf als Wächter des europäischen Völkerrechts und Gleichgewichts vergessen und die Festigkeit seiner Ueberzeugungen mit einer Grundsatzlosigkeit vertauscht, welche jegliches Princip der Continentalpolitik preisgibt, damit nur seine außereuropäische Mächtigkeit nicht auf die Probe gestellt werde. Darum ist gegenwärtig ein starkes Parteiregiment in England unmöglich, dagegen die „Combination der Talente" perennirend. Das Talent besteht darin, den eigenen Vortheil möglichst zu wahren und dem Napoleonismus nothwendig zu sein, ohne für ihn einstehen zu müssen. Bei dessen wechselvoller Politik wechseln Lockerungen mit Verschränkungen der westmächtlichen Allianz, je nachdem sich der Imperator der Durchführung seiner Plane sicher fühlt oder nicht; und noch immer hat er neue Trümpfe auszuspielen verstanden, welche auch das englische Volk wenigstens zeitweise auf seinen Gängen mitzuführen vermochten. Erwüchse daraus einmal wieder eine dauernde Befestigung der westmächtlichen Allianz, so würde dieselbe zur unmittelbaren Gefahr für Rußlands Zukunftsplane, während seine Gegenwart nicht darauf rechnen dürfte, in gleicher Ungestörtheit wie bisher einerseits die innern Kraftelemente des Reichs entwickeln, andererseits namentlich in Mittel- und Ostasien die Vor-

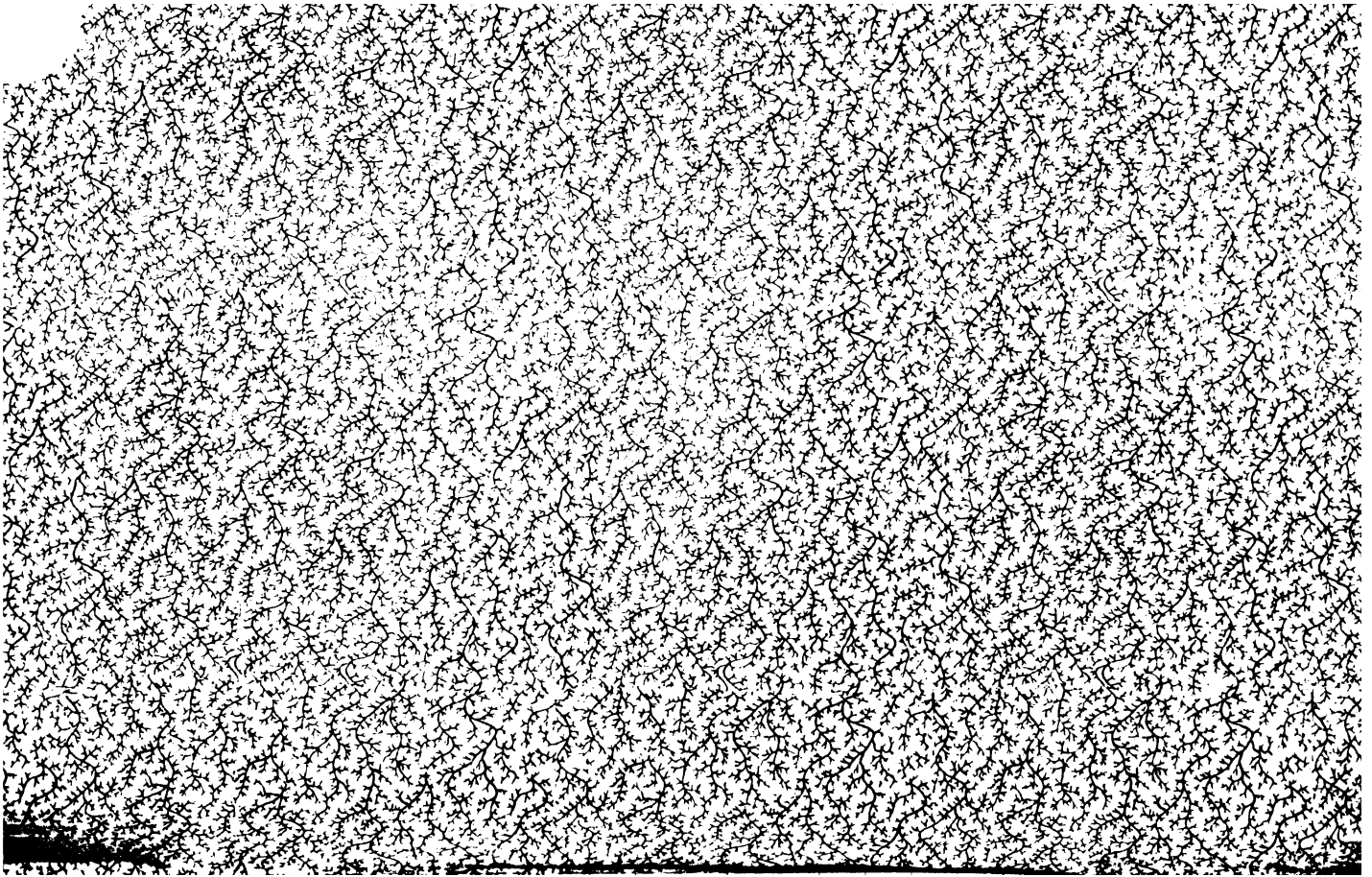
bereitungen zur unwiderstehlichen Durchführung seiner orientalischen Politik fortsetzen zu können. Jede neue Annäherung zwischen Frankreich und England stellt demnach Rußland mindestens momentan mehr oder weniger gegen die von der Napoleonischen Politik zunächst verfolgten Zwecke. Denn noch befindet es sich nicht in der Lage, mit letzterer über die Theilung der Herrschaft in Europa sich zu verständigen und noch sind seine Erfolge im Orient nicht auf dem Punkte angekommen, um hier Frankreichs Connivenz völlig entbehren zu können. Darum ist auch nichts natürlicher, als das Rußland in den Wirrungen unserer Gegenwart dann stets eine Erkaltung gegen Frankreich zur Schau stellt, sobald dieses für gut findet, den Rücksichten auf England Rechnung zu tragen. Nachdem die englische Nation durch die Aufwirbelung außereuropäischer Conflicte nicht zur Gefügigkeit für ein ausschließlich Napoleonisches Arrangement der italienischen Dinge einzuschüchtern gewesen war, hatten die Concessionen des Imperialismus mit der groben Verleugnung der Friedensgrundlagen von Villafranca und Zürich begonnen, bevor noch die Verträge ratificirt waren. Fast an demselben Tag, an welchem die Ratificationen ausgewechselt wurden, erfolgte zwar eine halbe Nichtanerkennung der Wahl des Prinzen von Carignan zum Regenten Mittelitaliens; aber sie paralysirte sich selbst dadurch, daß der Prinz mit Buoncompagnis Bestellung zum Regentschaftsverweser einen der höchsten Souveränetätsacte vollziehen durfte. Selbst die Einladung des französischen Cabinets zum Congreß ließ die Grundlagen des Friedenstractats von Zürich, soweit sie Italiens Reorganisation betreffen, wie völlig offene Fragen erscheinen, um Englands Widerstreben gegen den Congreß zu überwinden. Daß derselbe sich auf Italien beschränke, darin bestand noch die einzige Uebereinstimmung zwischen Frankreich und Oesterreich. Je offener im übrigen die ganze Strömung des angebahnten westmächtlichen Einver-

ständnisses gegen Oesterreichs Interessen ging, desto rascher durfte sich Rußland zur Beschickung des Congresses bereit erklären, da die durchsichtigen Hintergedanken des Imperialismus während der Verhandlungen selbst nothwendig wieder von neuem mit der egoistischen Begeisterung Englands für ein freies Italien und ein unabhängiges Sardinien in schroffen Widerspruch gerathen mußten.

Rußland aber hatte gerade zu derselben Zeit den Kaukasus so weit erobert und überhaupt jene asiatische Machtstellung errungen, welche die Türkei vollständig in seine Hand gibt, sobald ihm nicht die ehemalige Coalition des orientalischen Kriegs in festester Verschränkung entgegentritt. Ein Congreß müßte all ihre Glieder weiter als jemals auseinanderführen, während seine Dauer, einerlei ob ein italienisches Resultat zu Stande kommt oder nicht, jedenfalls für Rußland Zeit gewährt, seine neuen Erwerbungen zu befestigen. Es wäre jetzt gegen die ganz gewöhnliche Klugheit gelaufen, wenn die petersburger Politik sich nicht beeifert gezeigt hätte, ihre moralische Sympathie mit jenen Ansichten kundzugeben, welche Napoleons neue Tergiversationen, die den Congreß aufs Unbestimmte vertagten, nicht blos als neue Gefahr für Europa, sondern auch als Beleidigung aller zum Congreß geladenen Staaten auffaßten. Es stellte sich dadurch mit ihnen, welche trotz aller sonstigen Gegensätze immerhin im Zusammenhange der gemeinsamen historischen Entwickelung stehen, in eine Reihe, obgleich seine Voraussetzungen ganz verschiedene blieben. Während Napoleons Programm gegen die weltliche Herrschaft des Papstes auch den vorwiegend protestantischen Staaten als katholische Angelegenheit bis in das Innerste ihres Lebens fühlbar wird, hat es für Rußland blos die Bedeutung eines frivolen Mittels, mit welchem der Napoleonismus die hochkirchlichen Feindschaften Englands gegen den Papst als Werkzeug seiner

italienischen Ziele ausbeuten will. In dem Handelsvertrage, welchen Frankreich den Engländern bietet, sieht es blos ein Angebot, wofür von Großbritannien Savoyen erkauft werden soll, während ein französisches Savoyen für Mitteleuropa eine Bedingung der Bedrohung Venetiens durch Sardinien und gleichzeitig ein französisches Präjudiz für die „natürlichen Grenzen" am Rhein, an der Maas und Schelde bedeutet. Begleitet Rußland in diesen und ähnlichen Fragen auch wirklich das Abendland in seinen Gegenstellungen gegen den Napoleonismus, so geschieht es doch nie und nimmer aus einer innern, mit jenem verflochtenen Nothwendigkeit, sondern aus einer Staatsraison, deren Bedingungen ausschließlich in Rußland selbst liegen. Darum besitzt Europa keinen Augenblick eine Garantie dagegen, die Napoleonischen Ideen und Plane wieder von allen moralischen und materiellen Einflußmitteln Rußlands unterstützt zu sehen, sowie die eine oder andere Combination dieser Verbindung die Entkräftung und Zersetzung Mitteleuropas verheißt. Die persönlichen Geneigtheiten eines russischen Herrschers, mögen sie dem legitimen Recht und dem europäischen Gleichgewicht auch noch so günstig sein, bleiben immer schwächer als die Traditionen seines Reichs und die Bedürfnisse seiner Zukunft. Es hat auch heute nur das Gewicht einer persönlichen Ansicht, keines bedingenden Princips der russischen Politik, wenn Kaiser Alexander II., wie man erzählt, im Hinblick auf Napoleons und Victor Emanuels Verfahren in Italien die Aeußerung that: „Si les rois appuyeront les insurgés, dans dix ans il n'y aura plus de souverains en Europe."

Druck von F. A. Brockhaus in Leipzig.



THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY
REFERENCE DEPARTMENT

This book is under no circumstances to be taken from the Building

Form 410

BDAH 29193